U d /of Ottawa
39003022612336

Digitized by the Internet Archive
in 2012 with funding from
University of Toronto

http://archive.org/details/nouveaurecueilgn41mart

SEP-13-66

ANNEXE DE LA BIBLIOTHÈQUE
uOttawa
LIBRARY ANNEX
Université d'Ottawa
BIBLIOTHÈQUES
LIBRARIES
University of Ottawa

PUBLICATION DE L'INSTITUT DE DROIT PUBLIC
COMPARÉ ET DE DROIT DES GENS À BERLIN

NOUVEAU
RECUEIL GÉNÉRAL
DE
TRAITÉS
ET
AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS DE DROIT INTERNATIONAL.

CONTINUATION DU GRAND RECUEIL
DE
G. FR. DE MARTENS

PAR
Heinrich Triepel
Conseiller intime de justice
Professeur de droit public à l'Université de Berlin.

TROISIÈME SÉRIE.

Tome XLI.

PREMIÈRE LIVRAISON.

GREIFSWALD
LIBRAIRIE JULIUS ABEL
1944

Universitas
BIBLIOTHECA
Ottaviensis

KZ
142
.M3
N683
1909
v. 41/1-2

1.

ALLEMAGNE, SLOVAQUIE.

Accord concernant la dette publique et le domaine de l'Etat de l'ancienne République tchécoslovaque; signé à Berlin, le 13 avril 1940.*)**)

Reichsgesetzblatt 1941. II, No. 34.

Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik über die Staatsschuld und das Staatseigentum der früheren Tschecho-Slowakischen Republik sowie über einige andere damit zusammenhängende finanzielle Fragen.

Die Deutsche Regierung,

vertreten durch den Gesandten Herrn Dr. Ernst Eisenlohr,

und die Regierung der Slowakischen Republik,

vertreten durch den Gesandten Herrn Dr. Stefan Polyak,

haben über die Staatsschuld und das Staatseigentum der früheren Tschecho-Slowakischen Republik, sowie über einige andere damit zusammenhängende finanzielle Fragen die nachstehende Vereinbarung getroffen:

I. Die Staatsschuld.

Die Beteiligung der Slowakischen Republik an der Staatsschuld der früheren Tschecho-Slowakischen Republik wird wie folgt geregelt:

1. Die Slowakische Republik wird sämtliche in ihrem Gebiete umlaufenden Schuldverschreibungen der inneren tschecho-slowakischen Staatsschuld der aus der Anlage***) sich ergebenden Art (der slowakische Gebietsblock) aus dem Umlauf ziehen und dem Protektorat Böhmen und Mähren übermitteln.

   Die abzuliefernden Schuldverschreibungen müssen mit sämtlichen nach dem 13. März 1939 fälligen Zinsscheinen versehen sein. Die Staatsbaulose sind mit den zugehörigen Gewinnscheinen abzuliefern, ausgenommen die in einer bis zum 1. August 1938 erfolgten Gewinnziehung ausgelosten Staatsbaulose, bei denen nur die Tilgungsscheine abzuliefern sind.

---

*) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 26 mai 1941.

**) En langues allemande et slovaque. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

***) Non reproduite.

Die endgültige Abrechnung dieser Ablieferung wird von der Staatsschuldendirektion in Prag als Liquidationsorgan durchgeführt, an welche die Stücke in kürzester Frist, spätestens am 31. März 1941, nach einzelnen Emissionen und Nummern geordnet und unter Beifügung eines Nummernverzeichnisses, kostenlos zu liefern sind.

Ausgenommen von der Ablieferung und Abrechnung sind:

a) Die gerichtlich amortisierten Schuldverschreibungen, deren Verzeichnis die Staatsschuldendirektion in Prag der zuständigen slowakischen Stelle unverzüglich zur Verfügung stellen wird.

b) Die selbständig umlaufenden Gewinnscheine der Staatsbaulose. Die Gewinnscheine von den Staatsbaulosen, die in einer bis zum 1. August 1938 erfolgten Tilgungsziehung ausgelost wurden, werden jedoch, soweit sie in der Slowakischen Republik umlaufen, abgestempelt, wodurch bei etwaigen weiteren Gewinnziehungen die auf dieselben entfallenden Gewinne sichergestellt werden. Das Verzeichnis der abgestempelten Gewinnscheine wird der Staatsschuldendirektion in Prag übergeben.

c) Die Schuldverschreibungen aller aus der Anlage sich ergebenden Arten, soweit sie einem anderen als dem slowakischen Gebietsblock angehören.

2. In der in Ziffer 1 vorgesehenen Weise wird die Slowakische Republik dem Protektorat Böhmen und Mähren auch sämtliche Schuldverschreibungen der inneren tschecho-slowakischen Staatsschuld unverzüglich, spätestens bis zum 31. März 1941, übermitteln, die ihr, ihren Angehörigen und Institutionen aus den verschiedenen finanziellen Auseinandersetzungen zufallen werden (z. B. als Reserven der sozialen und privaten Versicherungsanstalten, als Deckung der Postsparkasseneinlagen).

Falls im Rahmen solcher Auseinandersetzungen der Slowakischen Republik, ihren Angehörigen und Institutionen ein Gläubigeranteil an den nichttitrierten Schulden (z. B. Darlehen der Zentralsozialversicherungsanstalt an den Strassenfonds) zufallen sollte, so wird dieser von der Staatsschuldendirektion in Prag als Liquidationsorgan ebenfalls auf den slowakischen Anteil an der tschecho-slowakischen inneren Staatsschuld verrechnet.

3. Insofern der Nennbetrag der gemäss Ziffer 1 und 2 abzuliefernden Schuldverschreibungen die Summe von 1 850 Millionen Kč nicht erreicht, wird die Slowakische Republik den Unterschiedsbetrag sowie 4½ % Zinsen seit dem 13. März 1939 sofort nach Feststellung dem Protektorat Böhmen und Mähren aus dem Warenguthaben der Slowakischen Nationalbank bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren in Prag zur Verfügung stellen. In Anrechnung auf diesen Unterschiedsbetrag werden 100 Mil-

lionen K unverzüglich nach der Ratifizierung dieser Vereinbarung in derselben Weise zur Verfügung gestellt.

4. Bei der Abrechnung der unter Ziffer 1 und 2 erwähnten Schuldverschreibungen werden ferner dem Protektorat Böhmen und Mähren aus dem Warenguthaben der Slowakischen Nationalbank bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren in Prag vergütet:
   a) der Auszahlungswert der fehlenden nach dem 13. März 1939 fälligen Zinsscheine der titrierten Schuld sowie die für die Zeit nach dem 13. März 1939 bereits bezahlten Zinsen von nichttitrierten Schulden und von den Staatskassenbons;
   b) die fehlenden Gewinnscheine von den in den Gewinnziehungen nicht ausgelosten Staatsbaulosen, wobei für einen Gewinnschein eines ganzen Loses der Betrag von 35 K und für einen Gewinnschein eines Fünftelloses der Betrag von 7 K berechnet wird.

   Dagegen werden vom Protektorat Böhmen und Mähren getragen und können schon bei der Abrechnung berücksichtigt werden:
   a) der Auszahlungswert der bis zum 13. März 1939 fälligen Zinsscheine der titrierten Schuld sowie die auf die Zeit bis zum 13. März 1939 entfallenden Zinsen von nichttitrierten Schulden und Staatskassenbons, sofern die Honorierung noch nicht stattgefunden hat und es sich um Schuldverschreibungen handelt, die nach den Bestimmungen der Ziffern 1 und 2 abgeliefert werden;
   b) ausser den Gewinnen, die auf die laut Ziffer 1 Buchstabe b abgestempelten Gewinnscheine entfallen, auch die Gewinne der Staatsbaulose, die bis zum 1. August 1938 in Gewinnziehungen ausgelost wurden.

   Bei der Abrechnung werden weiter zu Lasten des Protektorats Böhmen und Mähren die 2%igen Zinsenprämien, welche auf die bis zum 1. August 1938 in Tilgungsziehungen ausgelosten Staatsbaulose entfallen, ausbezahlt.

5. Einverständnis besteht darüber, dass die zuständigen Devisenstellen in beiden vertragschliessenden Teilen die Übersendung ehemaliger tschecho-slowakischer Staatsschuldverschreibungen, welche auf ihrem Gebiete verwahrt werden und Eigentum der Angehörigen des anderen Teiles bilden, bewilligt werden. Durch diese Bewilligung wird die Zugehörigkeit der Schuldverschreibung zum betreffenden Gebietsblock aufgehoben.

6. Ferner verzichtet die Slowakische Republik auf die Bezahlung derjenigen Heeresgüter, die die deutsche Wehrmacht bei der Errichtung des Slowakischen Staates erhalten hat.

7. Schliesslich stellt die Slowakische Republik dem Protektorat Böhmen und Mähren einen Betrag von 300 Millionen Ks in Pressburg zur Verfügung, den die Deutsche Regierung zur

Durchführung des in Pressburg am 30. Januar 1940 geschlossenen deutsch-slowakischen Vertrages nach Bedarf verwenden und mit dem Protektorat Böhmen und Mähren verrechnen wird.

II. Die in der Slowakischen Republik umlaufenden tschecho-slowakischen Zahlungsmittel.

8. Die Slowakische Republik übermittelt der Nationalbank für Böhmen und Mähren in Prag unentgeltlich und kostenlos innerhalb eines Monats nach Ratifizierung dieser Vereinbarung, soweit noch nicht geschehen, sämtliche tschecho-slowakischen Staatsnoten (nebst Papierkleingeld), die sich im slowakischen Staatsgebiet im Umlauf befunden haben oder noch befinden (insgesamt rund 772 Millionen K) und die von ihr, soweit nicht geschehen, aus dem Umlauf zu ziehen sind.

III. Andere staatliche finanzielle Verpflichtungen.

9. Die in dem ausgewiesenen Gesamtstande der tschecho-slowakischen Staatsschuld am 13. März 1939 in der Höhe von rund 52 400 000 000 K nicht enthaltenen und zwischenstaatlich nicht anderweitig geregelten finanziellen Verpflichtungen der Tschecho-Slowakischen Republik (einschliesslich der Verpflichtungen der staatlichen Fonds) werden von der Slowakischen Republik folgendermassen übernommen:

a) Die auf dem Staatsvermögen der früheren Tschecho-Slowakischen Republik und des früheren autonomen Landes Slowakei unmittelbar lastenden Verpflichtungen (z. B. Einlösungsrenten für verstaatlichte Eisenbahnen, hypothesierte Schulden, Realdienstbarkeiten) gehen auf die Slowakische Republik über, insofern von derselben die belasteten Vermögensbestandteile übernommen werden. Liegen die belasteten Vermögensbestandteile diesseits und jenseits der Grenze, hat eine angemessene Aufteilung der Belastungen zu erfolgen; in diesem Falle dient der auf dem slowakischen Gebiete gelegene Teil dieses Vermögens nur für den von der Slowakischen Republik übernommenen Teil der Schuld als Sicherstellung, ohne für den anderen Teil der Schuld zu haften.

b) Administrative Verpflichtungen (z. B. Schulden aus Leistungen und Lieferungen für Staatsbehörden und Unternehmungen, Haftpflichtrenten) fallen der Slowakischen Republik zur Last, insofern der Gläubiger seinen Sitz oder Wohnsitz auf dem slowakischen Gebiete hat.

Zur Abfindung der bezeichneten administrativen Verpflichtungen zugunsten von Gläubigern im Protektorat Böhmen und Mähren und im übrigen Reichsgebiet stellt die Slowakische Regierung über das slowakisch-deutsche Arbeiterlohn-Ersparnis-Konto und das deutsch-slowakische Spezial-

Waren-Konto einen Betrag von 150 Millionen K (= 15 Millionen Reichsmark) zur Verfügung. Die Slowakische Regierung wird eine Bereitstellung im Rahmen der genannten Summe auch über das slowakisch-böhmisch-mährische Warenkonto wohlwollend prüfen.

In den genannten 150 Millionen K sind die wiederkehrenden Leistungen zugunsten von Gläubigern im Protektorat Böhmen und Mähren und im übrigen Reichsgebiet nicht berücksichtigt, worüber eine besondere Vereinbarung vorbehalten bleibt.

c) Die Regelung der Verpflichtungen der früheren Tschecho-Slowakischen Republik aus übernommenen Garantien bleibt Sondervereinbarungen vorbehalten.

10. Es besteht Einverständnis darüber, dass die Ansprüche, welche die Besitzer der Staatsschuldverschreibungen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gegen die Tschecho-Slowakische Republik nach den in dieser Republik geltenden Rechtsvorschriften geltend machen konnten, gegen das Protektorat Böhmen und Mähren von den in der Slowakischen Republik wohnenden Personen nicht erhoben werden können. Das Recht der Besitzer, die Rückgabe der betreffenden Schuldverschreibungen, falls sich dieselben bei Verwaltungsstellen im Protektorate befinden, bzw. die Ausfertigung einer entsprechenden Bescheinigung zu fordern, wird dadurch nicht berührt.

IV. Staatseigentum.

11. Zwischen den vertragschliessenden Teilen besteht Einverständnis darüber, dass — unbeschadet anderweitiger Vereinbarungen — alles wie immer entstandene Eigentum der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik, welches sich auf dem Gebiete der Slowakischen Republik befindet, unentgeltlich Eigentum der Slowakischen Republik geworden ist, und dass die Slowakische Republik auf Eigentum der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik, das sich ausserhalb des Gebietes der Slowakischen Republik befindet, keinerlei Anspruch erhebt.

12. Die aus der Zeit vor der Errichtung der Slowakischen Republik stammenden

a) Forderungen der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik gegen Personen, die ihren Sitz oder Wohnsitz oder ihren Betrieb auf dem Gebiete der Slowakischen Republik haben oder

b) Forderungen der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik, die auf den Vermögensgegenständen hypothekarisch sichergestellt sind, die sich in dem Gebiete der Slowakischen Republik befinden, werden als Forderungen der Slowakischen Republik betrachtet.

Handelt es sich jedoch

a) um eine hypothekarisch nicht gesicherte Forderung gegen ein auf dem Gebiete der vertragschliessenden Teile domiziliertes Unternehmen, dessen Betrieb sich auf mehrere Staaten erstreckt, deren Gebiet oder Gebietsteil einen Teil der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik bildete, oder

b) um eine hypothekarisch nicht gesicherte Forderung, die durch die Leistung eines auf dem Gebiete der vertragschliessenden Teile gelegenen staatlichen Unternehmens gegen einen Schuldner entstanden ist, der seinen Sitz oder Wohnsitz nicht in dem Staate hat, in welchem sich das Unternehmen befindet,

so ist nach Billigkeit zu bestimmen, ob und in welchem Umfang sie als Forderung der Slowakischen Republik zu betrachten ist oder wer sonst die Rechte des Gläubigers ausüben kann; dabei wird besonders das Schwergewicht der Betriebstätigkeit des Unternehmens zu berücksichtigen sein.

Wird eine hypothekarisch nicht gesicherte staatliche Forderung von einer Lieferung oder Arbeit oder Unterlassung des Schuldners abgeleitet (z. B. eine Schadenersatzforderung wegen Mängeln der Leistung), so ist für die Frage, um wessen Forderung es sich handelt, vor allem der Ort der Leistung oder Unterlassung entscheidend.

13. Die in Aktien usw. verkörperten Beteiligungen der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik an nichtstaatlichen Unternehmungen, deren Betrieb ausschliesslich auf dem slowakischen Gebiete getätigt wurde, sind als Beteiligungen der Slowakischen Republik zu betrachten.

Erstreckt sich der Betrieb solcher Unternehmungen auf mehrere Staaten, deren Gebiet oder Gebietsteil einen Teil der Tschecho-Slowakischen Republik bildete, so ist die staatliche Beteiligung nach Billigkeit aufzuteilen und der Slowakischen Regierung der auf sie entfallende Anteil im ganzen Umfange als Beteiligung der Slowakischen Republik an den in der Slowakei gelegenen Betrieben einzuräumen.

14. Über das Vermögen (Aktiven und Passiven) der staatlichen Fonds gelten die Bestimmungen der Ziffern 9, 11 und 12.

Über das Vermögen nichtstaatlicher Fonds, die nur unter staatlicher Verwaltung stehen, werden anderweit Vereinbarungen getroffen.

15. Über die in den Ziffern 12 Abs. 2 und 13 Abs. 2 angeführten Fälle entscheidet eine gemischte Kommission, in die jeder beteiligte Staat die gleiche Anzahl von Mitgliedern entsendet und für deren Entscheidungen Stimmeneinheit erforderlich ist. Kommt eine Entscheidung nicht zustande, wird die Streitfrage auf diplomatischem Wege gelöst.

Falls sich bei der Durchführung der Bestimmungen der Abschnitte III und IV dieser Vereinbarung Schwierigkeiten ergeben sollten, die die Interessen von Privatpersonen berühren könnten, werden sich die beiden vertragschliessenden Teile ins Einvernehmen setzen, um den glatten und beschleunigten Vollzug dieser Bestimmungen zu fördern; die Entscheidung über die zu treffenden Massnahmen kann der obenerwähnten gemischten Kommission übertragen werden.

V. Rückerstattungsansprüche.

16. Verwaltungsdepositen, die zur Sicherstellung eines Rechtes der früheren Tschecho-Slowakischen Republik dienen, sind demjenigen vertragschliessenden Teil auszufolgen, auf den dieses Recht übergegangen ist. Ist der Rechtsgrund der Hinterlegung erloschen oder wird das Recht, zu dessen Sicherstellung die Hinterlegung erfolgte, nicht ausgeübt, so sind die Hinterlegungen unverzüglich an den Hinterleger auszufolgen.

Der Rechtsgrund der Hinterlegung gilt auch dann als erloschen, wenn die Hinterlegung zur Sicherstellung der Haftung eines Unternehmers für den Erfolg einer an ihn vergebenen Arbeit oder andern Leistung erfolgte und der Vollzug dieser Leistung und Arbeit durch Umstände, die er nicht zu vertreten hat, vereitelt wurde oder das Ergebnis dieser Leistung oder Arbeit infolge solcher Umstände vernichtet wurde, oder von dem Unternehmer nicht in dem vorgeschriebenen Zustande erhalten werden kann.

Andere Verwaltungsdepositen sind demjenigen vertragschliessenden Teil auszuliefern, dessen Behörden zur Weiterführung der fraglichen Angelegenheiten zuständig sind.

Die Auslieferung gerichtlicher Depositen wird gesondert geregelt.

VI. Selbstverwaltungskörper.

17. Einverständnis besteht darüber, dass die aus Darlehen, Lieferungen, Arbeiten usw. entstandenen Verpflichtungen der zur Zeit der Gründung der Slowakischen Republik bestehenden Selbstverwaltungskörperschaften, die sich ungeteilt auf dem Gebiete der Slowakischen Republik befanden oder noch befinden, von diesen Körperschaften oder von juristischen Personen, auf welche deren Vermögen übergegangen ist, beglichen werden.

Handelt es sich um Schulden von geteilten Selbstverwaltungskörperschaften, hat ein billiger Ausgleich stattzufinden. Zu diesem Zwecke kann eine gemischte Kommission eingesetzt werden, deren Zusammensetzung und Verfahren sich nach den Bestimmungen der Ziffer 15 regelt.

Dies gilt umgekehrt auch für die Schulden der früheren tschecho-slowakischen Selbstverwaltungskörper, die sich jetzt auf auf Gebiete des Protektorats Böhmen und Mähren befinden.

VII. Gemeinnützige Unternehmungen, Fonds und ähnliche Institutionen.

18. Die beiden vertragschliessenden Teile verpflichten sich, die Auseinandersetzung über gemeinnützige Unternehmen, nichtstaatliche Fonds und ähnliche Institutionen, insofern dafür zufolge der neuen Grenzziehung ein Bedürfnis besteht, zu fördern.

Auf Antrag einer der beiden vertragschliessenden Teile kann diese Auseinandersetzung einer gemischten Kommission übertragen werden, deren Zusammensetzung und Verfahren sich nach den Bestimmungen der Ziffer 15 regelt. Die Kommission ist nicht berechtigt, in Privatrechte einzugreifen.

Die Anteilnahme der Körperschaften des öffentlichen Rechtes an gemeinnützigen Unternehmungen, deren Betrieb sich auf mehrere Staaten erstreckt, deren Gebiet oder Gebietsteil einen Teil der Tschecho-Slowakischen Republik bildete, ist, soweit diese Körperschaft sich jenseits der Grenze befindet, bei der Auseinandersetzung abzugelten.

VIII. Schlussbestimmungen.

19. Zwischen den beiden vertragschliessenden Teilen besteht Einverständnis darüber, dass das Eigentum, die Forderungen und andere Rechte sowie Verpflichtungen der früheren Tschecho-Slowakischen Republik jetzt, insofern die tschecho-slowakischen Rechtsvorschriften ihre Übertragung auf das autonome Land Slowakei bestimmten, Eigentum, Forderungen und andere Rechte sowie Verpflichtungen der Slowakischen Republik sind.

Sinngemäss werden als Eigentum, Forderungen und andere Rechte sowie Verpflichtungen des Protektorats Böhmen und Mähren das Eigentum, die Forderungen und anderen Rechte sowie Verpflichtungen der früheren Tschecho-Slowakischen Republik betrachtet, wenn sie kraft der bezogenen Rechtsvorschriften weder zu dem gemeinsamen Vermögen der früheren Tschecho-Slowakischen Republik gehören sollten noch den autonomen Ländern Slowakei und Karpatho-Russland zufallen sollten.

Handelt es sich um vermögensrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen, die zwischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, deren Unternehmungen, Anstalten usw. zufolge der Teilung der einzelnen Zweige der öffentlichen Verwaltung und des Vermögens der früheren Tschecho-Slowakischen Republik auf Grund der oben angeführten Rechtsvorschriften entstanden sind, so z. B. um die Begleichung der nachträglichen Gebarungen

aus dem Betriebe der ehemaligen tschecho-slowakischen Eisenbahnen und Post bis zum Ende des Jahres 1938 und der gegenseitigen Forderungen aus dem Eisenbahn, Post-, Telephon- und Telegraphenverkehr, so ist darüber eine besondere Vereinbarung zu treffen.

20. Die Bestimmungen dieser Vereinbarung gelten nur insoweit, als nicht besondere Regelungen getroffen worden sind oder werden.

21. Die in dieser Vereinbarung geregelte Auseinandersetzung über vermögensrechtliche Verhältnisse ist endgültig, so dass die Slowakische Regierung insofern darüber hinaus keine Verpflichtungen der früheren Tschecho-Slowakischen Republik übernimmt.

22. Diese Vereinbarung soll ratifiziert, die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Sie tritt mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Die vertragschliessenden Teile haben sich geeinigt, die Bestimmungen dieser Vereinbarung vom Tage der Unterzeichnung ab vorläufig anzuwenden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diese Vereinbarung eigenhändig unterzeichnet.

Geschehen in doppelter Urschrift, in deutscher und slowakischer Sprache, in Berlin am 13. April 1940.

Für die Deutsche Regierung *Eisenlohr.*
Für die Slowakische Regierung *Polyak.*

2.

ALLEMAGNE, SLOVAQUIE, HONGRIE.

Arrangement concernant la société anonyme „Kaschau-Oderberger Eisenbahn“; signé à Berlin, le 15 novembre 1940.*)

Reichsgesetzblatt 1941. II, No. 34.

Vereinbarung über die Aktiengesellschaft „Kaschau-Oderberger Eisenbahn“.

Die Deutsche Regierung, die Slowakische Regierung und die Königlich Ungarische Regierung haben beschlossen, über die Aktiengesellschaft „Kaschau-Oderberger Eisenbahn“ (KOB) eine Regelung zu treffen, und haben zu diesem Zweck durch ihre unterzeichneten Bevollmächtigten folgendes vereinbart:

*) Le dépôt des ratifications a eu lieu à Berlin, le 12 août 1941.

I. Allgemeine Übernahme- und Aufteilungsgrundsätze.

Artikel 1.

(1) Die Vertragschliessenden Staaten sind sich darüber einig, dass infolge des Überganges der von der Kaschau-Oderberger Eisenbahn berührten Gebiete auf das Deutsche Reich, die Slowakische Republik und das Königreich Ungarn die frühere Aktienbeteiligung der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik an der KOB zu 25% auf das Deutsche Reich, zu 69,625% auf die Slowakische Republik und zu 5,375% auf das Königreich Ungarn übergegangen ist. Das Deutsche Reich, die Slowakische Republik und das Königreich Ungarn nehmen dementsprechend mit 25%, mit 69,625% und mit 5,375% als Berechtigte und Verpflichtete an der Auseinandersetzung über die KOB teil, soweit nicht in dieser Vereinbarung im Einzelfall etwas anderes bestimmt ist.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung geht auf die Vertragschliessenden Staaten das Eigentum an den in ihrem Staatsgebiet liegenden Grundstücken und Anlagen der KOB mit allem Zubehör über.

(3) Rechte und Belastungen der KOB, die sich auf einzelne ihrer Strecken oder auf Teile solcher Strecken beziehen, gehen dabei auf den übernehmenden Staat über, dingliche Sicherungen für Verbindlichkeiten der KOB erlöschen indes.

Artikel 2.

Soweit ein Staat nach dieser Vereinbarung Gläubigern der KOB gegenüber bei einzelnen Arten von Verbindlichkeiten höhere Leistungen übernimmt, als seinem nach Artikel 1 zu tragenden Anteil entspricht, sind ihm die Staaten, deren entsprechende Leistungen unter dem von ihnen zu tragenden Anteil liegen, bis zur Höhe ihres Anteils ausgleichspflichtig.

Artikel 3.

Alle nach dieser Vereinbarung von den Vertragschliessenden Staaten zu übernehmenden Verbindlichkeiten sowie die unter ihnen auszugleichenden Leistungen werden auf der Grundlage der slowakischen Währung errechnet, wobei für die ursprünglich auf Kč lautenden Verpflichtungen der KOB 1 Kč = 1 Ks gesetzt wird.

II. Übernahme und Aufteilung der Anleiheschulden.

Artikel 4.

Die Vertragschliessenden Staaten werden die noch nicht ausgelosten Anleihegläubiger der KOB, soweit sie sich nach Aufruf melden, spätestens am 1. Juli 1941 durch Kapitalauszahlung abfinden. Mit der Kapitalauszahlung werden auch die seit Einstellung des Zinsendienstes der einzelnen Emissionen durch die KOB rückständigen Zinsen ausgezahlt werden. Hiernach werden die Gesamtansprüche der Anleihegläubiger in folgender Höhe abgefunden:

Anleihe I — Ausgabe vom 1. Mai 1889 —
mit 69 v. H. des Nennbetrages.

Anleihe II — Ausgabe vom 1. Mai 1889 —
mit 70 v. H. des Nennbetrages.

Anleihe III — Ausgabe vom 8. Mai 1889 —
mit 67 v. H. des Nennbetrages.

Anleihe IV — Ausgabe vom 1. März 1891 —
mit 71 v. H. des Nennbetrages.

Anleihe V — Ausgabe vom 1. Januar 1891 —
mit 82 v. H. des Nennbetrages.

Anleihe VI — Ausgabe vom 28. Januar 1908 —
mit 70 v. H. des Nennbetrages.

Artikel 5.

Die Vertragschliessenden Staaten werden unverzüglich nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung die Anleihegläubiger, die am Tage der Unterzeichnung dieser Vereinbarung ihren Wohnsitz oder Sitz in ihrem Staatsgebiet haben, in handelsüblicher Form öffentlich auffordern, innerhalb einer Frist von 4 Monaten ihre Ansprüche anzumelden, die Slowakische Republik wird gleichzeitig auch diejenigen Anleihegläubiger aufrufen, die am Tage der Unterzeichnung dieser Vereinbarung in keinem der Vertragschliessenden Staaten ihren Wohnsitz oder Sitz haben. Die Versäumnis der Anmeldung zieht den Verlust des Gläubigeranspruches an Kapital und Zinsen nach sich; hierauf ist in dem Aufruf hinzuweisen.

Artikel 6.

Jeder der Vertragschliessenden Staaten übernimmt die Befriedigung der von ihm durch Aufruf festgestellten Anleihegläubiger. Er teilt unverzüglich nach Ablauf der in dem Aufruf gesetzten Frist den anderen Staaten die ihm obliegende Gesamtleistung mit. Die Summe der von den drei Staaten angemeldeten Beträge ergibt den Gesamtbetrag der Anleiheschulden, den die drei Staaten nach Artikel 1 Ziffer 1 anteilmässig zu tragen haben.

Artikel 7.

Soweit Ausgleichsbeträge nach Artikel 2 zu leisten sind, sind sie dem berechtigten Staat so rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, dass er sie zu der ihm obliegenden Kapitalauszahlung verwenden kann.

Artikel 8.

Mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung erlöschen alle gegen die KOB bestehenden Kapital- und Zinsansprüche der durch die vorstehende Regelung betroffenen Anleihegläubiger.

III. Übernahme und Aufteilung der Versorgungslasten.

Artikel 9.

(1) Jeder der Vertragschliessenden Staaten übernimmt mit Wirkung vom 1. Oktober 1939 ab die Betreuung aller Versorgungsempfänger, die zu diesem Zeitpunkt ihren ständigen Wohnsitz im Bereiche seines heutigen Staatsgebiets hatten. Die Slowakische Republik übernimmt vom gleichen Zeitpunkt an überdies die Betreuung der Versorgungsempfänger, die am 1. Oktober 1939 ausserhalb des heutigen Staatsgebiets der Vertragschliessenden Staaten wohnten. Eine Verlegung des Wohnsitzes nach dem Stichtag in das Gebiet eines anderen Staates berührt die vorstehende Regelung nicht.

(2) Die Übernahme der Betreuung hat schuldbefreiende Wirkung für die KOB.

(3) Versorgungsempfänger im Sinne des Absatzes 1 sind die Empfänger von Versorgungsbezügen, die Mitglieder des Pensionsfonds der KOB waren, soweit ihnen am 1. Oktober 1938 bereits Versorgungsbezüge gezahlt wurden oder sie an diesem Tage anspruchsberechtigt waren. Zu den Empfängern der Versorgungsbezüge gehören auch die Empfänger entsprechender Gnadengaben und Unfallrenten der KOB.

Artikel 10.

(1) Da das Deutsche Reich und das Königreich Ungarn nach Artikel 9 höhere Zahlungen leisten, als ihrem Anteil an der Versorgungslast entspricht, zahlt die Slowakische Republik beiden Staaten hierfür Ausgleichsbeträge. Diese werden nach dem Rechtszustand vom 1. Oktober 1938 mit dem auf den 1. Januar 1941 berechneten Kapitalwert in folgender Höhe festgesetzt:

a) gegenüber dem Deutschen Reich auf 28 — achtundzwanzig — Millionen Ks,

b) gegenüber dem Königreich Ungarn auf 70 — siebenzig — Millionen Ks.

(2) Über die Art und Weise der Zahlung werden zwischen der Slowakischen Republik und dem Deutschen Reich einerseits und dem Königreich Ungarn andererseits getrennte Vereinbarungen getroffen.

Artikel 11.

Sobald feststeht, welcher der Vertragschliessenden Staaten die einzelnen Versorgungsempfänger der KOB betreut (vgl. Artikel 9 Ziffer 1), wird die Slowakische Republik den vom Deutschen Reich und vom Königreich Ungarn zu bezeichnenden Stellen die Liquidierungsbogen und die sonstigen Personalunterlagen für die von ihnen zu betreuenden Versorgungsempfänger übergeben.

Artikel 12.

Alle Ansprüche von Versorgungsempfängern an die KOB, die sich auf die Zeit bis zum 30. September 1939 beziehen, gelten durch die seitens

der Vertragschliessenden Staaten und der ehemaligen Republik Polen oder durch die KOB für diesen Zeitraum an Versorgungsempfänger gewährten Leistungen als abgegolten. Eine Verrechnung wegen dieser Leistungen findet zwischen den Vertragschliessenden Staaten nicht statt.

Artikel 13.

Bedienstete der KOB, die am 1. Oktober 1938 noch im Dienst waren und in den Dienst eines der Vertragschliessenden Staaten übernommen worden sind, verlieren damit alle Versorgungsansprüche an die KOB. Das gleiche gilt für Bedienstete der KOB, die durch Massnahmen eines der Vertragschliessenden Staaten nach dem 1. Oktober 1938 aus dem Dienst entfernt worden sind. Die Verhältnisse dieser Bediensteten werden von den einzelnen Staaten geregelt.

IV. Behandlung der Haftflichtlasten.

Artikel 14.

(1) Haftpflichtansprüche gegen die KOB, die durch rechtskräftiges Urteil festgestellt oder vergleichsweise anerkannt worden sind, übernimmt derjenige der Vertragschliessenden Staaten, in dessen Gebiet der Berechtigte am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung seinen Wohnsitz hat. Ansprüche von Berechtigten, die zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz im Gebiet keines der Vertragschliessenden Staaten haben, übernimmt der Staat, dem die Strecke, auf der sich der Unfall ereignet hat, zufällt.

(2) Haftpflichtansprüche, die während der Betriebsführung durch die ehemaligen Tschecho-Slowakischen Staatsbahnen entstanden sind, gehören nicht zu den Haftpflichtlasten der KOB. Ihre Regelung richtet sich nach den Vereinbarungen über die Staatsschuld und das Staatseigentum der früheren Tschecho-Slowakischen Republik, die zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik am 13. April und zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn am 21. Mai 1940 getroffen worden sind.

(3) Betriebsunfälle, die sich auf den Strecken der KOB nach Übergang des Betriebes auf die Deutsche Reichsbahn, die Slowakischen Eisenbahnen und die Königlich Ungarischen Staatsbahnen ereignet haben, sind Unfälle im Betrieb dieser Bahnen.

V. Abwicklung sonstiger einzelner Aktiven und Passiven.

Artikel 15.

(1) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der KOB, über die keine andere Regelung getroffen ist, gehen mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung auf die Slowakische Republik über. Auf Grund dieser Bestimmung übergegangene Verbindlichkeiten der KOB erlöschen, wenn sie nicht innerhalb von 3 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung gegen die Slowakische Republik geltend gemacht werden.

(2) Der Slowakischen Republik liegt die unverzügliche Abwicklung der auf sie übergegangenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach kaufmännischen Grundsätzen ob. Die Vertragschliessenden Staaten werden die Gläubiger der KOB in handelsüblicher Weise auffordern, ihre Ansprüche bei dem Slowakischen Ministerium für Verkehr und Öffentliche Arbeiten in Bratislava anzumelden.

(3) Die Slowakische Republik wird den anderen Vertragschliessenden Teilen jeweils bis zum 31. Januar über das Abwicklungsergebnis des vorangegangenen Kalenderjahres Rechnung legen und einen gewonnenen Erlös an die beteiligten Staaten anteilmässig auskehren, einen etwaigen Fehlbetrag anteilmässig anfordern. Die beteiligten Staaten werden die von ihnen angeforderten Anteilsbeträge jeweils bis zum Ablauf des folgenden Monats zur Verfügung stellen.

(4) Bei Beginn der in diesem Artikel vorgesehenen Abwicklung und mit der jährlichen Rechnungslegung wird die Slowakische Republik den anderen Vertragschliessenden Staaten jeweils eine Übersicht des Abwicklungsstandes geben.

(5) Die Bestimmungen der vorstehenden Ziffern finden auf Ansprüche von Versorgungsempfängern oder sonstigen ehemaligen Bediensteten der KOB aus ihrem früheren Dienstverhältnis keine Anwendung. Eine Befriedigung solcher Ansprüche bleibt dem nach dem Betreuungsgrundsatz des Artikels 9 Ziffer 1 zuständigen Staat überlassen.

VI. Schlussbestimmungen.

Artikel 16.

Die Aktiengesellschaft „Kaschau-Oderberger Eisenbahn“ erlischt mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung. Die Slowakische Republik, in deren Gebiet die Gesellschaft ihren Sitz hat, wird die zur Löschung notwendigen innerstaatlichen Massnahmen treffen.

Artikel 17.

Diese Vereinbarung sowie alle Massnahmen zu ihrer Durchführung sind in den Vertragschliessenden Staaten von allen Steuern, Abgaben und Gebühren sowie Kosten und Auslagen befreit.

Artikel 18.

Diese Vereinbarung soll ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Auswärtigen Amt in Berlin niedergelegt werden. Die Vereinbarung tritt am achten Tage nach der Niederlegung der letzten Ratifikationsurkunde in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diese Vereinbarung unterzeichnet. Die Urschrift wird im Auswärtigen Amt zu Berlin aufbewahrt. Die Deutsche Regierung wird der Slowakischen Regierung und

der Königlich Ungarischen Regierung beglaubigte Abschriften zukommen lassen.

Geschehen zu Berlin, am 15. November 1940.

Für die Deutsche Regierung:
Eisenlohr.

Für die Slowakische Regierung:
M. Černák.

Für die Königlich Ungarische Regierung:
Dr. Sebestyén.

3.

ALLEMAGNE, BOHÊME ET MORAVIE.

Accord relatif à l'Arrangement concernant le règlement des dettes contractées en couronnes austro-hongroises, conclu le 18 juin 1924 entre l'Autriche et la Tchécoslovaquie;*) signé à Prague, le 23 décembre 1940 et à Berlin, le 7 mars 1941.

Reichsgesetzblatt 1941. II, No. 10.

Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren über das Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik vom 18. Juni 1924, betreffend die Regelung der in österreichisch-ungarischen Kronen entstandenen Verbindlichkeiten.

Artikel I.

Das Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik vom 18. Juni 1924 (BGBl. Nr. 92 vom Jahre 1926, Slg. d. G. u. V. Nr. 60 vom Jahre 1926), betreffend die Regelung der in österreichisch-ungarischen Kronen entstandenen Verbindlichkeiten, und seine Zusatzprotokolle werden in Ansehung der bisher tschechoslowakischen Schuldner und Gläubiger, die ihren ordentlichen Wohnsitz (Sitz) in den mit dem Deutschen Reiche wiedervereinigten Gebieten der ehemaligen Tschechoslowakischen Republik haben (hier „sudetendeutsche Schuldner", „sudetendeutsche Gläubiger" genannt), gemäss den nachstehenden Bestimmungen durchgeführt:

---

*) V. N.R.G. 3. s. XXII, p. 268.

1. (1) Zahlungsaufforderungen, sonstige Entscheidungen und Bescheide, zu denen nach den Bestimmungen des Übereinkommens die Abrechnungsstelle in Prag — im Einvernehmen mit der Abrechnungsstelle in Wien oder allein — berufen ist, erlässt an sudetendeutsche Schuldner und Gläubiger die Abrechnungsstelle in Wien im Einvernehmen mit der Abrechnungsstelle in Prag.

Dies gilt auch für bereits erlassene, aber noch nicht zugestellte Zahlungsaufforderungen, Entscheidungen und Bescheide der Abrechnungsstelle in Prag.

(2) Gegen Bescheide der Abrechnungsstellen, die auf Grund einer rechtskräftigen Entscheidung ergehen, steht dem Schuldner oder Gläubiger binnen 14 Tagen nach Zustellung dieses Bescheides die Vorstellung an die Abrechnungsstelle zu, die sie bei Rückweisung als Beschwerde dem Schiedsgericht vorzulegen hat.

2. Die sudetendeutschen Gläubiger erhalten die ihnen auf Grund des Artikels 16 des Übereinkommens auszuzahlenden Beträge (Quoten) von der Abrechnungsstelle in Wien aus einem für diese beim Postsparkassenamt in Wien zu eröffnenden Konto. Auf dieses Konto haben die sudetendeutschen Schuldner die ihnen auf Grund von Entscheidungen der Abrechnungsstelle oder des Schiedsgerichtes obliegenden Zahlungen zu leisten.

3. (1) Die Abrechnungsstelle in Prag wird die für die Auszahlung der Quoten an sudetendeutsche Gläubiger erforderlichen Beträge aus der Abrechnungsmasse auf das in Ziffer 2 bezeichnete Postsparkassenkonto der Abrechnungsstelle in Wien überweisen.

(2) Die zu überweisenden Beträge werden von der Abrechnungsstelle in Prag auf das neue Spezialkonto der Deutschen Verrechnungskasse bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren in Prag eingezahlt.

4. Festsetzung und Auszahlung einer weiteren Quote (Superquote) bleiben einer besonderen Vereinbarung vorbehalten.

5. Die Abrechnungsstellen werden vierteljährlich genaue Ausweise über die Höhe der Abrechnungsmasse vom 1. Oktober 1940 an austauschen und sich auf Wunsch gegenseitig Einsicht in die Bücher gewähren.

6. Die Abrechnungsstelle in Prag wird der Abrechnungsstelle in Wien die Entwürfe der an sudetendeutsche Schuldner und Gläubiger zu erlassenden Entscheidungen in deutscher Sprache mitteilen. Die Unterlagen sind beizufügen.

7. (1) Für Schiedsgerichtssachen, die sudetendeutsche Schuldner oder Gläubiger betreffen, ist ausschliesslich der Wiener Senat des Schiedsgerichtes zuständig. In diesen Fällen findet keine Auslosung im Sinne des Artikels 37 Abs. 3 des Übereinkommens statt. Beim Prager Senat anhängige Fälle dieser Art sind an den Wiener Senat abzutreten.

(2) An der Auslosung der Schiedsgerichtssachen, an denen sudetendeutsche Schuldner oder Gläubiger nicht beteiligt sind, durch den Vorsitzenden des Prager Senates, nimmt ein Vertreter des Amtes des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren teil.

(3) Dem für das Schiedsgericht bestellten Vertreter der Abrechnungsstelle in Prag stehen in Ansehung der dem Wiener Senat des Schiedsgerichtes zufallenden sudetendeutschen Rechtssachen (Abs. 1) die Artikel 37 Abs. 5 des Übereinkommens vorgesehenen Befugnisse nicht zu.

8. Die Abrechnungsstelle in Prag wird der Abrechnungsstelle in Wien ein Verzeichnis aller nicht erledigten Fälle übergeben, an denen sudetendeutsche Schuldner oder Gläubiger beteiligt sind. Als nicht erledigt gelten auch Fälle, in denen zwar eine rechtskräftige Entscheidung vorliegt, Zahlung aber nicht vollständig geleistet ist.

9. Die Abrechnungsstelle in Prag wird der Abrechnungsstelle in Wien auf deren Ersuchen sudetendeutsche Schuldner oder Gläubiger betreffende Akten einschliesslich der Berechnungen der Buchhaltung zur Verfügung stellen.

Artikel II.

Die Bestimmungen des Übereinkommens vom 18. Juni 1924 und der Zusatzprotokolle, die von den Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht berührt werden, finden Anwendung.

Artikel III.

Diese Vereinbarung tritt am 1. November 1940 in Kraft.

Prag, den 23. Dezember 1940.

Der Finanzminister
Kalfus.

Der Justizminister
Dr. Krejči.

Berlin, den 7. März 1941.

Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk.

4.

ALLEMAGNE, HONGRIE, SLOVAQUIE.

Accord concernant le régime juridique de la maison d'assurance „Star" à Prague; signé à Berlin, le 12 août 1942.*)**)

Reichsgesetzblatt 1943. II, No. 31.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reich, der Slowakischen Republik und dem Königreich Ungarn über die Regelung der Verhältnisse der Versicherungsanstalt Star in Prag.

Das Deutsche Reich, die Slowakische Republik und das Königreich Ungarn sind übereingekommen, die Verhältnisse der Versicherungsanstalt Star in Prag durch einen Vertrag zu regeln.

Zu diesem Zwecke haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler den Gesandten im Auswärtigen Amt Herrn Eckhard von Schack.

Der Präsident der Slowakischen Republik den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Matúš Černák.

Der Reichsverweser des Königreichs Ungarn den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Döme Sztójay.

Die Bevollmächtigten haben einander ihre Vollmachten mitgeteilt und in guter Ordnung befunden. Sie haben sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1.

(1) Der Versicherungsbestand der Versicherungsanstalt Star in Prag wird mit Wirkung vom 1. Januar 1941 in vier Teilbestände, und zwar den sudetendeutschen Bestand, den Protektoratsbestand, den slowakischen und den ungarischen Bestand aufgeteilt.

(2) Zu dem Versicherungsbestand nach Absatz 1 gehören

1. die Versicherungen im Sinne der nachstehenden Verordnungen der Regierung der früheren tschecho-slowakischen Republik:
   Regierungsverordnung vom 21. April 1936 über gewisse Massnahmen, betreffend den Phönix, Lebensversicherungsgesellschaft in Wien, Direktion für die tschecho-slowakische Republik in Prag (SdGuV. Nr. 101), Regierungsverordnung vom 21. April 1937 über die Regelung der Verhältnisse des tschecho-slowakischen Versicherungsblocks des Phönix, Le-

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 17 juin 1943.

**) En langues allemande, hongroise et slovaque. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

bensversicherungsgesellschaft in Wien, und einiger damit zusammenhängender Fragen (SdGuV. Nr. 56), Regierungsverordnung vom 24. Juni 1937 über einige weitere Regelungen der Verhältnisse des Phönix, Lebensversicherungsgesellschaft in Wien, Direktion für die tschecho-slowakische Republik in Prag (SdGuV. Nr. 135), Regierungsverordnung vom 18. Juni 1937, womit verschiedene Einzelheiten zum § 3 Abs. 1 der Regierungsverordnung vom 21. April 1936 (SdGuV. Nr. 101) über gewisse Massnahmen, betreffend den Phönix, Lebensversicherungsgesellschaft in Wien, Direktion für die tschecho-slowakische Republik in Prag, geregelt werden, der Umfang des tschecho-slowakischen Versicherungsblocks dieser Versicherungsanstalt abgegrenzt und der für die Unterbrechung von Rechtsstreitigkeiten festgesetzte Zeitraum teilweise abgekürzt wird (SdGuV. Nr. 136).

2. Der Neubestand, das sind die seit dem 22. April 1936 abgeschlossenen Versicherungen.

Artikel 2.

(1) Massgebend für die Zuteilung eines Versicherungsvertrags zu einem der Teilbestände ist der Wohnsitz (Sitz) oder in Ermangelung eines Wohnsitzes der gewöhnliche Aufenthaltsort des Versicherungsnehmers am 31. Dezember 1940.

(2) Ist der Versicherungsfall vor dem 1. Januar 1941 eingetreten, so ist der Wohnsitz (Sitz) oder in Ermangelung eines Wohnsitzes der gewöhnliche Aufenthaltsort am Tage des Eintritts des Versicherungsfalls massgebend.

(3) Ist ein Wohnsitz (Sitz) oder gewöhnlicher Aufenthaltsort des Versicherungsnehmers im Sinne der Absätze 1, 2 im Gebiete der ehemaligen tschecho-slowakischen Republik nicht festzustellen, so ist der letzte feststellbare Wohnsitz (Sitz) oder gewöhnliche Aufenthaltsort in diesem Gebiete massgebend. Kann ein Wohnsitz (Sitz) oder der letzte gewöhnliche Aufenthaltsort in diesem Gebiete nicht festgestellt werden, so gehört die Versicherung zum Protektoratsbestand.

Artikel 3.

Die Aufteilung der Versicherungsbestände wird von dem Verwalter der Versicherungsanstalt Star auf Grund der nachstehend beschriebenen Unterlagen vorgenommen:

a) Prämienpflichtiger Bestand.

Der prämienpflichtige Bestand, das ist der Bestand, für den eine laufende Prämie in dem Zeitabschnitt, in den der 31. Dezember 1940 fällt, zu zahlen war, wird auf Grund der bei der Versicherungsanstalt Star vorhandenen Unterlagen aufgeteilt.

b) Einmalprämienbestand.

Die Unterlagen für die Aufteilung des Bestands der vom Phönix selbst abgeschlossenen Einmalprämienversicherungen werden durch einen Aufruf (Anlage A) beschafft. Die Verwaltung der Versicherungsanstalt Star wird den Aufruf mit einer Anmeldefrist von mindestens drei Monaten im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger, im Amtsblatt des Protektorats Böhmen und Mähren, in den Uradné noviny und im Budapesti Közlöny veröffentlichen.

Die berechtigten Personen, deren Ansprüche nicht rechtzeitig angemeldet worden sind, nehmen an Sanierungsmassnahmen, gleich welcher Art, nicht teil. Sie werden nach Massgabe der am 31. Dezember 1940 vorhandenen Deckungsmittel befriedigt. Das Nähere für die einzelnen Teilbestände bestimmen die zuständigen Regierungen.

Der nicht aufgerufene Einmalprämienbestand wird entsprechend der Vorschrift in Buchstabe c behandelt.

c) Prämienfreier Bestand.

Der prämienfreie Bestand und der nicht aufgerufene Teil des Bestands der Einmalprämienversicherungen werden, sobald die Voraussetzungen gegeben sind, nach den gleichen Grundsätzen wie der Einmalprämienbestand aufgerufen und aufgeteilt werden. Das Nähere bestimmt der Regierungsausschuss (Artikel 15). Bis zur Aufteilung werden diese Bestände von der Versicherungsanstalt Star oder deren Rechtsnachfolger gegen angemessenes Entgelt treuhänderisch verwaltet.

Artikel 4.

(1) Die Versicherungsanstalt Star teilt für die Zwecke der Aufteilung des Vermögens die technischen Reserven auf die einzelnen Teilbestände auf, wobei die Reserven für die Verträge ohne Erlebens- oder Ablebensrisiko mit zu berücksichtigen sind.

(2) Für die Aufteilung der Reserven des Versicherungsbestands im Sinne des Artikels 1 Absatz 2 Ziffer 1 gilt folgendes:

a) Beim prämienpflichtigen Bestand werden die gesetzlich vorgeschriebenen Berichtigungen und Kürzungen nicht berücksichtigt;

b) beim Einmalprämienbestand werden die berechneten oder geschätzten Berichtigungen und Kürzungen berücksichtigt;

c) beim prämienfreien Bestand und dem nicht aufgerufenen Teil des Bestands der Einmalprämienversicherungen werden bis zur tatsächlichen Aufteilung dieses Bestands die unberichtigten und ungekürzten technischen Reserven nach dem sich bei der Aufteilung des prämienpflichtigen Bestands ergebenden Verhältnis aufgeteilt.

Artikel 5.

(1) Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der Versicherungsanstalt Star einschliesslich der Schulden wird zum 1. Januar 1941 festgestellt und bewertet. Hierbei können keinerlei Rechte aus Artikel II §§ 20 bis 23 der Regierungsverordnung vom 21. April 1937 (SdGuV. Nr. 56) geltend gemacht werden.

(2) An dem Dienst (Verzinsung und Tilgung) der insgesamt im Umlauf befindlichen rund dreiundvierzig Millionen Kronen Schuldverschreibungen der Postsparkasse in Prag werden sich die zuständigen Regierungen in dem Verhältnis beteiligen, in dem die Versicherungsverbindlichkeiten der vier Teilbestände nach Artikel 4 Absatz 2 zueinander stehen. Die sich hieraus ergebenden Abrechnungsansprüche und -verbindlichkeiten werden anlässlich der Aufteilung des Vermögens der Versicherungsanstalt Star verrechnet werden. Die Slowakische Regierung wird die im Besitz von Gläubigern in der Slowakei befindlichen Schuldverschreibungen, welche die Postsparkasse in Prag auf Grund der im Absatz 1 bezeichneten Bestimmungen ausgegeben hat, aus dem Umlauf ziehen.

(3) Zur Befriedigung der im Artikel 7 im einzelnen aufgeführten Ansprüche werden die erforderlichen Vermögenswerte laufend ausgeschieden.

Artikel 6.

Das Vermögen einschliesslich der Schulden wird in Kronen des Protektorats Böhmen und Mähren berechnet. Dabei bleiben die von den Regierungen für die Umrechnung der Schuldverhältnisse innerstaatlich festgesetzten Umrechnungskurse ausser Betracht.

Artikel 7.

Die Vermögenswerte der Versicherungsanstalt Star werden in nachstehender Weise verwandt:

a) Die für den Neubestand der Versicherungsanstalt Star erforderlichen Deckungsmittel werden vorab zurückgestellt.

b) Alsdann werden folgende Ansprüche mit gleichem Rang untereinander befriedigt:

1. Forderungen an Steuern, Gebühren und sonstigen öffentlichen Abgaben, die für die Zeit nach dem 30. Juni 1937 geschuldet werden;

2. Ansprüche aus Dienstverträgen, die vor dem 1. Januar 1941 erworben sind, bis zum Höchstbetrage von zweiundzwanzig Millionen Kronen. Umfang und Höhe der Ansprüche regelt der Regierungsausschuss. Er kann namentlich mit bindender Wirkung für Gerichte und Verwaltungsbehörden anordnen, dass eine Abfertigung entfällt, wenn ein Angestellter die Übernahme eines Arbeitsplatzes ablehnt, den der Regierungsausschuss allgemein oder im Einzelfall als angemessen bezeichnet;

3. Ansprüche aus Vorschüssen, die der Versicherungsanstalt Star im Jahre 1940 von den Regierungen zur Abdeckung von Versicherungsverbindlichkeiten gegeben worden sind, sowie Ansprüche aus Versicherungsfällen, die bis zum Ablauf des Jahres 1940 eingetreten sind;
4. sonstige Ansprüche, die aus Rechtgeschäften oder Handlungen des Verwalters der Versicherungsanstalt Star bis zum 31. Dezember 1940 entstanden sind;
5. die Forderung der Elbe Lebensversicherungsanstalt Aktiengesellschaft in Prag im Betrage von 9 108 213 Kronen.

Artikel 8.

Das nach der Rückstellung der Deckungsmittel und Befriedigung der Ansprüche verbleibende Vermögen wird den einzelnen Teilbeständen für die Bedeckung der auf den 31. Dezember 1940 berechneten technischen Rücklagen zur Befriedigung der den einzelnen Teilbeständen zugeteilten Versicherungen überwiesen. Es bleibt den Regierungen überlassen, für die einzelnen Teilbestände die von der ehemaligen tschechoslowakischen Republik eingeleiteten Sanierungsmassnahmen fortzusetzen, zu ergänzen oder abzuändern.

Artikel 9.

(1) Soweit Forderungen gegen die Versicherungsanstalt Star oder ihren Rechtsvorgänger im Artikel 7 Buchstabe b nicht aufgeführt sind oder nach dieser Vorschrift nicht befriedigt werden, erlöschen sie gegenüber der Versicherungsanstalt Star; dies gilt nicht für Ansprüche aus Versicherungsverträgen.

(2) Pfandrechtlich gesicherte Forderungen bleiben insoweit unberührt, als sie durch das Pfand gedeckt werden.

Artikel 10.

Wenn sich ergibt, dass einem Teilbestand infolge Anwendung des vorgeschriebenen Verteilungsschlüssels ein nicht angemessener Vermögensteil zugewiesen worden ist, bleiben Ausgleichsmassnahmen vorbehalten.

Artikel 11.

(1) Die Teilbestände werden bis zur Übergabe an die hierfür vorgesehenen Versicherungsunternehmungen von der Versicherungsanstalt Star für Rechnung der einzelnen Teilbestände verwaltet.

(2) Die Versicherungsanstalt Star hat über die Verwaltung für die Zeit vom 1. Januar 1941 bis zur Übergabe der Teilbestände dem Regierungsausschuss Rechnung zu legen.

Artikel 12.

Die Regierungen werden dafür Sorge tragen, dass die Ausschlussfristen für Rechtsstreitigkeiten gegen die Versicherungsanstalt Star oder

ihre Repräsentanzen (§ 4 Absatz 1 der Regierungsverordnung vom 21. April 1936, SdGuV. Nr. 101) für Rückkäufe und Darlehen auf Policen (Artikel II § 11 Absatz 2 der Regierungsverordnung vom 21. April 1937 — SdGuV. Nr. 56 —), für Rückzahlung von zwei Dritteln der eingezahlten Beiträge für Versicherungen, die nicht zum ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsblock des Phönix (Star) gehören (Artikel II § 3 Absatz 1 der Regierungsverordnung vom 21. April 1937 — SdGuV. Nr. 56 —), im Bedarfsfalle mindestens bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Übergabe der Teilbestände verlängert werden.

Artikel 13.

Sämtliche Rechtsgeschäfte, Urkunden (Wechsel ausgenommen), Eingaben und Amtshandlungen sind — mit Ausnahme des Streitverfahrens — von allen Stempeln, staatlichen Gebühren, Steuern und allen Abgaben, sowie insbesondere von der Abgabe für Amtshandlungen in Verwaltungssachen befreit, soweit sie zur Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Übertragung der Versicherungsbestände, Deckungsrücklagen und sonstiger Vermögensbestände erforderlich sind. Die Übertragung von Liegenschaften und Liegenschaftsanteilen ist auch von der Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften befreit. Der Transfer der zur Bedeckung der Teilbestände zugewiesenen Vermögenswerte sowie der sich bei der Durchführung dieses Abkommens ergebenden Ausgleichsbeträge wird von den zuständigen staatlichen Stellen abgaben-, gebühren- und steuerfrei gewährt werden.

Artikel 14.

(1) Insoweit die im Artikel 1 Absatz 2 Ziffer 1 angeführten gesetzlichen Vorschriften mit diesem Abkommen im Widerspruch stehen, werden sie aufgehoben.

(2) Die Bestimmung, dass bei Festsetzung der Kürzungen gemäss Regierungsverordnung vom 21. April 1937 (SdGuV. Nr. 56) auf mehrfache Versicherungen desselben Versicherungsnehmers oder auf dasselbe Leben Bedacht zu nehmen ist, ist nur im Rahmen der einzelnen Teilbestände anwendbar.

Artikel 15.

Zur Entscheidung der sich bei der Durchführung dieses Abkommens ergebenden Fragen wird ein Ausschuss gebildet. Diesem Ausschuss gehören zwei Vertreter der Deutschen Regierung und je ein Vertreter der Slowakischen Regierung und der Königlich Ungarischen Regierung an. Der Ausschuss kann Sachverständige beiziehen. Den Vorsitz führt ein Vertreter der Deutschen Regierung.

Artikel 16.

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Das Abkommen tritt an dem Tage, an dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat, in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in dreifacher Urschrift, in deutscher, slowakischer und ungarischer Sprache.

Berlin, den 12. August 1942.

Für die Deutsche Regierung:
E. von Schack.

Für die Slowakische Regierung:
Matúš Černák.

Für die Königlich Ungarische Regierung:
Sztójay Döme.

Anlage A.

Kundmachung.

Auf Grund des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich, der Slowakischen Republik und dem Königreich Ungarn über die Regelung der Verhältnisse der Versicherungsanstalt Star in Prag vom 12. August 1942 wird der Versicherungsbestand der Versicherungsanstalt Star in vier Teilbestände, und zwar den sudetendeutschen Bestand, den Protektoratsbestand, den slowakischen und den ungarischen Bestand aufgeteilt.

Zum Zwecke dieser Aufteilung ergeht an die Inhaber von Policen (Versicherungsscheinen), die zum ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsbestand der Lebensversicherungsgesellschaft Phönix in Wien, Direktion für die ehemalige tschecho-slowakische Republik in Prag gehören (§ 3 der Regierungsverordnung vom 21. April 1936 — SdGuV. Nr. 101 — in der Fassung der Regierungsverordnung vom 21. April 1937 — SdGuV. Nr. 56 —) und zu welchen die Prämien ein für allemal gezahlt wurden (Einmalprämienversicherungen), die Aufforderung, die im nachstehenden näher bezeichneten Versicherungen anzumelden.

Anzumelden sind nur solche Phönix-Versicherungen, die

a) bei der Lebensversicherungsgesellschaft Phönix in Wien, Direktion für die ehemalige tschecho-slowakische Republik in Prag selbst vor dem 21. April 1936 abgeschlossen und bei denen die Policen (Versicherungsscheine) von dieser Gesellschaft ausgefertigt worden sind und
b) für welche die Prämien in bar, durch Erlag von Wertpapieren oder auf eine andere Weise ein für allemal beglichen wurden (Einmalprämienversicherungen).

Versicherungen, die nach dieser Kundmachung nicht anzumelden sind, werden auf Grund von Unterlagen, die bei der Versicherungsanstalt Star bereits vorhanden sind oder auf andere Weise beschafft werden, einem der obengenannten Teilbestände zugewiesen.

Anmeldestelle.

Die Anmeldung hat bei einer der nachstehend angeführten Stellen zu geschehen:

1. Verwaltung der Versicherungsanstalt Star, Prag II, Beethovenstr. 7,
2. Repräsentanz der Versicherungsanstalt Star, Reichenberg, Hermann-Göring-Platz 6,
3. Reprezentácia poistovne Star, Bratislava, Grösslingova 8,
4. Star biztositó intézet felvidéki képviselete, Érsekujvár.

Inhalt der Anmeldung.

Die Anmeldung muss folgende Angaben enthalten:

1. den genauen Wortlaut des Firmennamens des Phönix, wie er im Policenkopf abgedruckt ist,
2. die Nummer der Phönix-Police,
3. den Namen des Versicherungsnehmers (der Person, welche den Versicherungsvertrag geschlossen hat),
4. den Namen des Versicherten (der Person, auf deren Leben die Versicherung abgeschlossen worden ist),
5. den Wohnsitz (Sitz) oder in Ermangelung eines solchen den gewöhnlichen Aufenthaltsort, den der Versicherungsnehmer am 31. Dezember 1940 hatte.

Falls dieser Wohnsitz (Sitz) oder gewöhnliche Aufenthaltsort ausserhalb des Gebietes der ehemaligen tschecho-slowakischen Republik liegt, ist noch der letzte Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthaltsort des Versicherungsnehmers auf dem Gebiete der ehemaligen tschecho-slowakischen Republik anzuführen unter gleichzeitiger Angabe des Zeitpunktes, in welchem dieser letzte Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthaltsort aufgegeben worden ist.

Anmeldefrist.

Die Anmeldung muss schriftlich, spätestens bis zum 30. Juni 1943 erfolgen.*) Eine Anmeldung durch eine nicht berechtigte Person genügt zur Wahrung der Frist.

Zur Vermeidung von nachteiligen Folgen empfiehlt es sich, die Anmeldung eingeschrieben einzusenden.

Folgen der Nichtanmeldung.

Die berechtigten Personen aus den der Anmeldung unterliegenden, auf Grund dieser Kundmachung nicht rechtzeitig angemeldeten Phönix-Versicherungen nehmen an Sanierungsmassnahmen gleich welcher Art

*) Prolongé, en vertu de l'Article 15 de l'Accord, jusqu'au 31 décembre 1943. V. Reichsgesetzblatt 1943. II, p. 398.

nicht teil. Sie werden bei Fälligkeit des Versicherungsanspruchs nach Massgabe der am 31. Dezember 1940 vorhandenen Deckungsmittel befriedigt. Das Nähere für die einzelnen Teilbestände bestimmen die Regierungen.

Ausgefertigt in dreifacher Urschrift, in deutscher, slowakischer und ungarischer Sprache.

Berlin, den 12. August 1942.

Für die Deutsche Regierung:
E. von Schack.

Für die Slowakische Regierung:
Matúš Černák.

Für die Königlich Ungarische Regierung:
Sztójay Döme.

Anlage B.

Zusatzprotokoll zu dem am heutigen Tage unterzeichneten Abkommen zwischen dem Deutschen Reich, der Slowakischen Republik und dem Königreich Ungarn über die Regelung der Verhältnisse der Versicherungsanstalt Star in Prag.

Die Reichsregierung, die Slowakische Regierung und die Königlich Ungarische Regierung haben zum Zwecke der Ausführung des heute unterzeichneten Abkommens über die Regelung der Verhältnisse der Versicherungsanstalt Star in Prag über die folgenden Punkte, die einen wesentlichen Bestandteil des Abkommens bilden, Übereinstimmung erzielt:

1. Zu Artikel 2: der Regierungsausschuss kann beim Vorliegen wichtiger Gründe einzelne Versicherungen abweichend von den Vorschriften des Artikels 2 zuteilen.

2. Zu Artikel 7, 8:

   a) Artikel II § 3 Absatz 1 der Regierungsverordnung vom 21. April 1937 (SdGuV. Nr. 56) gilt nur für Versicherungen, die mit laufender Prämienzahlung abgeschlossen sind.

   b) Versicherungsansprüche im Sinne des Artikels 8 sind nur Ansprüche aus Verträgen, bei denen der Versicherer ein Erlebens oder Ablebensrisiko übernommen hat.

3. Zu Artikel 9 Absatz 1: Die Bestimmungen über das Erlöschen von Rechten gelten auch für einen Rechtsnachfolger des Star.

4. Zu Artikel 11: Zu den Kosten der Verwaltung der Teilbestände gehören auch die im Interesse der Teilbestände aufgewandten zentralen Unkosten.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Zusatzprotokoll, das als wesentlicher Bestandteil des Abkommens vom heutigen Tage gilt, unterzeichnet.

Ausgefertigt in dreifacher Urschrift, in deutscher, slowakischer und ungarischer Sprache.

Berlin, den 12. August 1942.

Für die Deutsche Regierung:
E. von Schack.

Für die Slowakische Regierung:
Matúš Černák.

Für die Königlich Ungarische Regierung:
Sztójay Döme.

5.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, BRÉSIL.

Arrangement concernant l'importation en franchise de droits des articles destinés à l'usage du personnel des légations et consulats respectifs; conclu par un Echange de Notes signées à Rio de Janeiro, le 11 octobre 1940.

Executive Agreement Series, No. 185.

The American Ambassador in Brazil to the Brazilian Minister for Foreign Affairs.

No. 606.

Embassy of the
United States of America
Rio de Janeiro, October 11, 1940.

Excellency:

With reference to Your Excellency's note No. C/75/924.81 (22) (42) of April 24th last, I have the honor to inform Your Excellency that the Government of the United States is disposed to conclude an agreement with the Government of Brazil by means of an exchange of notes providing, on a basis of reciprocity, that the diplomatic and consular representatives of the United States and the clerical personnel attached to the American Embassy and the American consular offices in Brazil, who are nationals of the United States; and that the diplomatic and consular representatives of Brazil and the clerical personnel attached to the Brazilian Embassy and Brazilian consular offices in the United States, who are nationals of Brazil, will be permitted to import, free from the payment of duties, articles for their personal use, if they are not engaged

in any other private occupation for gain and if the article is not one the importation of which is prohibited, respectively, by the laws of Brazil and by the laws of the United States of America.

I would appreciate it if Your Excellency would be good enough to indicate in writing that the Brazilian Government considers the agreement concluded by this exchange of notes.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration.

Jefferson Caffery.

His Excellency Dr. Oswaldo Aranha,
Minister for Foreign Affairs, Rio de Janeiro.

The Brazilian Minister for Foreign Affairs to the American Ambassador in Brazil.

C/180/924.81 (22) (42)

Ministerio das Relações Exteriores,
Rio de Janeiro.
Em 11 de Outubro de 1940.

Senhor Embaixador,

Tenho a honra de acusar o recebimento da nota nº 606, datada de hoje, pela qual Vossa Excelência comunica que o Govêrno dos Estados Unidos da América está disposto a concluir um acôrdo por troca de notas, baseado no princípio de estrita reciprocidade, que permita aos funcionários de carreira e demais funcionários dos Estados Unidos da América em exercício na Embaixada e nas repartições consulares acreditadas no Brasil, os quais sejam cidadãos daquele país, e aos funcionários de carreira e demais funcionários brasileiros em exercício na Embaixada e nas repartições consulares acreditadas nos Estados Unidos da América, os quais sejam cidadãos brasileiros importar livremente, isento do pagamento de quaisquer direitos, nos países em que residirem, todo e qualquer artigo para seu uso pessoal, desde que não exerçam nenhuma outra atividade com o propósito de lucro e que não se trate de artigo cuja importação seja proíbida, respectivamente, pelas leis do Brasil e pelas leis dos Estados Unidos da América.

2. Em resposta e confirmando a nota dêste Ministério nº C/75/-924.81 (22) (42), de 24 de Abril último, tenho a satisfação de informar Vossa Excelência de que o Govêrno brasileiro, concordando com a sugestão do Govêrno dos Estados Unidos da América, aceita o acôrdo nos termos acima transcritos e o dá por concluido com a troca destas duas notas.

Aproveito a oportunidade para renovar a Vossa Excelência os protestos da minha mais alta consideração.

Oswaldo Aranha.

A Sua Excelência o Senhor Jefferson Caffery,
Embaixador dos Estados Unidos da América.

6.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Convention concernant les communications et réquisitions intéressant l'état civil; signée à Budapest, le 1er septembre 1941.*)**)

Reichsgesetzblatt 1942. II, No. 33.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn über Mitteilungen und Ersuchen auf dem Gebiete des Personenstandswesens.

Das Deutsche Reich und das Königreich Ungarn sind übereingekommen, die gegenseitige Übermittlung von Abschriften aus den Personenstandsbüchern, Matriken und Kirchenbüchern sowie die Eintragung gewisser Änderungen des Personenstandes durch ein Abkommen zu regeln.

Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister
Herrn Dietrich von Jagow und

den Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium
Herrn Dr. Erich Volkmar.

Seine Durchlaucht der Reichsverweser des Königreichs Ungarn:

den Staatssekretär im Königlich Ungarischen Ministerium des Innern, Königlich Ungarischen Geheimen Rat
Herrn Dr. Koloman von Tomcsányi,

den Sektionschef im Königlich Ungarischen Ministerium des Äussern
Herrn Dr. Ferdinand Riedel und

den Richter der Königlich Ungarischen Kurie
Herrn Dr. Georg von Lupkovics.

Die Bevollmächtigten haben einander ihre Vollmachten mitgeteilt und sie in Ordnung befunden. Sie haben sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1.

Übermittlung von Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden.

(1) Werden im Gebiet eines der Vertragschliessenden Teile Geburten, Eheschliessungen oder Sterbefälle beurkundet, die einen Angehörigen des anderen Teils betreffen, so werden den im Artikel 5 bezeichneten Behörden dieses Teils wort- und buchstabengetreue beglaubigte Abschriften der Eintragungen in die Personenstandsbücher (Matriken) übermittelt.

---

*) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 14 septembre 1942.

**) En langues allemande et hongroise. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

(2) Sind in diesen Abschriften nachstehende Angaben nicht bereits enthalten, so werden nachrichtlich vermerkt:

a) auf der Geburtsurkunde Ort und Tag der Geburt und der Eheschliessung der Eltern, bei unehelicher Geburt nur Ort und Tag der Geburt der Mutter; ferner der letzte Wohnsitz des ehelichen Vaters oder der unehelichen Mutter im Heimatstaat;

b) auf der Heiratsurkunde Ort und Tag der Geburt der Eheleute sowie Ort und Tag der Eheschliessung ihrer Eltern; ferner der letzte Wohnsitz des Mannes im Heimatstaat;

c) auf der Sterbeurkunde Ort und Tag der Geburt des Verstorbenen, bei verheirateten und verwitweten Personen auch Ort und Tag ihrer Eheschliessung; ferner der letzte Wohnsitz des Verstorbenen im Heimatstaat.

Angaben, die nicht ohne Schwierigkeiten zu ermitteln sind, können entfallen; einer Nachprüfung der von den Beteiligten gemachten Angaben bedarf es nicht.

Artikel 2.

Mitteilung späterer Eintragungen.

Wird von den Behörden des einen Vertragschliessenden Teils zu der Eintragung eines Geburtsfalles, einer Eheschliessung oder eines Sterbefalles ein späterer zusätzlicher Vermerk oder eine Berichtigung eingetragen, und ist ein Angehöriger des anderen Teils beteiligt, so wird eine beglaubigte Abschrift der mit dem Vermerk oder der Berichtigung versehenen Eintragung den im Artikel 5 bezeichneten Behörden übermittelt. Dieser Abschrift wird, sofern nicht eine Behörde des anderen Teils um die Eintragung ersucht hat, eine beglaubigte Abschrift der Unterlagen beigefügt, auf Grund deren der Vermerk oder die Berichtigung eingetragen worden ist.

Artikel 3.

Mitteilungen auf Ersuchen.

Die Behörden der beiden Vertragschliessenden Teile werden im Einzelfall einander auf Ersuchen beglaubigte Abschriften der Eintragungen in die Personenstandsbücher, Matriken und Kirchenbücher erteilen.

Artikel 4.

Eintragungen auf Ersuchen.

(1) Auf amtliches Ersuchen wird in einem Personenstandsbuch, in einer Matrik oder in einem Kirchenbuch zu dem ursprünglichen Eintrag eine spätere Eintragung oder eine Neueintragung vorgenommen, wenn dies nach dem Recht der ersuchten Behörde zulässig ist. Dem Ersuchen sind die Unterlagen, insbesondere Entscheidungen von Behörden beizufügen, aus denen sich die einzutragenden Tatsachen ergeben. Der ersuchenden Behörde wird eine beglaubigte Abschrift aus dem Personenstandsbuch, der Matrik oder dem Kirchenbuch, die auch die spätere Eintragung enthält, gebühren- und kostenfrei übermittelt.

(2) Die Staatsangehörigkeit der beteiligten Personen muss aus dem Ersuchen oder den beigefügten Unterlagen ersichtlich sein. Im Falle eines Zweifels kann vor der Erledigung des Ersuchens der urkundliche Nachweis der Staatsangehörigkeit verlangt werden.

Artikel 5.

Verkehrsweg und Sprache.

(1) Die in den Artikeln 1 und 2 genannten Abschriften werden im Deutschen Reich den von der Königlich Ungarischen Regierung zu bezeichnenden Konsularbehörden, im Königreich Ungarn der Deutschen Gesandtschaft (Konsularabteilung) vierteljährlich gebühren- und kostenfrei übersandt.

(2) Ersuchen gemäss Artikel 3 können im unmittelbaren Schriftverkehr erledigt werden; sie sind gebühren- und kostenfrei auszuführen. Für Ersuchungsschreiben werden die Vertragschliessenden Teile doppelsprachige Vordrucke verwenden.

(3) Ersuchen gemäss Artikel 4 werden auf diplomatischem Wege erledigt; Anlagen brauchen nicht übersetzt zu werden.

Artikel 6.

Anträge von Privatpersonen.

(1) Privatpersonen können Anträge auf Erteilung von Abschriften aus den Personenstandsbüchern, Matriken und Kirchenbüchern oder von standesamtlichen Urkunden unmittelbar an die Standesbeamten, Matrikenführer und Kirchenbuchführer richten; ist der Antrag in deren Amtssprache abgefasst, so kann die Erledigung nicht versagt werden.

(2) Die Angehörigen der beiden Vertragschliessenden Teile haben für die Erledigung ihrer Anträge keine höheren Gebühren und Kosten zu entrichten als die eigenen Staatsangehörigen. Legt ein Antragsteller eine von der Gemeindebehörde seines Wohnortes ausgestellte und mit ihrem Amtssiegel oder Amtsstempel versehene Bescheinigung des Unvermögens vor, so wird der Antrag gebühren- und kostenfrei erledigt.

Artikel 7.

Form der Familiennamen und der Vornamen.

(1) Die Standesbeamten (Matrikenführer) des einen Vertragschliessenden Teils werden den Familiennamen eines Angehörigen des andern Teils nur in der seinem heimatlichen Recht entsprechenden Form in die Personenstandsbücher (Matriken) eintragen.

(2) Die Standesbeamten (Matrikenführer) werden auch die Vornamen eines Angehörigen des anderen Teils nur in der seinem heimatlichen Recht entsprechenden Form in das Geburtenbuch eintragen, wenn in der Erklärung des zur Namensbeilegung Berechtigten diese Form gebraucht ist. In die übrigen Personenstandsbücher (Matriken) werden sie die Vornamen in der Form eintragen, die im Geburtenbuch gebraucht ist.

Artikel 8.

Schlussbestimmungen.

(1) Das Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt drei Monate nach Ablauf des Tages, an dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat, in Kraft. Es bleibt in Geltung bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Ablauf des Tages, an dem die Kündigung des einen Vertragschliessenden Teils dem anderen Teil zugegangen ist.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und ungarischer Sprache in Budapest am 1. September 1941.

Dietrich v. Jagow.
Dr. Erich Volkmar.
Dr. Tomcsányi Kálmán.
Dr. Riedel Nándor.
Dr. Lupkovics György.

7.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Convention de légalisation; signée à Bucarest, le 16 septembre 1942.*)**)

Reichsgesetzblatt 1943. II, No. 32.

Beglaubigungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien.

Das Deutsche Reich und das Königreich Rumänien sind übereingekommen, zur Erleichterung des Rechtsverkehrs den wechselseitigen Gebrauch von Urkunden durch ein Abkommen zu regeln.

Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

den Deutschen Ausserordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister in Bukarest
Herrn Manfred Freiherr von Killinger und

den Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium,
Herrn Leo Quassowski.

---

*) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 14 juillet 1943.

**) En langues allemande et roumaine. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

Der Marschall von Rumänien und Conducător des Staates:

den Vizepräsidenten und Präsidenten a. i. des Ministerrates und Minister des Äussern,
Herrn Professor Mihai A. Antonescu.

Die Bevollmächtigten haben einander ihre Vollmachten mitgeteilt und sie in Ordnung befunden. Sie haben sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1.

(1) Urkunden, die von einer Gerichtsbehörde oder einer obersten oder höheren Verwaltungsbehörde des einen Vertragschliessenden Teils aufgenommen oder ausgestellt und mit dem Siegel oder Stempel der Behörde versehen sind, bedürfen zum Gebrauch im Gebiet des anderen Vertragsschliessenden Teils keiner Beglaubigung oder Legalisation.

(2) Andere Urkunden bedürfen keiner weiteren Beglaubigung oder Legalisation, wenn sie von einer der im Absatz 1 genannten Behörden unter Beidrückung ihres Siegels oder Stempels beglaubigt sind.

Artikel 2.

(1) Zu den im Artikel 1 bezeichneten Gerichts- und Verwaltungsbehörden gehören auch die beiderseitigen Grundbuchbehörden und Staatsanwaltschaften.

(2) Die Vertragschliessenden Teile werden einander unverzüglich Verzeichnisse mitteilen, in denen die für den Urkundenverkehr wichtigsten obersten und höheren Verwaltungsbehörden enthalten sind. Spätere Änderungen werden gegenseitig mitgeteilt werden.

Artikel 3.

(1) Vom Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens an treten für die Beziehungen zwischen den Vertragschliessenden Teilen frühere Staatsverträge, Vereinbarungen und Regierungserklärungen über Fragen, die durch dieses Abkommen geregelt sind, ausser Kraft.

(2) Durch die Bestimmungen dieses Abkommens werden jedoch nicht berührt:

a) die Erleichterungen, die auf Grund besonderer Vereinbarungen für einzelne Sachgebiete bestehen;

b) die für die Anerkennung von Ausweispapieren bestehende Übung.

Artikel 4.

(1) Das Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt drei Monate nach Ablauf des Tages, an dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat, in Kraft. Es bleibt in Geltung bis zum Ablauf von sechs Monaten nach

Ablauf des Tages, an dem es von einem der beiden Vertragschliessenden Teile gekündigt wird.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Geschehen in doppelter Urschrift in deutscher und rumänischer Sprache

in Bukarest, den 16. September 1942.

v. Killinger.
Quassowski.
Antonescu.

Schlussprotokoll.

Bei Unterzeichnung des Beglaubigungsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien erklären die Bevollmächtigten im Namen ihrer Regierungen, dass Einverständnis über folgendes besteht:

1. Unter Gerichtsbehörden im Sinne des Artikels 1 Abs. 1 werden nicht nur die ordentlichen Gerichte, sondern Gerichtsbehörden jeder Art verstanden.
2. Gerichtsbehörden im Sinne des Artikels 1 Abs. 1 sind auch die Präsidenten der Gerichte.
3. Das Reichspatentamt und das Patentamt des Protektorats Böhmen und Mähren sowie die rumänischen Patentbehörden gehören zu den im Artikel 1 Abs. 1 bezeichneten Gerichts- und Verwaltungsbehörden.
4. Urkunden, die nach den gesetzlichen Vorschriften von den Geschäftsstellen oder Kanzleien einer der im Artikel 1 genannten Behörden aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt sind, sind Urkunden dieser Behörden.
5. Es bleibt jedem Vertragschliessenden Teil unbenommen, Urkunden, die aus dem Gebiet des anderen Vertragschliessendes Teils stammen, auf Grund innerstaatlicher Vorschriften oder Übungen in weitergehendem Umfange, als es in dem Abkommen vorgesehen ist, ohne Beglaubigung oder Legitimation anzuerkennen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Schlussprotokoll unterzeichnet, das als wesentlicher Bestandteil des Abkommens vom heutigen Tage gilt.

Geschehen in doppelter Urschrift in deutscher und rumänischer Sprache

in Bukarest, den 16. September 1942.

v. Killinger.
Quassowski.
Antonescu.

8.

ALLEMAGNE, SUÈDE.

Accord concernant la validité de certains Traités et Accords relatifs à l'extradition et l'assistance judiciaire en matière pénale; conclu par un Echange de Notes du 19 juillet 1939 au 21 septembre 1942.

Reichsgesetzblatt 1943. II, No. 35.

Zwischen der Deutschen Regierung und der Königlich Schwedischen Regierung ist durch Notenwechsel der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm mit dem Königlich Schwedischen Ministerium des Äussern vom 19. Juli/22. August 1939 sowie von 18. Juni/21. September 1942 das Einverständnis über folgendes festgestellt worden:

I. Die Wirksamkeit folgender Vereinbarungen erstreckt sich auf die Alpen- und Donau-Reichsgaue sowie das Protektorat Böhmen und Mähren:

1. des Auslieferungsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden und Norwegen vom 19. Januar 1878 (Reichsgesetzbl. S. 110),*)
2. der durch Austausch gleichlautender Erklärungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts und des Königlich Schwedischen Ministers des Äussern vom 18. Juni 1913 getroffenen Vereinbarung zwischen der Deutschen Regierung und der Königlich Schwedischen Regierung über die Veröffentlichung von Fahndungsersuchen in den deutschen und schwedischen Fahndungsblättern (Reichsministerialbl. 1934 S. 247),**)
3. der durch Notenwechsel zwischen der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm und dem Königlich Schwedischen Ministerium des Äussern vom 5. September 1922/19. Januar 1923 getroffenen Vereinbarung über die Beifügung von Übersetzungen (Reichsministerialbl. 1934 S. 247).

II. Als erloschen werden betrachtet:

1. der Vertrag zwischen der früheren Republik Österreich und dem Königreich Schweden über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern und die Rechtshilfe in Strafsachen vom 24. März 1930 (Österreichisches Bundesgesetzbl. Nr. 205),***)
2. das Übereinkommen zwischen der früheren Tschechoslowakischen Republik und dem Königreich Schweden über die Auslieferung von Verbrechern und die Rechtshilfe in Strafsachen, unter-

---

*) V. **N.R.G.** 2. s. IV, p. 443.
) V. **N.R.G. 3. s. X, p. 273.
***) V. **N.R.G.** 3. s. XXIII, p. 179.

zeichnet in Prag am 17. November 1931 (Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Tschechoslowakischen Staates, Jahrgang 1932, Nr. 161).*)

III. Die Angehörigen des Protektorats Böhmen und Mähren sind für den Rechtshilfeverkehr in Strafsachen den deutschen Staatsangehörigen gleichzustellen.

9.

ALLEMAGNE, DANEMARK.

Accord concernant la validité de certains Accords relatifs à l'extradition et à l'assistance judiciaire en matière pénale; conclu par un Echange de Notes signées à Berlin, le 15 juin 1943.

Reichsgesetzblatt 1943. II, No. 35.

Zwischen der Deutschen Regierung und der Königlich Dänischen Regierung ist durch Notenwechsel des Auswärtigen Amts mit der Königlich Dänischen Gesandtschaft in Berlin vom 15. Juni 1943 das Einverständnis über folgendes festgestellt worden:

I. Die im Rechtshilfeverkehr in Strafsachen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Dänemark beobachtete Übung sowie die hierüber zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Dänemark getroffenen besonderen Vereinbarungen sind einheitlich auf das gesamte Gebiet des Grossdeutschen Reichs einschliesslich des Protektorats Böhmen und Mähren anzuwenden.

Zu diesen besonderen Vereinbarungen gehören:

1. die durch Notenwechsel zwischen dem Deutschen Gesandten in Kopenhagen und dem Königlich Dänischen Minister des Äussern vom 23. Juni 1931 zustande gekommene Vereinbarung über die vorläufige Regelung des Rechtshilfeverkehrs in Strafsachen (Reichsgesetzbl. II S. 531),**)
2. die durch Schriftwechsel des Auswärtigen Amts (dessen Schreiben vom 31. Januar und 18. Juni 1912) mit der Königlich Dänischen Gesandtschaft in Berlin (deren Schreiben vom 16. April und 14. Dezember 1912) getroffene Vereinbarung über die Veröffentlichung von Fahndungsersuchen in den deutschen und dänischen Fahndungsblättern (Reichsministerialbl. 1934 S. 228),
3. die folgenden für einzelne strafbare Handlungen abgegebenen deutsch-dänischen Gegenseitigkeitserklärungen:

---

*) V. N.R.G. 3. s. XXVII, p. 157.
**) V. N.R.G. 3. s. XXV, p. 784.

a) Schriftwechsel zwischen dem Deutschen Gesandten in Kopenhagen und dem Königlich Dänischen Minister des Äussern vom 7. und 26. November 1898 über die Auslieferung von Personen, die sich einer fahrlässigen Tötung schuldig gemacht haben.

b) Schriftwechsel zwischen dem Deutschen Gesandten in Kopenhagen und dem Königlich Dänischen Minister des Äussern vom 23. November und 4. Dezember 1908 über die Auslieferung von Personen wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften,

c) Schriftwechsel zwischen der Deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen und dem Königlich Dänischen Ministerium des Äussern vom 8. Dezember 1909 und 7. April 1910 über die Auslieferung von Verbrechern, die sich der Teilnahme an einer Straftat schuldig gemacht haben, deretwegen die Auslieferung zwischen den beiden Staaten auf Grund der Gegenseitigkeit gewährt wird, sofern eine solche Teilnahme nach der Gesetzgebung beider Länder mit Strafe bedroht ist, und zwar nach deutschem Recht als Anstiftung, Beihilfe oder Begünstigung, nach dänischem Recht als Teilnahme im Sinne des dänischen Strafgesetzbuchs,

d) Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und der Königlich Dänischen Gesandtschaft in Berlin (Schreiben vom 2. und 7. November 1912) über die gegenseitige Auslieferung von Personen, die sich einer vorsätzlichen Körperverletzung schuldig gemacht haben, sofern Tatumstände vorhanden oder Folgen eingetreten sind, die nach dem Recht des einen oder des anderen Staates die Strafbarkeit erhöhen.

II. Als erloschen wird betrachtet das Übereinkommen zwischen der früheren Tschechoslowakischen Republik und dem Königreich Dänemark über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern und die Rechtshilfe in Strafsachen, unterzeichnet in Kopenhagen am 7. Oktober 1931 (Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Tschechoslowakischen Staates, Jahrgang 1932, Nr. 34).*)

III. Die Angehörigen des Protektorats Böhmen und Mähren sind für den Rechtshilfeverkehr in Strafsachen den deutschen Staatsangehörigen gleichzustellen.

---

*) **V. N.R.G.** 3. s. XXVI, p. 133.

10.

ALLEMAGNE, CROATIE.

Traité d'extradition; signé à Agram, le 28 février 1942.*)**)

Reichsgesetzblatt 1943. II, No. 32.

Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Unabhängigen Staat Kroatien.

Das Deutsche Reich und der Unabhängige Staat Kroatien sind übereingekommen, die Auslieferung straffälliger Personen und die Leistung sonstiger Rechtshilfe in Strafsachen durch einen Vertrag zu regeln.

Zu diesem Zwecke haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

den Ausserordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister Herrn Siegfried Kasche,

den Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium Herrn Ernst Schäfer und

den Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt Herrn Dr. Adolf Siedler;

Der Poglavnik des Unabhängigen Staates Kroatien:

den Justiz- und Kultusminister Herrn Dr. Mirko Puk und

den Gesandten und Bevollmächtigten Minister im Ministerium des Äussern Herrn Dr. Milorad Stražnicky.

Die Bevollmächtigten haben einander ihre Vollmachten mitgeteilt und in Ordnung befunden. Sie haben sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

Umfang der Rechtshilfe.

(1) Die Vertragschliessenden Teile werden nach Massgabe der folgenden Bestimmungen:

1. unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einander auf Ersuchen einer zuständigen Behörde in Strafsachen aller Art, mögen sie bei Gerichts- oder Verwaltungsbehörden schweben, durch ihre Gerichte und Verwaltungsbehörden Rechtshilfe dadurch leisten, dass
   a) Personen zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung ausgeliefert und durchgeliefert werden,
   b) Gegenstände herausgegeben werden,
   c) sonstige Rechtshilfe geleistet wird, soweit sie auch eigenen Behörden gewährt werden könnte;

*) Les ratifications ónt été échangées à Berlin, le 29 juin 1943.

**) En langues allemande et croate. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

2. einander die rechtskräftigen Verurteilungen ihrer Staatsangehörigen mitteilen.

(2) Sie werden in sinngemässer Anwendung der Bestimmungen des Vertrags Rechtshilfe auch für Verfahren leisten, in denen gerichtliche Massregeln der Sicherung und Besserung mit oder ohne Zusammenhang mit einer Bestrafung angeordnet werden können oder bereits angeordnete derartige Massregeln zu vollziehen sind.

Zweiter Abschnitt.

Auslieferung und Durchlieferung.

Artikel 2.

Abgrenzung der Auslieferungspflicht in persönlicher Hinsicht.

(1) Die Vertragschliessenden Teile werden nach Massgabe der folgenden Bestimmungen Personen, die von den Behörden des ersuchenden Teils wegen einer strafbaren Handlung verfolgt werden oder verurteilt worden sind und sich im Gebiete des ersuchten Teils befinden, einander zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung ausliefern.

(2) Diese Verpflichtung erstreckt sich nicht auf die eigenen Staatsangehörigen des ersuchten Teils.

Artikel 3.

Abgrenzung der Auslieferungspflicht in sachlicher Hinsicht.

(1) Die Vertragschliessenden Teile werden die Auslieferung wegen solcher Taten gewähren, die nach dem auf den Einzelfall anzuwendenden Rechte beider Teile strafbar sind.

(2) Wird die Auslieferung zur Strafverfolgung begehrt, so wird sie gewährt, wenn die Tat nach dem Rechte beider Teile mit einer Höchststrafe von mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe oder einer schwereren Strafart bedroht ist. Die Auslieferung erfolgt auch wegen Vorbereitung und Versuchs einer der Auslieferung unterliegenden Tat und wegen jeder Art von Teilnahme, sofern die Vorbereitung, der Versuch oder die Teilnahme nach dem Rechte beider Teile strafbar ist. Dasselbe gilt für Hehlerei und Begünstigung hinsichtlich einer der Auslieferung unterliegenden Tat.

(3) Wird die Auslieferung zur Strafvollstreckung begehrt, so wird sie gewährt, wenn die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 vorliegen und die rechtskräftig erkannte Strafe — im Falle einer Gesamtstrafe diese — mindestens zwei Monate Freiheitsstrafe beträgt.

Artikel 4.

Politische Taten.

(1) Die Vertragschliessenden Teile sind zur Auslieferung nicht verpflichtet, wenn die Tat eine politische ist oder mit einer politischen Tat derart im Zusammenhange steht, dass sie diese vorbereiten, sichern, decken oder abwehren sollte.

(2) Die Verpflichtung zur Auslieferung besteht jedoch in allen Fällen, in denen sich die Tat als ein vorsätzliches Verbrechen gegen das Leben darstellt oder eine besondere Gemeingefahr herbeigeführt hat oder Furcht und Schrecken verbreiten sollte. Das gleiche gilt für die Vorbereitung einer solchen Tat, für ihren Versuch, jede Art von Teilnahme daran und ihre Begünstigung.

Artikel 5.

Ausnahmen von der Auslieferungspflicht.

Die Verpflichtung zur Auslieferung besteht nicht:

1. wenn die Tat ausschliesslich eine Wehrdienstentziehung darstellt oder ausschliesslich nach den Militärstrafgesetzen strafbar ist;
2. wenn die Tat ausschliesslich nach den Pressestrafgesetzen strafbar ist;
3. wenn die Tat ausschliesslich nach den Vorschriften über öffentlich-rechtliche Abgaben strafbar ist;
4. wenn die Tat ausschliesslich nach den Vorschriften über die Devisenbewirtschaftung strafbar ist;
5. wenn die Tat ausschliesslich nach den Vorschriften über Ein-, Aus- oder Durchfuhrverbote strafbar ist, es sei denn, dass es sich um die strafbare Ein-, Aus- oder Durchfuhr von Betäubungsmitteln handelt.

Artikel 6.

Weitere Ausnahmen von der Auslieferungspflicht.

Die Verpflichtung zur Auslieferung besteht nicht:

1. wenn die Gerichtsbarkeit des ersuchten Teils für die Tat begründet ist und überwiegende strafrechtliche Interessen für die Ausübung der Gerichtsbarkeit durch den ersuchten Teil sprechen;
2. wenn die Tat im Gebiete des ersuchten Teils begangen ist;
3. wenn die Tat im Gebiet eines dritten Staates begangen ist und die Strafverfolgung nach dem Rechte des ersuchten Teils nicht zulässig sein würde;
4. wenn gegen den Verfolgten wegen der Tat von Behörden des ersuchten Teils ein Straferkenntnis erlassen oder eine sonstige das Verfahren sachlich abschliessende gerichtliche Entscheidung ergangen ist;
5. wenn die Strafverfolgung oder Strafvollstreckung wegen der Tat nach dem auf den Einzelfall anzuwendenden Recht eines der Vertragschliessenden Teile unzulässig sein würde, zum Beispiel weil Verjährung eingetreten, ein Gnadenerlass erfolgt ist oder der erforderliche Strafantrag fehlt.

Artikel 7.

Aussetzung der Auslieferung.

Ist der Verfolgte von einer Behörde des ersuchten Teils wegen einer anderen wie der Tat, welche die Auslieferung veranlassen soll, straf-

rechtlich zur Untersuchung gezogen oder verurteilt worden, oder befindet er sich aus anderen Gründen in Haft, so kann die Auslieferung ausgesetzt werden, bis das Verfahren beendet, das Urteil vollstreckt, die Strafe endgültig erlassen oder die Haft vollzogen ist.

Artikel 8.

Vorläufige Auslieferung.

Die Vertragschliessenden Teile werden in den Fällen des Artikels 7 Personen, zu deren Auslieferung sie nach diesem Vertrage verpflichtet sind, einander zur Strafverfolgung vorläufig ausliefern, sofern die Interessen der Rechtspflege des ersuchten Teils der vorläufigen Auslieferung nicht entgegenstehen. Der ersuchende Teil wird den Verfolgten auf Ersuchen des anderen Teils, jedenfalls aber nach Durchführung der Strafverfolgung, unverzüglich zurückliefern.

Artikel 9.

Mehrheit von Auslieferungsersuchen.

Haben mehrere Staaten um die Auslieferung ersucht, so hat der ersuchte Teil die Wahl, welchem Auslieferungsersuchen er den Vorzug geben will.

Artikel 10.

Vorläufige Auslieferungshaft.

(1) Die Vertragschliessenden Teile werden einen Verfolgten, um dessen Auslieferung ersucht werden soll, schon vor Eingang des Ersuchens um Auslieferung in Haft nehmen, wenn dies unter Angabe der persönlichen Verhältnisse des Verfolgten, insbesondere seiner Staatsangehörigkeit, und des Tatbestandes der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung, namentlich der Zeit und des Ortes der Tat, beantragt wird oder der Verfolgte mit denselben Angaben in dem Fahndungsblatt des anderen Teils zum Zwecke der Auslieferung ausgeschrieben ist und die zuständigen Behörden des ersuchten Teils auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen die vorläufige Auslieferungshaft anordnen. Die Entscheidung über das Ersuchen und der Zeitpunkt des Beginns der vorläufigen Auslieferungshaft werden der Behörde, die sie beantragt hat, unverzüglich mitgeteilt.

(2) Für die Übermittlung der Ersuchen um die vorläufige Inhaftnahme und der Mitteilungen über die Erledigung des Ersuchens und über den Zeitpunkt des Beginns der vorläufigen Auslieferungshaft wird der unmittelbare Geschäftsverkehr zwischen der verfolgenden Behörde und der zuständigen Behörde des ersuchten Teils zugelassen; er kann schriftlich, fernschriftlich oder im Funkwege stattfinden.

(3) Der Verfolgte kann freigelassen werden, wenn das Ersuchen um Auslieferung mit den vertragsmässig vorgeschriebenen Unterlagen nicht innerhalb einer Frist von zwei Monaten seit dem Tage der Verhaftung bei der Regierung des ersuchten Teils gestellt wird.

Artikel 11.

Geschäftsweg für die Auslieferungsersuchen.

(1) Die deutschen Ersuchen um Auslieferung können von dem Reichsminister der Justiz und, soweit es sich um Strafsachen handelt, die bei den deutschen Militärgerichten anhängig sind, vom Oberkommando der Wehrmacht unmittelbar an das Justiz- und Kultusministerium des Unabhängigen Staates Kroatien (Ministarstvo pravosuda i bogoštovlja Nezavisne Države Hrvatske) gerichtet werden.

(2) Die kroatischen Ersuchen um Auslieferung können von dem Justiz- und Kultusministerium des Unabhängigen Staates Kroatien und, soweit es sich um Strafsachen handelt, die bei den kroatischen Militärgerichten anhängig sind, von dem Kroatischen Landesverteidigungsministerium (Ministarstvo hrvatskoga domobranstva) unmittelbar an den Reichsminister der Justiz gerichtet werden.

Artikel 12.

Unterlagen des Auslieferungsersuchens.

Mit dem Ersuchen um Auslieferung ist ein Haftbefehl oder das vollstreckbare Straferkenntnis einer zuständigen Behörde des ersuchenden Teils vorzulegen. Die Unterlagen müssen Angaben über die persönlichen Verhältnisse des Verfolgten, insbesondere seine Staatsangehörigkeit, und über den Tatbestand der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung, namentlich Zeit und Ort der Tat, sowie den Wortlaut der zur Anwendung kommenden Strafbestimmungen enthalten.

Artikel 13.

Auslieferungshaft.

Die Vertragschliessenden Teile werden einen Verfolgten, um dessen Auslieferung ersucht ist, in Haft nehmen oder halten, wenn die zuständigen Behörden des ersuchten Teils auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen die Auslieferungshaft anordnen.

Artikel 14.

Ausschluss der Prüfung der Schuldfrage.

Die Vertragschliessenden Teile sind darüber einig, dass der ersuchte Teil nicht prüfen wird, ob der Verfolgte der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung verdächtig oder schuldig ist.

Artikel 15.

Grundsatz der Spezialität.

(1) Der Ausgelieferte darf ohne Zustimmung des ersuchten Teils weder wegen einer vor der Auslieferung begangenen Tat, für welche die Auslieferung nicht bewilligt worden ist, zur Untersuchung gezogen, bestraft oder an einen dritten Staat weitergeliefert noch aus einem sonstigen vor der Auslieferung eingetretenen Rechtsgrund in seiner per-

sönlichen Freiheit beschränkt werden, es sei denn, dass er das Gebiet des ersuchenden Teils innerhalb eines Monats nach dem endgültigen Abschluss des gegen ihn durchgeführten Strafverfahrens einschliesslich der Strafvollstreckung nicht verlässt oder dass er, nachdem er es verlassen hat, zurückgekehrt ist oder von einem dritten Staat von neuem ausgeliefert wird.

(2) Ist eine Auslieferung zur Strafverfolgung bewilligt worden, so ist eine andere rechtliche Beurteilung der Tat, wegen deren die Auslieferung bewilligt worden ist, zulässig, wenn die Verpflichtung zur Auslieferung wegen der Tat auch in ihrer neuen rechtlichen Beurteilung nach den Bestimmungen des Vertrags bestehen würde.

(3) Die Vertragschliessenden Teile werden auf ein Ersuchen, das auf dem im Artikel 11 vorgesehenen Wege gestellt werden kann, der Untersuchung, Bestrafung oder Weiterlieferung des Ausgelieferten wegen einer vor der Auslieferung begangenen Tat, wegen deren die Auslieferung nicht bewilligt worden ist, zustimmen, wenn eine Verpflichtung zur Auslieferung wegen der Tat nach den Bestimmungen des Vertrags bestehen würde.

Artikel 16.

Durchlieferung.

(1) Die Vertragschliessenden Teile werden straffällige Personen, die ein dritter Staat dem anderen Teil ausliefert, durch ihr Gebiet durchliefern.

(2) Die Verpflichtung zur Durchlieferung besteht nicht,

1. wenn nach den Bestimmungen des Vertrags die Auslieferung des Verfolgten nicht bewilligt werden müsste;
2. wenn der Verfolgte von einer Behörde des ersuchten Teils strafrechtlich verfolgt wird oder wenn gegen ihn von einer Behörde des ersuchten Teils aus anderen Gründen die Haft angeordnet ist.

(3) Artikel 11 bis 15 gelten entsprechend.

Artikel 17.

Durchführung der Auslieferung und der Durchlieferung.

(1) Die Vertragschliessenden Teile werden den Verfolgten, dessen Auslieferung oder Durchlieferung durchzuführen ist, an den zu vereinbarenden Grenzort befördern.

(2) Die Durchlieferung wird von den Behörden des ersuchten Teils in der Weise durchgeführt, die ihnen am geeignetsten erscheint.

Dritter Abschnitt.

Herausgabe von Gegenständen.

Artikel 18.

Herauszugebende Gegenstände.

Die Vertragschliessenden Teile werden nach Massgabe der folgenden Bestimmungen herausgeben:

1. Gegenstände, die als Beweismittel für ein Strafverfahren von Bedeutung sein können,
2. Gegenstände, die in einem Strafverfahren der Einziehung oder Verfallerklärung unterliegen,
3. Gegenstände im Besitze des Verfolgten, die er oder ein Teilnehmer ausserhalb des Gebiets des ersuchten Teils durch die strafbare Handlung, wegen deren er verfolgt wird, oder als Entgelt für solche Gegenstände erlangt hat,
4. Gegenstände, die bei einer Durchlieferung mit dem Verfolgten übernommen werden.

Artikel 19.

Bedingungen der Herausgabe.

Die Vertragschliessenden Teile werden die Rechte dritter Personen an den herausgegebenen Gegenständen unberührt lassen und die Gegenstände auf Verlangen unverzüglich zurückgeben, falls bei der Übergabe ein entsprechender Vorbehalt gemacht worden ist.

Artikel 20.

Ausnahmen von der Herausgabepflicht.

(1) Die Verpflichtung zur Herausgabe besteht nicht, wenn in dem Strafverfahren, für das die Herausgabe geschehen soll, die Verpflichtung zur Auslieferung nach den Artikeln 3 bis 6 nicht bestehen würde.

(2) Die Verpflichtung zur Herausgabe entfällt auch, wenn sich das Strafverfahren, für das sie geleistet werden soll, gegen einen Angehörigen des ersuchten Teils richtet, der sich ausserhalb des Gebiets des ersuchenden Teils befindet, oder wenn der ersuchte Teil die Leistung der Rechtshilfe sonst für geeignet hält, seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit zu gefährden.

Artikel 21.

Aussetzung der Herausgabe.

Die Herausgabe kann, wenn die Gegenstände von einer Behörde des ersuchten Teils in einem Strafverfahren benötigt werden, ausgesetzt werden, bis das Verfahren beendet und die Entscheidung über die Gegenstände durchgeführt ist.

Artikel 22.

Geschäftsweg für die Herausgabeersuchen.

Die Ersuchen um Herausgabe können auf dem im Artikel 11 bezeichneten Wege gestellt werden.

Artikel 23.

Ersuchen um selbständige Herausgabe von Gegenständen.

Soll die Herausgabe von Gegenständen ohne Zusammenhang mit der Auslieferung oder Durchlieferung eines Verfolgten geschehen, so ist mit dem Ersuchen um Herausgabe ein Beschlagnahmebeschluss vor-

zulegen, der von einer zuständigen Behörde des ersuchenden Teils erlassen ist. Das Ersuchen oder der Beschluss muss alle wesentlichen Angaben über die persönlichen Verhältnisse des Beschuldigten, insbesondere seine Staatsangehörigkeit und seinen derzeitigen Aufenthaltsort, sowie über den Tatbestand der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung, namentlich Zeit und Ort der Tat, und über den Stand der Strafsache enthalten.

Artikel 24.

Durchführung der Herausgabe.

(1) Die Ersuchen um Herausgabe werden von den Behörden des ersuchten Teils, die nach dessen Gesetzen gleichartige Amtshandlungen in eigenen Strafsachen zu erledigen haben, in den für diese Amtshandlungen vorgeschriebenen Formen und mit den entsprechenden Zwangsmassnahmen erledigt.

(2) Soll die Herausgabe im Zusammenhang mit einer Auslieferung oder Durchlieferung eines Verfolgten geschehen, so sind die Gegenstände möglichst gleichzeitig mit dem Verfolgten zu übergeben.

Vierter Abschnitt.

Sonstige Rechtshilfe in Strafsachen.

Artikel 25.

Zustellungen.

Die Vertragschliessenden Teile werden nach Massgabe der folgenden Bestimmungen die ein Strafverfahren betreffenden Schriftstücke, insbesondere auch Ladungen, zustellen.

Artikel 26.

Rechtstellung des Geladenen.

Ein Zeuge oder Sachverständiger, der auf eine durch die Behörden des ersuchten Teils ihm zugestellte Ladung vor den Behörden des ersuchenden Teils erscheint, darf, ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit, weder wegen Täterschaft, jeder Art von Teilnahme, Hehlerei oder Begünstigung bei der den Gegenstand der Untersuchung bildenden oder einer anderen vor der Ausreise der geladenen Person aus dem Gebiete des ersuchten Teils begangenen Straftat verfolgt oder bestraft noch aus einem sonstigen vorher eingetretenen Rechtsgrund in seiner persönlichen Freiheit beschränkt werden, es sei denn, dass die geladene Person innerhalb einer Woche nach dem Tage, an dem sie entlassen und die Ausreise möglich ist, das Gebiet des ersuchenden Teils nicht verlässt.

Artikel 27.

Untersuchungshandlungen.

Die Vertragschliessenden Teile werden nach Massgabe der folgenden Bestimmungen Beschuldigte, Zeugen und Sachverständige vernehmen,

Augenschein einnehmen, Durchsuchungen und die Beschlagnahme von Gegenständen bewirken, Auskünfte erteilen, Mitteilungen aus Akten durch deren vorübergehende Überlassung oder abschriftliche Wiedergabe ihres Inhalts machen und andere Untersuchungshandlungen vornehmen.

Artikel 28.

Zuführung verhafteter Personen.

(1) Die Vertragschliessenden Teile werden, sofern die Interessen der Rechtspflege des ersuchten Teils dem nicht entgegenstehen, einander in Haft befindliche Personen zuführen, damit sie als Zeugen vernommen oder als Zeugen anderen Personen gegenübergestellt werden. Der ersuchende Teil wird die zugeführte Person auf Ersuchen des anderen Teils, jedenfalls aber nach Durchführung der Untersuchungshandlung, unverzüglich zurückführen.

(2) Artikel 26 gilt entsprechend.

Artikel 29.

Ausnahmen von der Pflicht zur Leistung der Rechtshilfe.

Die Verpflichtung zur Leistung der Rechtshilfe nach den Artikeln 25, 27 und 28 besteht nicht, wenn das Strafverfahren, für das sie geleistet werden soll, eine Tat zum Gegenstand hat,

1. die nicht mindestens mit einer Höchststrafe von drei Monaten Freiheitsstrafe oder einer schwereren Strafart bedroht ist, es sei denn, dass es sich nach dem auf den Einzelfall anzuwendenden Rechte beider Teile um eine Zuwiderhandlung auf dem Gebiete des Verkehrs zu Lande, zu Wasser oder in der Luft handelt;
2. wegen deren eine Verpflichtung zur Auslieferung nach den Artikeln 4, 5 oder 6 Nr. 5 nicht bestehen würde;
3. wegen deren von Behörden des ersuchten Teils ein Straferkenntnis erlassen oder eine sonstige das Verfahren sachlich abschliessende gerichtliche Entscheidung ergangen ist, es sei denn, dass der ersuchte Teil um die Einleitung des Strafverfahrens ersucht hat oder der Durchführung des Strafverfahrens zustimmt.

Artikel 30.

Weitere Ausnahmen von der Pflicht zur Leistung der Rechtshilfe.

(1) Die Verpflichtung zur Leistung der Rechtshilfe nach den Artikeln 25, 27 und 28 besteht ferner nicht,

1. wenn das Strafverfahren, für das sie geleistet werden soll, sich gegen einen Angehörigen des ersuchten Teils richtet, der sich ausserhalb des Gebiets des ersuchenden Teils befindet, es sei denn, dass es sich nach dem auf den Einzelfall anzuwendenden Rechte beider Teile um eine Zuwiderhandlung auf dem Gebiete des Verkehrs zu Lande, zu Wasser oder in der Luft handelt;

2. wenn der ersuchte Teil die Leistung der Rechtshilfe fur geeignet hält, seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit zu gefährden.

(2) Das Ersuchen um Zustellung einer Ladung kann auch dann abgelehnt werden, wenn dem Geladenen für den Fall seines Ausbleibens Zwangsmassnahmen oder sonstige Nachteile angedroht werden.

Artikel 31.

Auskunft aus dem Strafregister.

(1) Die Vertragschliessenden Teile werden einander Auskunft aus dem Strafregister erteilen.

(2) Die Verpflichtung zur Erteilung der Auskunft besteht nicht, wenn in dem Strafverfahren, für das die Auskunft erteilt werden soll, die Verpflichtung zur Leistung der Rechtshilfe nach Artikel 29 Nr. 2 oder Artikel 30 Absatz 1 nicht bestehen würde.

Artikel 32.

Wesentlicher Inhalt der Rechtshilfeersuchen.

Die Ersuchen um Rechtshilfe nach den Artikeln 25, 27, 28 und 31 müssen alle wesentlichen Angaben über die persönlichen Verhältnisse des Beschuldigten, insbesondere seine Staatsangehörigkeit und seinen derzeitigen Aufenthaltsort, sowie über den Tatbestand der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung, namentlich Zeit und Ort der Tat, und über den Stand der Strafsache enthalten.

Artikel 33.

Geschäftsweg für die Rechtshilfeersuchen.

(1) Die Ersuchen um Rechtshilfe nach den Artikeln 25, 27, 28 und 31 können im unmittelbaren Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten Justiz- und Polizeibehörden gestellt werden.

(2) Soweit es sich um Strafsachen handelt, die bei den Militärgerichten anhängig sind, können deutsche Ersuchen vom Oberkommando der Wehrmacht unmittelbar an das Justiz- und Kultusministerium des Unabhängigen Staates Kroatien und kroatische Ersuchen von dem Kroatischen Landesverteidigungsministerium unmittelbar an den Reichsminister der Justiz gerichtet werden.

Artikel 34.

Ausführung der Rechtshilfe.

Die Vertragschliessenden Teile werden die Ersuchen um Rechtshilfe nach den Artikeln 25, 27, 28 und 31 von den Behörden, die im Einzelfall nach ihren Gesetzen gleichartige Amtshandlungen in eigenen Strafsachen zu erledigen haben, in den für diese Amtshandlungen vorgeschriebenen Formen und mit den entsprechenden Zwangsmassnahmen erledigen lassen.

Fünfter Abschnitt.

Mitteilung von Verurteilungen.

Artikel 35.

(1) Die Vertragschliessenden Teile werden einander die rechtskräftigen, auf Strafe lautenden Entscheidungen mitteilen, die von den Behörden des einen Teils gegen Angehörige des anderen Teils erlassen werden und nach den Vorschriften des Teils, dessen Behörden sie ausgesprochen haben, in das Strafregister aufzunehmen sind, es sei denn, dass es sich um Verurteilungen wegen politischer Taten handelt.

(2) Die Mitteilung geschieht dadurch, dass eine Abschrift der Entscheidung oder der dem Strafregister zugehenden Nachricht übersandt wird. Der Austausch wird durch den Reichsminister der Justiz und das Justiz- und Kultusministerium des Unabhängigen Staates Kroatien vermittelt und erfolgt in Zwischenräumen von drei Monaten.

Sechster Abschnitt.

Schlussbestimmungen.

Artikel 36.

Kosten der Rechtshilfe.

(1) Die den Behörden des ersuchten Teils durch Prüfung der Ersuchen und Gewährung der Rechtshilfe nach den Bestimmungen dieses Vertrags erwachsenden Kosten werden von dem ersuchenden Teil nicht erstattet. Ebensowenig kann für die durch Rückgabe von Gegenständen oder Mitteilung der Verurteilungen entstehenden Kosten Ersatz beansprucht werden.

(2) Die Kosten, die aus Anlass einer Beförderung von Personen über See, einer vorläufigen Auslieferung, einer Durchlieferung oder einer Zuführung nach Artikel 28 entstehen, sowie die Gebühren und Auslagen für Sachverständige werden von dem ersuchenden Teil ersetzt.

Artikel 37.

Übersetzungen und Beglaubigungen.

(1) Die Ersuchen um Rechtshilfe und ihre Unterlagen sowie die Mitteilungen nach Artikel 35 sind in der amtlichen Sprache eines der Vertragschliessenden Teile abzufassen. Die Beifügung von Übersetzungen kann nicht beansprucht werden.

(2) Die Ersuchen und ihre Unterlagen sowie die Mitteilungen nach Artikel 35 bedürfen keiner Beglaubigung.

(3) Dasselbe gilt für die mit der Erledigung der Rechtshilfe im Zusammenhang stehenden Schriftstücke.

Artikel 38.

Ratifikation, Inkrafttreten und Kündigung.

(1) Der Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden.

(2) Der Vertrag tritt einen Monat nach Ablauf des Tages, an dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat, in Kraft.

(3) Der Vertrag bleibt in Geltung bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Ablauf des Tages, an dem er von einem der beiden Teile gekündigt wird.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und kroatischer Sprache in Agram am 28. Februar 1942.

S. Kasche.
Ernst Schäfer.
Dr. Adolf Siedler.
Dr. Mirko Puk.
Dr. M. Stražnicky.

Schlussprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des Auslieferungsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und dem Unabhängigen Staat Kroatien stellen die unterzeichneten Bevollmächtigten namens ihrer Regierungen Einverständnis über folgendes fest:

I.

Zu Artikel 1:

a) „Strafsachen" im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Nr. 1 sind Strafverfahren vor einer Justiz- oder einer Verwaltungsbehörde, in denen wegen einer Tat eine öffentliche (kriminelle) Strafe ausgesprochen werden kann.

b) Fehlt es für die Leistung der Rechtshilfe an einer nach dem Vertrag erforderlichen Voraussetzung, so wird der ersuchte Teil, falls der Mangel alsbald behoben werden kann, vor Ablehnung des Ersuchens dem ersuchenden Teil Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Er kann ihm für die Beibringung der Ergänzungen eine angemessene Frist bestimmen.

Zu Artikel 2 Absatz 2:

Die Verpflichtung zur Auslieferung besteht auch dann nicht, wenn der Verfolgte die Staatsangehörigkeit des ersuchten Teils vor Durchführung der Auslieferung erworben hat.

Zu Artikel 3:

Die Verpflichtung zur Auslieferung besteht auch, wenn die Tat in oder bei Ausübung eines Amtes begangen ist.

Zu Artikel 5 Nr. 1:

Verfolgte, die wegen solcher strafbarer Handlungen ausgeliefert sind, die nicht ausschliesslich nach den Militärstrafgesetzen strafbar sind, können nach diesen Gesetzen abgeurteilt werden.

Zu Artikel 9:

Der ersuchte Teil wird bei der Wahl, welchem Auslieferungsersuchen er stattgeben will, die Interessen der Strafrechtspflege berücksichtigen.

Zu Artikel 10:

Wird das Ersuchen irrtümlich einer zur Entgegennahme nicht zuständigen Behörde zugeleitet, so hat diese es von Amts wegen an die zuständige Behörde weiterzuleiten und gleichzeitig die ersuchende Behörde davon zu verständigen.

Zu Artikel 15 Absatz 1:

Die Frist, innerhalb deren der Ausgelieferte das Gebiet des ersuchenden Teils verlassen haben muss, läuft nicht, solange seine Ausreise nicht möglich ist.

Zu Artikel 16:

Als eine „Durchlieferung" ist es auch anzusehen, wenn eine Person zum Zweck einer Auslieferung oder Durchlieferung auf einem Schiff oder einem Luftfahrzeug des anderen Teils über die hohe See befördert wird.

Zu Artikel 17 Absatz 1:

Die Vertragschliessenden Teile werden Grenzorte vereinbaren, an denen die Verfolgten im Auslieferungs- und Durchlieferungsverkehr übernommen oder übergeben werden.

Zu Artikel 19:

Die herausgegebenen Gegenstände und Beweismittel, deren Rückgabe vorbehalten ist, sollen pfleglich behandelt werden.

Zu Artikel 33:

a) Die Vertragschliessenden Teile werden einander ein Verzeichnis der zur Entgegennahme der Ersuchen nach den Artikeln 25, 27, 28 und 31 des Vertrags zuständigen Justiz- und Strafregisterbehörden mitteilen.

b) Wird das Ersuchen irrtümlich einer zur Entgegennahme nicht zuständigen Behörde zugeleitet, so hat diese es von Amts wegen an die zuständige Behörde weiterzuleiten und gleichzeitig die ersuchende Behörde davon zu verständigen.

Zu Artikel 34:

Über die Vornahme der Zustellung wird dem ersuchenden Teil ein Zustellungszeugnis mit nachstehendem Inhalt ausgestellt werden:

Zustellungszeugnis.

D ..... (Ladung, Urteil usw., die Art des zugestellten Schriftstücks ist anzuführen) ist am ..... durch Aushändigung d.... zuzustellenden Schriftstück.... an .... (Vor- und Zuname, Beruf und Anschrift des Zustellungsempfängers) [in anderen Fällen: an d..... (Vor- und Zuname) als ..... (Stellung des Empfängers zum Zustellungsempfänger) d.... Zustellungsempfänger....]*) zugestellt worden.

(Ort) (Tag, Monat, Jahr)
....., den ..... 19.....
(Dienststempel)

Unterschrift und Amtsbezeichnung.

---

*) Soweit die Zustellung in anderer Art als durch Übergabe (Niederlegung bei einer Behörde, öffentlich) erfolgt ist, ist diese Art der Zustellung bekanntzugeben.

II.

a) Die Angehörigen des Protektorats Böhmen und Mähren sind im Sinne dieses Vertrags deutsche Staatsangehörige.

b) Soweit Massnahmen der Gerichte und sonstigen Behörden, insbesondere ihre Entscheidungen, nach den Bestimmungen des Vertrags auf den Auslieferungs- und sonstigen Rechtshilfeverkehr Einfluss haben, stehen die Gerichte und sonstigen Behörden des Protektorats Böhmen und Mähren den deutschen Gerichten und sonstigen Behörden gleich.

III.

Hat einer der Vertragschliessenden Teile Anlass, bei dem anderen die Einleitung eines Strafverfahrens anzuregen, so können deutsche Ersuchen von dem Reichsminister der Justiz unmittelbar an das Justiz- und Kultusministerium des Unabhängigen Staates Kroatien, kroatische Ersuchen von dem Justiz- und Kultusministerium des Unabhängigen Staates Kroatien unmittelbar an den Reichsminister der Justiz gerichtet werden. Artikel 37 gilt entsprechend.

IV.

Der Reichsminister der Justiz und das Justiz- und Kultusministerium des Unabhängigen Staates Kroatien werden nach Bedarf im unmittelbaren Benehmen Zusammenkünfte ihrer Vertreter vereinbaren, um die einheitliche Durchführung des Vertrags sicherzustellen und die bei seiner Durchführung etwa auftauchenden Schwierigkeiten zu beseitigen.

Soweit durch die zu erörternden Fragen der Geschäftsbereich anderer Ministerien berührt wird, werden diese Ministerien eingeladen werden, sich an den Zusammenkünften zu beteiligen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Schlussprotokoll unterzeichnet, das als wesentlicher Bestandteil des Vertrags vom heutigen Tage gilt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und kroatischer Sprache in Agram am 28. Februar 1942.

S. Kasche.
Ernst Schäfer.
Dr. Adolf Siedler.
Dr. Mirko Puk.
Dr. M. Stražnicky.

11.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Convention concernant l'assistance judiciaire en matière douanière; signée à Budapest, le 25 juillet 1940.*)**)

Reichsgesetzblatt 1941. II, No. 33.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn über die gegenseitige Unterstützung und Rechtshilfe in Zollsachen.

Das Deutsche Reich und das Königreich Ungarn sind übereingekommen, die gegenseitige Unterstützung und Rechtshilfe in Zollsachen durch ein Abkommen zu regeln.

Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt.

Der Deutsche Reichskanzler:

den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Dr. Otto von Erdmannsdorff und

den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Herrn Dr. Theodor Wucher.

Seine Durchlaucht der Reichsverweser des Königreichs Ungarn:

den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Dr. Johann Vörnle, ständigen Vertreter des Miniters des Äussern, und

den Legationsrat Herrn Franz Rosty-Forgách von Barkócz, ständigen Vertreter des Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung im Ministerium des Äussern.

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 23 septembre 1941. V. Reichsgesetzblatt 1941. II, p. 343.

**) En langues allemande et hongroise. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

Die Bevollmächtigten haben einander ihre Vollmachten mitgeteilt und in Ordnung befunden. Sie haben sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1.

(1) Die vertragschliessenden Teile werden nach Massgabe der nachstehenden Bestimmungen bei der Verhinderung, Verfolgung und Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Teils mitwirken.

(2) Zollgesetze im Sinne dieses Abkommens sind auch die Verbote und Beschränkungen für die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren sowie die Vorschriften über andere Abgaben, die durch die Zollverwaltungen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr erhoben werden.

Artikel 2.

Die Dienststellen und Bediensteten der Zollverwaltungen der vertragschliessenden Teile haben zur Verhinderung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze einander zu unterstützen, ihre Wahrnehmungen einander unverzüglich mitzuteilen und einen freundnachbarlichen Verkehr zu pflegen.

Artikel 3.

Die Dienststellen und Bediensteten der Zollverwaltungen der vertragschliessenden Teile sind verpflichtet und befugt, Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Teils mit denselben Mitteln zu verhindern, die ihnen zur Verhinderung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des eigenen Staats zu Gebote stehen.

Artikel 4.

(1) Jeder der vertragschliessenden Teile wird auf Verlangen des anderen Teils Personen, die im Verdacht der gewerbs- oder gewohnheitsmässigen Begehung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Teils stehen, überwachen lassen.

(2) Werden im Zollgrenzbezirk des einen Teils Warenvorräte in einer den gewöhnlichen Bedarf übersteigenden Menge aufgehäuft und entsteht der Verdacht, dass dies zur Begehung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Teils geschieht, so werden solche Lager auf Verlangen dieses Teils überwacht.

Artikel 5.

Die Dienststellen und Bediensteten der Zollverwaltungen haben die zu ihrer Kenntnis gelangenden Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Teils, mögen sie bereits begangen oder erst geplant sein, den nächsten zuständigen Dienststellen dieses Teils unverzüglich mitzuteilen, dabei über die in Betracht kommenden Tatsachen, soweit sie diese zu ermitteln vermögen, jede sachdienliche Auskunft zu geben und erforderlichenfalls auch Auszüge und Abschriften aus den Akten sowie Beweisstücke zur Verfügung zu stellen.

Artikel 6.

Die Dienststellen der Zollverwaltungen der vertragschliessenden Teile werden einander in unmittelbarem Schriftwechsel jede gewünschte Auskunft über die Auslegung und Handhabung der Zollgesetze, die Kassen- und Buchführung sowie über die Statistik im Warenverkehr erteilen. Zur Erlangung derartiger Auskünfte können die vorgesetzten Behörden zu diesem Zweck besondere Beamte nach vorheriger Mitteilung entsenden.

Artikel 7.

(1) Die Zolldienststellen der vertragschliessenden Teile werden in den Fällen, in denen eine Ausgangsabfertigung stattfindet, Waren, die in dem Gebiet des anderen Teils beim Eingangszollamt zu stellen sind, nach diesem Gebiet nur auf einer Zollstrasse ausführen lassen.

(2) Die Zolldienststellen werden einander über die Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote, über die in Betracht kommenden Abfertigungsstellen, deren Abfertigungsbefugnisse und über die Zollstrassen unterrichten.

Artikel 8.

Die Zolldienststellen der vertragschliessenden Teile werden auf Ersuchen einer Zolldienststelle des anderen Teils zwecks Freigabe der für die Wiederausfuhr unverzollter Waren geleisteten Sicherheiten sowie wegen der für ausgeführte Waren etwa zu gewährenden Abgabenerlasse oder Erstattungen mitteilen, ob die Waren in das Zollgebiet des ersuchten Teils eingeführt worden sind.

Artikel 9.

(1) Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze des anderen Teils ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit des Beschuldigten und den Tatort in gleicher Weise zu bestrafen wie entsprechende Zuwiderhandlungen gegen die eigenen Zollgesetze.

(2) Sofern die Strafe nach dem Wert einer Ware oder nach dem Betrag einer Abgabe zu bemessen ist, sind für die Strafbemessung die Vorschriften des anderen Teils über die Wertberechnung oder Abgabenermittlung massgebend. Als Umrechnungskurs ist dabei der letztbekannte Berliner oder Budapester Börsenmittelkurs oder bei dessen Fehlen der letztbekannte amtliche Mittelkurs massgebend.

Artikel 10.

(1) Die Strafverfolgung einer Zuwiderhandlung gegen die Zollgesetze des anderen Teils ist davon abhängig, dass ein Ersuchen um Einleitung eines Strafverfahrens von einer zuständigen Behörde dieses Teils gestellt und dass, sofern es sich nicht um die Durchführung eines objektiven Strafverfahrens handelt, der Beschuldigte im Gebiet des ersuchten Teils ermittelt wird. Die Strafverfolgung darf im Deutschen

Reich nicht im Unterwerfungsverfahren, im Königreich Ungarn nicht im Ablassungsverfahren durchgeführt werden.

(2) Das Strafverfahren ist auf Ersuchen einer zuständigen Behörde des Teils, der um die Strafverfolgung ersucht hat, einzustellen, solange ein Urteil (Strafbefehl, Strafbescheid) noch nicht ergangen ist.

(3) Ist ein rechtskräftiges Urteil (Strafbefehl, Strafbescheid) ergangen, so hat es für das Erlöschen des Strafanspruchs dieselbe Wirkung, als wenn es im Gebiete des ersuchenden Teils ergangen wäre.

(4) Vor dem Erlass oder der Herabsetzung einer rechtskräftigen Strafe ist der zuständigen Behörde des anderen Teils Gelegenheit zur Äusserung zu geben.

(5) Die im Zuge des Strafverfahrens eingegangenen Strafbeträge und die eingezogenen Waren verbleiben dem vertragschliessenden Teil, der das Verfahren durchgeführt hat.

Artikel 11.

(1) Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, einander in Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze auf Ersuchen einer zuständigen Behörde des anderen Teils nach Massgabe der folgenden Bestimmungen Rechtshilfe zu leisten.

(2) Rechtshilfe wird dadurch gewährt werden, dass

1. Gegenstände, deren Herausgabe nach dem Recht des ersuchten Teils zulässig ist, dem anderen Teil herausgegeben werden;
2. Untersuchungshandlungen vorgenommen werden, insbesondere Vernehmungen von Beschuldigten, Auskunftspersonen, Zeugen und Sachverständigen, Beschlagnahmen und Durchsuchungen, Besichtigungen und Bucheinsichten;
3. Bedienstete der Zollverwaltung zur Vernehmung als Auskunftspersonen, Zeugen oder Sachverständige gestellt werden;
4. die das Strafverfahren betreffenden Schriftstücke zugestellt werden;
5. behördliche Auskunft, insbesondere auch aus dem Strafregister, erteilt wird.

Bei Gewährung von Rechtshilfe gemäss Ziffer 2 dieses Absatzes wird der ersuchte Teil, wenn keine Bedenken entgegenstehen, gestatten, dass der zuständige Beamte des ersuchenden Teils bei den Untersuchungshandlungen anwesend ist und auf zweckentsprechende Durchführung der Amtshandlung hinwirkt.

(3) Die Rechtshilfe nach Absatz 2 ist nicht davon abhängig, dass die materielle Gegenseitigkeit verbürgt ist. Die Rechtshilfe kann abgelehnt werden, wenn die zur Leistung der Rechtshilfe berufene Behörde diese auch Verwaltungs- und Gerichtsbehörden des eigenen Staats nicht leisten würde.

(4) Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, Auskunftspersonen, Zeugen und Sachverständige, die der andere Teil nach Absatz 2 Ziffer 3 gestellt oder denen er nach Absatz 2 Ziffer 4 eine Ladung

zugestellt hat, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit weder wegen Täterschaft, irgendeiner Art der Teilnahme, Hehlerei oder Begünstigung bei der den Gegenstand der Untersuchung bildenden oder irgendeiner anderen vor der Ausreise aus dem Gebiet des anderen Teils begangenen strafbaren Handlung zu verfolgen oder zu bestrafen, noch aus einem sonstigen vorher eingetretenen Rechtsgrund in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränken, es sei denn, dass sie innerhalb von acht Tagen nach dem Tage, an dem sie entlassen werden und die Ausreise möglich ist, das Gebiet des ersuchenden Teils nicht verlassen. Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich ferner, wenn ihnen nach Absatz 2 Ziffer 1 Gegenstände herausgegeben worden sind, die Rechte dritter Personen unberührt zu lassen und im Falle eines bei der Übergabe gemachten Vorbehalts die herausgegebenen Gegenstände auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben.

Artikel 12.

Den Rechtshilfeersuchen nach Artikel 11 Absatz 2 ist beizufügen:

1. im Falle der Ziffer 1 eine Anordnung der Beschlagnahme, die von einer zuständigen Behörde des ersuchenden Teils erlassen ist;
2. im Falle der Ziffer 3 die Mitteilung einer zuständigen Behörde des ersuchenden Teils über den Gegenstand der Vernehmung.

Artikel 13.

(1) Die Ersuchen um Rechtshilfe nach Artikel 11 sind in der Regel von Behörde zu Behörde in unmittelbarem Geschäftsverkehr zu übermitteln.

(2) Geht ein Rechtshilfeersuchen einer unzuständigen Stelle zu, so hat sie es unverzüglich an die zuständige Stelle weiterzuleiten und davon die ersuchende Stelle zu benachrichtigen.

Artikel 14.

Für die Prüfung der Rechtshilfeersuchen und für das Verfahren bei Leistung der Rechtshilfe sind die Vorschriften des ersuchten Teils massgebend.

Artikel 15.

Die gesetzlichen Vorschriften, die auf dem Gebiet des einen Teils über die Amtsverschwiegenheit und Geheimhaltung gelten, finden auf alles Anwendung, was Verwaltungs- und Gerichtsbehörden sowie Beamten und Bediensteten dieses Teils auf Grund dieses Abkommens zur Kenntnis kommt.

Artikel 16.

Die Kosten der Rechtshilfe werden mit Ausnahme der Entschädigungen nicht erstattet, die Sachverständigen gewährt sind.

Artikel 17.

(1) Bei der Durchführung dieses Abkommens steht den beteiligten Zentralbehörden der unmittelbare Verkehr miteinander frei. Die Zulässigkeit des diplomatischen Weges wird dadurch nicht berührt.

(2) Die vertragschliessenden Teile erklären sich bereit, im Bedarfsfalle durch die beteiligten Zentralbehörden Verhandlungen wegen anderweitiger gegenseitiger Beistandsleistung im Sinne dieses Abkommens aufzunehmen.

Artikel 18.

(1) Die Ersuchen um Strafverfolgung und um Rechtshilfe einschliesslich ihrer Unterlagen sowie der sonstige Schriftwechsel sind in der amtlichen Sprache eines der vertragschliessenden Teile abzufassen. Die Beifügung von Übersetzungen kann nicht beansprucht werden.

(2) Die Ersuchen und ihre Unterlagen bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 19.

(1) Dieses Abkommen soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt drei Monate nach Ablauf des Tages, an dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind, in Kraft.

(3) Der Vertrag bleibt in Geltung bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Ablauf des Tages, an dem er von einem der beiden Teile gekündigt wird.

Artikel 20.

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens kommt das im Artikel XI Zahl 1 unter b des Handelsübereinkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn vom 8. Februar 1922*) vorgesehene und durch den Handelsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn vom 21. Dezember 1932**) wieder in Kraft gesetzte „Übereinkommen über die wechselseitige Unterstützung bei der Zollabfertigung, über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Zollzuwiderhandlungen und über die Rechtshilfe in Zollstrafsachen", mit dessen Anwendung sich die beiderseitigen Regierungen durch Notenaustausch vom 7. Mai 1938***) einverstanden erklärt hatten, insoweit nicht mehr zur Anwendung, als dieses Abkommen eine Neuregelung enthält.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das Abkommen unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in ungarischer Sprache in Budapest am 25. Juli 1940.

Dr. von Erdmannsdorff.
Wucher.
Vörnle.
Rosty-Forgách.

---

*) V. **N.R.G.** 3. s. XIX, p. 772.
) V. **N.R.G. 3. s. XXXIV, p. 613.
***) V. ci-dessous, No. 28.

Schlussprotokoll.

Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn über die gegenseitige Unterstützung und Rechtshilfe in Zollsachen vom 25. Juli 1940 stellen die unterzeichneten Bevollmächtigten namens ihrer Regierungen Einverständnis über folgendes fest:

I.

Die Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung und Rechtshilfe erstreckt sich sinngemäss auch auf Zuwiderhandlungen gegen die Verbote und Beschränkungen für die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Zahlungsmitteln, Wertpapieren und Wertgegenständen. Dies gilt nicht für die in den Artikeln 9 und 10 vereinbarten Verpflichtungen.

II.

Zu Artikel 1.

Zu den Zollgesetzen im Sinne dieses Abkommens gehören auch die Vorschriften, die auf Grund der Zollgesetze erlassen werden.

Zu Artikel 2, 3, 5 und 11.

Als Bedienstete der Zollverwaltungen im Sinne dieses Abkommens sind alle Bediensteten anzusehen, die im Zollinteresse an der Grenze tätig werden.

Zu Artikel 6 Satz 2.

Die Beamten werden auf beiden Seiten Oberbeamte sein.

Zu Artikel 9 und 10.

Die vertragschliessenden Teile werden, soweit nach ihrer Gesetzgebung dazu ein Bedürfnis besteht, die zur Durchführung dieser Artikel erforderlichen strafgesetzlichen Bestimmungen erlassen und einander mitteilen.

Zu Artikel 10.

Das Ersuchen nach Absatz 1 kann ausgehen: auf seiten des Deutschen Reichs von den Oberfinanzpräsidenten oder von den Hauptzollämtern, auf seiten des Königreichs Ungarn von der Generalzolldirektion (magyar királyi központi vámigazgatóság).

Die Ersuchen sind auf deutscher Seite an den Oberfinanzpräsidenten Niederdonau in Wien, im Königreich Ungarn an die Generalzolldirektion (magyar királyi központi vámigazgatóság) zu richten. Der weitere Schriftwechsel in den eingeleiteten Strafverfahren erfolgt unmittelbar zwischen den beteiligten Behörden.

Zu Artikel 10 Absatz 2.

Als Urteil (Strafbefehl, Strafbescheid) gilt auch ein Erkenntnis, das noch nicht rechtskräftig ist.

Zu Artikel 11 Absatz 2 Ziffer 3.

Die vertragschliessenden Teile werden von diesem Recht nur in wichtigen Fällen Gebrauch machen. Angehörige der ungarischen Finanzwache und Grenzjäger können nur von ihrer vorgesetzten Behörde vernommen werden.

Zu Artikel 11 Absatz 2 Ziffer 4.

Die Zustellung von Schriftstücken, insbesondere von Ladungen, in denen Zwangsmassnahmen angedroht sind, kann abgelehnt werden.

III.

Der Reichsminister der Finanzen und der königlich ungarische Finanzminister werden in unmittelbarem Benehmen Zusammenkünfte ihrer Vertreter vereinbaren, um die einheitliche Durchführung des Abkommens sicherzustellen und die bei seiner Durchführung etwa aufgetauchten Schwierigkeiten zu beseitigen. Soweit durch die zu erörternden Fragen der Geschäftsbereich anderer Ministerien berührt wird, werden diese Ministerien eingeladen werden, sich an den Zusammenkünften zu beteiligen. Die Zusammenkünfte sollen nach Bedarf und möglichst abwechselnd im Deutschen Reich und im Königreich Ungarn stattfinden.

IV.

Das Abkommen gilt für das Protektorat Böhmen und Mähren erst von der Einbeziehung des Protektorats in das deutsche Zollgebiet ab.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Schlussprotokoll unterzeichnet, das als wesentlicher Bestandteil des Abkommens vom heutigen Tag gilt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in ungarischer Sprache in Budapest, am 25. Juli 1940.

Dr. von Erdmannsdorff.
Wucher.
Vörnle.
Rosty-Forgách.

12.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, CANADA.

Arrangement concernant l'établissement d'une commission d'enquête pour préparer des mesures de protection de la pêcherie; conclu par un Echange de Notes signées à Washington, le 29 février 1940.

Executive Agreement Series No. 182.

The Secretary of State (Hull) to the Canadian Minister (Christie).

Department of State
Washington.
February 29, 1940.

Sir:

With reference to proposals which have been under consideration between representatives of our governments at Ottawa and Washington concerning the establishment of an International Board of Inquiry to consider and recommend measures for the conservation of the Great Lakes fisheries, I have the honor to confirm my understanding that an agreement for the establishment of such a Board has been reached in the following terms:

(1) The Board of Inquiry for the Great Lakes Fisheries shall be established, and shall consist of four members, two to be appointed by the Government of the United States of America and two to be appointed by the Canadian Government within three months from the date of this agreement.

(2) The Board shall make a study of the taking of fish in the Great Lakes, such study to be undertaken as soon as practicable. The Board shall make a report of its investigations to the two governments and shall make recommendations as to the methods for preserving and developing the fisheries of the Great Lakes.

I shall appreciate it if you will inform me whether the terms of the agreement as herein set forth are in accordance with the understanding of your Government. If they are, it is suggested that the agreement be considered as becoming effective on this date.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

Cordell Hull.

The Honorable Loring C. Christie, Minister of Canada.

The Canadian Minister (Christie) to the Secretary of State (Hull).

No. 74.

Canadian Legation
Washington.
February 29, 1940.

Sir,

I have the honour to acknowledge the receipt of your Note of February 29th, 1940, and, with reference to proposals which have been under consideration between representatives of the Canadian and United States Governments concerning the establishment of an International Board of Inquiry to consider and recommend measures for the conservation of the Great Lakes fisheries, I have the honour to confirm your understanding that an agreement for the establishment of such a Board has been reached.

The terms of this agreement which you have communicated to me are as follows:

(1) A Board of Inquiry for the Great Lakes fisheries shall be established, and shall consist of four members, two to be appointed by the Government of the United States of America and two to be appointed by the Canadian Government within three months from the date of this agreement.

(2) The Board shall make a study of the taking of fish in the Great Lakes, such study to be undertaken as soon as practicable. The Board shall make a report of its investigations to the two Governments and shall make recommendations as to the methods for preserving and developing the fisheries of the Great Lakes.

I am instructed to state that the terms of the agreement as communicated to me are in accordance with the understanding of the Canadian Government.

I am further instructed to inform you that the Canadian Government concurs in your suggestion that the agreement be considered as becoming effective on this date and will accordingly consider it as becoming effective on this date.

I have the honour to be, with the highest consideration, Sir, Your most obedient, humble servant,

Loring C. Christie.

The Hon. Cordell Hull, Secretary of State of the United States, Washington: D. C.

13.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Convention relative aux facilités accordées au petit trafic frontalier; signée à Budapest, le 25 juillet 1940.*)**)

Reichsgesetzblatt 1941. II, No. 38.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn über die sachlichen Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr.

Das Deutsche Reich und das Königreich Ungarn sind übereingekommen, die sachlichen Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr durch ein Abkommen zu regeln.

Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Dr. Otto von Erdmannsdorff und

den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Herrn Dr. Theodor Wucher.

Seine Durchlaucht der Reichsverweser des Königreichs Ungarn:

den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Dr. Johann Vörnle, ständigen Vertreter des Ministers des Aussern und

den Legationsrat Herrn Dr. Franz Rosty-Forgách von Barkócz, ständigen Vertreter des Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung im Ministerium des Aussern.

Die Bevollmächtigten haben einander ihre Vollmachten mitgeteilt und in Ordnung befunden. Sie haben sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1.

(1) Als Grenzbezirke im Sinne dieses Abkommens gelten die auf den beiden Seiten der gemeinschaftlichen Grenze gelegenen Geländestreifen, die jeder der vertragschliessenden Teile für sein Gebiet als Grenzbezirk bezeichnet. Wenn nicht besondere örtliche Bedürfnisse Abweichungen bedingen, sollen die Geländestreifen nicht über 10 km breit sein.

(2) Die Finanzminister der vertragschliessenden Teile werden einander die Abgrenzung des Grenzbezirks und die darin gelegenen Ortschaften mitteilen.

---

*) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 23 septembre 1941.

**) En langues allemande et hongroise. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

Artikel 2.

(1) Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken, die in dem einen Grenzbezirk liegen, aber von einer im anderen Grenzbezirk gelegenen wirtschaftlichen Betriebsstätte aus bewirtschaftet werden, dürfen die folgenden Gegenstände, Erzeugnisse und Tiere unter den nachstehend angegebenen Bedingungen im Rahmen der durch die übliche Bewirtschaftung bedingten Notwendigkeit zollfrei über die Grenze bringen:

a) alles, was zur ordnungsmässigen Bewirtschaftung dieser Grundstücke dient, wie Düngemittel jeder Art, Saatgut (ausgenommen Saatkartoffeln), Sämereien, Pflänzlinge (ausgenommen Weinreben), Pflanzen für Schonungen, Bäume (ausgenommen Obstbäume), Weiden, Natursteine, Ziegel, Sand, Lehm, Tonerde und Torf, ferner die in der Land- und Forstwirtschaft üblichen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Arbeitstiere, einschliesslich der Ausrüstungsgegenstände, sowie die erforderlichen Futtermittel für die Arbeitstiere und den erforderlichen Betriebsstoff für Maschinen und Fahrzeuge;

b) die land- und forstwirtschaftlichen Bodenerträge und tierischen Erzeugnisse dieser Grundstücke, das auf diesen Grundstücken erlegte Wild sowie die daselbst gefangenen Fische;

c) die zum Wirtschaftsbetrieb gehörigen Tiere, die zur Weide oder zur Stallfütterung während der Weidezeit auf die erwähnten Grundstücke gebracht werden, sowie die während des Aufenthalts der Tiere auf den erwähnten Grundstücken erforderlichen Futtermittel. Bei der Rückbringung erstreckt sich die Zollfreiheit gegebenenfalls auf die in dem anderen Grenzbezirk von dem Vieh geborenen Jungtiere. Sie gilt auch für die während des Weideganges oder während der Stallfütterung gewonnenen Erzeugnisse, wie Milch, Butter, Käse und Wolle.

(2) Die Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Arbeitstiere und Ausrüstungsgegenstände müssen nach beendetem Gebrauch, das Weidevieh nach beendetem Weidegang oder beendeter Stallfütterung über die Grenze zurückgebracht werden; das gleiche gilt für die nicht verbrauchten Futtermittel und Betriebsstoffe.

(3) Personen, die von den vorstehenden Vergünstigungen Gebrauch machen wollen, haben den zuständigen Dienststellen eine Bescheinigung vorzulegen, die von der zuständigen Behörde ausgestellt ist und Eigentumsverhältnisse, Grösse und Bestellungsart des Grundstücks sowie den etwaigen Viehbestand ergibt. Der Viehbestand braucht nur insoweit angegeben zu werden, als die Vergünstigung nach Absatz 1 c in Anspruch genommen wird. Die Bescheinigungen sind kostenlos auszustellen. Im Falle von Veränderungen ist die Bescheinigung binnen zwei Wochen zu berichtigen.

(4) Die Vergünstigungen dürfen nur in den Jahreszeiten und zu den Stunden in Anspruch genommen werden, in denen nach den örtlichen Gewohnheiten land- und forstwirtschaftliche Arbeiten ausgeführt werden.

(5) Die Hinterlegung einer Zollsicherheit wird in den vorstehend angeführten Fällen nicht verlangt, es sei denn, dass begründeter Verdacht gegen die Zuverlässigkeit des Berechtigten besteht.

Artikel 3.

Als Erzeugnisse der Landwirtschaft im Sinne des Artikels 2 gelten auch frische Weintrauben, Weinmaische und Traubenmost, dessen Gärung noch nicht beendet ist, falls sie längstens bis zum 30. November des Erntejahres in die eigenen Weinkeller über die Grenze gebracht werden.

Artikel 4.

Für Einhufer, die zum Wirtschaftsbetrieb der im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Grundstücke gehören, wird Zollfreiheit gewährt, wenn diese Tiere im gegenüberliegenden Grenzbezirk beschlagen oder einer tierärztlichen Behandlung unterzogen werden sollen und danach zurückgebracht werden.

Artikel 5.

(1) Als Mundvorrat dürfen die Bewohner des einen Grenzbezirks in den anderen Grenzbezirk zollfrei genussfertige Nahrungsmittel für einen Tag im Höchstgewicht von drei Kilogramm und ausserdem Wein in einer Höchstmenge von zwei Litern mit sich führen; auf die Gegenstände der staatlichen Monopole erstreckt sich die Vergünstigung nicht. Den in der Landwirtschaft tätigen Arbeitern darf der Mundvorrat nachgetragen werden.

(2) Die Bewohner des einen Grenzbezirks dürfen zollfrei zum eigenen Verbrauch Zigarren, Zigaretten und Tabak in den anderen Grenzbezirk mitnehmen, wenn es sich nur um Mengen handelt, die den Bedarf eines Rauchers für einen Tag nicht überschreiten. Die Höchstmenge beträgt:

bei Zigarren	10 Stück,
bei Zigaretten	25 Stück,
bei Tabak	50 Gramm,
bei Kautabak	3 Stück (Rollen).

Artikel 6.

Arbeiter und Angestellte dürfen die ihnen vom Arbeitgeber üblicherweise als Deputat gewährten Bodenerzeugnisse auf den Zollstrassen zollfrei über die Grenze in ihre Behausung verbringen.

Artikel 7.

(1) Gegenstände des eigenen Bedarfs der Bewohner des einen Grenzbezirks, die in den anderen Grenzbezirk unter der Verpflichtung der Rückbringung gebracht werden, um dort ausgebessert zu werden, bleiben von Zoll befreit.

(2) Vom Zoll werden ferner die nachstehend angeführten Gegenstände befreit, die von den obenerwähnten Personen des einen Grenzbezirks in den anderen Grenzbezirk unter der Verpflichtung der Rückbringung gebracht werden, um dort eine Veredelung zu erfahren:

a) Getreide, Samen, Hülsenfrüchte, Ölfrüchte, Hanf, Flachs und ähnliche landwirtschaftliche Roherzeugnisse, die gereinigt, gemahlen, geschrottet, zerquetscht, enthülst, geschlagen oder einer sonstigen Bearbeitung unterzogen werden sollen;

b) Holz, das zerkleinert, gespalten oder zu Brettern oder Balken verarbeitet werden soll;

c) Eichen- und sonstige Rinde, die zerschnitten, gemahlen oder einer ähnlichen Bearbeitung unterzogen werden soll.

Die bei der Veredelung gewonnenen Nebenerzeugnisse müssen, soweit sie einen Zollwert besitzen, mit den bearbeiteten Gegenständen zusammen zurückgebracht oder bei Belassung im anderen Grenzbezirk verzollt werden. Die Vergünstigung hat zur Voraussetzung, dass die Grenzbewohner auf die im anderen Grenzbezirk gelegenen Mühlen oder sonstigen Betriebsstätten unbedingt angewiesen sind und dass die erwähnten Gegenstände für den eigenen Wirtschaftsbedarf der Berechtigten gebraucht werden.

Artikel 8.

Die Befreiung von Zöllen wird für gebrauchte Säcke und andere gebrauchte, handelsübliche Umschliessungen gewährt, in denen landwirtschaftliche Erzeugnisse und sonst im Grenzverkehr vorkommende Gegenstände aus dem einen Grenzbezirk in den anderen gebracht werden und von dort leer zurückgelangen, oder die leer aus dem einen Grenzbezirk in den anderen gebracht und mit den erwähnten Gegenständen gefüllt wieder eingeführt werden.

Artikel 9.

Die Bewohner des einen Grenzbezirks dürfen anlässlich der Ausübung ihres Berufs im anderen Grenzbezirk das erforderliche Arbeits- und Betriebsgerät zollfrei unter der Bedingung der Rückbringung mit sich führen.

Artikel 10.

(1) Ärzte, Tierärzte und Hebammen, die in dem einen Grenzbezirk wohnen, dürfen bei Ausübung ihres Berufs im anderen Grenzbezirk die zur Ausübung des Berufs notwendigen Geräte und Instrumente zollfrei unter der Bedingung ihrer Rückbringung mit sich führen.

(2) Für Heilmittel, Verbandstoffe und Desinfektionsmittel, die von den im Absatz 1 bezeichneten Ärzten, Tierärzten und Hebammen bei der Hilfeleistung im anderen Grenzbezirk zum unmittelbaren Verbrauch mitgeführt werden, wird Zollfreiheit gewährt. Im Einfuhrstaat nicht zugelassene Heilmittel oder Desinfektionsmittel dürfen die bezeichneten Personen nicht mitbringen. Nicht verbrauchte Heilmittel, Verbandstoffe und Desinfektionsmittel müssen wieder ausgeführt werden.

(3) Die Hinterlegung einer Zollsicherheit wird in der Regel nicht verlangt.

Artikel 11.

Für Verbandstoffe und Arzneiwaren, die Bewohner des einen Grenzbezirks gegen Rezepte von Ärzten oder Tierärzten aus solchen Apotheken des anderen Grenzbezirks holen, auf die sie nach den örtlichen Verhältnissen angewiesen sind, wird Zollfreiheit gewährt, jedoch nur für Mengen, die den Bedürfnissen des einzelnen Krankheitsfalles entsprechen. Die Zollfreiheit wird bei wiederholter Benutzung desselben Rezepts nur dann gewährt, wenn der Arzt das Rezept ausdrücklich erneuert hat. Im Einfuhrstaat nicht zugelassene Arzneiwaren dürfen nicht eingebracht werden. Bei Verbandstoffen, bei einfachen zu Medizinalzwecken dienenden Drogen und einfachen bekannten pharmazeutischen Präparaten, deren pharmazeutische Bezeichnung auf der Umhüllung genau und deutlich ersichtlich ist und die nach den im betreffenden Gebiet geltenden Bestimmungen im Handverkauf verabreicht werden dürfen und im Einfuhrstaat zugelassen sind, wird die Zollfreiheit für Mengen, die dem Bedürfnis des einzelnen Krankheitsfalles entsprechen, auch dann gewährt, wenn ein Rezept nicht vorgelegt wird.

Artikel 12.

(1) Soweit Fahrzeuge aller Art (gewöhnliche Wagen, Fahrräder, Kraftfahrzeuge usw.) sowie Zugtiere, Reit- und Lasttiere nur zu dem Zweck die Grenze überschreiten, um Personen oder Waren von dem einen Grenzbezirk in den anderen Grenzbezirk zu verbringen oder von dort zu holen, wird für sie Zollfreiheit gewährt. Die Zollfreiheit erstreckt sich auf die dazugehörigen Ausrüstungsgegenstände sowie auf die erforderlichen Futtermittel und Betriebsstoffe. Das gleiche gilt, soweit ein örtliches Bedürfnis besteht, für die Fahrzeuge sowie Zugtiere, Reit- und Lasttiere, die zur vorübergehenden Arbeitsleistung in den anderen Grenzbezirk gebracht werden. Die Fahrzeuge, Tiere und Ausrüstungsgegenstände sowie die nicht verbrauchten Futtermittel und Betriebsstoffe müssen zurückgebracht werden.

(2) Kraftfahrzeuge der im Artikel 2 bezeichneten Personen dürfen die Grenze auch auf Nebenwegen überschreiten, wenn sie in den zur Grenzüberschreitung berechtigenden Grenzausweisen mit ihren Merkmalen aufgeführt sind.

(3) Ebenso dürfen die Bewohner der Grenzbezirke die Grenze mit Fahrrädern auch auf Nebenwegen überschreiten, wenn die Fahrräder mit ihren Merkmalen in den zur Grenzüberschreitung berechtigenden Greuzausweisen aufgeführt sind.

(4) Personen, die den Zollbehörden als zuverlässig bekannt sind, werden von der Hinterlegung einer Zollsicherheit befreit; in diesem Fall wird ihnen von den Zollbehörden ein Ausweis ausgestellt, dessen Gültigkeit auf Antrag bis auf ein Jahr erstreckt werden kann.

Artikel 13.

Soweit es die örtlichen Verhältnisse, insbesondere im land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftungsverkehr, erfordern, werden die beiderseitigen Zollbehörden, gegebenenfalls im Benehmen miteinander, nach Möglichkeit Ausnahmen von der Bestimmung zulassen, dass der Verkehr mit Waren nur auf Zollstrassen und während der festgesetzten Tagesstunden erfolgen darf.

Artikel 14.

Bei Bränden und anderen Unglücksfällen in den Grenzbezirken dürfen Feuer- und Bergwehren sowie Mannschaften des sonstigen Rettungsdienstes die Grenze zur Hilfeleistung mit ihren Geräten, Fahrzeugen und Gespannen einschliesslich des erforderlichen Futters für die Pferde sowie der erforderlichen Betriebsstoffe für die Fahrzeuge frei von Zoll und allen Zollförmlichkeiten zu jeder Tages- und Nachtzeit auch ausserhalb der Zollstrassen überschreiten. Die Geräte, Fahrzeuge und Gespanne sowie nicht verbrauchte Futtermittel und Betriebsstoffe sind nach beendeter Hilfeleistung über die Grenze zurückzubringen.

Artikel 15.

Die zuständigen Dienststellen der vertragschliessenden Teile werden jede für ihr Gebiet die notwendigen Überwachungsmassnahmen anordnen, um einen Missbrauch der in diesem Abkommen vorgesehenen Vergünstigungen zu verhindern. Erforderlichenfalls werden sich die zuständigen Dienststellen der vertragschliessenden Teile hierüber verständigen. Die erlassenen Ausführungsbestimmungen zu diesem Abkommen werden sie sich gegenseitig mitteilen.

Artikel 16.

Die im Abkommen vorgesehene Zollfreiheit umfasst die Befreiung sowohl von Ein- und Ausfuhrzöllen als auch von allen sonstigen Abgaben und Gebühren. Mit der Zollfreiheit ist ferner die Befreiung von wirtschaftlichen Ein- oder Ausfuhrverboten oder -beschränkungen verbunden.

Artikel 17.

Die gesundheitspolizeilichen Vorschriften sowie die zum Schutz der Pflanzen gegen Schädlinge, gegen Entartung und gegen Ausrottung von den vertragschliessenden Teilen erlassenen Beschränkungen werden durch die Bestimmungen dieses Abkommens nicht berührt. Die veterinärpolizeiliche Behandlung richtet sich nach den Bestimmungen der Anlage zu diesem Artikel.

Artikel 18.

Sollten sich bei der Durchführung des Abkommens Schwierigkeiten ergeben, so werden zu deren Beseitigung die zuständigen Behörden der vertragschliessenden Teile unmittelbar ins Benehmen treten. Sollte eine

Einigung nicht zustande kommen, so werden die Streitigkeiten auf diplomatischem Wege freundschaftlichst ausgetragen.

Artikel 19.

Die Finanzminister der vertragschliessenden Teile werden einander mitteilen, welche Stellen als zuständige Behörden im Sinne dieses Abkommens zu betrachten sind.

Artikel 20.

Die Finanzminister der vertragschliessenden Teile werden ermächtigt, weitere Vereinbarungen im Rahmen dieses Abkommens, die nach den Erfahrungen geboten sein sollten, zu treffen.

Artikel 21.

(1) Das Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden. Das Abkommen tritt drei Monate nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens wird das Übereinkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn, betreffend Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr, vom 14. Juli 1926*) nicht mehr angewendet.

(2) Dieses Abkommen kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das Abkommen unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in ungarischer Sprache in Budapest, am 25. Juli 1940.

Dr. von Erdmannsdorff.
Wucher.
Vörnle.
Rosty-Forgách.

Anlage zu Artikel 17.

Zu Artikel 2 Absatz 1.

Alle Tiere aus dem einen Grenzbezirk, die in dem anderen Grenzbezirk genutzt oder geweidet werden sollen, sind in die nach Artikel 2 Absatz 3 den zuständigen Zollstellen vorzulegenden Bescheinigungen unter Beschreibung der Tiere (Geschlecht, Alter, Farbe, Abzeichen) einzutragen. Jungtiere, die in dem anderen Grenzbezirk geboren sind, sind alsbald in den Bescheinigungen nachzutragen.

Einhufer und Rinder sind durch Einbrennen eines „D“ (deutsche Tiere) oder eines „U“ (ungarische Tiere) zu kennzeichnen. Einhufern ist das Zeichen am linken Vorderhuf, Rindern an der linken äusseren

*) V. N.R.G. 3. s. XXVII, p. 569.

Vorderklaue oder am linken Horn einzubrennen. Der gleiche Buchstabe ist Pferden und Rindern in Höhe von mindestens 10 cm auf der linken Hinterbacke als Haarschnitt, der jeweils rechtzeitig zu erneuern ist, anzubringen. Schafe, Ziegen und Schweine sind mit Ohrmarken am linken Ohr zu kennzeichnen, die den gleichen Buchstaben tragen.

Für die Tiere sind Ursprungszeugnisse beizubringen, in denen von dem Bürgermeister der Gemeinde (Gemeindevorstand), aus der die Tiere stammen, bescheinigt wird, dass in dieser Gemeinde während der letzten 40 Tage keine auf die in dem Ursprungszeugnis genannten Tierarten übertragbare anzeigepflichtige Tierseuche vorgekommen ist. Wegen der Erleichterungen, die beim Herrschen von Maul- und Klauenseuche gewährt werden sollen, wenn die Tiere gegen die Seuche vakziniert worden sind, werden sich die beiderseitigen Zentralveterinärbehörden gegebenenfalls rechtzeitig in Verbindung setzen.

Das vereinzelte Auftreten von Milzbrand, Rauschbrand, Bläschenausschlag, Rotlauf der Schweine, Räude der Einhufer und Tollwut in der Gemeinde — jedoch nicht in dem Gehöft, aus dem die Tiere stammen — gilt nicht als Hindernis für die Ausstellung des Ursprungszeugnisses, ist jedoch in dem Ursprungszeugnis zu vermerken. Dasselbe gilt für die Tuberkulose des Rindes.

Die Bescheinigungen des Bürgermeisters (Gemeindevorstands) über die Seuchenfreiheit gelten für Arbeitstiere 30 Tage, für Tiere für den Fuhrwerksbetrieb und den Weideverkehr zehn Tage. Sie müssen nach Ablauf dieser Frist wieder erneuert werden.

Für Hunde (Hirten- und Jagdhunde) ist eine Bescheinigung des Bürgermeisters (Gemeindevorstands) darüber beizubringen, dass der Herkunftsort der Hunde und sein Umkreis von 10 km frei von Tollwut sind.

Alle Tiere sind jährlich einmal, und zwar Weidetiere beim Beziehen der Weiden, Arbeitstiere bei Beginn der Frühjahrsbestellung, durch den beamteten Tierarzt des Zielstaates am Grenzübergang zu untersuchen. Der beamtete Tierarzt des Herkunftslandes kann der Untersuchung beiwohnen. Bei der Rückkehr der Tiere in das Herkunftsland kann die Untersuchung durch den beamteten Tierarzt des Herkunftslandes vorgeschrieben werden.

Für Tiere, die die Grenze öfters überschreiten, können diese Untersuchungen häufiger, jedoch nicht öfter als einmal im Monat, stattfinden.

Seuchenkranke, seuchenverdächtige und ansteckungsverdächtige Tiere werden zurückgewiesen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen sind von den beamteten Tierärzten jedesmal in die bei den zuständigen Zollstellen befindlichen Bescheinigungen sowie in die Ursprungszeugnisse einzutragen.

Die amtstierärztlichen Untersuchungen sind, sofern sie an den hierfür festgesetzten Untersuchungstagen, -orten und -stunden erfolgen, kostenlos.

Die Rückkehr seuchenkranker, seuchenverdächtiger und ansteckungsverdächtiger Tiere in den Herkunftsstaat darf nur mit besonderer Erlaubnis der beiderseitigen Verwaltungsbehörden erfolgen.

Bei der Einfuhr von tierischem Dünger, Heu und Stroh ist ein amtstierärztliches Zeugnis darüber beizubringen, dass das Herkunftsgehöft seuchenfrei ist und der Herkunftsort frei ist von Maul- und Klauenseuche.

Milch darf aus Herden, Gehöften und Ortschaften, in denen die Maul- und Klauenseuche herrscht, und aus den anlässlich der Maul- und Klauenseuche gebildeten Sperrbezirken nur nach erfolgtem Aufkochen auf mindestens 85° C über die Grenze gebracht werden.

Wolle darf aus Herden, Gehöften und Ortschaften, in denen die Pockenseuche der Schafe oder die Maul- und Klauenseuche herrscht, nicht über die Grenze gebracht werden.

Für andere tierische Erzeugnisse, Rohstoffe und Tiere gelten die veterinärpolizeilichen Einfuhrbestimmungen des Ziellandes mit der Massgabe, dass geschlachtetes Geflügel, erlegtes Wild und Fische im kleinen Grenzverkehr keiner veterinärpolizeilichen Beschränkung unterliegen.

Gefallene Tiere dürfen nicht über die Grenze zurückgebracht werden.

Zu Artikel 4.

Einhufer, die zum Wirtschaftsbetrieb der im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Grundstücke gehören und im gegenüberliegenden Grenzbezirk beschlagen oder einer tierärztlichen Behandlung unterzogen werden sollen und danach zurückgebracht werden, sind frei von veterinärpolizeilichen Beschränkungen.

Zu Artikel 5 Absatz 1.

Fleisch als Mundvorrat darf nur in zubereitetem (gesalzenem, gepökeltem, geräuchertem, gekochtem oder gebratenem) Zustand mitgenommen werden.

Zu Artikel 12 Absatz 1.

Für Einhufer und Zweihufer (Ochsen und Kühe), die zur Beförderung von Fahrzeugen über die Grenze verwendet werden, ist ausser dem im Absatz 3 zu Artikel 2 Absatz 1 vorgeschriebenen Ursprungszeugnis ein von dem zuständigen Bürgermeister des Herkunftslandes auszustellender, mit dem amtlichen Stempel versehener zweisprachiger Ausweis mitzuführen, der den Namen und Wohnort des Eigentümers und eine genaue Beschreibung (Alter, Geschlecht, Farbe, Abzeichen) der Tiere enthält.

Die Ausweise müssen mit einer Gesundheitsbescheinigung des beamteten Tierarztes des Zielstaats versehen sein. Die Gesundheitsbescheinigung ist drei Monate gültig.

Auch die hierfür erforderlichen Untersuchungen sind, sofern sie am Grenzübergang während der zu diesem Zweck festgesetzten Untersuchungszeiten erfolgen, kostenlos.

Zu Artikel 14.

Die Einhufer von Feuer- und Bergwehren sowie von Mannschaften des sonstigen Rettungsdienstes unterliegen keiner veterinärpolizeilichen Beschränkung.

Schlussbestimmungen.

(1) Die zuständigen Behörden (Landrat, Oberstuhlrichter, Bürgermeister) haben sich gegenseitig die erste Feststellung und das Erlöschen der nachstehend bezeichneten Seuchen in einer Gemeinde, die im Grenzbezirk liegt, unter Angabe der verseuchten Gemeinde innerhalb 24 Stunden drahtlich oder fernmündlich mit nachfolgender schriftlicher Bestätigung mitzuteilen. Für die Rinderpest, die Lungenseuche der Rinder, die Pockenseuche der Schafe, die Tollwut und die Maul- und Klauenseuche sind die gleichen Mitteilungen auch dann zu machen, wenn diese Seuchen ausserhalb des Grenzbezirks innerhalb 20 km von der gemeinschaftlichen Grenze auftreten.

(2) Ausserdem haben sich die genannten Behörden am 1. jedes Monats den Stand der nachbenannten Seuchen in den verseuchten Gemeinden des Grenzbezirks gegenseitig mitzuteilen. Fehlanzeigen sind erforderlich.

(3) Es handelt sich um folgende Seuchen:

1. Tollwut (Lyssa, Rabies, Hydrophobia),
2. Rotz der Einhufer (Malleus),
3. Maul- und Klauenseuche (Aphthae Epizooticae),
4. Pockenseuche der Schafe (Variola ovina),
5. Lungenseuche der Rinder (Pleuropneumonia contagiosa bovum),
6. Räude der Einhufer und Schafe (Scabies),
7. Rinderpest (Pestis bovina).

(4) Bei Ausbruch von Rinderpest, Lungenseuche der Rinder, Pockenseuche der Schafe und Maul- und Klauenseuche im Nachbarstaat innerhalb 20 km von der gemeinschaftlichen Grenze können die veterinärpolizeilichen Bestimmungen dieser Vereinbarungen für die Dauer der Seuchengefahr verschärft werden.

(5) Auch ein völliges oder teilweises Verbot des Grenzverkehrs mit Tieren, tierischen Erzeugnissen, Dünger, Heu, Stroh und Streu ist für die Dauer erhöhter Seuchengefahr zulässig.

(6) Die zuständigen Behörden (Reichsstatthalter, Veterinärpolizeibehörde II. Instanz) haben sich gegebenenfalls die Verschärfungen oder Verbote gleichzeitig mit ihrer Anordnung mitzuteilen. Das gleiche gilt für ihre Milderung und Aufhebung.

Schlussprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn über die sachlichen Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr haben sich die Bevollmächtigten über folgende Punkte geeinigt:

Zu Artikel 2.

Wirtschaftliche Betriebsstätte im Sinne des Artikels 2 des Abkommens ist diejenige Stätte, von der aus die Grundstücke praktisch bewirtschaftet werden, also bei landwirtschaftlichen Grundstücken diejenige Stätte, auf der sich die Wirtschaftsgebäude (Ställe, Scheunen) befinden.

Zu Artikel 2 und 3.

(1) Die Vergünstigungen finden nur auf vor dem 30. Juni 1926 abgeschlossene Pachtungen (Pachtvertrag) Anwendung. Verlängerungen von bisherigen Pachtverträgen sind als neue Pachtverträge anzusehen.

(2) In den Fällen, in denen nach dem 30. Juni 1926 im jenseitigen Grenzbezirk liegende Grundstücke von ihren im diesseitigen Grenzbezirk wohnhaften Eigentümern lediglich aus dem Grund verpachtet werden, weil die Eigentümer die Grundstücke wegen hohen oder jugendlichen Alters oder Krankheit nicht selbst bewirtschaften können, werden die Vergünstigungen für gepachtete Äcker oder Wiesen von den beiderseitigen Finanzministern auch den neuen Pächtern zugebilligt werden.

(3) Die Vergünstigungen finden, insoweit sie sich auf Weinmaische und Traubenmost, dessen Gärung noch nicht beendet ist, beziehen, nur auf diejenigen Nutzungsberechtigten Anwendung, welche zur Zeit Eigentümer sind oder welche späterhin die Grundstücke, sei es unter Lebenden oder im Wege der Erbfolge von Personen erwerben, nach welchen sie gemäss den Gesetzen des Staates, in dem die wirtschaftliche Betriebsstätte liegt, zur gesetzlichen Erbfolge berufen werden.

Zu Artikel 2 und 12.

Die Zollfreiheit für den Betriebsstoff erstreckt sich nur auf diejenige Menge, die sich in dem unmittelbar mit dem Motor in Verbindung stehenden Behälter befindet.

Zu Artikel 6.

Bodenerzeugnisse im Sinne dieses Artikels sind land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, ferner Kohle.

Zu Artikel 12 Absatz 1.

Die Vergünstigung des Artikels 12 Absatz 1 erstreckt sich auf Kraftfahrzeuge, die gewerblich betrieben werden (öffentliche Kraftfahrtunternehmungen, gewerblicher Güterfern- und -nahverkehr, Autobusse, Lohnkraftdroschken u. dgl.) nur dann, wenn sie zu dem grenzüberschreitenden gewerblichen Verkehr von den zuständigen Behörden zugelassen worden sind.

Zu Artikel 15.

Die Finanzminister der vertragschliessenden Teile können die Vergünstigungen aufheben oder einschränken, wenn Zollzuwiderhandlungen es erfordern sollten.

Zu Artikel 16.

(1) Unter Abgaben im Sinne des Artikels 16 sind alle Abgaben zu verstehen, die mit Zöllen zusammen erhoben werden. Die jeweiligen Bestimmungen der vertragschliessenden Teile über die Besteuerung von Kraftfahrzeugen bleiben jedoch unberührt.

(2) Unter Gebühren im Sinne des Artikels 16 fallen nicht Gebühren für Amtshandlungen, die auf Antrag ausserhalb der Amtsstelle oder ausserhalb der ordentlichen Dienststunden vorgenommen werden.

Dieses Schlussprotokoll soll als wesentlicher Teil des Abkommens angesehen und gleichzeitig mit dem Abkommen ratifiziert werden sowie dieselbe Gültigkeit und Dauer haben.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in ungarischer Sprache in Budapest, am 25. Juli 1940.

Dr. von Erdmannsdorff.
Wucher.
Vörnle.
Rosty-Forgách.

14.

ALLEMAGNE, SLOVAQUIE.

Convention pour faciliter le petit trafic frontalier; signé à Pressbourg, le 3 mai 1941.*)**)

Reichsgesetzblatt 1942. II, No. 16.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik über die sachlichen Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr.

Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik sind übereingekommen, die sachlichen Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr zwischen den beiden Staaten durch den Abschluss eines Abkommens zu regeln. Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

*) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 12 mai 1942.

**) En langues allemande et slovaque. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

Der Deutsche Reichskanzler:
den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Hanns Ludin und
den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Herrn Dr. Theodor Wucher,
Der Präsident der Slowakischen Republik:
den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Dr. Štefan Polyak,
den Chef der rechtlich-administrativen Sektion im Ministerium der Äussern Herrn Dr. Viktor Bečka und
den Chef der IV. Sektion im Finanzministerium Herrn Štefan Dudaško.

Die Bevollmächtigten haben einander ihre Vollmachten mitgeteilt und in Ordnung befunden. Sie haben sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1.

(1) Als Grenzbezirke im Sinne dieses Abkommens gelten die auf beiden Seiten der gemeinschaftlichen Grenze gelegenen Geländestreifen, die jeder der vertragschliessenden Teile für sein Gebiet als Grenzbezirk (Zollgrenzbezirk, Grenzzone) bezeichnet. Die Breite jedes der beiden Grenzbezirke soll in der Regel 10 km betragen; dabei soll die Breite von 15 km nach Möglichkeit nicht überschritten werden.

(2) Die Finanzminister der vertragschliessenden Teile werden einander eine Karte des Grenzbezirks und ein Verzeichnis der im Grenzbezirk gelegenen Ortschaften übermitteln.

Artikel 2.

(1) Eigentümer, Pächter und sonstige Nutzungsberechtigte von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken, die in dem einen Grenzbezirk liegen, aber von einer im anderen Grenzbezirk gelegenen wirtschaftlichen Betriebsstätte aus bewirtschaftet werden, dürfen die folgenden Gegenstände, Erzeugnisse und Tiere unter den nachstehend angegebenen Bedingungen im Rahmen der durch die übliche Bewirtschaftung bedingten Notwendigkeit zollfrei über die Grenze bringen:

a) alles, was zur ordnungsmässigen Bewirtschaftung dieser Grundstücke dient, wie Düngemittel jeder Art, Saatgut (ausgenommen Saatkartoffeln), Sämereien, Pflänzlinge (ausgenommen Weinreben), Pflanzen für Schonungen, Bäume (ausgenommen Obstbäume), Weiden, Natursteine, Ziegel, Sand, Lehm, Tonerde, Torf, für den Weinbau Zement und Holzstecken, ausserdem die in der Land- und Forstwirtschaft üblichen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Arbeitstiere, einschliesslich der Ausrüstungsgegenstände, sowie die erforderlichen Futtermittel für die Arbeitstiere und den erforderlichen Betriebsstoff für die Maschinen und Fahrzeuge;

b) die land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse dieses Grundstücke einschliesslich der tierischen Erzeugnisse, das auf diesen Grundstücken erlegte Wild sowie die daselbst gefangenen Fische;

c) das zum Wirtschaftsbetrieb gehörige Vieh einschliesslich der Einhufer (Pferde, Esel, Maulesel, Maultiere), das zur Weide auf die erwähnten Grundstücke gebracht wird, sowie die während des Aufenthalts der Tiere auf den erwähnten Grundstücken erforderlichen Futtermittel. Bei der Rückbringung erstreckt sich die Zollfreiheit auf die in dem anderen Grenzbezirk von dem Vieh geborenen Jungtiere. Sie gilt auch für die während des Weideganges gewonnenen Erzeugnisse, wie Milch, Butter, Käse und Wolle.

(2) Die Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Arbeitstiere und Ausrüstungsgegenstände müssen nach beendetem Gebrauch, das Weidevieh nach beendetem Weidegang über die Grenze zurückgebracht werden; das gleiche gilt für die nicht verbrauchten Futtermittel und Betriebsstoffe.

(3) Personen, die von den vorstehenden Vergünstigungen Gebrauch machen wollen, haben den zuständigen Zollstellen eine Bescheinigung vorzulegen, die von der für das Grundstück zuständigen Behörde ausgestellt ist und Eigentumsverhältnis, Lage, Grösse und Bestellungsart des Grundstücks sowie den etwaigen Viehbestand ergibt. Die Bescheinigungen sind kostenlos auszustellen. Im Fall von Veränderungen ist die Bescheinigung binnen zwei Wochen zu berichtigen.

(4) Die Vergünstigungen dürfen nur in den Jahreszeiten und zu den Tageszeiten in Anspruch genommen werden, in denen nach den örtlichen Gewohnheiten land- und forstwirtschaftliche Arbeiten ausgeführt werden.

(5) Die Hinterlegung einer Zollsicherheit wird in den vorstehend angeführten Fällen nicht verlangt, es sei denn, dass begründeter Verdacht gegen die Zuverlässigkeit des Berechtigten besteht.

Artikel 3.

Als Erzeugnisse der Landwirtschaft im Sinne des Artikels 2 gelten auch frische Weintrauben und sonstiges Obst. Die Zollfreiheit nach Artikel 2 erstreckt sich auch die daraus hergestellte Maische und den Most, dessen Gärung noch nicht beendet ist. Maische und Most müssen jedoch spätestens bis zum 30. November des Erntejahres in die eigenen Keller über die Grenze gebracht werden

Artikel 4.

Für Einhufer, die zum Wirtschaftsbetrieb der im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Grundstücke gehören, wird Zollfreiheit gewährt, wenn diese Tiere im gegenüberliegenden Grenzbezirk beschlagen oder einer tierärztlichen Behandlung unterzogen werden sollen und danach zurückgebracht werden.

Artikel 5.

(1) Die im Grenzbezirk ansässigen Fischer, die ihrem Gewerbe in Grenzgewässern nachgehen, dürfen ihre Fahrzeuge und Fanggeräte sowie die gefangenen Fische zollfrei über die Grenze bringen. Die Fahrzeuge und Fanggeräte müssen aus dem fremden Grenzbezirk zurückgebracht werden. Die Zollfreiheit wird für die gefangenen Fische nur gewährt, wenn die Fische im Gebiet des Staates an Land gebracht werden, in dem der Fischer ansässig ist.

(2) Die gleichen Vergünstigungen stehen Sportfischern zu, auch wenn sie sich im Grenzbezirk nur vorübergehend aufhalten.

Artikel 6.

(1) Als Mundvorrat dürfen die Bewohner des einen Grenzbezirks in den anderen Grenzbezirk zollfrei genussfertige Nahrungsmittel für einen Tag im Höchstgewicht von zwei Kilogramm sowie Wein in einer Höchstmenge von zwei Litern mit sich führen. Den im anderen Grenzbezirk arbeitenden Personen dürfen die entsprechenden Mengen an Nahrungsmitteln nachgetragen werden.

(2) Personen, die in dem einen Grenzbezirk wohnen und in dem anderen Grenzbezirk ihren Beruf ausüben, dürfen, wenn sie mehrere Arbeitstage an ihren Arbeitsstätten verbleiben sollen, den Mundvorrat in einer der Dauer dieses Aufenthalts entsprechenden Menge, höchstens aber den Bedarf für eine Woche, zollfrei mitnehmen.

(3) Die Bewohner des einen Grenzbezirks dürfen zollfrei für den eigenen Verbrauch Zigarren, Zigaretten und Tabak in den anderen Grenzbezirk mitnehmen, wenn es sich nur um Mengen handelt, die den Bedarf eines Rauchers für einen Tag nicht überschreiten. Die Höchstmenge beträgt:

bei Zigarren	10 Stück,
bei Zigaretten	25 Stück,
bei Tabak	50 Gramm,
bei Kautabak	3 Stück (Rollen).

Artikel 7.

Arbeiter und Angestellte dürfen die ihnen vom Arbeitgeber üblicherweise als Deputat gewährten Bodenerzeugnisse auf den Zollstrassen oder auf den von den zuständigen Zollbehörden hierfür besonders zugelassenen Nebenwegen zollfrei über die Grenze in ihre Behausung verbringen.

Artikel 8.

(1) Gegenstände des eigenen Bedarfs der Bewohner des einen Grenzbezirks, die in den anderen Grenzbezirk unter der Verpflichtung der Rückbringung gebracht werden, um dort ausgebessert zu werden, bleiben vom Zoll befreit.

(2) Vom Zoll werden ferner die nachstehend aufgeführten Gegenstände befreit, die von den Bewohnern des einen Grenzbezirks in den anderen Grenzbezirk unter der Verpflichtung der Rückbringung gebracht werden, um dort eine Veredelung zu erfahren:

a) Getreide, Samen, Hülsenfrüchte, Ölfrüchte, Hanf, Flachs und ähnliche landwirtschaftliche Roherzeugnisse, die gereinigt, gemahlen, geschrotet, zerquetscht, enthülst, geschlagen oder einer sonstigen Bearbeitung unterzogen werden sollen;

b) Holz, das zerkleinert, gespalten oder zu Brettern, Balken oder Pfählen verarbeitet werden soll;

c) Eichen- oder sonstige Rinde, die zerschnitten, gemahlen oder einer ähnlichen Bearbeitung unterzogen werden soll.

Die bei der Veredelung gewonnenen Nebenerzeugnisse müssen, soweit sie einen Zollwert besitzen, mit den bearbeiteten Gegenständen zusammen zurückgebracht oder bei Belassung im anderen Grenzbezirk verzollt werden. Die Vergünstigung hat zur Voraussetzung, dass die Grenzbewohner auf die im anderen Grenzbezirk gelegenen Mühlen oder sonstigen Betriebsstätten angewiesen sind und dass die erwähnten Gegenstände für den eigenen Wirtschaftsbedarf der Grenzbewohner gebraucht werden.

Artikel 9.

Die Befreiung von Zöllen wird für Säcke und andere Umschliessungen gewährt, in denen landwirtschaftliche Erzeugnisse und sonst im Grenzverkehr vorkommende Gegenstände aus dem einen Grenzbezirk in den anderen gebracht werden und die von dort leer zurückgelangen, oder die leer aus dem einen Grenzbezirk in den anderen gebracht und mit den erwähnten Gegenständen gefüllt wieder eingeführt werden.

Artikel 10.

Die Bewohner des einen Grenzbezirks dürfen anlässlich der Ausübung ihres Berufs im anderen Grenzbezirk das erforderliche Arbeits- und Betriebsgerät zollfrei unter der Bedingung der Rückbringung mit sich führen.

Artikel 11.

(1) Ärzte, Tierärzte und Hebammen, die in dem einen Grenzbezirk wohnen, dürfen bei Ausübung ihres Berufs im anderen Grenzbezirk die zur Ausübung des Berufs notwendigen Geräte und Instrumente zollfrei unter der Bedingung ihrer Rückbringung mit sich führen.

(2) Für Heilmittel, Verbandstoffe und Desinfektionsmittel, die von den im Absatz 1 bezeichneten Ärzten, Tierärzten und Hebammen bei der Hilfeleistung im anderen Grenzbezirk zum unmittelbaren Verbrauch mitgeführt werden, wird Zollfreiheit gewährt. Im Einfuhrstaat nicht zugelassene Heilmittel oder Desinfektionsmittel dürfen die bezeichneten Personen nicht mitbringen. Nicht verbrauchte Heilmittel, Verbandstoffe und Desinfektionsmittel müssen wieder ausgeführt werden.

(3) Die Hinterlegung einer Zollsicherheit wird in der Regel nicht verlangt.

Artikel 12.

Für Verbandstoffe und Arzneiwaren, die Bewohner des einen Grenzbezirks gegen Rezepte von Ärzten oder Tierärzten aus solchen Apotheken des anderen Grenzbezirks holen, auf die sie nach den örtlichen Verhältnissen angewiesen sind, wird Zollfreiheit gewährt, jedoch nur für Mengen, die den Bedürfnissen des einzelnen Krankheitsfalles entsprechen. Im Einfuhrstaat nicht zugelassene Arzneiwaren dürfen nicht eingebracht werden. Bei Verbandstoffen, bei einfachen, zu Medizinalzwecken dienenden Drogen und einfachen, bekannten pharmazeutischen Präparaten, deren pharmazeutische Bezeichnung auf der Umhüllung genau und deutlich ersichtlich ist und die nach den im betreffenden Gebiet geltenden Bestimmungen im Handverkauf verabreicht werden dürfen und im Einfuhrstaat zugelassen sind, wird die Zollfreiheit für Mengen, die dem Bedürfnis des einzelnen Krankheitsfalles entsprechen, auch dann gewährt, wenn ein Rezept nicht vorgelegt wird.

Artikel 13.

(1) Soweit Fahrzeuge aller Art (gewöhnliche Wagen, Fahrräder, Kraftfahrzeuge usw.), Einhufer (Pferde, Esel, Maulesel und Maultiere) und Zweihufer (Ochsen und Kühe) nur zu dem Zweck die Grenze überschreiten, um Personen oder Waren von dem einen Grenzbezirk in den anderen Grenzbezirk zu verbringen oder von dort zu holen, wird für sie Zollfreiheit gewährt. Die Zollfreiheit erstreckt sich auch auf die dazugehörigen Ausrüstungsgegenstände sowie auf die erforderlichen Futtermittel und Betriebsstoffe. Das gleiche gilt, soweit ein örtliches Bedürfnis besteht, für die Fahrzeuge und Zugtiere, die zur vorübergehenden Arbeitsleistung in den anderen Grenzbezirk gebracht werden. Die Fahrzeuge, Zugtiere und Ausrüstungsgegenstände sowie die nicht verbrauchten Futtermittel und Betriebsstoffe müssen zurückgebracht werden.

(2) Personen, die den Zollbehörden als zuverlässig bekannt sind, werden von der Hinterlegung einer Zollsicherheit befreit; in diesem Fall wird ihnen von den Zollbehörden ein Ausweis ausgestellt, dessen Gültigkeit auf Antrag bis auf ein Jahr erstreckt werden kann.

Artikel 14.

Den Bewohnern der Grenzbezirke wird Zollfreiheit gewährt:

a) für Särge mit Leichen und für Urnen mit Asche Verstorbener einschliesslich der Kränze und ähnlicher zur Verzierung der Särge, Urnen oder Beförderungsmittel dienender Gegenstände;

b) für die zur Ausschmückung von Grabstätten dienenden Gegenstände, soweit sie nicht zur dauernden Ausschmückung bestimmt sind;

c) für Blumengebinde aus natürlichen und künstlichen Blumen, Blättern und Gräsern (Kränze, Sträusse und dergleichen), die Grenzbewohner bei Gelegenheit einer Feierlichkeit persönlich über die Grenze bringen; diese Vergünstigung erstreckt sich nicht auf Blumengebinde, die zu gewerblichen oder Handelszwecken über die Grenze gebracht werden;

d) für Kultgegenstände, Kirchgesang- und Gebetbücher, die zu religiösen Zwecken benutzt werden, unter der Bedingung der Rückbringung;

e) für Sportgeräte unter der Bedingung der Rückbringung;

f) für Fahnen und Schleifen von Krieger-, Schützen-, Feuerwehr- und ähnlichen Vereinen des einen Grenzbezirks, die im anderen Grenzbezirk an einer Veranstaltung teilnehmen, unter der Bedingung der Rückbringung der Fahnen und Schleifen;

g) für Gewehre, Munition und Jagdausrüstung der Schützen und Jäger und der mit dem Forstschutz betrauten Personen, die im anderen Grenzbezirk an einem Preis- oder Übungsschiessen oder an einer Jagd teilnehmen oder den Forst- und Jagdschutz ausüben, unter der Bedingung der Rückbringung der Gewehre, der Jagdausrüstung und der nicht verbrauchten Munition.

Artikel 15.

Soweit es die örtlichen Verhältnisse, insbesondere im land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftungsverkehr, erfordern, werden die beiderseitigen Zollbehörden, gegebenenfalls im Benehmen miteinander, unter weitgehender Berücksichtigung der Bedürfnisse der Grenzbewohner nach Möglichkeit Ausnahmen von der Bestimmung zulassen, dass der Verkehr mit Waren nur auf Zollstrassen und während der festgesetzten Tagesstunden erfolgen darf.

Artikel 16.

Bei Bränden und anderen Unglücksfällen in den Grenzbezirken dürfen Feuer- und Bergwehren sowie Mannschaften des sonstigen Rettungsdienstes die Grenze zur Hilfeleistung mit ihren Geräten, Fahrzeugen und Gespannen einschliesslich des erforderlichen Futters für die Pferde sowie der erforderlichen Betriebsstoffe für die Fahrzeuge frei von Zoll und allen Zollförmlichkeiten zu jeder Tages- und Nachtzeit auch ausserhalb der Zollstrassen überschreiten. Die Geräte, Fahrzeuge und Gespanne sowie nicht verbrauchte Futtermittel und Betriebsstoffe sind nach beendeter Hilfeleistung über die Grenze zurückzubringen.

Artikel 17.

Die zuständigen Dienststellen der vertragschliessenden Teile werden jede für ihr Gebiet die notwendigen Überwachungsmassnahmen anordnen, um einen Missbrauch der in diesem Abkommen vorgesehenen Vergünstigungen zu verhindern. Erforderlichenfalls werden sich die

zuständigen Dienststellen der vertragschliessenden Teile hierüber verständigen. Die erlassenen Ausführungsbestimmungen zu diesem Abkommen werden sie sich gegenseitig mitteilen.

Artikel 18.

Die im Abkommen vorgesehene Zollfreiheit umfasst die Befreiung sowohl von Ein- und Ausfuhrzöllen als auch von allen sonstigen Abgaben und Gebühren. Mit der Zollfreiheit ist ferner die Befreiung von wirtschaftlichen Ein- oder Ausfuhrverboten oder -beschränkungen verbunden.

Artikel 19.

(1) Auf dem Gebiet der Veterinärpolizei gelten im kleinen Grenzverkehr die Bestimmungen der Anlage, die einen wesentlichen Bestandteil des Abkommens bildet.

(2) Im übrigen werden die gesundheits- und veterinärpolizeilichen Vorschriften sowie die zum Schutze der Pflanzen gegen Schädlinge, gegen Entartung und gegen Ausrottung von den vertragschliessenden Teilen erlassenen Beschränkungen sowie die sonstigen in Betracht kommenden polizeilichen Vorschriften durch die Bestimmungen dieses Abkommens nicht berührt.

Artikel 20.

Sollten sich bei der Durchführung des Abkommens Schwierigkeiten ergeben, so werden zu deren Beseitigung die zuständigen Behörden der vertragschliessenden Teile unmittelbar ins Benehmen treten. Sollte eine Einigung nicht zustande kommen, so werden die Streitigkeiten auf diplomatischem Weg freundschaftlichst ausgetragen.

Artikel 21.

Die Finanzminister der vertragschliessenden Teile werden einander mitteilen, welche Stellen als zuständige Behörden im Sinne dieses Abkommens zu betrachten sind.

Artikel 22.

Die Finanzminister der vertragschliessenden Teile werden ermächtigt, weitere Vereinbarungen im Rahmen dieses Abkommens, die nach den Erfahrungen geboten sein sollten, zu treffen.

Artikel 23.

(1) Dieses Abkommen soll ratifiziert werden; der Austausch der Ratifikationsurkunden soll in Berlin stattfinden. Das Abkommen tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Dieses Abkommen kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in slowakischer Sprache

in Pressburg, am 3. Mai 1941.

Ludin.
Wucher.
Polyak.
Bečka.
Dudaško.

Schlussprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik über die sachlichen Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr haben sich die Bevollmächtigten über folgende Punkte geeinigt:

Zu Artikel 2.

(1) Wirtschaftliche Betriebsstätte im Sinne des Artikels 2 des Abkommens ist diejenige Stätte, von der aus die Grundstücke praktisch bewirtschaftet werden, also bei landwirtschaftlichen Grundstücken diejenige Stätte, auf der sich die Wirtschaftsgebäude befinden.

(2) Die im Artikel 2 enthaltenen Vergünstigungen können versagt werden, wenn die wirtschaftliche Betriebsstätte nur zu dem Zweck geschaffen wird, um die Erzeugnisse von im anderen Grenzbezirk gelegenen Grundstücken zollfrei über die Grenze bringen zu können oder wenn sonst eine missbräuchliche Ausnutzung der Vergünstigung versucht wird.

Zu Artikel 2 und 13.

Die Zollfreiheit für den Betriebsstoff erstreckt sich nur auf diejenige Menge, die sich in dem unmittelbar mit dem Motor in Verbindung stehenden Behälter befindet.

Zu Artikel 18.

(1) Unter Abgaben im Sinne des Artikels 18 sind alle Abgaben zu verstehen, die mit Zöllen zusammen erhoben werden. Die jeweiligen Bestimmungen der vertragschliessenden Teile über die Besteuerung von Kraftfahrzeugen bleiben jedoch unberührt.

(2) Unter Gebühren im Sinne des Artikels 18 fallen nicht Gebühren für Amtshandlungen, die auf Antrag ausserhalb der Amtsstelle oder ausserhalb der ordentlichen Dienststunden vorgenommen werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Schlussprotokoll unterzeichnet, das als wesentlicher Bestandteil des Abkommens vom heutigen Tag gilt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in slowakischer Sprache

in Pressburg, am 3. Mai 1941.

Ludin.
Wucher.
Polyak.
Bečka.
Dudaško.

Anlage zu Artikel 19 Absatz 1.

Veterinäre Vereinbarungen zu dem Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik über die sachlichen Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr.

(1) Die Tiere aus dem einen Grenzbezirk, die in dem anderen Grenzbezirk genutzt oder zur Weide auf die im Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Grundstücke gebracht werden sollen, sind in die nach Artikel 2 Absatz 3 den zuständigen Zollstellen vorzulegenden Bescheinigungen unter Beschreibung der Tiere (Geschlecht, Alter, Farbe, Abzeichen) einzutragen. Jungtiere, die in dem anderen Grenzbezirk von diesen Tieren geboren worden sind, sind spätestens vierzehn Tage nach der Geburt in die Bescheinigungen nachzutragen.

(2) Einhufer und Rinder sind durch Einbrennen eines „D“ (Tiere aus Deutschland) oder eines „S“ (Tiere aus der Slowakei) zu kennzeichnen. Einhufern ist das Zeichen am linken Vorderhuf, Rindern an der linken äusseren Vorderklaue oder am linken Horn einzubrennen. Schafe, Ziegen und Schweine sind mit Ohrmarken im linken Ohr zu kennzeichnen, die den gleichen Buchstaben tragen.

(3) Für die Tiere sind Ursprungszeugnisse (Viehpässe) beizubringen, in denen im Deutschen Reich von dem Bürgermeister, in der Slowakischen Republik von dem Gemeindevorsteher oder von dem Notär der Gemeinde, aus der die Tiere stammen, bescheinigt wird, dass in dieser Gemeinde während der letzten vierzig Tage keine auf die in dem Ursprungszeugnis genannten Tierarten übertragbare anzeigepflichtige Tierseuche vorgekommen ist. Wegen der Erleichterungen, die beim Herrschen von Maul- und Klauenseuche gewährt werden sollen, wenn die Tiere gegen die Seuche vakziniert worden sind, werden sich die beiderseitigen Zentralveterinärbehörden gegebenenfalls rechtzeitig in Verbindung setzen.

(4) Das vereinzelte Auftreten von Milzbrand, Rauschbrand, Bläschenausschlag, Räude der Einhufer, Rotlauf der Schweine und Tollwut

in der Gemeinde, jedoch nicht in dem Gehöft, aus dem die Tiere stammen, gilt nicht als Hindernis für die Ausstellung des Ursprungszeugnisses, ist jedoch in dem Ursprungszeugnis zu vermerken. Dasselbe gilt für die Tuberkulose der Rinder.

(5) Die Bescheinigungen des Bürgermeisters (Gemeindevorstehers, Notärs) über die Seuchenfreiheit gelten für Arbeitstiere dreissig Tage, für Tiere für den Fuhrwerksbetrieb und den Weideverkehr zehn Tage.

(6) Für Hunde (Hirten- und Jagdhunde) ist eine Bescheinigung des Bürgermeisters (Gemeindevorstehers, Notärs) darüber beizubringen, dass der Herkunftsort der Hunde und sein Umkreis von zehn Kilometern frei von Tollwut sind.

(7) Die Tiere, die die Grenze überschreiten, um auf die Weide getrieben oder zur Arbeit benutzt zu werden, sind jährlich einmal, und zwar Weidetiere beim Beziehen der Weiden, Arbeitstiere bei Beginn der Frühjahrsbestellung, durch den beamteten Tierarzt des Zielstaats am Grenzübergang zu untersuchen. Der beamtete Tierarzt des Herkunftsstaats kann der Untersuchung beiwohnen. Bei der Rückkehr der Tiere in den Herkunftsstaat kann eine Untersuchung durch den beamteten Tierarzt des Herkunftsstaats vorgeschrieben werden.

(8) Für Tiere, die die Grenze öfter überschreiten, können diese Untersuchungen häufiger, jedoch nicht öfter als einmal im Monat stattfinden.

(9) Seuchenkranke, seuchenverdächtige und ansteckungsverdächtige Tiere werden zurückgewiesen.

(10) Die Ergebnisse der Untersuchungen sind von den beamteten Tierärzten jedesmal in die bei den zuständigen Zollstellen befindlichen Bescheinigungen (Artikel 2 Absatz 3) sowie in die Ursprungszeugnisse einzutragen.

(11) Die amtstierärztlichen Untersuchungen sind, sofern sie an den hierfür festgesetzten Untersuchungstagen, -orten und -stunden erfolgen, kostenlos. Die beiderseitigen Behörden (Reichsstatthalter, Regierungspräsident, Oberlandrat, župan) werden sich die festgesetzten Untersuchungszeiten und -orte gegenseitig rechtzeitig mitteilen. Untersuchungen, die an anderen Orten oder zu anderen Zeiten verlangt werden, sind für die Tierbesitzer kostenpflichtig.

(12) Die Rückkehr seuchenkranker, seuchenverdächtiger und ansteckungsverdächtiger Tiere in den Herkunftsstaat darf nur mit besonderer Erlaubnis der beiderseitigen Verwaltungsbehörden (Reichsstatthalter, Regierungspräsident, Oberlandrat, župan) erfolgen.

(13) Gefallene Tiere dürfen nicht über die Grenze zurückgebracht werden.

(14) Für Stalldünger, Heu, Stroh und Streu ist eine amtstierärztliche Bescheinigung darüber beizubringen, dass das Herkunftsgehöft seuchenfrei ist und der Herkunftsort den Bedingungen der Absätze 3 und 4 dieser Anlage entspricht.

(15) Milch darf aus Weiden, Gehöften und Gemeinden, in denen die Maul- und Klauenseuche herrscht, und aus den anlässlich der Maul- und Klauenseuche gebildeten Sperrbezirken nur nach erfolgtem Aufkochen oder nach Erhitzung auf mindestens 85° C über die Grenze gebracht werden.

(16) Wolle darf aus Weiden, Gehöften und Gemeinden, in denen die Pockenseuche oder die Räude der Schafe oder die Maul- und Klauenseuche herrscht, nicht über die Grenze gebracht werden.

(17) Einhufer (Pferde, Esel, Maultiere, Maulesel), die im gegenüberliegenden Grenzbezirk beschlagen oder einer tierärztlichen Behandlung unterzogen werden sollen, dürfen die Grenze ohne veterinärpolizeiliche Beschränkungen überschreiten.

(18) Fleisch als Mundvorrat darf nur in zubereitetem (gepökeltem, geräuchertem, gekochtem oder gebratenem) Zustand, Schweinefleisch (einschliesslich Speck) nur gebraten oder gekocht über die Grenze mitgenommen werden.

(19) Für andere tierische Teile, Erzeugnisse und Tiere gelten die veterinärpolizeilichen Einfuhrbestimmungen des Zielstaats mit der Massgabe, dass geschlachtetes Geflügel, erlegtes Wild und Fische im kleinen Grenzverkehr keiner veterinärpolizeilichen Beschränkung unterliegen.

(20) Für Einhufer und Zweihufer (Ochsen und Kühe), die zu den im Artikel 13 Absatz 1 genannten Zwecken verwendet werden, ist ausser dem im Absatz 3 vorgeschriebenen Ursprungszeugnis ein von dem Bürgermeister (Gemeindevorsteher, Notär) der Herkunftsgemeinde auszustellender, mit dem amtlichen Stempel versehener zweisprachiger Ausweis mitzuführen, der den Namen und Wohnort des Eigentümers und eine genaue Beschreibung (Alter, Geschlecht, Farbe, Abzeichen) der Tiere enthält.

(21) Die Ausweise müssen mit einer Gesundheitsbescheinigung des beamteten Tierarztes des Zielstaats versehen sein. Die Gesundheitsbescheinigung ist bei Einhufern drei Monate, bei Zweihufern einen Monat gültig.

(22) Auch die hierfür erforderlichen Untersuchungen sind, sofern sie während der zu diesem Zweck festgesetzten Untersuchungszeiten und an den hierfür festgesetzten Untersuchungsorten erfolgen, kostenlos.

(23) Bei Bränden oder anderen Unglücksfällen in den Grenzbezirken dürfen Einhufer die Grenze ohne veterinärpolizeiliche Beschränkungen überschreiten.

Schlussbestimmungen.

(24) Die zuständigen Behörden (Landrat, Oberlandrat, okresný náčelník) haben sich gegenseitig die erste Feststellung und das Erlöschen der nachstehend im Absatz 27 bezeichneten Seuchen in einer Gemeinde des Grenzbezirks mit Angabe des Seuchenorts innerhalb 24 Stunden drahtlich oder fernmündlich mit nachfolgender schriftlicher Bestätigung mitzuteilen.

(25) Für die Rinderpest, die Lungenseuche der Rinder, die Pockenseuche der Schafe, die Tollwut und die Maul- und Klauenseuche sind die gleichen Mitteilungen auch dann zu machen, wenn diese Seuchen ausserhalb des Grenzbezirks innerhalb zwanzig Kilometer von der gemeinschaftlichen Grenze auftreten.

(26) Ausserdem haben sich die genannten Behörden am ersten jedes Monats den Stand der im Absatz 27 genannten Seuchen im Grenzbezirk nach Gemeinden gegenseitig mitzuteilen. Fehlanzeigen sind erforderlich.

(27) Seuchen, die eine gegenseitige Mitteilung erfordern:

1. Tollwut (Lyssa, Rabies),
2. Rotz der Einhufer (Malleus),
3. Maul- und Klauenseuche (Aphtae epizooticae),
4. Lungenseuche des Rindviehs (Pleuropneumonia contagiosa bovum),
5. Pockenseuche der Schafe (Variola ovina),
6. Beschälseuche (Exanthema coitale paralyticum),
7. Räude der Einhufer und Schafe (Scabies),
8. Schweinepest (Pestis suum),
9. Ansteckende Schweinelähme (Teschener Krankheit, Meningo-Encephalomyelitis enzootica suum),
10. Ansteckende Blutarmut der Einhufer (Anaemia infectiosa equorum),
11. Rinderpest (Pestis bovina).

(28) Bei Ausbruch von Rinderpest, Lungenseuche der Rinder, Pockenseuche der Schafe und Maul- und Klauenseuche im Nachbarstaat innerhalb zwanzig Kilometer von der Grenze können die veterinärpolizeilichen Bestimmungen dieser Vereinbarung für die Dauer der Seuchengefahr verschärft werden.

(29) Beim Auftreten von Rinderpest, Lungenseuche der Rinder, Pockenseuche der Schafe sowie von Maul- und Klauenseuche in den unter Absatz 28 genannten Bereichen können die zuständigen Behörden (Reichsstatthalter, Regierungspräsident, Oberlandrat, župan) nach vorherigem Benehmen miteinander den Verkehr mit Tieren, tierischen Teilen, tierischen Erzeugnissen, tierischem Dünger, Heu, Stroh und Streu für die Dauer erhöhter Seuchengefahr ganz oder teilweise verbieten.

(30) Die zuständigen Behörden (Reichsstatthalter, Regierungspräsident, Oberlandrat, župan) haben sich gegebenenfalls die Verschärfungen oder Verbote gleichzeitig mit ihrer Anordnung mitzuteilen. Das gleiche gilt für ihre Milderung und Aufhebung.

15.

ALLEMAGNE, CROATIE.

Convention sur le petit trafic frontalier; signée à Agram, le 13 mai 1942.*)**)

Reichsgesetzblatt 1943. II, No. 22.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Unabhängigen Staat Kroatien über den kleinen Grenzverkehr.

Das Deutsche Reich und der Unabhängige Staat Kroatien sind übereingekommen, ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zu schliessen. Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:
den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Siegfried Kasche und
den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Herrn Dr. Theodor Wucher,
Der Poglavnik des Unabhängigen Staates Kroatien:
den Minister des Äussern Herrn Dr. Mladen Lorković und
den bevollmächtigten Minister Herrn Dr. Milorad Straznicky.

Die Bevollmächtigten haben einander ihre Vollmachten mitgeteilt und in Ordnung befunden. Sie haben sich über die folgenden Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1.

(1) Als Grenzbezirke im Sinn dieses Abkommens gelten die auf beiden Seiten der gemeinschaftlichen Grenze gelegenen Geländestreifen, die im allgemeinen nicht unter 10 km und nicht über 15 km breit sein sollen.

(2) Die Finanzminister der vertragschliessenden Teile werden einander eine Karte des Grenzbezirks und ein Verzeichnis der im Grenzbezirk gelegenen Ortschaften übermitteln.

Artikel 2.

(1) Eigentümer und Pächter von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken, die in dem einen Grenzbezirk liegen, aber von einer im anderen Grenzbezirk gelegenen wirtschaftlichen Betriebsstätte aus bewirtschaftet werden, dürfen die folgenden Gegenstände, Erzeugnisse und Tiere unter den nachstehend angegebenen Bedingungen im

---

*) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 4 mai 1943.

**) En langues allemande et croate. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

Rahmen der durch die übliche Bewirtschaftung bedingten Notwendigkeit zollfrei über die Grenze bringen:

a) alles, was zur ordnungsmässigen Bewirtschaftung dieser Grundstücke dient, wie Düngemittel jeder Art, Saatgut (ausgenommen Saatkartoffeln), Sämereien, Pflänzlinge (ausgenommen Weinreben) sowie land- oder forstwirtschaftliche Schädlingsbekämpfungsmittel, ausserdem die in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Kellereiwirtschaft üblichen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Arbeitstiere einschliesslich der Ausrüstungsgegenstände sowie die erforderlichen Futtermittel für die Arbeitstiere und den erforderlichen Betriebsstoff für die Maschinen und Fahrzeuge;

b) die land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse dieser Grundstücke, einschliesslich der tierischen Erzeugnisse, das auf diesen Grundstücken erlegte Wild sowie die daselbst gefangenen Fische;

c) die zum Wirtschaftsbetrieb gehörigen Tiere, die aus dem einen Grenzbezirk zur Weide oder Stallfütterung auf die im anderen Grenzbezirk gelegenen Grundstücke gebracht werden, die während der Weidezeit oder während der Stallfütterung geborenen Jungtiere sowie die von den Tieren gewonnenen Erzeugnisse, wie Milch, Butter, Käse und Wolle.

(2) Die Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Arbeitstiere und Ausrüstungsgegenstände müssen nach beendetem Gebrauch, das Weidevieh nach beendetem Weidegang über die Grenze zurückgebracht werden. Das gleiche gilt für die nicht verbrauchten Futtermittel und Betriebsstoffe.

(3) Personen, die von den vorstehenden Vergünstigungen Gebrauch machen wollen, haben den zuständigen Zollstellen eine Bescheinigung vorzulegen, die von der für das Grundstück zuständigen Behörde ausgestellt ist und Lage, Grösse und Bestellungsart des Grundstücks sowie den etwaigen Viehbestand ergibt. Der Viehbestand auf der wirtschaftlichen Betriebsstätte ist insoweit anzugeben, als die Vergünstigung nach Absatz 1 c in Anspruch genommen wird. Die Bescheinigungen sind kostenlos und gebührenfrei auszustellen. Im Fall von Veränderungen ist die Bescheinigung binnen zwei Wochen zu berichtigen.

(4) Die Vergünstigungen dürfen nur in den Jahreszeiten und zu den Tageszeiten in Anspruch genommen werden, in denen nach den örtlichen Gewohnheiten land- und forstwirtschaftliche Arbeiten ausgeführt werden. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse müssen jedoch in der Regel spätestens bis zum 31. März des auf die Ernte folgenden Jahres über die Grenze gebracht werden.

(5) Zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen gehören ausser frischen Trauben, Obst und Beeren auch Weinmaische und Weinmost sowie Obst- und Beerenmaische und Obst- und Beerenmost, wenn deren Gärung noch nicht beendet ist. Sie müssen spätestens bis zum 30. November des Erntejahres über die Grenze gebracht werden.

(6) Die Hinterlegung einer Zollsicherheit wird in den vorstehend angeführten Fällen nicht verlangt, es sei denn, dass infolge von Zuwiderhandlungen gegen die Zoll- oder Devisenvorschriften gegen die Zuverlässigkeit der Berechtigten Bedenken bestehen.

(7) Die Vergünstigungen dieses Artikels finden nur auf diejenigen Personen Anwendung, die zur Zeit der Unterzeichnung des Abkommens Eigentümer oder Pächter der im anderen Grenzbezirk gelegenen Grundstücke sind oder die künftig das Eigentum oder die Pacht an den erwähnten Grundstücken, sei es unter Lebenden oder im Weg der Erbfolge, von Personen erlangen, denen gegenüber sie nach den Gesetzen des Staates, in dem die wirtschaftliche Betriebsstätte liegt, zur gesetzlichen Erbfolge berufen wären.

Artikel 3.

(1) Die Glasfabrik in Hum darf aus dem deutschen Grenzbezirk die zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes erforderlichen, im deutschen Grenzbezirk erzeugten Mengen an Rundholz, Grubenholz, Schwartlingen, Kalksteinen, gebranntem Kalk, Stroh, Holzkohle, Schotter, Glasscherben, Bauziegel, Kohle und Schamotteziegel über das kroatische Zollamt Hum zollfrei einführen.

(2) Die Glasfabrik in Heiligenkreuz darf aus dem kroatischen Grenzbezirk die zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes erforderlichen, im kroatischen Grenzbezirk erzeugten Mengen an Schnittholz, Grubenholz, Schwartlingen, Schamottematerial und Stroh über das deutsche Zollamt Rohitsch zollfrei einführen. Ebenso unterliegt der der Glasfabrik in Heiligenkreuz gelieferte Strom keiner Zollbelastung.

(3) Die in den Absätzen (1) und (2) enthaltenen Vergünstigungen werden für eine Übergangszeit von fünf Jahren, beginnend mit dem Inkrafttreten des Abkommens, gewährt.

Artikel 4.

(1) Als Mundvorrat dürfen die Bewohner des einen Grenzbezirks in den anderen Grenzbezirk zollfrei genussfertige Nahrungsmittel für einen Tag im Höchstgewicht von einem Kilogramm sowie Traubenwein oder Obstwein in einer Höchstmenge von einem Liter mit sich führen; auf künstliche Süssstoffe, wie Sacharin usw., erstreckt sich die Vergünstigung nicht. Den in der Landwirtschaft tätigen Arbeitern darf ihr Mundvorrat nachgetragen werden.

(2) Arbeiter und Handwerker, die in dem einen Grenzbezirk ihren Wohnsitz haben und in dem anderen Grenzbezirk ihren Beruf ausüben, dürfen, wenn sie mehrere Arbeitstage an ihren Arbeitsstätten verbleiben sollen, den Mundvorrat in einer der Dauer dieses Aufenthalts entsprechenden Menge, höchstens aber den Bedarf für eine Woche, zollfrei mitnehmen.

(3) Die Bewohner des einen Grenzbezirks dürfen zum eigenen Verbrauch zollfrei Zigarren, Zigaretten und Tabak in den anderen Grenzbezirk mitnehmen, wenn es sich nur um Mengen handelt, die den Bedarf

eines Rauchers für einen Tag nicht überschreiten. Die Höchstmenge beträgt: 2 Stück Zigarren oder 15 Stück Zigaretten oder 20 Gramm Tabak oder ½ Rolle Kautabak.

Artikel 5.

(1) Gegenstände des eigenen Bedarfs der Bewohner des einen Grenzbezirks, die in den anderen Grenzbezirk unter der Verpflichtung der Rückbringung gebracht werden, um dort ausgebessert zu werden, bleiben vom Zoll befreit.

(2) Vom Zoll werden ferner die nachstehend aufgeführten Gegenstände befreit, die von den Bewohnern des einen Grenzbezirks in den anderen Grenzbezirk unter der Verpflichtung der Rückbringung gebracht werden, um dort eine Veredelung zu erfahren:

a) Getreide, Samen, Hülsenfrüchte, Ölfrüchte, Hanf, Flachs und ähnliche landwirtschaftliche Roherzeugnisse, die gereinigt, gemahlen, geschrotet, zerquetscht, enthülst, geschlagen oder einer sonstigen Bearbeitung unterzogen werden sollen;

b) Holz, das zerkleinert, gespalten oder zu Brettern, Balken oder Pfählen verarbeitet werden soll;

c) Eichen- oder sonstige Rinde, die zerschnitten, gemahlen oder einer ähnlichen Bearbeitung unterzogen werden soll.

(3) Die bei der Veredelung gewonnenen Nebenerzeugnisse müssen, soweit sie einen Zollwert besitzen, mit den verarbeiteten oder bearbeiteten Gegenständen zusammen zurückgebracht oder bei Belassung im anderen Grenzbezirk verzollt werden. Die Vergünstigung hat zur Voraussetzung, dass die Grenzbewohner auf die im anderen Grenzbezirk gelegenen Mühlen oder sonstigen Betriebsstätten angewiesen sind und dass die erwähnten Gegenstände für den eigenen Wirtschaftsbetrieb der Grenzbewohner gebraucht werden.

Artikel 6.

Die Befreiung von Zöllen wird für Säcke und andere Umschliessungen gewährt, in denen landwirtschaftliche Erzeugnisse und sonst im Grenzverkehr vorkommende Gegenstände aus dem einen Grenzbezirk in den anderen gebracht werden und von dort leer zurückgelangen, oder die leer aus dem einen Grenzbezirk in den anderen gebracht und mit den erwähnten Gegenständen gefüllt wieder eingeführt werden.

Artikel 7.

Handwerker, Gewerbetreibende und Arbeiter des einen Grenzbezirks dürfen anlässlich der Ausübung ihres Berufes im anderen Grenzbezirk das erforderliche Arbeits- und Betriebsgerät zollfrei unter der Bedingung der Rückbringung mit sich führen.

Artikel 8.

(1) Ärzte, Tierärzte und Hebammen, die in dem einen Grenzbezirk wohnen, dürfen bei Ausübung ihres Berufes im anderen Grenzbezirk die zur Ausübung des Berufes notwendigen Geräte und Instrumente zollfrei, unter der Bedingung ihrer Rückbringung, mit sich führen. Das Entsprechende gilt für Geistliche bei Ausübung der Seelsorge.

(2) Für Heilmittel, Verbandstoffe und Desinfektionsmittel, die von den im Absatz 1 bezeichneten Ärzten, Tierärzten und Hebammen bei der Hilfeleistung im anderen Grenzbezirk zum unmittelbaren Verbrauch mitgeführt werden, wird Zollfreiheit gewährt. Im Einfuhrstaat nicht zugelassene Heilmittel oder Desinfektionsmittel dürfen die bezeichneten Personen nicht mitbringen. Nicht verbrauchte Heilmittel, Verbandstoffe und Desinfektionsmittel müssen wieder ausgeführt werden.

(3) Die Hinterlegung einer Zollsicherheit wird in der Regel nicht verlangt.

Artikel 9.

Für Verbandstoffe und Arzneiwaren, die Bewohner des einen Grenzbezirks gegen Rezepte von Ärzten oder Tierärzten aus Apotheken des anderen Grenzbezirks holen, wird Zollfreiheit gewährt, jedoch nur für Mengen, die den Bedürfnissen des einzelnen Krankheitsfalles entsprechen. Die Zollfreiheit wird bei wiederholter Benutzung desselben Rezeptes nur dann gewährt, wenn der Arzt oder Tierarzt das Rezept ausdrücklich erneuert hat. Im Einfuhrstaat nicht zugelassene Arzneiwaren dürfen nicht eingebracht werden. Bei Verbandstoffen, bei einfachen, zu Medizinalzwecken dienenden Drogen und einfachen, bekannten pharmazeutischen Präparaten, deren pharmazeutische Bezeichnung auf der Umhüllung genau und deutlich ersichtlich ist und die nach den im betreffenden Gebiet geltenden Bestimmungen im Handverkauf verabreicht werden dürfen und im Einfuhrstaat zugelassen sind, wird die Zollfreiheit für Mengen, die dem Bedürfnis des einzelnen Krankheitsfalles entsprechen, auch dann gewährt, wenn ein Rezept nicht vorgelegt wird.

Artikel 10.

(1) Soweit Fahrzeuge aller Art (gewöhnliche Wagen, Fahrräder, Kraftfahrzeuge usw.) und Zugtiere, Reit- und Lasttiere nur zu dem Zweck die Grenze überschreiten, um Personen oder Waren von dem einen Grenzbezirk in den anderen Grenzbezirk zu verbringen oder von dort zu holen, wird für sie Zollfreiheit gewährt. Die Zollfreiheit erstreckt sich auch auf die dazugehörigen Ausrüstungsgegenstände sowie auf die erforderlichen Futtermittel und Betriebsstoffe. Fahrzeuge, Tiere und Ausrüstungsgegenstände sowie die nicht verbrauchten Futtermittel und Betriebsstoffe müssen zurückgebracht werden.

(2) Personen, die den Zollbehörden als zuverlässig bekannt sind, werden von der Hinterlegung einer Zollsicherheit befreit; in diesem Fall wird ihnen von den Zollbehörden ein Ausweis ausgestellt, dessen Gültigkeit auf Antrag bis auf ein Jahr erstreckt werden kann.

Artikel 11.

Den Bewohnern der Grenzbezirke wird Zollfreiheit gewährt:

a) für Särge mit Leichen und für Urnen mit Asche Verstorbener einschliesslich der Kränze und ähnlicher zur Verzierung der Särge, Urnen oder Beförderungsmittel dienender Gegenstände;

b) für die Pflege und Ausschmückung von Grabstätten dienenden Gegenstände, soweit sie nicht zur dauernden Ausschmückung von Grabstätten bestimmt sind;

c) für Blumengebinde aus natürlichen Blumen, Blättern und Gräsern (Kränze, Sträusse und dergleichen), die Grenzbewohner bei Gelegenheit einer Feierlichkeit persönlich über die Grenze bringen; diese Vergünstigung erstreckt sich nicht auf Blumengebinde, die zu gewerblichen oder Handelszwecken über die Grenze gebracht werden;

d) für Kultgegenstände, Kirchgesang- und Gebetbücher, die zu religiösen Zwecken benutzt werden, unter der Bedingung der Rückbringung;

e) für Sportgeräte aller Art unter der Bedingung ihrer Rückbringung.

Artikel 12.

Soweit es die örtlichen Verhältnisse, insbesondere im land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftungsverkehr, erfordern, werden die beiderseitigen Zollbehörden, gegebenenfalls im Benehmen miteinander, nach Möglichkeit Ausnahmen von der Bestimmung zulassen, dass der Verkehr mit Waren nur auf Zollstrassen und während der festgesetzten Tagesstunden erfolgen darf.

Artikel 13.

Bei Bränden oder anderen Unglücksfällen in den Grenzbezirken dürfen Bewohner der Umgegend die Grenze zur Hilfeleistung mit ihren Geräten, Fahrzeugen und Gespannen einschliesslich des erforderlichen Futters für die Zugtiere sowie der erforderlichen Betriebsstoffe für die Fahrzeuge frei von Zoll und allen Zollförmlichkeiten zu jeder Tages- und Nachtzeit auch ausserhalb der Zollstrassen überschreiten. Die Geräte, Fahrzeuge und Gespanne sowie nicht verbrauchte Futtermittel und Betriebsstoffe sind nach beendeter Hilfeleistung über die Grenze zurückzubringen.

Artikel 14.

Die zuständigen Dienststellen der vertragschliessenden Teile werden jede für ihr Gebiet die notwendigen Überwachungsmassnahmen anordnen, um einen Missbrauch der in diesem Abkommen vorgesehenen Vergünstigungen zu verhindern. Erforderlichenfalls werden sich die zuständigen Dienststellen der vertragschliessenden Teile hierüber verständigen. Die erlassenen Ausführungsbestimmungen zu diesem Abkommen werden sie sich gegenseitig mitteilen.

Artikel 15.

Die im Abkommen vorgesehene Zollfreiheit umfasst die Befreiung sowohl von Ein- und Ausfuhrzöllen als auch von allen sonstigen Abgaben und Gebühren. Mit der Zollfreiheit ist ferner die Befreiung von wirtschaftlichen Ein- oder Ausfuhrverboten oder -beschränkungen verbunden.

Artikel 16.

(1) Auf dem Gebiet der Veterinärpolizei gelten im kleinen Grenzverkehr die in der Anlage enthaltenen Bestimmungen.

(2) Im übrigen werden die gesundheits- und veterinärpolizeilichen Bestimmungen und die zum Schutz der Pflanzen gegen Schädlinge, gegen Entartung und gegen Ausrottung von den vertragschliessenden Teilen erlassenen Beschränkungen sowie die sonstigen in Betracht kommenden polizeilichen Vorschriften durch die Bestimmungen dieses Abkommens nicht berührt.

Artikel 17.

Sollten sich bei der Durchführung des Abkommens Schwierigkeiten ergeben, so werden zu deren Beseitigung die zuständigen Behörden der vertragschliessenden Teile unmittelbar ins Benehmen treten. Sollte eine Einigung nicht zustande kommen, so werden die Streitigkeiten auf diplomatischem Weg freundschaftlichst ausgetragen.

Artikel 18.

Die Finanzminister der vertragschliessenden Teile werden einander mitteilen, welche Stellen als zuständige Behörden im Sinn dieses Abkommens zu betrachten sind.

Artikel 19.

Die Finanzminister der vertragschliessenden Teile werden ermächtigt, weitere Vereinbarungen im Rahmen dieses Abkommens, die nach den Erfahrungen geboten sein sollten, zu treffen.

Artikel 20.

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden. Es tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgen soll, in Kraft und kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in kroatischer Sprache

in Agram am 13. Mai 1942.

S. Kasche.
Wucher.
Lorković.
Straznicky.

Schlussprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und dem Unabhängigen Staat Kroatien über den kleinen Grenzverkehr haben sich die beiderseitigen Bevollmächtigten noch über folgende Punkte geeinigt:

Zu Artikel 2.

Wirtschaftliche Betriebsstätte im Sinn des Artikels 2 des Abkommens ist diejenige Stätte, von der aus die Grundstücke praktisch bewirtschaftet werden, also bei landwirtschaftlichen Grundstücken diejenige Stätte, auf der sich die Wirtschaftsgebäude (Ställe, Scheunen usw.) befinden. Bei forstwirtschaftlichen Grundstücken kann eine Försterei, bei Weingärten und dergleichen auch das Wohnhaus die wirtschaftliche Betriebsstätte im Sinn des Artikels 2 sein, wenn die praktische Bewirtschaftung des Waldes oder des Weingartens von dort aus erfolgt.

Zu Artikel 2 Absatz 5.

Wenn einer der vertragschliessenden Teile seiner Grenzbevölkerung auch die zollfreie Einfuhr von Wein gestattet, der aus Trauben, Obst oder Beeren von den im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Grundstücken hergestellt ist, so wird der andere vertragschliessende Teil die Ausfuhr des Weins nicht durch Ausgangsabgaben und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen behindern.

Zu Artikel 2 und 10.

Die Zollfreiheit für den Betriebsstoff erstreckt sich nur auf diejenige Menge, die sich in dem unmittelbar mit dem Motor in Verbindung stehenden Behälter befindet.

Zu Artikel 15.

(1) Unter Abgaben im Sinn des Artikels 15 sind alle Abgaben zu verstehen, die mit Zöllen zusammen erhoben werden. Die jeweiligen Bestimmungen der vertragschliessenden Teile über die Besteuerung von Kraftfahrzeugen bleiben jedoch unberührt.

(2) Unter Gebühren im Sinn des Artikels 15 fallen nicht Gebühren für Amtshandlungen, die auf Antrag ausserhalb der Amtsstelle oder ausserhalb der ordentlichen Dienststunden vorgenommen werden.

Zu Artikel 19.

Die Ermächtigung für die Finanzminister der vertragschliessenden Teile soll sich insbesondere auch auf das folgende erstrecken:

Sollte die Versorgungslage an der deutsch-kroatischen Grenze den zollfreien Bezug von Lebensmitteln oder sonstigen Gegenständen durch die Grenzbevölkerung des einen Teils aus dem Grenzgebiet des andern Teils angezeigt erscheinen lassen, so werden die beiderseitigen Finanzminister die zollfreie Einfuhr von Lebensmitteln oder sonstigen Gegenständen in einer besonderen Vereinbarung regeln.

Dieses Schlussprotokoll soll als wesentlicher Teil des Abkommens angesehen und gleichzeitig mit dem Abkommen ratifiziert werden sowie dieselbe Gültigkeit und Dauer haben.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in kroatischer Sprache

in Agram am 13. Mai 1942.

S. Kasche.
Wucher.
Lorković.
Straznicky.

Anlage zu Artikel 16 Absatz 1.

Veterinäre Vereinbarungen zu dem Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Unabhängigen Staat Kroatien über den kleinen Grenzverkehr.

Zu Artikel 2 Absatz 1, 2 und 3.

(1) Alle Tiere aus dem einen Grenzbezirk, die in dem andern Grenzbezirk genutzt oder geweidet werden sollen, sind in die nach Artikel 2 Absatz 3 den beiderseitigen zuständigen Zollstellen vorzulegenden Bescheinigungen unter Beschreibung der Tiere (Geschlecht, Alter, Farbe, Abzeichen) einzutragen. Jungtiere, die in dem anderen Grenzbezirk während der Weidezeit oder während der Stallfütterung von diesen Tieren geboren worden sind, sind spätestens 14 Tage nach der Geburt in die Bescheinigungen nachzutragen.

(2) Einhufer und Rinder sind durch Einbrennen eines „D“ (Tiere aus Deutschland) oder eines „H“ (Tiere aus Kroatien) zu kennzeichnen. Einhufern ist das Zeichen am linken Vorderhuf, Rindern an der linken äusseren Vorderklaue oder am linken Horn einzubrennen. Der gleiche Buchstabe ist Pferden und Rindern in Höhe von mindestens 10 cm auf der linken Hinterbacke als Haarschnitt, der jeweils rechtzeitig zu erneuern ist, anzubringen. Schafe, Ziegen und Schweine sind mit Ohrmarken im linken Ohr zu kennzeichnen, die den gleichen Buchstaben tragen.

(3) Für die Tiere sind Ursprungszeugnisse (Viehpässe) beizubringen, in denen von dem Bürgermeister der Gemeinde, aus der die Tiere stammen, bescheinigt wird, dass in dieser Gemeinde während der letzten 40 Tage keine auf die in dem Ursprungszeugnis genannten Tierarten übertragbare anzeigepflichtige Tierseuche vorgekommen ist. Wegen der Erleichterungen, die beim Herrschen von Maul- und Klauenseuche gewährt werden sollen, wenn die Tiere gegen die Seuche vakziniert worden sind, werden sich die beiderseitigen Zentralveterinärbehörden gegebenenfalls rechtzeitig in Verbindung setzen.

(4) Das vereinzelte Auftreten von Milzbrand, Rauschbrand, Bläschenausschlag, Räude der Einhufer, Rotlauf der Schweine und Tollwut

in der Gemeinde — jedoch nicht in dem Gehöft, aus dem die Tiere stammen — gilt nicht als Hindernis für die Ausstellung des Ursprungszeugnisses (Viehpasses), ist jedoch in dem Ursprungszeugnis (Viehpass) zu vermerken. Dasselbe gilt für die Tuberkulose der Rinder.

(5) Die Bescheinigungen des Bürgermeisters (Gemeindevorstand) über die Seuchenfreiheit gelten für Arbeitstiere 30 Tage, für Tiere für den Fuhrwerks- und Weideverkehr 10 Tage. Sie müssen nach Ablauf dieser Frist erneuert werden.

(6) Schweine müssen im Auftriebsjahr nachweislich gegen Rotlauf schutzgeimpft sein.

(7) Für Hunde (Hirten- und Jagdhunde) ist eine Bescheinigung des Bürgermeisters (Gemeindevorstand) darüber beizubringen, dass der Herkunftsort der Hunde und sein Umkreis von 10 km frei von Tollwut sind.

(8) Alle Tiere, die im anderen Staatsgebiet geweidet oder zur Arbeit benutzt werden sollen, sind jährlich einmal, und zwar Weidetiere beim Beziehen der Weiden, Arbeitstiere bei Beginn der Frühjahrsbestellung, durch den beamteten Tierarzt des Zielstaats am Grenzübergang zu untersuchen. Der beamtete Tierarzt des Herkunftsstaats kann der Untersuchung beiwohnen. Bei der Rückkehr der Tiere in den Herkunftsstaat kann eine amtstierärztliche Untersuchung vorgeschrieben werden.

(9) Für Tiere, die die Grenze öfter überschreiten, können diese Untersuchungen häufiger, jedoch nicht öfter als einmal im Monat stattfinden.

(10) Seuchenkranke, seuchenverdächtige und ansteckungsverdächtige Tiere werden zurückgewiesen.

(11) Die Ergebnisse der Untersuchungen sind von den beamteten Tierärzten jedesmal in die bei den zuständigen Zollstellen befindlichen Bescheinigungen (Artikel 2 Absatz 3) sowie in die Ursprungszeugnisse (Viehpässe) einzutragen.

(12) Die amtstierärztlichen Untersuchungen sind, sofern sie an den hierfür festgesetzten Untersuchungstagen, -orten und -stunden erfolgen, kostenlos. Die beiderseitigen Kreisbehörden (Bezirksbehörden) der Grenzkreise werden sich die festgesetzten Untersuchungszeiten gegenseitig rechtzeitig mitteilen. Untersuchungen, die zu anderer Zeit verlangt werden, sind für die Tierbesitzer kostenpflichtig.

(13) Für Stalldünger, Heu, Stroh und Streu ist eine amtstierärztliche Bescheinigung darüber beizubringen, dass das Herkunftsgehöft seuchenfrei ist und der Herkunftsort den Bedingungen der Absätze 3 und 4 dieser Anlage entspricht.

(14) Milch darf aus Herden, Gehöften und Ortschaften, in denen die Maul- und Klauenseuche herrscht, und aus den anlässlich der Maul- und Klauenseuche gebildeten Sperrbezirken nur nach erfolgtem Aufkochen oder nach Erhitzung für die Dauer einer Minute auf mindestens 85° C über die Grenze gebracht werden.

(15) Wolle darf aus Herden, Gehöften und Gemeinden, in denen die Pockenseuche oder die Räude der Schafe oder die Maul- und Klauenseuche herrscht, nicht über die Grenze gebracht werden.

(16) Für andere tierische Teile, Erzeugnisse und Tiere gelten die veterinärpolizeilichen Einfuhrbestimmungen des Zielstaats mit der Massgabe, dass geschlachtetes Geflügel, erlegtes Wild und Fische im kleinen Grenzverkehr keiner veterinärpolizeilichen Beschränkung unterliegen.

(17) Die Rückkehr seuchenkranker, seuchenverdächtiger und ansteckungsverdächtiger Tiere in den Herkunftsstaat darf nur mit besonderer Erlaubnis der beiderseitigen Verwaltungsbehörden (Chef der Zivilverwaltung, Reichsstatthalter, Gauverwaltung) erfolgen.

(18) Gefallene Tiere dürfen nicht über die Grenze zurückgebracht werden.

Zu Artikel 3.

(19) Stroh unterliegt den Bedingungen des Absatzes 13 dieser Anlage.

Zu Artikel 4 Absatz 1 und 2.

(20) Fleisch als Mundvorrat darf nur in zubereitetem (gepökeltem, geräuchertem, gekochtem oder gebratenem) Zustand, Schweinefleisch (einschliesslich Speck) nur gebraten oder gekocht über die Grenze mitgenommen werden.

Zu Artikel 10 Absatz 1.

(21) Für Einhufer und Zweihufer (Ochsen und Kühe), die zur Beförderung von Fahrzeugen über die Grenze oder als Reit- und Lasttiere verwendet werden, ist ausser dem im Absatz 3 dieser Anlage vorgeschriebenen Ursprungszeugnis (Viehpass) ein von dem Bürgermeister (Gemeindevorstand) der Herkunftsgemeinde auszustellender, mit dem amtlichen Stempel versehener zweisprachiger Ausweis mitzuführen, der den Namen und Wohnort des Eigentümers und eine genaue Beschreibung (Alter, Geschlecht, Farbe, Abzeichen) der Tiere enthält.

(22) Die Ausweise müssen mit einer Gesundheitsbescheinigung des beamteten Tierarztes des Zielstaats versehen sein. Die Gesundheitsbescheinigung ist bei Einhufern drei Monate, bei Zweihufern einen Monat gültig.

(23) Auch die hierfür erforderlichen Untersuchungen sind, sofern sie am Grenzübergang während der zu diesem Zweck festgesetzten Untersuchungszeiten erfolgen, kostenlos.

(24) Die erforderlichen Futtermittel dürfen nicht aus Gehöften stammen, in denen eine übertragbare anzeigepflichtige Tierseuche herrscht.

Zu Artikel 13.

(25) Bei Bränden oder anderen Unglücksfällen in den Grenzbezirken dürfen die Einhufer die Grenze ohne veterinärpolizeiliche Beschränkungen überschreiten.

Schlussbestimmungen.

(26) Die beiderseitigen Kreisbehörden (Landrat, Bezirkshauptmann) der Grenzkreise haben sich gegenseitig die erste Feststellung und das Erlöschen der im Absatz 29 bezeichneten Seuchen in einer Gemeinde des Grenzbezirks unter Angabe der verseuchten Gemeinde innerhalb 24 Stunden drahtlich oder fernmündlich mit nachfolgender schriftlicher Bestätigung mitzuteilen.

(27) Für die Rinderpest, die Lungenseuche der Rinder, die Pockenseuche der Schafe, die Tollwut und die Maul- und Klauenseuche sind die gleichen Mitteilungen auch dann zu machen, wenn diese Seuchen ausserhalb des Grenzbezirks innerhalb 20 km von der gemeinschaftlichen Grenze auftreten.

(28) Ausserdem haben sich die im Absatz 26 genannten Behörden am 1. jedes Monats den Stand der im Absatz 29 aufgeführten Seuchen im Grenzbezirk nach Gemeinden gegenseitig mitzuteilen. Fehlanzeigen sind erforderlich.

(29) Seuchen, die eine gegenseitige Mitteilung erfordern:

1. Tollwut (Lyssa),
2. Rotz der Einhufer (Malleus),
3. Maul- und Klauenseuche (Aphthae epizooticae),
4. Pockenseuche der Schafe (Variola ovina),
5. Lungenseuche der Rinder (Pleuropneumonia contagiosa bovum),
6. Räude der Einhufer und Schafe (Scabies),
7. Rinderpest (Pestis bovina),
8. Schweinepest (Pestis suum),
9. ansteckende Schweinelähme (Teschener Krankheit, Meningo-Encephalomyelitis enzootica suum),
10. Beschälseuche (Exanthema coitale paralyticum),
11. Ansteckende Blutarmut der Einhufer (Anaemia infectiosa equorum),
12. Hühnerpest (Pestis gallinarum).

(30) Bei Ausbruch der Rinderpest, Lungenseuche der Rinder, Pockenseuche der Schafe und Maul- und Klauenseuche im Nachbarstaat innerhalb 20 km von der Grenze können die veterinärpolizeilichen Bestimmungen dieser Vereinbarung für die Dauer der Seuchengefahr verschärft werden.

(31) Beim Auftreten von Rinderpest, Lungenseuche der Rinder, Pockenseuche der Schafe sowie von Maul- und Klauenseuche in den im Absatz 30 genannten Bereichen können die zuständigen Behörden (Chef der Zivilverwaltung, Reichsstatthalter, Gauverwaltung) nach vorherigem Benehmen miteinander den Verkehr mit Tieren, tierischen Teilen, tierischen Erzeugnissen, tierischem Dünger, Heu, Stroh und Streu für die Dauer erhöhter Seuchengefahr ganz oder teilweise verbieten.

(32) Die zuständigen Behörden (Chef der Zivilverwaltung, Reichsstatthalter, Gauverwaltung) haben sich gegebenenfalls die Verschärfun-

Universitas BIBLIOTHECA Ottaviensis

gen oder Verbote gleichzeitig mit ihrer Anordnung mitzuteilen. Das gleiche gilt für ihre Milderung und Aufhebung.

(33) Die vertragschliessenden Teile werden sich alljährlich nach dem Stande vom 1. Juli die Namen der Tierärzte, die in der Grenzzone ihres Gebiets wohnen und zur Ausübung ihrer Berufstätigkeit in der Grenzzone des anderen Teils befugt sind, gegenseitig mitteilen.

16.

SUISSE, ITALIE, ALBANIE.

Accord entre la Confédération Suisse et l'Union douanière Italo-Albanaise pour le règlement du trafic touristique réciproque; signé à Rome, le 22 juin 1940.

Recueil des lois fedérales 1940, No. 30.

Le Gouvernement Suisse et le Gouvernement Italien, au nom de l'Union douanière italo-albanaise, afin d'assurer les moyens de paiement nécessaires au trafic touristique réciproque entre l'Union douanière italo-albanaise, les Possessions italiennes et les Territoires de l'Afrique Italienne (dorénavant compris sous la dénomination „Union") d'une part, et la Suisse et la Principauté de Liechtenstein (dorénavant comprises sous la dénomination „Suisse") d'autre part, sont convenus de ce qui suit:

Article 1er.

Auprès de l'Office Suisse de Compensation sera ouvert, au nom de l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero, un compte „Tourisme Italie" en francs suisses, non productif d'intérêts, au débit duquel seront fournis aux Instituts suisses autorisés les moyens nécessaires au paiement des titres touristiques en francs suisses émis dans l'Union, conformément à l'Article 1er de la Convention pour l'application du présent Accord, signée en date d'aujourd'hui.*)

Le compte en question sera alimenté:

a) par les montants qui seront versés par les Instituts suisses émetteurs de titres touristiques en lires italiennes, pour constituer, auprès des correspondants respectifs dans l'Union, les disponibilités nécessaires au paiement de ces titres;

b) par des versements en francs suisses à effectuer par l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero au cas où les montants versés conformément à la lettre *a)* ci-dessus ne seraient pas suffisants pour constituer les moyens nécessaires au tourisme de l'Union vers la Suisse. L'Istituto

---

*) V. Recueil des lois fédérales 1940, No. 30.

Nazionale per i Cambi con l'Estero effectuera ces versements par des transferts en devises libres dont il débitera la contre-valeur en lires italiennes au compte „Tourisme Suisse" mentionné à l'Article 2 ci-après.

Article 2.

Auprès de l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero sera ouvert, au nom de l'Office Suisse de Compensation, un compte „Tourisme Suisse" en lires italiennes, non productif d'intérêts, au débit duquel seront fournis aux Instituts de l'Union autorisés les moyens nécessaires au paiement des titres touristiques en lires italiennes émis en Suisse, conformément à l'Article 1er de ladite Convention pour l'application du présent Accord.

Le compte en question sera alimenté:

a) par les montants qui seront versés par les Instituts de l'Union émetteurs de titres touristiques en francs suisses pour constituer, auprès des correspondants respectifs en Suisse, les disponibilités nécessaires au paiement de ces titres;

b) par des versements en lires italiennes qui seront effectués à titre d'avances par l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero dans le cas prévu à l'Article 4, al. 2. du présent Accord;

c) par des versements en lires italiennes à effectuer par l'Office Suisse de Compensation au cas où les versements prévus sous lit. *a)* et *b)* ci-dessus ne seraient pas suffisants pour constituer les moyens nécessaires au tourisme de la Suisse vers l'Union. L'Office Suisse de Compensation effectuera ces versements par des transferts en devises libres dont il débitera la contre-valeur au compte „Tourisme Italie" mentionné à l'Article 1er ci-dessus.

Article 3.

Les deux Parties Contractantes feront leur possible pour que le revenu du trafic touristique dans chacune des deux directions atteigne le montant établi comme minimum annuel. Ce minimum est fixé à 12 millions de francs suisses pour la période du 1er juillet 1940 au 30 juin 1941; il pourra cependant être modifié d'un commun accord.

Article 4.

Au cas où, à la fin d'un trimestre, à partir du 1er juillet 1940, le total des montants crédités au compte „Tourisme Italie" du fait des versements effectués conformément à l'Article 1er lit. *a)* depuis la date susdite, serait inférieur à la quote-part du contingent annuel visé à l'Article 3, tandis que dans l'Union la quote-part du contingent correspondant aurait été atteinte ou dépassée, l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero aura le droit de suspendre l'application des dispositions de l'Article 5 du présent Accord jusqu'au moment où, du fait des versements ultérieurs effectués au compte „Tourisme Italie", conformément à l'Article 1er lit. *a),* le contingent partiel minimum, établi pour

la période en question et pour les jours écoulés du nouveau trimestre, aura été atteint.

Au cas où, à la fin d'un trimestre, à partir du 1er juillet 1940, le total des paiements exécutés en Suisse du fait des dispositions de l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero à valoir sur le compte „Tourisme Italie" pour le règlement des titres touristiques émis en Italie depuis la date susdite, serait inférieur à la quote-part du contingent annuel visé à l'Article 3, tandis qu'en Suisse la quote-part du contingent correspondant aurait été atteinte ou dépassée, l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero avancera au compte „Tourisme Suisse" le montant en lires italiennes nécessaire pour couvrir les titres touristiques émis en Suisse jusqu'à concurrence de la quote-part établie pour la période en question.

Article 5.

Sous réserve de la faculté conférée par l'Article 4, al. 1er, à l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero de suspendre l'émission de titres touristiques à destination de la Suisse, les Instituts de l'Union autorisés pourront délivrer, sans autorisation spéciale, les titres touristiques prévus par la Convention pour l'application du présent Accord jusqu'au montant de 600 francs suisses par personne âgée de plus de 4 ans, ceci en plus de la somme en lires italiennes bénéficiant de la libre exportation.

Ledit montant en francs suisses pourra être augmenté sans autorisation spéciale:

a) lorsque le séjour en Suisse se prolonge au delà de 30 jours ou s'il s'agit d'un séjour dans un sanatorium ou dans un établissement balnéaire ou d'un séjour d'études et d'éducation;

b) dans des cas imprévus (tels qu'accidents, maladies) qui causeraient des frais extraordinaires;

c) et enfin au cas où, pour d'autres raisons, la nécessité d'un montant supérieur pourra être prouvée.

Le montant total qu'une personne pourra toucher sera toutefois limité à 1.200 francs suisses pour une période de trois mois et à 2.500 francs suisses pour une période de douze mois.

L'autorisation de l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero sera nécessaire pour l'octroi de montants en francs suisses dépassant les limites susmentionnées.

Article 6.

Les titres touristiques prévus par la Convention pour l'application du présent Accord seront vendus:

a) en Suisse, au cours pour l'achat de la „lire touristique" en vigueur au jour de la vente de ces titres;

b) dans l'Union, au change officiel de la Bourse de Rome en vigueur au jour de la vente de ces titres, augmenté de l'écart usuel.

En considération du change spécial adopté pour la vente des titres touristiques en lires italiennes, l'Istituto Nazionale per i Cambi con

l'Estero, au moment où seront constituées, auprès des Instituts de l'Union autorisés, les disponibilités pour le paiement des titres en question, fera le nécessaire pour réintégrer la différence du change par des versements supplémentaires.

Article 7.

Le présent Accord entrera en vigueur le 1er juillet 1940 et déploiera ses effets jusqu'au 30 juin 1941.

Il sera renouvelé par tacite reconduction pour des périodes annuelles s'il n'est pas dénoncé au moins deux mois avant la fin de chaque période annuelle.

Fait à Rome, en double exemplaire, le 22 juin 1940.

Pour la Suisse:	(Signé)	*Paul Ruegger.*
Pour l'Italie:	(Signé)	*Giannini.*

17.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Convention tendant à régler le service douanier sous le rapport du commerce par chemin de fer; signée à Budapest, le 25 juillet 1940.*)**)

Reichsgesetzblatt 1941. II, No. 38.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn über die Zollbehandlung des Eisenbahnverkehrs sowie über die Zollabfertigung auf vorgeschobenen Zollstellen im Eisenbahnverkehr.

Das Deutsche Reich und das Königreich Ungarn sind übereingekommen, die Zollbehandlung des Eisenbahnverkehrs sowie die Zollabfertigung auf vorgeschobenen Zollstellen im Eisenbahnverkehr durch ein Abkommen zu regeln.

Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Dr. Otto von Erdmannsdorff und

den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Herrn Dr. Theodor Wucher.

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 23 septembre 1941.

**) En langues allemande et hongroise. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

Seine Durchlaucht der Reichsverweser des Königreichs Ungarn:

den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Dr Johann Vörnle, ständigen Vertreter des Ministers des Äussern und

den Legationsrat Herrn Dr Franz Rosty-Forgách von Barkócz, ständigen Vertreter des Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung im Ministerium des Äussern.

Die Bevollmächtigten haben einander ihre Vollmachten mitgeteilt und in Ordnung befunden. Sie haben sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Abschnitt 1.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

(1) Auf den dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen ist die Beförderung von Personen, Reisegepäck, Expressgut, Leichen, lebenden Tieren und von sonstigen Gütern über die Zollgrenze bei Tag und Nacht gestattet.

(2) Die Eisenbahnen sind verpflichtet, den Fahrplan für alle über die Grenze fahrenden Züge sowie alle Änderungen des Fahrplans rechtzeitig vor ihrem Inkrafttreten den auf das Gebiet ihres Landes vorgeschobenen Eisenbahnzollstellen anzuzeigen. Diesen Eisenbahnzollstellen sind auch grössere Verspätungen der Züge, deren Ausfall sowie zu erwartende Sonderzüge und einzelne Lokomotivfahrten möglichst bald anzuzeigen.

Artikel 2.

(1) Die vertragschliessenden Teile werden dort, wo an ihren Grenzen unmittelbare Schienenverbindungen vorhanden sind und ein Übergang der Beförderungsmittel stattfindet, Waren, die in einem zur Beförderung von Zollgütern eingerichteten Eisenbahnwagen eingeführt und in diesem Wagen nach einem Ort im Innern befördert werden sollen, an dem sich ein zur Abfertigung befugtes Zollamt befindet, in der Regel von der Abladung und Beschau an der Grenze sowie vom Packstückverschluss freilassen, wenn die Waren ordnungsmässig zum Eingang angemeldet sind.

(2) Ebenso werden Waren, die in einem zur Beförderung von Zollgütern eingerichteten Eisenbahnwagen durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Teile ausgeführt oder nach dem Gebiet des anderen Teils ohne Umladung durchgeführt werden, von der Abladung und Beschau sowie vom Packstückverschluss sowohl im Innern als auch an der Grenze frei bleiben, wenn sie ordnungsmässig zur Durchfuhr angemeldet sind.

(3) Die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen (Absatz 1 und 2) ist dadurch bedingt, dass die beteiligten Eisenbahnverwaltungen verpflichtet sind, für das rechtzeitige Eintreffen der Wagen mit unverletztem Verschluss am Abfertigungsamt im Innern oder am Ausgangsamt

zu sorgen und dass der erleichterten Zollbehandlung des Durchfuhrverkehrs vom Standpunkt der bestehenden Durchfuhrverbote kein Hindernis entgegensteht.

(4) Von der Abladung und Verwiegung sollen in der Regel auch die bei der Grenzzollstelle zur endgültigen Zollabfertigung gelangenden nicht zollbaren Waren befreit sein, wenn deren zollamtliche Beschau ohne Abladung durchführbar ist.

(5) Die im Absatz 2 bezeichneten Erleichterungen sollen ausnahmsweise auch im Falle einer unter zollamtlicher Überwachung stattfindenden Umladung der Waren (von Wagen zu Wagen), ohne dass damit die zollamtliche Abfertigung verbunden zu werden braucht, zulässig sein, wenn eine Umladung durch Verschiedenheit der Bahngeleise nötig wird oder aus anderen Gründen unvermeidlich ist.

(6) Die im Absatz 2 vereinbarte Befreiung der auf Eisenbahnen durchlaufenden Güter von der zollamtlichen Beschau wird nicht gewährt, wenn die Vermutung besteht, dass eine Zuwiderhandlung gegen die Zollvorschriften im Sinne des Artikels 8 Absatz 2 beabsichtigt ist.

Artikel 3.

(1) In den Personenwagen und Schlafwagen darf bei Überschreitung der Zollgrenze nur Handgepäck der Reisenden und das eigene oder dienstliche Handgepäck des Zug- und Schlafwagenpersonals untergebracht sein. In besonders dazu eingerichteten Abteilen der Personenwagen dürfen auch Reisegepäck und Expressgut und ausnahmsweise auch Güter mit kürzerer Lieferfrist als Frachtgut befördert werden.

(2) Die Zollabfertigung von Hand-, Reisegepäck und Expressgut soll auf dem Grenzbahnhof derart beschleunigt werden, dass auch das an ein anderes Zollamt überwiesene Reisegepäck und Expressgut, wenn irgendwie möglich, noch mit dem gleichen oder dem Anschlusszuge weiterbefördert werden können.

(3) Tiere und sonstige Güter, welche mit Reisezügen befördert werden, sind denselben Bedingungen und Förmlichkeiten unterworfen wie bei der Beförderung mit Güterzügen; jedoch sollen als Eilgut aufgegebene lebende Tiere und verderbliche Eilgüter beim Eingang mit Reisezügen vom Grenzzollamt ebenso beschleunigt wie Reisegepäck abgefertigt werden.

Artikel 4.

Für die zollsichere Einrichtung der Eisenbahnwagen sind die Bestimmungen über die „Technische Einheit im Eisenbahnwesen Fassung 1938“ sowie deren etwaige Änderungen und Ergänzungen massgebend.

Artikel 5.

Die Grenzzollstellen des einen vertragschliessenden Teils werden den Grenzzollstellen des anderen Teils auf Verlangen den Eingang der Waren über die gemeinsame Grenze bestätigen.

Artikel 6.

Die im Eisenbahnverkehr angelegten Zollverschlüsse werden gegenseitig anerkannt. Die Zollstellen sind jedoch befugt, die Zollverschlüsse nach ihren Bestimmungen zu vervollständigen.

Abschnitt II.

Bestimmungen über die Zollabfertigung auf vorgeschobenen Zollstellen.

Artikel 7.

Die vertragschliessenden Teile werden den vorgeschobenen Zollstellen, die der Abfertigung des Eisenbahnverkehrs dienen, alle Befugnisse zur zollamtlichen Ein- und Ausgangsabfertigung beilegen, die sich aus den Verkehrsbedürfnissen ergeben. Sie werden ferner darauf bedacht sein, dass die Abfertigungsbefugnisse der beiderseitigen Zollstellen auf den betreffenden Bahnhöfen möglichst übereinstimmen.

Artikel 8.

(1) Auf den vorgeschobenen Zollstellen der vertragschliessenden Teile, die der Zollabfertigung des Eisenbahnverkehrs dienen, sowie auf den Eisenbahnstrecken zwischen der Staatsgrenze und diesen Zollstellen gelten neben den Zollvorschriften des Teils, auf dessen Gebiet die vorgeschobene Zollstelle liegt, die Zollvorschriften des anderen Teils mit der Massgabe, dass die Bestimmungen des Ausgangsstaates zuerst angewendet werden.

(2) Zu den Zollvorschriften im Sinne dieses Abkommens gehören auch die Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote und -beschränkungen, die Vorschriften über Verbrauchsteuern und ähnliche Abgaben, die Vorschriften über die Statistik des Warenverkehrs, ebenso alle sonstigen Vorschriften, soweit deren Beachtung der Überwachung durch die Grenzzollstellen unterliegt, ausserdem alle zur Durchführung der erwähnten Vorschriften erlassenen Bestimmungen.

Artikel 9.

Auf den vorgeschobenen Zollstellen und den erwähnten Eisenbahnstrecken sind die Beamten des anderen Teils befugt, alle zur Durchführung der Zollvorschriften ihres Staates dienenden Amtshandlungen in gleicher Weise, im gleichen Umfang und mit den gleichen Folgen wie im eigenen Lande vorzunehmen. Eine Festnahme von Angehörigen des Staates, auf dessen Gebiet die vorgeschobene Zollstelle liegt, ist jedoch unzulässig. Statt dessen kann der Zuwiderhandelnde zur Aufnahme einer Niederschrift über den Tatbestand zwangsweise vorgeführt werden. Bei der Aufnahme der Niederschrift ist ein Beamter des Teils, auf dessen Gebiet die vorgeschobene Zollstelle liegt, hinzuzuziehen.

Artikel 10.

Findet die Zollabfertigung im fahrenden Zuge statt, so werden die in den Artikeln 8 und 9 enthaltenen Bestimmungen sinngemäss angewendet.

Artikel 11.

(1) Die vertragschliessenden Teile sind berechtigt, Dienstbriefe und -pakete sowie dienstliche Geld- und Wertsendungen nach und von ihren Zollstellen ohne Vermittlung der Postverwaltung des anderen Teils und frei von dessen Postgebühren durch ihre Beamten oder Bediensteten befördern zu lassen.

(2) Diese Sendungen sollen mit dem Dienstsiegel der absendenden Behörde versehen sein; in diesem Falle unterliegen sie keiner Zollnachschau.

Artikel 12.

Die zuständigen Behörden des einen vertragschliessenden Teils werden auf unmittelbares Ersuchen der zuständigen Behörden des anderen Teils und gemäss den gesetzlichen Bestimmungen des erstgenannten Teils wegen Zuwiderhandlungen gegen die im Artikel 8 erwähnten Bestimmungen des anderen Teils, die auf den vorgeschobenen Zollstellen oder auf den im Artikel 8 bezeichneten Eisenbahnstrecken begangen sind:

a) Beschuldigte, Zeugen und Sachverständige vernehmen,
b) amtliche Besichtigungen vornehmen und den Befund bescheinigen,
c) die das Strafverfahren betreffenden Schriftstücke zustellen.

Artikel 13.

Die Amtsräume der vorgeschobenen Zollstellen dürfen durch Amtsschilder mit dem Hoheitszeichen des anderen Teils kenntlich gemacht werden.

Artikel 14.

Die vorgeschobenen Zollstellen haben innerhalb der ihnen zum Alleingebrauch zugewiesenen Räumlichkeiten das Recht, die Ordnung aufrechtzuerhalten und Privatpersonen, die gegen die Ordnung verstossen, zu entfernen.

Artikel 15.

Die bei den vorgeschobenen Zollstellen tätigen Beamten und Bediensteten des anderen Teils sind berechtigt, ihr vorschriftsmässiges Dienstkleid einschliesslich der Dienstwaffen (Seitengewehr und Pistole) im Dienstort des Teils, in dem die vorgeschobene Dienststelle liegt, sowie auf der Eisenbahnstrecke zwischen der Staatsgrenze und dem Dienstort zu tragen. Das gleiche gilt für die mit der Dienstaussicht betrauten Beamten.

Artikel 16.

Die Behörden und Beamten des einen Teils werden den bei den vorgeschobenen Zollstellen tätigen Beamten und Bediensteten des anderen Teils bei der Ausübung ihrer Dienstobliegenheiten den erforderlichen Schutz und Beistand gewähren und ihren hierauf gerichteten Ersuchen in gleicher Weise Folge leisten wie entsprechenden Ersuchen eigener Behörden und Beamten.

Artikel 17.

(1) Die Staatsangehörigkeit der Beamten und Bediensteten der vorgeschobenen Zollstellen und der mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Angehörigen und Hausangestellten wird durch die Vorschriften des Teils, auf dessen Gebiet die vorgeschobene Zollstelle liegt, nicht berührt, wenn die bezeichneten Personen die Staatsangehörigkeit des anderen Teils besitzen.

(2) Die im Absatz 1 bezeichneten Personen werden von dem Teil, in dessen Gebiet die vorgeschobene Zollstelle liegt, in derselben Weise geschützt werden wie die eigenen Staatsangehörigen. Insbesondere geniessen die Beamten und Bediensteten der vorgeschobenen Zollstellen bei Anwendung der Strafgesetze den gleichen Schutz wie die Beamten und Bediensteten des Teils, auf dessen Gebiet die vorgeschobene Zollstelle liegt. Soweit bei strafbaren Handlungen gegen die Beamten und Bediensteten ausser der Privatklage auch die Erhebung der öffentlichen Klage zulässig ist, werden die vertragschliessenden Teile von dieser Möglichkeit zugunsten der auf ihrem Gebiet tätigen Beamten und Bediensteten der vorgeschobenen Zollstelle in derselben Weise Gebrauch machen, wie dies zugunsten der eigenen Beamten und Bediensteten geschieht.

(3) Die im Absatz 1 bezeichneten Beamten und Bediensteten unterstehen, mit der im Absatz 1 genannten Ausnahme und mit den nachfolgenden Einschränkungen während ihres Aufenthaltes im Gebiet des Teils, in dem die vorgeschobene Zollstelle liegt, der allgemeinen Gesetzgebung und den Verwaltungsanordnungen dieses Teils.

(4) Für das öffentliche Dienstverhältnis der im Absatz 1 bezeichneten Beamten und Bediensteten gelten ausschliesslich die heimischen Gesetze und Bestimmungen. Insbesondere bleiben für die Dienstzucht und das Dienststrafverfahren die heimischen Bestimmungen massgebend.

(5) Wegen der in Ausübung des Dienstes begangenen strafbaren Handlungen der im Absatz 1 bezeichneten Beamten und Bediensteten des einen Teils wird diesem auf Ersuchen einer zuständigen Behörde die Einleitung und Durchführung eines strafrechtlichen Verfahrens überlassen, es sei denn, dass bereits ein Straferkenntnis einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des anderen Teils wegen der strafbaren Handlung ergangen ist.

Artikel 18.

(1) Gegenstände, die den vorgeschobenen Zollstellen aus dem Gebiet des anderen Teils zum Dienstgebrauch zugeben, bleiben frei von Zöllen und sonstigen Abgaben, auch bei einer Wiederausfuhr. Wirtschaftliche Ein- und Ausfuhrverbote finden auf diese Gegenstände keine Anwendung.

(2) Kraftfahrzeuge der vorgesetzten Behörden der vorgeschobenen Zollstellen bleiben bei dienstlichen Fahrten zu den vorgeschobenen Zollstellen, einschliesslich der Rückfahrt, von Zöllen und sonstigen Abgaben befreit.

(3) Alle zum dienstlichen Gebrauch bestimmten Gegenstände, die die auf den vorgeschobenen Zollstellen tätigen Beamten und Bediensteten einführen, bleiben von Zöllen und sonstigen Abgaben frei, desgleichen von Ausfuhrabgaben bei einer Wiederausfuhr. Wirtschaftliche Ein- und Ausfuhrverbote finden auf diese Gegenstände keine Anwendung. Das gleiche gilt für Umzugsgut, einschliesslich neuer Sachen, sowie für Gegenstände der erwähnten Beamten und Bediensteten sowie ihrer Haushaltsangehörigen, die zum Ausbessern, Reinigen und dergleichen in das Gebiet des anderen Teils gesandt werden und von dort wieder zurückgelangen. Diese Vergünstigungen sind an die Bedingung geknüpft, dass der Vorsteher der vorgeschobenen Zollstelle die Notwendigkeit der Ein- oder Ausfuhr der Gegenstände bescheinigt.

Artikel 19.

Die Beamten und Bediensteten der vorgeschobenen Zollstellen und die mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Angehörigen und Hausangestellten geniessen Freiheit von jeder Art öffentlich-rechtlicher persönlicher Dienstleistungen und Sachleistungen. Für die steuerliche Behandlung dieser Personen gelten die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 1 des deutsch-ungarischen Zusatzabkommens vom 10. Dezember 1938 zum deutsch-ungarischen Doppelbesteuerungsvertrag vom 6. November 1923 oder die an die Stelle dieser Bestimmungen tretenden Vereinbarungen.

Abschnitt III.

Schlussbestimmungen.

Artikel 20.

Die Finanzminister der vertragschliessenden Teile werden, wenn sich Schwierigkeiten bei der Durchführung des Abkommens ergeben sollten, ermächtigt, sich zu deren Beseitigung unmittelbar ins Benehmen zu setzen. Der diplomatische Weg soll durch diese Bestimmung nicht ausgeschlossen werden.

Artikel 21.

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens kommen die §§ 4 bis 12 des österreichisch-ungarischen „Übereinkommens über die wechselseitige Unterstützung bei der Zollabfertigung, über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Zollzuwiderhandlungen und über die Rechtshilfe in Zollsachen“ vom 1. Februar 1922*) und die Bestimmungen seiner Anlage nicht mehr zur Anwendung, soweit darin nicht Bestimmungen über vorgeschobene Passstellen enthalten sind. Ebenso werden die Bestimmungen im Staatsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn über die Regelung der beiderseitigen Übergangs- und Anschlussverhältnisse im Eisenbahnverkehr vom 30. Juni 1930,**) soweit sie im vorliegenden Abkommen neu geregelt sind, nicht mehr angewendet.

*) V. N.R.G. 3. s. XIX, p. 796.
**) V. N.R.G. 3. s. XXXIII, p. 813.

Artikel 22.

(1) Das Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Berlin ausgetausch werden.

(2) Das Abkommen tritt einen Monat nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

(3) Das Abkommen bleibt in Geltung bis zum Ablauf von drei Monaten nach Ablauf des Tages, an dem es von einem der beiden Teile gekündigt wird.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in ungarischer Sprache in Budapest, am 25. Juli 1940.

Dr. von Erdmannsdorff.
Wucher.
Vörnle.
Rosty-Forgách.

Schlussprotokoll.

Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Abkommens vom 25. Juli 1940 stellen die unterzeichneten Bevollmächtigten namens ihrer Regierungen Einverständnis über folgendes fest:

I.

Die Angehörigen des Protektorats Böhmen und Mähren gelten im Sinne des Abkommens als deutsche Staatsangehörige.

II.

Zu Artikel 8 Absatz 1.

Auf diejenigen Waren, die zur Zollabfertigung vom Gebiet des einen vertragschliessenden Teils zur vorgeschobenen Zollstelle auf dem Gebiet des andern Teils befördert, aber vor Beendigung der Ausgangsabfertigung zurückbefördert werden, kommen die Zollvorschriften des anderen Teils nicht zur Anwendung.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Schlussprotokoll unterzeichnet, das als wesentlicher Bestandteil des Abkommens vom heutigen Tage gilt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in ungarischer Sprache in Budapest, am 25. Juli 1940.

Dr. von Erdmannsdorff.
Wucher.
Vörnle.
Rosty-Forgách.

18.

CANADA, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Arrangement concernant l'exemption de certaines mesures de contrôle; conclu par un Echange de Notes signées à Ottawa, le 18 juin 1940.

Executive Agreement Series, No. 174.

The Canadian Secretary of State for External Affairs to the American Minister.

Department of External Affairs
Canada.

No. 84.

Ottowa, June 18th, 1940.

Sir:

With reference to recent conversations between representatives of the Government of Canada and the Government of the United States of America regarding the extension to individuals ordinarily resident in Canada who are nationals of the United States and are not British subjects of certain exemptions from orders and regulations now or hereafter in force respecting the acquisition and disposition of foreign currency and foreign securities, I have the honour to propose an agreement concerning these exemptions in the following terms:—

1. Such individuals will be exempt from any required declaration or sale of, and will be permitted freely to use or dispose of, foreign currency and foreign securities held by them (in which no non-exempted resident has any beneficial interest) which were

(a) acquired by them before the time of the coming into force of the Foreign Exchange Control Order, viz., before September 16, 1939; or

(b) acquired by them subsequent to such time from non-residents of Canada, excluding any foreign currency and foreign securities so acquired (1) in connection with exports from or imports into Canada of property not exempted by this agreement, or (2) as the result of business carried on in Canada.

2. The foregoing paragraph shall apply to private individuals and not to corporations, companies, associations, firms or partnerships.

3. Any of the exemptions mentioned above shall lapse if and when such individual becomes a British subject or ceases to be a United States national.

4. In the event similar exchange control measures should be enforced in the United States with respect to individuals ordinarily resident in the United States who are nationals of Canada

and are not nationals of the United States, without like exemptions being granted such individuals, the Government of Canada shall consider themselves released from the obligation to continue to grant such of the exemptions provided for in this agreement as may not be accorded to the said individuals.

5. „Foreign currency", as used in this agreement, is defined as meaning any currency (excluding coin) other than Canadian currency, including bank notes and other notes intented to circulate as money in any country outside Canada and also postal notes, money orders, cheques, travellers' cheques, prepaid letters of credit, bank drafts and other similar instruments payable in any currency other than Canadian currency, and includes any foreign currency on deposit; and „foreign currency on deposit" or „deposit" means any amount in foreign currency of which a resident has a right to obtain payment by reason of a deposit, credit or balance of any kind at or with a bank, savings bank, trust company, loan company, stockbroker, investment dealer or other similar depositary or any other person or institution designated by the Canadian Foreign Exchange Control Board as a depositary.

I have the honour to suggest that if an agreement in the sense of the foregoing paragraphs is acceptable to the Government of the United States this note and your reply thereto in similar terms shall be regarded as placing on record the understanding arrived at between the two Governments concerning this matter.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

O. D. Skelton
for Secretary of State
for External Affairs.

Hon. J. Pierrepont Moffat, Minister of the United States, Ottowa.

The American Minister to the Canadian Secretary of State for External Affairs.

No. 7.

Legation of the United States of America,
Ottawa, Canada, June 18, 1940.

Sir:

I have the honor to refer to your note of today's date proposing an agreement between the Government of the United States of America and the Government of Canada concerning the extension of individuals ordinarily resident in Canada who are nationals of the United States and are not British subjects of certain exemptions from orders and regulations now or hereafter in force respecting the acquisition and

disposition of foreign exchange and foreign securities in the following terms:

[suit le texte des propositions de la Note précédente]

I have the honor to inform you that an agreement in the terms of the foregoing paragraphs is acceptable to the Government of the United States of America and that this note, and your note under reference, will be regarded as placing on record the understanding arrived at between our Governments concerning this matter.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

Pierrepont Moffat.

The Right Honorable The Secretary of State for External Affairs, Ottawa.

19.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, CANADA.

Arrangement concernant le projet de la construction d'une voie d'eau entre les „Great Lakes" et le St. Laurence; conclu par un Echange de Notes signées à Washington, les 14 et 31 octobre et le 7 novembre 1940.

Executive Agreement Series, No. 187.

The Secretary of State to the Canadian Minister.

Department of State
Washington
October 14, 1940.

Sir:

I have the honor to refer to the conversations which have taken place recently between officials of the Governments of the United States and Canada in regard to the desirability of taking immediate steps looking to the early development of certain portions of the Great Lakes-St. Lawrence Basin project. These conversations have indicated that there is apprehension in both countries over the possibility of a power shortage; these apprehensions have been heightened by the necessity for increased supplies of power in consequence of Canada's war effort and of the major national defense effort in the United States.

In the light of these considerations the Government of the United States proposes that each Government appoint forthwith a Temporary Great Lakes-St. Lawrence Basin Committee consisting of not more than five members. These two Committees would cooperate in preliminary engineering and other investigations for that part of the project

which is located in the International Rapids Section of the St. Lawrence River, in order that the entire project may be undertaken without delay when final decision is reached by the two Governments. The Government of the United States is prepared to advance the necessary funds up to $1,000,000 to pay for these preliminary engineering and other investigations, on the understanding that their cost shall ultimately be prorated by agreement between the two Governments.

Meanwhile, to assist in providing an adequate supply of power to meet Canadian defense needs and contingent upon the Province of Ontario's agreeing to provide immediately for diversions into the Great Lakes System of waters from the Albany River Basin which normally flow into Hudson Bay, the Government of the United States will interpose no objection, pending the conclusion of a final Great Lakes-St. Lawrence Basin agreement between the two countries, to the immediate utilization for power at Niagara Falls by the Province of Ontario of additional waters equivalent in quantity to the diversions into the Great Lakes Basin above referred to.

I shall be glad if you will let me know if your Government is in accord with the foregoing proposals.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

For the Secretary of State:
Adolf A. Berle, Jr.

The Honorable Loring C. Christie, Minister of Canada.

The Canadian Minister to the Secretary of State.

No. 316.

Canadian Legation
Washington
October 14, 1940.

Sir:

I have the honour to refer to your note of October 14, in which you proposed that the Governments of Canada and the United States take immediate steps looking to the early development of certain portions of the Great Lakes-St. Lawrence Basin project.

I am instructed to inform you that the Canadian Government is in accord with the proposals which you have made.

I have the honour to be, with the highest consideration, Sir,
Your most obedient, humble servant,

Loring C. Christie.

The Honourable Cordell Hull, Secretary of State of the United States, Washington, D. C.

The Canadian Minister to the Secretary of State.

No. 340.

Canadian Legation
Washington
October 31, 1940.

Sir:

I have the honour to refer to the third paragraph of your note of October 14 concerning the Great Lakes-St. Lawrence Basin project, in which you state that to assist in providing an adequate supply of power to meet Canadian defence needs and contingent upon the Province of Ontario's agreeing to provide immediately for diversions into the Great Lakes System of waters from the Albany River Basin which normally flow into Hudson Bay, the Government of the United States would interpose no objection, pending the conclusion of a final Great Lakes-St. Lawrence Basin agreement between the two countries, to the immediate utilization for power at Niagara Falls by the Province of Ontario of additional waters equivalent in quantity to the diversions into the Great Lakes Basin above referred to.

I am instructed to inform you that the Canadian Government has received appropriate assurances that the Hydro-Electric Power Commission of Ontario is prepared to proceed immediately with the Long Lac-Ogoki diversions and that this action has been approved by the Government of the Province.

The Canadian Government is therefore giving appropriate instructions to authorize the additional diversion of 5,000 cubic feet per second at Niagara by the Hydro-Electric Power Commission of Ontario.

I have the honour to be, with the highest consideration, Sir,
Your most obedient, humble servant,

Loring C. Christie.

The Honourable Cordell Hull, Secretary of State of the United States, Washington, D. C.

The Secretary of State to the Canadian Minister.

Department of State
Washington
November 7, 1940.

Sir:

I have the honor to acknowledge the receipt of your Note No. 340 of October 31, 1940, stating that the Hydro-Electric Power Commission of Ontario is prepared to proceed immediately with the Long Lac-Ogoki diversions of waters from the Albany River Basin into the Great Lakes System and that this action has been approved by the Government of the Province.

I note also that the Canadian Government is giving appropriate instructions to authorize the additional diversion of 5,000 cubic feet per second of water at Niagara Falls by the Hydro-Electric Power Commission of Ontario.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

For the Secretary of State:
A. A. Berle, Jr.

The Honorable Loring C. Christie, Minister of Canada.

20.

DANEMARK, SUISSE.

Accord relatif à l'enregistrement des marques de fabrique et de commerce; conclu par un Echange de Notes signées à Copenhague et à Stockholm, les 15 mai et 4 juin 1941.

Lovtidenden 1941. C, No. 1.

Udenrigsministeriet.

Copenhague, le 15 mai 1941.

Monsieur le Ministre,

Me référant à l'échange de notes antérieur, en dernier lieu à la note verbale n° V. D. 5 de la Légation de Suisse, en date du 5 mars dernier, concernant la question de la conclusion d'un Accord dano-suisse relatif à l'enregistrement des marques de fabrique et de commerce, j'ai l'honneur de vous faire connaître que le Gouvernement Royal s'entend avec le Gouvernement Suisse pour conclure entre les deux pays l'Accord suivant:

„Les personnes ayant leur domicile sur le territoire de l'une des Hautes Parties Contractantes, qui se livrent à l'industrie, à une profession artisanale, à l'agriculture, à l'exploitation des mines, au commerce ou à toute autre profession seront admises à obtenir, par voie d'enregistrement, le droit exclusif de se servir, dans l'autre pays, de marques de fabrique et de commerce qui sont conformes à la législation de ce pays, même si ces marques n'ont pas été enregistrées en leur nom dans le pays d'origine."

En même temps, je me permets de proposer que la présente Note et la note correspondante que vous voudrez bien me faire parvenir soient considérées comme constituant l'Accord en question.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance de ma haute considération.

(sign.) *Erik Scavenius.*

Monsieur Paul Dinichert, Ministre de Suisse, Stockholm.

Légation de Suisse.

Copenhague/Stockholm, le 4 juin 1941.

Monsieur le Ministre,

Par sa note du 15 mai, Votre Excellence a bien voulu constater qu'il y avait accord entre le Gouvernement Royal Danois et le Gouvernement Suisse pour conclure entre les deux pays l'Accord suivant:

[suit le texte de l'Accord contenu dans la Note précédente]

Je suis maintenant chargé de confirmer à Votre Excellence que la présente Note et celle que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 15 mai peuvent être considérées comme constituant l'Accord en question.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance de ma très haute considération.

(sign.) *Paul Dinichert.*

Son Excellence Monsieur Erik Scavenius, Ministre des Affaires Etrangères, Copenhague.

21.

ALLEMAGNE, SLOVAQUIE.

Traité concernant la collaboration culturelle; signé à Pressbourg, le 1er mai 1942.*)**)

Reichsgesetzblatt 1942. II, No. 38.

Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik über die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet.

Der Deutsche Reichskanzler und der Präsident der Slowakischen Republik haben in dem Wunsche, die kulturellen Bezichungen zwischen ihren Staaten nachhaltig zu fördern und damit zugleich einen neuen Beitrag zur Ausgestaltung der europäischen Kulturgemeinschaft zu liefern, vereinbart, einen Vertrag über die kulturelle Zusammenarbeit beider Staaten zu schliessen. Es haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Deutschen Reiches in Pressburg,

Herrn Hanns Ludin,

und den stellvertretenden Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts,

Herrn Generalkonsul Dr. Wilhelm Nöldeke;

---

*) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 19 décembre 1942.

**) En langues allemande et slovaque. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

Der Präsident der Slowakischen Republik:

den Minister für Schulwesen und Volkskultur,
Herrn Josef Sivák,

und den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister
Herrn Dr. Stefan Polyák,

die ihre Vollmachten sich gegenseitig zur Kenntnis gebracht und in Ordnung befunden haben.

Die Bevollmächtigten haben das Nachstehende vereinbart:

Artikel 1.

Das Deutsche Reich kann in der Slowakei und die Slowakische Republik kann in Deutschland ein wissenschaftliches Institut errichten und unterhalten. Diesen Instituten fällt die Aufgabe zu, allen im gegenseitigen Einverständnis auf dem Gebiete der Wissenschaft und des Unterrichts gegründeten öffentlichen kulturellen Einrichtungen zum Mittelpunkt zu dienen.

Das Gastland wird diese Institute und Einrichtungen zur Erleichterung ihrer Tätigkeit in jeder Weise unterstützen.

Artikel 2.

Zur Förderung der Kenntnis der Geschichte und Kultur des anderen Landes werden die vertragschliessenden Teile ständige Gastprofessuren unterhalten und die Veranstaltung von gegenseitigen Gastvorträgen und Gastvorlesungen an Universitäten und Hochschulen fördern. Sie werden bestrebt sein, Hochschullehrern und Assistenten des anderen Landes an ihren Hochschulen, Forschungsinstituten und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, und zwar nach Möglichkeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

Die Arbeiten und Bestrebungen der deutschen und slowakischen Universitäten und Hochschulen, die der geistigen Annäherung zwischen den beiden Völkern dienen sollen, werden von den vertragschliessenden Teilen nach Kräften unterstützt werden.

Artikel 3.

Insoweit die zwischen den Hochschulen und den Gelehrten der beiden Länder bestehenden wissenschaftlichen Beziehungen einer besonderen Ergänzung durch die Zusammenarbeit zwischen den berufsständischen Organisationen, wissenschaftlichen Gesellschaften und Verbänden der beiden Länder bedürfen, wird diese von den beiden Regierungen gefördert werden. Sondervereinbarungen zwischen diesen Einrichtungen der beiden Länder gelten als Bestandteile dieses Vertrages, wenn sie die Zustimmung des in Art. 17 vorgesehenen deutsch-slowakischen Kulturausschusses erhalten haben und von den beiden Regierungen durch Notenwechsel bestätigt worden sind.

Artikel 4.

Die Slowakische Regierung wird der nach der Landessprache an erster Stelle stehenden deutschen Sprache und der deutschen Literatur in der Erziehung des slowakischen Nachwuchses die ihrer Bedeutung entsprechende Stellung einräumen.

Die vertragschliessenden Teile werden für die besondere Pflege der Sprache und Literatur des anderen Landes an akademischen Lehrstühlen Sorge tragen.

Der Unterricht der Sprache des anderen Landes wird weiterhin durch Anstellung von Lektoren an Universitäten und Hochschulen gefördert werden.

Die Slowakische Regierung wird den nach der slowakischen Schulgesetzgebung vorgeschriebenen Deutschunterricht auf den Volks-, Bürger-, Mittel- und Fachschulen sowie an den Lehrerakademien aufrechterhalten und weiter ausbauen.

Die vertragschliessenden Teile werden die von berufener Seite veranstalteten Sprachkurse für Erwachsene nach Massgabe des Bedarfs fördern.

Artikel 5.

Die vertragschliessenden Teile werden die Verbreitung von Kenntnissen über ihre staatlichen Einrichtungen, ihr kulturelles Leben, ihre Geschichte, Landeskunde und Volkskunde in Lehrerkreisen besonders fördern.

Artikel 6.

Die vertragschliessenden Teile werden gegenseitig den Besuch ihrer Hoch- und Fachschulen durch Gelehrte, Studenten und Hörer fördern. Sie werden bemüht sein, Studenten des anderen Landes, die während ihres Studiums eine praktische Tätigkeit als Ergänzung ihrer Berufsausbildung auszuüben haben — sogenannten Praktikanten —, Arbeitsplätze zu vermitteln.

Die gegenseitigen freundschaftlichen Verbindungen und die studentische Zusammenarbeit der Hochschüler werden vertieft und ausgestaltet werden.

Artikel 7.

Die vertragschliessenden Teile werden eine Vereinbarung auf Gegenseitigkeit über die Anerkennung von Zeugnissen für die Zulassung zu den Hochschulen, über die Anrechnung von Semestern und Studienjahren für die Zulassung zu den Prüfungen sowie über die Führung akademischer Grade abschliessen. Sie werden sich die Grundsätze mitteilen, nach denen sie die Hochschuldiplome für die Berufsausübung gegenseitig anerkennen.

Artikel 8.

Die vertragschliessenden Teile werden die freundschaftlichen Beziehungen und ein enges Zusammenarbeiten zwischen der deutschen und der slowakischen Jugend und ihren Organisationen fördern.

Zwischen den Schülern der beiden Länder wird ein Austausch und Briefwechsel eingeführt werden.

Artikel 9.

Die vertragschliessenden Teile werden dafür Sorge tragen, dass Geschichte, Landeskunde und nationale Kultur des anderen Landes im Unterricht und in den Lehrbüchern aller Schulen eine der deutsch-slowakischen Verbundenheit entsprechende Würdigung finden.

Artikel 10.

Die Deutsche Regierung kann in der Slowakei reichsdeutsche Schulen und die Slowakische Regierung kann in Deutschland slowakische Schulen gründen. Diese Schulen geniessen die Förderung des Gastlandes; sie können auch andere Staatsangehörige aufnehmen.

Es besteht Übereinstimmung darüber, dass die Deutsche Regierung eine reichsdeutsche Schule in Pressburg gründen wird und dass die Slowakische Regierung das Recht hat, eine slowakische Schule in Deutschland zu errichten. Jede weitere Schulgründung bedarf der besonderen Genehmigung des Vertragsstaates, auf dessen Gebiet die Schule errichtet werden soll.

Artikel 11.

Die vertragschliessenden Teile werden gegenseitig die Verbreitung ihrer Bücher und Zeitschriften fördern. Die Verbreitung von Druckschriften, die geeignet sind, die Freundschaft der beiden Länder zu stören, d. h. insbesondere solche, die sich gegen die Staatsform und die Staatsführung des anderen Landes richten, werden die vertragschliessenden Teile nicht zulassen.

Die deutschen und slowakischen Bibliotheken werden mit wissenschaftlich und literarisch wertvoller Literatur des anderen Landes ausgestattet werden. Zu diesem Zwecke werden der Buchaustausch und die gegenseitige Mitteilung von Neuerscheinungen gefördert werden.

Jeder der vertragschliessenden Teile wird die Übersetzung von geeigneten Büchern des anderen Landes in die eigene Sprache unterstützen.

Artikel 12.

Die vertragschliessenden Teile werden die gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiete der Musik, des Theaters, des Schrifttums und der bildenden Künste sowie des Films und des Rundfunks fördern.

Zur Vertiefung des Verständnisses der Kultur des anderen Landes werden weiterhin geeignete Ausstellungen veranstaltet und unterstützt werden.

Artikel 13.

Die vertragschliessenden Teile werden eine freundschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Presse fördern.

Artikel 14.

Die vertragschliessenden Teile werden die zwischen den beiden Ländern bestehenden sportlichen Beziehungen unterstützen und ausbauen.

Artikel 15.

Die vertragschliessenden Teile werden zur weiteren Annäherung der beiden Völker der Hebung des gegenseitigen Reiseverkehrs ihr besonderes tätiges Interesse zuwenden.

Artikel 16.

Die vertragschliessenden Teile werden für die Erleichterung von geldlichen Überweisungen, die sich aus der Durchführung dieses Vertrages ergeben, Sorge tragen.

Artikel 17.

Um die Durchführung der Bestimmungen dieses Vertrages zu sichern und weitere Möglichkeiten für die Ausgestaltung der deutsch-slowakischen Kulturbeziehungen zu eröffnen, wird ein paritätisch zusammengesetzter deutsch-slowakischer Kulturausschuss gebildet werden.

Artikel 18.

Dieser Vertrag soll ratifiziert werden.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird alsbald in Berlin stattfinden.

Der Vertrag wird am 30. Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Der Vertrag wird ohne zeitliche Begrenzung abgeschlossen. Er kann von jedem der vertragschliessenden Teile mit einjähriger Frist gekündigt werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in doppelter Urschrift, in deutscher und slowakischer Sprache, mit der Massgabe, dass beide Wortlaute die gleiche Geltung haben,

in Pressburg, am 1. Mai 1942.

Ludin.
Dr. Nöldeke.
J. Sivák.
Polyák.

Schlussprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik abgeschlossenen Vertrages über die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet wurde festgestellt, dass Einverständnis über das Folgende besteht:

Zu Artikel 1:

Die wissenschaftlichen Institute sollen in den Hauptstädten errichtet werden, sofern nicht besondere Umstände für die Wahl einer anderen Stadt sprechen. Sie werden sowohl die Kenntnis der Kultur ihres Landes durch Vorträge und andere geeignete Veranstaltungen in ihrem Gastlande verbreiten und fördern, als auch der Kultur, der Geschichte, der Landeskunde und der Volkskunde des Gastlandes ihr Interesse zuwenden und die wissenschaftlichen Ergebnisse für sich und ihr Land verwerten. Die Institute werden mit Büchereien und sonstigen wissenschaftlichen Hilfsmitteln ausgestattet werden. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben werden sie insbesondere mit den Gelehrten und den einschlägigen Instituten des Gastlandes sowie mit den in Betracht kommenden zwischenstaatlichen Vereinigungen zusammenwirken.

Die vertragschliessenden Teile werden den wissenschaftlichen Instituten und sonstigen in Art. 1 bezeichneten kulturellen Einrichtungen des anderen Landes für deren Grundstücke und Gebäude nebst Ausstattung Befreiung von sämtlichen Besitzsteuern, Verkehrssteuern und Auflagen mit Ausnahme der Umsatzsteuer gewähren.

Entgeltliche oder unentgeltliche Rechtsgeschäfte, die sich auf das den Zwecken dieser Institute und Einrichtungen dienende unbewegliche Vermögen beziehen, und Zuwendungen, die zu deren Gunsten erfolgen, werden von allen Steuern, Gebühren und Auflagen befreit sein. Die gleichen Vergünstigungen werden bei der Errichtung neuer Gebäude eingeräumt werden.

Die vertragschliessenden Teile werden diesen Instituten und Einrichtungen für die Lehr-, Lern-, Anschauungs- und Forschungsmittel und Ausstattungsgegenstände, die für ihre Tätigkeit erforderlich sind, Befreiung von Zöllen, anderen Steuern und Taxen gewähren. Soweit diese Gegenstände Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen unterliegen, werden von Fall zu Fall Ein- oder Ausfuhrgenehmigungen erteilt werden.

Denjenigen Personen, die von einer der beiden Regierungen als Leiter oder Angestellte dieser Institute und Einrichtungen der anderen Regierung angemeldet werden, wird bei der Übersiedlung zum Dienstantritt oder im Falle ihrer späteren Verheiratung für die Möbel und sonstigen Gegenstände ihrer Ersteinrichtung Befreiung von Zöllen, anderen Steuern und Taxen gewährt werden.

Zu Artikel 2:

Die Slowakische Regierung wird die an der Universität in Pressburg bestehende ständige deutsche Gastprofessur aufrechterhalten. Diese Gastprofessur wird von einem deutschen Gelehrten in regelmässigem Wechsel und ohne Beschränkung auf eine bestimmte Fakultät wahrgenommen. Die Deutsche Regierung wird an einer noch zu bestimmenden deutschen Hochschule eine ständige slowakische Gastprofessur errichten.

Die Einzelheiten hinsichtlich der Besetzung der Gastprofessuren, der Wahl der Fachgebiete und Besoldung der Gastprofessoren sowie der

einheitlichen Durchführung der Gastvorträge und Gastvorlesungen und der Vermittlung von Arbeitsplätzen behandelt der in Art. 17 vorgesehene deutsch-slowakische Kulturausschuss.

Die vertragschliessenden Teile werden insbesondere die engen Beziehungen fördern, die zwischen den Universitäten Leipzig und Pressburg und zwischen den Technischen Hochschulen Berlin und Pressburg bestehen und nach deren Willen weiter vertieft werden sollen.

Zu Artikel 3:

In Ergänzung der Beziehungen auf dem Gebiete der Rechtswissenschaft, insbesondere der Rechtsentwicklung und der Rechtsvergleichung, werden die vertragschliessenden Teile die freundschaftliche Zusammenarbeit der Akademie für Deutsches Recht in Berlin und der von der Slowakischen Regierung noch zu bestimmenden slowakischen Körperschaft fördern.

Auf diesbezügliche Vereinbarungen der beiden Körperschaften wird Art. 3 Satz 2 entsprechend Anwendung finden.

Zu Artikel 4:

Die Lehrstühle für deutsche Sprache und Literatur an der slowakischen Universität in Pressburg werden ausgestaltet und erweitert werden. Auch an anderen bestehenden oder noch zu errichtenden staatlichen oder privaten Hochschulen in der Slowakei wird die deutsche Kultur, Sprache und Literatur gepflegt werden.

Die slowakische Sprache und Literatur wird an einem Lehrstuhl für Slawistik an einer deutschen Universität besonders berücksichtigt werden.

Die Slowakische Regierung wird das an der Universität in Pressburg bestehende Lektorat der deutschen Sprache aufrechterhalten und in Anpassung an die Entwicklung der slowakischen Hochschulen von Fall zu Fall weitere deutsche Lektorate errichten.

Die Deutsche Regierung wird das an der Universität Leipzig bestehende Lektorat der slowakischen Sprache aufrechterhalten und dem künftigen Bedarf entsprechend weitere slowakische Lektorate auch an anderen Hochschulen errichten.

Im Hinblick darauf, dass der Sprache als wertvollstem Kulturgut eines Volkes eine überragende Bedeutung zukommt und ihr Unterricht die Kenntnis der Kulturgüter von Volk zu Volk vermittelt, ist der Auswahl der Lektoren nach der Seite ihres Charakters und ihrer Befähigung besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Lektoren, die nicht die Staatsangehörigkeit des Landes besitzen, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben sollen, werden unter solchen Personen ausgewählt, die Staatsangehörige des anderen Landes sind und von diesem auf diplomatischem Wege vorgeschlagen werden.

Die mit der Besetzung der Lektorate zusammenhängenden Einzelfragen behandelt der in Art. 17 vorgesehene deutsch-slowakische Kulturausschuss.

Der deutsch-slowakische Kulturausschuss wird der Pflege und dem Unterricht der deutschen Sprache in allen Zweigen und auf allen Stufen des mittleren und höheren slowakischen Schulwesens seine Aufmerksamkeit zuwenden und über aufkommende Fragen in freundschaftlichem Meinungsaustausch eine Einigung herbeiführen.

Zu Artikel 5:

Im Einvernehmen mit den zuständigen slowakischen Stellen werden deutscherseits in der Slowakei Feriensprachkurse für die slowakischen Lehrer der deutschen Sprache abgehalten werden.

Die vertragschliessenden Teile werden die freundschaftlichen Verbindungen und die berufliche Zusammenarbeit zwischen den berufsständischen Verbänden der deutschen und der slowakischen Lehrerschaft unterstützen. Auf Vereinbarungen dieser Verbände findet Art. 3 entsprechende Anwendung.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst und das Slowakische Ministerium für Schulwesen und Volkskultur werden bemüht sein, Lehrern des anderen Landes eine Tätigkeit als Gastlehrer zu ermöglichen.

Zu Artikel 6:

Der zwischen den Universitäten Leipzig und Pressburg in Auswirkung ihrer gegenseitigen engen Beziehungen bestehende Studentenaustausch, der grundsätzlich auch Studenten anderer deutscher und slowakischer Hochschulen umfassen kann, soll erweitert werden. Die Vermittlung dieses Studentenaustausches erfolgt auf deutscher Seite durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst, auf slowakischer Seite durch das Slowakische Ministerium für Schulwesen und Volkskultur. Die Einzelheiten der Durchführung des Austausches bestimmt der in Art. 17 vorgesehene deutsch-slowakische Kulturausschuss in Verbindung mit den betreffenden Universitäten.

Die vertragschliessenden Teile werden ausserdem den gegenseitigen Besuch von Gelehrten und Hörern an den Hoch- und Fachschulen durch geeignete wirtschaftliche Massnahmen erleichtern.

Slowakischen Wissenschaftlern und besonders befähigten Studenten kann der Besuch deutscher Hochschulen durch deutsche Stipendien erleichtert werden.

Bei gleichartigen Stipendien, die von slowakischer Seite zur Verfügung gestellt werden, sollen deutsche Bewerber eine bevorzugte Berücksichtigung finden.

Die Stipendien werden auf deutscher Seite vom Deutschen Studienwerk für Ausländer und auf slowakischer Seite vom Ministerium für Schulwesen und Volkskultur in Zusammenarbeit mit den Rektoraten

der Hochschulen bzw. mit den studentischen Hochschulorganisationen vergeben werden.

Die Dauer der Praktikantentätigkeit im anderen Lande soll drei Monate nicht überschreiten. Die Arbeitsplätze werden von den für den Studentenaustausch zuständigen Stellen (Abs. 1) vermittelt werden.

In beiden Ländern werden insbesondere Austauschfahrten, gemeinsame Treffen und Tagungen der Hochschüler veranstaltet werden.

Zu Artikel 8:

In beiden Ländern werden Veranstaltungen, wie Austausch von Jugendgruppen, gemeinsame Lager und Fahrten, stattfinden. Geschlossen reisende Jugendgruppen werden gegenseitig die gleichen Reisevergünstigungen geniessen, die der eigenen Jugend eingeräumt werden.

Die Durchführung des Schüleraustausches und des Schülerbriefwechsels wird auf deutscher Seite durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst, auf slowakischer Seite durch das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur erfolgen. Über die Entwicklung dieser Bestrebungen wird der in Art. 17 vorgesehene deutsch-slowakische Kulturausschuss unterrichtet werden.

Zu Artikel 10:

Die nach Art. 10 errichteten deutschen und slowakischen Schulen können Kindergärten, Volksschulen, Hauptschulen und Höhere Schulen umfassen. Der Unterricht ist nach Richtlinien zu erteilen, die unter Zugrundelegung der deutschen und der slowakischen Interessen zu vereinbaren sind.

Die Reifezeugnisse der nach Art. 10 errichteten deutschen und slowakischen Höheren Schulen berechtigen zur Zulassung zu den Hochschulen beider Länder. Die Reifezeugnisse und anderen Zeugnisse dieser Schulen geben ihren deutschen Schülern für Deutschland und slowakischen Schülern für die Slowakei hinsichtlich der Fortbildung, der Beamten- und Lehrerlaufbahn jeder Art und des Fortkommens die gleichen Berechtigungen, wie sie die Zeugnisse der entsprechenden einheimischen Schulen den eigenen Staatsangehörigen gewährleisten.

Die deutschen und slowakischen Schulen und ihre Leiter, Lehrer und Angestellten werden in dem Gastlande ausser den im Schlussprotokoll zu Art. 1 angeführten Vergünstigungen alle steuerlichen, fiskalischen und sonstigen Vorteile geniessen, die den einheimischen staatlichen Schulen und deren Leitern, Lehrern und Angestellten eingeräumt werden.

Die im Schlussprotokoll zu Art. 1 Abs. 4 ausgesprochene Befreiung von Zöllen, Steuern und Taxen erstreckt sich hinsichtlich der Schulen insbesondere auf:

Einrichtungsgegenstände,
Bücher und Zeitschriften,

Karten und Anschauungsbilder,
chemische, physikalische, rundfunktechnische und naturwissenschaftliche Lehr- und Lernmittel,
Sportgeräte,
Segelflugapparate und ihre Bauteile sowie alle zur Ausübung des Segelfluges und des Flugmodellbaues notwendigen Hilfsgeräte und Ersatzteile,
Musikinstrumente und Noten.

Die Regierung des Landes, das solche Gegenstände ausführt, bestätigt durch ihre diplomatische Vertretung der Regierung des Gastlandes auf deren Wunsch den Zweck der Sendung.

Einzelfragen, die sich bei der Durchführung des Art. 10 insbesondere hinsichtlich des allgemeinen Aufbaues der Schulen, der Schulaufsicht, der Zusammensetzung der Lehrkörper und der Schülerschaften usw. ergeben, behandelt der in Art. 17 vorgesehene deutsch-slowakische Kulturausschuss.

Zu Artikel 11:

Die vertragschliessenden Teile werden gegenseitig Buchausstellungen veranstalten. Sie werden die Ein- und Ausfuhr von Druckwerken erleichtern und den Austausch der von ihren Hochschulen, gelehrten Gesellschaften und wissenschaftlichen Instituten herausgegebenen Veröffentlichungen unterstützen.

Vereinbarungen zwischen Verlegern beider Länder, die Übersetzungen zum Gegenstand haben, werden gefördert werden.

Zu Artikel 12:

Es werden insbesondere wechselseitig Konzerte, Gastspiele und Lesungen veranstaltet werden. Dabei sollen der künstlerische Nachwuchs und die Werke neuzeitlichen künstlerischen Schaffens Berücksichtigung finden. Künstlern, die in der Ausbildung begriffen sind, wird der Besuch von Akademien, Museen und sonstigen Einrichtungen des anderen Landes, die für ihre Ausbildung in Betracht kommen, erleichtert werden.

Die vertragschliessenden Teile werden auf dem Gebiete des Films zusammenarbeiten und die Einfuhr von Filmen des anderen Landes, insbesondere von Kultur- und Unterrichtsfilmen, erleichtern.

Bei der Ausgestaltung von Rundfunkprogrammen soll auf den gegenseitigen Programmaustausch Bedacht genommen werden. Insbesondere sollen auch solche Sendungen gebührend berücksichtigt werden, die eine Kenntnis der Kultur des anderen Landes vermitteln.

Gegenstände, die für die nach Art. 12 veranstalteten Ausstellungen eingeführt werden, sind unter der Bedingung der Wiederausfuhr von Zöllen, Steuern und Taxen zu befreien.

Zu Artikel 13:

Über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Presse werden besondere Vereinbarungen getroffen werden, die auch die beruflichen und persönlichen Verbindungen der Vertreter der deutschen und slowakischen Presse berücksichtigen.

Zu Artikel 14:

Insbesondere wird die Veranstaltung von sportlichen Wettkämpfen und Besuchsfahrten sowie die Entsendung von Sportlehrern gefördert werden.

Zu Artikel 15:

Die Grundlage für die Hebung des gegenseitigen Reiseverkehrs bildet das Abkommen zur Regelung des nichtgeschäftlichen Reiseverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik (Deutsch-Slowakisches Reiseverkehrsabkommen) vom 26. Mai 1939.

Zu Artikel 16:

Über die Erleichterung der Überweisungen, die im Wege des deutsch-slowakischen Verrechnungsabkommens erfolgen, werden sich die für die wirtschaftlichen Fragen zuständigen Regierungsausschüsse unmittelbar verständigen.

Die Zahlungserleichterungen werden insbesondere auch den das andere Land zu Studienzwecken besuchenden Hochschülern zugute kommen.

Zu Artikel 17:

Der Kulturausschuss wird mindestens einmal im Jahr, abwechselnd in Deutschland und in der Slowakei zusammentreten.

Die Beschlüsse des Kulturausschusses gelten als Bestandteile des Kulturvertrages. Ausgenommen hiervon sind diejenigen Beschlüsse, für deren Durchführung eine besondere Genehmigung der Regierungen wegen gesetzgeberischer Massnahmen erforderlich oder aus anderen Gründen vom Ausschuss ausdrücklich vorbehalten ist.

Der Kulturausschuss wird sich eine Geschäftsordnung geben, die von den vertragschliessenden Teilen geprüft und durch Notenwechsel bestätigt werden wird,

Dieses Schlussprotokoll soll zugleich mit dem heute zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik abgeschlossenen Vertrag über die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet in Kraft treten.

Pressburg, den 1. Mai 1942.

Ludin.
Dr. Nöldeke.
J. Sivák.
Polyák.

22.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Traité sur la collaboration en matière culturelle; signé à Bucarest, le 7 novembre 1942.*)**)

Reichsgesetzblatt 1943. II, No. 26.

Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien über die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet.

Der Deutsche Reichskanzler und der Marschall von Rumänien und Conducător des Staates haben in dem Wunsche, die kulturellen Beziehungen zwischen ihren Staaten nachhaltig zu fördern und damit zugleich einen neuen Beitrag zur Ausgestaltung der europäischen Kulturgemeinschaft zu liefern, vereinbart, einen Vertrag über die kulturelle Zusammenarbeit beider Staaten zu schliessen. Es haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Deutschen Reichs in Bukarest, Herrn Manfred Freiherrn von Killinger

und den stellvertretenden Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Herrn Generalkonsul Dr. Wilhelm Nöldeke;

Der Marschall von Rumänien und Conducător des Staates:

den Minister für Nationale Kultur und Kultus, Herrn Professor Ion Petrovici

und den Generalsekretär des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Herrn bevollmächtigten Minister George Davidescu,

die ihre Vollmachten sich gegenseitig zur Kenntnis gebracht und in Ordnung gefunden haben.

Die Bevollmächtigten haben das Nachstehende vereinbart:

Artikel 1.

Die Deutsche Regierung und die Königlich Rumänische Regierung werden alle Einrichtungen fördern und alle Massnahmen treffen, die geeignet sind, das gegenseitige Verständnis zwischen dem deutschen und dem rumänischen Volk auf kulturellem Gebiete zu vertiefen und zu verbreitern. Zu diesem Zweck werden die bestehenden Beziehungen auf den Gebieten der Wissenschaft und der Erziehung, der bildenden und dar-

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 1er juillet 1943.

**) En langues allemande et roumaine. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

stellenden Künste, des Filmwesens und des Rundfunks sowie auf allen sonstigen Bereichen des geistigen Schaffens durch diesen Vertrag auf eine feste Grundlage gestellt und planmässig ausgebaut.

Artikel 2.

Den Mittelpunkt aller im gegenseitigen Einverständnis auf dem Gebiete der Wissenschaft und des Unterrichts gegründeten öffentlichen kulturellen Einrichtungen bilden das Deutsche Wissenschaftliche Institut in Bukarest und das Rumänische Wissenschaftliche Institut in Berlin. Diese Institute und ihre Zweigstellen werden wie bisher von dem Lande, das sie errichtet hat, unterhalten und von dem Gastlande zur Erleichterung ihrer Tätigkeit in jeder Weise unterstützt werden.

Artikel 3.

Die vertragschliessenden Teile werden zur Förderung der Kenntnis der Geschichte und Kultur des anderen Landes wie bisher ständige Gastprofessuren unterhalten und die Veranstaltung von gegenseitigen Gastvorträgen und Gastvorlesungen an Universitäten und Hochschulen fördern. Sie werden bestrebt sein, Hochschullehrern und Assistenten des anderen Landes an ihren Hochschulen, Forschungsinstituten und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen und zwar nach Möglichkeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

Die Arbeiten und Bestrebungen der deutschen und rumänischen Universitäten und Hochschulen, die der geistigen Annäherung zwischen den beiden Völkern dienen sollen, werden von den vertragschliessenden Teilen unterstützt werden.

Artikel 4.

Insoweit die zwischen den Hochschulen und den Gelehrten der beiden Länder bestehenden wissenschaftlichen Beziehungen einer besonderen Ergänzung durch die Zusammenarbeit zwischen den berufsständischen Organisationen, wissenschaftlichen Gesellschaften und Verbänden der beiden Länder bedürfen, wird diese von den vertragschliessenden Teilen gefördert werden. Sondervereinbarungen zwischen diesen Einrichtungen der beiden Länder gelten als Bestandteile dieses Vertrages, wenn sie die Zustimmung des im Artikel 17 vorgesehenen Deutsch-Rumänischen Kulturausschusses erhalten haben und von den beiden Regierungen durch Notenwechsel bestätigt worden sind.

Artikel 5.

Die Königlich Rumänische Regierung wird der deutschen Sprache und Literatur bei der Erziehung des rumänischen Nachwuchses in allen Schulen, in denen Fremdsprachen unterrichtet werden, einschliesslich der Lehrerbildungsanstalten, eine Stellung geben, die der besonderen Bedeutung der deutschen Sprache im politischen und wirtschaftlichen Leben Rumäniens gerecht wird.

Die vertragschliessenden Teile werden für die besondere Pflege der Sprache und Literatur des anderen Landes an akademischen Lehrstühlen Sorge tragen.

Der Unterricht der Sprache des anderen Landes wird weiterhin durch Anstellung von Lektoren an Universitäten und Hochschulen gefördert werden.

Die vertragschliessenden Teile werden die Sprachkurse für Erwachsene in den von der Regierung des anderen Landes getroffenen Einrichtungen fördern.

Artikel 6.

Die vertragschliessenden Teile werden die Verbreitung von Kenntnissen über die staatlichen Einrichtungen des anderen Vertragsteiles. sein kulturelles Leben, seine Geschichte, Landeskunde und Volkskunde allgemein und besonders in den Lehrerkreisen fördern; sie werden dafür Sorge tragen, dass im Unterricht und in den Lehrbüchern die Geschichte, die Landeskunde und die nationale Kultur des anderen Landes eine angemessene Würdigung finden.

Artikel 7.

Die vertragschliessenden Teile werden gegenseitig den Besuch ihrer Hoch- und Fachschulen durch Gelehrte, Studenten und Hörer des anderen Landes fördern. Sie werden bemüht sein, Studenten des anderen Landes, die während ihres Studiums eine praktische Tätigkeit als Ergänzung ihrer Berufsausbildung auszuüben haben — sogenannten Praktikanten —, Arbeitsplätze zu vermitteln.

Die gegenseitigen freundschaftlichen Verbindungen und die studentische Zusammenarbeit der Hochschüler werden vertieft und ausgestaltet werden.

Artikel 8.

Die vertragschliessenden Teile werden eine Vereinbarung auf Gegenseitigkeit über die Anerkennung von Zeugnissen für die Zulassung zu den Hochschulen, über die Anrechnung von Semestern und Studienjahren für die Zulassung zu den Prüfungen sowie über die Führung akademischer Grade abschliessen. Sie werden sich die Grundsätze mitteilen, nach denen sie die Abschlusszeugnisse von Hoch- und Fachschulen für die Berufsausbildung gegenseitig anerkennen.

Artikel 9.

Die vertragschliessenden Teile werden die freundschaftlichen Beziehungen und ein enges Zusammenarbeiten zwischen der deutschen und der rumänischen Jugend und ihren Organisationen fördern.

Zwischen den Schülern der beiden Länder wird ein Austausch und Briefwechsel eingeführt werden.

Artikel 10.

Die Deutsche Regierung kann in Rumänien reichsdeutsche Schulen (Kindergärten, Volksschulen, Höhere Schulen, Berufs- und Fachschulen)

und die Königlich Rumänische Regierung kann in Deutschland rumänische Schulen (Kindergärten, Volksschulen, Höhere Schulen, Berufs- und Fachschulen) unterhalten, die von den Staatsangehörigen des Landes, welches die Schulen errichtet und anderen Staatsangehörigen, insbesondere denen des Gastlandes, besucht werden können. Diese Schulen, über deren Errichtung sich die vertragschliessenden Teile von Fall zu Fall verständigen werden, werden die besondere Förderung des Gastlandes geniessen.

Artikel 11.

Die vertragschliessenden Teile werden gegenseitig die Verbreitung ihrer Bücher und Zeitschriften fördern. Die Verbreitung von Druckschriften, die geeignet sind, die Freundschaft der beiden Länder zu beeinträchtigen, insbesondere von solchen, die sich gegen die Staatsform und die Staatsführung des anderen Landes richten, werden die vertragschliessenden Teile nach Massgabe ihrer Gesetze und sonstigen einschlägigen Bestimmungen verhindern.

Die deutschen und rumänischen Bibliotheken werden mit wissenschaftlich und literarisch wertvoller Literatur des anderen Landes ausgestattet werden. Zu diesem Zwecke werden der Buch- und Zeitschriftenaustausch und die gegenseitige Mitteilung von Neuerscheinungen gefördert werden.

Die vertragschliessenden Teile werden die Übersetzung von geeigneten Büchern und Aufsätzen aus Zeitschriften des anderen Landes in die eigene Sprache unterstützen.

Artikel 12.

Die vertragschliessenden Teile werden die gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiete der Musik, des Theaters, des Schrifttums und der bildenden Künste sowie des Films und des Rundfunks fördern.

Zur Vertiefung des Verständnisses der Kultur des anderen Landes werden geeignete Ausstellungen veranstaltet und unterstützt werden.

Artikel 13.

Die vertragschliessenden Teile werden die sportlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern unterstützen und ausbauen.

Artikel 14.

Die vertragschliessenden Teile werden zur weiteren Annäherung der beiden Völker der Hebung des gegenseitigen Reiseverkehrs ihr besonderes tätiges Interesse zuwenden.

Artikel 15.

Die vertragschliessenden Teile gewähren den wissenschaftlichen Instituten und sonstigen im Artikel 2 bezeichneten kulturellen Einrichtungen des anderen Landes für deren Grundstücke und Gebäude nebst Ausstattungen, soweit diese den im Artikel 2 bezeichneten Zwecken dienen, Befreiung von sämtlichen Besitzsteuern, Verkehrssteuern und Auflagen mit Ausnahme der Umsatzsteuern.

Entgeltliche oder unentgeltliche Rechtsgeschäfte, die sich auf das den Zwecken dieser Institute und Einrichtungen dienende unbewegliche Vermögen beziehen, und Zuwendungen, die zu deren Gunsten erfolgen, werden von allen Steuern, Gebühren und Auflagen befreit sein.

Die gleichen Vergünstigungen werden bei der Errichtung neuer Gebäude eingeräumt werden.

Die vertragschliessenden Teile gewähren diesen Instituten und Einrichtungen für die Lehr-, Lern-, Anschauungs- und Forschungsmittel und Ausstattungsgegenstände, die für ihre Tätigkeit erforderlich sind, Befreiung von Zöllen sowie sonstigen Eingangs- und Ausgangsabgaben einschliesslich der statistischen Gebühr. Diese Gegenstände bleiben von Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen befreit.

Artikel 16.

Die vertragschliessenden Teile werden für die Erleichterung von geldlichen Überweisungen, die sich aus der Durchführung dieses Vertrages ergeben, Sorge tragen.

Artikel 17.

Um die Durchführung der Bestimmungen dieses Vertrages zu fördern und weitere Möglichkeiten für die Ausgestaltung der deutsch-rumänischen Kulturbeziehungen zu eröffnen, wird ein paritätisch zusammengesetzter Deutsch-Rumänischer Kulturausschuss gebildet werden.

Der Kulturausschuss wird sich eine Geschäftsordnung geben, in der seine Zusammensetzung, seine Befugnisse und seine Arbeitsmethoden im einzelnen festgelegt werden; diese Geschäftsordnung wird von den vertragschliessenden Teilen geprüft und durch Notenwechsel bestätigt werden.

Artikel 18.

Dieser Vertrag soll ratifiziert werden.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird alsbald in Berlin stattfinden.

Der Vertrag wird am 30. Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Der Vertrag wird ohne zeitliche Begrenzung abgeschlossen. Er kann von jedem der vertragschliessenden Teile mit einjähriger Frist gekündigt werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in doppelter Urschrift, in deutscher und rumänischer Sprache, mit der Massgabe, dass beide Wortlaute die gleiche Geltung haben,

in Bukarest, am 7. November 1942.

v. Killinger.
Nöldeke.
J. Petrovici.
G. Davidescu.

Schlussprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien abgeschlossenen Vertrages über die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet wurde festgestellt, dass Einverständnis über das Folgende besteht:

Zu Artikel 2.

Die wissenschaftlichen Institute haben die Aufgabe, die Kenntnis der Kultur ihres Landes durch Vorträge und andere geeignete Veranstaltungen in ihrem Gastlande zu verbreiten und zu fördern sowie der Kultur, der Geschichte, der Landeskunde und der Volkskunde des Gastlandes ihr Interesse zuzuwenden und die wissenschaftlichen Ergebnisse ihrer Tätigkeit zu verwerten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sollen sie insbesondere mit den Gelehrten und den einschlägigen Instituten des Gastlandes sowie mit den in Betracht kommenden zwischenstaatlichen Vereinigungen zusammenwirken. Die Institute werden mit Büchereien und sonstigen wissenschaftlichen Hilfsmitteln ausgestattet.

Zu Artikel 3.

Die an der Universität in Bukarest bestehende deutsche und die an der Universität in Berlin bestehende rumänische Gastprofessur sollen grundsätzlich mit den Leitern des Deutschen Wissenschaftlichen Instituts in Bukarest bzw. des Rumänischen Wissenschaftlichen Intituts in Berlin besetzt werden, falls die Leiter dieser Institute ordentliche Professoren sind. Im gegenseitigen Einvernehmen kann die Wahrnehmung dieser Gastprofessuren auch durch andere ordentliche Hochschullehrer des anderen Landes ohne Beschränkung auf eine bestimmte Fakultät erfolgen.

Die Einzelheiten hinsichtlich der Besetzung der Gastprofessuren, der Wahl der Fachgebiete und Besoldung der Gastprofessoren sowie der einheitlichen Durchführung der Gastvorträge und Gastvorlesungen und der Vermittlung von Arbeitsplätzen regelt nötigenfalls der im Artikel 17 vorgesehene Deutsch-Rumänische Kulturausschuss.

Zu Artikel 5.

In Ausführung der im Artikel 5 getroffenen Vereinbarungen wird an allen rumänischen Schulen, an denen eine lebende Fremdsprache zur Zeit bereits als Pflichtfach gelehrt wird oder in Zukunft eingeführt werden wird, auch der deutschen Sprache die Stellung eines Pflichtfaches eingeräumt. Dementsprechend wird in allen in Betracht kommenden Schulen vom Schuljahr 1943/44 ab mit Deutsch als Pflichtunterricht angefangen werden. Zur Erreichung des Lehrziels werden bei der Festlegung der für den Deutschunterricht vorzusehenden Stundenzahl auch die besonderen Schwierigkeiten bei der Erlernung der deutschen Sprache berücksichtigt werden.

Die Heranbildung der notwendigen Zahl von rumänischen Deutschlehrern wird deutscherseits durch zeitweilige Entsendung deutscher Professoren der Germanistik an rumänische Universitäten, Veranstaltung von Feriensprachkursen für die rumänischen Lehrer der deutschen Sprache, Gewährung von Stipendien an den rumänischen germanistischen Nachwuchs usw. im Einvernehmen mit den zuständigen rumänischen Stellen nachdrücklich unterstützt werden.

Der Deutsch-Rumänische Kulturausschuss wird der Entwicklung, die durch die vorstehenden Massnahmen für die Pflege und den Unterricht der deutschen Sprache im rumänischen Schulwesen angebahnt ist, seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Die Königlich Rumänische Regierung wird an den Universitäten Lehrstühle für Germanistik unterhalten und die zu diesen gehörenden Seminare ausgestalten und erweitern. Auch an den übrigen staatlichen Fachschulen in Rumänien wird die deutsche Kultur, Sprache und Literatur gepflegt werden.

Die rumänische Sprache und Literatur wird an noch näher zu bestimmenden Lehrstühlen für Romanistik an deutschen Universitäten besonders berücksichtigt werden. Auch an den Fachhochschulen werden Lektorate oder Sprachlehraufträge für Rumänisch nach Massgabe des Bedarfs errichtet werden.

In Hinblick auf die grosse Bedeutung des Sprachunterrichts werden die vertragschliessenden Teile der Auswahl der Lektoren besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Die Lektoren können Angehörige desjenigen Staates, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben sollen oder des entsendenden Staates sein; im letzteren Falle erfolgt die Anstellung der Lektoren auf Vorschlag des entsendenden Staates.

Zu Artikel 6.

Die vertragschliessenden Teile werden die freundschaftlichen Verbindungen und die berufliche Zusammenarbeit zwischen den berufsständischen Verbänden der deutschen und der rumänischen Lehrerschaft unterstützen. Auf Vereinbarungen dieser Verbände findet Artikel 4 entsprechende Anwendung.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst e. V. und das Königlich Rumänische Ministerium für Nationale Kultur und Kultus werden bemüht sein, Lehrern des anderen Landes eine Tätigkeit als Gastlehrer zu ermöglichen.

Zu Artikel 7.

Die zwischen dem Deutschen Akademischen Austauschdienst e. V. und dem Königlich Rumänischen Ministerium für Nationale Kultur und Kultus getroffene Vereinbarung über den Studentenaustausch wird Bestandteil dieses Vertrages mit der Massgabe, dass Veränderungen dieser Vereinbarung in Kraft treten, sobald sie die Zustimmung des im Artikel 17 vorgesehenen Deutsch-Rumänischen Kulturausschusses erhalten haben und von beiden Regierungen durch Notenwechsel auf

diplomatischem Wege bestätigt worden sind. Die Einzelheiten der Durchführung des Studentenaustausches werden durch den im Artikel 17 vorgesehenen Deutsch-Rumänischen Kulturausschuss bestimmt.

Die vertragschliessenden Teile werden den gegenseitigen Besuch von Wissenschaftlern, Studenten und Hörern an den Hoch- und Fachschulen durch geeignete wirtschaftliche Massnahmen erleichtern.

Rumänischen Wissenschaftlern und besonders befähigten Studenten wird der Besuch deutscher Hochschulen und anderer deutscher Forschungseinrichtungen durch deutsche Stipendien erleichtert werden, wobei solche Studenten bevorzugt berücksichtigt werden sollen, die sich bei dem Erlernen der deutschen Sprache auf rumänischen oder deutschen Lehranstalten ausgezeichnet haben. Bei gleichartigen Stipendien, die von rumänischer Seite ausländischen Wissenschaftlern und Studenten zur Verfügung gestellt werden, sollen deutsche Bewerber eine entsprechende Berücksichtigung finden.

Die Stipendien werden auf deutscher Seite vom Deutschen Studienwerk für Ausländer und auf rumänischer Seite vom Königlich Rumänischen Ministerium für Nationale Kultur und Kultus vergeben werden.

Die Dauer der Praktikantentätigkeit im anderen Lande soll drei Monate nicht überschreiten. Die Arbeitsplätze werden von den für den Studentenaustausch zuständigen Stellen vermittelt werden.

In beiden Ländern sollen Austauschfahrten, gemeinsame Treffen und Tagungen der Hochschüler veranstaltet werden.

Zu Artikel 9.

In beiden Ländern werden Veranstaltungen, wie Austausch von Jugendgruppen, gemeinsame Lager und Fahrten stattfinden. Geschlossen reisende Jugendgruppen werden gegenseitig die gleichen Reisevergünstigungen geniessen, die der eigenen Jugend eingeräumt werden.

Die Durchführung des Schüleraustausches und des Schülerbriefwechsels wird auf deutscher Seite durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst e. V. und auf rumänischer Seite durch das Königlich Rumänische Ministerium für Nationale Kultur und Kultus erfolgen.

Zu Artikel 10.

In Ausführung des Artikels 10 wird die Deutsche Regierung im Einvernehmen mit der Königlich Rumänischen Regierung in Bukarest eine reichsdeutsche Schule errichten.

Ziel dieser Schule ist die Erziehung der Schüler im Geiste der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit des deutschen Volkes mit dem ihm befreundeten rumänischen Volk. Die Lehrpläne und Prüfungsordnungen dieser Schule werden im Einvernehmen mit dem Königlich Rumänischen Ministerium für Nationale Kultur und Kultus aufgestellt werden. Die rumänische Sprache und Literatur, rumä-

nische Geschichte und Landeskunde werden von rumänischen Lehrern in rumänischer Sprache gelehrt werden. Die Anstellung der rumänischen Lehrkräfte bedarf der Bestätigung des Königlich Rumänischen Ministeriums für Nationale Kultur und Kultus.

Entsprechendes gilt für Schulen, die die Königlich Rumänische Regierung in Deutschland errichten wird.

Die Reifezeugnisse von Höheren Schulen der vorgenannten Art berechtigen zur Zulassung zu den Hochschulen beider Länder. Die Reifezeugnisse und andere Zeugnisse der vorgenannten Schulen geben ihren deutschen Schülern für Deutschland und ihren rumänischen Schülern für Rumänien hinsichtlich der Fortbildung, der Beamten- und Lehrerlaufbahnen jeder Art und des sonstigen Fortkommens die gleichen Berechtigungen, wie sie die Zeugnisse der entsprechenden einheimischen Schulen den eigenen Staatsangehörigen gewährleisten.

Die deutschen und rumänischen Schulen und ihre Leiter, Lehrer und Angestellten werden in dem Gastlande ausser den im Artikel 15 aufgeführten Vergünstigungen alle steuerlichen, fiskalischen und sonstigen Vorteile geniessen, die den einheimischen staatlichen Schulen und deren Leitern, Lehrern und Angestellten eingeräumt werden.

Die im Artikel 15 Abs. 3 ausgesprochene Befreiung von Zöllen sowie sonstigen Eingangs- und Ausgangsabgaben einschliesslich der statistischen Gebühr erstreckt sich hinsichtlich der Schulen auch auf die Geräte für die Leibeserziehung, den Schulsport und die musische Erziehung.

Die Regierung des Landes, das solche Gegenstände ausführt, bestätigt durch ihre diplomatische Vertretung der Regierung des Gastlandes auf deren Wunsch den Zweck der Sendung.

Zu Artikel 11.

Die vertragschliessenden Teile werden gegenseitig Buchausstellungen veranstalten. Sie werden die Ein- und Ausfuhr von Druckwerken erleichtern und den Austausch der von ihren Hochschulen, gelehrten Gesellschaften und wissenschaftlichen Instituten herausgegebenen Veröffentlichungen unterstützen. Sie werden auch die Besprechung der im anderen Lande erschienenen Druckwerke von Bedeutung und der in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlichten bedeutenderen Aufsätze durch Zeitschriften und Zeitungen fördern.

Vereinbarungen zwischen Verlegern beider Länder, die Übersetzungen zum Gegenstand haben, werden gefördert werden.

Zu Artikel 12.

Es werden insbesondere wechselseitig Konzerte, Gastspiele und Lesungen veranstaltet werden. Dabei sollen der künstlerische Nachwuchs und die Werke neuzeitlichen künstlerischen Schaffens Berücksichtigung finden. Künstlern, die in der Ausbildung begriffen sind, wird der Be-

such von Akademien, Museen und sonstigen Einrichtungen des anderen Landes, die für ihre Ausbildung in Betracht kommen, erleichtert werden.

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf dem Gebiete des Films werden gemäss dem am 4. Oktober 1942 in Bukarest unterzeichneten Protokoll über Filmbesprechungen geregelt, das durch einen Notenwechsel der vertragschliessenden Teile in Kraft gesetzt werden wird.

Bei der Ausgestaltung von Rundfunkprogrammen soll auf den gegenseitigen Programmaustausch Bedacht genommen werden. Insbesondere sollen auch solche Sendungen gebührend berücksichtigt werden, die eine Kenntnis der Kultur des anderen Landes vermitteln.

Gegenstände die für die nach Artikel 12 veranstalteten Ausstellungen eingeführt werden, sind unter der Bedingung der Wiederausfuhr von Zöllen, Steuern und Taxen zu befreien.

Zu Artikel 13.

Insbesondere wird die Veranstaltung von sportlichen Wettkämpfen und Besuchsfahrten sowie die Entsendung von Sportlehrern gefördert werden.

Zu Artikel 16.

Über die Erleichterung der Überweisungen, die im Wege des deutsch-rumänischen Verrechnungsabkommens erfolgen, werden sich die für die wirtschaftlichen Fragen zuständigen Regierungsausschüsse unmittelbar verständigen.

Die Zahlungserleichterungen werden insbesondere auch den das andere Land zu Studienzwecken besuchenden Hochschülern zugute kommen.

Zu Artikel 17.

Der Deutsch-Rumänische Kulturausschuss wird mindestens einmal im Jahr, abwechselnd in Deutschland und in Rumänien zusammentreten.

Dieses Schlussprotokoll, das als wesentlicher Bestandteil des heute zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien abgeschlossenen Vertrages über die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiete gilt, soll zugleich mit diesem in Kraft treten und für die Dauer seiner Gültigkeit in Kraft bleiben.

Bukarest, den 7. November 1942.

v. Killinger.
Nöldeke.
J. Petrovici.
G. Davidescu.

23.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, NICARAGUA.

Arrangement concernant l'échange des publications officielles; conclu par un Echange de Notes signées à Managua, les 14 et 19 février 1940.

Executive Agreement Series, No. 171.

The American Minister (Nicholson) to the Nicaraguan Minister for Foreign Affairs (Argüello).

No. 268.

Legation of the United States of America
Managua, D. N., Nicaragua, February 14, 1940.

Excellency:

I have the honor to refer to Your Excellency's Note No. B-24 of February 8, 1940, and to earlier correspondence regarding the exchange of official publications between the United States of America and Nicaragua.

It gives me pleasure to inform you that my Government will be glad to undertake an exchange of official publications with the Government of Nicaragua, which shall be carried out in accordance with the following provisions:

1. The official exchange offices for the transmission of publications shall be, on the part of the United States of America, the Smithsonian Institute, and on the part of Nicaragua, the Ministry for Foreign Affairs.

2. The publications exchanged shall be received on behalf of the United States of America by the Library of Congress; and on behalf of Nicaragua by the Minister for Foreign Affairs.

3. The Government of the United States of America shall furnish regularly one copy of each of the official publications included in the attached List No. 1.*)

4. The Government of Nicaragua shall furnish regularly one copy of each of the official publication included in the attached List No. 2.*)

5. Each party to the agreement shall bear the postal, railroad, steamship, and other charges arising in its own country.

6. Both parties express their willingness as far as possible to expedite shipments.

7. This agreement shall not be understood to modify any agreements concerning the exchange of official publications which may be in effect between departments or instrumentalities of the two Governments.

---

*) Les Listes ne sont pas reproduites.

If the Government of Nicaragua is in accord with the foregoing text, my Government will, upon the receipt of a corresponding note from Your Excellency, consider the agreement concluded and in effect from February 14, 1940.

Accept, Excellency, the renewed assurance of my highest esteem and most distinguished consideration.

Meredith Nicholson.

His Excellency Doctor Mariano Arguello Vargas, Minister for Foreign Affairs, Managua, D. N.

The Nicaraguan Minister for Foreign Affairs (Argüello) to the American Minister (Nicholson).

Ministerio de Relaciones Exteriores.
Departamento Diplomático.
No. B-31.

Managua, D. N. Febrero 19, 1940.

Señor Ministro:

Con referencia a la atenta nota de la Legación a su digno cargo, No. 268 de fecha 14 del mes en curso, tengo el honor de comunicar a Vuestra Excelencia que, el Gobierno de Nicaragua está de acuerdo con el intercambio de publicaciones oficiales propuesto por el Gobierno de los Estados Unidos de América, — a que se refiere la nota mencionada —, siéndome grato hacer constar sobre el particular lo siguiente:

Habrá un intercambio de publicaciones oficiales entre el Gobierno de Nicaragua y el Gobierno de los Estados Unidos de América, el cual deberá efectuarse de acuerdo con las siguientes estipulaciones:

1. — Las oficinas de canje oficial para la transmisión de publicaciones serán de parte de los Estados Unidos de América, el Instituto Smithsoniano, y de parte de Nicaragua, el Ministerio de Relaciones Exteriores.

2. — Las publicaciones canjeadas deberán ser recibidas a nombre de los Estados Unidos de América por la Biblioteca del Congreso, y de parte de Nicaragua, por el Ministerio de Relaciones Exteriores.

3. — El Gobierno de los Estados Unidos de América suministrará regularmente una copia de cada una de las publicaciones incluidas en la lista adjunta No. 1.

4. — El Gobierno de Nicaragua suministrará regularmente una copia de cada una de las publicaciones oficiales incluidas en lista adjunta No. 2.

5. — Cada parte en el acuerdo deberá sufragar los gastos de correo, ferrocarril, vapor y otros que surjan dentro de su propio país.

6. — Ambas partes expresan su voluntad de expeditar los envíos hasta donde sea posible.

7. — Este acuerdo no deberá interpretarse en el sentido que modifica cualesquiera convenios concernientes al canje de publicaciones oficiales que estén en vigor entre departamentos o dependencias de los dos Gobiernos.

En consecuencia me es grato participar a Vuestra Excelencia que mi Gobierno considera el acuerdo anterior, concluido y en vigor a partir del 14 de febrero de 1940.

Dígnese Vuestra Excelencia aceptar en esta oportunidad las seguridades de mi más distinguida consideración.

Mariano Argüello.

Excmo. Señor Meredith Nicholson, Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de los Estados Unidos de América, Managua, D. N.

24.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, BRÉSIL.

Arrangement concernant l'échange des publications officielles; conclu par un Echange de Notes signées à Washington, les 15 et 24 juin 1940.

Executive Agreement Series, No. 176.

The Secretary of State (Hull) to the Brazilian Ambassador (Martins).

Department of State
Washington, June 15, 1940.

Excellency:

I have the honor to refer to the Department's note of April 20, 1940 and previous correspondence regarding the exchange of official publications.

It gives me pleasure to inform Your Excellency that the Government of the United States of America will be glad to undertake a complete exchange of official publications with the Government of the United States of Brazil to be conducted in accordance with the following provisions:

1. The official exchange office for the transmission of publications of the United States of America is the Smithsonian Institution. The official exchange office on the part of the United States of Brazil is the Instituto Nacional do Livro.

2. The publications exchanged shall be received on behalf of the United States of America by the Library of Congress; on behalf of the United States of Brazil by the Instituto Nacional do Livro.

3. The Government of the United States of America shall furnish regularly in one copy a full set of the official publications

of its several branches, departments, bureaus, offices, and institutions. A list of such instrumentalities with an indication of their principal serial publications to be included in the exchange is attached (List No. 1).*) This list shall be extended to include, without the necessity of subsequent negociation, any new instrumentalities that the Government may create in the future.

4. The Government of the United States of Brazil shall furnish regularly in one copy a full set of the official publications of its several branches, departments, bureaus, offices, and institutions. A list of such instrumentalities with an indication of their principal serial publications to be included in the exchange is attached (List No. 2).*) This list shall be extended to include, without the necessity of subsequent negotiation, any new instrumentalities that the Government may create in the future.

5. With respect to instrumentalities which at this time do not issue publications and which are not mentioned in the attached lists, it is understood that publications which they may issue in the future shall be furnished in one copy.

6. Neither Government shall be obligated by this agreement to furnish confidential publications, blank forms, or circular letters not of a public nature.

7. Each party to the agreement shall bear the postal, railroad, steamship, and other charges arising in its own country.

8. Both parties express their willingness as far as possible to expedite shipments.

9. This agreement shall not be understood to modify the already existing exchange agreements between the various Government departments and instrumentalities of the two countries.

Upon the receipt of a note from Your Excellency indicating that the Government of the United States of Brazil is prepared to undertake a complete exchange of official publications with the Government of the United States of America in accordance with the foregoing provisions, the agreement shall be considered to be concluded and in effect as of the date of such note from Your Excellency.

Accept, Excellency, the renewed assurances of my highest consideration.

Cordell Hull.

Enclosures:

1. List No. 1.
2. List No. 2.

His Excellency Carlos Martins, Ambassador of Brazil.

---

*) Les Listes ne sont pas reproduites.

The Brazilian Ambassador (Martins) to the Secretary of State (Hull).

Embaixada dos Estados Unidos do Brasil
Nº 109/471. (42) (22). Washington, em 24 de Junho de 1940.

Senhor Secretário de Estado,

Tenho a honra de acusar recebimento da nota de Vossa Excelência de 15 de Junho corrente relativa à troca de publicações oficiais entre o Brasil e os Estados Unidos da América.

2. Informa Vossa Excelência que o Govêrno americano concorda na referida troca sujeita às disposições estabelecidas pelo texto da convenção incluso na mesma nota de Vossa Excelência, sendo apenas necessário para a entrada em vigor dessa convenção que o Govêrno brasileiro por meu intermédio indique estar igualmente de acôrdo nessa troca.

3. Em resposta, comunico a Vossa Excelência, usando dos plenos poderes a mim conferidos, que o Govêrno dos Estados Unidos do Brasil concorda na troca em questão, submetida às disposições da convenção incluida por Vossa Excelência em sua citada nota.

Aproveito a oportunidade para renovar a Vossa Excelência os protestos da minha mais alta consideração.

Carlos Martins Pereira e Sousa.

A Sua Excelência o Senhor Cordell Hull, Secretário de Estado dos Estados Unidos da América.

25.

HONDURAS, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Arrangement concernant l'échange des publications officielles; conclu par un Echange de Notes signées à Tégucigalpa, les 2 et 12 décembre 1940.

Executive Agreement Series, No. 194.

The Honduran Minister for Foreign Affairs to the American Minister.

Secretaria de Relaciones Exteriores
de la Republica de Honduras.
Of. Nº 789. Palacio Nacional.
Tegucigalpa, D. C. Diciembre 2 de 1940.

Señor Ministro:

Tengo el honor de referirme a la atenta nota de Vuestra Excelencia, número 286, fechada el 8 del mes de noviembre recién pasado, y me es grato comunicarle que mi Gobierno está dispuesto a llevar a cabo con el Ilustrado Gobierno de Vuestra Excelencia, el acuerdo que pro-

pone, sobre el canje de publicaciones oficiales, por lo que me es placentero dejar constancia de que hemos convenido en lo siguiente:

Habrá un intercambio de publicaciones oficiales entre los Gobiernos de Honduras y el de los Estados Unidos de América que se efectuará de acuerdo con las estipulaciones siguientes:

1. — Las oficinas para el canje de publicaciones serán por parte del Gobierno de Honduras: La Oficina de Canje del Ministerio de Relaciones Exteriores; y de parte de los Estados Unidos de América The Smithsonian Institution.

2. — Las publicaciones oficiales intercambiadas serán recibidas en nombre de Honduras, por el Ministerio de Relaciones Exteriores; y en nombre de los Estados Unidos de América por la Librería del Congreso.

3. — El Gobierno de Honduras, suministrará regularmente de cada una de las publicaciones oficiales, una copia, según la lista adjunta número 1.*)

4. — El Gobierno de los Estados Unidos de América, suministrará de cada una de las publicaciones oficiales, una copia, según la lista adjunta número 2.*)

5. — Cada parte sufragará en su propio país los gastos de correo, ferrocarril, navegación u otros.

6. — Ambas partes expresan su voluntad de expeditar hasta donde sea posible los envios.

7. — Será entendido que este acuerdo no modifica otros acuerdos que esten vigentes entre departamentos e instituciones de los dos Gobiernos, sobre el intercambio de publicaciones oficiales.

Sírvase aceptar, Señor Ministro, las seguridades de mi más alta y distinguida consideración.

Salvador Aguirre.

Excelentísimo Señor John D. Erwin, Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de los Estados Unidos de América, Legacion Americana.

The American Minister to the Honduran Minister for Foreign Affairs.

No. 300. Tegucigalpa, D. C., December 12, 1940.

Excellency:

I have the honor to acknowledge the receipt of your kind Note No. 789, of December 2, 1940, stating that Your Excellency's Government is agreeable to the conclusion of an agreement with the United States for the exchange of certain official publications listed in my Note No. 286, of November 8, 1940, in the manner proposed by the Librarian of Congress, and in accordance with the Buenos Aires convention.

---

*) Les Listes ne sont pas reproduites.

I have been authorized by my Government to conclude this agreement, whose terms have been set forth in the referred to notes exchanged between Your Excellency and myself on behalf of our respective Governments. The agreement may be considered in effect from this date forth, placing upon a formal and more permanent basis the informal arrangement heretofore in effect upon this subject.

Please accept, Excellency, the renewed assurances of my highest esteem and most distinguished consideration.

John D. Erwin.

His Excellency Dr. Salvador Aguirre, Minister for Foreign Affairs, Tegucigalpa, D. C.

26.

ALLEMAGNE, PROTECTORAT DE BOHÊME ET DE MORAVIE.

Convention concernant les assurances sociales; signée à Prague, le 14 mars 1940.

Reichsgesetzblatt 1940. II, No. 20.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reich vertreten durch den Reichsarbeitsminister, und der Regierung des Protektorats Böhmen und Mähren, vertreten durch den Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung, über die Auseinandersetzung auf dem Gebiet der Sozialversicherung aus Anlass der Eingliederung von ehemaligen tschecho-slowakischen Gebieten in das Deutsche Reich.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

Dieses Abkommen bezieht sich auf folgende Zweige der ehemaligen tschecho-slowakischen Sozialversicherung:

1. Krankenversicherung
   a) der Arbeiter,
   b) der Bergarbeiter,
   c) der Privatangestellten in höheren Diensten,
   d) der öffentlichen Angestellten,
   e) der Eisenbahn- und Postbediensteten,
   f) der Priester;

2. Unfallversicherung;
3. Invaliditäts- und Altersversicherung
   a) der Arbeiter,
   b) der Bergarbeiter,
   c) der Privatangestellten in höheren Diensten, einschliesslich der Angestellten der dem öffentlichen Verkehre dienenden Privatbahnen.

Artikel 2.

(1) Als dem Deutschen Reich eingegliederte Gebiete im Sinne dieses Abkommens gelten die sudetendeutschen Gebiete und die an die ehemalige Republik Polen abgetretenen, inzwischen in die Provinz Schlesien eingegliederten Gebiete der ehemaligen Tschecho-slowakischen Republik.

(2) Als dem Königreich Ungarn eingegliederte Gebiete im Sinne dieses Abkommens gelten sämtliche von der ehemaligen Tschecho-slowakischen Republik dem Königreich Ungarn angefallenen Gebiete.

(3) Als der Slowakischen Republik eingegliederte Gebiete im Sinne dieses Abkommens gilt das Gebiet der Slowakischen Republik mit Ausnahme der an die ehemalige Republik Polen vor dem Stichtag angefallenen Gebiete.

Artikel 3.

(1) Stichtag für den Übergang der ehemaligen tschecho-slowakischen Sozialversicherung in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten auf die Reichsversicherung und für den Finanzausgleich ist der 1. Oktober 1938.

(2) Beiträge und sonstige Einnahmen, die bei einem nach diesem Abkommen nicht zuständigen Versicherungsträger eingegangen sind, sind an den zuständigen Versicherungsträger ohne Zinsen unverzüglich abzuführen.

(3) Leistungen und sonstige Ausgaben, die ein nach diesem Abkommen nicht zuständiger Versicherungsträger verauslagt hat, sind von dem zuständigen Versicherungsträger in Höhe der tatsächlichen Auslagen ohne Zinsen unverzüglich zu erstatten.

(4) Die Erstattung der in Abs. 2, 3 genannten Einnahmen und Ausgaben kann durch einen Pauschbetrag abgelöst werden, der zwischen den Versicherungsträgern zu vereinbaren ist.

Artikel 4.

(1) Als Wohnort (Wohnen) im Sinne dieses Abkommens gilt der Ort, an dem der Versicherte oder der Berechtigte sich in der Absicht niedergelassen hat, sich dort dauernd aufzuhalten. Hat er mehr als einen Wohnort, so ist der Ort massgebend, den er als seinen Wohnort bezeichnet. Sind an die Verlegung des Wohnorts Rechtswirkungen geknüpft, so ist bei mehrfacher Verlegung des Wohnorts die letzte massgebend.

(2) Als versicherungspflichtige Beschäftigung im Sinne dieses Abkommens gilt ein der Versicherungspflicht unterliegendes Beschäftigungsverhältnis. Eine versicherungspflichtige Beschäftigung in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten zuletzt vor einem bestimmten Zeitpunkt im Sinne des Artikels 7 ist nur dann gegeben, wenn der Versicherte vor diesem Zeitpunkt zuletzt in diesen Gebieten versichert war und nicht ausserhalb dieser Gebiete in ein anderes versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis eingetreten ist.

Abschnitt II.

Übergang von Leistungen der Unfall- und der Rentenversicherung und Berücksichtigung von Versicherungszeiten (Anwartschaften) der Rentenversicherung.

Artikel 5.

(1) Die für einen Berechtigten, der bei einem ehemaligen tschechoslowakischen Versicherungsträger versichert war, festgestellten Leistungen aus Versicherungsfällen vor dem Stichtag werden von den Trägern der Reichsversicherung übernommen, wenn der Berechtigte

1. am 1. Januar 1940 in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten gewohnt hat oder
2. am Stichtag in diesen Gebieten gewohnt und bis zum 31. Dezember 1939 seinen Wohnort in das übrige Reichsgebiet (ohne das Protektorat Böhmen und Mähren) verlegt hat.

(2) Die von Trägern der Reichsversicherung festgestellten Leistungen aus Versicherungsfällen vor dem Stichtag werden von den Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren übernommen, wenn der Berechtigte am Stichtag in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten gewohnt und bis zum 31. Dezember 1939 seinen Wohnort in das Protektorat Böhmen und Mähren verlegt hat. Als von einem Träger der Reichsversicherung festgestellte Leistungen gelten sämtliche Leistungen, die ein Träger der Reichsversicherung zu gewähren hat.

Artikel 6.

Die nach Artikel 5 zu übernehmenden Leistungen sind vom Beginn der Rentenzahlung, jedoch frühestens vom Stichtag an zu übernehmen.

Artikel 7.

(1) Bei der Feststellung von Leistungen aus Versicherungsfällen nach dem 30. September 1938 haben die Träger der Reichsversicherung die bei ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsträgern zurückgelegten Versicherungszeiten (Anwartschaften) zu berücksichtigen, wenn der Versicherte

1. am 1. Januar 1940 oder zuletzt vorher in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten versicherungspflichtig beschäftigt war und zu diesem Zeitpunkt im Deutschen Reich (ohne das Protektorat Böhmen und Mähren) gewohnt hat, oder

2. in der Zeit zwischen dem Stichtag und dem 31. Dezember 1939 als Grenzgänger in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten versicherungspflichtig beschäftigt war und am 1. Januar 1940 im Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren oder in den der Slowakischen Republik eingegliederten Gebieten gewohnt hat, oder
3. am Stichtag oder zuletzt vorher in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten versicherungspflichtig beschäftigt war und bis zum 31. Dezember 1939 seine Beschäftigung in das übrige Reichsgebiet (ohne das Protektorat Böhmen und Mähren) verlegt hat, oder
4. am 1. Januar 1940 als freiwillig Versicherter (Anerkennungsgebührenzahler) in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten gewohnt hat.

(2) Bei der Feststellung von Leistungen aus Versicherungsfällen nach dem 30. September 1938 haben die Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren die bei Trägern der Reichsversicherung zurückgelegten Versicherungszeiten (Anwartschaften) zu berücksichtigen, wenn der Versicherte

am Stichtag oder zuletzt vorher in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten versicherungspflichtig beschäftigt war und

bis zum 31. Dezember 1939 seinen Wohnort in das Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren verlegt hat, ohne eine versicherungspflichtige Beschäftigung in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten beizubehalten oder bis zum 31. Dezember 1939 aufzunehmen.

Als bei Trägern der Reichsversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten (Anwartschaften) gelten sämtliche im Gebiet des Grossdeutschen Reiches (ohne das Protektorat Böhmen und Mähren) erworbenen Anwartschaften.

(3) Abs. 1, 2 gelten entsprechend für die Versicherungszeiten (Anwartschaften), die in den der Slowakischen Republik und dem Königreich Ungarn eingegliederten Gebieten in der Zeit vom Stichtag bis zum 31. Dezember 1939 zurückgelegt worden sind.

Artikel 8.

Der Reichsarbeitsminister und der Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung können vereinbaren, dass in bestimmten Fällen von den Grundsätzen der Artikel 5, 7 bei Berechtigten und Versicherten, die bei ehemaligen tschecho-slowakischen Ersatzinstituten der Pensionsversicherung der Privatangestellten in höheren Diensten und den Pensionsversicherungsträgern der Angestellten der dem öffentlichen Verkehre dienenden Privatbahnen versichert waren, abgewichen wird.

Artikel 9.

Soweit nach den Artikeln 5, 7, 8 die Träger der Reichsversicherung keine Leistungen zu übernehmen oder keine Versicherungszeiten (Anwartschaften) zu berücksichtigen haben, verbleibt es bei der Zuständigkeit der Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren, es sei denn, dass die Zuständigkeit nach den Abkommen mit der Slowakischen Republik und dem Königreich Ungarn auf die Versicherungsträger dieser Staaten übergeht.

Artikel 10.

Die Gewährung der nach diesem Abkommen von Trägern der Reichsversicherung oder von Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren zu übernehmenden Leistungen und die von ihnen zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richten sich nach dem Recht des zuständigen Versicherungsträgers.

Abschnitt III.

Finanzausgleich.

Artikel 11.

(1) Aus Anlass des Übergangs von Versicherten und Berechtigten ehemaliger tschecho-slowakischer Versicherungsträger, die ihren Sitz im Protektorat Böhmen und Mähren haben, auf Träger der Reichsversicherung findet ein Finanzausgleich statt. Der Finanzausgleich besteht bei den Versicherungsträgern, deren Bereich durch die Eingliederung von ehemaligen tschecho-slowakischen Gebieten in das Deutsche Reich geteilt worden ist, in einer verhältnismässigen Teilung des für den 30. September 1938 ermittelten Vermögens der Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren nach Massgabe der Artikel 12 bis 14. Ein Finanzausgleich unterbleibt bei Versicherungsträgern, deren Bereich nicht geteilt worden ist; das gleiche gilt, wenn der Bereich eines Trägers der Krankenversicherung zwar geteilt worden ist, der Versicherungsträger aber weniger als eins vom Hundert seines Versichertenbestandes infolge der neuen Grenzziehung abgegeben hat.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend beim Übergang von Versicherten und Berechtigten ehemaliger tschecho-slowakischer Versicherungsträger, die ihren Sitz in den in das Deutsche Reich eingegliederten Gebieten haben, auf Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren.

(3) Die für den 30. September 1938 ermittelten Reinvermögen einschliesslich der Fonds und Zweckvermögen der Verbände der ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsträger werden nach einem zwischen dem Reichsarbeitsminister und dem Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung zu vereinbarenden Schlüssel geteilt.

Artikel 12.

(1) Das Reinvermögen einschliesslich der Fonds und Zweckvermögen der Träger der Krankenversicherung wird nach Massgabe der für den 30. Juni 1938 ermittelten Anzahl der Versicherten geteilt.

(2) Bei den Trägern der Krankenversicherung der öffentlichen Angestellten der Postbediensteten und der Eisenbahnbediensteten werden zur Ermittlung der Anzahl der Versicherten nach Abs. 1 Versicherte, die ihren Wohnort in der Zeit vom 1. Juli 1938 bis zum 31. Dezember 1939 innerhalb des Gebiets der ehemaligen Tschecho-slowakischen Republik verlegt haben, dem im Gebiet des neuen Wohnortes zuständigen Versicherungsträger zugerechnet.

(3) Zum Vermögen der Krankenversicherungsanstalt der ehemaligen tschecho-slowakischen Staatsbahnen gehört auch das Vermögen, das nach § 26 Satz 1 der Regierungsverordnung vom 30. Juni 1937 (Sammlung der Gesetze und Verordnungen Nr. 163) für Zwecke der Krankenversicherung bestimmt war.

Artikel 13.

Die Träger der Reichsversicherung erhalten — unbeschadet des Artikels 11 Abs. 3 und des Artikels 12 — aus dem Vermögen der

a) Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Böhmen in Prag einen Betrag von dreihundertundsiebzig Millionen tschechischen Kronen,
b) Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Mähren in Brünn einen Betrag von einhundertundfünfundsiebzig Millionen tschechischen Kronen,
c) Zentralsozialversicherungsanstalt in Prag
einen Betrag von zweitausendeinhundertundsechzig Millionen tschechischen Kronen,
d) Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag
einen Betrag von eintausendvierhundertundachtzig Millionen tschechischen Kronen,
e) Zentralbruderlade in Prag
einen Betrag von zweiundsiebzig Millionen tschechischen Kronen.

Artikel 14.

(1) Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erhält von den ehemaligen tschecho-slowakischen Ersatzinstituten der Pensionsversicherung der Privatangestellten in höheren Diensten und von den Pensionsversicherungsträgern der Angestellten der dem öffentlichen Verkehre dienenden Privatbahnen, die ihren Sitz im Protektorat Böhmen und Mähren haben, einen angemessenen Teil ihres Vermögens.

(2) Die Allgemeine Pensionsanstalt erhält von den ehemaligen tschecho-slowakischen Ersatzinstituten der Pensionsversicherung der Privatangestellten in höheren Diensten, die ihren Sitz in den in das Deutsche Reich eingegliederten Gebieten haben, einen angemessenen Teil ihres Vermögens.

(3) Die Vermögensteilung ist für jeden der in Abs. 1, 2 genannten Versicherungsträger gesondert vorzunehmen; sie hat sich auf die Pflichtversicherung einschliesslich der statutarischen Mehrversicherung und die Zusatzversicherung zu erstrecken, soweit nicht nach Artikel 8 etwas

anderes vereinbart wird. Das Reinvermögen einschliesslich der Fonds und Zweckvermögen wird nach dem Verhältnis der versicherungsmathematischen Passiven für die Ansprüche der Versicherten und Rentner, die nach Artikel 5, 7 auf Träger der Reichsversicherung übergehen, zur Gesamtsumme der versicherungsmathematischen Passiven geteilt. Die Richtlinien für die Berechnung der versicherungsmathematischen Passiven werden vom Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung aufgestellt und bedürfen der Zustimmung des Reichsarbeitsministers.

Artikel 15.

(1) Die nach diesem Abkommen zu übertragenden Vermögensgegenstände gelten als am Stichtag übergegangen.

(2) Die von den zur Übertragung von Vermögensgegenständen verpflichteten Versicherungsträgern vereinnahmten Kapitalerträgnisse für die Zeit seit dem Stichtag aus den zu übertragenden Vermögensgegenständen sind den empfangsberechtigten Versicherungsträgern bar zu überweisen. Die Ansprüche auf Kapitalerträgnisse, die für die Zeit seit dem Stichtage noch nicht erfüllt worden sind, werden den empfangsberechtigten Versicherungsträgern abgetreten.

(3) Die Übertragung der Vermögensgegenstände muss bis zum 31. Dezember 1940 beendet sein. Soweit die Übertragung nach diesem Tage erfolgt, sind für die Zeit vom 1. Januar 1941 an Zinsen in Höhe von fünf vom Hundert jährlich zu entrichten.

Artikel 16.

(1) Zur Durchführung der Vermögensteilung nach den Artikeln 12 bis 14 werden von den Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren folgende Vermögensgegenstände auf die Träger der Reichsversicherung bis zur Höhe des auf sie entfallenden Anteils übertragen:

1. Grundstücke und Gebäude nebst Zubehör in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten sowie bewegliche Sachen, die sich am 30. Juni 1938 in diesen Gebieten befunden haben;
2. Forderungen, die durch Hypotheken an Grundstücken (Liegenschaften) in den in Nr. 1 bezeichneten Gebieten gesichert sind;
3. Darlehen an Gemeinden und Bezirke, deren Gebiet ungeteilt in das Deutsche Reich eingegliedert worden ist;
4. Sonstige Forderungen gegen Schuldner in den in Nr. 1 bezeichneten Gebieten, soweit es sich nicht um Zweckeinlagen an Geld- und Kreditanstalten in diesen Gebieten handelt, aus denen diese Anstalten Darlehen gewährt haben, die durch Hypotheken auf Grundstücken (Liegenschaften) ausserhalb dieser Gebiete gesichert sind oder deren Schuldner bei nichthypothekarischer Sicherung am 1. Januar 1940 ausserhalb dieser Gebiete gewohnt haben oder ihren Sitz hatten;
5. Zweckeinlagen an Geld- und Kreditanstalten im Protektorat Böhmen und Mähren, soweit diese Anstalten daraus Darlehen ge-

währt haben, die durch Hypotheken auf Grundstücken (Liegenschaften) in den in Nr. 1 bezeichneten Gebieten gesichert sind oder deren Schuldner bei nichthypothekarischer Sicherung am 1. Januar 1940 in diesen Gebieten gewohnt haben oder ihren Sitz hatten;

6. Schuldverschreibungen und Pfandbriefe, die von Gemeinden, Bezirken, Geld- und Kreditanstalten und sonstigen Einrichtungen in den in Nr. 1 bezeichneten Gebieten ausgegeben sind.

(2) Soweit die nach Abs. 1 auf die Träger der Reichsversicherung übergehenden Vermögenswerte nicht ausreichen, um den nach diesem Abkommen vorgesehenen Finanzausgleich zu erfüllen, ist auf die übrigen Vermögensgegenstände nach Massgabe einer besonderen Vereinbarung zwischen dem Reichsarbeitsminister und dem Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung zurückzugreifen. In dieser Vereinbarung können auch Vermögensgegenstände von der Übertragung nach Abs. 1 ausgenommen werden.

(3) Beim Übergang von Vermögensgegenständen von Trägern der Reichsversicherung auf Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren gelten Abs. 1, 2 entsprechend.

(4) Die Vermögensteilung soll tunlichst im Wege einer Verrechnung erfolgen.

Artikel 17.

(1) Die Durchführung des Finanzausgleichs wird übertragen für die Reichsversicherung dem Reichsversicherungsamt, für die Sozialversicherung im Protektorat Böhmen und Mähren dem Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung.

(2) Die im Abs. 1 genannten Stellen können ihre Befugnisse auf die der Art nach zuständigen Versicherungsträger übertragen; in diesem Falle haben sie einander von der Übertragung Kenntnis zu geben.

Artikel 18.

(1) Die Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren sind — unbeschadet des Abs. 2 — von der Verpflichtung zur Zahlung der bis zum Stichtag fällig gewesenen Überweisungsbeträge für die bei ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsträgern zurückgelegten Versicherungszeiten (Anwartschaften) befreit, wenn diese Zeiten nach Artikel 7 von einem Träger der Reichsversicherung zu berücksichtigen sind.

(2) Die Regelung der Zahlung der Überweisungsbeträge, die von ehemaligen tschecho-slowakischen Ersatzinstituten der Pensionsversicherung der Privatangestellten in höheren Diensten und von den Pensionsversicherungsträgern der Angestellten der dem öffentlichen Verkehre dienenden Privatbahnen geschuldet werden, ist in den Richtlinien nach Artikel 14 Abs. 3 zu berücksichtigen.

(3) Die Dienstgeber, deren Bedienstete nach dem bis zum Stichtag geltenden Recht von der Versicherungspflicht ausgenommen waren, sind

zur Zahlung der bis zum Stichtag fällig gewesenen Überweisungsbeträge an die Versicherungsträger nach Massgabe eines zwischen dem Reichsarbeitsminister und dem Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung zu vereinbarenden Zusatzabkommens verpflichtet.

Artikel 19.

(1) Bedienstete von ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsträgern, die ihre Beschäftigung im Zusammenhang mit den Gebietsveränderungen verloren haben, haben für die der Kündigungsfrist nach dem Gesetz über die Privatangestellten vom 11. Juli 1934 (Sammlung der Gesetze und Verordnungen Nr. 154) entsprechende Zeit Anspruch auf die Dienstbezüge gegen ihren früheren Dienstgeber; die Kündigungsfrist beginnt hierbei mit dem Stichtag. Soweit solche Bedienstete über den Stichtag hinaus vorübergehend beschäftigt worden sind, beginnt die Kündigungsfrist frühestens mit dem Ende der vorübergehenden Beschäftigung, spätestens aber mit dem 1. Juli 1940. Soweit solche Bedienstete von einem Versicherungsträger oder in den öffentlichen Dienst des anderen vertragschliessenden Teiles übernommen worden sind, erhalten sie die Dienstbezüge von ihrem bisherigen Dienstgeber nur für die Zeit bis zum Antritt dieses Dienstes. Die hiernach zu gewährenden Dienstbezüge sind auf Antrag des Bediensteten binnen einem Monat nach Inkrafttreten dieses Abkommens zu zahlen, soweit die Zahlung nicht bereits erfolgt ist.

(2) Die Allgemeine Pensionsanstalt in Prag und die Arbeiterunfallversicherungsanstalten in Prag und Brünn sind verpflichtet, für ihre Bediensteten, die ihre Beschäftigung im Zusammenhang mit den Gebietsveränderungen verloren haben und keine Versorgungsbezüge erhalten, den Teil des gesamten Pensionsfonds, der dem Anteil der Prämienreserve dieser Bediensteten an der gesamten Prämienreserve entspricht, an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin zur treuhänderischen Verwaltung zu übertragen. Die Verwendung der Beträge wird durch den Reichsarbeitsminister geregelt.

(3) Treten Bedienstete ehemaliger tschecho-slowakischer Versicherungsträger, die ihre Beschäftigung im Zusammenhang mit den Gebietsveränderungen verloren haben, erneut in ein Beschäftigungsverhältnis bei ihrem früheren Dienstgeber ein, so gilt die Zeit vorübergehender Beschäftigung bei einem Versicherungsträger oder im öffentlichen Dienst des anderen vertragschliessenden Teiles nicht als Unterbrechung des früheren Dienstverhältnisses. Treten solche Bedienstete nach der vorübergehenden Beschäftigung nicht wieder in ein Beschäftigungsverhältnis bei dem früheren Dienstgeber ein, so kann dieser sie unter Gewährung der zustehenden Versorgungsbezüge in den Ruhestand versetzen; dabei ist die Zeit vorübergehender Beschäftigung als Dienstzeit anzurechnen.

(4) Die Versicherungsträger im Protektorat Böhmen und Mähren, die an ehemalige Bedienstete oder deren Hinterbliebene im Gebiete des Deutschen Reichs ausserhalb des Protektorats Böhmen und Mähren Ver-

sorgungsbezüge neben oder an Stelle von Leistungen der Sozialversicherung zahlen, können diese Zahlungen dadurch ablösen, dass sie das den Versorgungsbezügen entsprechende Deckungskapital an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte überführen. Die Ablösung bedarf der Zustimmung des Reichsarbeitsministers und des Ministers für soziale und Gesundheitsverwaltung.

Abschnitt IV.

Durchführung des Abkommens.

Artikel 20.

(1) Zur Durchführung dieses Abkommens gewähren die beiderseitigen Träger, Behörden und Gerichte der Sozialversicherung einander kostenlose Verwaltungs- oder Rechtshilfe in demselben Umfange, als ob es sich um die Durchführung der eigenen Sozialversicherung handelt.

(2) Akten und sonstige Unterlagen, die für die Durchführung dieses Abkommens und Weiterführung der Sozialversicherung notwendig sind, werden nach näherer Vereinbarung zwischen den beteiligten Versicherungsträgern ausgetauscht.

Artikel 21.

Die Träger, Behörden und Gerichte der Sozialversicherung verkehren bei der Durchführung dieses Abkommens miteinander und mit den Versicherten unmittelbar. Sie fassen ihre Schreiben in ihrer Amtssprache ab.

Artikel 22.

Für Rechts- und Amtshandlungen, die bei der Durchführung dieses Abkommens vorzunehmen sind, werden Steuern, Abgaben, Stempelkosten und andere Gebühren nicht erhoben.

Artikel 23.

Die beiden vertragschliessenden Teile können die Bestimmungen dieses Abkommens ergänzen und ändern.

Artikel 24.

Streitigkeiten, die sich bei der Auslegung und Durchführung dieses Abkommens ergeben, werden vom Reichsarbeitsminister im Benehmen mit dem Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung entschieden.

Artikel 25.

Rechtsmittelfristen und Verfahrensfristen, die am Stichtag liefen, sind bis zum Inkrafttreten dieses Abkommens unterbrochen.

Artikel 26.

Für die vorläufige Anwendung des Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und der ehemaligen Tschecho-slowakischen Republik über

Sozialversicherung vom 21. März 1931*) und des Vertrages zwischen der ehemaligen Republik Österreich und der ehemaligen Tschecho-slowakischen Republik über Sozialversicherung vom 21. September 1931**) gilt bis zur Neuregelung der Beziehungen zwischen den Trägern der Reichsversicherung und den Versicherungsträgern des Protektorats Böhmen und Mähren folgendes:

1. Die nach Artikel 5 Abs. 1 und Artikel 7 Abs. 1 von Trägern der Reichsversicherung zu übernehmenden Leistungen oder zu berücksichtigenden Versicherungszeiten (Anwartschaften) gelten im Sinne der Verträge als Leistungen und Versicherungszeiten der Reichsversicherung.
2. Die Leistungen und Versicherungszeiten (Anwartschaften), die
   a) nach Artikel 5 Abs. 2 und Artikel 7 Abs. 2 von Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren zu übernehmen oder zu berücksichtigen sind und
   b) nach Artikel 9 bei den Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren verbleiben und
   c) bei den Versicherungsträgern im Protektorat Böhmen und Mähren erworben oder zurückgelegt werden,

   gelten im Sinne der Verträge als Leistungen und Versicherungszeiten (Anwartschaften) der ehemaligen tschecho-slowakischen Sozialversicherung.
3. Für das Recht auf freiwillige Versicherung stehen die deutschen Versicherungszeiten einschliesslich der unter Nr. 1 genannten Versicherungszeiten und die bei einem ehemaligen tschecho-slowakischen Versicherungsträger zurückgelegten Versicherungszeiten einschliesslich der unter Nr. 2 genannten Versicherungszeiten einander gleich.

Abschnitt V.

Schlussbestimmungen.

Artikel 27.

Dieses Abkommen tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Prag, den 14. März 1940.

Für den Reichsarbeitsminister

Dr. Hans Engel.

Der Minister für soziale und Gesundheitsverwaltung

Dr. Klumpar.

---

*) V. N.R.G. 3. s. XXXIV, p. 489.
**) Rectius: 5 septembre 1931. V. N.R.G. 3. s. XXXV, p. 571.

27.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Troisième Accord additionnel au Traité de commerce du 18 juillet 1931;*) signé à Budapest, le 6 juillet 1937.**)***)

Reichsgesetzblatt 1937. II, No. 30; 1939. II, No. 24.

Dritte Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn sind die nachstehenden Vereinbarungen über die Ergänzung und Änderung des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931 getroffen worden:

Artikel 1.

Artikel 15, vierter Absatz, erster Satz des Handelsvertrages erhält folgende Fassung:

Die Ursprungszeugnisse können im Deutschen Reiche von der Zollbehörde des Versandortes im Innern oder an der Grenze, der zuständigen Industrie- und Handelskammer, der Hauptabteilung II der Landesbauernschaften, den Aussenhandelsstellen oder den Handwerkskammern, im Königreich Ungarn von der Zollbehörde des Versandortes im Innern oder an der Grenze oder von der zuständigen Industrie-, Handels- oder Landwirtschaftskammer ausgestellt werden.

Artikel 2.

Die Anlage A (Zölle bei der Einfuhr nach Deutschland) wird wie folgt geändert:

Hinter der Tarif-Nr. aus 641 ist einzufügen:

Anmerkung zum 11. Abschnitt des Tarifs.

Werbedruckschriften und Werbeplakate, deren wesentlicher Zweck darin besteht, zum Besuch von Gegenden und Orten, Messen, Ausstellungen, kulturellen oder sportlichen Veranstaltungen in Ungarn anzuregen, bleiben ohne Rücksicht auf den Umfang des Anzeigenteils zollfrei, vorausgesetzt, daß diese Druckschriften und Plakate in Ungarn hergestellt sind, im deutschen Zollgebiet von dem Einführer unentgeltlich abgegeben werden und ihr Charakter als Werbemittel augenscheinlich ist.

---

*) V. **N.R.G.** 3. s. XXXV, p. 477.

**) Mis en application provisoire à partir du 1er août 1937. — Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 1er juin 1939.

***) En langues allemande et hongroise. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

Artikel 3.

Die Anlage B (Zölle bei der Einfuhr nach Ungarn) wird wie folgt geändert:

Hinter der Tarif-Nr. aus 534a ist einzufügen:

Anmerkung zu der Tarif-Nr. 534.

Ankündigungen, Plakate und Broschüren, die den Besuch von deutschen Touristenorten und Bädern anempfehlen oder den Fremdenverkehr im Deutschen Reich überhaupt propagieren, sind ohne Rücksicht auf den Umfang des Annoncenteils zollfrei abzufertigen.

Artikel 4.

Das Schlussprotokoll „Zu Anlage B" des Handelsvertrages wird wie folgt geändert:

1. Hinter „Zur Tarif-Nr. 459" ist einzufügen:

Zur Tarif-Nr. 534.

Unter den Ankündigungen und Broschüren, die den Fremdenverkehr im Deutschen Reich propagieren, werden, solange diesbezüglich Gegenseitigkeit geübt wird, auch solche verstanden, die überwiegend Preisangaben enthalten oder denen Preisverzeichnisse beigelegt sind, ferner solche, die sich auf Messen, kulturelle oder sportliche Veranstaltungen beziehen, vorausgesetzt, dass diese Druckschriften im Deutschen Reiche hergestellt sind, in Ungarn von dem Einführer unentgeltlich abgegeben werden und ihr Charakter als Werbemittel augenscheinlich ist.

2. Der erste Satz „Zur Tarif-Nr. 593" erhält folgende Fassung:

Zellwollgarne (Garne aus Kunstfasern, die aus Zellulosederivaten hergestellt sind), fallen unter die Tarif-Nr. 593, sind jedoch mit den Zöllen der ihnen entsprechenden Baumwollgarne (einfach bzw. gezwirnt; roh bzw. gebleicht, gefärbt usw., schliesslich nach der englischen Nr.) mit einem Zuschlage von 25 v. H. zu verzollen.

Artikel 5.

Diese Vereinbarung bildet einen Bestandteil des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931. Sie soll ratifiziert werden und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgen soll, in Kraft.

Die vertragschliessenden Regierungen werden die Vereinbarung jedoch schon vor dem Austausch der Ratifikationsurkunden vom 1. August 1937 ab vorläufig anwenden.

Unterzeichnet in Budapest, in deutscher und ungarischer Sprache in je 2 Urschriften am 6. Juli 1937.

Karl Ritter.
v. Nickl.

28.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Quatrième et cinquième Accords additionnels au Traité de commerce du 18 juillet 1931;*) signés à Berlin, le 7 mai 1938 et à Munich, le 2 mars 1939.**)***)

Reichsgesetzblatt 1939. II, No. 16; 1941. II, No. 47.

Vierte Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn.

Aus Anlass der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich werden zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn die nachstehenden Vereinbarungen über die Ergänzung und Änderung des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931, seiner Anlagen und der dazu ergangenen Zusatzvereinbarungen getroffen:

Artikel I.

Zu Artikel 10 Abs. 2 des Handelsvertrages vom 18. Juli 1931.

Die Anlage B (Zölle bei der Einfuhr aus Österreich nach Ungarn) zu Artikel I des am 21. Dezember 1932 unterzeichneten Zusatzabkommens†) zu dem zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn am 8. Februar 1922 geschlossenen Handelsübereinkommen††) wird in ihrer am Tage der Unterfertigung dieser Vierten Zusatzvereinbarung gültigen Form ein Bestandteil der Anlage B (Zölle bei der Einfuhr aus Deutschland nach Ungarn) des am 18. Juli 1931 geschlossenen Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn und seiner Zusatzvereinbarungen, und zwar mit folgenden Änderungen:

[suivent des dispositions tarifaires]

Artikel II.

Zu Artikel 13 des Handelsvertrages vom 18. Juli 1931.

In Artikel 13 a. a. O. ist im ersten Absatz Ziffer d) anstatt „auf Messen oder Ausstellungen gebracht" zu setzen „auf Märkte, Messen oder Ausstellungen gebracht oder versandt".

---

*) V. **N.R.G.** 3. s. XXXV, p. 477.

**) Les deux Accords ont été mis en application provisoire à partir du 1er avril 1939. L'échange des ratifications de l'Accord du 7 mai 1938 a eu lieu à Budapest, le 20 novembre 1941. V. Reichsgesetzblatt 1941. II, p. 468.

***) En langues allemande et hongroise. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

†) V. **N.R.G.** 3. s. XXXIV, p. 617.

††) V. **N.R.G.** 3. s. XIX, p. 772.

Artikel III.

Artikel 22 des Handelsvertrages wird wie folgt ergänzt:

Die Beförderung von Personen und Gütern auf Binnenwasserwegen unterliegt keinen anderen Beschränkungen als denen, die sich aus den Zoll- und Polizeivorschriften, aus den Vorschriften über das Gesundheitswesen sowie über die Ein- und Auswanderung, endlich aus den Ein- und Ausfuhrverboten ergeben.

Artikel IV.

Zu dem Schlussprotokoll zu dem Handelsvertrag vom 18. Juli 1931.

In dem Schlussprotokoll zu dem Handelsvertrag werden die Bestimmungen „zu Artikel 15" gestrichen.

Artikel V.

Diese Vereinbarung bildet einen Bestandteil des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931. Sie soll ratifiziert werden und tritt am 15. Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Budapest erfolgen soll, in Kraft.

Die vertragschliessenden Regierungen werden sich darüber verständigen, von welchem Zeitpunkt ab diese Zusatzvereinbarung vorläufig angewendet werden soll.

Unterzeichnet in Berlin in deutscher und ungarischer Sprache in je zwei Urschriften am 7. Mai 1938.

Carl Clodius.
Nickl.

Schlussprotokoll.

Bei der am heutigen Tage erfolgten Unterzeichnung der Vierten Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931 wurde Einvernehmen über Folgendes festgestellt:

1. Zu dem deutsch-ungarischen Handelsvertrag vom 18. Juli 1931.

Die veterinären Bestimmungen der Anlage D zu Artikel 17 des Handelsvertrages finden für die Ein- und Durchfuhr von lebenden Tieren, Fleisch, tierischen Teilen und Erzeugnissen aus Ungarn nach dem Land Österreich nach Massgabe der Anlage zu diesem Schlussprotokoll Anwendung.

2. Zu dem Schlussprotokoll zu dem Zusatzabkommen vom 21. Dezember 1932 zu dem österreichisch-ungarischen Handelsübereinkommen vom 8. Februar 1922.

Die Bestimmungen des Abschnittes III (zum ungarischen Zolltarif) werden in ihrer am heutigen Tage gültigen Form ein Bestandteil des Schlussprotokolls zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich

und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931. Ausgenommen hiervon ist die Bestimmung zu Tarifnr. 287a (festes Wasserglas), die entfällt.

Unterzeichnet in Berlin in deutscher und ungarischer Sprache in je zwei Urschriften am 7. Mai 1938.

Carl Clodius.
Nickl.

Anlage zu Ziffer 1 des Schlussprotokolls zu der Vierten Zusatzvereinbarung vom 7. Mai 1938 zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn.

Für die Ein- und Durchfuhr von lebenden Tieren, Fleisch, tierischen Teilen und Erzeugnissen aus Ungarn nach dem Lande Österreich gelten die veterinären Bestimmungen der Anlage D zu Artikel 17 des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931 mit folgender Massgabe:

§ 1.

Schlachtpferde.

Die Einfuhr von Schlachtpferden ist nur unmittelbar in den Schlachthof Wien zugelassen.

Die Schlachtpferde unterliegen bei der Einfuhr der grenztierärztlichen Untersuchung. Von der Vornahme der Blutuntersuchung wird abgesehen.

Bei der Einfuhr der Schlachtpferde sind Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse nach Muster a der vorbezeichneten Anlage D beizubringen.

§ 2.

Die Einfuhr lebender Rinder zu Schlachtzwecken darf über besonders dafür zugelassene Grenzeingangsstellen auch zur Abschlachtung in Wien oder anderen noch zu bestimmenden Orten unter den in der vorbezeichneten Anlage D Abschnitt A I Nr. 2 vereinbarten Bedingungen erfolgen (wegen der Fassung der Gesundheitszeugnisse s. § 3).

§ 3.

Lebende Rinder und Schweine dürfen zu Nutzzwecken nach Österreich nur eingeführt werden, wenn deutscherseits im Einzelfall ein züchterisches Bedürfnis dafür anerkannt wird.

Die Einfuhr bedarf einer besonderen veterinär-polizeilichen Erlaubnis, die erlischt, soweit von ihr nicht innerhalb von 3 Monaten Gebrauch gemacht worden ist.

Bei der Einfuhr dieser Nutztiere sind Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse entsprechend den Mustern b und g der eingangs aufgeführten Anlage D beizubringen mit der Massgabe, dass in den Mustern b und g

statt 25 Kilometer 10 Kilometer und statt 6 Wochen 4 Wochen und im Muster g ausserdem statt 10 Kilometer 5 Kilometer gesetzt werden.

Im übrigen gelten für die Einfuhr die deutscherseits in den veterinär-polizeilichen Einfuhrbewilligungen von Fall zu Fall festzusetzenden Bedingungen.

§ 4.

Die Anlage D zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931 wird wie folgt ergänzt:

1. Hinter Abschnitt A I Nr. 2 wird folgende Nr. 2a eingefügt:

Lebende Schweine zu Schlachtzwecken nach Dresden, Wien oder noch zu bestimmenden Orten.

a) Die Tiere unterliegen bei der Einfuhr der grenztierärztlichen Untersuchung.

b) Die Einfuhr darf nur über besonders zugelassene Grenzeingangsstellen erfolgen.

c) Die Einfuhr bedarf einer besonderen veterinär-polizeilichen Erlaubnis, die erlischt, soweit von ihr nicht innerhalb 3 Monaten Gebrauch gemacht worden ist.

d) Den Schweinen sind Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse entsprechend dem Muster g der vorerwähnten Anlage D beizugeben mit der Massgabe, dass in dem Muster g statt 25 Kilometer 10 Kilometer, statt 6 Wochen 4 Wochen und statt 10 Kilometer 5 Kilometer gesetzt werden.

2. Das Muster h der Anlage D erhält im ersten Absatz hinter dem Worte „Umkreis“ folgende neue Fassung:

„von 10 km innerhalb der letzten 4 Wochen die Maul- und Klauenseuche und in einem Umkreis von 25 km innerhalb der letzten 6 Wochen die Schafpocken geherrscht haben“.

3. Hinter Abschnitt A II Nr. 1 wird folgende Nr. 1 a eingefügt:

Geschlachtete Rinder, Kälber, Schafe und Schweine.

a) Das Fleisch unterliegt bei der Einfuhr den Vorschriften des Reichsfleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 (Reichsgesetzbl. S. 547).

b) Die Auslandsfleischbeschau darf nur in den deutscherseits zu bestimmenden Orten erfolgen.

c) Die Einfuhr bedarf einer besonderen veterinär-polizeilichen Erlaubnis, die erlischt, soweit von ihr nicht innerhalb von 3 Monaten Gebrauch gemacht worden ist.

d) Das Fleisch muss von Tieren stammen, die in den unter Abschnitt A II Nr. 1 Abs. c der eingangs erwähnten Anlage D aufgeführten ungarischen Schlachthöfen oder Exportschlächtereien geschlachtet sind.

e) Bei der Einfuhr des Fleisches sind Gesundheitszeugnisse entsprechend den Mustern d und i beizubringen mit der Massgabe, dass im Muster i statt „Durchfuhr“ „Einfuhr“ und in beiden Mustern statt 10 Kilometer 5 Kilometer gesetzt werden.

§ 5.

Der eingangs erwähnten Anlage D werden folgende Schlussbestimmungen angefügt:

Schlussbestimmungen.

Auch für die Einfuhr lebender Klauentiere gelten die Bestimmungen des Abschnittes B Abs. 4 der Anlage D, d. h. von der Benutzung von Spezialwagen gemäss Satz 1 kann nur dann abgesehen werden, wenn nach Prüfung der veterinären Verhältnisse Ungarns dies unbedenklich erscheint. Für diesen Fall können auch andere Spezialwagen benutzt werden, die so eingerichtet sind, dass das Herausfallen und Herausickern von tierischen Ausscheidungen, von Schmutz und Gegenständen, die Träger des Ansteckungsstoffes sein können, verhindert wird.

Wenn in den Gebieten eines der vertragschliessenden Teile die Rinderpest, Lungenseuche der Rinder oder die Beschälseuche der Pferde auftritt, wird die Regierung des anderen Teils von dem Ausbruch und der Verbreitung der Seuche auf telegraphischem Wege unmittelbar Nachricht geben.

Die für den gegenseitigen Viehverkehr in Betracht kommenden Grenzeingangsstellen werden vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens im gegenseitigen Einvernehmen festgestellt und sollen künftig nur im gegenseitigen Einvernehmen abgeändert werden.

Bei Zurückweisungen von Sendungen soll der Grund der Zurückweisung auf dem Gesundheitszeugnis angegeben und durch Unterschrift des Grenztierarztes bestätigt werden. Auch soll der ungarische Grenztierarzt schriftlich oder mündlich verständigt werden.

Die unmittelbare Durchfuhr von Tieren, tierischen Teilen, Erzeugnissen und Rohstoffen sowie Gegenständen, die Träger des Ansteckungsstoffes sein können aus und nach dem Gebiete des einen durch das Gebiet des anderen vertragschliessenden Teils ist in zollamtlich verschlossenen Eisenbahnwagen ohne jede Beschränkung unter der Voraussetzung zulässig, dass die Tiere gesund sind und die Herkunft aus seuchenfreien Beständen durch Ursprungszeugnis nachgewiesen ist. Eine tierärztliche Grenzuntersuchung findet bei diesem Verkehr nicht statt.

Fünfte Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn ist die nachstehende Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag vom 18. Juli 1931 nebst dem dazugehörigen Schlussprotokoll vom gleichen Tage getroffen worden:

Artikel 1.

Die Anlage A (Zölle bei der Einfuhr nach Deutschland) wird wie folgt geändert:

[suivent des dispositions tarifaires]

Artikel 2.

Zu Anlage B — Zur Tarifnr. 134 — des Schlussprotokolls zu dem Handelsvertrag vom 18. Juli 1931.

Anspruch auf Zollfreiheit haben weiter nachbenannte Wässer aus deutschen Quellen:

Biliner Sauerbrunn, die Karlsbader Wässer: Marktbrunn, Mühlbrunn, Schlossbrunn und Sprudel, ferner Krondorfer Sauerbrunn, die Marienbader Wässer: Kreuzbrunn und Rudolfquelle sowie Mattonis Giesshübler.

Artikel 3.

Diese Vereinbarung bildet einen Bestandteil des Handelsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931. Sie soll ratifiziert werden und tritt am fünfzehnten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Budapest erfolgen soll, in Kraft.

Die vertragschliessenden Regierungen werden sich darüber verständigen, von welchem Zeitpunkt ab diese Zusatzvereinbarung vorläufig angewendet werden soll.

Unterzeichnet in München in deutscher und ungarischer Sprache in je zwei Urschriften am 2. März 1939.

Carl Clodius. *Nickl.*

Schlussprotokoll.

Bei der am heutigen Tag erfolgten Unterzeichnung der Fünften Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn ist zu Artikel 1 Ziffer 3 folgendes vereinbart worden:

Die Abfertigung der elektrischen Glühlampen bei einem Eigengewicht des Stückes von mehr als 30 g zum freien Verkehr des deutschen Zollgebiets zu dem Vertragszollsatz von 80 RM für 1 dz ist nur zulässig entweder bei höchstens zwei im Einvernehmen beider Regierungen zu bestimmenden Zollstellen oder, ohne Beschränkung auf bestimmte Zollstellen, wenn Kontingentsbescheinigungen vorgelegt werden, die von einer deutschen Zollstelle bestätigt sind.

Die Königlich Ungarische Regierung wird der Deutschen Regierung mitteilen, welche Regelung sie für die elektrischen Glühlampen wählt.

Die beiden Regierungen werden sich über die ungarische Stelle, die die Kontingentsbescheinigungen erteilt, und über das zu beobachtende Verfahren verständigen.

Dieses Schlussprotokoll bildet einen wesentlichen Bestandteil der heute unterzeichneten Zusatzvereinbarung und gilt ebenso lange wie diese.

Unterzeichnet in München in deutscher und ungarischer Sprache in je zwei Urschriften am 2. März 1939.

Carl Clodius. *Nickl.*

Auswärtiges Amt.

Berlin, den 22. März 1939.

Herr Gesandter,

ich beehre mich, Euerer Exzellenz mitzuteilen, dass die Deutsche Regierung damit einverstanden ist, dass die am 7. Mai 1938 in Berlin unterzeichnete Vierte Zusatzvereinbarung und die am 2. März 1939 in München unterzeichnete Fünfte Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 1. April 1939 an vorläufig angewendet werden.

Genehmigen Sie, Herr Gesandter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

von Weizsäcker.

An den Königlich Ungarischen Gesandten, Herrn Döme Sztojay.

29.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Sixième Accord additionnel au Traité de commerce du 18 juillet 1931;*) signé à Budapest, le 20 juillet 1940.**) ***)

Reichsgesetzblatt 1940. II, No. 29; 1942. II, No. 1.

Sechste Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn.

Die Deutsche und die Königlich Ungarische Regierung haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1.

Von dem Zeitpunkt ab, an dem die Zollgrenze zwischen dem Protektorat Böhmen und Mähren und dem übrigen Deutschen Reich aufgehoben wird, gilt für das Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren der Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931 nebst seinen Anlagen und Zusatzvereinbarungen.

Artikel 2.

Die Anlagen A und B zum Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931 werden durch die Anlagen A und B dieser Zusatzvereinbarung†) ersetzt. Die Anlage C zum Handelsvertrag wird gestrichen.

---

*) V. **N.R.G.** 3. s. XXXV, p. 477.

**) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 18 décembre 1942.

***) En langues allemande et hongroise. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

†) Non reproduites.

Die Vereinbarung aus der Anlage A Anmerkung zur Tarifnr. aus 911 unter Ziffer 2 wird erst von dem im Artikel 1 bezeichneten Zeitpunkt ab angewandt.

Artikel 3.

Die Bestimmungen des Schlussprotokolls zu den Anlagen A und B zum Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931 erhalten folgende Fassung:

[suivent des dispositions tarifaires].

Artikel 4.

Diese Zusatzvereinbarung, die ratifiziert werden soll, bildet einen Bestandteil des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931. Sie tritt am Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgen soll, in Kraft. Sie wird jedoch vom 1. September 1940 ab vorläufig angewendet werden.

Unterzeichnet in Budapest in deutscher und ungarischer Sprache in je 2 Urschriften am 20. Juli 1940.

Carl Clodius.
Nickl.

30.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Septième Accord additionnel au Traité de commerce du 18 juillet 1931;*) signé à Budapest, le 29 juillet 1941.**)***)

Reichsgesetzblatt 1941. II, No. 33; 1942. II, No. 15.

Siebente Zusatzvereinbarung zum Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn ist die nachstehende Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag vom 18. Juli 1931 getroffen worden:

Artikel 1.

Die Anlage A (Zölle bei der Einfuhr nach Deutschland) wird wie folgt geändert:

---

*) V. N.R.G. 3. s. XXXV, p. 477.

**) Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 30 avril 1942.

***) En langues allemande et hongroise. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

1. In der Tarif-Nr. aus 115 Abs. 2 wird hinter „300 dz“ eingefügt „Reingewicht“.
2. a) In den Tarif-Nr. aus 178 und aus 179 werden die Zollsätze „350 RM“ geändert in „175 RM“.
   b) Satz 1 der Anmerkung zu Nrn. 178 und 179 erhält folgende Fassung:
   „Die Vertragszollsätze von 175 RM gelten vom 1. September bis 31. Dezember 1941 für eine Gesamtmenge von 100 dz und im Kalenderjahr 1942 für eine Gesamtmenge von 300 dz“.
3. In der Tarif-Nr. aus 627 wird statt „bis zu einer Menge von 15 000 dz in der Zeit vom 1. September 1940 bis 31. August 1941“ gesetzt „bis zu einer Menge von 25 000 dz in der Zeit vom 1. September 1941 bis 31. August 1942“.
4. Die Anmerkung zu Tarif-Nr. aus 911 wird wie folgt geändert:
   a) In Ziffer 2 des Absatzes 1 wird statt „300 v. H.“ gesetzt „450 v. H. — Im Jahre 1941 600 v. H. —“.
   b) Absatz 2 wird gestrichen.

Artikel 2.

Diese Zusatzvereinbarung, die ratifiziert werden soll, bildet einen Bestandteil des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931. Sie tritt am Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgen soll, in Kraft. Sie wird jedoch vom 1. September 1941 ab vorläufig angewendet werden.

Unterzeichnet in Budapest in doppelter Urschrift am 29. Juli 1941.

Carl Clodius.
Nickl.

31.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Huitième Accord additionnel au Traité de commerce du 18 juillet 1931;*) signé à Budapest, le 1er août 1942.**)

Reichsgesetzblatt 1942. II, No. 28.

Achte Zusatzvereinbarung zum Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn ist die nachstehende Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag vom 18. Juli 1931 getroffen worden.

*) V. N.R.G. 3. s. XXXV, p. 477.
**) Mis en vigueur, à titre provisoire, à partir du 1er septembre 1942.

Artikel 1.

Die Anlage A (Zölle bei der Einfuhr nach Deutschland) wird wie folgt geändert:

In der Tarifnummer aus 627 wird statt „bis zu einer Menge von 25 000 dz in der Zeit vom 1. September 1941 bis 31. August 1942" gesetzt „bis zu einer Menge von 25 000 dz in der Zeit vom 1. September 1942 bis 31. August 1943".

Artikel 2.

Diese Zusatzvereinbarung, die ratifiziert werden soll, bildet einen Bestandteil des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931. Sie tritt am Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgen soll, in Kraft. Sie wird jedoch vom 1. September 1942 ab vorläufig angewendet werden.

Unterzeichnet in Budapest in doppelter Urschrift am 1. August 1942.

Carl Clodius.
Nickl.

32.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Neuvième Accord additionnel au Traité de commerce du 18 juillet 1931;*) signé à Budapest, le 15 mars 1943.**)

Reichsgesetzblatt 1943. II, No. 15.

Neunte Zusatzvereinbarung zum Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn ist die nachstehende Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag vom 18. Juli 1931 getroffen worden.

Artikel 1.

Die Anlage A (Zölle bei der Einfuhr nach Deutschland) wird wie folgt geändert:

[suit une disposition tarifaire].

Artikel 2.

Diese Zusatzvereinbarung, die ratifiziert werden soll, bildet einen Bestandteil des Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und

*) V. N.R.G. 3. s. XXXV, p. 477.
**) Mis en vigueur, à titre provisoire, à partir du 1er janvier 1943.

dem Königreich Ungarn vom 18. Juli 1931*). Sie tritt am Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgen soll, in Kraft. Sie wird jedoch mit Rückwirkung vom 1. Januar 1943 ab vorläufig angewendet werden.

Unterzeichnet in Budapest in doppelter Urschrift am 15. März 1943.

Carl Clodius.
von Nickl.

33.

ALLEMAGNE, HONGRIE.

Dixième Accord additionnel au Traité de commerce du 18 juillet 1931;*) signé à Budapest, le 7 août 1943.**)

Reichsgesetzblatt 1943. II, No. 33.

Zehnte Zusatzvereinbarung zum Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn ist die nachstehende Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag vom 18. Juli 1931 getroffen worden.

Artikel 1.

Die Anlage A (Zölle bei der Einfuhr nach Deutschland) wird wie folgt geändert:

[suit une disposition tarifaire].

Artikel 2.

Diese Zusatzvereinbarung, die ratifiziert werden soll, bildet einen Bestandteil des Handelsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn vom 31. Juli 1931. Sie tritt am Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgen soll, in Kraft. Sie wird jedoch vom 1. September 1943 ab vorläufig angewendet werden.

Unterzeichnet in Budapest in doppelter Urschrift am 7. August 1943.

Carl Clodius.
von Nickl.

---

*) V. **N.R.G.** 3. s. XXXV, p. 477.
**) Mis en application, à titre provisoire, dès le 1er septembre 1943.

34.

ALLEMAGNE, FINLANDE.

Deuxième Protocole additionnel à l'Article 2 de l'Accord de clearing du 29 juin 1940.*)

Reichsgesetzblatt 1943. II, No. 34.

Zweites Protokoll zu Artikel 2 des Abkommens über die Zahlungen im Warenverkehr zwischen Deutschland und Finnland (deutsch-finnisches Verrechnungsabkommen) vom 29. Juni 1940. Vom 29. Juli 1943.

Es ist Einverständnis darüber erzielt worden, dass für den Zahlungsverkehr auf dem Versicherungsgebiet zwischen Deutschland und Finnland, soweit er nicht schon in dem Protokoll vom 29. Juni 1940 geregelt ist, folgende Regelung gelten soll:

1.

Zahlungen im Versicherungs- und Rückversicherungsverkehr sind im Wege des deutsch-finnischen Verrechnungsabkommens zu leisten, soweit sie auf Verträgen beruhen, die auf Reichsmark oder auf finnische Mark lauten. Im Rückversicherungsverkehr sind auch Verrechnungen von Salden zwischen den Vertragspartnern zulässig.

Soweit die Verpflichtungen auf eine dritte Währung lauten und die Vertragspartner durch effektive Zahlung in der dritten Währung zu erfüllen haben, sind die Verpflichtungen in dieser Währung effektiv auszugleichen.

2.

Als Zahlungen im Versicherungs- und Rückversicherungsverkehr gelten neben der Zahlung der Prämien und der Auszahlung von Versicherungs- oder Schadensummen bei Eintritt des Versicherungsfalles alle Zahlungen, die geschäftsüblich mit dem Abschluss und der Durchführung eines Versicherungs- oder Rückversicherungsvertrages verbunden sind, z. B. Rückversicherungs- und Vermittlerprovisionen, Abschlussgebühren, Gewinnanteile, Schadenerhebungskosten, Zinsen und Rückflüsse (Provenues).

3.

In Ergänzung von 1. gilt für den Rückversicherungszahlungsverkehr zwischen beiden Ländern noch folgende Vereinbarung:

a) Finnische Versicherungsunternehmungen, die in Deutschland Rückversicherungsbeziehungen mit Versicherungsunternehmungen unterhalten, die in Deutschland zum Geschäftsbetrieb befugt sind, können mit Genehmigung der deutschen Devisenbehörden

---

*) V. N.R.G. 3. s. XXXIX, p. 723. Le premier Protocole ibid. p. 727.

zur Durchführung ihres in deutscher Währung abgeschlossenen Rückversicherungs- und Retrozessionsgeschäftes besondere Versicherungs-Inlandkonten bei deutschen Bankinstituten unterhalten. Aus einem solchen Konto kann der Kontoinhaber eigene Rückversicherungsleistungen an deutsche Versicherungsfirmen sowie eigene Rückversicherungsleistungen auf gleichartige Inlandkonten anderer ausländischer Versicherungs- und Rückversicherungsfirmen ohne Genehmigung bewirken. Ferner können auf diese Konten die deutschen Vertragspartner ihre Rückversicherungsleistungen gegenüber den Kontoinhabern auf Grund einer seitens der deutschen Devisenbehörden zu erteilenden allgemeinen Genehmigung einzahlen.

Nichtverbrauchte Salden der Versicherungs-Inlandkonten können im Wege des deutsch-finnischen Verrechnungsabkommens mit Genehmigung der deutschen Devisenbehörden nach Finnland überwiesen werden.

b) Deutsche Versicherungsunternehmungen, die in Finnland Rückversicherungsbeziehungen mit Versicherungsunternehmungen unterhalten, die in Finnland zum Geschäftsbetrieb befugt sind, können mit Genehmigung der Finlands Bank zur Durchführung ihres in finnischer Währung abgeschlossenen Rückversicherungs- und Retrozessionsgeschäftes besondere Versicherungs-Inlandkonten bei finnischen Bankinstituten unterhalten. Zugunsten und zu Lasten derartiger Konten können auf Grund einer durch die Finlands Bank zu erteilenden generellen Devisenbewilligung Zahlungen vorgenannter Art zwischen dem Kontoinhaber und seinen finnischen Vertragspartnern erfolgen.

Nichtverbrauchte Salden der Versicherungs-Inlandkonten können im Wege des deutsch-finnischen Verrechnungsabkommens mit Genehmigung der Finlands Bank nach Deutschland überwiesen werden.

4.

Für die Überweisungen im Versicherungszahlungsverkehr zwischen Deutschland und Finnland gelten die in beiden Ländern in Kraft befindlichen devisenrechtlichen Bestimmungen.

Die Überweisungsaufträge zu Zahlungen im Versicherungs- und Rückversicherungsverkehr sind mit dem Aufdruck „Zahlung im deutsch-finnischen Versicherungsverkehr“ zu kennzeichnen und werden bevorzugt behandelt, indem fällige diesbezügliche Guthaben unabhängig von dem sonstigen Stande der Verrechnung unverzüglich überwiesen werden.

5.

Dieses Protokoll bildet einen Bestandteil des deutsch-finnischen Verrechnungsabkommens vom 29. Juni 1940.

Es tritt am 15. Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Helsinki stattfinden soll, in Kraft. Die beiden Regierungen sind

jedoch darüber einig, dass dieses Abkommen bereits vom 1. September 1943 ab vorläufig angewendet werden soll.

Bis zu diesem Zeitpunkt in freien Reichsmark oder in freien Finnmark entstandene Guthaben der Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmungen beider Länder können ab 1. September 1943 entweder gemäss der Regelung in Ziffer 1 oder gemäss der Regelung in Ziffer 3 dieses Protokolls behandelt werden.

Geschehen in doppelter Ausfertigung in deutscher und finnischer Sprache in

Berlin am 29. Juli 1943.

Für die Deutsche Regierung

Karl Schnurre.

Für die Finnische Regierung

N. A. Osara.

35.

SUÈDE, TURQUIE.

Accord de commerce; signé à Ankara, le 29 février 1940.

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1940, No. 1.

Le Gouvernement Royal de Suède et le Gouvernement de la République Turque, animés du même désir de développer les échanges commerciaux entre les deux Pays, ont convenu de ce qui suit:

Article 1er.

Les marchandises d'origine suédoise seront admises en Turquie conformément aux dispositions du régime général d'importation actuellement en vigueur en Turquie.

En cas de modification du système actuel, les dispositions du présent Accord seront réadaptées, d'un commun accord, aux circonstances nouvelles.

Article 2.

Les marchandises d'origine turque seront admises à la libre importation en Suède pour autant qu'il n'y aura pas une règlementation générale des importations des marchandises en Suède.

En cas de modification du système de libre importation, les dispositions du présent Accord seront réadaptées, d'un commun accord, aux circonstances nouvelles.

Article 3.

Les créances résultant des échanges commerciaux effectués conformément aux dispositions du présent Accord, seront réglées suivant les dispositions de l'Accord de Clearing signé en date de ce jour.*).

---

*) V. ci-dessous, No. 36.

Article 4.

Les marchandises expédiées de part et d'autre après la mise en vigueur du présent Accord devront être accompagnées d'un certificat d'origine délivré en double exemplaire par les autorités compétentes des deux Pays conformément au modèle ci-annexé.*)

Le duplicata „B" de ces certificats sera estampillé par le Bureau de Douane d'entrée et remis par ses soins à l'Etablissement où l'importateur aura à effectuer le versement.

Article 5.

Le présent Accord entrera en vigueur le 1er mars 1940 et expirera le 1er mars 1941.

Il sera renouvelé par tacite reconduction pour des périodes d'une année si l'un des deux Pays ne l'a pas dénoncé trois mois avant la date de son expiration.

Fait à Ankara, en double exemplaire, le 29 Février 1940.

Sven Allard.
M. C. Açikalin.

36.

SUÈDE, TURQUIE.

Accord de clearing; signé à Ankara, le 29 février 1940.

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1940, No. 2.

Afin de faciliter le règlement des paiements résultant des échanges commerciaux entre les deux Pays, le Gouvernement Royal de Suède et le Gouvernement de la République Turque ont convenu de ce qui suit:

Article 1er.

Toute créance commerciale résultant de l'importation des marchandises d'origine turque en Suède devra être réglée par le versement, en couronnes suédoises, de la somme due à la Sveriges Riksbank en sa qualité de caissier du Clearingkontoret.

Les sommes ainsi encaissées seront utilisées comme suit:

a) 25 % seront versés dans un compte spécial dit „B", en couronnes suédoises, ouvert auprès de la Sveriges Riksbank au nom de la Banque Centrale de la République de Turquie pour être tenus à la libre disposition de celle-ci.

b) 75 % de la contrevaleur du chrome et des figues d'origine turque expédiés avant le 1er mars 1940 et importés en Suède après la mise en

*) Non publié.

vigueur du présent Accord, seront portés au crédit du compte „A“ prévu à l'Article 1 b de l'Accord du 20 janvier 1939*).

c) 75 % de la contrevaleur de toutes les marchandises d'origine turque qui feront l'objet d'une opération de compensation privée, conformément à l'Article 3, seront portés au crédit d'un compte dit „C“, en couronnes suédoises, non productif d'intérêt, ouvert au nom de la Banque Centrale de la République de Turquie par les soins du Clearingkontoret.

d) 75 % de la contrevaleur des marchandises d'origine turque qui serviront, conformément à l'Article 3, au déblocage des créances arriérées des exportateurs suédois seront portés au crédit d'un compte dit „D“, en couronnes suédoises, non productif d'intérêt, ouvert au nom de la Banque Centrale de la République de Turquie par les soins du Clearingskontoret.

Article 2.

Toute créance commerciale résultant de l'importation des marchandises d'origine suédoise en Turquie devra être réglée par le versement, en livres turques, de la somme due à la Banque Centrale de la République de Turquie.

Les sommes ainsi encaissées, sauf celles provenant des opérations de compensation privée, seront utilisées comme suit:

a) La contrevaleur des marchandises suédoises munies des certificats d'origine, dûment visés, avant la mise en vigueur du présent Accord, par le Clearingkontoret, sera portée au crédit du compte „A“, prévu à l'Article 2 a de l'Accord du 20 janvier 1939.

b) La contrevaleur des marchandises, expédiées de Suède en Turquie avant la mise en vigueur de l'Accord du 20 janvier 1939, sera portée au crédit du compte „D“ défini à l'Article 4.

Article 3.

a) Toutes marchandises d'origine turque, sous réserve des dispositions des alinéas b et c, ci-dessous, pourront faire l'objet d'une opération de compensation privée. Les opérations dont il s'agit seront soumises aux formalités en vigueur dans chacun des deux Pays.

b) La contrevaleur des marchandises d'origine turque, énumérées dans la liste A ci-annexée, servira, conformément à l'alinéa d de l'Article 1er, au déblocage des créances arriérées des exportateurs suédois définies à l'Article 4.

c) La contrevaleur des marchandises d'origine turque, énumérées dans la liste B ci-annexée, servira, au choix de l'importateur, soit au déblocage des créances arriérées des exportateurs suédois, définies à l'Article 4, soit à des opérations de compensation privée.

---

*) V. **N.R.G.** 3. s. XL, p. 842.

Article 4.

Le solde existant en faveur des exportateurs suédois conformément aux Accords de Clearing précédents entre la Suède et la Turquie sera maintenu dans un compte D, en couronnes suédoises, non productif d'intérêt, ouvert au nom du Clearingkontoret par la Banque Centrale de la République de Turquie.

La liquidation de ce compte s'effectuera par l'achat des marchandises prévues aux alinéas b et c de l'Article 3. La contrevaleur de ces marchandises servira au règlement des arriérés sans tenir compte de l'ordre chronologique.

Toutefois, le Clearingkontoret pourra affecter la contrevaleur du tabac importé de Turquie en Suède au règlement, dans l'ordre chronologique, des créances arriérées.

Le Clearingkontoret et la Banque Centrale de la République de Turquie pourront aussi se mettre d'accord pour ajouter aux listes A et B d'autres marchandises d'origine turque, dont l'importation permettra, dans les mêmes conditions, la liquidation des créances arriérées du compte D.

Article 5.

On entendra aux termes du présent Accord par contrevaleur le prix F. O. B. des marchandises.

Le montant des frêts et frais d'assurance acquittés par l'exportateur, sera toutefois versé, en Suède, à la Sveriges Riksbank et, en Turquie, à la Banque Centrale de la République de Turquie sur présentation des pièces justificatives.

Les montants ainsi encaissés par l'Etablissement intéressé du pays importateur seront mis à la disposition de l'autre en devises libres.

Article 6.

Les frais et commissions dus par les exportateurs suédois à leurs représentants en Turquie, ainsi que les frais et commissions dus par les exportateurs turcs à leurs représentants en Suède, résultant des échanges commerciaux effectués entre les deux Pays, seront réglés par voie des comptes de clearing D sans être assujettis à l'ordre chronologique.

Toutefois, le Clearingkontoret et la Banque Centrale de la République de Turquie se réservent le droit de vérifier et de contrôler la nature et l'emploi de ces sommes et si elles représentent réellement la contrevaleur des frais et des commissions ci-haut mentionnés.

Article 7.

La conversion des livres turques en couronnes suédoises et des couronnes suédoises en livres turques sera effectuée d'après les derniers cours connus d'achat et de vente de la Banque Centrale de la République de Turquie.

Au cas où les factures ne seraient pas libellées en couronnes suédoises ou en livres turques, les encaissements se feront après conversion

de la devise en cause en couronnes suédoises d'après les derniers cours connus d'une Bourse non soumise à un contrôle de devises.

La Banque Centrale de la République de Turquie avertira télégraphiquement la Sveriges Riksbank de tout changement de ces cours d'achat et de vente.

Article 8.

Le Clearingkontoret et la Banque Centrale de la République de Turquie s'avertiront réciproquement le plus vite possible des versements qui leur seront effectués. Chaque avis d'encaissement portera les mentions de date et d'origine nécessaires pour permettre les paiements aux ayants-droit.

Ces paiements seront effectués en Suède par le Clearingkontoret et en Turquie par la Banque Centrale de la République de Turquie dans les limites des disponibilités des comptes prévus au présent Accord.

Article 9.

Le Clearingkontoret et la Banque Centrale de la République de Turquie se transmettront les duplicata B estampillés des certificats d'origine, prévus à l'Article 4 de l'Accord de Commerce signé en date de ce jour,*) en les annexant aux avis d'encaissement y relatifs.

Toutefois, si au moment d'encaissement le Clearingkontoret ou la Banque Centrale de la République de Turquie ne serait pas encore en possession du duplicata B estampillé du certificat d'origine, ceux-ci se transmettront tout de même les avis d'encaissement sans qu'ils soient accompagnés de ces duplicata.

Il est entendu néanmoins que le Clearingkontoret et la Banque Centrale de la République de Turquie prendront les mesures nécessaires pour se transmettre, après le dédouanement complet de la marchandise, lesdits duplicata.

Article 10.

Chacun des deux Gouvernements prendra, en ce qui le concerne, les mesures nécessaires pour obliger les importateurs à se conformer aux dispositions du présent Accord.

Article 11.

Le Clearingkontoret et la Banque Centrale de la République de Turquie se mettront d'accord sur les modalités techniques nécessaires au fonctionnement régulier du présent Accord.

Article 12.

Il est précisé que les dispositions relatives aux échanges commerciaux du présent Accord de Clearing ne concernent que les marchandises d'origine de l'un des deux pays effectivement importées dans l'autre pays en payant les droits et taxes y afférents.

---

*) V. ci-dessus, No. 35.

Les dispositions du présent Accord ne s'appliqueront pas au trafic de marchandises en transit.

Article 13.

Les paiements à titre d'avance pour des achats de marchandises d'origine suédoise ou turque, destinées à être importées respectivement en Turquie et en Suède, seront réglés conformément aux dispositions du présent Accord, sous réserve du consentement du Clearingkontoret et de la Banque Centrale de la République de Turquie.

Article 14.

1. A l'expiration du présent Accord, les importateurs du pays en faveur duquel un solde subsisterait auprès de l'autre pays, devront continuer à verser la contrevaleur de leurs importations selon les dispositions du présent Accord, jusqu'à la liquidation totale des créances correspondant à ce solde. De même, les contrevaleurs des marchandises importées à crédit avant l'expiration du présent Accord continueront à être versées conformément aux dispositions de cet Accord.

2. En outre, les opérations de compensation privée en cours d'exécution au moment de l'expiration du présent Accord devront être liquidées suivant les dispositions dudit Accord.

Article 15.

Le présent Accord entrera en vigueur à la même date que l'Accord de Commerce en date de ce jour et aura la même durée de validité que celui-ci.

Il est entendu, toutefois, que les paiements résultant des transactions commerciales entre les deux pays, ayant eu lieu du 1er février 1940 jusqu'au jour de l'entrée en vigueur du présent Accord, seront réglés conformément aux stipulations de celui-ci.

Fait à Ankara, en double exemplaire, le 29 février 1940.

Sven Allard.
M. C. Açikalin.

Lista A.

Tabac
Cigarettes
Vins et spiritueux
Chiffons

Lista B.

Alpiste	Ecume de mer
Boyaux	Pistaches
Eponge	Anis
Noix de galle	Tapis
Sumac	Son
Grains jaunes	Raisins secs
Styrax	Noix
Essence de rose	Amandes
Tourteaux	Plantes médicinales

Protocole.

Au moment de signer les Accords de Commerce et de Clearing, le Gouvernement Royal de Suède et le Gouvernement de la République Turque, ont convenu de ce qui suit:

Au cas où les versements au compte de clearing A en Suède dépasseraient la contrevaleur des marchandises d'origine suédoise, dont les certificats d'origine ont été dûment visés par le Clearingkontoret avant la mise en vigueur du présent Accord, l'excédent pourra être librement utilisé par le Gouvernement Turc à l'achat des marchandises d'origine suédoise.

Toutefois, le paiement du matériel de chemin de fer, commandé en Suède pendant la validité de l'Accord du 20 janvier 1939, sera effectué, par la voie du compte de clearing A, dans la limite du contingent disponible, même si les certificats d'origine y afférents n'ont pu être munis des visas nécessaires avant la mise en vigueur du présent Accord.

Il est entendu que l'importation en Turquie des marchandises d'origine suédoise, munies des certificats d'origine dûment visés par le Clearingkontoret et dont le paiement, par conséquent, est susceptible d'être réglé par la voie du compte de clearing A, devra s'effectuer dans un délai de deux mois après la mise en vigueur du présent Accord. Au terme de ce délai, au plus tard, le Clearingkontoret fera parvenir à la Banque Centrale de la République de Turquie un relevé des visas délivrés par lui.

Il est entendu également que la contrevaleur du chrome et des figues, expédiés de Turquie avant et importés en Suède après la mise en vigueur du présent Accord, sera réglée par le versement en couronnes suédoises de la somme due à la Sveriges Riksbank conformément à l'Accord de Clearing du 20 janvier 1939 ainsi qu'aux dispositions prises en application dudit Accord.

Fait à Ankara, en double exemplaire, le 29 février 1940.

Sven Allard. *M. C. Açikalin.*

37.

LITHUANIE, PAYS-BAS.

Accord pour la protection réciproque des marques de fabrique et de commerce; conclu par un Echange de Notes signées à Kaunas et à Copenhague, les 9 janvier et 7 mars 1935.

Vyriausybes Zinios No. 282 du 22 mai 1935.

Užsienio Reikalu Ministerija
Nr. 1239. Kaunas, le 9 janvier 1935.

Monsieur le Ministre,

D'ordre de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de Vous faire connaître que les marques de fabrique ou de commerce appartenant à des

ressortissants hollandais jouiront en Lithuanie sous réserve de réciprocité, du même droit d'enregistrement et de la même protection que ceux dont jouissent les marques de commerce appartenant aux ressortissants lithuaniens, sous réserve toutefois de l'observation des lois lithuaniennes, sur l'enregistrement des marques de fabrique ou de commerce.

Les ressortissants qui n'exercent pas en Lithuanie le commerce ou l'industrie ne bénéficieront toutefois de la protection de leurs marques de fabrique ou de commerce que dans la mesure et pour le temps où ils jouissent de cette protection en Hollande.

Il est convenu que les susdites dispositions s'appliquent également aux particuliers, ressortissants hollandais, et aux sociétés ou autres associations hollandaises.

Si le Gouvernement Hollandais accepte les dispositions susmentionnées, il sera convenu que le présent Arrangement entrera en vigueur trois mois après la réception de la réponse que Votre Excellence voudra bien me faire parvenir et restera exécutoire jusqu'à l'expiration d'un délai de six mois à compter du jour où il aura été dénoncé par l'une ou l'autre des Parties Contractantes.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma très haute considération.

Lozoraitis.

Son Excellence Villem L. F. C. Chevalier de Rappard, Ministre des Pays-Bas, Copenhague.

Légation des Pays-Bas.

Nr. 267 H 258.—

Copenhague, le 7 mars 1935.

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de Votre lettre en date du 9 janvier 1935, par laquelle Vous avez bien voulu faire savoir au Gouvernement Hollandais que les ressortissants hollandais, sociétés ou autres associations hollandaises, jouiront en Lithuanie, en ce qui concerne l'enregistrement des marques de fabrique et de commerce, des mêmes droits que ceux accordés à ses propres nationaux, sous réserve de l'observation des lois lithuaniennes sur ledit enregistrement.

En remerciant vivement Votre Excellence de cette information, j'ai l'honneur de l'informer à mon tour que les ressortissants lithuaniens, sociétés et associations lithuaniennes, jouiront de ces mêmes droits, dans les mêmes conditions, pour l'enregistrement de leurs marques de fabrique et de commerce en Hollande. Les ressortissants qui n'exercent pas en Hollande le commerce ou l'industrie ne bénéficieront toutefois de la protection de leurs marques de fabrique ou de commerce que dans la mesure et pour le temps où ils jouissent de cette protection en Lithuanie.

Les susdites dispositions s'appliquent également aux particuliers ressortissants lithuaniens et aux sociétés ou autres associations lithuaniennes.

Il est convenu que le présent Arrangement entrera en vigueur trois mois après la réception par Votre Excellence de la présente lettre et restera exécutoire jusqu'à l'expiration d'un délai de six mois à compter du jour où il aura été dénoncé par l'une des Parties Contractantes.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma très haute considération.

W. L. F. C. Chevalier de Rappard.

Son Excellence Monsieur Lozoraitis, Ministre des Affaires Etrangères de Lithuanie, Kaunas.

38.

IRLANDE, POLOGNE.

Accord concernant la reconnaissance réciproque des lettres de jauge; signé à Dublin, le 19 octobre 1934.*)

Treaty Series (London) No. 28 (1935).

The Government of Saorstát Eireann and the Government of the Republic of Poland, recognising the desirability of making arrangements for the reciprocal recognition of certificates of registry and other national documents relating to the measurement of tonnage of merchant ships, have resolved to conclude an agreement for that purpose, and to that end have appointed as their Plenipotentiaries:

The Government of Saorstát Eireann:

Mr. Sean F. Lemass, Minister for Industry and Commerce of Saorstát Eireann;

The Government of the Republic of Poland:

M. Waclaw T. Dobrzynski, Hon. Consul-General for Poland in Dublin;

Who, having communicated their full powers, found in good and due form, have agreed as follows:—

Article 1.

In view of the fact that the existing laws and regulations in Saorstát Eireann in regard to measurement of tonnage of merchant ships are in substantial agreement with those of Poland, ships furnished with certificates of registry and other national papers duly issued by the competent authorities of Saorstát Eireann shall be deemed by the

*) Les ratifications ont été échangées à Dublin, le 6 mai 1935.

Polish authorities to be of the tonnage denoted in the said documents, and shall be exempted from being remeasured in any port or place within Polish territory or in localities under the control of Poland, on condition that similar terms shall be accorded to Polish ships equipped with certificates of registry or other national papers duly issued by the competent Polish authorities on or after the coming into force of this Agreement, and that such ships shall be exempted from being remeasured in any port or place within the jurisdiction of Saorstát Eireann.

Article 2.

The High Contracting Parties agree that the Government of the Republic of Poland to which it pertains to ensure the conduct of the foreign relations of the Free City of Danzig in virtue of Article 104 of the Treaty of Peace, signed at Versailles on the 28th June, 1919, and of Articles 2 and 6 of the Convention concluded between Poland and the Free City of Danzig on the 9th November, 1920, may at any time while the present Agreement is in force declare by a notification made through the diplomatic channel that the Free City of Danzig is a Contracting Party to this Agreement, and that the Free City assumes the obligations and acquires the rights deriving therefrom.

Article 3.

The present Agreement shall be ratified and the ratifications shall be exchanged at Dublin as soon as possible. It shall come into force on the thirtieth day after the exchange of instruments of ratification.

Article 4.

The application of the present Agreement may be terminated at any time by twelve months' notice in writing addressed through the diplomatic channel by either Contracting Party to the other.

In faith whereof the above-mentioned Plenipotentiaries have signed the present Agreement and have affixed thereto their seals.

Done in duplicate, each in English and Polish language, both authentic, at Dublin, the 19th day of October, 1934.

(L.S.) *Sean F. Lemass.*
(L.S.) *W. Th. Dobrzynski.*

39.

AUSTRALIE, BELGIQUE.

Arrangement commercial; conclu par un Echange de Notes signées à Canberra, le 19 novembre 1934.

Treaty Series No. 3 (1935).

No. 1.

The Minister for Trade and Customs to the Consul-General of Belgium in Australia.

Canberra, Federal Capital Territory,
November 19, 1934.

Dear Sir,

I have the honour to inform you that pending the conclusion of a Trade Agreement regulating in a more complete manner the customs and tariff relations between the Commonwealth of Australia and Belgium His Majesty's Government in the Commonwealth of Australia have agreed as follows:—

(i) To permit the importation into Australia of 2,152,500 square feet of Belgian plain clear sheet glass during any year in which the consumption of plain clear sheet glass in Australia does not exceed 7,500,000 square feet;

(ii) To permit the importation into Australia of an additional quantity of Belgian plain clear sheet glass if the consumption in Australia of plain clear sheet glass in that year exceeds 7,500,000 square feet. The additional quantity of Belgian plain clear sheet glass so permitted to be imported shall be equal to 35.8725 per centum of the difference between 7,500,000 square feet and the actual consumption during that year;

(iii) To permit the importation into Australia of a further additional quantity of Belgian plain clear sheet glass if in any year it should be necessary to authorise the importation of additional quantities of plain clear sheet glass owing to the temporary inability of Australian glass makers to supply the full quota allotted to them. The additional quantity of Belgian plain clear sheet glass so permitted to be imported shall be equal to 71.745 per centum of the total additional quantity so authorised to be imported;

(iv) The Belgian plain clear sheet glass permitted to be imported into Australia under the foregoing arrangements shall be subject to a tariff duty of four shillings (4*s*.) per 100 square feet plus primage duty not exceeding 10 per centum *ad valorem,* except that if the said duties are reduced or removed in favour of any other foreign country the same reduction shall apply to Belgian plain clear sheet glass.

(2) The foregoing arrangement in respect to the importation into Australia of Belgian plain clear glass is subject to the following mutual understandings:—

(i) In the event of cessation of production of plain clear sheet glass in Australia, His Majesty's Government in the Commonwealth of Australia shall have the right to abolish such restrictions on the importation of plain clear sheet glass as may be imposed for the purpose of administering the foregoing arrangement—provided Belgian plain clear sheet glass is admitted into Australia at the rates of duty set forth in paragraph 1 (iv) or other more favourable rates which may be granted to any other foreign country.

(ii) His Majesty's Government in the Commonwealth of Australia and the Government of His Majesty the King of the Belgians have agreed to pursue negotiations for the conclusion of a more comprehensive agreement with the shortest possible delay.

(iii) The Government of His Majesty the King of the Belgians have agreed to waive all restrictions upon the importation into Belgium of Australian meat preserved by cold process and not to enforce the embargo or prohibition on the importation into Belgium of Australian barley or other cereals which was to have been proclaimed on the 20th October, 1934.

(iv) His Majesty's Government in the Commonwealth of Australia and the Government of His Majesty the King of the Belgians have agreed that in the operation of any system of controlling imports no products or commodity of the other country, party to this arrangement, shall be accorded treatment less favourable than that accorded the most favoured foreign country on like products or commodities.

(v) In this arrangement the term „foreign country" in relation to the Commonwealth of Australia means a country not being a territory under the sovereignty of His Majesty the King of Great Britain, Ireland and the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, or under His Majesty's suzerainty, protection or mandate.

(vi) The present arrangement shall be regarded as taking effect on the first day of November, 1934, and shall remain in force until the thirty-first day of October, 1935. In case neither of the Governments, parties to this arrangement, shall have given notice to the other two calendar months before the latter date of their intention to terminate this arrangement it shall remain in force until the expiration of two calendar months from the date on which notice of such intention is given.

Yours faithfully,
T. W. White,
Minister for Trade and Customs.

No. 2.

The Consul-General of Belgium in Australia to the Minister for Trade and Customs.

Canberra, November 19, 1934.

Sir,

I have the honour to confirm to the Commonwealth Government of Australia on behalf of the Government of His Majesty the King of the Belgians the following arrangement which has been arrived at in the course of our discussions in Sydney, Melbourne and Canberra between August and November of the present year:—

1. Pending the conclusion of a Trade Agreement regulating in a more complete manner the customs and tariff relations between the Commonwealth of Australia and Belgium His Majesty's Government in the Commonwealth of Australia have agreed as follows: —

[suit le texte de la Note précédente].

I remain, &c.

Henri Segaert,
Consul-General of Belgium.

40.

BELGIQUE, LUXEMBOURG, AUSTRALIE.

Accord commercial provisoire; signé à Canberra, le 3 octobre 1936.*)

Mémorial du Grand-Duché de Luxembourg 1936, No. 95.

Le Gouvernement Belge, agissant tant en son nom qu'au nom du Gouvernement Luxembourgeois en vertu d'Accords existants, et le Gouvernement du Commonwealth d'Australie, désireux de faciliter et de développer les relations commerciales entre l'Union économique belgo-luxembourgeoise et l'Australie sont convenus des dispositions suivantes:

Article Ier.

Les articles produits ou manufacturés sur le territoire douanier de l'Union économique belgo-luxembourgeoise, à leur importation en Australie et les articles produits ou manufacturés en Australie, à leur importation sur le territoire douanier de l'Union économique belgo-luxembourgeoise, ne seront pas soumis à des droits ou taxes autres ou plus élevés que ceux perçus sur les produits ou les articles manufacturés similaires de la nation étrangère la plus favorisée.

*) Mis en vigueur, à titre provisoire, le 1er janvier 1937.

Article II.

(1) Les articles énumérés à la liste A annexée au présent Accord*) et produits ou manufacturés sur le territoire douanier de l'Union économique belgo-luxembourgeoise bénéficieront, à leur importation en Australie, du tarif intermédiaire australien.

(2) Les articles énumérés à la liste B annexée au présent Accord*) et produits ou manufacturés sur le territoire douanier de l'Union économique belgo-luxembourgeoise ne seront pas soumis, à leur importation en Australie, à des droits plus élevés que ceux mentionnés à ladite liste.

(3) Les dispositions des paragraphes (1) et (2) du présent Article ne pourront pas être invoquées pour exempter lesdits articles du paiement de la „sales tax" ou, sauf dans les limites prévues au paragraphe (4), du paiement des „primages duties".

(4) Les articles énumérés à la liste C annexée au présent Accord*) et produits ou manufacturés sur le territoire douanier de l'Union économique belgo-luxembourgeoise ne seront pas soumis, à leur importation en Australie, à des „primages duties" plus élevés que ceux mentionnés à ladite liste.

(5) Les emballages extérieurs contenant des articles énumérés à la liste D annexée au présent Accord*) et produits ou manufacturés sur le territoire douanier de l'Union économique belgo-luxembourgeoise seront, à leur importation en Australie, exempts de droits.

Article III.

Les articles énumérés à la liste E annexée au présent Accord*) et produits ou manufacturés en Australie ne seront pas, à leur importation sur le territoire douanier de l'Union économique belgo-luxembourgeoise, soumis à des droits plus élevés que ceux mentionnés à ladite liste.

Article IV.

Pendant la durée du présent Accord, le verre à vitres belge (N° 242 B du tarif australien) bénéficiera en Australie du régime d'importation prévu dans le présent Article.

(1) Durant une année de contingentement pendant laquelle la consommation de verre à vitre en Australie est estimée ne pas devoir dépasser 7.500.000 pieds carrés, le Gouvernement du Commonwealth d'Australie admettra à l'importation en Australie 2.152.500 pieds carrés de verre à vitres belge.

(2) Si la consommation de verre à vitres en Australie pendant une année de contingentement vient à dépasser 7.500.000 pieds carrés, le Gouvernement du Commonwealth d'Australie accordera à la Belgique un contingent supplémentaire de verre à vitres, égal à 33,8725 pour cent de la différence entre le chiffre de la consommation australienne réelle pendant l'année en question et 7.500.000 pieds carrés.

---

*) Les Listes ne sont pas reproduites.

(3) Si les fabricants australiens se trouvaient dans l'impossibilité de livrer le contingent total qui leur est attribué et s'il devenait nécessaire d'autoriser l'importation de quantités additionnelles de verre à vitres, le Gouvernement du Commonwealth d'Australie accorderait à la Belgique un contingent supplémentaire. Le contingent supplémentaire accordé à la Belgique serait égal à 71,745 pour cent de la quantité additionnelle totale dont l'importation serait autorisée dans les conditions prévues dans le présent paragraphe.

(4) Le verre à vitres belge dont l'importation en Australie sera autorisée sous le régime d'importation prévu dans le présent Article sera soumis à un droit de quatre shillings (4/-) par cent pieds carrés et sera exempt de „primage duty". Toutefois, si ce droit est réduit ou supprimé en faveur de n'importe quelle autre nation étrangère, la même réduction ou suppression sera appliquée au verre à vitres belge.

(5) Si la production du verre à vitres venait à cesser en Australie, le Gouvernement du Commonwealth d'Australie aurait le droit d'abolir toutes restrictions à l'importation de ce produit. Dans ce cas le verre à vitres belge serait admis en Australie au droit prévu au paragraphe (4) ci-dessus ou, s'il est moins élevé, au droit le plus favorable qui serait accordé à la nation étrangère la plus favorisée.

(6) Les contingents de verre à vitres alloués à la Belgique seront répartis entre verre des diverses qualités et épaisseurs suivant les proportions suivantes:

	Pourcentage attribué dans la quantité totale
Verre pour serres (horticultural glass)	11,25
Autres qualités:	
Verre de 16 oz.	43,—
Verre de 21 oz.	40,—
Verre de plus de 21 oz.	5,75

En ce qui concerne le verre d'une épaisseur supérieure à 21 oz., les autorisations d'importation seront octroyées dans les limites du pourcentage spécifié, suivant les épaisseurs demandées par les consommateurs australiens.

(7) Dans le cas où pendant une année de contingentement la demande australienne de verre pour serres serait inférieure à 11,25 % de la demande totale australienne de verre à vitres de toutes qualités, le Gouvernement du Commonwealth d'Australie s'efforcera de réajuster la quantité de verres pour serres attribuée à la Belgique, de façon qu'elle corresponde au pourcentage réel constaté. Dans ce cas, la différence entre le chiffre représentant 11,25 % du contingent total belge et le chiffre déterminé d'après le pourcentage réel constaté sera répartie comme suit entre les autres catégories de verres:

	Pourcentage attribué dans la quantité
Verre de 16 oz.	48
Verre de 21 oz.	45
Verre de plus de 21 oz.	7

Le pourcentage attribué suivant les provisions du présent paragraphe au verre d'une épaisseur supérieure à 21 oz. sera réparti, si le Gouvernement Belge le désire, entre les verres de 16 oz. et de 21 oz.

(8) En vue de permettre l'application des paragraphes 6 et 7 du présent Article, le Gouvernement du Commonwealth d'Australie continuera à prendre toutes mesures de nature à établir le chiffre de la demande annuelle réelle de verre pour serres en Australie.

(9) Etant donné que la demande de verre pour serres est saisonnière et se présente presqu'entièrement pendant les mois de janvier à avril de chaque année, le Gouvernement Belge aidera le Gouvernement du Commonwealth d'Australie à prendre toutes les mesures qui pourraient être nécessaires pour répondre aux demandes du marché pendant cette période et assurer un traitement équitable des divers intérêts en cause.

(10) Dans le cas où le présent Accord cesserait ses effets avant l'expiration d'une année de contingentement pour le verre à vitres et où, en conséquence de ce qui précède, les contingents de verre pour serres alloués à la Belgique seraient supérieurs à 11,25 % du contingent total belge, le Gouvernement du Commonwealth d'Australie se mettra en rapport avec le Gouvernement Belge en vue de réajuster équitablement les chiffres d'importation pour chaque catégorie de verres.

(11) Pour faciliter l'administration du régime d'importation prévu dans le présent Article, le Gouvernement Belge s'efforcera de faire connaître au Gouvernement du Commonwealth d'Australie, au plus tard le 15 octobre de chaque année, dans quelles proportions le contingent doit être réparti entre les divers exportateurs belges.

(12) Pour l'exécution du régime d'importation prévu dans le présent Article, une année de contingentement sera censée commencer le 1er novembre et se terminer le 31 octobre de l'année suivante.

Article V.

Pendant la durée du présent Accord, l'orge (N° 51 f du tarif), le froment (N° 51 b) 1) et la viande congelée de bœuf (N° 2 b) 1) originaires et en provenance du Commonwealth d'Australie ne seront pas prohibés à leur importation sur le territoire douanier de l'Union Economique belgo-luxembourgeoise.

Article VI.

Dans le cas où le Gouvernement de l'une des Parties adopterait, en ce qui concerne un ou plusieurs produits spécifiquement mentionnés dans le présent Accord, une mesure qui, sans être en opposition avec les dispositions du présent Accord, serait considérée par le Gouvernement de l'autre Partie comme de nature à rendre complètement ou partiellement inopérant l'un des avantages du présent Accord, le Gouvernement qui s'estime lésé pourrait, dans un délai de trois mois à partir de la mise en vigueur de cette mesure, demander l'ouverture de négociations en vue d'arriver à un règlement satisfaisant pour les deux Parties. Si un règle-

ment n'intervenait pas dans un délai de deux mois à partir de la réception de cette demande, la Partie qui s'estime lésée pourrait prendre toutes mesures qui lui paraîtraient propres à rétablir l'équilibre du présent Accord.

Article VII.

Aucune disposition du présent Accord ne pourra être interprétée comme de nature à affecter le droit de l'un et l'autre Gouvernement d'établir ou de maintenir des prohibitions ou des restrictions:

a) en vue de garantir la sécurité publique,

b) pour des raisons d'ordre moral ou humanitaire,

c) en vue d'assurer la sécurité des personnes,

d) en vue de la protection des animaux et des plantes

sous la réserve que ces mesures s'appliquent dans les mêmes conditions aux produits similaires importés d'un autre pays étranger quelconque.

Article VIII.

(1) L'Union économique belgo-luxembourgeoise ne pourra pas se prévaloir des dispositions du présent Accord pour réclamer le bénéfice du régime préférentiel qui peut, à un moment quelconque, être en vigueur exclusivement entre les territoires sous la souveraineté de Sa Majesté le Roi de Grande-Bretagne, d'Irlande et des Dominions britanniques au-delà des mers, Empereur des Indes, ou sous la suzeraineté, la protection ou le mandat de Sa Majesté.

(2) Les dispositions de l'Article I du présent Accord ne pourront pas être invoquées par le Gouvernement de l'un des deux pays pour réclamer les avantages résultant d'une union douanière dont l'un d'entre eux deviendrait partie.

(3) Les dispositions du présent Accord ne s'appliqueront pas aux avantages que les Gouvernements de l'Union économique belgo-luxembourgeoise ont accordés ou accorderaient à des pays limitrophes en vue de faciliter le trafic frontalier dans une zone limitée de chaque côté de la frontière.

Article IX.

Le présent Accord se substitue, à partir de la date de sa mise en vigueur, à l'Arrangement conclu entre le Commonwealth d'Australie et l'Union économique belgo-luxembourgeoise par voie d'échange de notes les 19 novembre 1934*) et 23 octobre 1935.**) Il sera ratifié et les instruments de ratification seront échangés à Canberra aussitôt que possible. Il entrera en vigueur quatorze jours après échange des instruments de ratification ou, par accord mutuel, avant cette date et continuera à sortir ses effets, sauf là où il en dispose autrement, jusqu'à l'expiration d'un délai de six mois à compter du jour où l'un des Gouvernements aura notifié à l'autre son intention de dénoncer ledit Accord.

---

*) V. ci-dessus, No. 39.

**) Pas publié.

En foi de quoi les soussignés dûment autorisés à cet effet ont signé, en double exemplaire, le présent Accord rédigé en langue française et en langue anglaise et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Canberra, le 3 octobre 1936.

(s) *Armand Nihotte.*
(s) *H. Gullett.*

Traduction.

Canberra, le 3 octobre 1936.

Monsieur le Consul Général,

Me référant à l'Accord commercial provisoire signé ce jour entre le Commonwealth d'Australie et l'Union économique belgo-luxembourgeoise, j'ai l'honneur de vous informer que le Gouvernement du Commonwealth d'Australie prend note des demandes de réduction des droits afférents aux positions du tarif reprises ci-après présentées par vous au nom de l'Union économique belgo-luxembourgeoise au cours des négociations:

[suivent des dispositions tarifaires].

Conformément à votre désir, j'ai l'honneur de confirmer l'engagement pris au nom du Gouvernement du Commonwealth d'Australie de soumettre ces positions du tarif au Tariff Board afin qu'il soit procédé à une enquête publique et de faire rapport (si cela n'a pas déjà été fait) en vue de déterminer les taux du tarif intermédiaire basés sur le cours actuel du change Londres-Australie.

Au cours des négociations vous avez également présenté les demandes suivantes relatives au verre opaque des genres marbrite et marmorite, rangés à présent sous la position 243 (A) du tarif:

(1) que ces genres de verre soient classés comme verre en plaques polies et brevetées;

(2) qu'en l'absence d'une réduction des droits appliqués actuellement au verre en plaques polies et brevetées, le Gouvernement du Commonwealth applique des taux de tarif intermédiaire à ces genres de verre.

Au nom du Gouvernement du Commonwealth, je tiens à vous confirmer l'assurance qui vous a été donnée que des mesures seront prises en vue d'apporter au tarif australien des douanes les modifications nécessaires.

V. a. (s) *H. Gullett.*

Monsieur Armand Nihotte, Consul Général de Belgique a. i., Sydney.

Traduction.

Canberra, le 3 octobre 1936

Monsieur le Ministre,

Par votre lettre en date de ce jour vous m'avez fait la communication ci-après:

[suit le texte de la Note précédente].

En accusant la réception de votre lettre, j'ai l'honneur, au nom de l'Union Economique belgo-luxembourgeoise, de vous informer que j'accepte ces assurances.

V. a. (s) *Armand Nihotte.*

Sir Henry Gullet, K. C. M. G., M. P., Minister negociating Trade Treaties, Canberra.

41.

ALLEMAGNE, ESPAGNE.

Accord additionnel à la Convention commerciale du 7 mai 1926;*) signé à Berlin, le 21 décembre 1934.**)

Reichsgesetzblatt 1934. II, No. 62; 1936. II, No. 1.

Zusatzvereinbarung zu dem deutsch-spanischen Handelsabkommen vom 7. Mai 1926.

Die Deutsche und die Spanische Regierung haben vereinbart, das deutsch-spanische Handelsabkommen vom 7. Mai 1926 durch folgende Bestimmungen zu ergänzen:

Artikel I.

Die Anlage A des Handelsabkommens wird wie folgt ergänzt:

[suivent les additions].

Artikel II.

1. In die Anlage B des Handelsabkommens werden folgende Nummern des deutschen Zolltarifs aufgenommen:

Acuerdo complementario del Convenio comercial hispano-alemán de 7 de Mayo de 1926.

Los Gobiernos español y alemán han convenido complementar el Convenio comercial entre España y Alemania de 7 de Mayo de 1926 con las siguientes disposiciones:

Artículo I.

El Anejo A del Convenio comercial se complementará como sigue:

[suivent les additions].

Artículo II.

1. El Anejo B del Convenio comercial se complementará con las siguientes partidas del Arancel alemán:

---

*) V. N.R.G. 3. s. XX, p. 715.

**) Mis en vigueur, à titre provisoire, le 1er janvier 1935. — L'échange des ratifications a eu lieu à Madrid, le 23 novembre 1935. V. Reichsgesetzblatt 1936. II, p. 5.

657*) — 658*) — 670*) — 671*) — 672*).

In die Anlage B wird ferner unter die Anmerkung zu Nr. 180 folgende Anmerkung aufgenommen:

*) Anmerkung zu Nr. 657/8 und 670/2. Nur für Werbedruckschriften und Werbeplakate, deren wesentlicher Zweck darin besteht, zum Besuch von Gegenden und Orten, Messen oder Ausstellungen im Gebiete Spaniens anzuregen, und vorausgesetzt, daß diese Druckschriften und Plakate in Spanien hergestellt sind, im deutschen Zollgebiet unentgeltlich verteilt werden sollen und ihr Charakter als Werbemittel augenscheinlich ist.

2. In die Anlage C des Handelsabkommens werden folgende Positionen des spanischen Zolltarifs aufgenommen:

59 — 63 — 88 — 256 — 268 — 277 — 499 — 622 — 691 — 691 bis — 692 — 695 — 721 — 722 — 826 — 834 — 978 — 1016 — 1306.

Artikel III.

Bei der Einfuhr spanischer Dessertweine, die von einem zwischen den Regierungen zu vereinbarenden Zeugnis in deutscher und spanischer Sprache begleitet sind, wird in Deutschland in der Regel dann von der in der deutschen Weinzollordnung vorgeschriebenen Nämlichkeitsuntersuchung abgesehen werden, wenn diese Dessertweine in Behälterwagen oder, bei der Einfuhr von Packstücken, in Sendungen von höchstens zwei Doppelzentner Rohgewicht nach unmittelbarer Durchfuhr durch dritte Länder auf dem Landwege mit durchgehenden Frachtpapieren und mit unverletztem amtlichem Verschluss eingeführt werden.

657*) — 658*) — 670*) — 671*) — 672*).

El Anejo B se complementará además con la siguiente nota, debajo de la correspondiente al No. 180:

*) Nota: A las partidas 657/8 y 670/2: Solo para impresos y carteles de propaganda, cuyo objeto principal consiste en fomentar la visita de regiones y localidades, ferias o exposiciones en el territorio español, siempre que dichos impresos y carteles hayan sido confeccionados en España, que hayan de ser repartidos gratuitamente en Alemania y que sea manifesto su carácter de elemento de propaganda.

2. El Anejo C del Convenio comercial se complementará con las siguientes partidas del Arancel de Aduanas español:

59 — 63 — 88 — 256 — 268 — 277 — 499 — 622 — 691 — 691 bis — 692 — 695 — 721 — 722 — 826 — 834 — 978 — 1016 — 1306.

Artículo III.

A la importación de vinos generosos españoles, acompañados de los certificados en español y alemán convenidos entre los dos Gobiernos, se prescindirá en general del análisis de identidad previsto en las Ordenanzas aduaneras alemanas para vinos, cuando estos sean importados en vagones-cubas o en bultos en expediciones de dos quintales métricos máximo peso bruto, en inmediato tránsito a través de un tercer país por via terrestre, con documentación de tránsito y con los cierres oficiales intactos.

Artikel IV.

Diese Zusatzvereinbarung bildet einen integrierenden Bestandteil des deutsch-spanischen Handelsabkommens vom 7. Mai 1926. Sie kann jedoch auch unabhängig von diesem Abkommen mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden.

Die Zusatzvereinbarung soll ratifiziert werden. Sie tritt am zehnten Tage nach dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Madrid erfolgen soll, in Kraft. Die beiden Regierungen werden jedoch die Zusatzvereinbarung bereits vor dem Austausch der Ratifikationsurkunden mit Wirkung vom 1. Januar 1935 an vorläufig anwenden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Zusatzvereinbarung unterzeichnet.

In doppelter Urschrift ausgefertigt in deutschem und spanischem Wortlaut zu Berlin am 21. September 1934.

Für die Deutsche Regierung
B. W. von Bülow.

Für die Spanische Regierung
Pelayo G. Olay.

Artículo IV.

Este acuerdo complementario constituye parte integrante del Convenio comercial hispano-alemán de 7 de Mayo de 1926. Podrá, sin embargo, ser denunciado independientemente de dicho Convenio con un previso de tres meses.

Este acuerdo deberá ser ratificado. Entrará en vigor el decimo dia después de la fecha del canje de los instrumentos de ratificación, que tendrá lugar en Madrid. Los dos Gobiernos aplicarán sin embargo, provisionalmente, este Acuerdo complementario antes del canje de instrumentos de ratificación, a partir del 1º de Enero de 1935.

Y para que así conste, los Plenipotenciarios de ambas partes han firmado este Acuerdo complementario.

Hecho en doble ejemplar, uno en español y otro en alemán, en Berlin, a 21 de Diciembre de 1934.

Por el Gobierno español
Pelayo G. Olay.

Por el Gobierno alemán
B. W. von Bülow.

Zeichnungsprotokoll.

A.

Zu Artikel 2 und 4 des deutsch-spanischen Handelsabkommens vom 7. Mai 1926:

Jeder der beiden vertragschliessenden Teile wird auf Antrag des anderen Teiles bei nachweislichem Ausfuhrinteresse der nachträglichen Aufnahme von Waren in die Anlagen B und C des Handelsabkommens zustimmen.

Protocolo de firma.

A.

A los artículos II y IV del Convenio comercial hispano-alemán de 7 de Mayo de 1926:

Cada una de las partes contratantes accederá, a petición de la otra y siempre que demuestre interés para su comercio de exportación, a incluir nuevas partidas en los anejos B y C del Convenio comercial.

B.

Zu Artikel II Ziffer 2 der Zusatzvereinbarung:

Es besteht Einverständnis darüber, dass die in Artikel II aufgeführten Positionen vom Tage der vorläufigen Anwendung der Zusatzvereinbarung an gemäss Artikel 4 Satz 2 des Handelsabkommens vom 7. Mai 1926 die niedrigsten Zollsätze geniessen, die einem dritten Lande zugestanden worden sind oder in Zukunft zugestanden werden.

C.

Zu Artikel III der Zusatzvereinbarung:

Es besteht Einverständnis darüber, dass die Bestimmung unter Abschnitt B des Notenwechsels vom 18. Februar 1933 weiterhin in Geltung bleibt.

D.

Die Spanische Regierung nimmt mit Beziehung auf Abschnitt C des Notenwechsels vom 18. Februar 1933 davon Kenntnis, dass die Gebühren für die Untersuchung spanischer Dessertweine auf Einfuhrfähigkeit und Nämlichkeit, soweit keine Beanstandung erfolgt, bei der Einfuhr in Behältnissen von weniger als 50 l auf 15 RM herabgesetzt worden sind.

In doppelter Urschrift ausgefertigt in deutschem und spanischem Wortlaut zu Berlin am 21. Dezember 1934.

Für die Deutsche Regierung
B. W. von Bülow.

Für die Spanische Regierung
Pelayo G. Olay.

B.

Al artículo II apartado 2 del Acuerdo complementario:

Queda entendido que las partidas enumeradas en el artículo II gozarán, a partir de la fecha de la aplicación provisional del Acuerdo complementario, según el artículo IV, apartado 2, del Convenio comercial de 7 de Mayo de 1926, de las tarifas más bajas que se hayan concedido o se concedan a un tercer país.

C.

Al artículo III del Acuerdo complementario:

Queda entendido que sigue vigente el apartado B del canje de notas de 18 de Febrero de 1933.

D.

El Gobierno español toma nota, con referencia al apartado C del canje de notas de 18 de Febrero de 1933, de que los derechos por los análisis para comprobar la aptitud de importación y la identidad de los vinos generosos españoles, se rebajan, cuando se trate de envases de menos de 50 litros, a 15 Reichsmark, siempre que no se haga objeción.

Hecho en doble ejemplar, uno en español y otro en alemán, en Berlin, el 21 de Diciembre de 1934.

Por el Gobierno español
Pelayo G. Olay.

Por el Gobierno alemán
B. W. von Bülow.

42.

ALLEMAGNE, ESPAGNE.

Accord sur les paiements résultant du commerce des marchandises entre les deux pays; signé à Berlin, le 21 décembre 1934.

Copie officielle.

Abkommen über die Zahlungen im deutsch-spanischen Warenverkehr.

Die Deutsche und die Spanische Regierung haben folgendes vereinbart:

Artikel 1.

In Deutschland ansässige Schuldner können ihre Verbindlichkeiten aus der Einfuhr spanischer Waren nach Deutschland durch Einzahlung von Reichsmarkbeträgen auf ein Sonderkonto, das zu Gunsten der Bank von Spanien COCM bei der Deutschen Verrechnungskasse in Berlin errichtet wird, bezahlen.

In der gleichen Weise können auch die Nebenkosten bezahlt werden, die in Verbindung mit dem deutsch-spanischen Warenverkehr in Deutschland oder in Spanien entstehen, insbesondere Zölle, Bahnfrachten und -Spesen, Speditionskosten, wirtschaftlich gerechtfertigte Provisionen und Kosten für Geschäftsreisen. Ausgenommen sind Seefrachten und Nebenkosten im Seeverkehr.

Die Zahlungen auf das Sonderkonto haben für den in Deutschland ansässigen Schuldner befreiende Wirkung.

Die auf das Sonderkonto eingezahlten Beträge werden nicht verzinst.

Artikel 2.

Die Bank von Spanien COCM darf jederzeit über die auf das Sonderkonto eingezahlten Beträge nur zur Bezahlung deutscher Waren, die nach Spanien eingeführt werden, oder zur Bezahlung der in Artikel 1 Abs. 2 erwähnten Nebenkosten im deutsch-spanischen Warenverkehr verfügen.

Artikel 3.

Als spanische Waren im Sinne des Artikels 1 gelten Waren, die nach den allgemeinen deutschen Zollvorschriften als Waren des spanischen Gebietes der Halbinsel, der Balearischen und Kanarischen Inseln, der spanischen Besitzungen und der spanischen Protektoratszone in Marokko anzusehen sind.

Als deutsche Waren im Sinne des Artikels 2 gelten Waren, die nach den allgemeinen spanischen Zollvorschriften als deutsche Waren anzusehen sind.

Artikel 4.

Zur Einzahlung auf das Sonderkonto der Bank von Spanien COCM sind nur solche in Deutschland ansässige Schuldner berechtigt, die eine Devisenbescheinigung einer deutschen Überwachungsstelle oder eine Genehmigung einer deutschen Devisenstelle besitzen.

Deutsche Waren, die nach Spanien eingeführt werden, werden nach den allgemeinen spanischen Bestimmungen für Zahlungen an das Ausland bezahlt werden.

Artikel 5.

Lautet die Verpflichtung des deutschen Schuldners auf eine andere Währung als Reichsmark, so erfolgt die Umrechnung des geschuldeten Betrages in Reichsmark zum Mittelkurs der betreffenden Währung, der an der Berliner Börse an dem der Zahlung vorhergehenden Börsentage notiert wird.

Artikel 6.

Es bleibt der Deutschen Verrechnungskasse und der Bank von Spanien COCM überlassen, im gegenseitigen Einvernehmen die ihnen notwendig erscheinenden zahlungstechnischen Massnahmen zu treffen.

Artikel 7.

Diese Abkommen gilt für sämtliche nach dem Inkrafttreten des Abkommens erstmalig fällig werdenden Zahlungen der in Artikel 1 und 2 genannten Art.

Artikel 8.

Sollten sich während der Anwendung dieses Abkommens Unzuträglichkeiten ergeben, so werden beide Teile sofort miteinander Fühlung nehmen.

Artikel 9.

Das Abkommen tritt am 1. Januar 1935 in Kraft. Es tritt an die Stelle des deutsch-spanischen Abkommens über Zahlungen für den Warenverkehr vom 18. Februar 1933. Es kann am 1. und 15. eines jeden Monats gekündigt werden und tritt dann zum 15. oder letzten Tage desselben Kalendermonats ausser Kraft.

Über das bei Ausserkrafttreten des Abkommens auf dem Sonderkonto bestehende Guthaben kann die Bank von Spanien COCM nach den Bestimmungen des Artikels 2 dieses Abkommens verfügen, bis das Guthaben erschöpft ist.

Berlin, den 21. Dezember 1934.

Für die Deutsche Regierung:

H. W. von Bülow.

Für die Spanische Regierung:

Pelayo G. Olay.

43.

ALLEMAGNE, ESPAGNE.

Deuxième Accord additionnel à la Convention commerciale du 7 mai 1926;*) signé à Burgos, le 12 juillet 1937.**)

Reichsgesetzblatt 1937. II, No. 28.

Zweite Zusatzvereinbarung zu dem deutsch-spanischen Handelsabkommen vom 7. Mai 1926.

Die Deutsche und die Spanische Regierung sind übereingekommen, das deutsch-spanische Handelsabkommen vom 7. Mai 1926 und die Zusatzvereinbarung hierzu vom 21. Dezember 1934***) in folgender Weise zu ändern:

Artikel I.

Artikel 2 des Handelsabkommens erhält folgende Fassung:

Für die Boden- und Gewerbeerzeugnisse spanischen Ursprungs und spanischer Herkunft wird Deutschland bei der Einfuhr bezüglich der Zölle und Abgaben die unbedingte und unbeschränkte Meistbegünstigung gewähren.

Artikel II.

Artikel 4 des Handelsabkommens erhält folgende Fassung:

Für die Boden- und Gewerbeerzeugnisse deutschen Ursprungs und deutscher Herkunft wird Spanien bei der Einfuhr bezüglich der Zölle und Abgaben die unbedingte und unbeschränkte Meistbegünstigung gewähren.

Segundo Acuerdo Adicional al Convenio de Comercio Hispano-Alemán del 7 de Mayo de 1926.

El Gobierno de España y el Gobierno del Reich han acordado modificar el Convenio de Comercio entre España y Alemania del 7 de Mayo de 1926 y el Acuerdo Adicional del 21 de Diciembre de 1934***) en la forma siguiente:

Artículo I.

El artículo 2 del Convenio de Comercio tendrá el texto siguiente:

Alemania concederá a los productos naturales o fabricados originarios y procedentes de España en lo que respecta a derechos de importación e impuestos, el trato incondicional e ilimitado de la nación más favorecida.

Artículo II.

El artículo 4 del Convenio de Comercio tendrá el texto siguiente:

España concederá a los productos naturales o fabricados originarios y procedentes de Alemania en lo que respecta a derechos de importación e impuestos, el trato incondicional e ilimitado de la nación más favorecida.

---

*) V. **N.R.G.** 3. s. XX, p. 715.

**) Mis en application provisoire à partir du 1er août 1937.

***) V. ci-dessus, No. 42.

Artikel III.

1. Artikel 6 Absatz 2 des Handelsabkommens wird gestrichen.

2. Nach Artikel 6 des Abkommens wird folgender Artikel 6 a eingefügt:

Die vertragschliessenden Teile kommen überein, dass der Grundsatz der unbedingten und unbeschränkten Meistbegünstigung auch auf die Schiffahrt der beiden Länder angewendet werden soll und dass daher alle Rechte, Vorrechte, Freiheiten, Vergünstigungen, Befreiungen und Ausnahmen, die ein Teil den Schiffen irgendeines anderen Landes gegenwärtig zugesteht oder in Zukunft zugestehen wird, gleichzeitig und bedingungslos ohne Ansuchen und ohne Gegenleistung auf die Schiffe des anderen Teiles ausgedehnt werden sollen; hierbei ist es ihre Absicht, die Schiffahrt jedes Teiles in jeder Hinsicht derjenigen des meistbegünstigten Landes gleichzustellen.

Die Staatsangehörigen des einen vertragschliessenden Teiles sollen das Recht haben, mit ihren Schiffen und ihren Ladungen unbehindert alle Plätze und Häfen in den Gebieten des anderen Teiles aufzuzuchen unter den gleichen Bedingungen wie die Staatsangehörigen irgendeines anderen Landes.

In bezug auf Tonnage-, Hafen-, Lotsen-, Quarantäne- oder ähnliche Gebühren oder Abgaben irgendwelcher Bezeichnung, die im Namen oder für Rechnung des Staates, öffentlicher Behörden, von Unternehmern oder Unternehmungen irgendwelcher Art erhoben werden, sollen die Schiffe jedes vertrag-

Artículo III.

1.º Queda suprimido el segundo párrafo del artículo 6º del Convenio de Comercio.

2.º A continuación del artículo 6 del Convenio de Comercio se agrega el artículo siguiente 6 *a*:

Las partes contratantes acuerdan que el principio del trato incondicional e ilimitado de la nación más favorecida se aplicará también a la navegación de ambos países y que, por consiguiente, todos los derechos, privilegios, libertades, beneficios, exenciones y excepciones, que una parte haya concedido o conceda en lo futuro a los buques de cualquier otro país, serán concedidos al mismo tiempo incondicionalmente, sin requerimiento previo y sin compensación ninguna, a los buques de la otra parte. Es por consiguiente deseo de ambas partes contratantes conceder a la navegación de la otra parte automáticamente y en todo sentido, las mismas ventajas a que tenga derecho la navegación del país más favorecido.

Los subditos de una de las partes contratantes tendrán derecho a entrar con sus buques y cargamentos sin restricciones de ninguna clase en todos los lugares y puertos del territorio de la otra parte, bajo las mismas condiciones que los de cualquier otro país.

En lo que se refiere a impuestos o cobros tales como los de tonelaje, de puerto de práctico, de cuarentena y otros parecidos o de cualquier índole, que se cobren en nombre o por cuenta del Estado, de instituciones oficiales y públicas, de empresas de cualquier índole, los buques de cada parte contratante

schliessenden Teiles in den Häfen des anderen Teiles eine zum mindesten ebenso günstige Behandlung erfahren wie die Schiffe irgendeines anderen Landes.

Artikel IV:

Artikel 7 des Handelsabkommens erhält folgende Fassung:

Für den Fall, dass einer der vertragschliessenden Teile genötigt sein sollte, die Einfuhr oder Ausfuhr von Waren zu verbieten oder zu beschränken, wird er die Interessen des anderen Teiles in angemessener Weise berücksichtigen.

Vorstehende Vereinbarung findet keine Anwendung auf den Erlass von Einfuhr- und Ausfuhrverboten oder -beschränkungen, soweit sie auf alle Länder oder auf die Länder angewendet werden, bei denen die gleichen Voraussetzungen gegeben sind,

1. aus Gründen der öffentlichen Sicherheit,
2. aus Rücksicht auf die öffentliche Gesundheit oder zum Schutz von Tieren oder Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge sowie von Pflanzen gegen Entartung und Aussterben,
3. in Beziehung auf Waffen, Munition und Kriegsgerät und unter ausserordentlichen Umständen auf anderen Kriegsbedarf,
4. in Beziehung auf Waren, die im Gebiet eines der vertragschliessenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, ferner zu dem Zweck, für fremde Waren alle anderen Verbote oder Beschrän-

tendrán, en los puertos de la otra un trato por lo menos tan favorable como los buques de cualquier otro país.

Artículo IV.

El artículo 7 del Convenio de Comercio tendrá el texto siguiente:

En el caso de que una de las partes contratantes se vea en la necesidad de prohibir o restringir la importación o exportación de mercancías, tomará en consideración de manera adecuada los intereses de la otra parte.

El acuerdo que precede no tiene aplicación para las prohibiciones o restricciones de importación o exportación en cuanto estas se apliquen a todos los países en iguales circunstancias y en los siguientes casos:

1.º Por razones de seguridad pública.
2.º Por consideraciones de salud pública o de protección de animales o plantas contra enfermedades o plagas o cuando sean medidas de protección tomadas contra la degeneración o desaparición de determinadas especies vegetales.
3.º En lo que se refiere a armas, municiones y material de guerra y en circunstancias excepcionales, a otras necesidades para la guerra.
4.º En lo que se refiere a mercancías, que son o serán objeto de un monopolio del Estado en el territorio de una de las partes contratantes, así como para aplicar a las mercancías extranjeras todas las demás prohibicio-

kungen durchzuführen, die durch die innere Gesetzgebung für die Erzeugung, den Vertrieb, die Beförderung oder den Verbrauch gleichartiger einheimischer Waren im Inland festgesetzt sind oder festgesetzt werden.

5. aus Rücksicht auf den Schutz des künstlerischen, historischen oder archäologischen Nationalbesitzes.

Artikel V.

Artikel 10 des Abkommens erhält folgenden Zusatz:

5. auf die Begünstigungen, die ein vertragschliessender Staat einem dritten Land ausschliesslich auf Grund von allen Staaten zum Beitritt offenstehenden Verträgen von allgemeiner Bedeutung einräumt, die nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages abgeschlossen werden, es sei denn, dass der andere vertragschliessende Staat dieselben Begünstigungen gewährt.

Artikel VI.

Absatz 3 des Artikels 11 des Handelsabkommens und die Anlagen B und C zum Handelsabkommen fallen fort.

Artikel II der Zusatzvereinbarung vom 21. Dezember 1934 fällt fort.

Artikel VII.

Diese Zusatzvereinbarung bildet einen integrierenden Bestandteil des deutsch-spanischen Handelsabkommens vom 7. Mai 1926. Sie soll ratifiziert werden. Sie tritt am zehnten Tage nach dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgen soll,

nes o restricciones que son o sean fijadas por la legislación interior para la producción, la venta, el transporte o el consumo de mercancías nacionales de la misma clase en el territorio del país.

5.º Por consideraciones a la protección de la propiedad nacional artística, histórica o arqueológica.

Artículo V.

Al artículo 10º del Convenio se agregará lo siguiente:

5.º En cuanto a los beneficios que una de las partes contratantes conceda a un tercer país exclusivamente a base de tratados de caracter general, cuya adhesión sea libre para todos los países y que se hayan celebrado después de entrar en vigor el presente Convenio, salvo que la otra parte contratante conceda los mismos beneficios.

Artículo VI.

Quedan sin efecto el párrafo 3º del artículo 11 del Convenio de Comercio y los anexos B y C al mismo.

Queda sin efecto el artículo II del Acuerdo adicional del 21 de Diciembre de 1934.

Artículo VII.

Este Acuerdo adicional forma parte integrante del Convenio de Comercio del 7 de Mayo de 1926 y será ratificado. Entrará en vigor el día décimo siguiente al del canje de las ratificaciones que se efectuará en Berlin. — Sin embargo, ambos Gobiernos aplicarán, con ca-

in Kraft. Die beiden Regierungen werden jedoch diese Zusatzvereinbarung bereits vor dem Austausch der Ratifikationsurkunden mit Wirkung vom 1. August 1937 an vorläufig anwenden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Zusatzvereinbarung unterzeichnet.

In doppelter Urschrift ausgefertigt in deutschem und spanischem Wortlaut zu Burgos am 12. Juli 1937.

Faupel.
Wucher.
Francisco Gómez Jordana.
J. Bau.

rácter provisional, este Acuerdo adicional antes del canje de las ratificaciones surtiendo efecto desde el día 1 de Agosto de 1937.

En fé de lo cual, los Plenipotenciarios respectivos han firmado este Acuerdo adicional.

Hecho en doble ejemplar, en alemán y en español en Burgos, a 12 de Julio de 1937.

Francisco Gómez Jordana.
J. Bau.
Faupel.
Wucher.

44.

GRANDE-BRETAGNE, FINLANDE.

Accord pour l'exemption réciproque de l'impôt sur les revenus professionels des agents commerciaux; signé à Londres, le 21 février 1935.*)

Treaty Series No. 8 (1935).

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of Finland, being desirous of concluding an Agreement for reciprocal exemption from Income Tax in certain cases of profits or gains arising through an agency, have appointed to that end as their plenipotentiaries:

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

The Rt. Hon. Sir John Allsebrook Simon, G.C.S.I., K.C.V.O., O.B.E., K.C., M.P., Principal Secretary of State for Foreign Affairs;

The Government of Finland:

M. Georg Achates Gripenberg, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in London;

who, having communicated to each other their full powers, found to be in due form, have agreed as follows:—

*) En langues anglaise et finnoise. Nous ne reproduisons que le texte anglais.

Article 1.

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland undertake that the profits or gains to which this Article relates shall, so long as the exemption specified in Article 2 hereof remains effective, be exempted from Income Tax (including Surtax) chargeable in the United Kingdom for the year of assessment commencing on the sixth day of April, nineteen hundred and thirty-five, and for every subsequent year of assessment, and will take the necessary action under Section seventeen of the Act of Parliament of the United Kingdom known as the Finance Act, 1930, with a view to giving the force of law to the exemption aforesaid. The exemption so granted shall not extend to Income Tax chargeable under Schedule A of the Income Tax Acts.

The profits or gains to which this Article relates are any profits or gains arising, whether directly or indirectly, through an agency in the United Kingdom to a person who is resident in Finland and is not resident in the United Kingdom, unless the profits or gains either:—

(1) arise from the sale of goods from a stock in the United Kingdom, or

(2) accrue directly or indirectly through any branch or management in the United Kingdom or through an agency in the United Kingdom where the agent has a general authority to negotiate and conclude contracts.

Article 2.

The Government of Finland undertake that the profits or gains to which this Article relates shall, so lang as the exemption specified in Article 1 hereof remains effective, be exempted from tax under the laws of Finland for the time being in force relating to Income and Property Tax for the year of assessment commencing on the first day of January nineteen hundred and thirty-five, and for every subsequent year of assessment, and will take the necessary action under Article 3 of the Income and Property Taxation Law of the 5th December, 1924, with a view to giving the force of law to the exemption aforesaid.

The profits or gains to which this Article relates are any profits or gains arising, whether directly or indirectly, through an agency in Finland to a person who is resident in the United Kingdom and is not resident in Finland, unless the profits or gains either—

(1) arise from the sale of goods from a stock in Finland; or

(2) accrue directly or indirectly through any branch or management in Finland or through an agency in Finland where the agent has a general authority to negotiate and conclude contracts.

Article 3.

For the purposes of this Agreement the word „person" includes any body of persons, corporate or not corporate, and a body corporate shall be regarded as resident in the United Kingdom if its business is managed and controlled in the United Kingdom and shall be regarded as resident in Finland if its business is managed and controlled in Finland.

Article 4.

This Agreement may be denounced at any time upon six months' notice being given by one Contracting Party to the other.

In witness whereof the above-named plenipotentiaries have signed the present Agreement and affixed thereto their seals.

Done at London, in duplicate, in the Finnish and English languages, the 21st day of February, 1935.

(L.S.) *John Simon.*
(L.S.) *G. A. Gripenberg.*

45.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Traité d'établissement, de commerce et de navigation; signé à Berlin, le 23 mars 1935.*)

Reichsgesetzblatt 1935. II, No. 17.

Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien.

Der Deutsche Reichskanzler und Seine Majestät der König von Rumänien, von dem Wunsch geleitet, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu sichern und zu vertiefen, sind übereingekommen, einen Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschliessen, und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler
den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragten Reichsbankpräsidenten,
Herrn Dr. Hjalmar Schacht,

Seine Majestät der König von Rumänien
den Königlich Rumänischen Minister für Handel und Industrie,
Herrn J. Manolescu-Strunga,

die nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehendes vereinbart haben:

---

*) Mis en vigueur, à titre provisoire, le 1er avril 1935.

Artikel 1.

Die Angehörigen des einen vertragschliessenden Teils sollen im Gebiet des anderen Teils in bezug auf Handel, Gewerbe und Schiffahrt dieselben Vorrechte, Befreiungen und Begünstigungen aller Art geniessen, die den Angehörigen des meistbegünstigten Landes zustehen oder zustehen werden; sie sollen ferner volle Freiheit haben, unter den nämlichen persönlichen und sachlichen Bedingungen wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen.

Die Angehörigen des einen vertragschliessenden Teils können, vorausgesetzt, dass sie die Landesgesetze beobachten, das Gebiet des anderen Teils frei betreten, darin reisen, sich aufhalten und niederlassen sowie dieses Gebiet jederzeit frei verlassen. Sie werden dabei keinen anderen oder lästigeren allgemeinen oder örtlichen Beschränkungen oder Auflagen irgendwelcher Art unterworfen sein als die Angehörigen des meistbegünstigten Landes.

Es besteht Einverständnis darüber, dass das Recht des einen vertragschliessenden Teils, Angehörigen des anderen entweder infolge gerichtlicher Bestrafung oder aus Gründen der inneren oder äusseren Sicherheit des Staates oder aus Gründen der Armen-, Gesundheits- und Sittenpolizei, den Aufenthalt im einzelnen Falle zu versagen, durch die Bestimmungen dieses Vertrags nicht beeinträchtigt wird.

Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Teile sollen auf dem Gebiet des anderen Vertragteils volle Freiheit haben, jede Art von beweglichem und unbeweglichem Vermögen zu erwerben und zu besitzen, dessen Erwerb oder Besitz die Gesetze des anderen Vertragsteils den Angehörigen des meistbegünstigten Landes gestatten, sie sollen ferner befugt sein, über dieses Vermögen durch Verkauf, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen sowie Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben.

Artikel 2.

Die Angehörigen des einen vertragschliessenden Teils geniessen im Gebiet des anderen in Beziehung auf den gerichtlichen und behördlichen Schutz ihrer Person und ihrer Güter die gleiche Behandlung wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes.

Demgemäss sind die Angehörigen des einen vertragschliessenden Teils ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz sowie die juristischen Personen und die im Artikel 5 bezeichneten Gesellschaften berechtigt, im Gebiet des anderen Teils vor Gericht als Kläger und Beklagte unter ihrem Namen und ihrer Firma aufzutreten.

Sie können zu diesem Zweck ihre Anwälte und sonstigen Rechtsbeistände unter denjenigen Personen aussuchen, die zur Ausübung ihres Berufs nach den Gesetzen des Landes zugelassen sind.

Artikel 3.

Die Angehörigen des einen vertragschliessenden Teils geniessen im Gebiet des anderen sowohl für ihre Person wie für ihre Güter, Rechte und Interessen in bezug auf Steuern, Gebühren und Abgaben aller Art sowie alle anderen Lasten fiskalischen Charakters bei den Finanzbehörden und Finanzgerichten in jeder Beziehung die gleiche Behandlung und den gleichen Schutz wie die Inländer und die Angehörigen des meistbegünstigsten Landes.

Artikel 4.

Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Teile sind im Gebiete des anderen Teils von jeder Zwangsarbeit für den Staat befreit, ausgenommen im Falle der Abwehr einer Naturkatastrophe. Sie sind ebenso befreit von jedem Militärdienst im Heer, in der Flotte, im Luftdienst sowie in der nationalen Miliz und von jedem öffentlichen Zwangsdienst bei Gerichts-, Verwaltungs- und Gemeindebehörden, von allen militärischen Zwangsleistungen und Requisitionen sowie von allen Geld- und Naturalleistungen, die als Ablösung für persönliche Dienstleistungen auferlegt werden.

Ausgenommen sind jedoch die mit dem Besitz, der Miete oder der Pacht von Grundstücken verbundenen Lasten sowie die militärischen Zwangsleistungen und Requisitionen, zu denen die Inländer als Eigentümer, Mieter oder Pächter von Grundstücken herangezogen werden können. In bezug auf die Lasten, Leistungen oder Requisitionen werden sie wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes behandelt.

Desgleichen sind die Angehörigen des einen vertragschliessenden Teils im Gebiet des anderen von Zwangsanleihen und Kontributionen befreit.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden entsprechende Anwendung auf juristische Personen und die im Artikel 5 bezeichneten Gesellschaften. In bezug auf militärische Zwangsleistungen und Requisitionen gilt für die Gesellschaften des anderen Vertragsteils die Inländerbehandlung.

Artikel 5.

Aktiengesellschaften und Handelsgesellschaften jeder Art, einschliesslich der Industrie-, Finanz-, Versicherungs-, Verkehrs- und Transportgesellschaften, die im Gebiet des einen vertragschliessenden Teils ihren Sitz haben und nach seinen Gesetzen zu Recht bestehen, werden auch im Gebiet des anderen Teils als zu Recht bestehend anerkannt; ebenso werden sie in Ansehung der Geschäftsfähigkeit und des Rechts, vor Gericht aufzutreten, nach den Gesetzen ihres Heimatlandes beurteilt.

Ihre Zulassung zu geschäftlicher Tätigkeit im Gebiet des anderen Teils richtet sich nach den dort jeweils geltenden Gesetzen und Vorschriften.

In jedem Falle sollen sie sowohl hinsichtlich der Voraussetzungen ihrer Zulassung, der Ausübung ihrer Tätigkeit als auch in jeder anderen

Beziehung dieselben Rechte, Vorteile und Befreiungen wie gleichartige Unternehmungen des meistbegünstigten Landes geniessen.

Die Angehörigen des einen vertragschliessenden Teils geniessen im Gebiet des anderen diejenigen Rechte und Vorteile, die den Angehörigen des meistbegünstigten Landes hinsichtlich der Gründung von Aktiengesellschaften oder sonstigen Handelsgesellschaften der in diesem Artikel bezeichneten Art oder hinsichtlich der Beteiligung an solchen Gesellschaften gewährt werden.

Artikel 6.

Unbeschadet der weiteren Vorteile, die sich aus der Meistbegünstigung ergeben, sollen Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende des einen vertragschliessenden Teils, die durch eine von den Behörden ihres Landes ausgestellte Ausweiskarte nachweisen, dass sie in dem Lande, in dem sie ihren Wohnsitz haben, zur Ausübung ihres Handels oder ihres Gewerbebetriebs berechtigt sind, und dass sie dort die gesetzlichen Steuern und Abgaben entrichten, befugt sein, selbst oder durch in ihren Diensten stehende Reisende unter Beobachtung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten im Gebiet des anderen Teils bei Kaufleuten oder in offenen Verkaufsstellen oder bei Personen, welche die Waren erzeugen, Warenankäufe zu machen. Sie können ferner bei Kaufleuten oder bei anderen Personen, in deren Gewerbebetrieb Waren der angebotenen Art Verwendung finden, Bestellungen suchen, sind berechtigt, Warenproben und Muster, jedoch keine Waren mitzuführen und werden wegen der in diesem Absatz bezeichneten Tätigkeit keinerlei Steuern und Abgaben unterworfen.

Die Ausweiskarten müssen dem Muster entsprechen, das in dem am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten internationalen Abkommen über die Vereinfachung der Zollförmlichkeiten*) aufgestellt ist. Ein konsularischer oder anderer Sichtvermerk wird für diese Ausweiskarten nicht gefordert, wenn nicht einer der vertragschliessenden Teile darlegt, dass besondere oder aussergewöhnliche Umstände ihn dazu nötigen, ein Visum der Ausweiskarten zu verlangen; in diesem Falle wird das Visum kostenlos erteilt werden.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen, auf den Hausierhandel und auf das Aufsuchen von Bestellungen bei Personen, die weder Handel noch ein Gewerbe betreiben. Die vertragschliessenden Teile behalten sich in dieser Hinsicht die volle Freiheit ihrer Gesetzgebung vor.

Artikel 7.

Für den Fall, dass einer der vertragschliessenden Staaten genötigt sein sollte, die Ein- oder Ausfuhr von Waren zu verbieten oder zu beschränken, verpflichtet er sich, die Interessen des anderen Staates in angemessener Weise zu berücksichtigen.

---

*) V. N.R.G. 3. s. XIX, p. 165.

Insbesondere werden die beiden vertragschliessenden Staaten die Zugeständnisse, die sie sich in diesem Vertrag gemacht haben, nicht durch Ein- oder Ausfuhrverbote oder -beschränkungen oder deren Handhabung entwerten.

Artikel 8.

Die vertragschliessenden Teile gewähren sich gegenseitig die Freiheit der Durchfuhr durch ihr Gebiet und verpflichten sich, die Bestimmungen des am 20. April 1921 in Barcelona abgeschlossenen internationalen Abkommens und Statuts über die Freiheit der Durchfuhr*) anzuwenden.

Artikel 9.

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse der einen vertragschliessenden Teils werden bei der Einfuhr in das Gebiet des anderen Teils sowie bei der Ausfuhr nach dem Gebiet der anderen Teils in Ansehung des Betrags, der Erhebung und Sicherstellung von Zöllen und Abgaben sowie in Ansehung aller Zollförmlichkeiten nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung behandelt.

Artikel 10.

Die in Anlage A**) bezeichneten rumänischen Boden- und Gewerbeerzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr nach Deutschland keinen höheren als den in dieser Anlage festgesetzten Zöllen unterliegen.

Die in Anlage B**) bezeichneten deutschen Boden- und Gewerbeerzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr nach Rumänien keinen höheren als den in dieser Anlage festgesetzten Zöllen unterliegen.

Artikel 11.

Deutsche Boden- und Gewerbeerzeugnisse, die durch das Gebiet anderer Länder nach Rumänien eingeführt werden, und rumänische Boden- und Gewerbeerzeugnisse, die durch das Gebiet anderer Länder nach Deutschland eingeführt werden, sowie Boden- und Gewerbeerzeugnisse anderer Länder, die durch das Gebiet des einen vertragschliessenden Teils nach dem Gebiet des anderen eingeführt werden, unterliegen bei ihrer Einfuhr keinen anderen oder höheren Zöllen oder Abgaben, als wenn sie aus dem Ursprungsland unmittelbar oder durch ein anderes Land eingeführt worden wären.

Diese Bestimmung gilt sowohl für die unmittelbar durchgeführten wie für die Waren, die während der Durchfuhr umgeladen, umgepackt oder gelagert worden sind.

Artikel 12.

Innere Abgaben, die im Gebiet des einen vertragschliessenden Teils, sei es für Rechnung des Staates oder einer Gemeinde oder einer anderen Körperschaft, auf der Erzeugung, der Zubereitung oder dem Verbrauch einer Ware ruhen oder ruhen werden, dürfen die Erzeugnisse des anderen

*) V. N.R.G. 3. s. XVIII, p. 690.
**) Non reproduite.

Teils unter keinem Vorwand höher oder in lästigerer Weise treffen als die gleichartigen Erzeugnisse des eigenen oder des meistbegünstigten Landes.

Artikel 13.

Von jedem vertragschliessenden Teile werden unter der Bedingung der Wiederausfuhr oder der Wiedereinfuhr und unter Vorbehalt der erforderlichen Aufsichtsmassnahmen frei von jeder Ein- und Ausgangsabgabe gelassen:

a) Leere handelsübliche Umschliessungen aller Art sowie Schutzdecken und andere Verpackungsmittel, auch Webebäume, Holz- und Papprollen, die ohne Waren aus dem Gebiet des einen in das Gebiet des anderen vertragschliessenden Teils zum Zwecke der Ausfuhr von Waren eingeführt oder, nachdem sie nachweislich dazu gedient haben, ohne Waren aus dem Gebiet des anderen Teils wieder zurückgebracht werden;
b) Gegenstände zur Ausbesserung;
c) Werkzeuge, Instrumente und mechanische Geräte, die ein Unternehmer oder eine Firma des einen in das Gebiet des anderen vertragschliessenden Teils einführt, um dort durch ihr Personal Montierungs-, Versuchs- oder ähnliche Arbeiten vornehmen zu lassen, gleichviel, ob die genannten Gegenstände durch Versendung eingeführt oder durch das Personal selbst eingebracht werden;
d) Maschinenteile zum Ausproben;
e) Waren (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), die auf Messen oder Ausstellungen gebracht werden;
f) Möbelwagen und Möbelkästen, die die Grenze zu dem Zwecke überschreiten, Gegenstände aus dem Gebiet des einen in das Gebiet des anderen vertragschliessenden Teils zu befördern, auch wenn sie auf der Rückreise eine neue Ladung tragen, gleichgültig am welchem Ort diese neue Ladung aufgenommen worden ist, nicht aber, wenn sie inzwischen zu reinen Inlandstransporten verwendet worden sind; beide Beförderungsmittel einschliesslich des zum üblichen Gebrauch während der Beförderung dienenden Zubehörs und bei Gewährung einer Frist für die Wiederausfuhr von sechs Monaten;
g) Warenproben und Muster nach Massgabe des am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten internationalen Abkommens über die Vereinfachung der Zollförmlichkeiten bei Gewährung einer Frist für die Wiederausfuhr von sechs Monaten; diese Frist kann auf zwölf Monate verlängert werden.

Edelmetallwaren, die von Handelsreisenden als Muster im Vormerkverfahren eingeführt werden, sind auf Verlangen vom Punzierungszwange zu befreien, wenn entsprechende Sicherstellung geleistet wird, die den Betrag des Zolls und der Punzierungsgebühr nicht übersteigen darf. Werden die Muster nicht rechtzeitig wieder ausgeführt, so verfällt

die hinterlegte Sicherheit, unbeschadet der durch die Gesetzgebung vorgesehenen Strafen.

Artikel 14.

Jeder der vertragschliessenden Teile wird Behörden bezeichnen, die befugt und verpflichtet sind, auf Verlangen verbindliche Auskunft über Zolltarifsätze und die Tarifierung bestimmt bezeichneter Waren zu geben.

Artikel 15.

Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des einen vertragschliessenden Teils in das Gebiet des anderen werden im allgemeinen Ursprungszeugnisse nicht gefordert.

Wenn jedoch einer der vertragschliessenden Teile Erzeugnisse eines dritten Landes mit höheren Abgaben als die Erzeugnisse des anderen Teils belegt oder wenn er die Erzeugnisse eines dritten Landes Einfuhrverboten oder Beschränkungen unterwirft, denen die Erzeugnisse des anderen Teils nicht unterliegen, so kann er, wenn er es für erforderlich hält, die Anwendung der ermässigten Abgaben für die Erzeugnisse des anderen Teils oder deren Zulassung zur Einfuhr von der Beibringung von Ursprungszeugnissen abhängig machen.

Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, dafür zu sorgen, dass der Handel nicht durch überflüssige Förmlichkeiten bei der Ausstellung von Ursprungszeugnissen behindert wird.

Die Ursprungszeugnisse können von der Zollbehörde des Versandorts im Innern oder an der Grenze oder von der zuständigen Industrie-, Handels- und Landwirtschaftskammer, in Deutschland auch von den Aussenhandelsstellen und der Hauptabteilung VI der Landesbauernschaften ausgestellt werden. Die beiden Regierungen können Vereinbarungen treffen, um noch auf andere als die oben bezeichneten Stellen oder auf wirtschaftliche Vereinigungen eines der beiden Länder die Befugnis zur Austellung von Ursprungszeugnissen zu übertragen. Falls die Zeugnisse nicht von einer dazu ermächtigten Staatsbehörde ausgestellt sind, kann die Regierung des Bestimmungslandes verlangen, dass sie von ihrer für den Versandort der Waren zuständigen diplomatischen oder konsularischen Behörde beglaubigt werden. Die Beglaubigung erfolgt kostenlos.

Die Ursprungszeugnisse können sowohl in der Sprache des Bestimmungslandes als auch in der Sprache des Ausfuhrlandes abgefasst sein; im letzteren Falle können die Zollämter des Bestimmungslandes eine Übersetzung verlangen.

Wenn Erzeugnisse dritter Länder über das Gebiet des einen vertragschliessenden Teils in das Gebiet des anderen eingeführt werden, so werden die Zollbehörden dieses Teils auch die im Gebiet des erstgenannten Teils unter den Bedingungen des Artikels 11 Abs. 2 Nr. 3 des in Genf am 3. November 1923 abgeschlossenen internationalen Abkommens über die Vereinfachung der Zollförmlichkeiten ausgestellten Ursprungszeugnisse annehmen.

Artikel 16.

Wenn einer der vertragschliessenden Teile die Behandlung einer Ware bei der Einfuhr von besonderen Bedingungen in Beziehung auf Zusammensetzung, Reinheitsgrad, Güte, sanitären Zustand, Erzeugungsgebiet oder von anderen ähnlichen Bedingungen abhängig macht, werden beide Regierungen gemeinsam prüfen, ob die Kontrollförmlichkeiten an der Grenze, durch die festgestellt werden soll, ob die Ware den vorgeschriebenen Bedingungen genügt, durch Zeugnisse vereinfacht werden können, die in gebührender Form von den zuständigen Behörden des Ausfuhrlandes ausgestellt werden.

Sind beide Regierungen hierüber einig, so werden sie gemeinsam das Verfahren für den Nachweis des Vorhandenseins der erforderlichen Bedingungen festlegen. Sie werden ferner die Behörden bezeichnen, die zur Austellung der Zeugnisse befugt sind, den Inhalt der Zeugnisse, die bei der Ausstellung zu befolgenden Grundsätze, die Förmlichkeiten, durch welche die Nämlichkeit der Waren gewährleistet wird, und gegebenenfalls auch das Verfahren für die Entnahme von Proben.

Es herrscht Einverständnis darüber, dass auch bei Vorlage von Zeugnissen auf Grund der in diesem Artikel vorgesehenen Vereinbarungen das Bestimmungsland das Recht hat, die Richtigkeit der Zeugnisse nachzuprüfen und sich über die Nämlichkeit der Waren zu vergewissern.

Artikel 17.

Für die Einfuhr rumänischer Tiere und tierischer Erzeugnisse nach Deutschland sowie für deren Durchfuhr durch Deutschland gelten die in Anlage C enthaltenen Bestimmungen.

Die Rumänische Regierung wird die Einfuhr von Zuchtvieh aus Deutschland nicht schlechter behandeln als die Einfuhr aus anderen Ländern.

Artikel 18.

Bei der Beförderung der Reisenden und ihres Gepäcks auf den Eisenbahnen der vertragschliessenden Teile wird bei gleichen Bedingungen zwischen den Angehörigen des einen und des anderen Teils kein Unterschied bezüglich der Preise, der Art der Beförderung sowie der damit zusammenhängenden Abgaben und Steuern gemacht.

Artikel 19.

In allen Fragen der Regelung des internationalen Eisenbahnverkehrs werden die Hohen Vertragschliessenden Teile in ihren gegenseitigen Beziehungen die Bestimmungen des Übereinkommens und Statuts von Barcelona über die Freiheit des Durchgangsverkehrs vom 20. April 1921 sowie des Übereinkommens und Statuts über die internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen, die am 9. Dezember 1923 in Genf unterzeichnet worden sind,*) zur Anwendung bringen.

---

*) V. N.R.G. 3. s. XIX, p. 214.

Artikel 20.

Die Eisenbahnverwaltungen der vertragschliessenden Teile verpflichten sich, nach Massgabe des tatsächlichen Bedürfnisses direkte Tarife für den Personen-, Gepäck-, Expressgut- und Güterverkehr zwischen den Gebieten der vertragschliessenden Teile sowie für den Verkehr zwischen dem Gebiet eines der vertragschliessenden Teile und dem Gebiet eines dritten Staates im Durchgang durch das Gebiet des anderen vertragschliessenden Teiles aufzustellen. Diese Verpflichtung umfasst auch den Verkehr von und nach den Häfen der vertragschliessenden Teile.

Artikel 21.

Zwischen den Eisenbahnverwaltungen der beiden Länder werden alsbald unmittelbare Verhandlungen über die Bedingungen stattfinden, unter denen sich der Verkehr von Reisenden und Gütern im Ein-, Aus- und Durchgang auf den beiderseitigen Eisenbahnstrecken abwickeln soll.

Artikel 22.

Die deutschen Seeschiffe und ihre Ladungen sollen im Königreich Rumänien und die rumänischen Seeschiffe und ihre Ladungen sollen in Deutschland in jeder Hinsicht wie die eigenen Schiffe und die Schiffe der meistbegünstigten Nation behandelt werden, gleichviel aus welchem Hafen die Schiffe auslaufen und nach welchem Hafen sie bestimmt sind, und ohne Rücksicht auf Ursprung und Bestimmung der Ladungen.

Jedes Vorrecht, jede Befreiung oder sonstige Vergünstigung, die von einem der vertragschliessenden Teile den Schiffen eines dritten Landes oder ihren Ladungen eingeräumt wird, soll auch dem anderen Teil zustehen.

Die Bestimmungen dieses Artikels berühren in keiner Weise die jeweils geltenden allgemeinen und besonderen Bestimmungen für alle Schiffe, die gewisse ausländische Hafen angelaufen haben, sofern diese Massnahmen auf alle in gleicher Lage befindlichen Schiffe angewendet werden.

Artikel 23.

Die Schiffe jedes der vertragschliessenden Teile, die mit Ballast oder beladen in die Häfen des anderen Teils einlaufen oder sie verlassen, sollen dort in jeder Hinsicht, welches auch immer der Ort ihres Auslaufens oder ihrer Bestimmung sein möge, dieselbe Behandlung geniessen wie die inländischen Schiffe und die Schiffe des meistbegünstigten Staats. Sowohl bei ihrem Einlaufen und bei ihrem Auslaufen wie während ihres Aufenthalts sollen sie keine anderen oder höheren Leuchtturm-, Tonnen-, Lotsen-, Hafen-, Schlepp-, Quarantäne- oder sonstige Gebühren, die auf dem Schiffskörper, unter welcher Bezeichnung es sei, lasten und im Namen und zugunsten des Staats, öffentlicher Beamter, von Gemeinden oder von irgendwelchen Korporationen erhoben werden, zu entrichten haben als diejenigen, zu denen die inländischen Schiffe und die

Schiffe des meistbegünstigten Staats dort verpflichtet sind oder sein werden.

In bezug auf die Anweisung von Liegeplätzen, die Beladung und die Löschung der Schiffe in den Häfen, Reeden, Buchten und Bassins sowie allgemein in Ansehung aller Förmlichkeiten und sonstiger Bestimmungen, denen die Handelsschiffe, Reisenden, Mannschaften und Ladungen unterworfen werden können, soll den inländischen Schiffen und den Schiffen des meistbegünstigten Staats kein Vorrecht und keine Vergünstigung zugestanden werden, die nicht gleichmässig den Schiffen des anderen Teils eingeräumt wird.

Artikel 24.

Die Schiffe jedes vertragschliessenden Teils, die nach den Häfen des anderen Teils kommen, um dort ihre nach dem Ausland bestimmte Ladung zu vervollständigen oder um einen Teil ihrer vom Ausland kommenden Ladung zu löschen, wobei auch jederzeit ein unmittelbares Umladen in denjenigen Häfen, wo die notwendigen zolltechnischen Einrichtungen zur Überwachung dieser Operationen vorhanden sind, auch unter Zwischenlagerung gestattet ist, dürfen unter Beobachtung der Gesetze und Vorschriften des Landes denjenigen Teil der Ladung, der nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmt ist, an Bord behalten und ihn wiederausführen, ohne zur Entrichtung anderer Gebühren verpflichtet zu sein als derjenigen, die nach den geltenden Tarifen für das Laden, Löschen und Umladen zu entrichten sind und ohne für den an Bord behaltenen Teil der Ladung irgendwelche Abgaben ausser den Aufsichtsabgaben bezahlen zu müssen.

Diese letzteren dürfen im übrigen nicht höher sein als die für die eigenen Schiffe oder die Schiffe eines dritten Landes geltenden Sätze.

Sie können zu den gleichen Bedingungen von einem Hafen nach einem anderen Hafen des anderen vertragschliessenden Teils fahren, um dort Reisende, die aus dem Auslande kommen, zu landen oder Reisende, die sich ins Ausland begeben, an Bord zu nehmen.

Artikel 25.

Die Gleichstellung der Schiffahrt mit der eigenen oder derjenigen des meistbegünstigten Landes erstreckt sich nicht:

1. auf die Rechte und Vergünstigungen, die der eigenen Fischerei gewährt werden,
2. auf besondere Massnahmen, die zur Förderung der eigenen Schiffahrt durch Gewährung von Subventionen getroffen werden,
3. auf Vorrechte, die den eigenen Wassersportvereinigungen gewährt werden,
4. auf die Ausübung des Hafen- und Reedediensles einschliesslich des Lotsen-, Schlepp-, Bergungs- und Rettungsdienstes.

Artikel 26.

Die Nationalität der Seeschiffe wird von beiden vertragschliessenden Teilen auf Grund der von den zuständigen Behörden in jedem der vertragschliessenden Länder ausgestellten Urkunden anerkannt.

Ausser im Falle einer Zwangsversteigerung dürfen die Seeschiffe des einen vertragschliessenden Teils im Gebiete des anderen Vertragsteils nicht ohne eine Erklärung der zuständigen Behörden des Heimatstaats über die Löschung im Schiffsregister nationalisiert werden.

Bis zum Abschluss eines besonderen Abkommens über die gegenseitige Anerkennung der Messbriefe werden die Seeschiffe jedes der vertragschliessenden Teile in den Häfen des anderen Teils keiner neuen Vermessung unterzogen, und die Entrichtung der Schiffahrtsgebühren und -abgaben erfolgt auf Grund der von den zuständigen Behörden des Landes, dessen Flagge die Schiffe führen, ausgestellten Messbriefe, sofern diese entsprechend den von der Europäischen Donau-Kommission festgesetzten oder den für den Suezkanal vorgeschriebenen Regeln ausgestellt sind.

Die Regeln und Vorschriften der inländischen Gesetzgebung über die Ausrüstung, Einrichtung und Sicherheitsbedingungen der Schiffe des einen vertragschliessenden Teils werden auch in den Häfen des anderen Teils anerkannt.

Artikel 27.

Wenn ein Schiff eines der vertragschliessenden Teile an den Küsten des anderen Teils strandet oder Schiffbruch leidet, sollen Schiff und Ladung dieselben Begünstigungen und Befreiungen geniessen, welche die Gesetzgebung dieses Landes den eigenen Schiffen und denen des meistbegünstigten Landes in gleicher Lage gewährt. Es soll dem Führer, der Mannschaft und den Reisenden sowohl für ihre Person wie für Schiff und Ladung Hilfe und Beistand wie den Angehörigen des eigenen Landes geleistet werden.

Die vertragschliessenden Teile kommen ausserdem überein, dass die geborgenen Waren keiner Zollabgabe unterliegen sollen, es sei denn, dass sie in den inländischen Verbrauch übergehen.

Artikel 28.

Die Bestimmungen dieses Vertrages finden keine Anwendung auf die Küstenschiffahrt, die den nationalen Schiffen vorbehalten bleibt. Jedoch hat jeder der vertragschliessenden Teile das Recht, für seine Schiffe alle Vergünstigungen und Vorrechte zu beanspruchen, die der andere Teil den Schiffen eines dritten Landes gewährt hat oder gewähren wird, unter der Voraussetzung, dass er den Schiffen des anderen Teils auf seinem Gebiet dieselben Vergünstigungen und Vorrechte gewährt.

Artikel 29.

Die Bestimmungen dieses Vertrages finden auf die Binnenschiffahrt keine Anwendung.

Die Hohen Vertragschliessenden Teile gewähren sich jedoch für die Binnenschiffahrt gegenseitig die Meistbegünstigung hinsichtlich aller Vorteile und jeder Behandlung, die sie den Schiffen irgendeines andern Landes, mit Ausnahme der Nachbarländer, die mit dem einen oder dem anderen der Hohen Vertragschliessenden Teile ein gemeinsames Binnenwasserstrassennetz haben, einräumen.

Artikel 30.

Die Unternehmungen jedes Teils, welche die Beförderung von Auswanderern betreiben, sollen hinsichtlich der Beförderung von Auswanderern aus dem Gebiet des anderen Teils, der Beförderung von Durchwanderern, die durch das Gebiet des anderen Teils hindurchreisen, und der Beförderung von Rückwanderern, die in das Gebiet des anderen Teils zurückkehren, sowie hinsichtlich der Zulassung zur Auswandererbeförderung und der Errichtung von Agenturen für ihren Geschäftsbetrieb ebenso behandelt werden wie die inländischen Beförderungsunternehmungen; sie sollen dieselben Vorrechte und Begünstigungen geniessen wie die gleichartigen Unternehmungen des meistbegünstigten Landes.

Artikel 31.

Soweit die Bestimmungen dieses Vertrages die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung betreffen, sind sie nicht anwendbar:

a) auf die von einem der vertragschliessenden Teile angrenzenden Staaten gegenwärtig oder künftig gewährten besonderen Begünstigungen zur Erleichterung des Grenzverkehrs in einer Ausdehnung von in der Regel nicht mehr als 15 km beiderseits der Grenze;
b) auf die von einem der vertragschliessenden Teile gegenwärtig oder künftig auf Grund einer Zollvereinigung eingegangenen Verpflichtungen;
c) auf Begünstigungen, die einer der vertragschliessenden Teile durch ein Abkommen einem anderen Staat einräumt, um die in- und ausländische Besteuerung auszugleichen, insbesondere eine Doppelbesteuerung zu verhüten oder um Rechtsschutz und Rechtshilfe in Steuersachen oder Steuerstrafsachen zu sichern;
d) auf die Begünstigungen, die ein vertragschliessender Teil einem dritten Lande ausschliesslich auf Grund von allen Staaten zum Beitritt offenstehenden Verträgen von allgemeiner Bedeutung einräumt, die nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages abgeschlossen werden, es sei denn, dass der andere vertragschliessende Teil dieselben Begünstigungen gewährt.

Artikel 32.

Jede der beiden Regierungen wird einen Regierungsausschuss einsetzen. Aufgabe dieser Ausschüsse ist es, in ständiger unmittelbarer Fühlungnahme diejenigen Fragen zu behandeln, die mit der Auslegung

und Anwendung dieses Vertrages zusammenhängen. Über die Zusammensetzung der Regierungsausschüsse werden sich die beiden Regierungen Mitteilung machen.

Artikel 33.

Dieser Vertrag soll ratifiziert werden. Er tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der so bald als möglich in Bukarest erfolgen soll, in Kraft. Die vertragschliessenden Staaten werden den Vertrag bereits vor dem Austausch der Ratifikationsurkunden, und zwar vom 1. April 1935 ab, vorläufig anwenden.

Der Vertrag bleibt vom 1. April 1935 ab zwei Jahre in Kraft. Wird er nicht sechs Monate vor Ablauf dieser Frist gekündigt, so gilt er als auf unbestimmte Zeit verlängert. Er kann dann jederzeit unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Monats gekündigt werden.

Sollte sich die wirtschaftliche Grundlage, von der die vertragschliessenden Teile bei Abschluss dieses Vertrages ausgegangen sind, zum Nachteil des einen Staates grundlegend verändern, und sollten die Regierungsausschüsse nicht in angemessener Frist eine befriedigende Lösung für die Anpassung des Vertrages an die veränderte Wirtschaftslage finden, so ist dieser Staat berechtigt, den Vertrag, und zwar auch vor Ablauf der in dem vorhergehenden Absatz bestimmten Frist von zwei Jahren unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Monats zu kündigen. Diese Kündigung kann jedoch nicht vor dem 31. März 1936 wirksam werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag in deutscher und rumänischer Sprache in je zwei Urschriften unterzeichnet.

Berlin, den 23. März 1935.

Dr. Hjalmar Schacht.
J. Manolescu-Strunga.

Anlage C.

A. Zur Einfuhr werden zugelassen:

I. Lebende Tiere.

1. Pferdewallache, Eselwallache, Mauleselwallache und Maultierwallache.

Einhuferhengste und -stuten werden vier Jahre nach der amtlichen Erklärung des Erlöschens der Beschälseuche ebenfalls zur Einfuhr zugelassen.

Die Einfuhr der Einhufer ist nur zulässig, wenn sie bei der grenztierärztlichen Untersuchung auf Seuchen unverdächtig befunden worden sind.

Über die zur Einfuhr gelangenden Einhufer sind Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse mit dem Wortlaut der anliegenden Muster a beizubringen. Die Nämlichkeit der Einhufer ist durch von der Ortsbehörde auszustellende Ursprungszeugnisse sicherzustellen.

2. Lebende Rinder (Fleckvieh, Pinzgauer, Braunvieh und Kreuzungen dieser Schläge untereinander und mit Landvieh). Die Einfuhr bedarf einer besonderen Genehmigung, die erlischt, soweit von ihr nicht innerhalb drei Monate Gebrauch gemacht worden ist.

Die Deutsche Regierung wird zur Prüfung des Gesundheitszustandes der von Rumänien nach Deutschland auszuführenden Rinder einen deutschen Tierarzt nach Rumänien abordnen; die Kgl. Rumänische Regierung wird diesem Tierarzt bei Ausübung seiner Tätigkeit jede Unterstützung gewähren.

Den Rindern sind Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse nach anliegendem Muster b beizugeben, aus denen u. a. hervorgeht, dass sie im Ausfuhrgebiet geboren sind. Die Zeugnisse sind für jedes einzelne Rind besonders auszustellen.

Die Kgl. Rumänische Regierung verpflichtet sich ferner, an der rumänisch-russischen Grenze ein Viehkataster in einer Tiefe vom 20 km einzurichten.

Deutscherseits kann die Einfuhr für die Dauer der Seuchengefahr verboten werden:

a) bei Ausbruch der Rinderpest und Lungenseuche in Rumänien,
b) beim Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in den Ausfuhrgebieten.

Hinsichtlich der Maul- und Klauenseuche gelten die zwischen den beiden vertragschliessenden Regierungen getroffenen besonderen Vereinbarungen.

3. Lebendes Hausgeflügel (Gänse, Enten, Haushühner, Perlhühner, Truthühner und Tauben) zu Mast- und Schlachtzwecken:

a) Die Einfuhr von lebendem Hausgeflügel bedarf einer besonderen Genehmigung, die erlischt, soweit von ihr nicht innerhalb von drei Monaten Gebrauch gemacht worden ist.
b) Das Geflügel darf über alle dafür zugelassenen Grenzübergangsstellen eingeführt werden. Die Grenzübergangsstelle ist in dem Antrag auf Erteilung der Genehmigung zu bezeichnen.
c) Das zur Einfuhr bestimmte Geflügel ist mit kurzgestutzten Schwanzfedern bei der Untersuchung (Buchstabe d) vorzuführen.
d) Das Geflügel unterliegt bei der Einfuhr der grenztierärztlichen Untersuchung. Verseuchte oder seuchenverdächtige Transporte werden zurückgewiesen. Von der Zurückweisung ist die Kgl. Rumänische Regierung zu benachrichtigen.
e) Der Abtransport von der Grenzübergangsstelle nach dem Bestimmungsort hat in plombierten Eisenbahnwagen und unter Bezettelung als Sperrgeflügel zu erfolgen.
f) Die Einfuhr ist nur in Geflügelmästereien oder -schlächtereien gestattet, welche die beiden Regierungen sich mitgeteilt haben oder mitteilen werden.

II. Fleisch, tierische Teile und Erzeugnisse.

1. Geschlachtete Schweine nach Fleischwarenfabriken, die von der Deutschen Regierung besonders zugelassen sind:

a) Die Schweine unterliegen bei der Einfuhr den Vorschriften des Reichsfleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 (Reichsgesetzbl. S. 547).

b) Die Einfuhr bedarf einer besonderen Genehmigung, die erlischt, soweit von ihr nicht innerhalb drei Monaten Gebrauch gemacht worden ist.

c) Die Schweine müssen in öffentlichen, hierfür besonders zugelassenen und unter ständiger tierärztlicher Aufsicht stehenden Schlachthöfen oder Exportschlächtereien geschlachtet sein, welche die beiden Regierungen sich mitgeteilt haben oder mitteilen werden.

d) Über die zur Einfuhr gelangenden Schweine ist ein von dem zuständigen beamteten oder staatlich damit beauftragten rumänischen Tierarzt auszustellendes Gesundheitszeugnis nach dem Wortlaut des anliegenden Musters c beizubringen. Das Zeugnis ist auf Grund der bei der Schlachtung vorzulegenden Ursprungszeugnisse auszustellen.

e) Deutscherseits kann die Einfuhr verboten werden:

1. aus ganz Rumänien bei Ausbruch der Rinderpest, und zwar bis zu einem halben Jahre nach der amtlichen Erklärung des Erlöschens der Seuche;
2. nach vorherigem Benehmen mit dem rumänischen Landwirtschaftsministerium aus Komitaten oder aus Teilen von solchen, die mit Seuchen, welche auf Schweine leicht übertragbar sind, stark verseucht sind;
3. aus zugelassenen Schlachthöfen, wenn bei den aus diesen nach Deutschland eingeführten geschlachteten Schweinen durch die deutsche Auslandsfleischbeschau wiederholt auf Schweine leicht übertragbare Krankheiten festgestellt und der Kgl. Rumänischen Regierung zur Kenntnis gebracht worden sind.

Ein Einfuhrverbot ist wieder aufzuheben, sobald die Kgl. Rumänische Regierung durch die von ihr getroffenen Massnahmen der Deutschen Regierung Gewähr dafür geboten hat, dass die Ursachen, die zur Anordnung der Sperre geführt haben, in Wegfall gekommen sind.

Wenn auf Grund von Feststellungen der in Abs. e zu 3 genannten Art auf mehr als ein Drittel der zur Ausfuhr zugelassenen Schlachthöfe eines Komitats die Einfuhr gesperrt worden ist, kann die Sperre auf sämtliche Schlachthäuser des Komitats ausgedehnt werden. Eine solche Massnahme ist wieder aufzuheben, sobald die Kgl. Rumänische Regierung durch die von ihr getroffenen Massnahmen der Deutschen Regierung Gewähr dafür geboten hat, dass die Ursachen, die zur Anordnung der Sperrmassnahmen geführt haben, in Wegfall gekommen sind.

2. Schweinefleisch, das infolge einer ihm zuteil gewordenen Behandlung die Eigenschaft frischen Fleisches auch in den inneren Schichten verloren hat und durch eine entsprechende Behandlung nicht wiedergewinnen kann (zubereitetes Schweinefleisch), nach Massgabe der Bestimmungen des Reichsfleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 (Reichsgesetzbl. S. 547). Hierher gehören insbesondere gepökeltes (völlig durchgesalzenes) Schweinefleisch, Speck und Schinken, soweit sie einem Pökelverfahren unterworfen sind, sowie gebratenes, gekochtes und gedämpftes Schweinefleisch und Schweineschmalz.

Über das zur Einfuhr gelangende zubereitete Schweinefleisch ist ein Gesundheitszeugnis des zuständigen Amtstierarztes oder eines staatlich damit beauftragten rumänischen Tierarztes nach dem Wortlaut des anliegenden Musters d beizubringen.

3. Rindertalg in ausgeschmolzenem Zustand nach Massgabe der Bestimmungen des Reichsfleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 (Reichsgesetzbl. S. 547).

4. Geschlachtetes Hausgeflügel, erlegtes Wildgeflügel und erlegtes Wild jeder Art.

Hausgeflügel darf nur in gerupftem Zustand eingeführt werden, ausserdem muss der Kropf entleert, bei magerem Geflügel auch der Darm ausgezogen sein. Wildgeflügel kann ungerupft und unausgenommen eingeführt werden.

5. Därme, Häute, von Weichteilen befreite Knochen, Hufe, Klauen und Hörner, sämtliche Teile in völlig lufttrockenem Zustand.

Für die Einfuhr von Knochen nach Deutschland gelten die für die Einfuhr von Knochen und Knochenmehl erlassenen Bestimmungen.

Es bleibt vorbehalten, Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse zu fordern, falls sich aus der Einfuhr der genannten tierischen Teile veterinärpolizeiliche Unzuträglichkeiten ergeben.

Sind die vorgenannten Teile nicht völlig lufttrocken oder liegt begründeter Verdacht vor, dass sie von kranken Tieren stammen, so erfolgt Zurückweisung.

6. Völlig durchgesalzene Därme und Häute auf Grund besonderer Einfuhrgenehmigung, die erlischt, soweit von ihr nicht innerhalb von drei Monaten Gebrauch gemacht worden ist.

Über die zur Einfuhr gelangenden Därme und Häute sind Gesundheitszeugnisse des zuständigen Amtstierarztes oder eines staatlich damit beauftragten rumänischen Tierarztes nach dem Wortlaut des anliegenden Musters*) beizubringen.

Die Därme unterliegen den Bestimmungen des Reichsfleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 (Reichsgesetzbl. S. 547).

7. Wolle, Haare, Borsten und Federn in vollkommen trockenem Zustand in Säcken fest verpackt, zur unmittelbaren Einfuhr in die verarbeitenden Betriebe.

---

*) Pas reproduit.

Die Einfuhr bedarf einer besonderen Einfuhrgenehmigung, die erlischt, soweit von ihr nicht innerhalb von drei Monaten Gebrauch gemacht worden ist.

Bearbeitete oder einer Fabrikwäsche unterworfen gewesene Wolle, ebensolche Haare von Wiederkäuern und ebensolche Borsten von Schweinen können ohne Genehmigung eingeführt werden.

Das gleiche gilt auch für fabrikgewaschene, mit Wasserdampf behandelte Federn.

Es bleibt vorbehalten, Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse für Wolle zu fordern, wenn in Rumänien die Schafpocken herrschen.

8. Butter, Käse, Milchprodukte.

9. Eier und Fische.

Soweit nach den Bestimmungen in Abschnitt I und II Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse beizubringen sind, müssen sie auch in deutscher Sprache ausgestellt oder mit amtlich beglaubigter deutscher Sprache ausgestellt oder mit amtlich beglaubigter deutscher Übersetzung versehen sein.

Die für die Einfuhr nach Deutschland bestimmten lebenden Tiere dürfen nur in Wagen verladen werden, die vorher gründlich gereinigt und mit als wirksam anerkannten Mitteln desinfiziert worden sind.

B. Zur Durchfuhr werden zugelassen, und zwar nur in zollamtlich verschlossenen Eisenbahnwagen oder Packstücken:

1. Einhufer (Wallache, Hengste und Stuten),
2. Klauentiere,
3. Geflügel jeder Art.

Die Durchfuhr von Klauentieren und Geflügel bedarf einer besonderen Genehmigung, die erlischt, sobald von ihr nicht innerhalb von drei Monaten Gebrauch gemacht worden ist.

Ausserdem ist eine Erklärung des Bestimmungs- und gegebenenfalls eines weiteren Durchfuhrlandes beizufügen, dass die Tiere auch in verseuchtem Zustande übernommen werden. Eine solche Erklärung ist auch für die Einhufer, die zur Durchfuhr gelangen, beizubringen. Die Beibringung der Übernahmeerklärung ist nicht erforderlich, wenn die genannten Länder eine allgemein gültige Verpflichtung abgegeben haben, etwa verseucht ankommende Transporte in jedem Fall zu übernehmen.

Die Durchfuhr der vorbezeichneten Tiere wird nur dann zugelassen, sofern aus den Begleitpapieren ersichtlich ist, dass eine amtstierärztliche Untersuchung der Tiere vor der Verladung sowie beim Grenzübertritt in das vorhergehende Durchfuhrland stattgefunden hat und die Tiere dabei frei von übertragbaren anzeigepflichtigen Krankheiten befunden worden sind.

Lebende Klauentiere dürfen nur in Wagen befördert werden, die so eingerichtet sind, dass das Herausfallen und Heraussickern von tierischen Ausscheidungen, Schmutz und Gegenständen, die als Träger der Ansteckung dienen können, unmöglich ist. Auch bei den für die Durchfuhr von Geflügel benutzten Wagen muss Vorsorge getroffen werden,

dass die Wagenböden unversehrt sind und tierische Ausscheidungen, Teile des Futters, Einstreu und dergleichen nicht herausfallen können.

Für die Durchfuhr von Einhufern und Rindern gelten die für die Einfuhr von Einhufern und Rindern vereinbarten Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse (Muster a und b),*) für die Durchfuhr von Schweinen gilt das Muster f,*) für die Durchfuhr von Schafen und Ziegen das Muster g.*)

4. Frisches Schweine-, Wiederkäuer- und Einhuferfleisch (für Wiederkäuerfleisch vgl. Muster h).*)

Die Fussböden der Eisenbahnwagen, in denen die Beförderung erfolgt, müssen so gedichtet sein, dass ein Heraussickern von Fleischsaft verhindert wird.

Werden im natürlichen Zusammenhang mit den Tierkörpern auch diejenigen Organe durchgeführt, deren Vorhandensein durch § 12 des Reichsfleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 (Reichsgesetzbl. S. 547) bei der Einfuhr vorgeschrieben ist, so muss das Fleisch, um seine Wiedereinfuhr nach Deutschland zu verhindern, durch die rumänische Fleischbeschau mit den zwischen den beiden Regierungen vereinbarten Stempeln gekennzeichnet werden.

5. Zubereitetes Schweine-, Wiederkäuer- und Einhuferfleisch einschliesslich Wurstwaren sowie Fleischkonserven.

6. Geschlachtetes Hausgeflügel, erlegtes Wildgeflügel und erlegtes Wild jeder Art.

7. Die übrigen unter Abschnitt II der Bestimmungen über die Einfuhr nach Deutschland aufgeführten tierischen Teile und tierischen Erzeugnisse.

Die Dichte der Beladung der Eisenbahnviehwagen mit lebenden Tieren hat sich nach den in Deutschland hierfür allgemein geltenden amtlichen Tierschutzbestimmungen zu richten. Diese Vorschriften werden von der Deutschen Regierung der Kgl. Rumänischen Regierung mitgeteilt.

Schlussprotokoll.

Zu Artikel 1.

Unberührt durch Artikel 1 bleiben die passrechtlichen Vorschriften, die von den vertragschliessenden Teilen allgemein über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter und Angestellter erlassen sind oder künftig erlassen werden.

Zu Artikel 3.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden auf juristische Personen und die in Artikel 5 bezeichneten Gesellschaften entsprechende Anwendung.

Die vertragschliessenden Teile nehmen in Aussicht, Verträge über die Beseitigung von Doppelbesteuerungen und die Gewährung von

*) Pas reproduit.

Rechtshilfe in Steuerveranlagungs- und Steuerbeitreibungssachen abzuschliessen und Entwürfe zu diesen Verträgen sobald als möglich auszutauschen.

Zu Artikel 7.

Wenn einer der vertragschliessenden Staaten Ein- oder Ausfuhrverbote erlässt, und wenn der andere Staat der Meinung ist, dass diese Verbote seinen Handel ernstlich benachteiligen, und dass dadurch das Gleichgewicht dieses Vertrages zerstört wird, so ist dieser Staat jederzeit berechtigt, zu verlangen, dass unverzüglich Verhandlungen eröffnet werden, um die Benachteiligung seines Handels zu beseitigen. In diesem Fall sollen die Verhandlungen innerhalb von zwei Wochen nach Einbringung des Antrages beginnen. Wenn nicht innerhalb einer weiteren Frist von einem Monat eine Verständigung erzielt ist, soll der Staat, der die Eröffnung der Verhandlungen beantragt hat, berechtigt sein, den Vertrag jederzeit, auch vor Ablauf der in Artikel 33 vereinbarten Geltungsdauer, mit einer Frist von zwei Monaten zum Ende eines Monats zu kündigen.

Die Bestimmungen des Artikels 7 und des vorstehenden Absatzes des Schlussprotokolls beziehen sich nicht auf die nachstehend unter a bis f angeführten Fälle. In diesen Fällen können Einfuhrverbote erlassen werden, soweit sie auf alle Länder oder auf die Länder angewendet werden, bei denen die gleichen Voraussetzungen gegeben sind.

a) aus Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit;
b) aus Rücksicht auf die öffentliche Gesundheit oder zum Schutze von Tieren oder Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge sowie von Pflanzen gegen Entartung und Aussterben;
c) in Beziehung auf Waffen, Munition und Kriegsgerät und unter ausserordentlichen Umständen auf anderen Kriegsbedarf;
d) in Beziehung auf Waren, die im Gebiet eines der vertragschliessenden Teile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, ferner zu dem Zweck, für fremde Waren alle anderen Verbote oder Beschränkungen durchzuführen, die durch die innere Gesetzgebung für die Erzeugung, den Vertrieb, die Beförderung oder den Verbrauch gleichartiger, einheimischer Waren im Inland festgesetzt sind oder festgesetzt werden;
e) aus Rücksicht auf den Schutz des künstlerischen, historischen und archäologischen Nationalbesitzes;
f) in Beziehung auf Gold, Silber, Münzen, Papiergeld und Wertpapiere.

Zu Artikel 13.

Unter dem im Absatz 1 dieses Artikels erwähnten Auffichtsmassnahmen sind auch alle Massnahmen zu verstehen, die bestimmt sind, die Erhebung der gegebenenfalls geschuldeten Abgaben zu sichern.

Es besteht Einverständnis darüber, dass die Umschliessungen, die mit Waren eingehen, bei der Einfuhr nach den Zollvorschriften jedes der vertragschliessenden Teile behandelt werden.

Zu Artikel 15.

Den in Artikel 15 genannten Landwirtschaftskammern sind für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen für rumänische Sämereien die Abteilung für Pflanzenzucht und Samenkontrolle in Bukarest, die Station für Pflanzenzucht und Samenkontrolle in Cluj (Klausenburg) und die Station für Pflanzenzucht und Samenkontrolle in Jasi gleichgestellt.

Zu Artikel 23.

Es besteht Einverständnis, dass die Bestimmungen des Artikels 23 den rumänischen Staat nicht hindern, ihm gehörigen Schiffen, die er in eigener Regie oder als Mitreeder fahren lässt, in seinen Häfen einen besonderen Liegeplatz ebenso wie die Benutzung besonderer Einrichtungen für Brennstoffversorgung sowie Aufbewahrung und Behandlung der von diesen Schiffen beförderten Waren vorzubehalten.

Zu Artikel 25.

Unbeschadet der den zuständigen Behörden der vertragschliessenden Teile vorbehaltenen Rechte, einen öffentlichen Schlepp-, Bergungs- und Hilfeleistungsdienst im Innern der Häfen einzurichten, dürfen die Schiffe der vertragschliessenden Teile im Falle der Havarie, des Schiffsbruchs oder der Strandung jede Hilfe eines anderen Schiffs irgendwelcher Flagge erbitten oder einem anderen Schiffe Hilfe leisten; sie müssen hierbei die im öffentlichen Interesse von den Hafenbehörden erlassenen Bestimmungen und Vorschriften innehalten, unter der Voraussetzung, dass diese Bestimmungen die Schiffe des anderen Landes nicht ungünstiger behandeln als die eigenen Schiffe oder diejenigen des meistbegünstigten Landes.

Zu Artikel 30.

Die Reisen der Auswanderer, Rückwanderer oder Durchwanderer über die Häfen des anderen vertragschliessenden Teils dürfen keinen lästigeren Bedingungen unterworfen sein als diejenigen, die für Reisen dieser Personen über die Häfen des eigenen Landes gelten.

Jeder der vertragschliessenden Teile erkennt die Schiffe eines Schiffahrtsunternehmens des anderen Teils als geeignet für die Beförderung von Auswanderern an, wenn diese Schiffe die von diesem vertragschliessenden Teil vorgeschriebenen Bedingungen für die Einrichtung und Ausrüstung der Auswandererschiffe erfüllen.

Die von den zuständigen Behörden jedes der beiden vertragschliessenden Teile ausgestellten Zeugnisse, dass die Einrichtung und Ausrüstung eines zur Beförderung von Auswanderern bestimmten Schiffs den Vorschriften entsprechen, werden von dem anderen vertragschliessenden Teil anerkannt.

Zu Artikel 32.

Es steht den Regierungsausschüssen frei, bei Behandlung irgendwelcher Sondergebiete Sachverständige für die einzelnen Fragen heran-

zuziehen. Insbesondere behalten die Regierungsausschüsse sich vor, im Bedarfsfalle einen gemischten Ausschuss einzusetzen, der über die beide Länder berührenden landwirtschaftlichen Fragen beraten soll. Dem Ausschuss sollen von jeder Regierung ernannte Sachverständige, und zwar nach Möglichkeit aus Kreisen der Erzeuger und der Handels, angehören. Der Ausschuss kann im Einvernehmen mit den Regierungsausschüssen Unterausschüsse für einzelne oder mehrere Warengruppen bilden. Zu den Beratungen des gemischten Ausschusses kann jede Regierung Vertreter als Beobachter entsenden. Die beiden Vorsitzenden des Ausschusses werden sich von Fall zu Fall über Tagungszeit und Tagungsort verständigen. Die Regierungsausschüsse können im übrigen das Aufgabengebiet des gemischten Ausschusses erweitern und, soweit erforderlich, die Einsetzung weiterer derartiger Ausschüsse beschliessen.

Zu Anlage B.

Die Rumänische Regierung wird die zollfreie Einfuhr von feuerfesten Steinen aller Art im Rahmen der Gesetze zur Förderung der einheimischen Industrie in der gleichen wohlwollenden Weise wie bisher zulassen.

Die Rumänische Regierung wird, falls die Deutsche Regierung Vorstellungen wegen der Höhe der der Berechnung der Umsatzsteuer zugrunde gelegten Durchschnittswerte der aus Deutschland eingeführten Waren erheben sollte, diese mit grösstmöglichem Wohlwollen prüfen.

Die Bestimmung der Anmerkung zu Tarifnr. 1723 des rumänischen Zolltarifs verfolgt lediglich das Ziel, eine zweckmässige Verwendung der zollermässigten Düngemittel sicherzustellen; sie soll keineswegs die Einfuhr der Düngemittel beeinträchtigen oder erschweren. Sollte gleichwohl diese nicht beabsichtigte Wirkung wider Erwarten eintreten, so wird die Rumänische Regierung alsbald für Abhilfe Sorge tragen.

Unterzeichnet in Berlin in deutscher und rumänischer Sprache in je zwei Urschriften am 23. März 1935.

Dr. Hjalmar Schacht.
J. Manolescu-Strunga.

Notenwechsel.

Berlin, den 23. März 1935.

Herr Minister!

Die Königlich Rumänische Regierung hat bei den Verhandlungen über den am 23. März 1935 unterzeichneten deutsch-rumänischen Handelsvertrag darauf hingewiesen, dass die im Rahmen dieses Vertrages zulässige Einfuhr lebender Tiere nur dann möglich ist, wenn Deutschland gegenüber dritten Durchfuhrländern die Erklärung abgibt, dass diese Tiere auch in dem Falle übernommen werden, wenn etwa der deut-

sche Grenztierarzt feststellt, dass sich unter ihnen Tiere befinden, die an einer übertragbaren Seuche leiden oder einer solchen verdächtig sind.

Ich beehre mich, Ihnen im Namen meiner Regierung mitzuteilen, dass die zuständigen deutschen Stellen die nach vorstehendem für die Durchfuhr der rumänischen Tiere durch dritte Staaten erforderliche Erklärung abgeben werden. Hiernach ist die Übernahme der Tiere im Rahmen des Handelsvertrags nach dessen Inkrafttreten auch dann zulässig, wenn sich unter ihnen Tiere befinden, die an einer übertragbaren Seuche leiden oder einer solchen verdächtig sind.

Diese Vereinbarung soll als Bestandteil des Handelsvertrages vom gleichen Tage gelten und gleichzeitig mit diesem ratifiziert werden.

Indem ich bitte, mir das Einverständnis der Königlich Rumänischen Regierung zu dieser Vereinbarung mitteilen zu wollen, benutze ich auch diesen Anlass, um Ihnen, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Dr. Hjalmar Schacht.

An den Kgl. Rumänischen Handelsminister Seine Exzellenz Herrn Manolescu-Strunga.

Berlin, den 23. März 1935.

Herr Präsident!

Ich beehre mich Ihnen den Empfang Ihres nachstehend im Wortlaut wiedergegebenen Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen:

[suit le texte de la Note précédente.]

Indem ich mich beehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, dass die Königlich Rumänische Regierung der vorstehenden Vereinbarung ebenfalls zugestimmt hat, benutze ich diesen Anlass, um Ihnen, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

J. Manolescu-Strunga.

An den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragten Reichsbankpräsidenten Herrn Dr Hjalmar Schacht, Berlin.

46.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Premier Accord additionnel au Traité d'établissement, de commerce et de navigation du 23 mars 1935;*) signé à Berlin, le 21 juin 1938.**)

Reichsgesetzblatt 1938. II, No. 25.

Erste Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien.

Aus Anlass der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich werden zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien die nachstehenden Vereinbarungen über die Ergänzung des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935 getroffen:

Artikel 1.

Bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Zollgrenze zwischen dem Land Österreich und dem übrigen Deutschen Reich aufgehoben wird, werden das Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsübereinkommen zwischen Österreich und Rumänien vom 22. August 1931***) sowie der Modus vivendi, betreffend die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Rumänien, vom 14. Juli 1932†) weiter angewandt. Vom Tage der Aufhebung der Zollgrenze an findet der Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 23. März 1935 auch auf das Land Österreich Anwendung. Von diesem Tage an werden Anlage B und Anhang II zu Anlage B zu Artikel 10 Absatz 2 des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien vom 23. März 1935 durch die dieser Zusatzvereinbarung beigefügte neue Anlage B und den ebenfalls beigefügten Anhang II zu Anlage B ersetzt.††)

Artikel 2.

An die Stelle der Artikels 29 des deutsch-rumänischen Handelsvertrages treten folgende Bestimmungen:

a) In bezug auf die Flussschiffahrt werden die Schiffe jedes der Hohen Vertragschliessenden Teile sowie ihre Ladungen auf allen schiffbaren Flussläufen und in allen Häfen und Plätzen des an-

---

*) V. ci-dessus, No. 45.
**) Mis en application provisoire à partir du 21 juin 1938.
***) V. **N.R.G.** 3. s. XXXV, p. 541.
†) V. ibid. p. 629.
††) Non reproduites.

deren Hohen Vertragschliessenden Teiles in jeder Hinsicht und ohne Rücksicht auf die Herkunft und Bestimmung des Schiffes und seiner Ladung die gleiche Behandlung geniessen wie die nationalen Schiffe und deren Ladungen.

Die Schiffe jedes der Hohen Vertragschliessenden Teile werden freien Zutritt zu den für die nationalen Schiffe offenen Häfen und Plätzen des anderen Vertragschliessenden Teiles sowie das Recht haben, unter den gleichen Bedingungen wie die nationalen Schiffe die Verlade- und Ausladeeinrichtungen, die öffentlichen Lagerhäuser und alle anderen Hafen- und Schiffahrtseinrichtungen zu benützen.

Auf den schiffbaren Wasserstrassen und in den Häfen und Reeden jedes der Vertragschliessenden Teile werden von der Flagge und den Schiffen des anderen Hohen Vertragschliessenden Teiles sowie ihrer Ladung keine Gebühren oder Abgaben welcher Art immer und für welche Rechnung immer eingehoben werden, die nicht im gleichen Ausmasse und unter den gleichen Bedingungen auch von der nationalen Flagge und den nationalen Schiffen sowie ihrer Ladung erhoben werden.

Wenn einer der Vertragschliessenden Teile irgendeinem anderen Staate eine Vorzugsbehandlung einräumt, wird diese Behandlung unmittelbar und unter den gleichartigen Bedingungen auch für den anderen Teil gelten.

b) Die Vereinbarungen des vorliegenden Übereinkommens sind auf die Küstenschiffahrt nicht anwendbar.

Die Angehörigen der Hohen Vertragschliessenden Teile sowie ihre See- und Binnenschiffe werden jedoch eventuell im Gebiete des anderen Hohen Teiles hinsichtlich der Küstenschiffahrt die Meistbegünstigung geniessen.

c) Die Bestimmungen des vorliegenden Übereinkommens finden auf die Schiffahrt in Binnengewässern keine Anwendung.

Die Angehörigen der Hohen Vertragschliessenden Teile und ihre Schiffe werden jedoch eventuell auf dem Gebiete des anderen Teiles hinsichtlich der Schiffahrt auf den Binnengewässern die Meistbegünstigung geniessen.

Es versteht sich jedoch, dass die Behandlung, die den Schiffen der Nachbarstaaten, die mit einem der Hohen Vertragschliessenden Teile gemeinsame Binnenwasserstrassen haben, zugestanden wird, hinsichtlich der Schiffahrt auf den bezüglichen gemeinsamen Wasserstrassen auf Grund der Meistbegünstigung nicht wird in Anspruch genommen werden können.

Artikel 3.

Diese Zusatzvereinbarung bildet einen Bestandteil des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen

Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935. Sie soll ratifiziert werden und tritt am 15. Tage nach dem Austausch der Ratifizierungsurkunden, der in Bukarest erfolgen soll, in Kraft.

Die beiden Regierungen werden sie indessen vom heutigen Tage ab vorläufig anwenden.

Unterzeichnet in Berlin in je zwei Urschriften in deutscher und rumänischer Sprache am 21. Juni 1938.

Freiherr von Weizsäcker.
Carl Clodius.
Radu T. Djuvara.
Ion Christu.

47.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Accord concernant le règlement des paiements; signé à Bucarest, le 24 mai 1935.*)**)

Reichsgesetzblatt 1935. II, No. 29.

Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien (Deutsch-Rumänisches Verrechnungs-Abkommen).

Die Deutsche und die Königl. Rumänische Regierung haben zur Erleichterung des gegenseitigen Zahlungsverkehrs folgendes vereinbart:

Artikel 1.

Der Zahlungsverkehr zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien wird, soweit es sich um die unter dieses Abkommen fallenden Zahlungsverpflichtungen handelt, in Deutschland ausschliesslich durch Vermittlung der Deutschen Verrechnungs-Kasse und in Rumänien ausschliesslich durch Vermittlung der Rumänischen Nationalbank abgewickelt.

Artikel 2.

Unter die Bestimmungen dieses Abkommens fallen vorbehaltlich weiterer Vereinbarungen folgende Verbindlichkeiten deutscher Schuldner gegenüber rumänischen Gläubigern und rumänischer Schuldner gegenüber deutschen Gläubigern:

---

*) Mis en application, à titre provisoire, à partir du 1er avril 1935.

**) En langues allemande et roumaine. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

1. Zahlungen aus der Einfuhr deutscher Waren nach Rumänien und rumänischer Waren nach Deutschland.
2. Zahlungen für wirtschaftlich gerechtfertigte und übliche Nebenkosten, die in unmittelbarer Verbindung mit dem deutsch-rumänischen Warenverkehr (vgl. Ziff. 1) entstehen (mit Ausnahme von Zahlungen auf dem Gebiete des Versicherungsverkehrs), und und zwar im einzelnen:
   a) Transportkosten, d. h. Frachten, Rollgelder, Lagergelder, bahnamtliche Gebühren, Provisionen der Spediteure des anderen Landes und für sonstige Zwecke, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bewegung der einzelnen Ware stehen;
   b) Kosten der Binnenschiffahrt, d. h. Kaigebühren, Lotsengelder und sonstige Abgaben, Kosten der Ladung und Löschung, ferner Schleppkosten der Binnenschiffahrt;
   c) Zölle und im gegenseitigen Warenverkehr entstehende Abgaben;
   d) Schiffsbedürfnisse im Binnenschiffahrtsverkehr;
   e) Gehälter und Löhne der in dem anderen Lande beschäftigten Angestellten und Arbeiter;
   f) Betriebskosten der in dem anderen Lande bestehenden Filialen und Tochtergesellschaften;
   g) Provisionen und Auslagen der in dem anderen Lande tätigen Vertreter;
   h) Werbekosten;
   i) Geschäftsreisen;
   k) Kosten der Einziehung und Beitreibung von Forderungen (insbesondere Bankspesen, Anwalts- und Prozesskosten);
   l) Preisnachlässe, Rückvergütungen und Schadenszahlungen.
3. Die Bezahlung der Salden, die sich aus der ausserhalb dieses Abkommens erfolgenden Verrechnung der beiderseitigen Verwaltungen im deutsch-rumänischen Eisenbahn-, Post- und Luftverkehr ergeben.
4. Nach besonderer Vereinbarung der beiderseits zuständigen Stellen Zahlungen für sonstige in Verbindung mit dem deutsch-rumänischen Warenverkehr entstehende Verpflichtungen.

Artikel 3.

Der beiderseitige Transithandel fällt nicht unter die Bestimmungen dieses Abkommens.

Artikel 4.

Die Hafen- und Kaigebühren deutscher Seeschiffe in rumänischen Häfen und die Hafen- und Kaigebühren rumänischer Seeschiffe in deutschen Häfen können nach den Bestimmungen dieses Abkommens bezahlt werden. Alle sonstigen Zahlungen im beiderseitigen Seefrachtverkehr unterliegen nicht diesem Abkommen.

Artikel 5.

Unter deutschen oder rumänischen Waren im Sinne dieses Abkommens sind Waren zu verstehen, die in Deutschland oder Rumänien erzeugt oder wesentlich bearbeitet oder verarbeitet worden sind.

Artikel 6.

Schuldner, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens Reichsmarkzahlungen nach Rumänien zu leisten haben, müssen die geschuldeten Beträge bei Fälligkeit auf das Sonderkonto A der Rumänischen Nationalbank bei der Deutschen Verrechnungskasse einzahlen. Wenn die Schuldverpflichtung nicht über Reichsmark lautet, hat der Schuldner den Gegenwert in Reichsmark umgerechnet zu dem Berliner Mittelkurs der betreffenden Währung an dem der Zahlung vorhergehenden Börsentage zu zahlen. Die Deutsche Verrechnungskasse wird die eingezahlten Reichsmarkbeträge laufend der Rumänischen Nationalbank aufgeben. Die Rumänische Nationalbank wird in der zeitlichen Reihenfolge der Aufgaben die rumänischen Forderungsberechtigten in Lei befriedigen.

Von den Einzahlungen auf dem Sonderkonto A werden laufend 20 v. H. auf das Sonderkonto B der Rumänischen Nationalbank bei der Deutschen Verrechnungskasse übertragen. Ferner werden laufend nach näherer Vereinbarung Übertragungen von dem Sonderkonto A auf die Sonderkonten C und E der Rumänischen Nationalbank bei der Deutschen Verrechnungskasse vorgenommen.

Artikel 7.

Schuldner, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens Zahlungen nach Deutschland zu leisten haben, müssen die geschuldeten Beträge in Reichsmark begleichen, die sie von der Rumänischen Nationalbank anzufordern haben. Die Rumänische Nationalbank wird die Reichsmarkbeträge dem Markt nach den in Rumänien geltenden Devisenvorschriften zur Verfügung stellen. Sie wird die Reichsmarkzahlungen je nach dem Verwendungszweck aus den Sonderkonten bei der Deutschen Verrechnungskasse im Rahmen ihrer Guthaben leisten lassen. Die Deutsche Verrechnungskasse wird die Zahlungsaufträge in der zeitlichen Reihenfolge ihres Eingangs ausführen.

Sollte das Reichsmark-Guthaben der Rumänischen Nationalbank in einem Zeitpunkte nicht ausreichen, um die vorliegenden Reichsmark-Anforderungen zu befriedigen, so wird die Rumänische Nationalbank Lei-Beträge bis zum Gegenwert von 5 Millionen Reichsmark von den Zahlungsverpflichteten entgegennehmen und so lange auf einem Treuhänderkonto halten, bis die Abgabe der angeforderten Reichsmarkbeträge möglich ist. Die Einzahlungen auf dem Treuhänderkonto haben keine befreiende Wirkung.

Soweit die Schuldverpflichtungen über eine dritte Währung (£, $ usw.) lauten, erfolgt die Umrechnung in Reichsmark jeweils zu dem letztbekannten Mittelkurs der Berliner Börse.

Artikel 8.

Über ihr Guthaben auf dem Sonderkonto A, das nach den gemäss Artikel 6 Abs. 2 vorgenommenen Abzweigungen verbleibt, wird die Rumänische Nationalbank zu Zahlungen in Deutschland für die in Artikel 2 aufgeführten Zwecke verfügen.

Artikel 9.

Die Rumänische Nationalbank wird über ihr Guthaben auf dem Sonderkonto B zur Bezahlung deutscher Waren verfügen, die von rumänischen öffentlichen Stellen (staatlichen Verwaltungsstellen, Provinzial- und Kommunalverwaltungen, autonomen Regien [z. B. Staatseisenbahnen] usw.) nach Rumänien eingeführt werden.

Soweit das Guthaben auf dem Sonderkonto B nicht für diese Zwecke verwendet wird, wird es auf das Sonderkonto A zurückübertragen.

Artikel 10.

Die Rumänische Nationalbank wird über ihr Guthaben auf dem Sonderkonto C für folgende Zwecke in der angegebenen Reihenfolge verfügen:

1. Für besondere Zwecke, z. B. Studienkosten rumänischer Studierender an deutschen Schulen, Heilungskosten rumänischer Kranker in Deutschland.
2. Zu Zahlungen an rumänische Reisende nach Massgabe des deutsch-rumänischen Reiseabkommens (Geschäftsreisen vgl. Artikel 2 Ziff. 2 i).
3. Zur Abtragung von rumänischen Verpflichtungen aus grösseren deutschen langfristigen Investitionen und sonstigen Warengeschäften, die von den Regierungen genehmigt sind.
4. Zur Überweisung der Salden aus dem Abrechnungsverkehr zwischen den deutschen und rumänischen Ausgabestellen für Fahrausweise.
5. Zur Überweisung von Passagegeldern an deutsche Schiffahrtsgesellschaften.
6. Zur Überweisung der Überschüsse, die deutsche Versicherungsgesellschaften aus dem Versicherungsgeschäft in Rumänien erzielen.
7. Zur Bezahlung der Erträgnisse (Zinsen, Mieten, Pachten usw.) aus deutschen Vermögensanlagen in Rumänien, wie Darlehen, Bankkredite, Aktien, Gewinnanteile aus Gesellschaftsverträgen, Haus- und Grundbesitz und ähnliches.
8. Zur Bezahlung rumänischer Warenbezüge aus Deutschland einschl. der im Zusammenhang damit entstehenden Nebenkosten im Sinne von Art. 2.

Artikel 11.

Für besondere Zwecke, z. B.

Studienkosten deutscher Studierender an rumänischen Schulen,
Heilungskosten deutscher Kranker in Rumänien,

können Reichsmarkbeträge auf dem Sonderkonto A der Rumänischen Nationalbank bei der Deutschen Verrechnungskasse eingezahlt werden.

Artikel 12.

Der Gegenwert der Lieferungen von rumänischem Mineralöl und seiner Derivate nach Deutschland wird einem besonderen Konto (Mineralölkonto), das in Reichsmark geführt wird, gutgeschrieben. Die Bestimmungen des Artikels 6 Abs. 1 gelten entsprechend. Von den Einzahlungen auf diesem Konto wird laufend ein Vomhundertsatz abgezweigt und dem Sonderkonto D gutgeschrieben. Der Rest wird laufend auf das Sonderkonto A überführt und gemäss Artikel 6 Abs. 2 auf die übrigen Sonderkonten verteilt.

Die Rumänische Nationalbank wird über das Guthaben auf dem Sonderkonto D für folgende Zwecke in der nachstehenden Reihenfolge verfügen:

1. Für die Verzinsung und Tilgung der in Deutschland befindlichen Stücke der in der Anlage zu dem Abkommen zur Beilegung der finanziellen Streitfragen zwischen Deutschland und Rumänien vom 10. November 1928 aufgeführten rumänischen Anleihen und Renten sowie der Monopolanleihen.
2. Zu Zahlungen für den laufenden Bedarf der Rumänischen Gesandtschaft und der rumänischen Konsulate in Deutschland.
3. Zu Zahlungen für Patentgebühren, Lizenzen und ähnliche ideelle Leistungen (z. B. Urheberrechte, Filmmieten).
4. Für sonstige Verpflichtungen ausserhalb des Warenverkehrs, welche Devisencharakter tragen, soweit der deutsche Gläubiger bereit ist, Reichsmark an Stelle einer vereinbarten anderen Währung entgegenzunehmen. Sollte der deutsche Gläubiger nicht bereit sein, Bezahlung für seine Forderung auf diesem Wege entgegenzunehmen, so bleibt die Verpflichtung des rumänischen Schuldners der rumänischen Devisengesetzgebung unterworfen.

Soweit das Guthaben für die vorstehend genannten Zwecke nicht benötigt wird, können daraus Waren, die von Rumänien im Transitverkehr über Deutschland bezogen werden, bezahlt werden.

Artikel 13.

Über das Guthaben auf dem Sonderkonto E wird die Rumänische Nationalbank zur Überweisung eingefrorener deutscher Warenforderungen sowie eingefrorener Kapitalforderungen, die gegenüber rumänischen privaten Schuldnern bestehen, verfügen.

Zu diesem Zweck werden die deutschen Gläubiger ihre Schuldner auffordern, den Wert ihrer Forderungen in Lei auf einem Sammelkonto

bei einer von der Deutschen Verrechnungskasse zu benennenden rumänischen Bank einzuzahlen.

Soweit die Forderungen auf eine andere Währung als Lei lauten, werden sie zu dem mittleren Bukarester Kurse an dem der Einzahlung vorangehenden Börsentage in Lei umgerechnet.

Die Einzahlungen haben keine befreiende Wirkung.

In Zeitabständen von einem Kalendermonat, erstmalig am 1. Juni 1935, werden die Guthaben auf dem Sammelkonto und auf dem Sonderkonto E festgestellt. Die Rumänische Nationalbank wird alsdann im Rahmen ihres verfügbaren Guthabens auf dem Sonderkonto E Lei-Beträge in der von der Deutschen Verrechnungskasse aufgegebenen Höhe von der das Sammelkonto führenden Bank übernehmen und den Reichsmarkgegenwert den deutschen Gläubigern zur Verfügung stellen.

Soweit das Guthaben der Deutschen Verrechnungskasse auf dem Sammelkonto nicht in der angegebenen Weise aufgelöst wird, ist die Deutsche Verrechnungskasse berechtigt, Zahlungen innerhalb Rumäniens aus diesem Guthaben leisten zu lassen.

Abtretungen jeder Art und die Bezahlung ausgeführter oder zur Ausfuhr bestimmter Waren aus diesem Guthaben sind nicht zulässig. Im übrigen hat die das Sammelkonto führende Bank die vorgeschriebenen Formalitäten bezüglich der aus diesem Guthaben getroffenen Verfügungen zu erfüllen.

Artikel 14.

Die Deutsche Verrechnungskasse wird zugunsten rumänischer Gläubiger Reichsmarkzahlungen auf dem Sonderkonto A der Rumänischen Nationalbank zur Bezahlung eingefrorener Warenforderungen und aus dem Warenverkehr entstandener Kapitalforderungen annehmen.

Artikel 15.

Die beiden vertragschliessenden Regierungen verpflichten sich, in wirksamer Weise zu überwachen, dass die Einführer ihres Landes ihre Zahlungen gemäss den Bestimmungen dieses Abkommens vollziehen, und dass der Verkauf von Waren von dem einen zu dem anderen Land nicht durch ein drittes Land erfolgt, um den Verrechnungsverkehr dadurch zu umgehen.

Artikel 16.

Es bleibt der Deutschen Verrechnungskasse und der Rumänischen Nationalbank vorbehalten, im gegenseitigen Einvernehmen die ihnen notwendig erscheinenden zahlungstechnischen Massnahmen zu treffen.

Artikel 17.

Im Interesse einer erleichterten Abwicklung des Verrechnungsverkehrs wird die unmittelbare Verrechnung von Forderungen im Sinne von Artikel 2 Ziffer 2 mit Warenforderungen genehmigt werden.

Artikel 18.

Zur Einzahlung bei der Deutschen Verrechnungskasse bzw. der Rumänischen Nationalbank sind nur solche Schuldner berechtigt, welche die nach der deutschen bzw. rumänischen Devisengesetzgebung erforderliche Genehmigung erhalten haben.

Vorauszahlungen können nur mit Genehmigung der beiderseits zuständigen Stellen geleistet werden.

Artikel 19.

Die teilweise Bezahlung deutscher Warenausfuhr nach Rumänien mit Sperrmark aller Art ist nur mit Zustimmung der beiderseits zuständigen Stellen zulässig.

Artikel 20.

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden und am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Berlin stattfinden soll, rückwirkend vom 1. April 1935 ab in Kraft treten. Es wird jedoch vom Tage der Unterzeichnung an rückwirkend vom 1. April 1935 ab vorläufig angewendet. Das am 8. Februar 1933 zwischen der Rumänischen Nationalbank und der Reichsbank geschlossene Zahlungsabkommen tritt am Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens rückwirkend vom 1. April 1935 ab ausser Kraft.

Artikel 21.

Dieses Abkommen gilt ebensolange wie der Niederlassungs-Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 23. März 1935,*) jedoch kann es unabhängig von diesem bis zum 15. jeden Monats zum Monatsende gekündigt werden.

Artikel 22.

Tritt dieses Abkommen ausser Kraft, so können die vor dem Inkrafttreten entstandenen, unter den Verrechnungsverkehr fallenden Verbindlichkeiten noch durch Zahlungen nach den Bestimmungen des Abkommens abgewickelt werden. Soweit es sich um die Bezahlung von Waren handelt, ist Voraussetzung, dass die Waren im Zeitpunkt des Ausserkrafttretens des Vertrages bereits versandt sind.

Die Deutsche Verrechnungskasse wird jedoch Einzahlungen, bei denen diese Voraussetzungen vorliegen, nur innerhalb von 6 Monaten nach dem Ausserkrafttreten des Abkommens entgegennehmen.

Die Rumänische Nationalbank wird auch über den genannten Zeitraum hinaus bis zum Ausgleich der Salden aus ihren Sonderkonten Reichsmarkbeträge nach den Bestimmungen des Abkommens abgeben.

Unterzeichnet in Bukarest in deutscher und rumänischer Sprache in je zwei Urschriften am 24. Mai 1935.

v. Pochhammer.
H. Wohlthat.
Manolescu Strunga
p. Banca Nationala a Romaniei *C. Stoicescu.*

*) V. ci-dessus, No. 45.

48.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Accord additionnel à l'Accord concernant le règlement des paiements du 24 mai 1935;*) signé à Berlin, le 7 septembre 1935.**)

Reichsgesetzblatt 1935. II, No. 42.

Zusatzabkommen zu dem Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 24. Mai 1935.

Um die zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien geltenden Verträge, Abkommen und Vereinbarungen, und zwar insbesondere das Verrechnungsabkommen vom 24. Mai 1935, mit den inzwischen erlassenen neuen rumänischen Verordnungen zur Regelung des Aussenhandels in Übereinstimmung zu bringen, ist zwischen der Deutschen Regierung und der Königlich Rumänischen Regierung folgendes festgestellt und vereinbart worden:

Artikel 1.

Die Königlich Rumänische Regierung erklärt, dass die neue rumänische Aussenhandelsordnung nicht bezweckt, den Warenverkehr zwischen Deutschland und Rumänien, wie er sich aus den zur Zeit geltenden Verträgen, Abkommen und Vereinbarungen ergibt, einzuschränken.

Artikel 2.

Die in diesen Verträgen und Vereinbarungen enthaltenen Bestimmungen über das Verhältnis zwischen der deutschen Ausfuhr nach Rumänien und der rumänischen Ausfuhr nach Deutschland werden ebenfalls durch die neue rumänische Aussenhandelsordnung nicht berührt.

Artikel 3.

Die Königlich Rumänische Regierung wird den durch Verordnung vom 11. Juni 1935 eingeführten Zuschlag von 44% auf die Einfuhr aus allen Ländern gleichmässig anwenden. Die Einfuhr aus Deutschland wird in dieser Beziehung nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung behandelt.

Artikel 4.

Die Königlich Rumänische Regierung wird bei der Ausfuhr nach Deutschland Ausfuhrprämien im gleichen Umfange und zu den gleichen Bedingungen gewähren wie bei der Ausfuhr nach irgendeinem andern

---

*) V. ci-dessus, No. 47.

**) Mis en application, à titre provisoire, le 1er septembre 1935.

Lande. Für welche Waren hiernach Prämien gewährt werden, bleibt einer besonderen Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 5.

Die Deutsche Regierung stellt fest, dass sie grundsätzlich ablehnt, dass im Verrechnungsverkehr mit irgendeinem Lande höhere Preise gezahlt werden als sie für die gleiche Ware auf dem freien Weltmarkt gezahlt oder in zu sonst gleichen Bedingungen vorliegenden Angeboten aus irgendeinem andern Lande verlangt werden. Demgemäss werden die zuständigen deutschen Stellen auch für die Einfuhr aus Rumänien Devisenbescheinigungen nur dann erteilen, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind.

Artikel 6.

Staatsaufträge sowie Aufträge öffentlicher Verwaltungen (Städte, Gemeinden usw.) bleiben in Rumänien von der Abgabe von 44% befreit, soweit diese Aufträge unmittelbar von der betreffenden staatlichen Stelle an den deutschen Lieferanten erteilt und in den Haushaltsplan dieser Stelle als eine an das Ausland zu leistende Zahlung aufgenommen werden. Treten weitere Befreiungen ein, so wird die Einfuhr aus Deutschland auch in dieser Beziehung meistbegünstigt behandelt.

Artikel 7.

Zahlungen für alle bis zum 10. Juni 1935 einschliesslich aus Deutschland nach Rumänien eingeführten Waren bleiben von dem Wertzuschlag von 44% befreit, unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt die Überweisung der betreffenden Zahlungen erfolgt. Dies gilt auch für alle andern vor dem 10. Juni 1935 fällig gewordenen Zahlungen. Diese Befreiung bleibt bis zur Erschöpfung aller am 10. Juni 1935 verfügbaren Salden auf den Sonderkonten der Rumänischen Nationalbank bei der Deutschen Verrechnungskasse in Kraft. Für diese Zahlungen ist jedoch allgemein ein Zuschlag von 5% zu entrichten.

Artikel 8.

Bei jeder künftigen Änderung der geltenden rumänischen Aussenhandelsordnung wird die Einfuhr aus Deutschland, ohne dass der Abschluss besonderer Vereinbarungen hierüber erforderlich ist, für die Dauer dieses Zusatzabkommens nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung behandelt werden.

Artikel 9.

Die durch den Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 23. März 1935*) eingesetzten Regierungsausschüsse werden überwachen, ob bei dieser Regelung die in Artikel 1 vorgesehene Aufrechterhaltung des Handelsverkehrs in dem in den Verträgen vereinbarten Rahmen möglich ist. Sie werden einen gemeinsamen Untersausschuss einsetzen,

*) V. ci-dessus, No. 45.

der erforderlichenfalls eine Einigung über eine Änderung der Prämien oder ihre Festsetzung in bestimmten Fällen herbeiführen soll.

Zeigt es sich, dass die in diesem Zusatzabkommen getroffene Regelung eine Senkung des gegenseitigen Warenverkehrs zur Folge haben sollte, so werden die Regierungsausschüsse auf Verlangen eines der beiden Vorsitzenden alsbald zu einer gemeinsamen Tagung zusammentreten, um über geeignete Massnahmen zur Abhhilfe zu beraten.

Artikel 10.

Dieses Zusatzabkommen soll ratifiziert werden und am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Bukarest stattfinden soll, rückwirkend vom 1. September 1935 ab in Kraft treten. Es wird jedoch rückwirkend vom 1. September 1935 ab vorläufig angewendet.

Artikel 11.

Treten der Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 23. März 1935 oder das Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 24. Mai 1935 ausser Kraft, so verliert dieses Zusatzabkommen mit dem gleichen Tage seine Gültigkeit. Ausserdem kann es bis zum 15. jedes Monats zum Monatsende gekündigt werden.

Unterzeichnet in Berlin in deutscher und rumänischer Sprache in je 2 Urschriften am 7. September 1935.

von Bülow.
Wohlthat.
Leon.

49.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Accord modifiant l'Accord concernant le règlement des paiements résultant du commerce des marchandises entre les deux pays, conclu le 24 mai 1935;*) signé à Munich, le 24 septembre 1936.**)

Reichsgesetzblatt 1936. II, No. 36.

Zweites Zusatzabkommen vom 24. September 1936 zum Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 24. Mai 1935.

Abschnitt I.

Das Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 24. Mai 1935 wird

*) V. ci-dessus, No. 47.
**) Entré en vigueur, à titre provisoire, le 1er octobre 1936.

abgeändert und ergänzt. An die Stelle der Artikel 1 bis 19 des erwähnten Abkommens treten die folgenden Artikel 1 bis 17.

Artikel 1.

Der Zahlungsverkehr zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien wird, soweit es sich um die unter dieses Abkommen fallenden Zahlungsverpflichtungen handelt, in Deutschland ausschliesslich durch Vermittlung der Deutschen Verrechnungskasse und in Rumänien ausschliesslich durch Vermittlung der Rumänischen Nationalbank abgewickelt.

Artikel 2.

Unter die Bestimmungen dieses Abkommens fallen (vorbehaltlich weiterer Vereinbarung) folgende Verbindlichkeiten deutscher Schuldner gegenüber rumänischen Gläubigern und rumänischer Schuldner gegenüber deutschen Gläubigern:

1. Zahlungen aus der Einfuhr deutscher Waren in Rumänien (auch für Lieferungen an staatliche oder sonstige öffentliche Stellen) und rumänischer Waren in Deutschland;
2. Zahlungen für wirtschaftlich gerechtfertigte und übliche Nebenkosten, die in unmittelbarer Verbindung mit dem deutsch-rumänischen Warenverkehr (vgl. Ziffer 1) entstehen (mit Ausnahme von Zahlungen auf dem Gebiete des Versicherungsverkehrs), und zwar im einzelnen:
   a) Transportkosten, d. h. Frachten, Rollgelder, Lagergelder, bahnamtliche Gebühren, Provisionen der Spediteure des anderen Landes und für sonstige Zwecke, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bewegung der einzelnen Waren stehen;
   b) Kosten der Binnenschiffahrt, d. h. Kaigebühren, Lotsengelder und sonstige Abgaben, Kosten der Ladung und Löschung, ferner Schleppkosten der Binnenschiffahrt;
   c) Zölle und im gegenseitigen Warenverkehr entstehende Abgaben;
   d) Schiffahrtsbedürfnisse im Binnenschiffahrtsverkehr;
   e) Gehälter und Löhne der in dem anderen Lande beschäftigten Angestellten und Arbeiter;
   f) Betriebskosten der in dem anderen Lande bestehenden Filialen und Tochtergesellschaften;
   g) Provisionen und Auslagen der in dem anderen Lande tätigen Vertreter;
   h) Werbekosten;
   i) Geschäftsreisen;
   k) Kosten der Einziehung und Beitreibung von Forderungen (insbesondere Bankspesen, Anwalts- und Prozesskosten);
   l) Preisnachlässe, Rückvergütungen und Schadenszahlungen.
3. Die Bezahlung der Salden, die sich aus der ausserhalb dieses Abkommens erfolgenden Verrechnung der beiderseitigen Verwaltungen im deutsch-rumänischen Eisenbahn-, Post- und Luftverkehr ergeben.

4. Nach besonderer Vereinbarung der beiderseits zuständigen Stellen Zahlungen für sonstige in Verbindung mit dem deutsch-rumänischen Warenverkehr entstehende Verpflichtungen.

Artikel 3.

Der beiderseitige Transithandel fällt nicht unter die Bestimmungen dieses Abkommens.

Artikel 4.

Die Hafen- und Kaigebühren deutscher Seeschiffe in rumänischen Häfen und die Hafen- und Kaigebühren rumänischer Seeschiffe in deutschen Häfen können nach den Bestimmungen dieses Abkommens bezahlt werden. Alle sonstigen Zahlungen im beiderseitigen Seefrachtverkehr unterliegen nicht diesem Abkommen.

Artikel 5.

Unter deutschen oder rumänischen Waren im Sinne dieses Abkommens sind Waren zu verstehen, die in Deutschland oder Rumänien erzeugt oder wesentlich bearbeitet oder verarbeitet worden sind.

Artikel 6.

Schuldner, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens Reichsmarkzahlungen nach Rumänien zu leisten haben, müssen die geschuldeten Beträge bei Fälligkeit auf das Sonderkonto A der Rumänischen Nationalbank bei der Deutschen Verrechnungskasse in Reichsmark einzahlen. Wenn die Schuldverpflichtung nicht über Reichsmark lautet, hat der Schuldner den Gegenwert in Reichsmark umgerechnet zu dem Berliner Mittelkurs der betreffenden Währung an dem der Zahlung vorhergehenden Börsentage zu zahlen. Die Deutsche Verrechnungskasse wird die eingezahlten Reichsmarkbeträge laufend der Rumänischen Nationalbank aufgeben. Die Rumänische Nationalbank wird den rumänischen Forderungsberechtigten die aufgegebenen Reichsmarkbeträge in der zeitlichen Reihenfolge der Aufgaben zur freien Verwertung auf dem Markt nach den in Rumänien allgemein geltenden gesetzlichen Devisenbestimmungen zur Verfügung stellen. Um Zahlungen aus dem im Artikel 8 erwähnten Sonderkonto C leisten lassen zu können, steht es der Rumänischen Nationalbank frei, von dem rumänischen Ausführer einen Teilbetrag in Höhe von 10 vom Hundert des zu seinen Gunsten eingezahlten Reichsmarkbetrages zu erwerben.

Artikel 7.

Schuldner, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens Zahlungen nach Deutschland zu leisten haben, müssen die geschuldeten Beträge in Reichsmark begleichen. Die Rumänische Nationalbank wird die Reichsmarkzahlungen je nach dem Verwendungszweck aus den Sonderkonten bei der Deutschen Verrechnungkasse im Rahmen ihrer Gut-

haben leisten lassen. Die Deutsche Verrechnungskasse wird die Zahlungsaufträge in der zeitlichen Reihenfolge ihres Eingangs ausführen.

Soweit die Schuldverpflichtungen über eine dritte Währung (£, $ usw.) lauten, erfolgt die Umrechnung in Reichsmark jeweils zu dem letztbekannten Mittelkurs der Berliner Börse.

Artikel 8.

Von den aus dem Sonderkonto A (Warenverkehr) eingezahlten Beträgen werden auf die unten erwähnten Sonderkonten der Rumänischen Nationalbank bei der Deutschen Verrechnungskasse folgende Vomhundertsätze abgezweigt:

10 vom Hundert auf das Sonderkonto B,
10 vom Hundert auf das Sonderkonto C.

Im Einverständnis der Deutschen Verrechnungskasse und der Rumänischen Nationalbank können Übertragungen von dem einen Sonderkonto auf das andere vorgenommen werden, wenn der Stand der Sonderkonten unter Berücksichtigung der Auszahlungsnotwendigkeit es erforderlich macht.

Artikel 9.

Die Rumänische Nationalbank wird über ihr Guthaben auf dem Sonderkonto A zu Zahlungen in Deutschland für die im Artikel 2 aufgeführten Zwecke verfügen.

Artikel 10.

Die Rumänische Nationalbank wird über ihr Guthaben auf dem Sonderkonto B zu Zahlungen in Deutschland für folgende Zwecke verfügen:

1. Für besondere Zwecke, z. B.
   Studienkosten rumänischer Studierender an deutschen Schulen,
   Heilungskosten rumänischer Kranker in Deutschland;
2. Zu Zahlungen an rumänische Reisende nach Massgabe des deutsch-rumänischen Reiseabkommens (Geschäftsreisen vgl. Artikel 2 Ziffer 2 i);
3. Zur Überweisung der Salden aus dem Abrechnungsverkehr zwischen den deutschen und rumänischen Ausgabestellen für Fahrtausweise;
4. Zur Überweisung von Passagegeldern an deutsche Schiffahrtsgesellschaften;
5. Zur Überweisung der Überschüsse, die deutsche Versicherungsgesellschaften aus dem Versicherungsgeschäft in Rumänien erzielen;
6. Zur Bezahlung der Erträgnisse (Zinsen, Mieten, Pachten usw.) aus deutschen Vermögensanlagen in Rumänien, wie Darlehen, Bankkredite, Aktien, Gewinnanteile aus Gesellschaftsverträgen, Haus- und Grundbesitz und ähnliches;
7. Zur Überweisung sonstiger kleinerer Zahlungen;
8. Zur Überweisung eingefrorener deutscher Warenforderungen sowie eingefrorener deutscher Kapitalforderungen, die gegenüber rumänischen privaten Schuldnern bestehen.

Artikel 11.

Die Rumänische Nationalbank wird über ihr Guthaben auf dem Sonderkonto C zu Zahlungen in Deutschland für folgende Zwecke verfügen:

1. Für die Verzinsung und Tilgung der in Deutschland befindlichen Stücke der in der Anlage zu dem Abkommen zur Beilegung der finanziellen Streitfragen zwischen Deutschland und Rumänien vom 10. November 1928 aufgeführten rumänischen Anleihen und Renten, sowie der Monopolanleihen, einschliesslich der im Zusammenhang damit entstehenden Unkosten;
2. Für sonstige finanzielle Zahlungen der Rumänischen Regierung, Behörden und öffentlichen Anstalten, auch soweit solche Zahlungen Devisencharakter tragen;
3. Zu Zahlungen für den laufenden Bedarf der Rumänischen Gesandtschaft und der rumänischen Konsulate in Deutschland;
4. Zu Zahlungen für Patentgebühren, Lizenzen und ähnliche ideelle Leistungen (z. B. Urheberrechte, Filmmieten);
5. Für sonstige Verpflichtungen ausserhalb des Warenverkehrs, welche Devisencharakter tragen, soweit der deutsche Gläubiger bereit ist, Reichsmark an Stelle einer vereinbarten anderen Währung entgegenzunehmen. Sollte der deutsche Gläubiger nicht bereit sein, Bezahlung für seine Forderung auf diesem Wege entgegenzunehmen, so bleibt die Verpflichtung des rumänischen Schuldners der rumänischen Devisengesetzgebung unterworfen.

Soweit das Guthaben für die vorstehend genannten Zwecke nicht benötigt wird, können daraus Waren, die von Rumänien im Transitverkehr über Deutschland bezogen werden, bezahlt werden.

Artikel 12.

Für besondere Zwecke, z. B.

Studienkosten deutscher Studierender an rumänischen Schulen,
Heilungskosten deutscher Kranker in Rumänien,
Zahlungen für Patentgebühren, Lizenzen und ähnliche ideelle Leistungen (z. B. Urheberrechte) und sonstige kleinere Zahlungen

können Reichsmarkbeträge auf das Sonderkonto A der Rumänischen Nationalbank bei der Deutschen Verrechnungskasse eingezahlt werden.

Artikel 13.

Die Deutsche Verrechnungskasse wird zugunsten rumänischer Gläubiger Reichsmarkzahlungen auf dem Sonderkonto A der Rumänischen Nationalbank zur Bezahlung eingefrorener Warenforderungen und aus dem Warenverkehr entstandener Kapitalforderungen annehmen.

Artikel 14.

Die beiden vertragschliessenden Regierungen verpflichten sich, in wirksamer Weise zu überwachen, dass die Einführer ihres Landes ihre

Zahlungen gemäss den Bestimmungen dieses Abkommens vollziehen, und dass der Verkauf von Waren von dem einen zu dem andern Land nicht durch ein drittes Land erfolgt, um den Verrechnungsverkehr dadurch zu umgehen.

Artikel 15.

Es bleibt der Deutschen Verrechnungskasse und der Rumänischen Nationalbank vorbehalten, im gegenseitigen Einvernehmen die ihnen notwendig erscheinenden zahlungstechnischen Massnahmen zu treffen.

Artikel 16.

Im Interesse einer erleichterten Abwicklung des Verrechnungsverkehrs wird die unmittelbare Verrechnung von Forderungen im Sinne von Artikel 2 Ziffer 2 mit Warenforderungen im Rahmen der diesbezüglichen in dem betreffenden Lande geltenden gesetzlichen Bestimmungen genehmigt werden.

Artikel 17.

Zur Einzahlung bei der Deutschen Verrechnungskasse beziehungsweise der Rumänischen Nationalbank sind nur solche Schuldner berechtigt, welche die nach der deutschen beziehungsweise rumänischen Devisengesetzgebung erforderlichen Genehmigungen erhalten haben.

Vorauszahlungen können nur mit Genehmigung der beiderseits zuständigen Stellen geleistet werden.

Abschnitt II.

Dieses Zusatzabkommen soll ratifiziert werden und am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Bukarest stattfinden soll, rückwirkend vom 1. Oktober 1936 ab in Kraft treten. Es wird jedoch vom 1. Oktober 1936 ab vorläufig angewendet.

Unterzeichnet in München

in deutscher und rumänischer Sprache in je zwei Urschriften am 24. September 1936.

Wohlthat.

Dr. Georg Leon.

50.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Troisième Accord additionnel à l'Accord sur le règlement des paiements du 24 mai 1935,*) modifié par l'Accord du 24 septembre 1936;**) signé à Bucarest, le 9 décembre 1937.***)

Reichsgesetzblatt 1937. IV, No. 48.

Drittes Zusatzabkommen vom 9. Dezember 1937 zum Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 24. Mai 1935 in seiner Fassung vom 24. September 1936.

Abschnitt I.

Das Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 24. Mai 1935 in seiner Fassung vom 24. September 1936 wird wie folgt abgeändert und ergänzt:

A.

Artikel 6 erhält folgende Fassung:

Schuldner, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens Reichsmarkzahlungen nach Rumänien zu leisten haben, müssen die geschuldeten Beträge bei Fälligkeit auf das Sonderkonto A der Rumänischen Nationalbank bei der Deutschen Verrechnungskasse in Reichsmark einzahlen. Wenn die Schuldverpflichtung nicht über Reichsmark lautet, hat der Schuldner den Gegenwert, in Reichsmark umgerechnet, zu dem Berliner Mittelkurs der betreffenden Währung an dem der Zahlung vorhergehenden Börsentage zu zahlen. Die Deutsche Verrechnungskasse wird die eingezahlten Reichsmarkbeträge laufend der Rumänischen Nationalbank aufgeben. Die Rumänische Nationalbank wird den rumänischen Forderungsberechtigten die aufgegebenen Reichsmarkbeträge in der zeitlichen Reihenfolge der Aufgaben im Rahmen der von den Schuldnern in Rumänien nach Artikel 7 bei ihr eingezahlten Beträge in Lei abrechnen.

B.

Artikel 7 erhält folgenden Abs. 3:

Die Rumänische Nationalbank wird den Schuldnern die angeforderderten Reichsmarkbeträge aus ihrem Guthaben bei der Deutschen Verrechnungskasse abgeben.

---

*) V. ci-dessus, No. 47.
**) V. ci-dessus, Nr. 49.
***) Mis en application provisoire à partir du 1er décembre 1937.

C.

Artikel 8 erhält folgende Fassung:

Von den auf dem Sonderkonto A (Warenverkehr) eingezahlten Beträgen werden auf das Sonderkonto B der Rumänischen Nationalbank bei der Deutschen Verrechnungskasse 15 v. H. abgezweigt. Im Einverständnis der Deutschen Verrechnungskasse und der Rumänischen Nationalbank können Übertragungen von dem einen Sonderkonto auf das andere vorgenommen werden, wenn der Stand der Sonderkonten unter Berücksichtigung der Auszahlungsnotwendigkeit es erforderlich macht.

D.

Satz 1 des Artikels 11 erhält folgende Fassung:

Die Rumänische Nationalbank wird über ihr Guthaben auf dem Sonderkonto B zu Zahlungen in Deutschland ausser den für die in Artikel 10 genannten Zwecke für folgende Zahlungen mit Devisencharakter verfügen:

E.

Artikel 11 letzter Absatz erhält folgende Fassung:

Soweit das Guthaben für die vorstehend und in Artikel 10 genannten Zwecke nicht benötigt wird, können daraus Waren bezahlt werden, die von Rumänien im Transitverkehr über Deutschland bezogen werden.

Abschnitt II.

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden und am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Berlin stattfinden soll, rückwirkend vom 1. Dezember 1937 ab in Kraft treten. Es wird jedoch vom 1. Dezember 1937 ab vorläufig angewendet.

Unterzeichnet in Bukarest in deutscher und rumänischer Sprache in je zwei Urschriften am 9. Dezember 1937.

Wohlthat.

E. Marian.

51.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Deuxième Accord additionnel au Traité d'établissement, de commerce et de navigation conclu le 23 mars 1935;*) signé à Bucarest, le 10 décembre 1938.**)

Reichsgesetzblatt 1938 II, No. 55; 1939. II, No. 9.

Zweite Zusatzvereinbarung zu dem Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 10. Dezember 1938.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien werden die nachstehenden Vereinbarungen über Änderung und Ergänzung des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935 getroffen:

Artikel 1.

In Artikel 15 Absatz 4 werden die Worte „Aussenhandelsstellen und der Hauptabteilung VI der Landesbauernschaften" ersetzt durch die Worte „Aussenhandelsstellen, den Handwerkskammern und der Hauptabteilung II der Landesbauernschaften."

Artikel 2.

Artikel 26 Absatz 4 wird gestrichen.

Artikel 3.

Die Anlage B zu Artikel 10 Absatz 2 des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien vom 23. März 1935 in der Fassung der Ersten Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag vom 21. Juni 1938 wird wie folgt geändert:

[suivent des dispositions tarifaires.]

Artikel 4—6.

[Modifications des Annexes du Traité du 23 mars 1935.]

Artikel 7.

Diese Zusatzvereinbarung bildet einen Bestandteil des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935. Sie soll ratifiziert

---

*) V. ci-dessus, No. 45.

**) Les Articles 1 et 2 ont été mis en application provisoire à partir du 10 décembre 1938, les Articles 3—6 à partir du 1er avril 1939. V. Reichsgesetzblatt 1939. II, p. 184, 643.

werden und tritt am fünfzehnten Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgen soll, in Kraft.

Die beiden Regierungen werden indessen den Artikel 1 und 2 vom heutigen Tage ab und den Artikel 3 bis 6 von dem Tage ab anwenden, an dem die Zollgrenze zwischen dem Lande Österreich und dem übrigen Deutschen Reich aufgehoben wird.

Unterzeichnet in Bukarest in deutscher und rumänischer Sprache in je zwei Urschriften am 10. Dezember 1938.

Carl Clodius.
Jon Christu.

52.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Quatrième Accord additionnel à l'Accord concernant le règlement des paiements du 24 mai 1935; *) signé à Bucarest, le 10 décembre 1938.**)

Reichsgesetzblatt 1938. II, No. 55.

Viertes Zusatzabkommen vom 10. Dezember 1938 zum Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 24. Mai 1935 in der Fassung vom 24. September 1936.***)

Artikel 1.

Das Abkommen zur Regelung des Zahlungsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 24. Mai 1935 in der Fassung vom 24. September 1936 wird geändert und ergänzt.

Artikel 4 erhält folgende Fassung:

„Sämtliche Hafenkosten deutscher Seeschiffe in rumänischen Häfen und die Hafenkosten rumänischer Seeschiffe in deutschen Häfen sind nach den Bestimmungen dieses Abkommens zu bezahlen.

Alle sonstigen Zahlungen im beiderseitigen Seefrachtenverkehr unterliegen nicht diesem Abkommen."

Artikel 2.

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Berlin stattfinden soll, in Kraft.

---

*) V. ci-dessus, No. 47.
**) Mis en application provisoire à partir du 10 décembre 1938.
***) V. ci-dessus, No. 49.

Die beiden Regierungen werden es indessen vom heutigen Tage ab vorläufig anwenden.

Unterzeichnet in Bukarest in deutscher und rumänischer Sprache in je zwei Urschriften am 10. Dezember 1938.

Carl Clodius.
Jon Christu.

53.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Traité afin de favoriser les relations économiques entre les deux pays; signé à Bucarest, le 23 mars 1939.*)**)

Reichsgesetzblatt 1939. II, No. 22; 1940. II, No. 2.

Vertrag über die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien.

Das Deutsche Reich und das Königreich Rumänien sind in dem Bestreben, die sich ständig erweiternden Wirtschaftsbeziehungen beider Länder zu vertiefen und im beiderseitigen Interesse grosszügig und planvoll auf wirtschaftlichem Gebiet zusammenzuarbeiten, übereingekommen, hierüber in Verfolg ihrer friedlichen Ziele einen Vertrag abzuschliessen.

Zu diesem Zwecke haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt

der Deutsche Reichskanzler:

den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Bukarest Herrn Dr. Wilhelm Fabricius

und den Ministerialdirektor bei dem Beauftragten für den Vierjahresplan Herrn Helmuth Wohlthat,

Seine Majestät der König von Rumänien:

den Minister für auswärtige Angelegenheiten Herrn Grigore Gafencu

und den Wirtschaftsminister Herrn Joan E. Bujoiu,

die nach Prüfung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

---

*) Mis en vigueur, à titre provisoire, à partir du 23 mars 1939. Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 20 décembre 1939. V. Reichsgesetzblatt 1940. II, p. 10.

**) En langues allemande et roumaine. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

Artikel I.

Über die Zusammenarbeit der vertragschliessenden Teile wird in Ergänzung der bestehenden Regelung des deutsch-rumänischen Wirtschaftsverkehrs ein mehrjähriger Wirtschaftsplan aufgestellt, bei dem der Ausgleich des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs grundsätzlich aufrechterhalten bleiben soll.

Der Wirtschaftsplan soll auf der einen Seite den deutschen Einfuhrbedürfnissen und auf der anderen Seite den Entwicklungsmöglichkeiten der rumänischen Produktion und den inneren rumänischen Bedürfnissen sowie den Notwendigkeiten des rumänischen Wirtschaftsverkehrs mit anderen Ländern Rechnung tragen.

Der Wirtschaftsplan soll sich insbesondere erstrecken auf:

1. a) Die Entwicklung und Lenkung der rumänischen landwirtschaftlichen Erzeugung. Hierbei soll nach zuvorigem Erfahrungsaustausch der beiderseitig in Frage kommenden Stellen auch der Anbau neuer und die Vermehrung bereits angebauter landwirtschaftlicher Erzeugnisse, insbesondere von Futtermitteln, Ölsaaten und Faserpflanzen, in Angriff genommen werden.
   b) Die Entwicklung bestehender und die Gründung neuer landwirtschaftlicher Industrien und Veredlungsbetriebe.
2. a) Die Entwicklung der rumänischen Holz- und Forstwirtschaft.
   b) Die Gründung holzwirtschaftlicher Betriebe und Industrien, soweit dies im Hinblick auf 2 a erforderlich erscheint.
3. a) Die Lieferung von Maschinen und Anlagen für bergbauliche Betriebe in Rumänien.
   b) Die Gründung von gemischten deutsch-rumänischen Gesellschaften zur Erschliessung und Verwertung von Kupferschwefelkies in der Dobrudscha, von Chromerzen im Banat, von Manganerzen in der Gegend von Vatra Dornei-Brosteni. Ebenfalls soll die Verwertung von Bauxitvorkommen und gegebenenfalls der Aufbau einer Aluminiumindustrie geprüft werden.
4. Die Gründung einer gemischten deutsch-rumänischen Gesellschaft, die sich mit der Erforschung von Mineralöl und der Durchführung eines Bohr- und Verarbeitungsprogramms befassen soll.
5. Die Zusammenarbeit auf industriellem Gebiet.
6. Die Schaffung von Freizonen, in denen Industrie- und Handelsunternehmungen errichtet werden sollen, und die Anlage von Lager- und Umschlagseinrichtungen für die deutsche Schiffahrt in diesen Freizonen.
7. Die Lieferung von Kriegsgerät und Ausrüstungsgegenständen für die rumänische Armee, Marine, Luftwaffe und die Rüstungsindustrie.
8. Den Ausbau des Verkehrs- und Transportwesens, des Strassennetzes und der Wasserwege.
9. Die Errichtung von Betrieben der öffentlichen Hand.

10. Das Zusammenwirken deutscher und rumänischer Banken im Interesse beider Länder, insbesondere zur Finanzierung der einzelnen Geschäfte.

Artikel II.

Mit der Durchführung dieses Vertrages werden die auf Grund des im Artikel 32 des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935*) eingesetzten Regierungsausschüsse beauftragt.

Artikel III.

Die Regierungsausschüsse werden sich jeweils von ihren Absichten, die im Sinne dieses Vertrages liegen, in Kenntnis setzen. Sie entscheiden über die Ausführung der einzelnen Vorhaben. Die beiden Regierungen werden den Wirtschaftsorganisationen und Firmen, die mit der Vorbereitung und Durchführung der im Artikel I bezeichneten Vorhaben befasst werden, die erforderliche Unterstützung gewähren und die Ausführung der von den Regierungsausschüssen gebilligten Vorhaben durch Erteilung der Genehmigungen erleichtern, die gesetzlich notwendig sind.

Artikel IV.

Die in Durchführung dieses Vertrages zu leistenden Zahlungen von Deutschland nach Rumänien und umgekehrt erfolgen nach den für den deutsch-rumänischen Zahlungsverkehr allgemein geltenden Bestimmungen. Die Regierungsausschüsse können vereinbaren, dass ein Prozentsatz des Erlöses der im Artikel I, Ziffer 7 bis 9 vorgesehenen oder sonstiger Warenlieferungen für Kapitalbeteiligungen und für Finanzierungen der im Artikel I bezeichneten Vorhaben verwendet wird.

Artikel V.

Dieser Vertrag soll ratifiziert werden. Er tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der sobald als möglich in Berlin erfolgen soll, in Kraft. Die vertragschliessenden Teile werden den Vertrag bereits mit dem Tage der Unterzeichnung vorläufig anwenden.

Der Vertrag bleibt bis zum 31. März 1944 in Kraft. Wird er nicht ein Jahr vor diesem Zeitpunkt gekündigt, so gilt er als auf unbestimmte Zeit verlängert. Er kann dann jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Jahre zum Ende jedes Kalendervierteljahres gekündigt werden.

Unterzeichnet in Bukarest in deutscher und rumänischer Sprache, in je zwei Urschriften,

am 23. März 1939.

Wilhelm Fabricius.
Helmuth Wohlthat.
Grigore Gafencu.
J. E. Bujoiu.

*) V. ci-dessus, No. 45.

54.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Troisième Accord additionnel au Traité d'établissement, de commerce et de navigation du 23 mars 1935;*) signé à Bucarest, le 24 avril 1940.

Reichsgesetzblatt 1940. II, No. 18.

Dritte Zusatzvereinbarung zu dem Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 24. April 1940.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien werden die nachstehenden Vereinbarungen über Änderung und Ergänzung des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935 getroffen:

Artikel 1.

Die Anlage B zu Artikel 10 Absatz 2 des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935 in der Fassung der Ersten Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag vom 21. Juni 1938 und der Zweiten Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag vom 10. Dezember 1938 wird wie folgt geändert:

[suivent des dispositions tarifaires.]

Artikel 2.

Der Anhang I zu der im Artikel 1 bezeichneten Anlage wird durch folgende Nummern des rumänischen Zolltarifs ergänzt:

[suivent les numéros.]

Artikel 3.

Der Anhang II zu der im Artikel 1 bezeichneten Anlage wird wie folgt geändert:

[suivent des modifications tarifaires.]

Artikel 4.

Diese Zusatzvereinbarung bildet einen Bestandteil des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935. Sie soll ratifiziert werden und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Bukarest erfolgen soll, in Kraft.

---

*) V. ci-dessus, No. 45.

Die beiden Regierungen werden die Vereinbarung indessen von dem Tage der Unterzeichnung ab vorläufig anwenden.

Unterzeichnet in Bukarest in deutscher und rumänischer Sprache in je zwei Urschriften am 24. April 1940.

Carl Clodius.
E. Marian.

55.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Quatrième Accord additionnel au Traité d'établissement, de commerce et de navigation du 23 mars 1935;*) signé à Bucarest, le 29 mai 1941.**)

Reichsgesetzblatt 1941. II, No. 28.

Vierte Zusatzvereinbarung zu dem Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien werden die nachstehenden Vereinbarungen über Änderung und Ergänzung des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935 getroffen:

Artikel 1.

Die Anlage B und Anhang I und II zu Anlage B zu Artikel 10 Absatz 2 des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935 in der Fassung der Ersten Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag vom 21. Juni 1938, der Zweiten Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag vom 10. Dezember 1938 und der Dritten Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag vom 24. April 1940 werden durch die dieser Zusatzvereinbarung beigefügte neue Anlage B***) und den ebenfalls beigefügten Anhang I und II zu Anlage B***) ersetzt.

Artikel 2.

Diese Zusatzvereinbarung bildet einen Bestandteil des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935. Sie soll ratifiziert werden und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgen soll, in Kraft.

---

*) V. ci-dessus, No. 45.
**) Mis en application provisoire à partir du 29 mai 1941.
***) Non reproduite.

Die beiden Regierungen werden die Vereinbarung indessen vom Tage der Unterzeichnung ab vorläufig anwenden.

Unterzeichnet in Bukarest in je zwei Urschriften in deutscher und rumänischer Sprache am 29. Mai 1941.

Carl Clodius. Dimitriuc.

56.

ALLEMAGNE, ROUMANIE.

Cinquième Accord additionnel au Traité d'établissement, de commerce et de navigation conclu le 23 mars 1935;*) signé à Bucarest, le 12 juin 1942.**)

Reichsgesetzblatt 1942. II, No. 22.

Fünfte Zusatzvereinbarung zu dem Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935.

Zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien werden die nachstehenden Vereinbarungen über Änderung und Ergänzung des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935 getroffen:

Artikel 1.

Die Anlage B zu Artikel 1 der Vierten Zusatzvereinbarung zu dem Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935 wird wie folgt geändert:

[suivent des dispositions tarifaires.]

Artikel 2.

Diese Zusatzvereinbarung bildet einen Bestandteil des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien vom 23. März 1935. Sie soll ratifiziert werden und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgen soll, in Kraft.

Die beiden Regierungen werden die Vereinbarung indessen vom Tage der Unterzeichnung ab vorläufig anwenden.

Unterzeichnet in Bukarest in je zwei Urschriften in deutscher und rumänischer Sprache am 12. Juni 1942.

Carl Clodius. Paul Sterian.

---

*) V. ci-dessus, No. 45.

**) Mis en vigueur, à titre provisoire, à partir du 12 juin 1942.

57.

GRANDE-BRETAGNE, BRÉSIL.

Accord sur le paiement de dettes commerciales; signé à Rio de Janeiro, le 27 mars 1935.

Treaty Series No. 17 (1935).

Whereas it is the intention of the Brazilian Government to maintain in force the existing exchange regulations, which allow all goods imported after the 11th February, 1935, to be paid for by the purchase of exchange on the free market, and also allow 40 per cent. of all arrears of commercial debts in respect of imports from the 11th September, 1934, to the 11th February, 1935, to be liquidated by the purchase of exchange on the free market; and

Whereas the Brazilian Government desire to make arrangements for the liquidation as rapidly as possible of all arrears of commercial debts to the United Kingdom;

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the United States of Brazil have agreed as follows;—

Article 1.

For the purpose of liquidating the arrears of commercial debts to the United Kingdom as defined in Article 12 (hereinafter called „the arrears") in accordance with the provisions of this Agreement, the Brazilian Government will, out of the percentage of foreign exchange reserved for Government requirements, set aside an annual amount

(Traducção.)

Considerando ser intenção do Governo brasileiro manter em vigor os actuaes regulamentos de cambio, os quaes permittem que todas as mercadorias importadas, após o dia 11 de Fevereiro de 1935, sejam pagas mediante a acquisição de cambio no mercado livre e permittem tambem a liquidação de 40% de todas as dividas commerciaes atrazadas, relacionadas com as importações de 11 de Setembro de 1934 a 11 de Fevereiro de 1935, mediante a acquisição de cambio no mercado livre;

e, considerando que o Governo brasileiro deseja realizar um accordo para a liquidação, tão rapida quanto possivel, de todos os atrazados de dividas commerciaes com o Reino Unido;

O Governo do Reino Unido da Grã-Bretanha e Irlanda do Norte e o Governo dos Estados Unidos do Brasil ajustaram o seguinte:

Artigo I.

Afim de liquidar os atrazados das dividas commerciaes com o Reino Unido, tal como se acha definido no Artigo XII (daqui em deante denominados „os atrazados"), de conformidade com os termos deste accordo, o Governo brasileiro subtrahirá da porcentagem de cambio sobre o exterior reservado para as necessidades do Governo uma an-

of £1,200,000, to which, if necessary, there shall be added on the termination of the arrangement of June 1933, as defined in Article 12, a further annual amount of £853,000. The said annual amount, or the sum of both the said annual amounts, as the case may be, is hereinafter called „the annuity."

Article 2.

The Brazilian Government will create 4 per cent. sterling stock (hereinafter called „the stock"), the service of which will be met from the annuity.

Article 3.

The Government of the United Kingdom will grant their consent to the issue of the stock in the United Kingdom.

Article 4.

The Brazilian Government will make every endeavour to provide within thirty days of the date of the signature of this Agreement the sum of £1,000,000, which shall be used without delay for the payment in cash of all the small arrears and a proportion of the other arrears in such manner as will be agreed between the contracting Governments.

Article 5.

In so far as the arrears are not liquidated out of the sum referred to in Article 4 of this Agreement, the Brazilian Government will offer to the creditors concerned an amount of the stock the face value of which will be equal in each case to the sterling amount of the outstanding debt; any debt in a currency other than sterling shall be

nuidade de £1.200.000, a qual, se fôr necessario, ao terminar o ajuste de Junho de 1933, consoante a definição no Artigo XII, será accrescida de uma annuidade supplementar de £853.000. A referida annuidade, ou a somma das duas referidas annuidades será daqui em deante denominada „a annuidade."

Artigo II.

O Governo brasileiro emittirá obrigações em esterlinos a 4% (daqui em deante denominadas „as obrigações"), cujo serviço será assegurado pela annuidade.

Artigo III.

O Governo do Reino Unido dará o seu consentimento á emissão das obrigações no Reino Unido.

Artigo IV.

O Governo brasileiro fará todos os esforços afim de obter, dentro de 30 dias da data da assignatura deste accordo, a quantia de £1.000.000, que será utilizada, sem demora, no pagamento em especie de todos os pequenos atrazados e de uma parte porporcional dos demais atrazados, conforme fôr ajustado entre os dous Governos contractantes.

Artigo V.

Quanto aos atrazados que não forem liquidados com a importancia mencionada no Artigo IV deste accordo, o Governo brasileiro offerecerá aos credores em questão obrigações cujo valor nominal será identico, em cada caso, ao montante da divida em esterlinos; qualquer divida em moeda que não seja esterlina será convertida em esterlina, á

converted into sterling at the rate of exchange current on the date on which the offer is made, except that any debt in milreis shall be converted at the official rate of exchange when the debt fell due.

Article 6.

Interest on the stock shall be paid out of the annuity, and the balance of the annuity not used for this purpose shall be employed to redeem the stock by repayment at par, under detailed conditions to be agreed between the contracting Governments.

Article 7.

The Brazilian Government undertake that no arrangement relative to the liquidation of arrears of commercial debts shall be made with any other country on conditions more favourable to that country than those accorded to the United Kingdom by this Agreement.

Article 8.

Persons in Brazil shall liquidate by purchase of exchange on the free market 40 per cent. of the arrears in respect of imports from the 11th September, 1934, to the 11th February, 1935, without awaiting the settlement of the balance of 60 per cent.

Article 9.

The contracting Governments agree that neither shall at any time discriminate against the other or persons in the United Kingdom or in Brazil, as the case may be, either as regards the allocation and regulation of exchange or the grant of import licences imposed with the object of regulating exchange.

taxa cambial em vigor no dia em que a offerta fôr feita, com excepção das dividas em mil réis, que serão convertidas á taxa do cambio official da data dos vencimentos das dividas.

Artigo VI.

O juro das obrigações será pago com a annuidade e o saldo da annuidade não utilizado para esse fim será empregado no resgate das obrigações, pelo reembolso ao par, mediante condições detalhadas a serem ajustadas entre os Governos contractantes.

Artigo VII.

O Governo brasileiro se compromette a não assignar nenhum ajuste, para a liquidação das dividas commerciaes atrazadas, com nenhum outro paiz, em condições mais vantajosas para o mesmo paiz do que as concedidas por este accordo aos Reino Unido.

Artigo VIII.

As pessôas no Brasil deverão liquidar, mediante a compra de cambio no mercado livre, 40% dos atrazados resultantes de importações effectuadas entre 11 de Setembro de 1934 e 11 de Fevereiro de 1935, sem aguardar a liquidação do saldo de 60%.

Artigo IX.

Os Governos contractantes concordam em que nenhum delles, em tempo algum, discriminará contra o outro ou pessôas, no Reino Unido ou no Brasil, quer quanto á fixação e regulamentação do cambio, quer quanto á concessão de licenças de importação impostas com o fim de regulamentar o cambio.

Article 10.

The nominal amount of stock to be issued and the detailed terms and conditions thereof shall, if necessary, form the subject of a subsequent Agreement between the contracting Governments.

Article 11.

Nothing in this Agreement shall prejudice the execution of the arrangement of June 1933, the terms of which will continue to be integrally carried out.

Article 12.

(a) „The arrears of commercial debts to the United Kingdom" shall mean debts, including any interest legally due thereon, due to persons in the United Kingdom from persons in Brazil in respect of the sale of goods imported into Brazil prior to the 12th February, 1935, except (i) such part of such debts as are covered by exchange contracts concluded by the Banco do Brasil, and will therefore be liquidated in accordance with the terms of those contracts; and (ii) in the case of debts in respect of imports after the 10th September, 1934, 40 per cent. of such debts, in view of the fact that this 40 per cent. may be liquidated by the purchase of free exchange.

(b) „Persons in the United Kingdom" shall mean individuals and corporations ordinarily resident or ordinarily carrying on business in the United Kingdom.

(c) „Persons in Brazil" shall mean individuals and corporations ordinarily resident or ordinarily carrying on business in Brazil, and

Artigo X.

A importancia nominal das obrigações a serem emittidas e os seus termos detalhados e condições poderão, se necessario, formar parte de um ajuste posterior entre os dous Governos contractantes.

Artigo XI.

Nada neste accordo deverá prejudicar a execução do entendimento de Junho de 1933, cujos termos continuarão a ser integralmente cumpridos.

Artigo XII.

(a) Por „dividas commerciaes atrazadas com o Reino Unido" ficarão entendidas aquellas, incluindo quaesquer juros legalmente vencidos, devidas a pessôas no Reino Unido por pessôas no Brasil, relativas á venda de mercadorias importadas no Brasil antes de 12 de Fevereiro de 1935, exceptuadas: (i) as parcellas de taes dividas que estiverem comprehendidas nos contractos de cambio concluidos pelo Banco do Brasil, as quaes serão consequentemente liquidadas de accordo com os termos desses contractos; e, (ii) no caso das dividas relativas a importações realizadas depois de 10 Setembro de 1934, 40% dessas dividas, visto ser possivel a liquidação desses 40% pela acquisição de cambio no mercado livre.

(b) Por „pessôas no Reino Unido" ficarão comprehendidas pessôas e corporações, normalmente residentes ou que, normalmente, exploram negocios no Reino Unido.

(c) Por „pessôas no Brasil" ficarão comprehendidas pessôas e corporações normalmente residentes ou que, normalmente, exploram nego-

shall include Governments and public organisations.

(d) „The arrangement of June 1933" shall mean the arrangements for the settlement of the arrears of commercial debts due to the United Kingdom set out in a circular letter issued on the 7th July, 1933, by the London agents of the Banco do Brasil.

Article 13.

This Agreement shall come into operation on the date of signature, and shall remain in force until the last due date for the redemption of the stock.

In witness whereof the undersigned, duly authorised to this effect, have signed the present Agreement and have thereto affixed their seals.

Done at Rio de Janeiro in duplicate, this 27th day of March, 1935.

For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

(L.S.) *William Seeds.*

For the Government of the United States of Brazil:

(L.S.) *José Carlos de Macedo Soares.*

cios no Brasil, incluindo os Governos e as repartições publicas.

(d) Por „o entendimento de Junho de 1933" ficam comprehendidos os ajustes para a liquidação de dividas commerciaes atrazadas devidas ao Reino Unido, comprehendidos na carta circular distribuida em 7 de Julho de 1933, pelos agentes em Londres do Banco do Brasil.

Artigo XIII.

Este accordo entrará em vigor na data da sua assignatura e vigorará até a ultima data para o resgate das obrigações.

Em fé do que os abaixo assignados, devidamente autorizados para este effeito, assignaram este accordo e appuzeram os seus sellos.

Feito no Rio de Janeiro, em duplicata, no dia 27 de Março de 1935.

Pelo Governo do Reino Unido da Grã-Bretanha e Irlanda do Norte:

(L.S.) *William Seeds.*

Pelo Governo dos Estados Unidos do Brasil:

(L.S. *José Carlos de Macedo Soares.*

58.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, HAÏTI.

Convention commerciale; signée à Washington, le 28 mars 1935.*)

Executive Agreement Series, No. 78.

The President of the United States of America and the President of the Republic of Haiti, being de-

Le Président des Etats-Unis d'Amérique et le Président de la République d'Haïti, désirant ren-

*) Entrée en vigueur le 3 juin 1935.

sirous of strengthening the traditional bonds of friendship between the two countries by maintaining the principle of equality of treatment as the basis of commercial relations and by granting mutual and reciprocal concessions and advantages for the promotion of trade, have, through their respective plenipotentiaries, arrived at the following Agreement:

Article I.

On and after the day on which this Agreement comes into force, all articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I annexed to this Agreement*) and made a part thereof, except those enumerated and described under items numbered 11033, 12011, and 13007, shall, on their importation into the Republic of Haiti, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule and from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed or required to be imposed by laws of the Republic of Haiti in effect on the day of the signature of this Agreement.

Whenever the budget of expenditures of the Republic of Haiti for any fiscal year is promulgated in the amount of Gourdes 40,000,000 or more, articles the growth, produce, or manufacture of the United States of America, enumerated and described under items numbered 11033, 12011, and 13007 in Schedule I of this Agreement, shall, on their importation during such fiscal

forcer les liens traditionnels d'amitié entre les deux pays en maintenant le principe d'égalité de traitement comme base de leurs relations commerciales, et en s'accordant des concessions mutuelles et des avantages réciproques pour l'extension du commerce, ont, par l'intermédiaire de leurs plénipotentiaires respectifs, arrêté la Convention suivante:

Article I.

A partir du jour où cette Convention sera entrée en vigueur, tous les articles d'origine, de production ou de fabrication des Etats-Unis d'Amérique, énumérés et décrits dans la Liste I annexée à cette Convention*) et en faisant partie, excepté ceux énumérés et décrits aux paragraphes numérotés 11033, 12011 et 13007 seront exempts à leur importation dans la République d'Haïti, des droits ordinaires de douane excédant ceux énoncés dans ladite Liste, et de tous autres droits, taxes, impôts, obligations ou contributions établis à l'importation ou y relatifs, excédant ceux établis ou à établir par les lois de la République d'Haïti en vigueur au jour de la signature de cette Convention.

Lorsque le budget des dépenses de la République d'Haïti pour n'importe quelle année fiscale aura été promulgué au montant de 40.000.000 de gourdes ou plus, les articles d'origine, de production ou de fabrication des Etats-Unis d'Amérique énumérés et décrits aux paragraphes numérotés 11033, 12011 et 13007 dans la Liste I de cette Convention, à leur importation au cours d'une

*) Non reproduite.

year into the Republic of Haiti, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule; and on and after the day of the signature of this Agreement, they shall be exempt, on their importation into the Republic of Haiti, from all duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed or required to be imposed by laws of the Republic of Haiti in effect on the day of the signature of this Agreement.

Article II.

Articles the growth, produce or manufacture of the Republic of Haiti, enumerated and described in Schedule II annexed to this Agreement*) and made a part thereof, shall, on their importation into the United States of America, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule, and from all other duties, taxes, fees, charges, or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed or required to be imposed by laws of the United States of America in effect on the day of the signature of this Agreement.

As long as the quota provisions of the Act „to include sugar beets and sugar cane as basic agricultural commodities under the Agricultural Adjustment Act, and for other purposes," approved by the President of the United States of America on May 9, 1934, are operative, any sugar imported into the United States of America from the Republic of Haiti with respect

*) Non reproduite.

telle année fiscale dans la République d'Haïti, seront exempts des droits de douane ordinaire excédant ceux fixés dans ladite Liste; mais à partir du jour de la signature de cette Convention, ils seront exempts, à leur importation dans la République d'Haïti, de tous droits, taxes, impôts, obligations ou contributions, établis à l'importation ou y relatifs, excédant ceux établis ou à établir par les lois de la République d'Haïti, en vigueur au jour de la signature de cette Convention.

Article II.

Les articles d'origine, de production ou de fabrication de la République d'Haïti, énumérés et décrits dans la Liste II annexée à cette Convention*) et en faisant partie, seront exempts à leur importation aux Etats-Unis d'Amérique des droits de douane ordinaires excédant ceux énoncés dans ladite Liste, et de tous autres droits, taxes, impôts, obligations ou contributions établis à l'importation ou y relatifs, excédant ceux établis ou à établir par les lois des Etats-Unis d'Amérique en vigueur le jour de la signature de cette Convention.

Aussi longtemps que les stipulations relatives au contingentement de la loi „tendant à comprendre les sucres de betterave et de canne comme produits agricoles de base d'après la loi d'ajustement des produits agricoles, et pour d'autres fins" approuvée par le Président des Etats-Unis d'Amérique le 9 mai 1934, seront en vigueur, le sucre importé aux Etats-Unis d'Amérique

to which a drawback of duty is allowed, under the provisions of Section 313 of the Tariff Act of 1930, shall not be charged against the quota established by the Secretary of Agriculture of the United States of America for the Republic of Haiti.

de la République d'Haïti, à l'égard duquel une remise de droit est accordée, selon les stipulations de la section 313 de la loi sur le tarif de 1930, ne sera pas compris dans la limite de contingent fixé par le Secrétaire de l'Agriculture des Etats-Unis d'Amérique pour la République d'Haïti.

Article III.

The United States of America and the Republic of Haiti agree that the notes included in Schedules I and II are hereby given force and effect as integral parts of this Agreement.

Article III.

Les Etats-Unis d'Amérique et la République d'Haïti conviennent que les notes comprises dans les Listes I et II acquièrent par les présentes force et vigueur comme parties intégrantes de cette Convention.

Article IV.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the Republic of Haiti, shall, after importation into the other country, be exempt from all internal taxes, fees, charges or exactions other or higher than those payable on like articles of national origin or any other foreign origin. The provisions of this Article in regard to the granting of national treatment shall not apply to taxes imposed in the United States of America on coconut oil or on any combination or mixture containing a substantial quantity of coconut oil, or to taxes imposed in the Republic of Haiti on cigarettes.

Cigarettes originating in the United States of America shall, after importation into the Republic of Haiti, be exempt from all internal taxes, fees, charges or exactions other or higher than those in effect on the day of the signature of this Agreement.

Article IV.

Les articles d'origine, de production ou de fabrication des Etats-Unis d'Amérique ou de la République d'Haïti, une fois importés dans l'autre pays, seront exempts de tous taxes internes, impôts, obligations ou contributions autres ou plus forts que ceux qui sont payés sur de pareils articles d'origine nationale ou de toute autre origine étrangère. Les stipulations de cet Article concernant le traitement national ne s'appliquent pas aux taxes établies aux Etats-Unis d'Amérique sur l'huile de coco ou toute combinaison ou mélange contenant une forte quantité d'huile de coco ou aux taxes établies dans la République d'Haïti sur les cigarettes.

Les cigarettes de provenance des Etats-Unis d'Amérique, une fois importées dans la République d'Haïti, seront exemptes de tous taxes internes, impôts, obligations et contributions autres ou plus élevés que ceux en vigueur le jour de la signature de cette Convention.

Article V.

In respect of articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the Republic of Haiti, enumerated and described in Schedules I and II, respectively, imported into the other country, on which ad valorem rates of duty are or may be assessed, it is understood and agreed that the bases and methods of determining dutiable value and of converting currencies shall be no less favorable to importers than the bases and methods prescribed under presently existing laws and regulations of the Republic of Haiti and the United States of America, respectively.

Article VI.

No prohibition or restriction on importations shall be imposed by the United States of America or the Republic of Haiti on articles the growth, produce or manufacture of the other country with respect to which obligations have been assumed under Articles I or II of this Agreement: Provided, That the foregoing provision shall not apply to prohibitions or restrictions relating to public security; imposed on moral or humanitarian grounds; designed to protect human, animal, or plant life; relating to prison-made goods; relating to the enforcement of police or revenue laws; or designed to extend to imported products a regime analogous to that affecting like or competing domestic products.

Article V.

A l'égard des articles d'origine, de production ou de fabrication des Etats-Unis d'Amérique ou de la République d'Haïti, énumérés et décrits dans les Listes I et II respectivement, et importés de l'un des deux pays dans l'autre, sur lesquels des taux et droits ad valorem sont ou peuvent être imposés, il est entendu et convenu que les bases et méthodes pour déterminer la valeur imposable et convertir les cours ne seront pas moins favorables aux importateurs que les bases et méthodes prescrites par les lois et règlements actuellement existants dans la République d'Haïti et aux Etats-Unis d'Amérique.

Article VI.

Aucune prohibition ou restriction d'importation ne sera établie par les Etats-Unis d'Amérique ou la République d'Haïti sur les articles d'origine, de production ou de fabrication de l'un ou de l'autre pays à l'égard desquels des obligations ont été prises aux Articles I et II de cette Convention. Néanmoins cette disposition ne s'applique pas aux prohibitions ou restrictions concernant la sécurité publique, la protection de la vie humaine, animale ou végétale, les objets fabriqués dans les prisons, l'application des lois fiscales et de police, ni à celles établies dans un but moral ou humanitaire, ou destinées à étendre à des produits importés un régime analogue à celui affectant les produits indigènes qui remplacent ou concurrencent ces produits importés.

Article VII.

With respect to customs duties or charges of any kind imposed on or in connection with importation or exportation, and with respect to the method of levying such duties or charges, and with respect to all rules and formalities in connection with importation or exportation, any advantages, favor, privilege or immunity which has been or may hereafter be granted by the United States of America or the Republic of Haiti to any article originating in or destined for any third country, shall be accorded immediately and unconditionally to the like article originating in or destined for the Republic of Haiti or the United States of America, respectively.

Without prejudice to the provisions of Article VI of this Agreement, neither the United States of America nor the Republic of Haiti shall establish any prohibition or maintain any restriction on imports from the territory of the other country which is not applied to the importation of any like article originating in any third country.

Without prejudice to the provisions of Article VI of this Agreement, any abolition of an import prohibition or restriction which may be granted even temporarily by the United States of America or the Republic of Haiti in favor of an article of a third country shall be applied immediately and unconditionally to the like article originating in the territory of the Republic of Haiti or the United States of America, respectively.

Article VII.

Au sujet des droits de douane ou des obligations de toutes sortes établies ou relatives à l'importation ou à l'exportation, au sujet de la méthode de perception de pareils droits ou obligations, au sujet de toutes règles et formalités relatives à l'importation ou à l'exportation, tout avantage, faveur, privilège ou immunité qui aura été ou sera à l'avenir accordé par les Etats-Unis d'Amérique ou de la République d'Haïti à tout article originaire d'un tiers pays ou y destiné, sera immédiatement et sans condition accordé à l'article semblable, originaire ou destiné soit à la République d'Haïti soit aux Etats-Unis d'Amérique, respectivement.

Sans préjudice des stipulations de l'Article VI de cette Convention, aucune prohibition ne sera établie, ni aucune restriction maintenue, soit par les Etats-Unis d'Amérique sur les importations du territoire d'Haïti, soit par la République d'Haïti sur celle du territoire des Etats-Unis d'Amérique, qui ne soit appliquée à l'importation de tout article semblable originaire d'un tiers pays.

Sans préjudice des stipulations de l'Article VI de cette Convention, toute abolition d'une prohibition à l'importation ou restriction qui pourra être même temporairement accordée par les Etats-Unis d'Amérique ou la République d'Haïti en faveur d'un article d'un tiers pays sera immédiatement et inconditionnellement accordée à l'article semblable originaire du territoire de la République d'Haïti ou des Etats-Unis d'Amérique, respectivement.

In the event of rations or quotas being established by the United States of America or the Republic of Haiti for the importation of any article restricted or prohibited, it is agreed, without prejudice to the provisions of Article VI, that in the allocation of the quantity of restricted goods which may be authorized for importation, the other country will be granted a share equivalent, to the proportion of the trade which it enjoyed in a previous representative period.

If either the United States of America or the Republic of Haiti establishes or maintains any system of control of foreign exchange or enters directly or indirectly into any arrangement which affects in fact the provision of foreign exchange or the regulation or control of the transfer or disposition of means of payment, or employs any other system of control or any other arrangement with respect to the settlement of international obligations, any advantage, favor, privilege, or immunity which may be granted in connection with any such system or arrangement or the administration thereof to the nationals or commerce of any third country shall be accorded immediately and unconditionally to the nationals or commerce of the Republic of Haiti or the United States of America, respectively.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America or the Republic of Haiti to adjacent countries in order to facilitate frontier traffic, and advantages resulting from a customs union to which ei-

Dans le cas où des contingents ou quotités seraient établis par les Etats-Unis d'Amérique ou la République d'Haïti à l'importation de tout article contingenté ou prohibé il est convenu, sans préjudice des stipulations de l'Article VI que dans l'allocation des contingents de marchandises qui pourront être autorisés à l'importation, il sera accordé à l'autre pays une quotité équivalente à la proportion de son importation dans une période antérieure considérée normale.

Si les Etats-Unis d'Amérique ou la République d'Haïti établissait ou maintenait un système de contrôle des changes extérieurs ou entrait directement ou indirectement dans un arrangement qui affecte en fait la provision de change étranger, la règlementation, le contrôle du transfert ou la disposition des moyens de paiement, ou employait tout autre système de contrôle ou tout autre arrangement à l'égard du règlement des obligations internationales, tout avantage, faveur, privilège ou immunité qui pourra être accordé relativement à un tel système ou arrangement ou à l'administration de ce système ou de cet arrangement aux nationaux ou au commerce d'un tiers pays sera accordé immédiatement et inconditionnellement aux nationaux ou au commerce de la République d'Haïti ou des Etats-Unis d'Amérique, respectivement.

Les avantages actuellement accordés ou qui pourront l'être par les Etats-Unis d'Amérique ou la République d'Haïti aux pays adjacents en vue de faciliter le trafic frontière, et les avantages résultant d'une union douanière dont les

ther the United States of America or the Republic of Haiti may become a party, shall be excepted from the operation of this Agreement.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America, its territories and possessions and the Panama Canal Zone to one another or to the Republic of Cuba shall be excepted from the operation of this Agreement. The provisions of this paragraph shall continue to apply in respect of any advantages now or hereafter accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panama Canal Zone to the Philippine Islands irrespective of any change that may take place in the political status of the Philippine Islands.

Unless otherwise specifically provided in this Agreement, the provisions thereof shall not be construed to apply to police or sanitary regulations; and nothing in this Agreement shall be construed to prevent the adoption of measures prohibiting or restricting the exportation of gold or silver.

Article VIII.

Laws, regulations of administrative authorities and decisions of administrative or judicial authorities of the United States of America and the Republic of Haiti, respectively, pertaining to the classification of articles for customs purposes or to rates of duty shall be published promptly in such a manner as to enable traders to become acquainted with them. Such laws, regulations and decisions shall be

Etats-Unis d'Amérique ou la République d'Haïti peuvent faire partie, ne seront pas affectés par les effets de cette Convention.

De même les avantages actuellement accordés ou qui pourront l'être par les Etats-Unis d'Amérique, ses territoires et possessions et la Zone du Canal de Panama à l'un d'entre eux ou à la République de Cuba ne seront pas affectés par les obligations de cette Convention. Les stipulations du présent paragraphe continueront à s'appliquer à l'égard de tous avantages actuellement accordés ou qui pourront l'être par les Etats-Unis d'Amérique, ses territoires ou possessions ou la Zone du Canal de Panama aux Iles Philippines indépendamment de tout changement qui pourrait advenir dans le statut politique des Iles Philippines.

A moins que spécifiquement il n'en soit stipulé autrement, les articles de la présente Convention ne s'appliqueront pas aux règlements de police, ni aux règlements sanitaires; et elle n'empêchera, en quoi que ce soit, l'adoption des mesures prohibant ou restreignant l'exportation de l'or ou de l'argent.

Article VIII.

Les lois, règlements des autorités administratives et les décisions des autorités administratives ou judiciaires des Etats-Unis d'Amérique et de la République d'Haïti, respectivement, concernant la classification des articles, conformément au tarif douanier, ou le taux des droits, seront publiés avec diligence, de manière à mettre les commerçants en mesure de se familiariser avec eux. De tels lois, règlements et décisions

applied uniformly at all ports of the respective country, except as otherwise specifically provided in statutes of the United States of America relating to articles imported into Puerto Rico.

No administrative ruling by the United States of America or the Republic of Haiti effecting advances in rates of duties or charges applicable under an established and uniform practice to imports originating in the territory of the other country, or imposing any new requirement with respect to such importations, shall be effective retroactively or with respect to articles either entered for or withdrawn for consumption prior to the expiration of thirty days after the date of publication of notice of such ruling in the usual official manner. The provisions of this paragraph do not apply to administrative orders imposing anti-dumping duties, or relating to regulations for the protection human, animal, or plant life, or relating to public safety, or giving effect to judicial decisions.

Article IX.

The United States of America and the Republic of Haiti retain the right to apply such measures as they respectively may see fit with respect to the control of the export or sale for export of arms, munitions, or implements of war, and, in exceptional circumstances, of other material needed in war.

seront appliqués d'une manière uniforme dans tous les ports des deux pays respectivement à l'exception de ceux spécialement prévus dans les lois des Etats-Unis d'Amérique comme devant s'appliquer aux articles importés à Puerto-Rico.

Aucun règlement administratif des Etats-Unis d'Amérique ou de la République d'Haïti relatif à une augmentation dans le taux d'une taxe ou d'un droit perçu d'après une pratique constante, sur les importations originaires du territoire de l'autre pays, ou établissant une nouvelle exigence à l'égard de telles importations, n'aura un effet rétroactif, ou à l'égard d'articles entrés ou retirés pour la consommation avant l'expiration de trente jours après la date de la publication d'un tel règlement de la manière officielle accoutumée. Les stipulations de ce paragraphe ne s'appliquent pas aux ordres administratifs établissant des droits anti-dumping, ou relatifs aux règlements pour la protection de la vie humaine, animale ou végétale ou relatifs à la sécurité publique, ou mettant en vigueur les décisions judiciaires.

Article IX.

Les Etats-Unis d'Amérique et la République d'Haïti se réservent le droit d'appliquer telle mesure qu'ils auront jugé respectivement convenable à l'égard du contrôle de l'exportation ou de la vente pour l'exportation d'armes, de munitions, ou d'attirails de guerre, et, dans les circonstances exceptionnelles, de tout autre matériel dont il est fait usage à la guerre.

Article X.

Greater than nominal penalties will not be imposed in the United States of America or in the Republic of Haiti upon importations of articles the growth, produce or manufacture of the other country because of errors in documentation which the importer or other party in interest can establish to the satisfaction of the customs authorities to have been clerical in origin or to have been made in good faith.

The Government of each country will accord sympathetic consideration to, and when requested will afford adequate opportunity for consultation regarding, such representations as the other Government may make with respect to the operation of customs regulations, quantitative restrictions or the administration thereof, the observance of customs formalities, and the application of sanitary laws and regulations for the protection of human, animal, or plant life.

Article XI.

Except as otherwise provided in the second paragraph of this Article, the provisions of this Agreement relating to the treatment to be accorded by the United States of America and the Republic of Haiti, respectively, to the commerce of the other country, shall not apply to the Philippine Islands, the Virgin Islands, American Samoa, the Island of Guam, or to the Panama Canal Zone.

Subject to the reservations set forth in Article VII, the provisions of that Article shall apply to arti-

Article X.

Aucunes pénalités plus grandes que les pénalités minima édictées par la loi ne frapperont aux Etats-Unis d'Amérique ou dans la République d'Haïti les importations des produits d'origine, de production ou de fabrication de l'un ou de l'autre pays pour cause d'erreurs dans les documents que l'importateur ou l'autre partie intéressée pourra établir, à la satisfaction des autorités douanières, comme étant dues, à l'origine, à une erreur involontaire ou ayant été faites de bonne foi.

Le Gouvernement de chacun des deux pays accordera une bienveillante attention, et quand cela lui sera demandé, fournira toute facilité en vue d'une consultation relative à telles observations que l'autre Gouvernement pourra produire à l'égard de l'application des règlements douaniers, des restrictions en quantité ou de leur application, de l'observance des formalités douanières et de l'application des lois et règlements sanitaires pour la protection de la vie humaine, animale ou végétale.

Article XI.

Excepté ce qui est stipulé dans le deuxième paragraphe de cet Article, les dispositions de cette Convention, relatives au traitement à accorder par les Etats-Unis d'Amérique et la République d'Haïti, respectivement, au commerce de l'autre pays, ne s'appliqueront pas aux Iles Philippines, aux Iles Vierges, au Samoa Américain, à l'Ile de Guam ou à la Zone du Canal de Panama.

Sous les réserves énoncées dans l'Article VII, les stipulations de l'Article VII s'appliqueront aux

cles the growth, produce or manufacture of any area under the sovereignty or authority of the United States of America or the Republic of Haiti imported from or exported to any area under the sovereignty or authority of the other country. It is understood, however, that the provisions of this paragraph do not apply to the Panama Canal Zone.

Article XII.

The present Agreement shall, from the date on which it comes into force, supplant the agreement by exchange of notes signed by the United States of America and the Republic of Haiti on July 8, 1926.*)

Article XIII.

On and after the day on which this Agreement comes into force, articles the growth, produce or manufacture of the United States of America and articles the growth, produce or manufacture of the Republic of Haiti previously imported into the other country shall be subject to the provisions of this Agreement, if entry therefor has not been made, or if they have been entered previously without payment of duty and under bond for warehousing, transportation, or any other purpose, and without any permit of delivery to the importer or to his agent having been issued: Provided, That when duties are based upon the weight of merchandise deposited in any public or private warehouse, the said duties shall, except as otherwise may specially be provided in the tariff laws of the respective countries in force

articles d'origine, de production et de fabrication de tout territoire sous la souveraineté ou l'autorité des Etats-Unis d'Amérique ou de la République d'Haïti importés de ou exportés dans tout territoire sous la souveraineté ou l'autorité de l'autre pays. Il est entendu, cependant, que les stipulations de ce paragraphe ne s'appliquent pas à la Zone du Canal de Panama.

Article XII.

La présente Convention, à partir de la date à laquelle elle entrera en vigueur, remplacera l'Accord conclu par échange de notes, entre les Etats-Unis d'Amérique et la République d'Haïti, le 8 juillet 1926.*)

Article XIII.

A partir du jour où cette Convention sera entrée en vigueur, les articles d'origine, de production ou de fabrication des Etats-Unis d'Amérique et les articles d'origine, de production ou de fabrication de la République d'Haïti importés auparavant dans l'autre pays seront assujettis aux stipulations de cette Convention, si la vérification douanière n'a pas encore eu lieu, ou s'ils ont été introduits auparavant sans paiement de droit et sous caution aux fins d'emmagasinage, de transport, ou toutes autres fins, et sans qu'aucun permis de délivrance à l'importateur ou à son agent n'ait été émis; pourvu que, quand les droits sont basés sur le poids de la marchandise déposée dans un magasin public ou privé, lesdits droits, à l'exception de ce qui est stipulé de manière spécifique dans les tarifs en vigueur respectivement dans

*) V. N.R.G. 3. s. XVIII, p. 569.

on the day of signature of this Agreement, be levied and collected upon the weight of such merchandise at the time of its entry.

Article XIV.

The present Agreement shall come into full force on the thirtieth day following proclamation thereof by the President of the United States of America and the President of the Republic of Haiti, or should the proclamation be issued on different days, on the thirtieth day following the date of the later in time of such proclamations, and shall remain in force for the term of three years thereafter. The Government of each country shall notify the Government of the other country of the date of its proclamation.

Unless at least six months before the expiration of the aforesaid term of three years the Government of either country shall have given to the other Government notice of intention to terminate the Agreement upon the expiration of the aforesaid term, the Agreement shall remain in force thereafter, until six months from such time as the Government of either country shall have given notice to the other Government.

In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed this Agreement and have affixed their seals hereto.

Done in duplicate, in the English and French languages, both authentic, at the city of Washington, the 28th day of March in the year 1935.

les deux pays, le jour de la signature de cette Convention, soient prélevés et encaissés sur le poids d'une telle marchandise au moment de son entrée.

Article XIV.

La présente Convention entrera en pleine vigueur le trentième jour après sa promulgation par le Président des Etats-Unis d'Amérique et le Président de la République d'Haïti, ou si les promulgations sont faites à des dates différentes, le trentième jour qui suivra la dernière date desdites promulgations, et demeurera en vigueur pour une période de trois années. Le Gouvernement de chacun des deux pays notifiera au Gouvernement de l'autre pays la date à laquelle la promulgation aura eu lieu.

A moins que dans un délai minimum de six mois avant l'expiration de la susdite période de trois ans, le Gouvernement de l'un ou l'autre pays n'ait donné à l'autre Gouvernement avis de son intention de mettre fin à la Convention à l'expiration de la période susdite, la Convention restera en vigueur dans la suite jusqu'à six mois à partir de la date à laquelle l'une ou l'autre des parties aura manifesté son désir d'y mettre fin.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé cette Convention et y ont apposé leurs sceaux.

Fait en duplicata, en langue anglaise et française, les deux faisant autorité, dans la ville de Washington, le 28 mars de l'an 1935.

For the President of the United States of America: [Seal] *Cordell Hull.*
For the President of the Republic of Haiti: [Seal] *A. Blanchet.*

59.

SUISSE, LIECHTENSTEIN.

Accord concernant l'application, sur le territoire de la Principauté, de l'Ordonnance fédérale du 5 février 1935 sur les caisses de crédit à terme différé; conclu par un Echange de Notes identiques, signées à Berne et à Vaduz, les 10 et 16 mai 1935.

Eidgenössische Gesetzsammlung 1935, No. 16.

Schweizerische Note.

Der Fürstlich Liechtensteinischen Regierung beehrt sich das Eidgenössische Politische Departement mit Beziehung auf die geschätzte Note Nr. 150/96 vom 14. März 1935 mitzuteilen, dass der Antrag der Fürstlichen Regierung, die bundesrätliche Verordnung über die Kreditkassen mit Wartefrist auf Liechtenstein anwendbar zu erklären, dem Bundesrate unterbreitet worden ist.

Der Schweizerische Bundesrat hat mit Beschluss vom 7. Mai 1935 die bundesrätliche Verordnung über die Kreditkassen mit Wartefrist vom 5. Februar 1935 mit sofortiger Wirkung auf das Fürstentum Liechtenstein anwendbar erklärt. Die Anwendung erfolgt gestützt auf Art. 4, Ziff. 2, und Art. 10, Abs. 2, des Vertrages zwischen des Schweiz und Liechtenstein über den Anschluss des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Zollgebiet, vom 29. März 1923.*)

Kredit- und Zwischenkreditverträge (Art. 19 bis 33 und 37/38 der Verordnung) von Kassen, die Darlehen gegen grundpfändliche Sicherheit gewähren, sind dem schweizerischen Recht unterworfen.

Neugründungen von Kassen, die der bundesrätlichen Verordnung unterstehen und die Darlehen ohne Sicherstellung durch Grundpfand gewähren (Art. 3 der Verordnung) sind auch im Fürstentum Liechtenstein verboten, soweit die fürstliche Regierung für solche Kassen nicht Vorschriften zum Schutze des Publikums und der Beteiligten aufstellt und solche Unternehmungen unter Aufsicht nimmt. Schon bestehenden derartigen Kassen erteilt der eidgenössische Aufsichtsdienst eine Bewilligung für die Weiterführung des Betriebes bis zur Unterstellung unter die fürstlich liechtensteinische Aufsicht, längstens aber bis Ende des Jahres 1936, sofern eine eingehende Prüfung ergibt, dass eine Weiterführung der Geschäfte mit den Interessen der Kreditnehmer vereinbar ist (Art. 73 der bundesrätlichen Verordnung). Über Kreditverträge der Kassen, die Darlehen ohne grundpfändliche Sicherstellung gewähren, enthält die Verordnung keine Vorschriften; für diese Kassen wird bei der Erteilung der vorläufigen eidgenössischen Bewilligung (Art. 73,

---

*) V. N.R.G. 3. s. XVI, p. 218.

Abs. 2) und bei der Genehmigung einer allfälligen definitiven Regelung (Art. 3, Abs. 2, der Verordnung) die Anwendung schweizerischen Rechts auf die Kreditverträge vorgeschrieben werden.

Indem das Politische Departement der fürstlichen Regierung für eine geneigte Bestätigung der vorstehenden Erklärung dankbar wäre, benützt es den Anlass, zur erneuten Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung.

Bern, den 10. Mai 1935.

An die Fürstlich Liechtensteinische Regierung, Vaduz.

60.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, UNION DES RÉPUBLIQUES SOVIÉTIQUES SOCIALISTES.

Arrangement commercial; conclu par un Echange de Notes signées à Moscou, le 13 juillet 1935, suivi de deux Accords prorogeants, conclus par des Echanges de Notes signées à Moscou, le 11 juillet 1936 et le 5 août 1938.

Executive Agreement Series, No. 81, 96, 132.

The American Ambassador (Bullitt) to the People's Commissar for Foreign Affairs (Litvinoff).

Embassy of the United States of America,
Moscow, July 13, 1935.

Excellency:

I have the honor to refer to recent conversations in regard to commerce between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics and to the trade agreements program of the United States of America, and to confirm and to make of record by this note the following agreement which has been reached between the Governments of our respective countries:

1. The duties proclaimed by the President of the United States of America pursuant to trade agreements entered into with foreign governments or instrumentalities thereof under the authority of the Act entitled, „An Act to Amend the Tariff Act of 1930", approved June 12, 1934, shall be applied to articles the growth, produce, or manufacture of the Union of Soviet Socialist Republics as long as this Agreement remains in force. It is understood that nothing in this Agreement shall be construed to require the application to articles the growth, produce, or manufacture of the Union of Soviet Socialist Republics of duties or exemptions from duties proclaimed pursuant to any trade agreement

between the United States of America and the Republic of Cuba, which has been or may hereafter be concluded.

2. On its part, the Government of the Union of Soviet Socialist Republics will take steps to increase substantially the amount of purchases in the United States of America for export to the Union of Soviet Socialist Republics of articles the growth, produce, or manufacture of the United States of America.

3. This Agreement shall come into force on the date of signature thereof. It shall continue in effect for 12 months. Both parties agree that not less than 30 days prior to the expiration of the aforesaid period of 12 months, they shall start negotiations regarding the extension of the period during which the present Agreement shall continue in force.

Accept, Excellency, the renewed assurances of my highest consideration.

William C. Bullitt.

His Excellency Maxim M. Litvinov, People's Commissar for Foreign Affairs, Moscow.

The People's Commissar for Foreign Affairs (Litvinoff) to the American Ambassador (Bullitt).

Moscow, July „13", 1935.

Mr. Ambassador,

I have the honour to refer to recent conversations in regard to commerce between the Union of Soviet Socialist Republics and the United States of America and to the trade agreements program of the United States of America, and to confirm and to make of record by this note the following agreement which has been reached between the Governments of our respective countries:

1. The duties proclaimed by the President of the United States of America pursuant to trade agreements entered into with foreign governments or instrumentalities thereof under the authority of the Act entitled, „An Act to Amend the Tariff Act of 1930", approved June 12, 1934, shall be applied to articles the growth, produce, or manufacture of the Union of Soviet Socialist Republics as long as this Agreement remains in force. It is understood that nothing in this Agreement shall be construed to require the application to articles the growth, produce, or manufacture of the Union of Soviet Socialist Republics of duties or exemptions from duties proclaimed pursuant to any trade agreement between the United States of America and the Republic of Cuba, which has been or may hereafter be concluded.

2. On its part, the Government of the Union of Soviet Socialist Republics will take steps to increase substantially the amount of purchases in the United States of America for export to the Union of Soviet Socialist Republics of articles the growth, produce, or manufacture of the United States of America.

3. This Agreement shall come into force on the date of signature thereof. It shall continue in effect for 12 months. Both parties agree that not less than 30 days prior to the expiration of the aforesaid period of 12 months, they shall start negotiations regarding the extension of the period during which the present Agreement shall continue in force.

Accept, Mr. Ambassador, the renewed assurances of my highest consideration.

Maxim Litvinoff.

Mr. William C. Bullitt, Ambassador of the United States of America, Moscow.

The American Ambassador (Bullitt) to the People's Commissar for Foreign Affairs (Litvinoff).

Embassy of the United States of America,
Moscow, July 11, 1935.

Excellency:

I have the honor to refer to our recent conversations in regard to commerce between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics and to ask you to let me know the value of articles the growth, produce, or manufacture of the United States of America which the Government of the Union of Soviet Socialist Republics intends to purchase in the United States of America during the next twelve months for export to the Union of Soviet Socialist Republics.

Accept, Excellency, the renewed assurances of my highest consideration.

William C. Bullitt.

His Excellency, Maxim M. Litvinov, People's Commissar for Foreign Affairs, Moscow.

The People's Commissar for Foreign Affairs (Litvinoff) to the American Ambassador (Bullitt).

Moscow, July „15", 1935.

Mr. Ambassador,

In reply to your inquiry regarding the intended purchases by the Union of Soviet Socialist Republics in the United States of America within the next twelve months, I have the honour to bring to your knowledge that according to information received from the People's Commissariat for Foreign Trade it is intended to purchase in the United States of America during the above mentioned period American goods to the value of thirty million dollars.

Accept, Mr. Ambassador, the renewed assurances of my highest consideration.

Maxim Litvinoff.

Mr. William C. Bullitt, Ambassador of the United States of America, Moscow.

The American Chargé d'Affaires ad interim (Henderson) to the Assistant People's Commissar for Foreign Affairs (Krestinski).

Embassy of the United States of America,

Moscow, July 11, 1936.

Excellency:

In accordance with the conversations which have taken place, I have the honor to confirm on behalf of my Government the agreement which has been reached between the Governments of cour respective countries that the agreement regarding commercial relations between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics recorded in the exchange of notes between the American Ambassador and the People's Commissar for Foreign Affairs on July 13, 1935, shall continue in force for another year, that is, until July 13, 1937.

Accept, Excellency, the renewed assurances of my highest consideration.

Loy W. Henderson,
Chargé d'Affaires ad interim
of the United States of America.

His Excellency N. N. Krestinski, Assistant People's Commissar for Foreign Affairs, Moscow.

The Assistant People's Commissar for Foreign Affairs (Krestinski) to the American Chargé d'Affaires ad interim (Henderson).

Moscow, July 11, 1936.

Mr. Chargé d'Affaires:

In accordance with the conversations which have taken place, I have the honor to confirm on behalf of my Government the agreement which has been reached between the Governments of cour respective countries that the agreement regarding commercial relations between the Union of Soviet Socialist Republics and the United States of America recorded in the exchange of notes between the People's Commissar for Foreign Affairs and the American Ambassador on July 13, 1935, shall continue in force for another year, that is, until July 13, 1937.

Accept, Mr. Chargé d'Affaires, the renewed assurances of my highest consideration.

N. Krestinski,
Assistant People's Commissar
for Foreign Affairs.

Mr. Loy W. Henderson, Chargé d'Affaires ad interim of the United States of America, Moscow.

The American Chargé d'Affaires ad interim (Henderson) to the Assistant People's Commissar for Foreign Affairs (Krestinski).

Embassy of the United States of America.

Moscow, July 9, 1936.

Excellency:

I have the honor to refer to our recent conversations in regard to the prolongation of the agreement of July 13, 1935, concerning commercial relations between the United Staates of America and the Union of Soviet Socialist Republics and to ask you to let me know the value of articles the growth, produce, or manufacture of the United States of America which the Government of the Union of Soviet Socialist Republics intends to purchase in the United States of America during the next twelve months for export to the Union of Soviet Socialist Republics.

Accept, Excellency, the renewed assurances of my highest consideration.

Loy W. Henderson,
Chargé d'Affaires ad interim
of the United States of America.

His Excellency N. N. Krestinski, Assistant People's Commissar for Foreign Affairs, Moscow.

The Assistant People's Commissar for Foreign Affairs (Krestinski) to the American Chargé d'Affaires ad interim (Henderson).

Moscow, July 13, 1936.

Mr. Chargé d'Affaires:

In reply to your inquiry regarding the intended purchases by the Union of Soviet Socialist Republics in the United States of America in the course of the next twelve months, I have the honor to inform you that, according to information received by me from the People's Commissariat for Foreign Trade, the economic organizations of the Union of Soviet Socialist Republics intend to buy in the United States of America in the course of the next twelve months American goods in the amount of at least thirty million dollars.

Accept, Mr. Chargé d'Affaires, the renewed assurances of my highest consideration.

N. Krestinski,
Assistant People's Commissar
for Foreign Affairs.

Mr. Loy W. Henderson, Chargé d'Affaires ad interim of the United States of America, Moscow.

Moscow, August 5, 1938.

Excellency:

In accordance with the conversations which have taken place, I have the honor to confirm on behalf of my Government the agreement which has been reached between the Governments of our respective countries that the agreement regarding commercial relations between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics recorded in the exchange of notes between the American Ambassador and the People's Commissar for Foreign Affairs on August 4, 1937, which came into force on August 6, 1937, upon proclamation thereof on that date by the President of the United States of America and approval thereof by the Council of People's Commissars of the Union of Soviet Socialist Republics on the same date, shall continue in force until August 6, 1939. This agreement shall be proclaimed by the President of the United States of America and approved by the Council of People's Commissars of the Union of Soviet Socialist Republics.

Accept, Excellency, the renewed assurances of my highest consideration.

A. C. Kirk,
Chargé d'affaires ad interim
of the United States of America.

His Excellency Maxim Litvinoff, People's Commissar for Foreign Affairs, Moscow.

Moscow, August 5th 1938.

Mr. Chargé d'Affaires:

In accordance with the conversations which have taken place, I have the honor to confirm on behalf of my Government the agreement which has been reached between the Governments of our respective countries that the agreement regarding commercial relations between the Union of Soviet Socialist Republics and the United States of America recorded in the exchange of notes between the People's Commissar for Foreign Affairs an the American Ambassador on August 4, 1937, which came into force on August 6, 1937, upon approval thereof on that date by the Council of People's Commissars of the Union of Soviet Socialist Republics and proclamation thereof by the President of the United States of America on the same date, shall continue in force until August 6, 1939. This agreement shall be approved by the Council of People's Commissars of the Union of Soviet Socialist Republics and proclaimed by the President of the United States of America.

Accept, Mr. Chargé d'Affaires, the renewed assurances of my highest consideration.

M. Litvinoff.

Mr. Alexander C. Kirk, Chargé d'Affaires ad interim of the United States of America, Moscow.

Related Notes.

1. Concerning the Amount of Purchases to be made by the Union of Soviet Socialist Republics in the United States of America.

The American Chargé d'Affaires ad interim (Kirk) to the People's Commissar for Foreign Affairs (Litvinoff).

Embassy of the United States of America.

Moscow, August 2, 1938.

Excellency:

I have the honor to refer to our recent conversations in regard to the commerce between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics and to ask you to let me know the value of articles, the growth, produce, or manufacture of the United States of America which the Government of the Union of Soviet Socialist Republics intends to purchase in the United States of America during the next twelve months for export to the Union of Soviet Socialist Republics.

Accept, Excellency, the renewed assurances of my highest consideration.

A. C. Kirk,
Chargé d'Affaires ad interim
of the United States of America.

His Excellency Maxim Litvinoff, People's Commissar for Foreign Affairs, Moscow.

The People's Commissar for Foreign Affairs (Litvinoff) to the American Chargé d'Affaires ad interim (Kirk).

Moscow, August „4", 1938.

Mr. Chargé d'Affaires:

In reply to your inquiry regarding the intended purchases by the Union of Soviet Socialist Republics in the United States of America in the course of the next twelve months, I have the honor to inform you that, according to information received by me from the People's Commissariat for Foreign Trade, the economic organisations of the Union of Soviet Socialist Republics intend to buy in the United States of America in the course of the next twelve months American goods to the amount of at least forty million dollars.

Accept, Mr. Chargé d'Affaires, the renewed assurances of my highest consideration.

M. Litvinoff.

Mr. Alexander C. Kirk, Chargé d'Affaires ad interim of the United States of America, Moscow.

---

2. Exemption from Excise Tax of Coal, Coke, and Coal or Coke Briquettes imported into the United States from the Union of Soviet Socialist Republics.

The American Chargé d'Affaires ad interim (Kirk) to the People's Commissar for Foreign Affairs (Litvinoff).

Embassy of the United States of America,
Moscow, August 5, 1938.

Excellency:

With reference to the agreement signed today continuing the agreement concerning commerce between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics which came into force on August 6, 1937, I have the honor to state that the Embassy has been informed that the authorities of the Treasury Department of the United States will admit coal of all sizes, grades, and classifications (except culm and duff), coke manufactured therefrom, and coal or coke briquettes, imported from the Union of Soviet Socialist Republics free from the import tax provided in Section 601 (c) (5) of the Revenue Act of 1932, as amended, during the life of the agreement unless other treatment is required by controlling judicial decision hereafter rendered.

Accept, Excellency, the renewed assurances of my highest consideration.

A. C. Kirk,
Chargé d'Affaires ad interim
of the United States of America.

His Excellency Maxim Litvinoff, People's Commissar for Foreign Affairs, Moscow.

The People's Commissar for Foreign Affairs (Litvinoff) to the American Chargé d'Affaires ad interim (Kirk).

Moscow, August „5", 1938.

Dear Mr. Chargé d'Affaires:

In reply to your inquiry regarding the intended exports of Soviet coal to the United States during the ensuing twelve months, I may state that, according to information received by me from the People's Comissariat for Foreign Trade, the economic organisations of the Union of Soviet Socialist Republics will not in any case export to the United States during the year beginning August 6, 1938, more than 400,000 tons of Soviet coal.

Sincerely yours.

M. Litvinoff.

Mr. Alexander C. Kirk, Chargé d'Affaires ad interim of the United States of America, Moscow.

61.

CANADA, POLOGNE.

Convention commerciale; signée à Ottawa, le 3 juillet 1935.*)**)

Treaty Series (London) No. 48 (1937).

His Majesty the King of Great Britain, Ireland and the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, in respect of the Dominion of Canada, and the President of the Republic of Poland, being desirous of facilitating and extending the commercial relations existing between Canada and Poland, have resolved to conclude a Convention of Commerce for this purpose, and have appointed as their plenipotentiaries :

His Majesty the King of Great Britain, Ireland and the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, for the Dominion of Canada:

The Right Honourable Richard Bedford Bennett, Prime Minister, President of the Privy Council and Secretary of State for External Affairs;

The Honourable Richard Burpee Hanson, Minister of Trade and Commerce;

The President of the Republic of Poland:

Dr. Jerzy Adamkiewicz, Consul-General of the Republic of Poland for Canada and Newfoundland;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following Articles:—

Article 1.

Articles produced or manufactured in Canada shall not, on importation into Poland, be subjected to other or higher duties or charges than those paid on the like articles produced or manufactured in any other foreign country; at the same time the articles enumerated in Schedule A***) to this Convention, produced or manufactured in Canada, shall not, on importation into Poland, be subjected to higher duties than those specified in the said Schedule, and shall be subjected to the lowest rates of duty which Poland may grant to any other foreign country on the like articles.

---

*) Les ratifications ont été échangées à Varsovie, le 31 juillet 1936.

**) En langues anglaise et polonaise. Nous ne reproduisons que le texte anglais.

***) Les Annexes ne sont pas reproduites.

Article 2.

The stipulations of Article 1 of this Convention shall not extend—

(a) To privileges which are or hereafter may be granted by Poland to purely border traffic within a zone not exceeding 15 kilometres wide on either side of its customs frontier.

(b) To privileges granted by Poland to a State by virtue of a Customs Union with that State.

(c) To tariff preferences or customs facilities which hereafter may be granted by Poland to Estonia, Latvia, Lithuania or Finland so long as such privileges are not accorded to any other State.

(d) To the régime for duties and quotas established temporarily between Polish Upper Silesia and German Upper Silesia by virtue of the German-Polish Convention concerning Upper Silesia, signed at Geneva on the 15th May, 1922.

Article 3.

Articles produced or manufactured in Poland shall not, on importation into Canada, be subjected to other or higher duties or charges than those paid on the like articles produced or manufactured in any other foreign country; at the same time the articles enumerated in Schedule B to this Convention, produced or manufactured in Poland, shall not, on importation into Canada, be subjected to higher duties than those specified in the said Schedula, and shall be subjected to the lowest rates of duty which Canada may grant to any other foreign country on the like articles.

Article 4.

To enjoy the benefits of the tariff advantages provided for in Article 1 of this Convention, articles, produced or manufactured in Canada, shall be conveyed without transhipment from a Canadian port or from a port of a country enjoying most-favoured-nation treatment in tariff matters in Poland into a port or ports of the Polish Customs Territory.

Reciprocally, to enjoy the benefits of the tariff advantages provided for in Article 3 of this Convention, articles produced or manufactured in Poland shall be conveyed without transhipment from a port or ports of the Polish Customs Territory or from a port of a country enjoying the benefits of the British Preferential or Intermediate Tariff, into a sea, lake or river port of Canada.

Provided, however, that articles produced or manufactured in Poland, on importation into Canada, and articles produced or manufactured in Canada, on importation into Poland, shall not be subjected to other or more onerous conditions with respect to direct shipment than are imposed on the like articles imported from any other foreign country.

Article 5.

No prohibition or restriction shall be maintained or imposed by either of the High Contracting Parties on the importation of any article the produce or manufacture of the territories of the other party which shall not equally extend to the importation of the like articles being the produce or manufacture of any other foreign country.

This provision shall not be applicable to prohibitions or restrictions which already exist or may be imposed in future on importation or exportation, provided that such prohibitions or restrictions are issued with regard to—

(a) Public order or the internal or external security of the State.

(b) Public health or the protection of animals or plans against disease.

(c) Articles constituting a State-Monopoly.

In the event of import licences being required for the importation of any class of goods into the territories of either of the High Contracting Parties, the general conditions of procedure under which licences may be obtained for the importation of such goods shall not be less fovourable than those applied in the case of similar goods the produce or manufacture of any other foreign country.

Article 6.

Articles produced or manufactured in the territories of either of the High Contracting Parties, exported to the territories of the other, shall not be subjected to other or higher export duties or charges than those paid on the like articles exported to any other foreign country.

Nor shall any prohibition or restriction, with the exception of those enumerated in Article 5 of this Convention, be maintained or imposed on the exportation of any articles from the territories of either of the High Contracting Parties to the territories of the other which shall not equally extend to the exportation of the like articles to any other foreign country.

Article 7.

Articles produced or manufactured in the territories of either of the High Contracting Parties, passing in transit through the territories of the other, in conformity with the laws of the country, shall be reciprocally free from all transit duties, whether they pass direct or whether during transit they are unloaded, warehoused or reloaded.

Article 8.

Internal duties or taxes which are, or hereafter may be, levied in the territories of either of the High Contracting Parties by or on behalf of the State or a local authority or other corporation on the production, manufacture, sale or consumption of goods shall not affect the goods of one party imported into the territories of the other under any pretext whatever, to a greater extent or in a more restrictive way,

than goods of the same kind which are the produce or manufacture of the other party.

Articles produced or manufactured in the territories of either of the High Contracting Parties imported into the territories of the other, and intended for transit or warehousing only, shall not be subjected to any internal duties or taxes.

Article 9.

Merchants and manufacturers, nationals of one of the High Contracting Parties, as well as merchants and manufacturers domiciled and exercising their commerce and industries in the territories of such party, may, in the territories of the other, either personally or by means of commercial travellers, make purchases or collect orders with or without samples or specimens, and such merchants, manufacturers and their commercial travellers, while so making purchases and collecting orders shall, in the matter of taxation and facilities, enjoy treatment not less favourable than that accorded to merchants, manufacturers and commercial travellers, nationals of any other foreign country.

If one of the High Contracting Parties should consider it necessary to require certificates attesting the character of certain persons as commercial travellers in order to accord them the above facilities, in that case the High Contracting Parties shall by exchange of notes agree on the form of such certificates and the authorities competent to issue them.

Articles imported as samples and specimens for the purpose mentioned above shall, in each country, be temporarily admitted free of duty on compliance with the customs regulations and formalities established to assure their re-exportation or the payment of the prescribed customs duties if not re-exported within the period of twelve months. But the foregoing privilege shall not extend to articles which, owing to their quality or value, cannot be considered as samples, or which, owing to their nature, could not be identified upon re-exportation. The determination of the question of qualification of samples for duty free admission rests in all cases exclusively with the competent authorities of the place where the importation is effected.

Samples of no commercial value shall be admitted into the territories of either of the High Contracting Parties free of duty.

The Customs Authorities of the importing country shall recognise as sufficient for the future identification of the samples or specimens the marks which have been affixed by the Customs Authorities of the exporting country, provided that the said samples or specimens are accompanied by a descriptive list certified by the Customs Authorities of the latter. Additional marks may, however, be affixed to the samples or specimens by the Customs Authorities of the importing country in all cases in which the latter consider the additional guarantee indispensable for ensuring the identification of the samples or specimens on re-exportation. Except in the latter case, customs verification shall

be confined to identifying the samples and deciding the total duties and charges to which they may eventually be liable.

The refund of duties paid on importation or the release of the security for the payment of these duties shall be effected without undue delay and subject to the deduction of the duties payable on samples or specimens which are neither produced for re-exportation nor placed in bond.

Article 10.

Nationals of each of the High Contracting Parties shall have, in the territories of the other, the same rights as nationals of that party in regard to patents for inventions, trade-marks, industrial designs and patterns, commercial names, names of origin of products, and the prevention of unfair competition, upon fulfilment of the formalities provided for by law.

Article 11.

The vessels of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the ports of the other High Contracting Party treatment not less favourable than that accorded to national vessels or to vessels of the most favoured nation, excepting always coasting trade and river or lake traffic which each of the High Contracting Parties shall have the right to reserve to national vessels.

Each High Contracting Party shall permit the importation or exportation of all merchandise, the importation or exportation of which is permitted, as well as the carriage of passengers from or to their respective territories upon the vessels of the other. Such vessels, their passengers and cargoes, shall enjoy the same privileges as, and shall not be subject to duties or charges other or higher than, national vessels, their passengers and cargoes, or the vessels of the most favoured nation and their passengers and cargoes.

Navigation companies of either of the High Contracting Parties engaged in the transport of emigrants shall in the territories of the other High Contracting Party enjoy the same treatment in every respect as the corresponding navigation companies of the most favoured nation.

Article 12.

The nationality of a vessel shall be established in accordance with the laws of the State to which the vessel belongs by the aid of certificates of registry and other documents carried on the ship and issued by the proper authorities.

With the exception of sale under a judgment of a court of justice, the vessels of either of the High Contracting Parties shall not be liable to have their national character changed within the territories of the other unless a declaration that the vessel is no longer on its registry is issued by the authorities of the former State.

Article 13.

The nationals of each of the High Contracting Parties in the territory of the other shall enjoy free access to the courts of justice, either as plaintiffs or as defendants in all matters, without other conditions, restrictions or taxes than those imposed on nationals; and like them they shall be at liberty to have recourse in all matters to the services of advocates, attorneys, solitors or other agents selected from among the persons admitted to the legal professions by the laws in force in the territory in question.

The above provisions shall not apply to the cautio judicatum solvi or to rights obtainable in forma pauperis, which matters will be settled by a separate convention.

Article 14.

The nationals of each of the High Contracting Parties in the territories of the other shall be at full liberty to acquire and possess every description of property, movable and immovable, within the limitations and subject to the conditions under which the laws of the other party permit, or shall permit, the nationals of any other foreign country to acquire and possess property. They may dispose of the same by sale, exchange, gift, marriage, testament, or in any other manner, or acquire the same by inheritance, under the same conditions as are or shall be established with regard to nationals of any other foreign country. They shall not be subjected in any of the cases mentioned to any taxes, imposts, or charges of whatever denomination other or higher than those which are, or shall be, generally applicable to nationals of any other foreign country.

Moreover, the nationals of either of the High Contracting Parties including companies and other associations organised and exercising their functions in accordance with the laws in force in the territories of that High Contracting Party shall enjoy unconditionally in every respect in the territories of the other High Contracting Party the most-favoured-nation treatment in all matters concerning the exercise of commerce and industry, exemption from domiciliary visits or from search of shops or other premises, or from inspection or examination of their books, papers and accounts except under due process of law. Nor shall they be subject to taxes, general or local, imposts, fees, rates or other official charges, other or greaters than those imposed on the nationals or companies or other associations of the other High Contracting Party.

Article 15.

The nationals of each of the High Contracting Parties in the territories of the other shall be exempted from all compulsory military service whatsoever, whether in the army, navy, air force, national guard or militia, and from all taxes or requisitions levied in lieu of such services.

Article 16.

Each of the High Contracting Parties shall be at liberty to appoint consuls-general, consuls, vice-consuls, consular agents and trade commissioners to reside in the towns and ports of the territory of the other to which such consuls or agents of any other State are admitted. Such consuls-general, consuls, vice-consuls, consular agents, and trade commissioners, however, shall not enter upon their functions until after they shall have been accepted and admitted in the usual manner.

The heads of posts, titular or acting, as well as the agents of the consular service, chancellors, attachés or others, on condition of reciprocity, shall enjoy the personal privileges, immunities and exemptions such as are or may be accorded to similar agents of the same class and grade of the most favoured foreign nation.

The High Contracting Parties agree to conclude a convention with a view to determining and defining the powers and functions of these agents.

Article 17.

The stipulations of this Convention, and particularly of Articles 3, 4, 5, 6, 9, 11, 14 and 15 thereof, shall not extend to privileges, preferences or treatment which may at any time be in force exclusively between territories under the sovereignty of His Majesty The King of Great Britain, Ireland and the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, or under His Majesty's suzerainty, protection or mandate.

Article 18.

Any dispute which may arise between the High Contracting Parties in regard to the proper interpretation or application of any of the provisions of this Convention and which cannot be solved by discussion between their representatives shall, by common consent, by submission in writing, be referred to a Court of Arbitration which shall in each particular case be constituted by each party nominating one of its nationals as arbiter and an umpire who shall be chosen by agreement between the arbiters.

Article 19.

The Polish Government, which is entrusted with the conduct of the foreign affairs of the Free City of Danzig under Article 104 of the Treaty of Versailles,*) and Articles 2 and 6 of the Treaty signed in Paris on the 9th November, 1920,**) between Poland and the Free City of Danzig, reserves hereby the right to declare that the Free City of Danzig is a Contracting Party to this Convention and that it assumes the obligations and acquires the rights laid down therein.***)

---

*) V. **N.R.G.** 3. s. XI, p. 420.

) V. **N.R.G. 3. s. XIV, p. 45.

***) The Convention has been applied to Danzig as from January 1, 1937.

This reservation does not relate to those stipulations of this Convention which the Republic of Poland has accepted with regard to the Free City in accordance with the Treaty rights conferred on Poland.

Article 20.

The present Convention shall be ratified and the ratifications shall be exchanged at Warsaw as soon as practicable.

It shall come into force fifteen days after the exchange of ratifications and shall be binding for a period of one year from the date of coming into force. In case neither of the High Contracting Parties shall have given notice to the other three months before the expiration of the said period of one year of its intention to terminate the present Convention, it shall be regarded as having been prolonged and shall remain in force until the expiration of three months from the date on which either of the High Contracting Parties shall have given to the other notice of its intention to terminate it.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Convention and have affixed thereto their seals.

Done in duplicate at Ottawa, in English and Polish texts, both authentic, this third day of July in the year of Our Lord one thousand nine hundred and thirty-five.

(L. S.) *R. B. Bennett.*
(L. S.) *R. B. Hanson.*

62.

ITALIE, SUISSE.

Accord sur l'exonération fiscale réciproque des écoles primaires; conclu par un Echange de Notes signées à Rome, le 31 juillet 1935.

Trattati e Convenzioni fra il Regno, d'Italia e gli altri Stati vol. 49, p. 389.

Note italienne.

Roma, lì 31 luglio 1935.

Signor Ministro,

Allo scopo di sviluppare sempre più i rapporti intellettuali tra l'Italia e la Svizzera, ho l'onore di proporre, a nome del Governo italiano, il seguente accordo:

Tutte le Scuole italiane (scuole primarie e scuole serali) che attualmente esistono sul territorio della Confederazione Svizzera e che non hanno scopo lucrativo sono esonerate, qualunque sia il Cantone nel quale esse si trovano, dalle imposte dirette federali, cantonali e comunali,

ad eccezione di quelle immobiliari. Similmente tutte le Scuole svizzere del genere che esistono attualmente sul territorio del Regno d'Italia e che non hanno scopo lucrativo sono esonerate dalle imposte dirette dello Stato, delle Provincie e dei Comuni, ad eccezione di quelle immobiliari.

Per facilitare l'apertura di nuove scuole primarie e serali, italiane in Svizzera e svizzere in Italia, le esenzioni fiscali di cui al paragrafo precedente si applicano anche ad esse, a condizione sempre che non perseguano uno scopo lucrativo.

Il presente accordo potrà essere denunziato in ogni momento da l'uno o dall'altro dei due Governi per la fine dell'anno successivo.

Qualora il Governo svizzero accolga la proposta anzidetta, la risposta affermativa da parte dell'Eccellenza Vostra perfezionerà il presente accordo, nell'intesa che esso entrerà in vigore il primo novembre 1935.

Voglia gradire, Signor Ministro, l'assicurazione della mia alta considerazione.

Mussolini.

63.

SUÈDE, ESPAGNE.

Arrangement commercial; conclu par un Echange de Notes signées à San Sebastián, le 23 août 1935.

Överenskommelser med främmande Makter 1935, No. 26.

---

a.

Svenske ministern i Madrid, p. t. San Sebastián, till spanske utrikesministern.

1 annexe. San Sebastián, le 23 Août 1935.

Monsieur le Ministre d'Etat,

J'ai l'honneur de Vous faire savoir que le Gouvernement du Roi, tenant compte de l'aspiration du Gouvernement de la République d'arriver à la nivelation de la balance commerciale entre les deux pays, et désireux de faciliter les conditions d'importation des produits espagnols en Suède, accordera les facilités suivantes, à condition que l'importation des produits suédois en Espagne soit garantie par l'acceptation de la part de l'Espagne des engagements également ci-dessous indiqués:

I.

Les produits originaires et en provenance d'Espagne, des Iles Baléares et des Iles Canaries, énumérés à la liste A annexée au présent Arrangement, ne seront à leur importation en Suède frappés de droits

autres ou plus élevés que ceux fixés pour chaque marchandise dans la dite liste.

II.

Le Monopole suédois de vins et spiritueux (Aktiebolaget Vin- & Spritcentralen) se déclare prêt à accepter des marchandises espagnoles en consignation, pour autant que leur écoulement aux prix offerts semble probable, et de passer des commandes pour renouveler les stocks de marchandises, au fur et à mesure que ceux-ci soient épuisés, ainsi que de faire insérer dans ses catalogues les marques de ces vins et spiritueux se trouvant en stocks ou en consignation qui lui seraient communiquées par le Gouvernement de la République.

III.

Le Gouvernement suédois reconnaît que les dénominations de vin se rapportant à des noms géographiques espagnols, notamment celles de „Jeréz-Xerès-Sherry", „Tarragona", „Málaga", „Valencia", „Alicante" et „Priorato", constituent des marques régionales ou appellations d'origine, dûment protégées en Espagne et appartenant exclusivement aux vins produits dans ces régions espagnoles.

L'authenticité de ces vins doit être établie par des certificats d'origine délivrés par les „Consejos Reguladores" ou les „Sindicatos Oficiales de Criadores Exportadores de Vinos" des zones espagnoles respectives dont la liste sera communiquée par le Gouvernement espagnol et dont la présentation sera indispensable pour leurs importations en Suède.

IV.

La Suède recevra sur les contingents globaux existant ou qui seraient institués en Espagne une quote-part s'élevant au 100 pour cent de l'importation moyenne annuelle des produits suédois envisagés pendant la période base de chaque contingent.

V.

Le présent Arrangement entrera en vigueur le premier septembre 1935 et demeurera obligatoire pendant la période comprise entre la date ci-dessus indiquée et le 31 décembre 1936.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre d'Etat, les assurances de ma plus haute considération.

Ivan Danielsson.

Liste A.

Numéro statistique	Numéro du tarif de douanes	Désignation des marchandises	Droits actuels	Droits nouveaux
		Tomates:	en couronnes les 100 kg	
115	Ex 57	15 décembre — 15 avril	15	10
124	Ex 63	Oranges	franchise	franchise
127	64	Raisin	35	franchise
Ex 325	Ex 147	Jus d'orange et de citron en tonneaux .	34	25
			en couronnes les 100 litres	
Ex 326	Ex 148	id.id.en récipients autres	69	50

Note: Pour bénéficier des droits réduits les jus d'orange et de citron devront être importés sans mélange et sans addition de substances autres que celles destinées à leur conservation.

b.

Spanske utrikesministern till svenske ministern i Madrid, p. t. San Sebastián.

Madrid, 23 de agosto de 1935.

Excmo. Señor:

Muy señor mio: Con fecha de hoy se ha servido V. E. dirigirme una Nota concebida en los siguientes términos.

„J'ai l'honneur — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — —

le 31 décembre 1936".

Tengo la honra de acusar recibo a V. E. de esta comunicación y de poner en su conocimiento la conformidad del Gobierno español respecto a este asunto.

Aprovecho la ocasión para reiterar a V. E. las seguridades de mi más distinguida consideración,

J. José Rocha.

64.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, COLOMBIE.

Convention de commerce; signée à Washington, le 13 septembre 1935.*)

Executive Agreement Series, No. 89.

The President of the United States of America and the Presi-

El Presidente de los Estados Unidos de América y el Presidente

*) La confirmation et approbation du Président des Etats-Unis d'Amérique et la ratification du Président de la République de Colombie ont été échangées à Bogotá, le 20 avril 1936.

dent of the Republic of Colombia, desiring to strengthen the traditional bonds of friendship between the two countries by granting mutual advantages of the promotion of reciprocal trade and for the general expansion of international trade, have decided to conclude a trade agreement and for that purpose have appointed their Plenipotentiaries as follows:

The President of the United States of America:

Cordell Hull, Secretary of State of the United States of America;

The President of the Republic of Colombia:

Señor Don Miguel Lopez Pumarejo, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the Republic of Colombia to the United States of America,

Who, after having exchanged their full powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following articles:

Article I.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I*) annexed to this Agreement and made a part thereof, shall, on their importation into the Republic of Colombia, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. For purposes of this Article the term „ordinary customs duties" means the duties set forth in the Tariff Schedule of Co-

de la República de Colombia, deseando fortalecer los lazos tradicionales de amistad entre los dos países por medio de la concesión de ventajas mútuas para el fomento del comercio recíproco y para la expansión general del comercio internacional, han decidido concluir un convenio comercial, y para ese fin han designado sus plenipotenciarios, así:

El Presidente de los Estados Unidos de América:

al señor Cordell Hull, Secretario de Estado de los Estados Unidos de América;

El Presidente de la República de Colombia:

al señor don Miguel Lopez Pumarejo, Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de la República de Colombia en los Estados Unidos de América.

Los cuales, después de haber canjeado sus plenos poderes, y de haberlos hallado en buena y debida forma, han convenido en los siguientes artículos:

Artículo I.

Los artículos o productos naturales o manufacturados de los Estados Unidos de América enumerados y descritos en la lista I*) anexa a este convenio y del cual forma parte, al importarse a la República de Colombia, estarán exentos de derechos de aduana ordinarios en exceso de los mencionados en dicha lista. Para los efectos de este artículo, la expresión „derechos de aduana ordinarios" significa los derechos que aparecen en el arancel

*) Les Annexes ne sont pas reproduites.

lombian law 62 of 1931 and the respective modifications thereof.

Except as provided in Article IV of this Agreement, no other or higher duties, taxes, fees, or charges of whatever denomination, other than customs duties, shall be imposed on or in connection with the importation into the Republic of Colombia of articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I, than those imposed or required to be imposed by laws of the Republic of Colombia in effect on the day of the signature of this Agreement.

Article II.

Articles the growth, produce or manufacture of the Republic of Colombia, enumerated and described in Schedule II annexed to this Agreement and made a part thereof, shall, on their importation into the United States of America, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule and, except as provided in Article IV of this Agreement, from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed or required to be imposed by laws of the United States of America in effect on the day of the signature of this Agreement.

Article III.

All articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the Republic of Colombia, shall, after importa-

aduanero de la Ley 62 de 1931 de la República de Colombia y sus respectivas modificaciones.

Con excepción de lo estipulado en el Artículo IV de este convenio, a los artículos o productos naturales o manufacturados de los Estados Unidos de América, enumerados y descritos en la lista I, al importarse o a próposito de su importación a la República de Colombia, no se les impondrán derechos, impuestos o gravámenes de cualquier denominación, que no sean derechos de aduana, distintos o superiores a los establecidos o mandados imponer por las leyes de la República de Colombia vigentes el día de la firma de este convenio.

Artículo II.

Los artículos o productos naturales o manufacturados de la República de Colombia, enumerados y descritos en la lista II anexa a este convenio y del cual forma parte, al importarse a los Estados Unidos de América, estarán exentos de derechos de aduana ordinarios en exceso de los que se exponen en dicha lista y, con excepción de lo estipulado en el Artículo IV de este convenio, de todos los demás derechos, impuestos, cargas, gravámenes o tributos que graven la importación o lo relativo a la importación, en exceso de los que impongan o manden imponer las leyes de los Estados Unidos de América vigentes el día de la firma de este convenio.

Artículo III.

Todos los artículos o productos naturales o manufacturados de los Estados Unidos de América o de la República de Colombia, después de

tion into the other country, be exempt from all internal taxes, fees, charges or exactions, other or higher than those payable on like articles of any foreign origin.

All articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the Republic of Colombia, shall, after importation into the other country, be exempt from all national or Federal internal taxes, fees, charges or exactions, other or higher than those payable on like articles of domestic origin: Provided, That the provisions of this paragraph shall not apply to taxes imposed in the United States of America on coconut oil or on any combination or mixture containing a substantial quantity of coconut oil nor to the canalization tax which the Republic of Colombia has established on merchandise and products imported or exported through its customs houses.

All articles the growth, produce or manufacture of the Republic of Colombia, shall, after importation into the United States of America, be exempt from all State or Municipal taxes, fees, charges or exactions, other or higher than those payable on like articles of domestic origin.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I, shall, after importation into the Republic of Colombia, be exempt from all internal taxes, fees, charges or exactions, imposed by any Department or Mu-

importados al otro país, estarán exentos de todo impuesto, derecho, gravamen o tributo interno, distinto o superior a los causados por artículos análogos de cualquier origen extranjero.

Todos los artículos o productos naturales o manufacturados de los Estados Unidos de América o de la República de Colombia, después de importados al otro país, estarán exentos de todo impuesto, derecho, gravamen o tributo interno, nacional o federal, distinto o superior a los pagaderos sobre artículos análogos de origen nacional a condición de que las disposiciones de este inciso no se aplicarán a los impuestos establecidos en los Estados Unidos de América sobre aceite de coco o cualquier combinación o mezcla que contenga una cantidad considerable de aceite de coco ni al impuesto de canalización que la República de Colombia tiene establecido sobre las mercancías y productos que se introducen o se exportan por sus aduanas.

Todos los artículos o productos naturales o manufacturados de la República de Colombia, después de importados a los Estados Unidos de América, estarán exentos de todo impuesto, derecho, gravamen o tributo establecido por cualquier estado o municipio distinto o superior a los establecidos sobre artículos análogos de origen nacional.

Los artículos o productos naturales o manufacturados de los Estados Unidos de América enumerados y descritos en la lista I, después de importados a la República de Colombia, estarán exentos de todo impuesto, gravamen, derecho o tributo interno establecido por cualquier

nicipality of the Republic of Colombia, other or higher than those provided for by laws in effect in the Republic of Colombia on the day of signature of this Agreement.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the Republic of Colombia, enumerated and described in Schedules I and II, respectively, shall, after importation into the other country, be exempt from any national or Federal internal taxes, fees, charges or exactions, other or higher than those imposed or required to be imposed by laws of the Republic of Colombia or the United States of America, respectively, in effect on the day of signature of this Agreement.

Insofar as rates and charges for transportation services within the United States of America or the Republic of Colombia are imposed or controlled by the Government of the respective country, goods which are grown, produced or manufactured in the territory of either country shall pay within the territory of the other country transportation rates and charges which are not discriminatory as compared with the rates and charges on like goods of domestic origin transported under like circumstances and conditions.

Article IV.

The provisions of this Agreement shall not apply to such special duties as are or may be required by laws of the United States of America or the Republic of Colombia to be assessed on importations which are not properly marked to indicate

departamento o municipio de la República de Colombia distinto o superior a los autorizados por las leyes vigentes en la República de Colombia el día de la firma del presente convenio.

Los artículos o productos naturales o manufacturados de los Estados Unidos de América o de la República de Colombia enumerados y descritos en las listas I y II, respectivamente, después de importados al otro país, estarán exentos de todo impuesto, derecho, gravamen o tributo interno, nacional o federal, distinto o superior a los que impongan o manden imponer las leyes de la República de Colombia o las de los Estados Unidos de América, respectivamente, vigentes el día de la firma de este convenio.

En cuanto las tarifas y cargas de servicios de transporte dentro de los Estados Unidos de América o dentro de la República de Colombia sean impuestas o controladas por el gobierno del respectivo país, los artículos o productos que se cultiven, produzcan o manufacturen en el territorio de cualquiera de los dos países, pagarán dentro del territorio del otro país tarifas y cargas de transporte que no sean discriminatorias comparadas con las tarifas y cargas sobre artículos análogos de origen interno, transportados en iguales circunstancias y condiciones.

Artículo IV.

Las estipulaciones de este convenio no se aplicarán a aquellos derechos especiales que las leyes de los Estados Unidos de América o de la República de Colombia impongan o puedan imponer a las importaciones que no estén debida-

their origin, nor to such special duties as may be required by such laws to be assessed on importations which have been sold at less than the foreign market value, or, in the absence of such value, than the cost of production in the country of origin.

Article V.

1. No prohibition or restriction on importations shall be imposed by the United States of America or the Republic of Colombia on articles the growth, produce or manufacture of the other country with respect to which obligations have been assumed under Articles II or I, respectively, of this Agreement: Provided, That the foregoing provision shall not apply to prohibitions or restrictions (a) relating to public security; (b) imposed on moral or humanitarian grounds; (c) designed to protect human, animal, or plant life, subject to the provisions of the second and third paragraphs of Article VIII; (d) relating to prison-made goods; (e) relating to the enforcement of police or revenue laws; or (f) permitted by paragraph 2 of this Article.

2. The provisions of the first paragraph of this Article shall not apply to any quantitative restriction imposed by the United States of America or the Republic of Colombia on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the other country in conjunction with governmental measures operating to regulate or control the production,

mente marcadas para indicar su lugar de origen; ni a aquellos gravámenes especiales que tales leyes ordenen sean impuestos a las importaciones que hayan sido vendidas a menor valor que el del mercado extranjero, o, a falta de tal valor, que el de su costo de producción en el país de origen.

Artículo V.

1. Ni los Estados Unidos de América ni la República de Colombia podrán prohibir o restringir las importaciones de los artículos o productos naturales o manufacturados del otro país con respecto a los cuales han contraído obligaciones conforme a los Artículos II o I, respectivamente, de este convenio; pero la disposición precedente no se aplicará a prohibiciones o restricciones (a) relativas a la seguridad pública; (b) ni a las que se funden en razones morales o humanitarias; (c) ni a las encaminadas a proteger la vida humana, animal o vegetal, sujetas a las disposiciones de los incisos 2º y 3º del Artículo VIII; (d) ni a las aplicables a artículos hechos en las cárceles; (e) ni a las medidas tendientes a hacer efectivas las leyes de rentas o de policía; (f) ni a las permitidas conforme al inciso segundo de este Artículo.

2. Las disposiciones del primer inciso de este Artículo no se aplicarán a ninguna restricción cuantitativa impuesta por los Estados Unidos de América o la República de Colombia sobre la importación o la venta de cualquier artículo o producto natural o manufacturado del otro país relacionada con medidas gubernamentales tendientes a reglamentar o controlar la producción,

market supply, or prices of like domestic articles: Provided, That before any quantitative restriction on importation under the foregoing provisions of this paragraph is established, or having been established, is materially changed, the Government of the country which proposes to establish or materially change such restriction shall give notice thereof in writing to the other Government and shall accord the latter Government thirty days from the receipt of such notice to examine such proposed restriction or change; and Provided further, That in the event such other Government objects to such proposed restriction or change, and if an agreement is not reached by the end of the thirtieth day following receipt of the notice of the intention to establish or change such restriction, the Government which proposes to take such action shall be free to do so at any time thereafter, and the other Government shall be free within fifteen days after the imposition of such restriction or change to terminate this Agreement on thirty days' notice.

3. It is understood that the sole purpose of proviso „(e)" of paragraph 1 of this Article is to reserve to the Governments of the United States of America and the Republic of Colombia the right to impose such import prohibitions or restrictions as may be necessary to enforce police or revenue laws now or hereafter in effect in the respective countries. That is to say, the only object of the proviso is to permit

el abastecimiento de los mercados o el precio de artículos análogos de origen nacional. Queda entendido que antes de que se establezca cualquiera restricción cuantitativa sobre las importaciones de acuerdo con las disposiciones precedentes de este inciso, o de que se modifique sustancialmente una ya establecida, el Gobierno del país que se proponga establecer o cambiar sustancialmente tal restricción deberá notificarlo por escrito al otro Gobierno y deberá conceder a éste el término de treinta días contados desde el recibo de dicha notificación para examinar el cambio o la restricción que se proyecte; y queda entendido, además, que en el caso de que el otro Gobierno se oponga a dicho cambio o restricción, y de que no se llegue a un acuerdo dentro de los treinta días siguientes al recibo del aviso de la intención de establecer o cambiar dicha restricción, el Gobierno que se proponga tomar tal medida podrá hacerlo dentro de cualquier tiempo después de expirado tal término, y el otro Gobierno podrá, dentro de los quince días siguientes al establecimiento de tal restricción o cambio, poner fin a este convenio, dando treinta días de aviso.

3. Queda entendido que la disposición „(e)" del primer inciso de este Artículo no tiene otro propósito que el de reservar a los Gobiernos de los Estados Unidos de América y de la República de Colombia el derecho de imponer las prohibiciones o restricciones sobre importaciones que sean necesarias para hacer efectivas las leyes de policía o de rentas que estén o estuvieren en vigor en los países respectivos.

the operation of enforcement measures in conjunction with police or revenue laws.

Es decir, que dicha disposición no tiene otro fin que el de permitir el funcionamiento de las medidas tomadas en conexión con el cumplimiento de las leyes policiales y fiscales.

Article VI.

Laws, regulations of administrative authorities and decisions of administrative or judicial authorities of the United States of America or the Republic of Colombia, respectively, pertaining to the classification of articles for customs purposes or to rates of duty shall be published promptly in such a manner as to enable traders to become acquainted with them.

Unless otherwise required under constitutional provisions, no administrative ruling by the United States of America or the Republic of Colombia effecting advances in rates of duty or charges applicable under an established and uniform practice to imports from the territory of the other country, or imposing any new requirement with respect to such importations, shall be effective retroactively or with respect to articles either entered for or withdrawn for consumption prior to the expiration of thirty days after the date of publication of notice of such ruling in the usual official manner. The provisions of this paragraph do not apply to administrative orders imposing antidumping duties, or relating to sanitation or public safety, or giving effect to judicial decisions or decisions of customs courts.

Artículo VI.

Las leyes, los reglamentos de las autoridades administrativas y las decisiones de las autoridades administrativas o judiciales de los Estados Unidos de América o de la República de Colombia, respectivamente, referentes a la clasificación de artículos para efectos de aduana o a tasas de derechos, se publicarán prontamente de manera tal que permita a los comerciantes conocerlas.

A menos que las disposiciones constitucionales exijan otra cosa, ninguna disposición administrativa de los Estados Unidos de América o de la República de Colombia que implique un aumento en las tarifas de derechos o gravámenes aplicables conforme a una práctica establecida y uniforme a las importaciones del territorio del otro país, o que imponga algún requisito nuevo con respecto a tales importaciones, tendrá efecto retroactivo o será efectiva respecto a artículos o introducidos o retirados para el consumo antes de cumplirse treinta días después de la publicación de la notificación de la respectiva disposición en la forma oficial acostumbrada. Las disposiciones de este inciso no se aplican a las órdenes administrativas que impongan derechos contra la invasión de mercancías extranjeras a menos precio („dumping") o que sean relativas a la sanidad o seguridad pública, o al cumplimiento de decisiones judiciales o decisiones de los tribunales de aduana.

Article VII.

It is agreed that the United States of America and the Republic of Colombia will grant each other unconditional and unrestricted most favored nation treatment in all matters concerning customs duties and subsidiary charges of every kind and in the method of levying duties, and, further, in all matters concerning the rules, formalities and charges, imposed in connection with the clearing of goods through the customs.

Accordingly, natural or manufactured products having their origin in the United States of America or the Republic of Colombia shall in no case be subject in the other country, in regard to the above mentioned matters, to any duties, taxes or charges other or higher, or to any rules or formalities other or more burdensome, than those to which the like products of any third country are or may hereafter be subject.

Similarly, natural or manufactured products exported from the territory of the United States of America or the Republic of Colombia and consigned to the territory of the other country shall in no case be subject with respect to exportation and in regard to the above mentioned matters to any duties, taxes or charges other or higher, or to any rules or formalities other or more burdensome, than those to which the like products when consigned to the territory of any third

Artículo VII.

Queda convenido que los Estados Unidos de América y la República de Colombia se concederán mutuamente el tratamiento incondicional e irrestricto de la nación más favorecida en todos los asuntos pertinentes a los derechos de aduana y gravámenes subsidiarios de toda clase y en el método de imponer y percibir los derechos de aduana, y, además, en todos los asuntos concernientes a los reglamentos, formalidades y obligaciones que se impongan en relación con el despacho de las mercancías por las aduanas.

Por consiguiente, los productos naturales o manufacturados que tengan su origen en los Estados Unidos de América o la República de Colombia no estarán en ningún caso sujetos en el otro país, con respecto a los asuntos arriba mencionados, a ningún derecho, impuesto o gravamen distinto o mayor, ni a ninguna regla o formalidad distinta o más onerosa, que aquellos a que están o lleguen después a estar sujetos los productos análogos de cualquier tercer país.

Igualmente, los productos naturales o manufacturados que se exporten del territorio de los Estados Unidos de América o de la República de Colombia, consignados al territorio del otro país, no podrán en ningún caso en lo tocante a la exportación y en lo tocante a los asuntos arriba mencionados, estar sujetos a ningún derecho, impuesto o gravamen distinto o mayor, ni a ninguna regla o formalidad distinta o más onerosa, que aquellos a que están o lleguen después a estar suje-

country are or may hereafter be subject.

Any advantage, favor, privilege or immunity which has been or may hereafter be granted by the United States of America or the Republic of Colombia in regard to the above mentioned matters to a natural or manufactured product originating in any third country or consigned to the territory of any third country shall be accorded immediately and without compensation to the like product originating in or consigned to the territory of the Republic of Colombia or the United States of America, respectively.

Neither the United States of America nor the Republic of Colombia shall establish any prohibition or maintain any restriction on imports from the territory of the other country which is not applied to the importation of any like article originating in any third country. Any abolition of an import prohibition or restriction which may be granted even temporarily by the United States of America or the Republic of Colombia in favor of an article of a third country shall be applied immediately and unconditionally to the like article originating in the territory of the Republic of Colombia or the United States of America, respectively.

In the event of rations or quotas being established by the United States of America or the Republic of Colombia for the importation of any article otherwise restricted or prohibited, it is agreed, that in the allocation of the quantity of restrict-

tos los productos análogos consignados al territorio de cualquier tercer país.

Toda ventaja, favor, privilegio o inmunidad que los Estados Unidos de América o la República de Colombia hubiere ya concedido o en adelante concediere, con respecto a los asuntos arriba mencionados, a algún producto natural o manufacturado originario de cualquier tercer país, o consignado al territorio de cualquier tercer país, se concederá immediatamente y sin compensación al producto análogo originario del territorio de la República de Colombia o de los Estados Unidos de América, respectivamente, o consignado a tal territorio.

Ni los Estados Unidos de América ni la República de Colombia podrán establecer prohibición alguna ni mantener restricción alguna sobre las importaciones procedentes del territorio del otro país, que no se apliquen a la importación de artículos similares originarios de cualquier tercer país. Toda derogación de cualquier prohibición o restricción de importación que los Estados Unidos de América o la República de Colombia concedan, aunque sea temporalmente, en favor de algún artículo de un tercer país, se aplicará inmediata e incondicionalmente al artículo similar originario del territorio de la República de Colombia o de los Estados Unidos de América, respectivamente.

En el caso de que los Estados Unidos de América o la República de Colombia establecieren cupos o cuotas para la importación de algún artículo ya en otra forma restringido o prohibido, queda convenido que en la asignación de las canti-

ed goods which may be authorized for importation, a share will be granted to the Republic of Colombia or the United States of America, respectively, equivalent to the proportion of the trade in such article which it enjoyed in a previous representative five year period or such other previous representative period as may be agreed upon by the Governments of the two countries.

The provisions of the two preceding paragraphs shall not be construed to authorize the United States of America or the Republic of Colombia to establish any prohibition or maintain any restriction on articles the growth, produce or manufacture of the other country with respect to which obligations have been assumed under Articles II or I, respectively, of this Agreement, other than such prohibitions and restrictions as are expressly authorized by the provisions of Article V.

Nevertheless, the advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America or the Republic of Colombia to adjacent countries in order to facilitate frontier traffic and advantages resulting from a customs union to which either country may become a party shall be excepted from the operation of this Agreement, and, except as otherwise provided in Article VIII, this Agreement shall not apply to police or sanitary regulations or to the advantages now or hereafter accorded by the United States of America to the commerce of the Republic of Cuba, or to commerce between the

dades de mercancías restringidas cuya importación se autorice, se concederá a la República de Colombia o a los Estados Unidos de América, respectivamente, una participación equivalente a la proporción del comercio en dicho artículo de que haya gozado en un quinquenio anterior típico o en cualquier otro período típico anterior en que convengan los Gobiernos de los dos países.

Las estipulaciones de los dos incisos precedentes no se interpretarán como autorización a los Estados Unidos de América ni a la República de Colombia para establecer prohibición alguna o mantener restricción alguna, distintas de las prohibiciones o restricciones expresamente autorizadas por el Artículo V de este convenio, respecto a artículos o productos naturales o manufacturados del otro país, a propósito de los cuales se han asumido obligaciones en virtud de los Artículos II o I, respectivamente, de este convenio.

No obstante, las ventajas actualmente concedidas o que después lo fueren por los Estados Unidos de América o por la República de Colombia a países adyacentes con el fin de facilitar el tráfico en las fronteras, y las ventajas resultantes de una unión aduanera de que cualquiera de los dos países se hiciere parte, se exceptuarán de los efectos de este convenio, y, salvo lo dispuesto en otro sentido en el Artículo VIII, este convenio no se aplicará a los reglamentos de policía o de sanidad ni a las ventajas actualmente concedidas o que se concedieren por los Estados Unidos de América al comercio de la República de

United States of America and the Panama Canal Zone, the Philippine Islands, or any territory or possession of the United States of America, or to the commerce of the territories and possessions of the United States of America with one another. The provisions of this paragraph which except from the operation of this Agreement the commerce between the United States of America and the Philippine Islands and the commerce of the territories and possessions of the United States of America with one another shall apply in respect of advantages now or hereafter accorded by the United States of America or any territory or possession of the United States of America to the Philippine Islands, notwithstanding any change that may take place in the political status of the Philippine Islands.

Subject to the reservations set forth in the preceding paragraph, the provisions of this Article shall apply to articles the growth, produce or manufacture of any territory under the sovereignty or authority of the United States of America or the Republic of Colombia, imported from or exported to any territory under the sovereignty or authority of the Republic of Colombia or the United States of America, respectively. It is understood, however, that the provisions of this paragraph do not apply to the Panama Canal Zone.

Article VIII.

The Government of the United States of America and the Government of the Republic of Colombia,

Cuba, ni al comercio entre los Estados Unidos de América y la Zona del Canal de Panamá, las Islas Filipinas o cualquier territorio o posesión de los Estados Unidos de América, ni al comercío de los territorios y posesiones de los Estados Unidos de América entre sí. Las disposiciones de este inciso que exceptúan de los efectos de este convenio al comercio entre los Estados Unidos de América y las Islas Filipinas y al comercio de los territorios y posesiones de los Estados Unidos de América entre sí se aplicarán en lo respectivo a las ventajas actualmente concedidas o que se concedieren por los Estados Unidos de América o por cualquier territorio o posesión de los Estados Unidos de América a las Islas Filipinas, no obstante cualquier cambio que ocurra en el *status* político de las Islas Filipinas.

Sujetas a las salvedades expuestas en el inciso precedente, las estipulaciones de este Artículo se aplicarán a los artículos o productos naturales o manufacturados de todo territorio bajo lo soberanía o autoridad de los Estados Unidos de América o la República de Colombia que sean objeto de comercio de importación o exportación con cualquier territorio bajo la soberanía o autoridad de la República de Colombia o de los Estados Unidos de América, respectivamente. Queda entendido, sin embargo, que las disposiciones de este inciso no se aplicarán a la Zona del Canal de Panamá.

Artículo VIII.

El Gobierno de los Estados Unidos de América y el Gobierno de la República de Colombia, respectiva-

respectively, will accord sympathetic consideration to such reasonable representations as the other Government may make regarding the operation of customs regulations, the observance of customs formalities, and the application of sanitary laws and regulations for the protection of human, animal, or plant life.

In the event that the Government of either country makes representations to the Government of the other country in respect of the application of any sanitary law or regulation for the protection of human, animal, or plant life, and if there is disagreement with respect thereto, a committee of technical experts on which each Government shall be represented shall, on the request of either Government, be established to consider the matter and to submit recommendations to the two Governments.

Whenever practicable the Government of either country, before applying any new measure of a sanitary character, will consult with the Government of the other country with a view to insuring that there will be as little injury to the commerce of the latter country as may be consistent with the purpose of the proposed measure. The provisions of this paragraph do not apply to actions affecting individual shipments under sanitary measures already in effect or to actions based on pure food and drug laws.

Article IX.

Except as otherwise provided in Article VII the provisions of this Agreement relating to the treatment to be accorded by the United

mente, prestarán atención benévola a las exposiciones razonables que le hiciere el otro Gobierno acerca de la aplicación de los reglamentos aduaneros, la observancia de las formalidades aduaneras y la aplicación de las leyes y reglamentos de higiene, sobre la protección de la vida humana, animal o vegetal.

En el caso de que el Gobierno de cualquiera de los dos países hiciere alguna manifestación al Gobierno del otro respecto a la aplicación de cualquier ley o reglamento sanitario sobre protección de la vida humana, animal o vegetal, y si hubiere desacuerdo en la materia, a solicitud de cualquiera de los dos Gobiernos, se organizará un comité de peritos técnicos en que cada Gobierno estará representado para que estudie el punto y proponga recomendaciones a los dos Gobiernos.

Cuando fuere factible, cada Gobierno, antes de aplicar cualquiera medida nueva de índole sanitaria, consultará con el Gobierno del otro país a fin de asegurarse de que al comercio de este país se le causará el menor perjuicio posible hasta donde permita el objeto de la medida proyectada. Las estipulaciones de este inciso no se aplicarán a las providencias que afecten determinados embarques bajo medidas sanitarias ya en vigor, ni a las providencias basadas en las leyes sobre pureza de alimentos y drogas.

Artículo IX.

Con excepción de lo estipulado en otro sentido en el Artículo VII, las estipulaciones de este convenio relativas al tratamiento que los Estados

States of America or the Republic of Colombia, respectively, to the commerce of the other country, shall not apply to the Philippine Islands, the Virgin Islands, American Samoa, the Island of Guam, nor to the Panama Canal Zone.

Unidos de América o la República de Colombia, respectivamente, han de conceder al comercio del otro país, no se aplicarán a las Islas Filipinas, las Islas Vírgenes, la Samoa Americana, la isla de Guam, ni a la Zona del Canal de Panamá.

Article X.

On and after the day on which this Agreement comes into force, articles the growth, produce or manufacture of the United States of America and articles the growth, produce or manufacture of the Republic of Colombia previously imported into the other country shall be subject to the provisions of this Agreement if entry therefor has not been made, or if they have been entered previously without payment of duty and under bond for warehousing, transportation, or any other purpose, and without any permit of delivery to the importer or to his agent having been issued: Provided, That when duties are based upon the weight of merchandise deposited in any public or private warehouse, the said duties shall, except as otherwise may specially be provided in the tariff laws of the Republic of Colombia or the United States of America, respectively, in effect on the day of the signature of this Agreement, be levied and collected upon the weight of such merchandise at the time of its entry.

Artículo X.

Desde el día en que este convenio entre en vigencia, inclusive, y en adelante, los artículos o productos naturales o manufacturados de los Estados Unidos de América y los artículos o productos naturales o manufacturados de la República de Colombia, importados con anterioridad al otro país, quedarán amparados por las estipulaciones de este convenio, si aún no se les hubiere dado entrada, o si se les hubiere dado entrada con anterioridad para su almacenaje, transporte o cualquier otro fin sin pagar los derechos y bajo fianza, y sin que se hubiere expedido permiso de entrega al importador o a su agente; a condición de que cuando los derechos tengan por base el peso de la mercancía depositada en almacén de depósito público o privado, esos derechos, salvo lo que en otro sentido dispongan especialmente las leyes arancelarias de la República de Colombia o de los Estados Unidos de América, respectivamente, vigentes el día de la firma de este convenio, se tasarán y cobrarán sobre el peso de tal mercancía en el momento de darse la entrada.

Article XI.

As long as the present Agreement remains in force, it shall supersede any provisions of the Treaty of Peace, Amity, Navigation and Commerce between the United States of

Artículo XI.

Este convenio, mientras permanezca en vigor, prevalecerá sobre todas las disposiciones del Tratado de Paz, Amistad, Navegación y Comercio entre los Estados Unidos de

America and the Republic of New Granada, signed at Bogotá, December 12, 1846, which may be inconsistent with this Agreement. However, upon the expiration of this Agreement, the provisions of the aforesaid Treaty which have been suspended temporarily shall automatically resume operation and shall continue in full force and effect to termination as provided in that Treaty.

Nothing in the present Agreement shall be construed in any way to affect any of the provisions of the treaty between the United States of America and the Republic of Colombia, signed at Bogotá, April 6, 1914.*)

Article XII.

The Governments of the United States of America and the Republic of Colombia declare that the purpose of this Agreement is to grant mutual and reciprocal concessions and advantages for the promotion of commercial relations between the two countries; and that each and every one of the provisions contained herein shall be complied with and interpreted in accordance with this spirit and intention.

Article XIII.

The present Agreement shall be approved and confirmed by the President of the United States of America by virtue of the Act of Congress of the United States of America approved June 12, 1934, entitled „An Act to Amend the Tariff Act of 1930", and shall be ratified by the President of the Republic of Colombia, after appro-

América y la República de la Nueva Granada, firmado en Bogotá, el 12 de diciembre de 1846, que fueren incompatibles con este convenio. Sin embargo, al expirar este convenio, las estipulaciones del sobredicho tratado que se hayan suspendido temporalmente, volverán automáticamente a entrar en vigencia y continuarán en pleno vigor y efecto, sujetas a las condiciones de terminación estipuladas en dicho tratado.

Ninguna de las disposiciones del presente convenio podrá ser interpretada de manera que afecte cualquiera de las estipulaciones del tratado entre los Estados Unidos de América y la República de Colombia, firmado en Bogotá el 6 de abril de 1914.*)

Artículo XII.

Los Gobiernos de los Estados Unidos de América y de la República de Colombia declaran que el objeto de este convenio es otorgarse mútuas y recíprocas concesiones y ventajas para intensificar las relaciones comerciales entre los dos países; y que de acuerdo con este espíritu y propósito se cumplirán e interpretarán todas y cada una de las disposiciones aquí contenidas.

Artículo XIII.

El presente convenio será aprobado y confirmado por el Presidente de los Estados Unidos de América en virtud de la ley de los Estados Unidos de América aprobada el 12 de junio de 1934 y titulada „Ley reformatoria de la ley arancelaria de 1930", y será ratificado por el Presidente de la República de Colombia, una vez obtenida la aproba-

*) V. N.R.G. 3. s. XII, p. 131.

val of the Congress of Colombia, in accordance with constitutional requirements. The Agreement shall enter into full force thirty days after the exchange of the instrument of approval and confirmation and the instrument of ratification, which shall take place in the city of Bogotá as soon as possible, and shall continue in force for a term of two years, unless terminated in accordance with the provisions of Article V.

Unless at least six months before the expiration of the aforesaid term of two years the Government of either country shall have given to the other Government notice of intention to terminate the Agreement upon the expiration of the aforesaid term, the Agreement shall remain in force thereafter until six months from such time as the Government of either country shall have given notice to the other Government, or unless terminated in accordance with the provisions of Article V.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Agreement and have affixed their seals hereto.

Done in duplicate, in the English and Spanish languages, both autentic, at the City of Washington, this thirteenth day of September 1935.

ción del Congreso de Colombia, de conformidad con los requisitos constitucionales. Entrará en pleno vigor treinta días después de canjeado el instrumento de aprobación y confirmación y el instrumento de ratificación, lo que se efectuará en la ciudad de Bogotá, tan pronto como sea posible, y continuará en vigor por el término de dos años de ahí en adelante, salvo que se termine de acuerdo con las disposiciones del Artículo V.

Si con no menos de seis meses de anticipación a la expiración del precitado término de dos años, el Gobierno de cualquiera de los dos países no diere al otro Gobierno aviso de su intención de poner fin al convenio al expirar tal término, el convenio permanecerá vigente de ahí en adelante hasta cuando se cumplan seis meses después del día en que el Gobierno de cualquiera de los dos países diere tal aviso al Gobierno del otro, o salvo que se termine de acuerdo con las disposiciones del Artículo V.

En fé de lo cual los respectivos plenipotenciarios firman y sellan el presente convenio.

Hecho en duplicado en los idiomas inglés y español, que se considerarán ambos auténticos, en la ciudad de Washington el día trece de setiembre de 1935.

[Seal] *Cordell Hull.*
[Seal] *Miguel López Pumarejo.*

Joint Declaration.

The undersigned, the Secretary of State of the United States of America and the Minister of the Republic of Colombia at Washing-

Declaration conjunta.

Los infrascritos, Secretario de Estado de los Estados Unidos de América y Ministro de la República de Colombia en Washington, al

ton, in proceeding to the signature of the reciprocal trade agreement between the United States of America and the Republic of Colombia, dated this day, do hereby confirm the understanding reached by them during the negotiations that the use or employment in Schedule I of the said Agreement of any name, word or combination of words, or designation to which any natural or juristic person may have a right of ownership or exclusive use, is intented to illustrate the type of products to which the respective rates of duty shall apply, and that the conclusion in the said Schedule of any such name, word or combination of words, or designation shall not prejudice or impair in any manner any rights which any natural or juristic person may have to the exclusive use or ownership of such name, word or combination of words, or designation.

proceder a la firma del acuerdo de comercio recíproco entre los Gobiernos de los Estados Unidos de América y Colombia, de esta fecha, confirman por la presente el entendimiento a que llegaron durante las negociaciones de que el uso en la lista I de dicho acuerdo de cualquier nombre, palabra o combinación de palabras, o designación, sobre la cual tenga derecho de propiedad o de uso exclusivo cualquier persona natural o jurídica, tiene por objeto ilustrar el tipo de productos sobre los cuales deben aplicarse los respectivos derechos y que la inclusión en dicha lista de cualquier nombre, palabra o combinación de palabras o designación, no afectará ni restringirá en forma alguna cualesquiera derechos que cualquier persona natural o jurídica tenga sobre el uso exclusivo o la propiedad de dicho nombre, palabra o combinación de palabras, o designación.

Washington, September 13, 1935.

Cordell Hull.
Miguel López Pumajero.

65.

BELGIQUE, COLOMBIE.

Accord commercial; conclu par un Echange de Notes signées à Bogotá, les 17 février et 5 mars 1936.

Tratados y Convenios de Colombia. 1939, p. 913.

Convenio sobre clausula de la nacion mas favorecida, entre Colombia y Belgica.

Legación de Bélgica—Bogotá, febrero 17 de 1936.

Señor Ministro:

Tengo el honor de llamar la benévola atención de Vuestra Excelencia, hacia el hecho de que, hasta el presente, las relaciones comer-

ciales entre Bélgica y Colombia no han cesado de conformarse al principio de la nación más favorecida.

Tal fue el principio que se incluyó en el Tratado de 1° de mayo de 1829, celebrado entre el Reino de los Países Bajos y la Gran Colombia, anteriormente a la existencia de Bélgica como Estado independiente.*)

En diversas ocasiones y en numerosas publicaciones y declaraciones oficiales, que es inútil recordar aquí, el Gobierno colombiano ha considerado este Tratado como vigente entre Bélgica y Colombia. En este caso, como en los demás, Colombia no ha cesado de sostener la validez de todos los Tratados en otro tiempo concluídos por la Gran Colombia.

Tal es asímismo el principio constantemente aplicado por Bélgica, en donde los productos colombianos han disfrutado hasta el presente de los derechos más favorables que se concedan a cualquier país tercero.

En estas condiciones y mientras que (según el deseo frecuentemente manifestado por el Gobierno belga) se haya concluído un nuevo Tratado, sobre nuevas bases y directamente, esta vez, entre la Unión Económica Belgo-Luxemburguesa y la República de Colombia, parece que el principio de la nación más favorecida debe continuar rigiendo las relaciones comerciales entre los dos países, y que las ventajas concedidas por Colombia a un tercer país deben entenderse como extensivas a Bélgica.

Sabría agradecer vivamente a Vuestra Excelencia confirmarme a este respecto el punto de vista del Gobierno colombiano, y no dudo que tal opinión se ajustará a la tradición seguida por el Gobierno en lo concerniente a la aplicación de los Tratados concluídos por la Gran Colombia.

Aprovecho esta ocasión, señor Ministro, para renovar a Vuestra Excelencia las seguridades de mi más alta consideración.

R. L. van Meerbeke.

A Su Excelencia el señor doctor don Ernesto González Piedrahita, Ministro de Relaciones Exteriores—Bogotá.

Bogotá, marzo 5 de 1936.

Señor Encargado de Negocios:

Tengo el honor de avisar recibo a Vuestra Señoría de su atenta nota de 17 de febrero pasado, en la cual se sirve informarme que el principio del tratamiento del máximo favor ha venido regulando el intercambio comercial entre Colombia y Bélgica. Se basa Vuestra Señoría en el antecedente del Tratado de 1° de mayo de 1829, concluído entre la Gran Colombia y el Reino de los Países Bajos, antes de que existiera Bélgica como nación independiente. Vuestra Señoría recuerda, en apoyo de su punto de vista, que el Gobierno de la República ha mantenido invariablemente el principio de la validez de los Tratados celebrados por la Gran Colombia; y concluye manifestando la opinión

*) V. N.R.G. IX, p. 576.

de que mientras no se celebre un nuevo Tratado entre la República de Colombia y la Unión Económica Belgo-Luxemburguesa, el principio de la nación más favorecida debe continuar en vigor para las relaciones comerciales entre los dos países.

El Gobierno de Colombia registra la declaración contenida en la nota a que tengo el honor de referirme, como el concepto del Gobierno belga de que el Tratado celebrado en 1829 entre la Gran Colombia y el Reino de los Países Bajos, es el vínculo contractual vigente que regula las relaciones comerciales entre Colombia y la Unión Belgo-Luxemburguesa.

Sabe Vuestra Señoría que el Congreso de la República discute actualmente el Convenio de comercio celebrado el 13 de septiembre de 1935 entre Colombia y los Estados Unidos de América.*) Ese Convenio de comercio corresponde a la iniciación de una nueva política comercial, que esta Cancillería quiere desarrollar por medio de convenios con los países europeos, inspirados en el deseo de un aumento de consumo de los productos colombianos, en esos mercados.

En la inteligencia de que las negociaciones de un nuevo convenio de comercio con Bélgica adelantarán rápidamente, para armonizar el intercambio de los dos países dentro de ese pensamiento general, el Gobierno de Colombia mantiene su adhesión al Tratado de 1829, en lo que se relaciona con Bélgica, como lo ha venido haciendo hasta ahora, y espera que todas las ventajas que Bélgica haya concedido o que en el futuro concediere a un tercer país, serán extendidas a Colombia dentro del principio de la cláusula de la nación más favorecida, estipulada en dicho Tratado.

Aprovecho la oportunidad para renovar a Vuestra Señoría las seguridades de mi distinguida consideración.

E. Gonzalez Piedrahita.

Al honorable señor Marc Jottard, Encargado de Negocios de Bélgica—Ciudad.

66.

ITALIE, ESPAGNE.

Accord concernant les certificats d'origine; conclu par un Echange de Notes signées à Madrid, le 1er octobre 1935.

Copie officielle.

R. Ambasciata d'Italia
n. 3573.

Madrid, le 1 octobre 1935.

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que le Gouvernement Italien est d'accord sur ce qui suit:

*) V. ci-dessus, No. 64.

Les Autorités consulaires italiennes résidant en Espagne procéderont, à partir du quinze Octobre 1935, au „visa“ ou à l'expédition des certificats d'origine se rapportant aux produits espagnoles exportés en Italie en percevant un droit de 6 (six) lires or.

Les Autorités consulaires espagnoles résidant en Italie procéderont, à partir de la même date, au „visa“ ou à l'expédition des certificats d'origine se rapportant aux produits italiens exportés en Espagne en percevant un droit de 6 (six) pesetas or.

Le présent Accord restera en vigueur jusqu'à ce que l'une des Hautes Parties ne l'aura dénoncé avec un préavis de six mois.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma plus haute considération.

signé: *Pedrazzi.*

Son Excellence Don Alejandro Lerroux Garcia, Ministre des Affaires Etrangères, Madrid.

Ministerio de Estado Europa.
n. 143. Madrid, le 1er octobre 1936.

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de votre Excellence que le Gouvernement Espagnol est d'accord sur ce qui suit:

Les Autorités consulaires espagnoles résidant en Italie procéderont, à partir du 15 octobre 1935, au „visa“ ou à l'expedition des certificats d'origine se rapportant aux produits italiens exportés en Espagne en percevant un droit de 6 (six) pesetas or.

Les Autorités consulaires italiennes résidant en Espagne procéderont, à partir de la même date, au „visa“ ou à l'expedition des certificats d'origine se rapportant aux produits espagnols exportés en Italie en percevant un droit de 6 (six) lires or.

Le présent Accord restera en vigueur jusqu'à ce que l'une des Hautes Parties ne l'aura dénoncé avec un préavis de six mois.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, les assurances de ma haute considération.

signé: *Lerroux.*

Son Excellence Caballero di Gr. Croce Orazio Pedrazzi, Ambassadeur d'Italie.

67.

DANEMARK, SUEDE.

Accord concernant la lutte commune contre l'importation illégale de produits alcooliques; signé à Stockholm, le 28 octobre 1935.*)

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1936, No. 2.

Överenskommelse mellan Sverige och Danmark angående gemensam bevakning för bekämpande av olovlig införsel av alkoholvaror.

Undertecknade, av sina respektive regeringar utsedda fullmäktige för ingående av en överenskommelse mellan Sverige och Danmark i och för bekämpande av smugglingen av alkoholvaror, hava överenskommit om följande:

Art. 1.

Inom de båda fördragsslutande staternas territorialvatten i Öresund och i vissa delar av Kattegatt och Östersjön, närmare bestämt

å den svenska sidan från 56°27' nordlig bredd (Hallands Väderö fyr) utmed Skånes väst-, syd-, och ostkust till 55°39',8 nordlig bredd (Stenshuvud) och

å den danska sidan dels från 12°17',5 ostlig längd (Gilbjerghoved) utmed Själlands nord- och ostkust samt Möen och Falster till 11°58' ostlig längd (Gedser) dels ock kring ön Bornholm samt kring Aerteholmene,

skall de båda staternas bevakningspersonal, i enlighet med vad nedan angives och enligt de närmare bestämmelser om vilka över-

Overenskomst mellem Sverige og Danmark angaaende fælles Bevogtning til Bekæmpelse af ulovlig Indførsel af alkoholholdige Varer.

Undertegnede, der af deres respektive Regeringer er befuldmægtigede til at indgaa en Overenskomst mellem Sverige og Danmark til Bekæmpelse af Smugling af Alkohol, er blevet enige om følgende:

Art. 1.

Indenfor de to kontraherende Staters Søterritorium i Øresund og i visse Dele af Kattegat og Østersøen, nærmere bestemt

paa den svenske Side fra 56°27' nordlig Bredde (Hallands Väderö Fyr) langs Skaanes Vest-, Syd- og Østkyst til 55°39',8 nordlig Bredde (Stenshuvud),

paa den danske Side dels fra 12°17',5 østlig Længde (Gilbjerghoved) langs Sjællands Nord- og Østkyst samt Møen og Falster til 11°58' østlig Længde (Gedser) dels omkring Øen Bornholm or omkring Ærteholmene, og

skal de to Staters Bevogtningspersonale, i Overensstemmelse med det nedenfor anførte og med de nærmere Bestemmelser, om hvilke

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Copenhague, le 13 janvier 1936.

enskommelse må träffas mellan de båda ländernas högsta tullmyndigheter, samverka för bekämpande av olovlig införsel av alkoholvaror till deras tullområden.

Vad i denna överenskommelse sägs om territorialvatten äger icke tillämpning beträffande hamnar och hamninlopp.

Art. 2.

Bevakningspersonal tillhörande den ena fördragsslutande staten skall äga utsträcka verksamheten in på den andra statens ifrågavarande territorialvatten och skall i sådant fall, med iakttagande av vad i artikel 3 sägs, därstädes hava samma skyldighet som inom eget territorialvatten att ingripa till förekommande av olovlig införsel av alkoholvaror.

Art. 3.

I fråga om förutsättningarna och sättet för verkställande av prejning, visitation och beslag samt beträffande de befogenheter i övrigt, som tillkomma bevakningspersonal, skola de bestämmelser lända till efterrättelse, som gälla i den stat, inom vars territorialvatten bevakningstjänsten utövas. Detsamma skall ock gälla i fråga om det skydd och den rätt till beslagarandel eller de motsvarande förmåner, som tillkomma sådan personal.

Art. 4.

Fartyg och last, som tagits i beslag av bevakningspersonal tillhörande den ena fördragsslutande staten inom den andra statens ter-

der træffes Overenskomst mellem de to Landes højeste Toldmyndigheder, samvirke til Bekæmpelse af ulovlig Indførsel af alkoholholdige Varer til deres Toldomraade.

Hvad der i denne Overenskomst er anført med Hensyn til Søterritorium, skal ikke finde Anvendelse, forsaavidt angaar Havne og Havneindløb.

Art. 2.

Bevogtningspersonale tilhørende den ene af de kontraherende Stater skal kunne udstrække sin Virksomhed ind paa den anden Stats af nærværende Overenskomst omfattede Søterritorium og skal i saadant Tilfælde, under Iagttagelse af, hvad der er anført i Art. 3, dersteds have samme Pligt som indenfor eget Søterritorium til at gribe ind til Forhindring af ulovlig Indførsel af alkoholholdige Varer.

Art. 3.

Med Hensyn til Betingelserne for og Maaden, paa hvilken Prajning, Visitation og Beslaglæggelse skal iværksættes, samt med Hensyn til de Beføjelser iøvrigt, som tilkommer Bevogtningspersonalet, skal de Bestemmelser iagttages, som gælder i den Stat, indenfor hvis Søterritorium Bevogtningstjenesten udøves. Dette skal ogsaa gælde med Hensyn til den Retsbeskyttelse og den Ret til Andel i Konfiskationsprovenuer eller de tilsvarende Rettigheder, som tilkommer saadant Personale.

Art. 4.

Fartøj og Last, som beslaglægges af Bevogtningspersonale tilhørende den ene af de kontraherende Stater indenfor den anden Stats Søterrito-

ritorialvatten, skola jämte ombordvarande snarast överlämnas till myndighet i denna senare stat. Skriftlig rapport angående beslaget, innehållande uppgift å tid och ort för detsammas verkställande, skall därvid avlämnas till denna myndighet.

Art. 5.

Har den ena av de fördragsslutande staterna nödgats utgiva skadestånd på grund av atgärd, som inom dess territorialvatten företagits av bevaknings personal tillhörande den andra staten, skall denna senare stat vara pliktig att ersätta den förra staten vad den sålunda utgivit ävensom de kostnader, som i samband med rättegång eller skiljedomsförfarande i saken uppkommit för denna stat.

Art. 6.

Vad i föregående artiklar överenskommits rörande fördragsslutande stats territorialvatten skall, såvitt angår svenska och danska fartyg, som användas i smugglingssyfte, äga motsvarande tillämpning i fråga om vattenområde närmast utanför detta territorialvatten inom den zon, varom förmäles i artikel 9 i den i Helsingfors den 19 augusti 1925 avslutade konventionen angående motarbetande av smuggling av alkoholvaror*) med den i konventionens slutprotokoll intagna förklaringen till samma artikel.

Art. 7.

Denna överenskommelse, som är avfattad på svenska och danska

rium, skal tilligemed de ombordværende snarest overgives til Myndighederne i den anden Stat. Skriftlig Rapport angaaende Beslaglæggelsen, indeholdende Oplysning om, paa hvilket Tidspunkt og paa hvilket Sted denne har fundet Sted, skal ved samme Lejlighed afleveres til nævnte Myndigheder.

Art. 5.

Har den ene af de kontraherende Stater maattet udrede Skadeserstatning som Følge af Foranstaltninger, som indenfor dens Søterritorium er iværksat af Bevogtningspersonale tilhørende den anden Stat, skal denne Stat være forpligtet til at erstatte den førstnævnte Stat de Udgifter, den saaledes har haft, saavel som de Omkostninger, der er opstaaet for denne Stat i Forbindelse med Sagens Behandling ved Domstol eller Voldgiftsret.

Art. 6.

Hvad der i de forudgaaende Artikler er fastsat med Hensyn til de kontraherende Staters Søterritorium, skal, for saa vidt angaar danske og svenske Fartøjer, som anvendes i Smuglingsøjemed, finde tilsvarende Anvendelse med Hensyn til Vandomraadet nærmest udenfor Søterritoriet indenfor den Zone, som er omhandlet i Artikel 9 i den i Helsingfors den 19. August 1925 afsluttede Konvention om Bekæmpelse af Smugleri af alkoholholdige Varer*) med den i Konventionens Slutprotokol anførte Kommentar til nævnte Artikel.

Art. 7.

Denne Overenskomst, som er affattet i det danske og det svenske

*) V. N.R.G. 3. s. XX, p. 131.

språken, skall ratificeras och ratifikationsinstrumenten skola snarast möjligt utväxlas i Köpenhamm. Överenskommelsen träder i kraft å femtonde dagen, räknat från dagen för utväxlingen av ratifikationsinstrumenten, och förbliver gällande intill trettionde dagen räknat från den dag, då uppsägningen av densamma av någondera staten skett.

Till bekräftelse härav hava de befullmäktigade undertecknat denna överenskommelse och försett densamma med sina sigill.

Som skedde i Stockholm, i två exemplar, den 28 oktober 1935.

(L. S.) *Rickard Sandler.*

Sprog, skal ratificeres, og Ratifikationsinstrumenterne skal snarest muligt udveksles i København. Overenskomsten træder i Kraft den 15. Dag, regnet fra den Dag, da Udvegslingen af Ratifikationsinstrumenterne finder Sted, og forbliver i Kraft indtil den 30. Dag, regnet fra den Dag, da Opsigelse af denne er sket fra en af Staternes Side.

Til Bekræftelse heraf har de Befuldmægtigede undertegnet denne Overenskomst og forsynet den med deres Segl.

Udfærdiget i Stockholm i 2 Eksemplarer den 28 Oktober 1935.

(L. S.) *E. Reventlow.*

Slutprotokoll.

I samband met undertecknandet denna dag av överenskommelsen mellan Sverige och Danmark angående gemensam bevakning för bekämpande av olovlig införsel av alkoholvaror förklara undertecknade befullmäktigade ombud i sina regeringars namn, att svenskt och danskt territorialvatten vid tillämpningen av denna överenskommelse sträcker sig intill ett avstånd av fyra nautiska mil, eller 7,408 meter, från respektive rikens landområden eller från linjer, som mot havet bilda gräns för vid rikenas kuster belägna hamnar, hamninlopp och vikar ävensom för övriga till saltsjön hörande vatten, vilka äro belägna innanför och mellan de utmed kusterna liggande öar, holmar och skär, som icke ständigt översköljas av havet, dock att i Öresund territorialvattnen å ingendera sidan sträcka sig över den i deklarationen

Slutprotokol.

I Forbindelse med Undertegnelsen i Dag af Overenskomsten mellem Danmark og Sverige angaaende fælles Bevogtning til Bekæmpelse af ulovlig Indførsel af alkoholholdige Varer erklærer undertegnede Befuldmægtigede i deres Regeringers Navn, at dansk og svensk Søterritorium ved Anvendelsen af denne Overenskomst strækker sig indtil en Afstand af fire Sømil, eller 7,408 Meter, fra de paagældende Rigers Landterritorium eller fra Linier, som danner Grænsen mod Havet for de ved Rigernes Kyster beliggende Havne, Havneindlob og Bugter saavel som for de øvrige til Havet hørende Vandomraader, som er beliggende indenfor og mellem de langs med Kysterne liggende Øer, Holme og Skær, som ikke til Stadighed overskylles af Havet, dog at i Øresund Søterritoriet ikke paa nogen af Si-

den 30 januari 1932 angående vissa gränsförhållanden i Öresund angivna linjen.

Till bekräftelse härav hava de befullmäktigade undertecknat detta protokoll och försett detsamma med sina sigill.

Som skedde i Stockholm, i två exemplar, den 28 oktober 1935.

(L. S.) *Rickard Sandler.*

derne strækker sig udover den i Deklarationen af 30. Januar 1932 angaaende visse Grænseforhold i Øresund angivne Linie.

Til Bekræftelse heraf har de Befuldmægtigede undertegnet denne Protokol og forsynet den med deres Segl.

Udfædiget i Stockholm i 2 Eksemplarer, den 28 Oktober 1935.

(L. S.) *E. Reventlow.*

Protokoll.

Undertecknade hava denna dag sammanträtt i Utrikesministeriet i ändamål att företaga utväxlingen av ratifikationerna till den mellan Hans Maj:t Konungen av Sverige och Hans Maj:t Konungen av Danmark och Island avslutade överenskommelse mellan Sverige och Danmark, undertecknad i Stockholm den 28. Oktober 1935, angående gemensam bevakning för bekämpande av olovlig införsel av alkoholvaror.

Sedan ratifikationshandlingarna befunnits i god och behörig form, har utväxlingen av desamma ägt rum.

Till bekräftelse härav hava undertecknade upprättat detta protokoll och försett detsamma med sina sigill.

Som skedde i Köpenhamn i två exemplar, den 13. Januari 1936.

Hans Majestät Konungens af Sverige envoyé extraordinaire och ministre plénipotentiaire:

(L. S.) *Hamilton.*

Protokol.

Undertegnede traadte idag sammen i Udenrigsministeriet for at foretage Udvekslingen af Ratifikationsakterne til den mellem Hans Majestæt Kongen af Danmark og Island og Hans Majestæt Kongen af Sverige afsluttede og under 28. Oktober 1935 i Stockholm undertegnede Overenskomst mellem Danmark og Sverige angaaende fælles Bevogtning til Bekæmpelse af ulovlig Indførsel af alkoholholdige Varer.

Efter at bemeldte Ratifikationsakter var befundne i god og rigtig Form, foretoges Udvekslingen af disse.

Til Bekræftelse heraf har de Undertegnede underskrevet nærværende Protokol og forsynet den med deres Segl.

Udfærdiget i København i to Eksemplarer den 13. Januar 1936.

Hans Majestæt Kongen af Danmark og Islands Udenrigsminister:

(L. S.) *P. Munch.*

68.

NORVÈGE, FINLANDE.

Convention concernant le passage des rennes au delà des frontières des deux pays; signée à Helsingfors, le 5 novembre 1935.*)**)

Overenskomster med fremmede Stater 1936, No. 4.

Konvensjon mellem Norge og Finnland om forholdsregler mot at rein kommer over grensen mellem de to riker.

Hans Majestet Norges Konge og Presidenten for Republikken Finnland,

Som har ansett det ønskelig å istandbringe en konvensjon mellem Norge og Finnland om forholdsregler mot at rein kommer over grensen mellem de to riker,

Har besluttet å inngå en konvensjon i emnet og i det øiemed opnevnt til sine befullmektigede:

Hans Majestet Norges Konge:

Sin overordentlige utsending og befullmektigede minister i Finnland Johan Fredrik Winter Jakhelln,

Presidenten for Republikken Finnland:

Utenriksminister Antti Hackzell.

Efter å ha utvekslet sine fullmakter som blev funnet i god og behørig form, er disse befullmektigede kommet overens om følgende konvensjon:

Kapitel I.

Bevoktning.

§ 1.

Norske og finske reineiere skal være forpliktet til å vokte sine rein, så det såvidt mulig undgås, at de kommer over riksgrensen.

Kapitel II.

Gjerder.

§ 2.

For å hindre at rein kommer over riksgrensen, skal det opføres og vedlikeholdes gjerde på følgende strekninger:

1. Fra fjellet Haldde ved grenserøs nr. 304 til røs nr. 310.

2. Fra røs nr. 321 til Njuolasjokkas sammenløp med Skietsamsjokka og i tilknytning til dette gjerde et tverrgjerde fra røs nr. 321 i sydlig retning i en lengde av ca. 5 km.

---

*) Les ratifications ont été échangées à Oslo, le 30 avril 1936.

**) En langues norvégienne et finnoise. Nous ne reproduisons que le texte norvégien.

3. Fra Tanaelven ved røs nr. 343 til Pasvikelven ved røs nr. 354.

4. Fra røs nr. 361 til Engelskgammen ved Grense-Jakobselv (ca. 11,7 km i luftlinje fra røs nr. 363).

På hver av de angitte strekninger opføres gjerdene sammenhengende undtagen der hvor naturforholdene gjør gjerde overflødig.

Gjerdene skal følge riksgrensen, men kan avvike fra denne, hvor det er nødvendig for å undgå uforholdsmessige utgifter til deres opførelse eller vedlikehold, eller for å trygge deres effektivitet. Herunder skal dog iakttas, at reineierne i det ene rike ikke berøves beiteområde i vesentlig større utstrekning enn reineierne i det annet rike.

På strekningen nordenfor Sandvasselvens sammenløp med Grense-Jakobsel skal det under nr. 4 nevnte gjerde opføres på den finske side av sistnevnte elv.

§ 3.

På de i § 2 nevnte gjerdestrekninger trer i alle spørsmål som omhandles i denne konvensjon gjerdelinjen istedenfor riksgrensen. Dette gjelder dog ikke det i § 2 under nr. 2 nevnte tverrgjerde.

§ 4.

Gjerdene opføres overensstemmende med den arbeidsbeskrivelse som er knyttet til denne konvensjon.

§ 5.

Omkostningene ved opførelsen og vedlikeholdet av gjerdene utredes med en halvdel av hvert av de to riker.

Finnland overtar opførelsen og vedlikeholdet av gjerdene og garanterer, at Norges andel av utgiftene ved opførelsen av nedennevnte gjerder ikke skal overskride følgende beløp:

For gjerdet fra fjellet Haldde ved grenseros nr. 304 til røs nr. 310 Fmk. 557 000.

For gjerdet fra røs nr. 321 til Njuolasjokkas sammenløp med Skietsamjokka og det til dette knyttede tverrgjerde Fmk. 822 000.

For gjerdet fra Tanaelven ved røs nr. 343 til Pasvikelven ved røs nr. 354 Fmk. 1 032 000.

For gjerdet fra røs nr. 361 til Engelskgammen Fmk. 184 000.

§ 6.

Av de i § 2 nevnte gjerder opføres først nr. 2, derefter i rekkefølge nr. 1, nr. 3 og nr. 4.

Opførelsen skal være påbegynt senest innen utgangen av året 1939 og være tilendebragt innen utgangen av året 1944.

I betimelig tid før opførelsen av hvert av gjerdene påbegynnes, skal dets gang i marken utstikkes av to kyndige menn, den ene opnevnt av den norske og den annen av den finske regjering. I tilfelle av uenighet om gjerdelinjen gjelder den mening som fører til den minste avvikelse fra riksgrensen.

Den nødvendige håndlangerhjelp antas av de to nevnte menn. Hver av disse får betaling av det rike som har opnevnt ham. De øvrige utgifter ved utstikningen deles likt mellem de to riker.

§ 7.

Den finske regjering skal meddele den norske regjering hvem som er ansvarshavende for gjerdebyggingen. Når et gjerde er ferdig, skal det meddeles hvem som er ansvarshavende for vedlikeholdet.

§ 8.

De trematerialer som anvendes til gjerdet, må på forhånd være besiktiget og godkjent av en tilsynsmann, som opnevnes av den norske regjering.

Anskaffelse av andre materialer til gjerdet skjer på grunnlag av anbud, som også leverandører fra Norge skal ha anledning til å inngi. Kunngjørelse om innlevering av anbud skal inntas i Norsk Kunngjørelsestidende samtidig med at kunngjørelse skjer i andre land.

Før anbud antas, må det være anbefalt av den norske tilsynsmann.

Nekter tilsynsmannen å godkjenne trematerialer eller å anbefale antagelse av anbud, kan Finnland forelegge spørsmålet for en av den svenske regjering opnevnt sakkyndig til endelig avgjørelse.

§ 9.

Den norske tilsynsmann skal ha adgang til å føre kontroll med gjerdebyggingen. Han skal underrettes om alle avsluttede kontrakter og akkorder.

Finner tilsynsmannen, at gjerdebyggingen ikke skjer overensstemmende med arbeidsbeskrivelsen og på betryggende måte, eller at den medfører unødig store utgifter, kan han herom rette skriftlig henvendelse til den finske ansvarshavende for gjerdebyggingen.

§ 10.

Ved utgangen av hvert år sender Finnland opgave til Norge over det beløp som i vedkommende år er gått med til gjerdebygging, derunder også renter. Halvdelen av beløpet skal Norge foreløbig refundere Finnland.

Det endelige opgjør for hvert enkelt av de i § 2 nevnte gjerder skjer på grunnlag av nøiaktig regnskap, som med behørige bilag er tilstillet en av den norske regjering opnevnt revisor og godkjent av ham.

§ 11.

Norges halvded av utgiftene til gjerdenes vedlikehold refunderes ved hvert års utgang efter behørig regnskap. I utgiftene må ikke inngå godtgjørelse for offentlige tjenestemenns reiser, som har hatt noe annet øiemed enn tilsyn med gjerdet, eller for hvilke de på annen måte får godtgjørelse av det offentlige.

Det påligger vedkommende lensmenn i begge riker på sine reiser ved grensen å føre tilsyn med gjerdene og uten utgift for det annet rike å rette feil som kan utbedres uten omkostninger eller vesentlig tidsspille. Om feil som ikke kan rettes på denne måte, skal skriftlig underretning sendes til den som er ansvarshavende for gjerdets vidlikehold.

§ 12.

Ved gjerdenes opførelse skal arbeidere hjemmehørende i Norge ha adgang til å delta i arbeidet i samme antall og på samme vilkår som arbeidere hjemmehørende i Finnland.

§ 13.

Fra det nordlige endepunkt av det i § 2, nr. 4 nevnte gjerde til havet skal hvert av de to riker på sitt område for egen regning opføre og vedlikeholde gjerde der hvor dette efter naturforholdene er nøtvendig til forebyggelse av at rein fra det ene rike kommer inn på det annet rikes område. Denne gjerdebygging skal være avsluttet innen utgangen av 1944.

§ 14.

På de strekninger av grensen hvor gjerde ikke opføres i henhold til § 2, skal det være hvert av rikene tillatt å opføre og vedlikeholde gjerde for egen regning. Dog må sådant gjerde ikke uten tillatelse av det annet rike opføres på dettes område i større avstand fra riksgrensen enn 100 meter. Også for disse gjerder gjelder bestemmelsen i § 3, første punktum.

Enn videre skal hvert av rikene ha adgang til for egen regning å foreta forhøielse eller forsterkning av de i § 2 nevnte gjerder.

Kapitel III.

Reins grenseoverskridelse m. v.

§ 15.

Kommer norsk rein inn på finsk område eller finsk rein inn på norsk område, skal vedkommende lensmann i det rike hvor reinen ulovlig opholder sig, når han ved selvsyn har bragt forholdet på det rene, i overvær av et vidne foreta så nøiaktig optelling av dyrene som mulig. I antallet medregnes ikke årets kalver. I tiden fra og med 1 januar til og med 31 mai regnes heller ikke foregående års kalver med.

Foreligger det begrunnet tvil om hvorvidt reinen er hjemmehørende i det annet rike, kan nedskytning finne sted i den utstrekning det er nødvendig for å avgjøre dette. Såvidt mulig må kjøre- og trekkrein ikke nedskytes.

Er det voldt skade som efter § 22 er gjenstand for erstatning, skal lensmannen efter foretatt undersøkelse av skaden fastsette erstatningens stoørrelse. Herunder skal tas hensyn til hvorvidt rein hjemmehørende i riket har medvirket til skaden.

Det skal på stedet føres protokoll, hvori innføres resultatet av optellingen med nøiaktigst mulig angivelse av hvor og når reinen er påtruffet, samt av øremerker og hårmerker i den utstrekning hvori disse har kunnet konstateres. I tilfelle av nedskytning vedlegges avklipp av øremerker av de drepte dyr. Er det voldt skade som kan kreves erstattet, skal nøiaktig beskrivelse av skadens art og omfang samt lensmannens taksering av skaden inntas i protokollen. I denne anføres, om reinen er blandet sammen med rein tilhørende landets egne innvånere.

Protokollen underskrives av lensmannen og vidnet.

§ 16.

Hvis omstendighetene gjør det hensiktsmessig, kan vedkommende lensmann drive reinen tilbake over grensen og videre frem til den nærmeste reineier eller reingjeter som har rein under bevoktning. Sådan reineier eller reingjeter er pliktig til å motta reinen og gi skriftlig erkjennelse for mottagelsen.

Er reinen fulgt av eier eller gjeter, plikter denne å hjelpe til ved utdrivningen.

Har utdrivning funnet sted, skal oplysning herom innføres i den i § 15 omhandlede protokoll.

§ 17.

Når det på den i § 15 omhandlede måte er konstatert at rein hjemmehørende i det ene rike er kommet inn på det annet rikes område, skal lensmannen snarest mulig sende melding herom til vedkommende lensmann i reinens hjemland. Meldingen skal inneholde oplysning om det som efter §§ 15 og 16 er anført i den der nevnte protokoll. Den skal sendes ved telegram eller telefon eller, hvor dette ikke lar sig gjøre, ved brev. Skjer meldingen ved telefon, skal den snarest mulig bekreftes skriftlig.

Er reinen blandet sammen med rein tilhørende landets egne innvånere på sådan måte at lensmannen finner at utskilling må foretas, skal han i meldingen meddele dette og samtidig eller i særskilt meddelelse snarest mulig derefter fastsette tid og sted for utskillingen.

§ 18.

Er reinen ikke overensstemmende med § 16 drevet tilbake til det rike hvor den hører hjemme, plikter vedkommende lensmann i reinens hjemland, såsnart han har mottatt den i § 17 omhandlede melding, å sørge for at reinen blir avhentet uten ophold.

Må utskilling holdes, skal reinen avhentes til den for utskillingen fastsatte tid.

§ 19.

Lensmannen på det sted hvor utskillingen skal foregå, plikter å sørge for at den kan holdes til den fastsatte tid. Eieren av den rein som den fremmede rein er blandet sammen med, er pliktig til selv eller ved stedfortreder å hjelpe til ved utskillingen.

§ 20.

Vedkommende fylkesmann i Norge og vedkommende landshøvding i Finnland kan bemyndige en eller flere hederlige og pålitelige personer, som ikke har reindrift som hovednæringsvei, til på lensmannens vegne å utføre det som i §§ 15—19 er pålagt denne.

Vedkommende fylkesmann og landshøvding skal meddele hverandre de bemyndigede personers navn og adresse.

§ 21.

Når det er sendt melding overensstemmende med § 17, har det rike som reinen er kommet inn i, rett til å kreve som betaling for det ulovlige ophold 12% eller, hvis reinen er påtruffet i tiden fra og med 1 november til og med 30 april, 8% av verdien av de optalte dyr.

Har nedskytning funnet sted, kommer verdien av de nedskutte dyr til fradrag i betalingen.

Påtreffes reinen i riket, efterat 20 dager er forløpet fra avsendelsen av den i § 17 omhandlede melding eller, om utskilling må holdes, fra den for utskillingen fastsatte dag, blir forholdet å behandle som ny grenseoverskridelse, selv om reinen ikke har vært utdrevet eller avhentet.

§ 22.

Skade voldt det ene rikes innvånere av rein hjemmehørende i det annet rike eller av reinens eiere eller gjetere og skade voldt staten derved at eierne eller gjeterne har tatt virke i statsskog, skal erstattes. Dog kan erstatning ikke kreves for skade i statsskog voldt av dem som har opholdt sig i riket for å drive reinen tilbake eller for å avhente den, når det ikke er voldt større skade enn nødvendig.

§ 23.

Omkostninger som voldes ved offentlige tjenestemenns reiser, ved optelling, utdrivning, bevoktning og utskilling, avgivelse av melding (§ 17) og andre forføininger i anledning av reins overskridelse av grensen, erstattet med det beløp som i Norge fastsettes av vedkommende fylkesmann og i Finnland av vedkommende landshøvding, dog ikke med mere enn 5% av de optalte reins verdi.

§ 24.

Hvis antallet av de på samme dag optalte rein ikke overstiger ti, kommer bestemmelsene i §§ 18, 21 og 23 ikke til anvendelse.

I dette tilfelle kan nedskytning bare finne sted hvis det er voldt skade som efter § 22 kan kreves erstattet.

§ 25.

Den verdi hvorefter den i § 21 fastsatte betaling og den i § 23 omhandlede erstatning skal beregnes, fastsettes for hvert kalenderår før årets begynnelse av vedkommende fylkesmann i Norge og av ved-

kommende landshøvding i Finnland på grunnlag av de reinpriser som var gjeldende i første halvdel av desember måned. Er de av fylkesmannen og landshøvdingen fastsatte priser forskjellige, blir verdien middeltallet av disse priser.

§ 26.

Tidligst tre måneder efter mottagelsen av den i § 28, første punktum, omhandlede utskrift fastsetter vedkommende fylkesmann i Norge og vedkommende landshøvding i Finnland de beløp som skal betales i henhold til § 21. Disse beløp samt erstatninger efter §§ 22 og 23 utredes av offentlige midler i det rike hvor reinen er hjemmehørende.

Ved hvert halvårs utløp skal vedkommende norske fylkesmann og finske landshøvding sende hverandre opgave over de beløp som kreves, hvorefter de skal tilstille hverandre disse.

Hvert rike avgjør for sitt vedkommende, om beløpene skal refunderes av vedkommende reineiere.

§ 27.

Det påligger vedkommende lensmann og de personer som i medhold av § 20 er bemyndiget til å handle på lensmannens vegne, å føre en av vedkommende fylkesmann eller landshøvding autorisert bok, hvori det i kronologisk orden skal innføres alt som er passert vedkommende reins grenseoverskridelse. Navnlig skal innføres:

1. ordlydende gjengivelse av melding som er sendt i henhold til § 17, med nøiaktig angivelse av når og på hvilken måte den er sendt;

2. melding som er mottatt om at rein fra vedkommendes hjemland er kommet inn i det annet rike, med nøiaktig gjengivelse av meldingens innhold og angivelse av når og hvorledes den er mottatt;

3. oplysning om hvad det er forettat i anledning av sådan melding som under 2 nevnt;

4. spesifisert opgave over de omkostninger som i henhold til § 23 kan kreves helt eller delvis refundert av det annet rike.

Videre skal innføres oplysning om mulige mangler ved de i § 2 nevnte gjerder, og hvad det i den anledning er foretatt.

§ 28.

Utskrift av den i § 15 omhandlede protokoll sendes i Norge til vedkommende fylkesmann og i Finnland til vedkommende landshøvding snarest mulig efter forretningens avholdelse. På samme måte sendes hvert halvår utskrift av den i § 27 nevnte bok. Fylkesmannen og landshøvdingen sender hverandre straks gjenpart av de mottatte utskrifter.

Kapitel IV.

Forskjellige bestemmelser.

§ 29.

Bestemmelsene i denne konvensjon har ikke anvendelse på kjøre- og trekkrein som Norges eller Finnlands innvånere benytter på reiser i

det annet rike. Dog må sådanne rein ikke beite på de områder i nærheten av boplasser, som bestemmes av vedkommende rikes myndigheter.

Det som er bestemt i første ledd gjelder også kjøre- og trekkrein som benyttes av innvånere av de to riker, når de ferdes langs riksgrensen mellem Njuolasjokkas sammenløp med Skietsamjokka og grenseres nr. 343.

De innvånere av de to riker, som er bosatt langs Skietsamjokka nordenfor Njuolasjokkas munning og langs Anarjokka og Tanaelven til Levajokkas munning, skal ha adgang til beite for sine kjøre- og trekkrein på de steder på det annet rikes område, som bestemmes av dette rikes myndigheter, og med de tidsbegrensninger for hvert enkelt sted, som disse myndigheter fastsetter.

Reinen skal under beiting på det annet rikes område holdes bundet.

Norske flyttlapper som vår og høst flytter med sine reinhjorder langs de ovennevnte elver, kan benytte flytteveier over finsk område på de av vedkommende finske myndigheter fastsatte steder og tider, dog unten å la reinen beite på disse steder. Samme adgang skal norske reineiere som om sommeren søker beite for sine rein østenfor Pasvik, ha til å benytte flytteveier over finsk område mellem Jarfjordbotn og Klistervatn. På den annen side skal finske lapper under flytning kunne benytte flytteveier over norsk område efter nærmere bestemmelse av vedkommende norske myndigheter.

Konvensjonen er ikke anvendelig på slakterein som under betryggende voktning lovlig innføres.

§ 30.

Vedkommende fylkesmann i Norge og landshøvding i Finnland har, når nogen av dem fremsetter anmodning derom, å tilstille hverandre fortegnelse over de i hvert rikes grenseområder registrerte reinmerker.

Det skal såvidt mulig undgås, at det i det ene rike registreres nye merker, som lett kan føre til forverksling med merker som tidligere er registrert i det annet rike.

§ 31.

Den som forsettlig beskadiger noen av de i § 2 nevnte gjerder eller åpner grind i noe av dem uten å sørge for at den på behørig måte stenges, straffes med fengsel inntil 6 måneder, uten adgang for domstolene til å fastsette at fullbyrdelsen av straffen skal utstå.

Er handlingen forøvet uaktsomt, er straffen bøter.

Gjerningsmannen plikter å erstatte voldt skade.

Straffesak eller erstatningssak anlegges i det rike hvor gjerningsmannen er bosittende.

§ 32.

Tvist om forståelsen eller anvendelsen av denne konvensjon kan hvert av rikene innbringe til endelig avgjørelse av en voldgiftsnevnd bestående av tre medlemmer, hvorav hvert rike velger ett medlem, mens formannen, som ikke må være norsk eller finsk undersått, velges av de to riker i forening eller, hvis de ikke blir enige, av den svenske regjering.

På samme måte kan kreves avgjort tvist om regnskap over utgifter til bygging eller vedlikehold av de i § 2 nevnte gjerder eller i anledning av reklamasjoner som den norske tilsynsmann ved gjerdebyggingen måtte ha fremsatt i medhold av § 9.

Voldgiftsnevnden bestemmer tid og sted for sin sammentreden og formene for sakenes behandling, efterat formannen har innhentet uttalelse fra de to riker. Den bestemmer sin egen godtgjørelse og hvorledes denne og de øvrige utgifter ved sakenes behandling skal fordeles mellem rikene.

§ 33.

Denne konvensjon og den dertil knyttede arbeidsbeskrivelse og slutningsprotokoll, som er avfattet i det norske og finske sprog, som begge skal ha samme gyldighet ved fortolkningen, er undertegnet under forbehold av de respektive nasjonalforsamlingers godkjennelse. Den skal snarest mulig ratifiseres og ratifikasjonsdokumentene utveksles i Oslo senest den 1 mai 1936.

§ 34.

Konvensjonens kapitel II og den dertil knyttede arbeidsbeskrivelse samt bestemmelsene i konvensjonens § 32, forsåvidt angår avgjørelse av de tvister som er omhandlet i denne paragrafs annet ledd, trer i kraft ved ratifikasjonsdokumentenes utveksling.

Konvensjonens øvrige bestemmelser trer i kraft 1 januar efterat den finske regjering har underrettet den norske regjering om at opførelsen av de i § 2 nevnte gjerder er tilendebragt, dog senest 1 januar 1945.

Konvensjonen skal gjelde i ti år, regnet fra det tidspunkt da den i sin helhet er trådt i kraft. Hvis den ikke er blitt opsagt innen to år før utløpet av nevnte tidsrum, gjelder den ytterligere i ti år og skal senere anses forlenget for ti år ad gangen, hvis den ikke innen to år før utløpet av den nærmest foregående tiårsperiode er blitt opsagt.

§ 35.

Fra den dag denne konvensjon i sin helhet trer i kraft, opheves konvensjon mellem Norge og Finnland av 3 mars 1922 angående overensstemmende forholdsregler til forebyggelse av at rein kommer over grensen mellem de to riker.*)

Utferdiget i Helsingfors i to eksemplarer den 5 november 1935.

Fr. Jakhelln.
A. Hackzell.

Arbeidsbeskrivelse for reingjerder på grensen mellem Norge og Finnland.

1.

Gjerdene bygges av galvanisert jerntråd på furustolper.

*) V. N.R.G. 3. s. XXV, p. 221.

2.

Avstanden fra marken til øverste tråd skal være 180 cm.

3.

Stolpene skal være av råtefri furu (også råtefri tørrfuru kan brukes). De skal være 260 cm lange med minst 10 cm's topp og såvidt mulig ikke kløvet. De skal slinnes inn til veden på fire sider.

4.

Gjerdene bygges rettlinjet således at de intet sted danner kurve.

5.

Stolpene skal graves ned i jorden i en dybde av 70 cm og settes med sten således, at de ikke kommer i berøring med jord, og at de står støtt.

6.

På fjellgrunn hvor jordlaget ikke er minst 70 cm dypt, festes stolpene til en tvers på gjerdets lengderetning gående fot av minst samme størrelse som stolpen selv. Stolpen felles ned i foten, spikres fast til denne og støttes til den med to strevere av råtefri furu (jfr. p. 3) av minst 100 cm's tykkelse. Streverne spikres til stolpen 100 cm over foten, og til foten i 100 cm's avstand fra stolpen. Streverne skal slinnes på to sider.

7.

I myr rammes stolpene ned til minst 70 cm's eller, hvis myren er meget bløt, til minst 100 cm's dyp. I sistnevnte tilfelle må således anvendes stolper av minst 290 cm's lengde. I steden for å settes med sten støttes hver stolpe med en strever tvers på gjerdets lengderetning av samme størrelse og beskaffenhet som de i p. 6 omhandlede strevere. Den rammes ned i myren i minst 50 cm's dybde og spikres fast til stolpen 100 cm over marken. Avstanden fra stolpen til streveren skal ved marken være 100 cm. Den del av streveren som går ned i jorden, og 20 cm over jorden skal være rundbarket.

8.

Hvor gjerdet danner vinkel, skal stolpen på innersiden støttes med en strever av størrelse og beskaffenhet som i p. 6 fastsatt, og festet på betryggende måte.

9.

Stolpenes toppende avskjæres på skrå.

10.

Avstanden mellem stolpene må gjennemsnittlig ikke være over 300 cm. På jevn mark, hvor sneen ikke blir over 25 cm dyp og hvor det ikke er fare for skavldannelser, kan stolpeavstanden økes med inntil

1 meter, mens stolpene i bratte skråninger og på steder hvor sneforholdene er ugunstige, ikke må ha større avstand enn 250 cm.

11.

Minst hver 20de stolpe forsynes med to sidestrevere i gjerdets lengderetning, av samme størrelse og beskaffenhet som i p. 6 bestemt, og festet på betryggende måte.

12.

Til stolpene festes, på den side som er mest utsatt for trykk, syv horisontale tråder i følgende avstand fra marken:

til 1ste tråd	. . . . .	20 cm
„ 2nen „	. . . . .	40 „
„ 3dje „	. . . . .	60 „
„ 4de „	. . . . .	85 „
„ 5te „	. . . . .	115 „
„ 6te „	. . . . .	145 „
„ 7de „	. . . . .	180 „

13.

Tråden, som skal være galvanisert bølgetråd av 4 mm's tykkelse, strekkes stramt og jevnt. Den festes til stolpene ved galvaniserte jernkramper, som ikke må drives så langt inn i stolpen at tråden derved skades.

Hvis det blir fremstillet en trådtype som er bedre enn den nuværende galvaniserte bølgetråd, blir den å anvende.

14.

Mellem stolpene anbringes vertikale tverrtråder av 3 mm's tykkelse således, at gjerdet ved disse og stolpene blir delt i ruter av noenlunde samme og ikke over 75 cm's lengde.

Tverrtrådene festes med tre vindinger rundt øverste horisontale tråd, hvorefter de spoles en gang rundt hver mellemliggende tråd og seks ganger rundt nederste tråd.

15.

På hensiktsmessige steder og i almindelighet med ikke over 15 km's avstand anbringes grinder.

16.

Over elver, og ellers hvor det på grunn av terrengets beskaffenhet er nødvendig, kan stolpeavstanden overstige det i p. 10 nevnte maksimum. I så fall må stolpene ekstraordinært forsterkes.

17.

Så vel i det i p. 16 omhandlede tilfelle som for øvrig, når det på grunn av terrengets ujevnhet er påkrevet, skal det treffes de foranstaltninger som er nødvendige for å gjøre gjerdene effektive, f. eks. ved stenfylling, anbringelse av nett under nederste tråd eller lignende.

18.

Efter overenskomst mellem den norske tilsynsmann og den finske ansvarhavende ved gjerdebyggingen kan enkeltheter i denne arbeidsbeskrivelse fravikes i den utstrekning det under arbeidets gang måtte ha vist sig hensiktsmessig til besparelse av omkostninger, uten at gjerdenes effektivitet forringes.

Utferdiget i Helsingfors i to eksemplarer den 5 november 1935.

Fr. Jakhelln.
A. Hackzell.

Slutningsprotokoll.

Samtidig med avslutningen av en konvensjon mellem Norge og Finnland om forholdsregler mot at rein kommer over grensen mellem de to riker, er de to regjeringer blitt enige om følgende:

Det er en forutsetning for den av Finnland ved konvensjonens § 5 overtatte garanti mot overskridelse av de her nevnte byggesummer, at material- og arbeidspriser i byggetiden ikke blir vesentlig høiere enn de er ved konvensjonens avslutning.

Det er videre en forutsetning, så vel for Finnlands garanti som for Norges plikt til å utrede halvdelen av byggeomkostningene, at det efter konvensjonens avslutning ikke inntrer vesentlig forandring i det innbyrdes forhold mellem de to rikers valuta.

I tilfelle at at noen av disse forutsetninger skulde svikte, har det rike som vilde bli skadelidende ved opretholdelse av konvensjonens bestemmelser om gjerdebyggingen, rett til å kreve konvensjonen suspendert, inntil det ved forhandling mellem rikene opnås enighet om å fortsette gjerdebyggingen. Suspensjonen blir dog uten virkning med hensyn til omkostninger som måtte være pådratt når kravet om suspensjonen fremsettes.

Tvist som måtte opstå mellem rikene i anledning av foranstående bestemmelser, avgjøres på den i konvensjonens § 32 fastsatte måte.

Denne slutningsprotokoll trer i kraft samtidig med konvensjonens kapitel II.

Utferdiget i Helsingfors i to eksemplarer den 5 november 1935.

Fr. Jakhelln.
A. Hackzell.

Hist

PUBLICATION DE L'INSTITUT DE DROIT PUBLIC
COMPARÉ ET DE DROIT DES GENS À BERLIN

NOUVEAU
RECUEIL GÉNÉRAL
DE
TRAITÉS
ET
AUTRES ACTES RELATIFS AUX RAPPORTS DE DROIT INTERNATIONAL.

CONTINUATION DU GRAND RECUEIL
DE
G. FR. DE MARTENS

PAR
Heinrich Triepel
Conseiller intime de justice
Professeur de droit public à l'Université de Berlin.

TROISIÈME SÉRIE.

Tome XLI.

DEUXIÈME LIVRAISON.

GREIFSWALD
LIBRAIRIE JULIUS ABEL
1944

Universitas

69.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, GRANDE-BRETAGNE.

Déclaration concernant les buts à atteindre par la guerre avec l'Allemagne et ses alliés; signée le 12 août 1941 („Atlantic-Charter").

The Department of State Bulletin vol. V, No. 112.

The President of the United States and the Prime Minister, Mr. Churchill, representing His Majesty's Government in the United Kingdom, have met at sea.

They have been accompanied by officials of their two Governments, including high-ranking officers of their Military, Naval, and Air Services.

The whole problem of the supply of munitions of war, as provided by the Lease-Lend Act, for the armed forces of the United States and for those countries actively engaged in resisting aggression has been further examined.

Lord Beaverbrook, the Minister of Supply of the British Government, has joined in these conferences. He is going to proceed to Washington to discuss further details with appropriate officials of the United States Government. These conferences will also cover the supply problems of the Soviet Union.

The President and the Prime Minister have had several conferences. They have considered the dangers to world civilization arising from the policies of military domination by conquest upon which the Hitlerite government of Germany and other governments associated therewith have embarked, and have made clear the stress which their coutries are respectively taking for their safety in the face of these dangers.

They have agreed upon the following joint declaration:

Joint declaration of the President of the United States of America and the Prime Minister, Mr. Churchill, representing His Majesty's Government in the United Kingdom, being met together, deem it right to make known certain common principles in the national policies of

their respective countries on which they base their hopes for a better future for the world.

First, their countries seek no aggrandizement, territorial or other;

Second, they desire to see no territorial changes that do not accord with the freely expressed wishes of the peoples concerned;

Third, they respect the right of all peoples to choose the form of government under which they will live; and they wish to see sovereign rights and self-government restored to those who have been forcibly deprived of them;

Fourth, they will endeavor, with due respect for their existing obligations, to further the enjoyment by all States, great or small, victor or vanquished, of access, on equal terms, to the trade and to the raw materials of the world which are needed for their economic prosperity;

Fifth, they desire to bring about the fullest collaboration between all nations in the economic field with the object of securing, for all, improved labor standards, economic advancement, and social security;

Sixth, after the final destruction of the Nazi tyranny, they hope to see established a peace which will afford to all nations the means of dwelling in safety within their own boundaries, and which afford assurance that all the men in all the lands may live out their lives in freedom from fear and want;

Seventh, such a peace should enable all men to traverse the high seas and oceans without hindrance;

Eighth, they believe that all of the nations of the world, for realistic as well as spiritual reasons, must come to the abandonment of the use of force. Since no future peace can be maintained if land, sea, or air armaments continue to be employed by nations which threaten, or may threaten, aggression outside of their frontiers, they believe, pending the establishment of a wider and permanent system of general security, that the disarmament of such nations is essential. They will likewise aid and encourage all other practicable measures which will lighten for peace-loving peoples the crushing burden of armaments.

Franklin D. Roosevelt.
Winston S. Churchill.

At a meeting of the Inter-Allied Council at St. James's Palace on Sept. 29, 1941 the Atlantic Charter was accepted and endorsed by the representatives of Belgium, Czechoslovakia, Greece, Luxemburg, Netherlands, Norway, Poland, U. S. S. R., Yugoslavia, and Free France.

70.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, GRANDE-BRETAGNE, UNION DES RÉPUBLIQUES SOVIÉTIQUES SOCIALISTES, CHINE, AUSTRALIE, BELGIQUE, CANADA, COSTA-RICA, CUBA, TCHÉCOSLOVAQUIE, RÉPUBLIQUE DOMINICAINE, SALVADOR, GRÈCE, GUATÉMALA, HAÏTI, HONDURAS, INDE, LUXEMBOURG, PAYS-BAS, NOUVELLE ZÉLANDE, NICARAGUA, NORVÈGE, PANAMA, POLOGNE, AFRIQUE DU SUD, YOUGOSLAVIE.

Déclaration des vingt-six Nations concernant la guerre contre les Puissances du Pacte tripartite; signée à Washington, le 1er janvier 1942.*)

The Times du 3 janvier 1942.

Declaration by the United Nations.

A joint declaration by the United States of America, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Union of Soviet Socialistic Republics, China, Australia, Belgium, Canada, Costa Rica, Cuba, Czechoslovakia, Dominican Republic, El Salvador, Greece, Guatemala, Haïti, Honduras, India, Luxembourg, Netherlands, New Zealand, Nicaragua, Norway, Panama, Poland, South Africa, Yugoslavia.

The Governments signatory hereto,

Having subscribed to a common program of purposes and principles embodied in the joint declaration of the President of the United States of America and the Prime Minister of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland dated August 14, 1941, known as the Atlantic Charter.**)

Being convinced that complete victory over their enemies is essential to defend life, liberty, independence and religious freedom, and to preserve human rights and justice in their own lands as well as in other lands, and that they are now engaged in a common struggle against savage and brutal forces seeking to subjugate the world, declare:

1) Each Government pledges itself to employ its full resources, military or economic, against those members of the tripartite pact and its adherents with which such government is at war.

2) Each Government pledges itself to cooperate with the Governments signatory hereto and not to make a separate armistice or peace with the enemies.

---

*) Ont adhéré le Mexique et le Président émigré des Philippines (le 14 juin 1942), l'Ethiopie (le 9 octobre 1942). V. The Times du 15 juin et du 10 octobre 1942. L'Iran a adhéré le 14 septembre 1943.

**) V. ci-dessus, No. 69. — Le 14 août était la date de la publication.

The foregoing declaration may be adhered to by other nations which are, or which may be, rendering material assistance and contributions in the struggle for victory over Hitlerism.

Done at Washington, January 1st, 1942.

[Signatures.]

71.

UNION DES RÉPLUBLIQUES SOVIÉTIQUES SOCIALISTES, GRANDE-BRETAGNE, IRAN.

Traité d'alliance; signé à Téhéran, le 29 janvier 1942.

Isvestija du 30 janvier 1942. — Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht XI, p. 548.

Traduction allemande.

Bündnisvertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Grossbritannien und Iran vom 29. Januar 1942.

Das Präsidium des Obersten Rates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Seine Majestät der König von Grossbritannien, Irland und den britischen Besitzungen jenseits der Meere, Kaiser von Indien einerseits und Seine Kaiserliche Majestät der Schahinschah von Iran andererseits:

ausgehend von den Prinzipien der Atlantischen Charta, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Premierminister des Vereinigten Königreichs am 14. August 1941 gemeinsam vereinbart*) und der ganzen Welt verkündet und am 24. September 1941 von der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gebilligt wurde, mit welchen Seine Majestät der Schahinschah sein volles Einverständnis erklärt und deren Wohltaten er auf gleichen Grundlagen mit den anderen Nationen der Welt ausnutzen will;

besorgt, die Bande der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses zwischen ihnen zu festigen;

annehmend, dass diese Ziele am besten durch Schliessung eines Bündnisses erreicht werden können,

sind übereingekommen, zu diesem Zweck einen Vertrag zu schliessen und haben zu ihren bevollmächtigten Vertretern ernannt:

das Präsidium des Obersten Rates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: Smirnov, Andrej Andreevič, den ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Iran,

---

*) Rectius: le 12 août 1941. La publication en a été faite le 14 août 1941. V. ci-dessus, Nr. 69.

Seine Majestät der König von Grossbritannien, Irland, den britischen Besitzungen jenseits der Meere, Kaiser von Indien, im Namen des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirlands: Seine Exzellenz Sir Reader William Bullard, den ausserordentlichen und bevollmächtigten Minister Grossbritanniens in Iran,

Seine Kaiserliche Majestät der Schahinschah von Iran: Seine Exzellenz Ali Socheili, den Minister für auswärtige Angelegenheiten von Iran,

die, nach Vorlage ihrer Vollmachten, die in richtiger Form befunden wurden, über Folgendes übereingekommen sind:

Artikel 1.

Das Präsidium des Obersten Rates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Seine Majestät der König von Grossbritannien, Irland und den britischen Besitzungen jenseits der Meere, Kaiser von Indien (die im weiteren als Verbündete Staaten bezeichnet werden), verpflichten sich, zusammen und jeder für sich, die territoriale Integrität, Souveränität und politische Unabhängigkeit Irans zu achten.

Artikel 2.

Zwischen den Verbündeten Staaten einerseits und Seiner Kaiserlichen Majestät dem Schahinschah von Iran andererseits wird ein Bündnis errichtet.

Artikel 3.

1. Die Verbündeten Staaten verpflichten sich, gemeinsam und jeder für sich, Iran mit allen ihnen verfügbaren Kräften gegen jede Agression seitens Deutschlands oder einer beliebigen anderen Macht zu schützen.

2. Seine Kaiserliche Majestät der Schahinschah von Iran verpflichtet sich:

a) mit den Verbündeten Staaten mit allen ihm verfügbaren Mitteln und auf allen möglichen Wegen zusammenzuarbeiten, damit sie die obengenannten Verpflichtungen erfüllen können. Die Hilfe der iranischen Streitkräfte beschränkt sich jedoch auf die Erhaltung der inneren Ordnung auf iranischem Gebiet;

b) den Verbündeten Staaten zwecks Transportes der Streitkräfte und der Versorgung vom einen der verbündeten Staaten zu dem anderen oder zu anderen ähnlichen Zwecken das uneingeschränkte Recht der Ausnutzung, der Unterhaltung, des Schutzes und, falls es militärisch notwendig ist, in jeder erforderlichen Form die Kontrolle aller Kommunikationsmittel im ganzen Iran einschliesslich der Eisenbahnen, der Chausseen und Landwege, der Flüsse, Flughäfen, Seehäfen, Ölleitungen, Telephon-, Telegraphie- und Rundfunkeinrichtungen zu sichern;

c) jede mögliche Hilfe und Mitwirkung bei der Beschaffung der Materialien und bei der Werbung der Arbeitskräfte zum Zwecke der Unterhaltung und Verbesserung der im Punkt b) genannten Kommunikationsmittel zu leisten;

d) in Zusammenarbeit mit den Verbündeten Staaten solche Mittel der Zensurkontrolle festzusetzen und zu erhalten, die sie für notwendig für alle im Punkte b) erwähnten Kommunikationsmittel halten werden.

3. Es ist vollkommen klar, dass bei der Anwendung der Punkte b), c) und d) des § 2 dieses Artikels die Verbündeten Staaten die wesentlichen Bedürfnisse von Iran vollkommen berücksichtigen werden.

Artikel 4.

1. Die Verbündeten Staaten dürfen auf iranischem Gebiet Land-, See- und Luftstreitkräfte in solcher Anzahl unterhalten, in welcher sie es für notwendig halten. Die Aufstellung dieser Streitkräfte muss im Einvernehmen mit der iranischen Regierung bestimmt werden, soweit die strategische Lage das erlauben wird. Alle Fragen, die die Beziehungen zwischen den Streitkräften der Verbündeten Staaten und den iranischen Behörden betreffen, sind nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit den iranischen Behörden zu lösen in der Weise, dass die Sicherung der obengenannten Streitkräfte garantiert ist. Es versteht sich von selbst, dass das Vorhandensein dieser Streitkräfte auf iranischem Gebiet keine militärische Okkupation darstellt und dass es möglichst wenig die normale Arbeit der Administration und der Sicherheitsorgane von Iran, das wirtschaftliche Leben des Landes, die übliche Bewegung der Bevölkerung und die Anwendung der iranischen Gesetze und Verordnungen beeinträchtigen wird.

2. In möglichst kurzer Frist nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages wird ein gesondertes Abkommen oder werden Abkommen in Bezug auf alle finanziellen Verpflichtungen geschlossen werden, die die Verbündeten Staaten gemäss den Bestimmungen dieses Artikels und der Punkte b), c) und d) des § 2 des Artikels 3 in solchen Fragen wie Einkauf an Ort und Stelle, Pachtung von Gebäuden und industriellen Bauten, Miete von Arbeitskräften, Frachten u. a. m. übernommen haben.

Zwischen den Verbündeten Regierungen und der Kaiserlich Iranischen Regierung muss ein spezielles Abkommen geschlossen werden, das die Bedingungen der Übergabe von Gebäuden und anderen Bauten, die von den Verbündeten Staaten auf iranischem Gebiet errichtet sind, nach dem Kriege an die Kaiserlich Iranische Regierung bestimmen wird. Diese Vereinbarungen sollen auch die Immunität regeln, die den Streitkräften der Verbündeten in Iran zustehen wird.

Artikel 5.

Die Streitkräfte der Verbündeten Staaten müssen aus dem iranischen Gebiet spätestens sechs Monate nach der Einstellung aller Kriegshandlungen zwischen den Verbündeten Staaten und Deutschland und dessen Mithelfern durch Abschluss eines Waffenstillstandes oder von Waffenstillständen gerechnet vom Datum des frühesten dieser Akte, oder unmittelbar nach Abschluss des Friedens zwischen ihnen, heraus-

geführt werden. Der Ausdruck „Mithelfer“ Deutschlands bedeutet alle anderen Staaten, die gegenwärtig Kriegshandlungen gegen den einen oder den anderen der Verbündeten Staaten vornehmen oder in der Zukunft vornehmen werden.

Artikel 6.

1. Die Verbündeten Staaten verpflichten sich, in ihren gegenseitigen Beziehungen mit fremden Staaten keine Stellung einzunehmen, die die territoriale Integrität, Souveränität oder politische Unabhängigkeit von Iran beeinträchtigt, wie auch keine Verträge zu schliessen, die den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages widersprechen. Sie verpflichten sich, die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät des Schahinschah in allen die direkten Interessen von Iran berührenden Fragen zu konsultieren.

2. Seine Kaiserliche Majestät der Schahinschah verpflichtet sich, in seinen Beziehungen mit fremden Staaten keine Beziehungen festzulegen, die mit dem Bündnis unvereinbar sind oder keine Verträge zu schliessen, die mit den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages unvereinbar sind.

Artikel 7.

Die Verbündeten Staaten verpflichten sich gemeinsam die grössten Bemühungen anzustellen, um das wirtschaftliche Leben des iranischen Volkes angesichts der Nöte und Schwierigkeiten, die als Auswirkungen des gegenwärtigen Krieges entstehen, zu unterstützen. Nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages werden zwischen der Iranischen Regierung und den Regierungen der Verbündeten Staaten Verhandlungen über die bestmöglichen Methoden der Verwirklichung der oben genannten Verpflichtungen eröffnet.

Artikel 8.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sind im gleichen Masse verbindlich wie zweiseitige Verpflichtungen zwischen seiner Kaiserlichen Majestät dem Schahinschah und jeder der beiden Hohen Vertragschliessenden Teile.

Artikel 9.

Der gegenwärtige Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft und bleibt in Kraft bis zu dem gemäss Artikel 5 für die Entfernung der Streitkräfte der Verbündeten Staaten aus dem iranischen Gebiet festgesetzten Datum. In Bezeugung dessen haben die oben erwähnten bevollmächtigten Vertreter den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihn mit ihren Siegeln versehen. Dieser Vertrag ist in Teheran in 3 Exemplaren in russischer, englischer und persischer Sprache geschlossen. Alle Exemplare sind gleich authentisch.

gez. *A. Smirnov.*
Ali Socheili.
Reader Bullard.

Beilage Nr. 1.

Note des sowjetischen Botschafters an den Minister für auswärtige Angelegenheiten von Iran:)*

Herr Minister,

in Bezug auf Artikel 6 § 1 des heute unterzeichneten Bündnisvertrages habe ich die Ehre, im Namen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Eurer Exzellenz zu versichern, dass meine Regierung die Bestimmungen dieses Artikels in dem Sinne auslegt, dass sie auf die Friedenskonferenz oder auf die Friedenskonferenzen, die nach der Beendigung des Krieges zusammengerufen werden, oder auf alle anderen allgemeinen internationalen Konferenzen anwendbar sind. Dementsprechend betrachtet sie sich als verpflichtet, auf jeder solchen Konferenz nichts zu billigen, was die territoriale Integrität, Souveränität oder politische Unabhängigkeit von Iran beeinträchtigen könnte, und nichts, was die direkten Interessen von Iran betreffen würde, auf irgendeiner solchen Konferenz ohne Konsultationen mit der Regierung von Iran zu besprechen.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird alles tun, was von ihr abhängt, um die Vertretung von Iran auf Grundlage der Gleichberechtigung bei jeglichen Friedensverhandlungen, die unmittelbar seine Interessen berühren, zu sichern.

Empfangen Sie usw.

gez. *A. Smirnov.*

Beilage Nr. 2.

*Note des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten von Iran an den sowjetischen Botschafter:**)*

Herr Botschafter,

in Bezug auf Artikel 6 § 2 des heute unterzeichneten Bündnisvertrages habe ich die Ehre, im Namen der Iranischen Regierung Eurer Exzellenz zu versichern, dass die Iranische Regierung gemäss diesem Artikel es als gegen ihre Verpflichtungen verstossend betrachtet, diplomatische Beziehungen zu einem beliebigen Staat zu unterhalten, mit dem die beiden Verbündeten Staaten nicht in diplomatischen Beziehungen stehen.

Empfangen Sie usw.

gez. *Ali Socheili.*

---

*) Eine Note des gleichen Inhalts ist vom Botschafter Grossbritanniens in Iran an den iranischen Minister für auswärtige Angelegenheiten gerichtet worden.

**) Eine Note des gleichen Inhalts ist vom iranischen Minister für auswärtige Angelegenheiten an den Botschafter Großbritanniens in Iran gerichtet worden.

Beilage Nr. 3.

*Note des Botschafters der UdSSR. in Iran an den Minister für auswärtige Angelegenheiten von Iran:**)

Herr Minister,

ich habe die Ehre, im Namen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Eurer Exzellenz folgende Versicherung abzugeben:

1. In Bezug auf Artikel 3 § 2 des heute unterzeichneten Bündnisvertrages werden die Verbündeten Staaten von Iran keine Beteiligung seiner Streitkräfte in irgendwelchem Kriege oder in kriegerischen Handlungen gegen irgendeinen Staat oder Staaten fordern.

2. In Bezug auf Artikel 4 § 2 gilt es als selbstverständlich, dass der Vertrag keine Bedingungen enthält, welche es erfordern würden, dass die Iranische Regierung Ausgaben für irgendwelche Arbeiten trägt, die die Verbündeten Staaten für ihre eigenen militärischen Ziele ausführen und die für die Bedürfnisse von Iran nicht als notwendig erscheinen.

3. Es wird angenommen, dass die Beilage Nr. 1 in Kraft bleibt, auch wenn der Vertrag gemäss Artikel 9 vor dem Friedensschluss ausser Kraft tritt.

Empfangen Sie usw.

gez. *A. Smirnov.*

72.

GRANDE-BRETAGNE, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Accord concernant l'assistance mutuelle pendant la guerre avec l'Allemagne et ses alliés; signé à Washington, le 23 février 1942.

Parliamentary Papers. United States No. 1. Cmd. 6341.

Agreement between the Governments of the United Kingdom and the United States of America on the Principles applying to Mutual Aid in the Prosecution of the War against Aggression.

Whereas the Governments of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America declare that they are engaged in a co-operative undertaking, together with every other nation or people of like mind, to the end of laying the bases of a just and enduring world peace securing order under law to themselves and all nations;

---

*) Eine Note des gleichen Inhalts ist vom Botschafter Großbritanniens in Iran an den iranischen Minister für auswärtige Angelegenheiten gerichtet worden.

And whereas the President of the United States of America has determined, pursuant to the Act of Congress of the 11th March, 1941, that the defence of the United Kingdom against aggression is vital to the defence of the United States of America;

And whereas the United States of America has extended and is continuing to extend to the United Kingdom aid in resisting aggression;

And whereas it is expedient that the final determination of the terms and conditions upon which the Government of the United Kingdom receives such aid and of the benefits to be received by the United States of America in return therefor should be deferred until the extent of the defence aid is known and until the progress of events makes clearer the final terms and conditions and benefits which will be in the mutual interests of the United States of America and the United Kingdom, and will promote the establishment and maintenance of world peace;

And whereas the Governments of the United States of America and the United Kingdom are mutually desirous of concluding now a preliminary agreement in regard to the providing of defence aid and in regard to certain considerations which shall be taken into account in determining such terms and conditions, and the making of such an agreement has been in all respects duly authorised, and all acts, conditions and formalities which it may have been necessary to perform, fulfil or execute prior to the making of such an agreement in conformity with the laws either of the United States of America or of the United Kingdom have been performed, fulfilled or executed as required;

The undersigned, being duly authorised by their respective Governments for that purpose, have agreed as follows: —

Article 1.

The Government of the United States of America will continue to supply the Government of the United Kingdom with such defence articles, defence services, and defence information as the President shall authorise to be transferred or provided.

Article 2.

The Government of the United Kingdom will continue to contribute to the defence of the United States of America and the strengthening thereof, and will provide such articles, services, facilities or information as it may be in a position to supply.

Article 3.

The Government of the United Kingdom will not, without the consent of the President of the United States of America, transfer title to, or possession of, any defence article or defence information transferred to it under the Act, or permit the use thereof by anyone not an officer, employee or agent of the Government of the United Kingdom.

Article 4.

If, as a result of the transfer to the Government of the United Kingdom of any defence article or defence information, it becomes necessary for that Government to take any action or make any payment in order fully to protect any of the rights of a citizen of the United States of America who has patent rights in and to any such defence article or information, the Government of the United Kingdom will take such action or make such payment when requested to do so by the President of the United States of America.

Article 5.

The Government of the United Kingdom will return to the United States of America at the end of the present emergency, as determined by the President, such defence articles transferred under this Agreement as shall not have been destroyed, lost or consumed, and as shall be determined by the President to be useful in the defence of the United States of America or of the Western Hemisphere or to be otherwise of use to the United States of America.

Article 6.

In the final determination of the benefits to be provided to the United States of America by the Government of the United Kingdom, full cognisance shall be taken of all property, services, information, facilities or other benefits or considerations provided by the Government of the United Kingdom subsequent to the 11th March, 1941, and accepted or acknowledged by the President on behalf of the United States of America.

Article 7.

In the final determination of the benefits to be provided to the United States of America by the Government of the United Kingdom in return for aid furnished under the Act of Congress of the 11th March, 1941, the terms and conditions thereof shall be such as not to burden commerce between the two countries, but to promote mutually advantageous economic relations between them and the betterment of world-wide economic relations. To that end, they shall include provision for agreed action by the United States of America and the United Kingdom, open to participation by all other countries of like mind, directed to the expansion, by appropriate international and domestic measures, of production, employment, and the exchange and consumption of goods, which are the material foundations of the liberty and welfare of all peoples; to the elimination of all forms of discriminatory treatment in international commerce, and to the reduction of tariffs and other trade barriers; and, in general, to the attainment of all the economic objectives set forth in the Joint Declaration made on the 12th August, 1941, by the President

of the United States of America and the Prime Minister of the United Kingdom.*)

At an early convenient date conversations shall be begun between the two Governments with a view to determining, in the light of governing economic conditions, the best means of attaining the above-stated objectives by their own agreed action and or seeking the agreed action of other like-minded Governments.

Article 8.

This Agreement shall take effect as from this day's date. It shall continue in force until a date to be agreed upon by the two Governments.

Signed and sealed at Washington in duplicate this 23rd day of February, 1942.

On behalf of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:
(L. S.) *Halifax.*
His Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary at Washington.

On behalf of the Government of the United States of America:
(L. S.) *Sumner Welles.*
Acting Secretary of State of the United States Government.

73.

GRANDE-BRETAGNE, UNION DES RÉPUBLIQUES SOVIÉTIQUES SOCIALISTES.

Traité d'alliance dans la guerre contre l'Allemagne et ses alliés européens et de collaboration et d'assistance mutuelle après la guerre; signé à Londres, le 26 mai 1942.**)***)

The Times du 12 juin 1942. — Treaty Series Nr. 2 (1942).

Treaty of alliance in the war against Hitlerite Germany and her associates in Europe and of collaboration and mutual assistance thereafter between the Union of Soviet Socialist Republics and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

His Majesty The King of Great Britain, Ireland, and the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, and the Presidium of the Supreme Council of the Union of Soviet Socialist Republics;

---

*) V. ci-dessus, No. 69.

**) Les ratifications ont été échangées à Moscou, le 4 juillet 1942. — V. Iswestija du 5 juillet 1942, No. 156.

***) En langues anglaise et russe. Nous ne reproduisons que le texte anglais.

Desiring to confirm the stipulations of the Agreement between his Majesty's Government in the United Kingdom and the Government of the Union of Soviet Socialist Republics for joint action in the war against Germany, signed at Moscow on July 12, 1941,*) and to replace them by a formal treaty;

Desiring to contribute after the war to the maintenance of peace and to the prevention of further aggression by Germany or the States associated with her in acts of aggression in Europe;

Desiring, moreover, to give expression to their intention to collaborate closely with one another as well as with the other United Nations at the peace settlement and during the ensuing period of reconstruction on the basis of the principles enunciated in the declaration made on August 14, 1941,**) by the President of the United States of America and the Prime Minister of Great Britain, to which the Government of the Union of Soviet Socialist Republics has adhered;

Desiring, finally, to provide for mutual assistance in the event of an attack upon either High Contracting Party by Germany or any of the States associated with her in acts of aggression in Europe,

Have decided to conclude a treaty for that purpose and have appointed as their Plenipotentiaries: —

His Majesty The King of Great Britain, Ireland, and the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India,

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

The Right Honourable Anthony Eden, M. P., His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs;

The Presidium of the Supreme Council of the Union of Soviet Socialist Republics:

M. Vyacheslav Mikhailovich Molotov, People's Commissar for Foreign Affairs,

Who, having communicated their full powers, found in good and due form, have agreed as follows:

Part I.

Article I.

In virtue of the alliance established between the United Kingdom and the Union of Soviet Socialist Republics, the High Contracting Parties mutually undertake to afford one another military and other assistance and support of all kinds in the war against Germany and all those States which are associated with her in acts of aggression in Europe.

Article II.

The High Contracting Parties undertake not to enter into any negotiations with the Hitlerite Government or any other Government in Germany that does not clearly renounce all aggressive intentions, and not to negotiate or conclude except by mutual consent any armistice or

*) V. N.R.G. 3. s. XXXIX, p. 401.

**) V. ci-dessus, No. 69. — Le 14 août était la date de la publication.

peace treaty with Germany or any other State associated with her in acts of aggression in Europe.

Part II.

Article III.

(1) The High Contracting Parties declare their desire to unite with other like-minded States in adopting proposals for common action to preserve peace and resist aggression in the post-war period.

(2) Pending the adoption of such proposals, they will after the termination of hostilities take all the measures in their power to render impossible a repetition of aggression and violation of the peace by Germany or any of the States associated with her in acts of aggression in Europe.

Article IV.

Should one of the High Contracting Parties during the postwar period become involved in hostilities with Germany or any of the States mentioned in Article III (2) in consequence of an attack by that State against that Party, the other High Contracting Party will at once give to the Contracting Party so involved in hostilities all the military and other support and assistance in his power.

This Article shall remain in force until the High Contracting Parties, by mutual agreement, shall recognize that it its superseded by the adoption of the proposals contemplated in Article III (1). In default of the adoption of such proposals, it shall remain in force for a period of twenty years, and thereafter until terminated by either High Contracting Party, as provided in Article VIII.

Article V.

The High Contracting Parties, having regard to the interests of the security of each of them, agree to work together in close and friendly collaboration after the re-establishment of peace for the organization of security and economic prosperity in Europe. They will take into account the interests of the United Nations in these objects, and they will act in accordance with the two principles of not seeking territorial aggrandisement for themselves and of non-interference in the internal affairs of other States.

Article VI.

The High Contracting Parties agree to render one another all possible economic assistance after the war.

Article VII.

Each High Contracting Party undertakes not to conclude any alliance and not to take part in any coalition directed against the other High Contracting Party.

Article VIII.

The present treaty is subject to ratification in the shortest possible time, and the instruments of ratification shall be exchanged in Moscow as soon as possible.

It comes into force immediately on the exchange of the instruments of ratification, and shall thereupon replace the agreement between the Government of the Union of Soviet Socialist Republics and his Majesty's Government in the United Kingdom, signed at Moscow on July 12, 1941.*)

Part I of the present treaty shall remain in force until the re-establishment of peace between the High Contracting Parties and Germany and the Powers associated with her in acts of aggression in Europe.

Part II of the present treaty shall remain in force for a period of 20 years. Thereafter, unless 12 months' notice has been given by either party to terminate the treaty at the end of the said period of 20 years, it shall continue in force until 12 months after either High Contracting Party shall have given notice to the other in writing of his intention to terminate it.

In witness whereof the above-named Plenipotentiaries have signed the present treaty and have affixed thereto their seals.

Done in duplicate in London on the 26th day of May, 1942, in the Russian and English languages, both texts being equally authentic.

(L. S.) *Anthony Eden.*
(L. S.) *V. Molotov.*

74.

GRANDE-BRETAGNE, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Déclaration pour l'organisation de deux autorités communes destinées à régler en commun la production et l'approvisionnement des comestibles; du 9 juin 1942.

The Times du 10 juin 1942.

In order to complete the organization needed for the most effective use of the combined resources of the United States and United Kingdom for the prosecution of the war, there are hereby established a Combined Production and Resources Board and a Combined Food Board.

Combined Production and Resources Board. — This Board shall consist of the chairman of the War Production Board [Mr. Donald Nelson], representing the United States, and the Minister of Production [Mr. Oliver Lyttelton], representing the United Kingdom.

The Board shall: —

(*a*) Combine the production programmes of the United States and the United Kingdom into a single integrated programme, adjusted to the strategic requirements of the war, as indicated to the Board by the Combined Chiefs of Staff, and to all relevant pro-

*) V. N.R.G. 3. s. XXXIX, p. 401.

duction factors. In this connexion the Board shall take account of the need for maximum utilization of the productive resources available to the United States, the British Commonwealth of Nations, and the United Nations, the need to reduce demands on shipping to a minimum, and the essential needs of the civilian populations.

(*b*) In close collaboration with the Combined Chiefs of Staff, assure the continuous adjustment of the combined production programme to meet changing military requirements.

To this end, the Combined Chiefs of Staff and the Combined Munitions Assignments Board shall keep the Combined Production and Resources Board currently informed concerning military requirements, and the Combined Production and Resources Board shall keep the Combined Chiefs of Staff and the Combined Munitions Assignments Board currently informed concerning the facts and possibilities of production.

To facilitate continuous operation, the members of the board shall each appoint a deputy, and the board shall form a combined staff. The board shall arrange for such conferences among United States and United Kingdom personnel as it may from time to time deem necessary or appropriate to study particular production needs, and utilize the Joint War Production Staff in London, the Combined Raw Materials Board, the Joint Aircraft Committee, and other existing combined or national agencies for war production in such manner and to such extent as it shall deem necessary.

Combined Food Board. — This board will be composed of the Secretary of Agriculture for the United States [Mr. Wickard] and the head of the British Food Mission [Mr. R. H. Brand], who will represent and act under the instructions of the Minister of Food. The purpose of the Board shall be to coordinate and obtain a planned and expeditious utilization of the food resources of the United Nations.

The duties of the board shall be to consider, investigate, inquire into, and formulate plans with regard to any question in respect of which the Governments of the United States and the United Kingdom have, or may have, a common concern, relating to supply, production, transportation, disposal, allocation, or distribution in or to any part of the world, of foods, agricultural materials from which foods are derived, and equipment and nonfood materials used in the production of such foods, and agricultural materials, and to make recommendations to the Governments of the United States and the United Kingdom in respect of any such question.

To work in collaboration with others of the United Nations towards the best utilization of their food resources and, in collaboration with any interested nation or nations, to formulate plans and recommendations for development, expansion, purchase, or other effective use of their food resources.

The Board shall be entitled to receive from any agency of the Government of the United States and any department of the Govern-

ment of the United Kingdom any information available to such agency or department relating to any matter with regard to which the board is competent to make recommendations to those Governments, and in principle the entire foods resources of Great Britain and the United States will be deemed to be in a common pool about which fullest information will be interchanged.

75.

GRANDE-BRETAGNE, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Echange de Notes afin de compléter les Accords entre les deux Etats concernant l'assistance mutuelle pendant la guerre avec l'Allemagne; du 3 septembre 1942.

The Times du 4 septembre 1942.

a) *Note de l'Ambassadeur Lord Halifax.*

In the United Nations' Declaration of January 1, 1942,*) the Contracting Government pledged themselves to employ their full resources, military or economic, against those nations with which they are at war, and in the Agreement of February 23, 1942,**) each Contracting Government undertook to provide the other with such articles, services, facilities or information, useful in the prosecution of their common war undertaking, as each may be in a position to supply. It is further the understanding of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland that the general principle to be followed in providing mutual aid as set forth in the said Agreement of February 23, 1942, is that the war production and the war resources of both nations should be used by the armed forces of each, and of the other United Nations, in ways which most effectively utilize the available materials, man-power, production facilities, and shipping space.

With a view, therefore, to supplementing Article 2 and Article 6 of the Agreement of February 23, 1942, between our two Governments for the provision of reciprocal aid, I have the honour to set forth below the understanding of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland of the principles and procedures applicable to the provision of aid by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the armed forces of the United States and the manner in which such aid will be correlated with the maintenance of those forces by the United States Government.

1. While each Government retains the right of final decision, in the light of its own potentialities and responsibilities, decisions as to the

*) V. ci-dessus, No. 70.
**) V. ci-dessus, No. 72.

most effective use of resources shall, so far as possible, be made in common, pursuant to common plans for winning the war.

2. As to financing the provision of such aid, within the fields mentioned below, it is the understanding of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland that the general principle to be applied, to the point at which the common war effort is most effective, is that as large a portion as possible of the articles and services which each Government may authorize to be provided to the other shall be in the form of reciprocal aid, so that the need of each Government for the currency of the other may be reduced to a minimum. It is accordingly the understanding of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland that the United States Government will provide, in accordance with the provisions of, and to the extent authorized under, the Act of March 11, 1941, the share of its war production made available to the United Kingdom. The Government of the United Kingdom will provide, on the same terms and as reciprocal aid, so much of its war production made available to the United States as it authorizes in accordance with the Agreement of February 23, 1942.

3. The Government of the United Kingdom will provide the United States or its armed forces with the following types of assistance, as such reciprocal aid, when it is found that they can most effectively be procured in the United Kingdom or in the British Colonial Empire: —

(*a*) Military equipment, munitions and military and naval stores.

(*b*) Other supplies, materials, facilities and services for the United States forces, except for the pay and allowances of such forces, administrative expenses, and such local purchases as its official establishments may make other than through the official establishments of the Government of the United Kingdom as specified in paragraph 4.

(*c*) Supplies, materials, and services needed in the construction of military projects, tasks and similar capital works required for the common war effort in the United Kingdom or in the British Colonial Empire, except for the wages and salaries of United States citizens.

(*d*) Supplies, materials, and services needed in the construction of such military projects, tasks, and capital works in territory other than the United Kingdom or the British Colonial Empire or territory of the United States to the extent that the United Kingdom or the British Colonial Empire is a more practicable source of supply than the United States or another of the United Nations.

4. The practical application of the principles formulated in this note, including the procedure by which requests for aid by either Government are made and acted upon, shall be worked out as occasion may require by agreement between the two Governments, acting when possible through their appropriate military or civilian administrative authorities. Requests by the United States Government for such aid will be presented by duly authorized authorities of the United States to official agencies of the United Kingdom which will be designated or established in London

and in the areas where United States forces are located for the purpose of facilitating the provision of reciprocal aid.

5. It is the understanding of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland that all such aid, as well as other aid, including information, received under Article 6 of the Agreement of February 23, 1942, accepted by the President of the United States or his authorized representatives from the Government of the United Kingdom will be received as a benefit to the United States under the Act of March 11, 1941. In so far as circumstances will permit, appropriate record of aid received unter this arrangement, except for miscellaneous facilities and services, will be kept by each Government.

If the Government of the United States concurs in the foregoing, I would suggest that the present note and your reply to that effect be regarded as placing on record the understanding of our two Governments in this matter.

b) *Note du Secrétaire d'Etat Hull.*

I have the honour to acknowledge the receipt of your Note of to-day's date concerning the principles and procedures applicable to the provision of aid by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the armed forces of the United States of America.

In reply I wish to inform you that the Government of the United States agrees with the understanding of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland as expressed in that Note. In accordance with the suggestion contained therein your Note and this reply will be regarded as placing on record the understanding between our two Governments in this matter.

This further integration and strengthening of our common war effort gives me great satisfaction.

76.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, CANADA.

Accord concernant la collaboration économique après la guerre; conclu par un Echange de Notes signées à Washington, le 30 novembre 1942.

The New York Times du 2 décembre 1942.

Department of State,
Washington, D. C., Nov. 30, 1942.

Sir:

I have the honor to set forth below my understanding of the conclusions reached in conversations which have taken place from time to

time during the past year between representatives of the Government of the United States and the Government of Canada with regard to post-war economic settlements.

Our two governments are engaged in a cooperative undertaking, together with every other nation or people of like mind, to the end of laying the basis of a just enduring world peace, securing order under law to themselves and all nations.

They have agreed to provide mutual aid, both in defense and economic matters, through the Ogdensburg and Hyde Park agreements and subsequent arrangements. They are in agreement that post-war settlements must be such as to promote mutually advantageous economic relations between them and the betterment of world-wide economic relations.

To that end the Governments of the United States of America and of Canada are prepared to cooperate in formulating a program of agreed action, open to participation by all other countries of like mind, directed to the expansion, by appropriate international and domestic measures, of production, employment and the exchange and consumption of goods, which are the material foundations of the liberty and welfare of all peoples; to the elimination of all forms of discriminatory treatment in international commerce, and to the reduction of tariffs and other trade barriers; and, in general, to the attainment of all the economic objectives set forth in the Joint Declaration made on Aug. 14, 1941, by the President of the United States of America and the Prime Minister of the United Kingdom.

Our governments have in large measure similar interests in post-war international economic policy. They undertake to enter at an early convenient date into conversations between themselves and with representatives of other United Nations with a view to determining, in the light of governing economic conditions, the best means of attaining the above-stated objectives by agreed action on the part of our two governments and other like-minded governments.

In the conversations to be undertaken between the Governments of the United States of America and of Canada they will seek to furnish to the world concrete evidence of the ways in which two neighboring countries that have a long experience of friendly relations and a high degree of economic interdependence, and that share the conviction that such reciprocally beneficial relations must form a part of a general system, may promote by agreed action their mutual interests to the benefit of themselves and other countries.

If the Government of Canada concurs in the foregoing statement of conclusions, I would suggest that the present note and your reply to that effect should be regarded as placing on record the understanding of our two governments in this matter.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

Cordell Hull.

Canadian Legation,
Washington, D. C., Nov. 30, 1942.

Sir:

I have the honor to refer to your note of Nov. 30, 1942, setting forth your understanding of the conclusions reached in conversations between representatives of the Government of Canada and the Government of the United States with regard to post-war economic settlements. That understanding is as follows:

Our two governments are prepared to cooperate in formulating a program of agreed action, open to participation by all other countries of like mind, directed to the expansion, by appropriate international and domestic measures, of production, employment, and the exchange and consumption of goods, which are the material foundations of the liberty and welfare of all people; to the elimination of all forms of discriminatory treatment in international commerce, and to the reduction of tariffs and other trade barriers; and, in general, to the attainment of all the economic objectives set forth in the Joint Declaration made on Aug. 14, 1941,*) by the President of the United States of America and the Prime Minister of the United Kingdom.

Our governments have in large measure similar interests in post-war international economic policy. They undertake to enter at an early convenient date into conversations between themselves and with representatives of other United Nations with a view to determining, in the light of governing economic conditions, the best means of attaining the above-stated objectives by agreed action on the part of our two governments and other like-minded governments.

In the conversations to be undertaken between the Governments of Canada and of the United States of America, they will seek to furnish to the world concrete evidence of the ways in which two neighboring countries that have a long experience of friendly relations and a high degree of economic interdependence, and that share the conviction that such reciprocally beneficial relations must form part of a general system, may promote by agreed action their mutual interests to the benefit of themselves and other countries.

I am instructed to inform you that the Government of Canada concurs in the foregoing statement of conclusions and agrees to your suggestion that your note of Nov. 30, 1942, and this reply should be regarded as placing on record the understanding of our two governments in this matter.

Accept, Sir, the renewed assurance of my highest consideration.

Leighton McCarthy.

---

*) V. ci-dessus, No. 69. — Le 14 août était la date de la publication.

77.

ALLEMAGNE, FRANCE.

Convention concernant le relèvement des ponts de Strasbourg-Kehl et la suppression du pont de chemin de fer de Huningue; signée à Berlin, le 6 novembre 1934.*)

Reichsgesetzblatt 1936. II, No. 41.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über die Höherlegung der Strassburg-Kehler Brücken und den Abbruch der Hüninger Eisenbahnbrücke.

Die Deutsche Regierung und die Französische Regierung, von dem Wunsche geleitet, gemäss Artikel 21 des Vertrags über die Festsetzung der deutsch-französischen Grenze vom 14. August 1925**) und in Verfolg der Beschlüsse der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt vom 8. April 1930 und vom 15. November 1932 die Bedingungen der Höherlegung der Strassburg-Kehler Brücken und des Abbruchs der Hüninger Eisenbahnbrücke festzusetzen,

haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Deutsche Regierung:

Herrn Gerhard Köpke, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt,

die Französische Regierung:

Herrn André François-Poncet, Französischen Botschafter in Berlin,

die über die nachstehenden Bestimmungen übereingekommen sind:

Convention entre la France et l'Allemagne concernant le relèvement des ponts de Strasbourg-Kehl et la suppression du pont de chemin de fer de Huningue.

Le Gouvernement Français et le Gouvernement Allemand, désireux de régler, conformément à l'Article 21 du Traité portant délimitation de la frontière franco-allemande du 14 août 1925*) et comme suite aux résolutions de la Commission centrale pour la navigation du Rhin du 8 avril 1930 et du 15 novembre 1932, les conditions du relèvement des ponts de Strasbourg-Kehl et celles de la suppression du pont de chemin de fer de Huningue,

ont désigné pour leurs Plénipotentiaires:

le Gouvernement Français:

Monsieur André François-Poncet, Ambassadeur de France à Berlin,

le Gouvernement Allemand:

Monsieur Gerhard Köpke, Directeur au Ministère des Affaires Etrangères,

qui sont convenus des dispositions suivantes:

*) Les ratifications ont été échangées à Paris, le 4 novembre 1936.
**) V. N.R.G. 3. s. XXII, p. 660.

Artikel 1.

Der Französische Staat wird die Höherlegung und, falls er dies für notwendig hält, die Erneuerung der Strassburg-Kehler Brücken bis zu der Grenze seines Eigentums durchführen, wie sie im Artikel 18 des deutsch-französischen Vertrags vom 14. August 1925 über die Festsetzung der Grenze bestimmt ist. Er übernimmt dies zu seinen alleinigen Lasten und behält das Eigentum an den Brücken.

Artikel 2.

Falls die Herstellug einer Notbrücke für die Dauer der Arbeiten notwendig sein sollte, wird die Französische Regierung die sich daraus ergebenden Kosten bis zum deutschen Ufer übernehmen, während die Deutsche Regierung den Anschluss dieser Notbrücke an die auf ihrem Gebiet bestehenden Verkehrswege sicherstellen wird.

Das Landauflager der Notbrücke und erforderlichenfalls die Überbrückung des nach dem Kehler Hafen führenden Kanals gehören zu den von Frankreich zu tragenden Brückenkosten.

Artikel 3.

Die Deutsche Regierung wird der Französischen Regierung die notwendigen Erleichterungen sowohl für die Höherlegung und gegebenenfalls die Erneuerung der Brükken, als auch erforderlichenfalls für die Herstellung des Anschlusses der Notbrücke auf dem deutschen Ufer gewähren; besonders gilt dies für die Benutzung von Bauplätzen auf deutschem Gebiet, die zu diesem Zwecke dienlich sein könnte.

Article 1.

L'Etat Français assurera le relèvement des ponts de Strasbourg-Kehl et, s'il le juge nécessaire, leur renouvellement jusqu'à la limite de sa propriété telle qu'elle est déterminée par l'Article 18 du Traité portant délimitation de la frontière conclu entre la France et l'Allemagne le 14 août 1925. Il assumera cette charge et il conservera la propriété de ces ponts.

Article 2.

Au cas où l'établissement d'un pont provisoire pendant la durée des travaux serait nécessaire, le Gouvernement Français en assumerait la charge jusqu'à la rive allemande, le Gouvernement allemand ayant à assurer le raccordement de ce pont provisoire aux voies existant sur son territoire.

La construction de la culée du pont provisoire et l'établissement éventuel d'un pont sur le canal conduisant au port de Kehl seront à la charge du Gouvernement Français.

Article 3.

Le Gouvernement Allemand donnera au Gouvernement Français les facilités nécessaires tant pour le relèvement et le renouvellement éventuel des ponts que pour la construction éventuelle de l'aboutissement du pont provisoire sur la rive allemande, notamment en ce qui concerne les occupations de terrains en territoire allemand qui pourraient être utiles à cet effet.

Die Kosten der Inanspruchnahme solcher Bauplätze auf deutschem Boden wird die Deutsche Regierung übernehmen.

Les indemnités afférentes aux occupations de terrain en territoire allemand seront à la charge du Gouvernement Allemand.

Artikel 4.

Jede der beiden Regierungen wird auf ihrem Gebiet alle durch die Höherlegung der beiden Strassburg-Kehler Brücken notwendig werdenden Veränderungen der bestehenden Zugangswege zu ihren Lasten ausführen.

Article 4.

Chaque Gouvernement assumera sur son territoire la charge de tous les travaux de modification des voies d'accès rendus nécessaires par le relèvement des deux ponts de Strasbourg-Kehl.

Artikel 5.

Der Überbau der Hüninger Eisenbahnbrücke wird auf Kosten der Französischen Regierung beseitigt. Falls die Beseitigung der Brückenpfeiler in gegenseitigem Einvernehmen für notwendig befunden wird, würden die sich daraus ergebenden Kosten gleichfalls von der Französischen Regierung getragen werden.

Article 5.

Le tablier du pont du chemin de fer de Huningue sera supprimé aux frais du Gouvernement Français. Au cas où la démolition des piles serait, d'un commun accord, jugée nécessaire, les frais en seraient également assumés par le Gouvernement Français.

Artikel 6.

Falls die Wiederherstellung der genannten Eisenbahnbrücke für notwendig erachtet werden sollte, wird Frankreich die Kosten übernehmen. Die Entscheidung, die hinsichtlich dieser Wiederherstellung zu treffen sein würde, darf nur durch die Verkehrsbedürfnisse bestimmt werden.

Article 6.

Au cas où le rétablissement dudit pont de chemin de fer serait jugé nécessaire, la France en assumerait les frais. La décision à prendre en ce qui concerne ce rétablissement ne devra s'inspirer que des besoins du trafic.

Artikel 7.

Das vorliegende Abkommen wird ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden werden sobald als möglich in Paris ausgetauscht werden.

Es tritt am Tage des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Article 7.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications seront échangées à Paris dans le plus bref délai possible.

Elle entrera en vigueur le jour de l'échange des ratificatios.

Zu Urkund dessen haben die gehörig beglaubigten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Geschehen in doppelter Urschrift auf deutsch und auf französisch zu Berlin, am 6. November 1934.

Gerhard Köpke.
André François-Poncet.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Berlin, en double exemplaire, en français et en allemand, le 6 novembre 1934.

Gerhard Köpke.
André François-Poncet.

Zeichnungsprotokoll.

I.

Um eine möglichst frühzeitige Fertigstellung der Arbeiten zu ermöglichen, die in dem Abkommen vom heutigen Tage über die Höherlegung der Strassburg-Kehler Brükken und den Abbruch der Hüninger Eisenbahnbrücke vorgesehen sind, werden die interessierten deutschen und französischen Verwaltungen sobald als möglich den Plan für die Durchführung dieser Arbeiten sowie die Entwürfe ausarbeiten, die gemäss den bestehenden Verträgen der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt zu unterbreiten sind.

Die Arbeiten werden begonnen, sobald die notwendige Vereinbarungen unter allen Beteiligten zustande gekommen sind.

II.

Mit Beziehung auf Artikel 6 des am heutigen Tage unterzeichneten Abkommens erklären die Vertragschliessenden Teile, dass dieser Artikel für Frankreich nicht die Möglichkeit ausschliesst, irgendwelche

Protocole de signature.

I.

En vue de permettre l'exécution prochaine des travaux prévus dans la Convention en date de ce jour concernant le relèvement des ponts de Strasbourg-Kehl et la suppression du pont de chemin de fer de Huningue, les administrations française et allemande intéressées établiront aussitôt que possible le programme d'exécution de ces travaux et les projets à soumettre à la Commission centrale pour la Navigation du Rhin, conformément aux conventions en vigueur.

Les travaux seront commencés dès que les ententes nécessaires auront été réalisées entre tous les intéressés.

II.

Se référant à l'Article 6 de la Convention signée en date de ce jour, les Hautes Parties Contractantes déclarent que cet Article n'exclue pas pour la France la possibilité de faire appel au concours de toutes

ausserdeutschen Körperschaften zur Mitwirkung heranzuziehen.

Geschehen in doppelter Urschrift auf deutsch und auf französisch zu Berlin, am 6. November 1934.

Gerhard Köpke.
André François-Poncet.

collectivités autres que les collectivités allemandes.

Fait à Berlin, en double exemplaire, en français et en allemand, le 6 novembre 1934.

Gerhard Köpke.
André François-Poncet.

78.

ALLEMAGNE, POLOGNE, DANTZIG.

Accord sur le rachat des obligations de la Province de Prusse occidentale; signé à Berlin, le 10 novembre 1934.*)**)

Reichsgesetzblatt 1937. II, No. 3.

Abkommen über die Einlösung der Westpreussischen Anleihescheine.

Das Deutsche Reich einerseits und die Republik Polen und die Freie Stadt Danzig andererseits haben, von dem Wunsche geleitet, die Einlösung der von dem Provinzialverband der Provinz Westpreussen ausgegebenen Anleihescheine zu regeln, beschlossen, hierüber ein Abkommen zu treffen. Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler
Herrn Gesandten Dr. Paul Eckardt,
der Präsident der Republik Polen
Herrn Dr. Józef Sulkowski, Universitätsprofessor und Mitglied der Kodifikationskommission der Republik Polen, der gemäss Artikel 104 Absatz 6 des Versailler Vertrages***) auch für die Freie Stadt Danzig, soweit sie als Vertragsteil in Frage kommt, handelt.

Die Bevollmächtigten haben nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Abschnitt I.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

Westpreussische Anleihescheine im Sinne dieses Abkommens sind die auf den Inhaber lautenden Anleihescheine des Provinzialverbandes der

*) L'échange des ratifications au nom du Reich allemand et de la République polonaise a eu lieu à Varsovie, le 21 décembre 1936.

**) En langues allemande et polonaise. Nous ne reproduisons que le texte allemand.

***) V. **N.R.G.** 3. s. XI, p. 420.

Provinz Westpreussen, die für Zwecke der Provinzialhilfskasse ausgegeben worden sind.

Abschnitt II.

Einlösung der Anleihescheine.

Artikel 2.

(1) Das Deutsche Reich übernimmt die Einlösung der Westpreussischen Anleihescheine.

(2) Die Einlösung der Westpreussischen Anleihescheine liegt weder der Republik Polen noch der Freien Stadt Danzig ob.

Artikel 3.

Die im Artikel 2 Absatz 1 vorgesehene Einlösung der Westpreussischen Anleihescheine wird von einer deutschen öffentlich-rechtlichen Stelle vorgenommen, die bei Austausch der Ratifikationsurkunden benannt werden wird.

Artikel 4.

(1) Die Einlösung der Westpreussischen Anleihescheine erfolgt nach den deutschen Vorschriften über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Sie kann auch derart vorgenommen werden, dass den Inhabern der Westpreussischen Anleihescheine Stücke der vom Deutschen Sparkassen- und Giroverbande ausgegebenen kommunalen Sammelablösungsanleihe ausgefolgt werden.

(2) Unter deutschen Vorschriften über die Ablösung öffentlicher Anleihen sind das Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 137) sowie alle sonstigen im Deutschen Reich jetzt und künftig geltenden Gesetze und Verordnungen über die Ablösung öffentlicher Anleihen zu verstehen.

(3) Bei der Einlösung der Westpreussischen Anleihescheine werden die polnischen Staatsangehörigen und die Angehörigen der Freien Stadt Danzig den deutschen Reichsangehörigen gleichgestellt.

Artikel 5.

(1) Westpreussische Anleihescheine, die bei den polnischen Behörden als polnischer Besitz angemeldet worden sind und von der Polnischen Regierung der Deutschen Regierung beim Austausch der Ratifikationsurkunden mitgeteilt werden, gelten als rechtzeitig angemeldet.

(2) Als rechtzeitig angemeldet gelten auch solche Westpreussische Anleihescheine, deren Anmeldung vor Inkrafttreten dieses Abkommens seitens polnischer Staatsangehöriger bei den zuständigen deutschen Stellen erfolgt, aber von diesen wegen Fristversäumnis zurückgewiesen worden ist.

(3) Die Inhaber der in den Absätzen 1, 2 bezeichneten Anleihescheine haben diese bei der zuständigen deutschen Stelle (Artikel 3) innerhalb von vier Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens einzu-

reichen und dabei die nach den deutschen Vorschriften über die Ablösung öffentlicher Anleihen erforderlichen Angaben zu machen.

Abschnitt III.

Beiträge für die Einlösung der Anleihescheine.

Artikel 6.

(1) Die Republik Polen und die Freie Stadt Danzig werden dem Deutschen Reich für die Einlösung der Westpreussischen Anleihescheine innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens Beiträge leisten.

(2) Der Beitrag der Freien Stadt Danzig beläuft sich auf 86 750 (sechsundachtzigtausendsiebenhundertundfünfzig) Danziger Gulden in bar.

(3) Der Beitrag der Republik Polen wird durch Überlassung deutscher öffentlicher Markanleihen im Nennbetrage von 6 000 000 (sechs Millionen) Mark geleistet, an deren Stelle entsprechende Beträge von Auslosungsrechten nebst Anleiheablösungsgeld oder Ablösungsanleihe treten können. Die Überlassung wird auf dem im Absatz 5 vorgesehenen Wege durchgeführt.

(4) Die Überlassung erfolgt in solchen Werten, die polnischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften zustehen, deren Gebiet (Geschäftsbezirk) einen Teil des durch die Grenzziehung durchschnittenen ehemaligen Gebietes (Geschäftsbezirkes) einer deutschen öffentlich-rechtlichen Körperschaft (durchschnittene Körperschaft) bildete. Die Werte müssen ununterbrochen seit dem 30. Juni 1920 der polnischen Körperschaft zustehen; hierbei rechnet auch die Zeit mit, in der sie der durchschnittenen Körperschaft zugestanden haben. Die Werte werden in einem Verzeichnis aufgeführt, das tunlichst bald ach Unterzeichnung dieses Abkommens in beiderseitigem Einvernehmen aufgestellt werden wird.

(5) Mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens gehen die in dem Verzeichnis (Absatz 4) aufgeführten Werte von Rechts wegen auf den Wojewódzki Związek Komunalny Pomorski über, der im Auftrage der Polnischen Regierung den Beitrag zu leisten hat und die Werte unverzüglich an eine von der Deutschen Regierung bezeichnete Stelle überträgt. Die Werte gelten als von dem Wojewódzki Związek Komunalny Pomorski und von der deutschen Stelle vor dem 1. Juli 1920 erworben.

(6) Der Wojewódzki Związek Komunalny Pomorski hat den im Absatz 4 bezeichneten polnischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften gegenüber die Rechte und Pflichten eines Treuhänders. Er hat unbeschadet der nachstehenden Bestimmungen den Gegenwert der übernommenen Werte nach den polnischen Vorschriften über Umrechnung und Ablösung öffentlicher und staatlich garantierter Anleihen festzustellen und in dem entsprechenden Betrage in eigenen Konversionsanleihescheinen den Berechtigten auszuhändigen. Die Konversionsanleihe

wird einheitlich mit 5 % verzinst und in 20 gleichen Jahresraten getilgt. Die bis zum Konversionstage laufenden Zinsen werden dem Umrechnungsbetrage zugeschlagen. Als Konversionstag gilt der 1. Juli 1935.

Artikel 7.

(1) Mit Ablauf der im Artikel 6 Absatz 1 bezeichneten Frist gelten sämtliche auf Grundstücken im Gebiete der Freien Stadt Danzig eingetragenen Grundschulden als zurückgezahlt und erloschen, die dem Provinzialverband der Provinz Westpreussen, der Westpreussischen Provinzialhilfskasse oder der Westpreussischen Kriegsvorschusskasse (Kriegshilfskasse) als Deckung der ausgegebenen Anleihescheine am 10. Januar 1920 zugestanden haben.

(2) Für die in Polen bestehenden Rechte, die dem Provinzialverband der Provinz Westpreussen, der Westpreussischen Provinzialhilfskasse oder der Westpreussischen Kriegsvorschusskasse (Kriegshilfskasse) als Deckung der ausgegebenen Anleihescheine am 10. Januar 1920 zugestanden haben, wird folgendes bestimmt:

Mit Ablauf der im Artikel 6 Absatz 1 bezeichneten Frist gelten die auf Grundstücken des Wojewódzki Związek Kumunalny Pomorski eingetragenen Grundschulden als zurückgezahlt und erloschen. Die Löschung im Grundbuche erfolgt vom Amts wegen ohne Vorlage der Grundschuldbriefe.

Sonst noch in Polen bestehende Rechte gehen mit Ablauf der vorerwähnten Frist von Rechts wegen auf den Wojewódzki Związek Komunalny Pomorski über. Zur Wirksamkeit des Rechtsübergangs bedarf es weder der Aushändigung von Hypotheken- oder Grundschuldbriefen noch der Eintragung ins Grundbuch noch einer sonstigen Rechtshandlung.

Soweit sich Hypotheken- oder Grundschuldbriefe im Besitze deutscher öffentlich-rechtlicher Stellen befinden, werden sie innerhalb eines Monats nach Ablauf der im Artikel 6 Absatz 1 bezeichneten Frist an den Wojewódzki Związek Komunalny Pomorski ausgehändigt werden.

Abschnitt IV.

Schlussbestimmungen.

Artikel 8.

(1) Dieses Abkommen soll nebst dem Schlussprotokoll ratifiziert, die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt 14 Tage nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen in drei, in deutscher und polnischer Sprache hergestellten Ausfertigungen unterzeichnet. Eine Ausfertigung erhält das Deutsche Reich und zwei

Ausfertigungen die Republik Polen, von denen sie die eine an die Freie Stadt Danzig weiterleiten wird.

Geschehen in Berlin, den zehnten November Neunzehnhundertvierunddreissig.

Paul Eckardt.
Jósef Sulkowski.

Schlussprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des Abkommens über die Einlösung der Westpreussischen Anleihescheine haben die Bevollmächtigten der Vertragsteile folgendes vereinbart:

§ 1.

Die Einbeziehung von Anleihescheinen, die für Zwecke der Westpreussischen Kriegsvorschusskasse (Kriegshilfskasse) ausgegeben worden sind, in das Abkommen ist nur um deswillen nicht erfolgt, weil solche Anleihescheine nach Kenntnis der Vertragsteile nicht im Umlauf sind. Sollten entgegen dieser Auffassung doch einzelne derartige Anleihescheine vorhanden sein, so bezieht sich die Einlösungsverpflichtung des Deutschen Reichs (Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens) auch auf diese Anleihescheine.

§ 2.

Die im Abkommen verwendete Bezeichnung „öffentlich-rechtliche Körperschaft" umfasst Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechtes.

§ 3.

Der Beitrag der Freien Stadt Danzig (Artikel 6 Absatz 2 des Abkommens) kann an Stelle der Barzahlung auch in entsprechender Weise, wie dies für die Beitragsleistung der Republik Polen vorgesehen ist (Artikel 6 Absätze 3, 4 des Abkommens), beglichen werden.

§ 4.

Die im § 3 Absatz 1 des Schlussprotokolls zum deutsch-polnischen Aufwertungsabkommen vom 5. Juli 1928 bezeichneten Auslosungsrechte nebst Anleiheablösungsschuld oder Ablösungsanleihe sowie die im Absatz 2 des gleichen Paragraphen bezeichneten Konversionsschuldverschreibungen stehen denjenigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften zu, in deren Gebiete (Geschäftsbezirk) der Ort belegen ist, in welchem sich der Verwaltungssitz der durchschnittenen Körperschaft vor der Grenzziehung befand.

§ 5.

Zugunsten durchschnittener Körperschaften bestehende Pfandrechte und sonstige Sicherungen an Werten, die unter das Aufwertungsabkom-

men fallen, sowie an den im § 4 dieses Schlussprotokolls erwähnten Werten gelten als erloschen. Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse sowie sonstige Beschlagnahmen solcher Werte treten ausser Kraft.

Berlin, den zehnten November Neunzehnhundertvierunddreissig.

Paul Eckardt.
Jósef Sulkowski.

79.

BELGIQUE, PAYS-BAS.

Arrangement relatif au pilotage et à la surveillance commune dans l'Escaut; signé à Anvers, le 20 décembre 1934, précédé d'un Echange de Notes signées à La Haye, le 6 avril 1935.

Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden 1935, No. 314.

La Haye, le 6 avril 1935.

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que le Gouvernement de la Reine a approuvé l'arrangement, signé à Anvers le 20 décembre 1934, par les Commissaires permanents néerlandais et belges pour la surveillance commune de la navigation et des services de pilotage etc. dans l'Escaut, ci-annexé en copie et dont la teneur sera considérée comme insérée dans la présente Note.

Je me permets de proposer à Votre Excellence de fixer la date de l'entrée en vigueur dudit arrangement au 1er mai 1935 et je Lui saurais gré de bien vouloir me communiquer si le Gouvernement belge est d'accord avec cette date.

Je saisis cette occasion, Monsieur le Ministre, pour Vous renouveler l'assurance de ma haute considération.

De Graeff.

Son Excellence Monsieur Charles Maskens, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Belges.

Légation de Belgique.
B.5. n°. 1722.

La Haye, le 6 avril 1935.

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre que Votre Excellence a bien voulu m'adresser aujourd'hui et de porter à Sa connaissance que le Gouvernement du Roi a approuvé l'arrangement, signé à Anvers le

20 décembre 1934, par les Commissaires permanents belges et néerlandais pour la surveillance commune de la navigation et des services de pilotage etc. dans l'Escaut, ci-annexé en copie et dont la teneur sera considérée comme insérée dans la présente Note.

Je me permets de faire savoir à Votre Excellence que le Gouvernement belge est d'accord sur ce que la date de l'entrée en vigueur dudit arrangement soit fixée au 1er mai 1935.

Je saisis cette occasion de Lui renouveler les assurances de ma plus haute considération.

Ch. Maskens.

Son Excellence Jonkheer A. C. D. de Graeff, Ministre des Affaires Etrangères, La Haye.

Les soussignés Commissaires permanents belges et néerlandais pour la surveillance commune de la navigation et des services de pilotage etc., dans l'Escaut, s'étant réunis à Anvers, en vertu des pouvoirs qui leur ont été conférés par leurs Gouvernements respectifs, désirant mettre le paragraphe 1er de l'Article 16 du Règlement du 20 mai 1848 relatif au pilotage et à la surveillance commune dans l'Escaut en harmonie avec les prescriptions du nouveau Code international des signaux, adopté par les diverses puissances maritimes, sont convenus des dispositions suivantes:

Article I.

Le paragraphe 1er de l'Article 16 du Règlement du 20 mai 1843,*) relatif au pilotage et à la surveillance commune dans l'Escaut, tel qu'il a été modifié par les Conventions du 7 avril 1876**) et du 25 octobre 1900, approuvées par les deux Gouverne-

De ondergeteekenden, vaste Belgische en Nederlandsche Commissarissen voor het gemeenschappelijk toezicht op de scheepvaart en het loodswezen op de Schelde, enz. te Antwerpen vergaderd, ingevolge de volmachten, welke hun door hun onderscheiden Regeeringen zijn verleend, de eerste zinsnede van artikel 16 van het Internationale Reglement van 20 Mei 1843, betreffende het loodswezen en het gemeenschappelijk toezicht op de Schelde, in overeenstemming wenschende te brengen met de voorschriften van het Nieuwe Internationale Seinboek, aangenomen door de verschillende zeevarende mogendheden, zijn omtrent de navolgende bepalingen overeengekomen:

Artikel I.

De eerste zinsnede van artikel 16 van het Reglement van 20 Mei 1843,*) betreffende het loodswezen en het gemeenschappelijk toezicht op de Schelde, zooals die is gewijzigd bij de overeenkomsten van 7 April 1876**) en van 25 October 1900, goedgekeurd

*) V. N.R.G. V, p. 294.
**) V. N.R.G. 2. s. II, p. 5.

ments respectivement sous les dates du 17 juillet 1876 et du 23 mars 1901,*) est remplacé par le texte ci-après:

„Les signaux d'appel d'un pilote sont ceux prescrits à cet effet par le Code International des signaux."

Article II.

Le présent Arrangement ne sera mis à exécution qu'après l'approbation des Gouvernements respectifs.

En foi de quoi des soussignés ont signé le présent Arrangement en langues française et néerlandaise.

Fait en double à Anvers, le 20 décembre 1934.

Les Commissaires permanents belges,

De Vos.
L. Bonnet.

Les Commissaires permanents néerlandais,

N. J. van Laer.
Arntzenius.

door de beide Regeeringen onderscheidenlijk op 17 Juli 1876 en 23 Maart 1901,*) wordt door den volgenden tekst vervangen:

„De seinen ter bekoming van een loods zijn die, welke in het Internationale Seinboek als loodsseinen zijn aangegeven."

Artikel II.

Deze overeenkomst zal slechts in werking treden na goedkeuring door de onderscheiden Regeeringen.

Ter oorkonde waarvan de ondergeteekenden deze overeenkomst in de Fransche en Nederlandsche taal hebben onderteekend.

Gedaan in dubbel, te Antwerpen, den 20 December 1934.

De Belgische vaste Commissarissen,

De Vos.
L. Bonnet.

De Nederlandsche vaste Commissarissen,

N. J. van Laer.
Arntzenius.

80.

SUISSE, TURQUIE.

Accord de clearing; signé à Ankara, le 3 janvier 1935.**)

Recueil des lois fedérales 1937, No. 50.

Afin de faciliter le règlement des paiements entre les deux Pays, le Gouvernement de la Confédération Suisse et le Gouvernement de la République Turque ont convenu d'adopter les dispositions suivantes:

Article 1er.

Le règlement des créances résultant d'opérations commerciales entre les deux Pays se fera par le système du clearing, en Suisse à la Banque

*) V. N.R.G. 2. s. XXXIII, p. 266.
**) Entré en vigueur le 11 février 1935.

nationale suisse, et en Turquie à la Banque Centrale de la République de Turquie, selon les dispositions ci-après:

Article 2.

Toute créance résultant d'achats de marchandises turques importées en Suisse devra être réglée par un versement en francs suisses effectué à la Banque nationale suisse.

La Banque nationale suisse créditera les sommes encaissées sur un compte global sans intérêts, qui sera ouvert par ses soins au nom de la Banque Centrale de la République de Turquie.

Article 3.

Toute créance résultant d'achats de marchandises suisses importées en Turquie devra être réglée par un versement en livres turques à la Banque Centrale de la République de Turquie.

La Banque Centrale de la République de Turquie créditera les sommes encaissées sur un compte global sans intérêts, qui sera ouvert par ses soins au nom de la Banque nationale suisse.

Article 4.

La Banque nationale suisse et la Banque centrale de la République de Turquie s'engagent à accepter tout paiement conforme aux clauses du présent Accord; elles ne pourront en aucun cas subordonner leur acceptation à des conditions qui n'y sont pas expressément mentionnées.

Il est entendu que la Banque nationale suisse et la Banque centrale de la République de Turquie accepteront les versements représentant des acomptes à valoir sur le montant de livraisons payables en plusieurs fois et à régler par le clearing à la condition toutefois que les contrats de livraison, contenant tous les détails nécessaires, soient soumis à celui des deux Instituts financiers qui recevra de tels versements.

Article 5.

Le paiement des articles de consommation devra s'effectuer auprès de la Banque Centrale de la République de Turquie dans un délai de six mois au plus tard après le dédouanement de la marchandise.

Quant aux livraisons pour des installations industrielles, leur paiement sera effectué dans les délais prévus aux contrats de livraison, après vérification faite et consentement donné par la Banque Centrale de la République de Turquie.

Article 6.

Chacun des deux Gouvernements prendra, en ce qui le concerne, les mesures nécessaires pour obliger ses importateurs à employer le système de clearing.

Il est précisé que les dispositions du présent Accord de clearing ne concernent que les marchandises d'origine et de provenance des deux Pays

et effectivement importées dans les deux Pays en payant les droits et taxes y afférents.

Les exportateurs des deux Pays conservent ainsi le droit de réclamer le paiement direct de la contre-valeur des marchandises en transit respectivement dans les deux Pays, sans que ces montants soient assujettis aux dispositions du présent Accord.

Article 7.

Les certificats d'origine relatifs aux marchandises suisses et turques seront établis suivant le modèle ci-annexé,*) en double exemplaire. L'un des deux exemplaires sera estampillé par les douanes du pays destinataire et rendu à l'importateur qui le remettra à l'Institut financier où il aura à effectuer le versement.

La Banque nationale suisse et la Banque Centrale de la République de Turquie se transmettront les exemplaires estampillés desdits certificats en les annexant aux avis de versement y relatifs.

Article 8.

Les livraisons suisses faites, soit à l'Etat ou à des Services publics turcs, soit en vertu de contrats de travaux publics, seront également réglées conformément au présent système de clearing.

Article 9.

La Banque Centrale de la République de Turquie et la Banque nationale suisse s'avertiront réciproquement des versements effectués auprès d'eux. Chaque avis d'encaissement portera les mentions de date et d'origine nécessaires pour permettre les paiements aux vendeurs intéressés.

Tous les versements et paiements au crédit ou par le débit des comptes globaux existant auprès de la Banque nationale suisse, ainsi qu'auprès de la Banque centrale de la République de Turquie se feront sur la base du franc suisse.

La conversion des livres turques en francs suisses, ou des francs suisses en livres turques, s'effectuera d'après la cote officielle de la Banque Centrale de la République de Turquie au jour du versement.

Article 10.

Les créances libellées en d'autres monnaies que les monnaies nationales des deux Pays Contractants seront converties en francs suisses en Turquie et en Suisse, au cours du jour du versement.

Article 11.

Les paiements aux vendeurs seront effectués, pour les exportations suisses par la Banque nationale suisse, et pour les exportations turques par la Banque centrale de la République de Turquie. Ils seront effectués

*) Non reproduit.

dans l'ordre chronologique des versements prévus à l'Article 9 et dans les limites des disponibilités des comptes globaux susvisés.

Article 12.

Le présent Accord s'applique à toutes les créances résultant d'exportations de marchandises faites avant son entrée en vigueur.

Les créances résultant de livraisons de marchandises dont le montant aurait été versé, avant l'entrée en vigueur du présent Accord, à un compte quelconque en Turquie en faveur d'un vendeur suisse, devront à la demande du créancier, être transférées, dès l'entrée en vigueur du présent Accord et conformément à son Article 1, au compte global tenu à la Banque Centrale de la République de Turquie pour la Banque nationale suisse.

Article 13.

Le 30 % de toute somme versée à la Banque nationale suisse par les importateurs de marchandises turques en Suisse, conformément au présent Accord, sera immédiatement mis à la libre disposition de la Banque Centrale de la République de Turquie, en un compte spécial en francs suisses ouvert à son nom auprès de la Banque nationale suisse. Ce pourcentage pourra être augmenté d'accord entre les deux Gouvernements. La mise à la libre disposition de la Banque Centrale de la République de Turquie de ce pourcentage de 30 % implique que les exportations turques en Suisse seront de 100 quand les importations suisses en Turquie seront de 70. L'exécution du présent Accord ne donnera lieu, en aucun cas, à des transferts de devises de Turquie en Suisse.

Article 14.

Si, dans les relations d'affaires entre deux parties contractantes dont l'une établie en Suisse et l'autre établie en Turquie, la possibilité se présentait d'une compensation directe de créances résultant d'achats et de ventes réciproques, il sera loisible à l'Office suisse de compensation et à la Banque Centrale de la République de Turquie d'autoriser cette compensation.

Article 15.

Si le présent Accord prend fin à sa première échéance ou lors de l'une de ses échéances ultérieures, et n'est pas prolongé, les importateurs du Pays en faveur duquel un solde subsisterait auprès de l'Institut Financier de l'autre pays, devront continuer à verser la contre-valeur de leurs importations à leur Institut Financier jusqu'à l'amortissement complet des créances correspondant à ce solde.

Article 16.

L'Office suisse de compensation et la Banque Centrale de la République de Turquie prendront d'un commun accord toute mesure propre à assurer le bon fonctionnement du clearing dans le cadre des dispositions du présent Accord.

Article 17.

Selon le Traité d'Union Douanière conclu le 29 mars 1923 entre la Confédération Suisse et la Principauté de Liechtenstein,*) le présent Accord sera applicable également au territoire de la Principauté de Liechtenstein.

Article 18.

Le présent Accord de clearing entrera en vigueur à la même date que l'Accord commercial de ce jour. Sa durée sera de douze mois; il sera prorogé par tacite reconduction pour des périodes de même durée, sauf préavis donné deux mois avant l'expiration de la période en cours.

Article final.

Le terme „Institut Financier" stipulé dans le présent Accord de clearing concerne en Suisse la Banque nationale suisse et en Turquie la Banque Centrale de la République de Turquie.

Fait en double à Ankara, le trois janvier mil neuf cent trente-cinq.

(Signé) *Henri Martin.*
(Signé) *N. Melemencoglu.*

81.

SUISSE, TURQUIE.

Accord concernant le règlement des paiements relatif aux echanges commerciaux entre les deux pays; signé à Berne, le 31 mars 1938.**)

Recueil des lois fédérales 1938, No. 14.

Afin de faciliter le règlement des paiements relatifs aux échanges commerciaux entre les deux Pays, le Gouvernement de la Confédération Suisse et le Gouvernement de la République Turque sont convenus des dispositions suivantes:

Article Premier.

1. — Le règlement des paiements relatifs aux échanges commerciaux entre la Suisse et la Turquie se fera par l'entremise de la Banque Nationale Suisse et la Banque Centrale de la République de Turquie par voie de clearing ou de compensation privée selon les modalités prévues aux articles ci-après.

2. — Les importations en Suisse de marchandises d'origine turque suivantes ne pourront être réglées que par voie de clearing:

Tabac, noisettes, raisins secs et figues sèches.

---

*) V. N.R.G. 3. s. XVII, p. 218.
**) Entré en vigueur le 1er avril 1938.

Les Hautes Parties Contractantes pourront d'un commun accord modifier la liste ci-dessus.

Article 2.

1. — La contre-valeur de toute marchandise d'origine turque importée en Suisse devra être réglée par versement en francs suisses à la Banque Nationale Suisse.

2. — De même, la contre-valeur de toute marchandise d'origine suisse importée en Turquie devra être réglée par versement en livres turques à la Banque Centrale de la République de Turquie.

Article 3.

Les sommes encaissées par la Banque Nationale Suisse conformément à l'Article 2 seront utilisées comme suit:

30 % de toute somme encaissée seront mis à la libre disposition de la Banque Centrale de la République de Turquie en un compte spécial en francs suisses ouvert à son nom auprès de la Banque Nationale Suisse.

70 % des sommes encaissées seront portés au crédit soit d'un compte global de clearing soit d'un compte de compensation, selon qu'elles devront être réglées par la voie de clearing ou de compensation privée. Ces deux comptes, non productifs d'intérêts, seront tenus en francs suisses au nom de la Banque Centrale de la République de Turquie auprès de la Banque Nationale Suisse.

Les montants portés au crédit du compte global de clearing seront répartis comme suit:

1. — 65 % resteront au crédit du compte global de clearing,

2. — 5 % seront portés au crédit d'un compte spécial ouvert par la Banque Nationale Suisse au nom de la Banque Centrale de la République de Turquie.

La Banque Centrale de la République de Turquie affectera les disponibilités de ce compte spécial au transfert des traitements des spécialistes suisses employés en Turquie et au règlement des frais des touristes turcs en Suisse, ainsi que des montants nécessaires à l'entretien des étudiants et malades turcs séjournant en Suisse.

Article 4.

1. — Les sommes encaissées par la Banque Centrale de la République de Turquie conformément à l'Article 2 seront portées au crédit soit d'un compte global de clearing, soit d'un compte de compensation, selon qu'elles devront être réglées par voie de clearing ou de compensation privée. Le compte global de clearing, non productif d'intérêt, sera tenu en francs suisses au nom de la Banque Nationale Suisse auprès de la Banque Centrale de la République de Turquie.

2. — Le solde existant à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord au compte global ouvert à la Banque Nationale Suisse auprès de la Banque Centrale de la République de Turquie, conformément aux

dispositions de l'Accord de clearing du 3 janvier 1935,*) ainsi que les versements futurs en contre-valeur de marchandises suisses importées en Turquie pendant la durée de validité dudit Accord seront également portés au crédit du compte global de clearing visé au premier alinéa du présent Article.

Article 5.

1. — La Banque Nationale Suisse et la Banque Centrale de la République de Turquie s'avertiront réciproquement, au jour le jour, des versements qui leur seront effectués au crédit des comptes globaux de clearing visés aux Articles 3 et 4. Chaque avis d'encaissement portera les mentions nécessaires pour effectuer les paiements correspondants aux ayants droit.

2. — Les paiements seront effectués aux exportateurs dans l'ordre chronologique des versements et dans la limite des disponibilités des comptes globaux de clearing.

Article 6.

1. — La conversion des francs suisses en livres turques ou des livres turques en francs suisses s'effectuera d'après les cours de la Banque Centrale de la République de Turquie au jour du versement.

2. — Les dettes libellées en d'autres monnaies que le franc suisse ou la livre turque seront converties en francs suisses, en Suisse et en Turquie, au cours du jour du versement.

Article 7.

Les créanciers de montants versés aux comptes globaux de clearing visés aux Articles 3 et 4 pourront entrer en possession de leurs avoirs sans être assujettis à l'ordre chronologique des versements, moyennant l'importation, dans le cadre du régime général d'importation et d'exportation en vigueur dans les deux Pays, de tous produits d'origine suisse ou turque. Sont réservées les dispositions de l'Article premier relatives aux importations en Suisse des produits turcs expressément affectés à l'alimentation du clearing.

Article 8.

Les produits d'origine turque importés en Suisse, à l'exception des marchandises désignées à l'Article premier, pourront faire l'objet de compensations privées avec tous produits d'origine suisse importés en Turquie pendant la durée de validité du présent Accord.

Article 9.

1. — On entendra, aux termes du présent Accord, par valeur de la marchandise le prix c. i. f. de cette marchandise lorsque le transport est effectué par voie maritime et le prix franco gare de destination dans le pays acheteur lorsque le transport est effectué par voie terrestre.

---

*) V. ci-dessus, No. 80.

2. — Les frais et commissions dus par les exportateurs suisses à leurs représentants en Turquie ainsi que les frais et commissions dus par les exportateurs turcs à leurs représentants en Suisse, résultant des échanges commerciaux effectués entre les deux Pays, seront réglés conformément aux dispositions du présent Accord, pour autant qu'ils sont usuels et économiquement justifiés.

L'Office Suisse de Compensation et la Banque Centrale de la République de Turquie se réservent le droit de vérifier et de contrôler la nature et l'emploi de ces sommes et si elles représentent réellement la contrevaleur des frais et des commissions ci-haut mentionnés.

Article 10.

Les versements à titre d'avance pour achat de marchandises d'origine suisse ou turque destinées à être importées respectivement en Turquie et en Suisse, seront réglés conformément aux dispositions du présent Accord, sous réserve du consentement de l'Office Suisse de Compensation et de la Banque Centrale de la République de Turquie.

Article 11.

1. — Le présent Accord ne s'applique qu'aux paiements pour les marchandises d'origine de l'un des deux Pays et effectivement importées dans l'autre Pays en payant les droits et taxes y afférents.

2. — Les marchandises expédiées de Suisse en Turquie et de Turquie en Suisse après la mise en vigueur du présent Accord devront être munies d'un certificat d'origine délivré en double exemplaire par les Autorités compétentes des deux Pays, conformément au modèle ci-annexé.*)

3. — Les duplicata (certificat B) des certificats d'origine devront être remis sans délai par les importateurs après estampillage par les douanes du Pays importateur à l'institut financier où ils auront à effectuer le versement.

4. — La Banque Nationale Suisse et la Banque Centrale de la République de Turquie se transmettront les exemplaires estampillés desdits certificats en les annexant aux avis de versement y relatifs. Toutefois, dans le cas où la partie B des certificats d'origine, estampillée par la douane du Pays importateur, ne pourrait pas être présentée par l'importateur au moment du versement de la valeur de la marchandise à la Banque Nationale Suisse ou à la Banque Centrale de la République de Turquie, les deux organismes se transmettront mutuellement les avis de versements, sans qu'ils soient accompagnés de ces certificats. Il est entendu néanmoins que l'Office Suisse de Compensation et la Banque Centrale de la République de Turquie prendront les mesures nécessaires pour assurer, après dédouanement complet de la marchandise, la remise ultérieure desdits certificats par l'importateur à l'organisme intéressé.

---

*) Non reproduit.

Article 12.

1. — Chacun des deux Gouvernements prendra en ce qui le concerne les mesures nécessaires pour obliger les importateurs de son Pays à se conformer aux dispositions du présent Accord.

2. — L'Office Suisse de Compensation et la Banque Centrale de la République de Turquie se mettront d'accord sur les modalités techniques nécessaires au fonctionnement régulier du présent Accord.

Article 13.

Les ventes de marchandises suisses faites, soit à l'Etat ou à des services publics turcs, soit en vertu de contrats de travaux publics, seront également réglées conformément aux stipulations du présent Accord.

Article 14.

Les opérations de compensation privée entamées avant l'entrée en vigueur du présent Accord seront liquidées conformément aux dispositions de l'Accord du 3 janvier 1935.*)

Article 15.

1. — Si à l'expiration du présent Accord un solde subsistait au compte global de clearing auprès de la Banque d'émission de l'un des Pays en faveur des créanciers de l'autre Pays, les importateurs du Pays créancier devront verser la contre-valeur de leurs importations à leur Banque d'émission jusqu'à l'amortissement complet des créances correspondant à ce solde.

De même, les contre-valeurs des marchandises importées dans les deux Pays pendant la durée de validité du présent Accord continueront à être versées au compte global de clearing.

2. — En outre, les opérations de compensation privée entamées pendant la durée de validité du présent Accord et non achevées à la date de son expiration seront liquidées conformément aux dispositions du présent Accord, dans un délai de six mois à partir de la date de son expiration.

Article 16.

Selon le Traité d'Union douanière conclu le 29 mars 1923 entre la Confédération Suisse et la Principauté de Liechtenstein,**) le présent Accord sera applicable également au territoire de la Principauté de Liechtenstein.

Article 17.

1. — Le présent Accord qui se substitue à l'Accord de Clearing du 3 janvier 1935, entrera en vigueur le 1er avril 1938 pour une durée d'un an.

---

*) V. ci-dessus, No. 80.

**) V. N.R.G. 3. s. XVII, p. 218.

2. — Il sera renouvelé par tacite reconduction pour des périodes de même durée si l'une des deux Parties ne l'a pas dénoncé trois mois avant la date de son expiration.

Fait en double exemplaire à Berne, le 31 mars 1938.

Au nom du Conseil fédéral suisse:
(signé) *Ebrard.*
Au nom du Gouvernement Turc:
(signé) *Vasfi Mentes.*

82.

SUISSE, TURQUIE.

Accord de commerce et de paiements; signé à Ankara, le 30 mai 1940.

Recueil des lois fédérales 1940, No. 25.

Le Gouvernement de la Confédération Suisse et le Gouvernement de la République Turque, désireux de développer les échanges commerciaux et de faciliter le règlement des paiements entre les deux Pays, sont convenus, sans préjudice des stipulations de la Convention de commerce entre la Turquie et la Suisse conclue le 13 décembre 1930,*) d'adopter les dispositions suivantes:

Article premier.

Les échanges commerciaux entre la Turquie et la Suisse s'effectueront conformément aux régimes généraux d'importation et d'exportation en vigueur dans les deux Pays au moment de l'importation ou de l'exportation.

Article 2.

A partir de l'entrée en vigueur du présent Accord, le règlement des paiements entre la Turquie et la Suisse sera effectué exclusivement par voie de compensation privée selon les modalités prévues aux articles ci-après.

Article 3.

1. — La contrevaleur de toute marchandise originaire de l'un des deux Pays et importée dans l'autre Pays sera versée par l'importateur, en Turquie en livres turques à la Banque Centrale de la République de Turquie, ci-après dénommée Banque Centrale, et en Suisse en francs suisses à la Banque Nationale Suisse.

2. — Les paiements en faveur des exportateurs des deux Pays seront effectués par l'entremise de ces deux Banques.

---

*) V. N.R.G. 3. s. XXXIV, p. 448.

3. — La Banque Centrale et l'Office Suisse de Compensation se mettront d'accord sur les modalités techniques nécessaires au fonctionnement régulier du présent Accord.

Article 4.

1. — Les ordres de paiement remis par une Banque d'émission à l'Autre seront libellés en francs suisses.

2. — Les versements à la Banque Nationale Suisse en contrevaleur de dettes libellées en livres turques seront convertis en francs suisses aux derniers cours connus, fixés par la Banque Centrale. La conversion des livres turques en francs suisses et des francs suisses en livres turques aura lieu en Turquie aux cours résultant de l'application des dispositions internes turques.

3. — La conversion des dettes libellées en une autre monnaie que la livre turque ou le franc suisse se fera suivant le dernier cours coté à la bourse ou sur la place mentionnée dans le contrat de vente.

Article 5.

La Banque Centrale et la Banque Nationale Suisse s'avertiront réciproquement au jour le jour des versements qui leur seront effectués. Chaque avis d'encaissement portera les mentions nécessaires pour permettre les paiements correspondants aux ayants droit.

Article 6.

1. — On entendra aux termes du présent Accord, par valeur de la marchandise, le prix Cif de cette marchandise lorsque le transport est effectué par voie maritime et le prix franco gare de destination dans le Pays acheteur lorsque le transport est effectué par voie terrestre.

2. — Les frais et commissions dus par les exportateurs turcs à leurs représentants en Suisse ainsi que les frais et commissions dus par les exportateurs suisses à leurs représentants en Turquie, résultant des échanges commerciaux effectués entre les deux Pays, seront réglés conformément aux dispositions du présent Accord.

3. — La Banque Centrale et la Banque Nationale Suisse se réservent le droit de vérifier et de contrôler la nature et l'emploi de ces sommes et si elles représentent réellement la contrevaleur des frais et des commissions ci-haut mentionnés.

Article 7.

Les versements à titre d'avance pour achat de marchandises d'origine turque ou suisse destinées à être importées respectivement en Suisse et en Turquie seront réglés, conformément aux dispositios du présent Accord, sous réserve du consentement de l'Office Suisse de Compensation et de la Banque Centrale.

Article 8.

1. — Les marchandises expédiées de part et d'autre après la mise en vigueur du présent Accord devront être accompagnées d'un certificat

d'origine délivré en double exemplaire par les Autorités compétentes des deux Pays conformément au modèle ci-annexé.*)

2. — Le duplicata „B" de ces certificats sera estampillé par le bureau de douane d'entrée et remis par l'importateur à l'Etablissement où il aura à effectuer le versement.

3. — La Banque Centrale et la Banque Nationale Suisse se transmettront les exemplaires estampillés desdits certificats en les annexant aux avis de versement y relatifs. Toutefois dans le cas où la partie „B" des certificats d'origine, estampillée par la douane du Pays importateur, ne pourrait pas être présentée par l'importateur au moment du versement de la valeur de la marchandise à la Banque Centrale ou à la Banque Nationale Suisse, les deux Organismes se transmettront mutuellement les avis de versement, sans qu'ils soient accompagnés de ces certificats. Il est entendu néanmoins que la Banque Centrale et l'Office Suisse de Compensation prendront les mesures nécessaires pour assurer, après dédouanement complet de la marchandise, la remise ultérieure desdits certificats par l'importateur à l'Organisme intéressé.

4. — Les envois dont la contrevaleur ne dépasserait pas cinquante livres turques ou l'équivalent dans une autre monnaie seront dispensés des certificats d'origine.

Article 9.

Les ventes des marchandises suisses faites soit à l'Etat ou à des services publics turcs, soit en vertu de contrats de travaux publics seront également réglées conformément aux stipulations du présent Accord.

Article 10.

Chacun des deux Gouvernements prendra en ce qui le concerne les mesures appropriées pour assurer la réalisation des échanges commerciaux conformément aux dispositions du présent Accord entre les deux Pays.

Article 11.

Les versements d'importateurs suisses auprès de la Banque Nationale Suisse devant servir au règlement de créances commerciales suisses recevront les affectations suivantes:

1. — 5 % de ces versements seront mis à la disposition de la Banque Centrale pour être utilisés librement soit en Suisse, soit à l'étranger;

2. — 10 % seront portés au crédit d'un compte spécial ouvert par la Banque Nationale Suisse au nom de la Banque Centrale pour être utilisés en Suisse;

3. — 85 % seront portés au crédit d'un compte de compensation tenu par la Banque Nationale Suisse au nom de la Banque Centrale pour servir à des opérations de compensation privée.

---

*) Non reproduit.

Article 12.

1. — Le solde accusé à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord par le compte de compensation tenu par la Banque Nationale Suisse au nom de la Banque Centrale, ouvert conformément aux dispositions de l'Accord du 31 mars 1938, concernant le règlement des paiements relatifs aux échanges commerciaux entre la Turquie et la Suisse,*) sera reporté au crédit du compte de compensation mentionné sous chiffre 3 de l'Article 11 du présent Accord.

2. — Les opérations de compensations privées entamées avant l'entrée en vigueur du présent Accord seront liquidées conformément aux dispositions de l'Accord du 31 mars 1938, concernant le règlement des paiements relatifs aux échanges commerciaux entre la Turquie et la Suisse.

3. — Les opérations de compensations privées entamées pendant la durée de validité du présent Accord et non achevées à la date de son expiration seront liquidées conformément aux dispositions du présent Accord.

Article 13.

Selon le Traité d'union douanière conclu le 29 mars 1923 entre la Confédération Suisse et la Principauté de Liechtenstein**) le présent Accord sera applicable également au territoire de la Principauté de Liechtenstein.

Article 14.

Le présent Accord entrera en vigueur le 1er juin 1940 pour une durée d'un an.

Les deux Gouvernements se mettront en rapport dans le courant du mois de mars 1941 pour définir le régime qui devra être appliqué à partir du 1er juin 1941.

Fait à Ankara en double exemplaire, en langue française, le 30 mai 1940.

Au nom du Conseil fédéral suisse:

(signé) *E. Lardy.*

Au nom du Gouvernement Turc:

(signé) *Menemencioglu.*

---

*) V. ci-dessus, No. 81.

**) V. N.R.G. 3. s. XVII, p. 218.

83.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, BRÉSIL.

Convention commerciale; signée à Washington, le 2 février 1935, suivie d'un Accord additionnel, conclu par un Echange de Notes signées à Rio de Janeiro, le 17 février 1935 et d'un Echange de Notes signées à Washington, le 2 février 1935.*)

Executive Agreement Series, No. 82.

The President of the United States of America and the President of the Republic of the United States of Brazil, desiring to strengthen the traditional bonds of friendship between the two countries; to give effect to the principles embodied in the Resolution on economic, commercial and tariff policies approved on December 16, 1933, by the Seventh International Conference of American States; and to supplement the principle of equality embodied in the Exchange of Notes signed October 18, 1923, by granting mutual and reciprocal advantages for the promotion of trade between the two countries, as well as for the expansion of international trade, have resolved to conclude a Trade Agreement, and for that purpose have appointed their plenipotentiaries, as follows:

The President of the United States of America:

Mr. Cordell Hull, Secretary of State of the United States of America, and

The President of the Republic of the United States of Brazil:

O Presidente dos Estados Unidos da America e o Presidente da Republica dos Estados Unidos do Brasil, animados do desejo de fortalecer os tradicionaes laços de amizade que unem os dois paizes; de levar a effeito os principios incorporados no Resolução sobre a politica economica, commercial e tarifaria, approvada em 16 de Dezembro de 1933, pela Setima Conferencia internacional americana; e de ampliar o principio de igualdade constante das notas trocadas em 18 de Outubro de 1923, pela concessão de vantagens mutuas e reciprocas para o desenvolvimento do commercio entre os dois paizes, assim como para o augmento do commercio internacional; resolveram celebrar um Tratado commercial, e, para esse fim, nomearam seus plenipotenciarios, a saber:

O Presidente dos Estados Unidos da America,

ao Senhor Cordell Hull, Secretario de Estado dos Estados Unidos da America;

O Presidente da Republica dos Estados Unidos do Brasil,

---

*) La confirmation et approbation du Président des Etats-Unis d'Amérique et la ratification du Président de la République des Etats-Unis du Brésil ont été échangées à Rio de Janeiro, le 2 décembre 1935.

Senhor Oswaldo Aranha, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the Republic of the United States of Brazil to the Government of the United States of America;

Who, after having exchanged their full powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following articles:

Article I.

The United States of America and the United States of Brazil will grant each other unconditional and unrestricted most-favored-nation treatment in all matters concerning customs duties and subsidiary charges and in the method of levying duties, and, further, in all matters concerning the rules, formalities, and charges imposed in connection with the clearing of goods through the customs.

Accordingly, natural or manufactured products, having their origin in the United States of America or the United States of Brazil shall in no case be subject in the other country, in regard to the matters referred to above, to any duties, taxes, or charges other or higher, or to any rules or formalities other or more burdensome, than those to which the like products of any third country are or may hereafter be subject.

Similarly, natural or manufactured products exported from the territory of the United States of America or the United States of Brazil and consigned to the territory of the other country shall in no case be subject with respect to exportation and in regard to the

ao Senhor Oswaldo Aranha, Embaixador Extraordinario e Plenipotenciario da Republica dos Estados Unidos do Brasil junto ao governo dos Estados Unidos da America;

Os quaes, depois de haverem trocado seus plenos poderes, achados em bôa e devida forma, convieram nos artigos seguintes:

Artigo I.

Os Estados Unidos do Brasil e os Estados Unidos da America concederão um ao outro o tratamento incondicional e sem restricções da nação mais favorecida em relacão a tudo quanto se referir a direitos alfandegarios e a encargos accessorios, ao modo de percepção dos direitos, e em relação á regras, formalidades e encargos a que poderiam ser submettidas as operações de despacho alfandegario.

Os productos naturaes ou fabricados originarios dos Estados Unidos do Brasil ou dos Estados Unidos da America, não serão, consequentemente, em caso algum, sujeitos, no outro paiz, e nas supracitadas relações, a direitos, taxas ou impostos differentes ou mais elevados, nem a regras ou formalidades differentes ou mais onerosas do que aquelles aos quaes são ou vierem a ser sujeitos os productos da mesma natureza origiarios de qualquer outro paiz.

Os productos naturaes ou fabricados exportados dos Estados Unidos do Brasil ou dos Estados Unidos da America, com destino ao territorio do outro paiz, não serão, da mesma forma, em caso algum, sujeitos, nas mesmas relações, a direitos, taxas ou impostos differentes ou

above-mentioned matters, to any duties, taxes, or charges other or higher, or to any rules or formalities other or more burdensome, than those to which the like products when consigned to the territory of any third country are or may hereafter be subject.

Any advantage, favor, privilege, or immunity which has been or may hereafter be granted by the United States of America or the United States of Brazil in regard to the above-mentioned matters, to a natural or manufactured product originating in any third country or consigned to the territory of any third country shall be accorded immediately and without compensation to the like product originating in or consigned to the territory of the United States of Brazil or the United States of America, respectively.

Article II.

1. No prohibitions, import or customs quotas, import licenses or any other form of quantitative restriction or controll shall be imposed by the United States of Brazil on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the United States of America enumerated and described in Schedule I annexed to this Agreement*) and made a part thereof, nor by the United States of America on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the United States of Brazil enumerated and described in Schedule II annexed to this Agreement and made a part thereof: Provided, That the foregoing pro-

mais elevados, nem a regras ou formalidades differentes ou mais onerosas, do que aquelles aos quaes são ou vierem a ser sujeitos os mesmos productos destinados ao territorio de qualquer outro paiz.

Todas as vantagens, favores, privilegios ou immunidades já concedidos ou que venham a ser concedidos, de futuro, pelos Estados Unidos do Brasil ou pelos Estados Unidos da America, nas supracitadas materias, aos productos naturaes ou fabricados, originarios de qualquer outro paiz, ou destinados ao territorio de qualquer outro paiz, serão, immediatemente e sem compensação, applicados aos productos da mesma natureza originarios do territorio dos Estados Unidos do Brasil ou dos Estados Unidos da America, respectivamente.

Artigo II.

1. Nenhuma prohibição, quota de importação ou alfandegaria, licença de importação ou outra qualquer forma de restricção quantitativa ou de regulamentação, será imposta pelos Estados Unidos do Brasil, relativamente á importação ou venda de qualquer artigo cultivado, produzido ou fabricado nos Estados Unidos da America, entre os enumerados e descriptos na tabella I, annexa a este tratado, e do qual faz parte integrante, nem pelos Estados Unidos da America, relativamente á importação ou venda de qualquer artigo cultivado, produzido ou fabricado nos Estados Unidos do Brasil, entre os enumerados e descriptos na tabella II, annexa a este tratado, e do

*) Les Annexes ne seront pas reproduites.

vision shall not apply to prohibitions or restrictions (a) related to public security; (b) imposed on moral or humanitarian grounds; (c) designed to protect human, animal, or plant life, subject to the provisions of Article X; (d) related to prison-made goods; (e) related to the enforcement of police or revenue laws; or (f) permitted by paragraph 2 of this Article.

2. The provisions of the first paragraph of this Article shall not apply to any quantitative restriction imposed by the United States of America or the United States of Brazil on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the other country in conjunction with governmental measures operating to regulate or control the production, market supply, or prices of like domestic articles: Provided, That before any quantitative restriction on importation under the foregoing provisions of this paragrayh is established, or having been established, is materially changed, the Government of the country which proposes to establish or materially change such restriction shall give notice thereof in writing to the other Government and shall accord the latter Government thirty days from the receipt of such notice to examine such proposed restriction or change; and Provided further, That in the event such other Government objects to such proposed restriction or change, and if an agreement is not reached by the end of the thirtieth day following receipt of the notice

qual faz parte integrante; convindose, entretanto, em que a precedente disposição não se applicará a prohibições ou restricções: a) que se relacionem com a segurança publica; b) impostas por motivos moraes ou humanitarios; c) destinadas á protecção da vida humana, animal ou vegetal, resalvadas as disposições do artigo X; d) referentes a artigos feitos nas prisões; e) referentes á execução das leis policiaes ou fiscaes; ou f) permittidas pelos paragrapho no. 2 deste artigo.

2. As disposições do paragrapho no. 1. deste artigo não terão applicação a nenhuma restricção quantitativa imposta pelos Estados Unidos do Brasil ou pelos Estados Unidos da America á importação ou venda de qualquer artigo cultivado, produzido ou fabricado no outro paiz, em conformidade com medidas administrativas destinadas a regulamentar a producção, abastecimento dos mercados ou preços de artigos nacionaes semelhantes; convindose, entretanto, em que, antes de se estabelecer qualquer restricção quantitativa de importação, de accôrdo com as precedentes disposições deste paragrapho, ou, estabelecida a restricção, antes de ser ella substancialmente alterada, o govero do paiz que desejar estabelecer ou modificar de maneira substancial a referida restricção deverá notifica-lo ao outro governo, facultando-lhe trinta dias, contados da data do recebimento da notificação, para examinar a restricção ou modificação proposta; convindo-se tambem em que, se o outro governo não concordar com a restricção ou modificação proposta, e, caso não se chegue a accôrdo, decorrido o prazo de trinta

of the intention to establish or change such restriction, the Government which proposes to take such action shall be free to do so at any time thereafter, and the other Government shall be free within fifteen days after the imposition of such restriction or change to terminate this Agreement on thirty days' notice.

3. The present Agreement being based on the principle of unconditional most-favored-nation treatment, the United States of America and the United States of Brazil agree that, if either Government should establish or maintain any form of quantitative restriction or control of the importation of any article or of the sale of any imported article the growth, produce or manufacture of the other country, it will give the widest possible application to the most-favored-nation principle and will administer any such prohibition or restriction in such a way as not to discriminate against the commerce of the other country. To this end it is agreed:

(a) That neither the United States of America nor the United States of Brazil shall establish or maintain any prohibition or quantitative restriction on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the other country which is not applied to the importation or sale of any like article the growth, produce or manufacture of any third country;

(b) That, in the event of a quantitative restriction being established by the United States of America or the United States of Brazil, on the

dias após o recebimento da nota em que se der a conhecer a intenção de estabelecer ou modificar a referida restricção, o governo que pretender tomar essa medida poderá fazê-lo em qualquer tempo depois desse prazo, podendo o outro governo, dentro de quinze dias depois da adopção da referida restricção ou modificação, denunciar este tratado mediante notificação de trinta dias.

3. Baseando-se o presente tratado no principio do tratamento incondicional da nação mais favorecida, os Estados Unidos do Brasil e os Estados Unidos da America convêm em que, se um ou o outro governo estabelecer ou mantiver qualquer forma de restricção quantitativa ou de regulamentação da importação de qualquer artigo, ou da venda de qualquer artigo importado, que seja cultivado, produzido ou fabricado no outro paiz, dará a mais ampla applicação ao principio da nação mais favorecida, regulando essa prohibição ou restricção de modo que não se façam discriminações desfavoraveis ao commercio do outro paiz. Com este fim concordam:

a) em que nem os Estados Unidos do Brasil nem os Estados Unidos da America venham a estabelecer ou manter prohibição ou restricção quantitativa quanto á importação ou venda de qualquer artigo cultivado, produzido ou fabricado o outro paiz, que não seja tambem applicada á importação ou venda de artigo semelhante cultivado, produzido ou fabricado em qualquer outro paiz;

b) em que, se os Estados Unidos do Brasil ou os Estados Unidos da America impuzerem uma restricção quantitativa á importação ou venda

importation or sale of any article with respect to which the other country has an interest, the total permitted importation of such article, unless otherwise mutually agreed, shall be allotted among exporting countries, and in such allotment the United States of America or the United States of Brazil, as the case may be, will grant to the other country a share of the permitted importation equivalent to the proportion of the total importation of such article which the other country supplied during a previous representative period;

(c) That, in the event that the United States of America or the United States of Brazil shall impose a lower import duty or charge on the importation or sale of a specified amount of any article with respect to which the other country has an interest than that applied to importations in excess of such amount, the total importation permitted at such lower duty or charge, unless otherwise mutually agreed, shall be allotted among exporting countries, and in such allotment the United States of America or the United States of Brazil, as the case may be, will grant to the other country a share equivalent to the proportion of the total importation of the article in question which the latter country supplied during a previous representative period.

4. Neither the United States of America nor the United States of Brazil shall regulate by import licenses or permits issued to individuals or organizations, the quantity of importations into its territory or sales therein of any article the

de algum artigo em relação ao qual o outro paiz estiver interessado, a importação total que se permittir do referido artigo, a menos que se convenha em contrario, será distribuida entre os paizes exportadores, e nessa distribuição os Estados Unidos do Brasil ou os Estados Unidos da America, conforme o caso, concederão ao outro paiz uma parte da importação permittida equivalente á proporção da importação total do referido artigo que o outro paiz tiver fornecido durante um periodo normal anterior;

c) em que, se os Estados Unidos do Brasil ou os Estados Unidos da America vierem a estabelecer sobre a importação ou venda de determinada quantidade de qualquer artigo, em relação ao qual o outro paiz estiver interessado, um direito de importação ou imposto mais baixo do que o que for applicado ás importações que excederem a referida quantidade, a importação total permittida e sujeita a esse direito ou imposto inferior, a menos que se convenha em contrario, será distribuida entre os paizes exportadores, e nessa distribuição os Estados Unidos do Brasil ou os Estados Unidos da America, conforme o caso, concederão ao outro paiz uma parte equivalente á proporção da importação total do artigo em questão que o ultimo paiz tiver fornecido durante um periodo normal anterior.

4. Nem os Estados Unidos do Brasil nem os Estados Unidos da America virão a regulamentar, por meio de licenças ou autorizações de importação conferidas a individuos ou organizações, a quantidade das importações no seu territorio, ou as

growth, produce or manufacture of the other country, unless the quantity of permitted imports of such article, during a quota period of not less than three months, shall have been previously established, and unless the regulations covering the issuance of such licenses or permits shall be made public before they are put into force.

5. In the event of a quantitative restriction being established by the United States of America or the United States of Brazil for the importation into or sale in its territory of any article the growth, produce or manufacture of the other country, or in the event that either country shall impose a lower duty or charge on a specified amount of any such article than that applied to importations in excess of such amount, it is agreed that the United States of America or the United States of Brazil, as the case may be,

(a) shall give public notice of the total amount of such article permitted to be imported or sold, or the amount of such article to which such lower duty or charge is applied;

(b) shall give public notice of the allotments to exporting countries, in the event that the total quantity of such article permitted to be imported or sold, or permitted entry or sale at such lower duty or charge, is allotted among exporting countries, and shall at all times upon request advise the Government of the other country of the amount of any such article the growth, produce or manufacture of each exporting country which has

vendas dentro do mesmo, de qualquer artigo cultivado, produzido ou fabricado no outro paiz, a não ser que estabeleçam previamente a quantidade das importações autorizadas de tal artigo para um periodo de quota nunca inferior a tres mezes; e a menos que os regulamentos relativos á expedição de taes licenças ou autorizações sejam publicados antes de entrar em vigor.

5. No caso de vir a ser estabelecida pelos Estados Unidos do Brasil ou pelos Estados Unidos da America restricção quantitativa para a importação ou venda, em seu territorio, de qualquer artigo cultivado, produzido ou fabricado no outro paiz, ou no caso de um dos paizes impor sobre certa e determinada quantidade desse artigo direitos ou impostos inferiores aos que forem applicados ás importações que excederem tal quantidade, convem-se em que os Estados Unidos do Brasil ou os Estados Unidos da America, conforme a caso,

a) farão publicar a quantidade total do referido artigo cuja importação ou venda tenha sido autorizada, ou a quantidade do referido artigo a que se applicarem os direitos ou taxas inferiores;

b) farão publicar as quotas distribuidas aos paizes exportadores, no caso de ser distribuida entre elles a quantidade total do referido artigo cuja importação ou venda tenha sido autorizada, ou cujo despacho ou venda tenha sido autorizado mediante a pagamento de direitos ou impostos inferiores, e prestarão, em qualquer tempo, a pedido do governo do outro paiz, informação sobre a quantidade dos artigos cultivados, produzidos ou fabricados em

been imported or sold or for which licenses or permits for importation or sale have been granted;

(c) shall at all times give sympathetic consideration to any representations which the Government of the other country shall make to the effect that such restriction or imposition of duty or charge, or the administration thereof, is prejudicial to its trade.

Article III.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I annexed to this Agreement and made a part thereof, shall, on their importation into the United States of Brazil, if now free of duty, continue to be exempt from ordinary customs duties or, if now dutiable, shall be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. All of the said articles enumerated and described in Schedule I shall be exempt also from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed or required to be imposed by laws of the United States of Brazil in effect on the day of the signature of this Agreement.

Article IV.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of Brazil, enumerated and described in Schedule II annexed to this Agreement and made a part thereof, shall, on their importation into the United States of America, if now free of duty, continue to be exempt

cada paiz exportador, que tenha sido importada ou vendida, ou para cuja importação ou venda tenham sido concedidas licenças ou autorizações;

c) acolherão em qualquer tempo, com sympathia, quaesquer representações feitas pelo governo do outro paiz tendentes a mostrar que a referida restricção ou imposição de direitos ou encargos, ou o respectivo modo de applicação, prejudicam o seu commercio.

Artigo III.

Os artigos cultivados, produzidos ou fabricados nos Estados Unidos da America, enumerados e descriptos na tabella I, annexa a este tratado, e do qual faz parte integrante, quando importados nos Estados Unidos do Brasil, se actualmente livres de direitos, continuarão isentos de direitos alfandegarios ordinarios, e se actualmente sujeitos a direitos, ficarão isentos de direitos anfandegarios ordinarios em excesso dos que são estipulados na referida tabella. Todos os artigos enumerados e descriptos na tabella I ficarão tambem isentos de quaesquer outros direitos, taxas, custas, encargos ou exacções, referentes á importação, que excederem os estabelecidos ou previstos nas leis dos Estados Unidos do Brasil, em vigor no dia da assignatura deste tratado.

Artigo IV.

Os artigos cultivados, produzidos ou fabricados nos Estados Unidos do Brasil, enumerados e descriptos na tabella II, annexa a este tratado, e do qual faz parte integrante, quando importados nos Estados Unidos da America, se actualmente livres de direitos, continuarão isentos de di-

from ordinary customs duties or, if now dutiable, shall be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. All of the said articles enumerated and described in Schedule II shall be exempt also from all other duties, taxes, fees, charges, or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed or required to be imposed by laws of the United States of America in effect on the day of the signature of this Agreement.

Article V.

In the event that either the United States of America or the United States of Brazil establishes or maintains an official monopoly or centralized agency for the importation of or trade in a particular commodity, the Government establishing or maintaining such monopoly or centralized agency will give sympathetic consideration to all representations that the other Government may make with respect to alleged discriminations against its commerce in connection with purchases by such official monopoly or centralized agency.

Article VI.

The two Governments agree that if they shall establish or maintain a control of the foreign exchanges, they will accord to the nationals and commerce of each other the most general and complete application of the unconditional most-favored-nation principle.

The provisions of this Article may be terminated by either Government on sixty days' written notice.

reitos alfandegarios ordinarios, e se actualmente sujeitos a direitos, ficarão isentos de direitos alfandegarios ordinarios em excesso dos que são estipulados na referida tabella. Todos os artigos enumerados e descriptos na tabella II ficarão tambem isentos de quaesquer outros direitos, taxas, custas, encargos ou exacções, referentes á importação, que excederem os estabelecidos ou previstos nas leis dos Estados Unidos da America, em vigor no dia da assignatura deste tratado.

Artigo V.

Se os Estados Unidos do Brasil ou os Estados Unidos da America mantiverem ou vierem a estabelecer algum monopolio official ou agencia central para a importação ou o commercio de um determinado producto, o governo que estabelecer ou mantiver tal monopolio ou agencia central acolherá com sympathia todas as representações que o outro governo possa fazer com referencia a discriminações que allegue serem desfavoraveis ao seu commercio, no que respeite a compras feitas pelo referido monopolio ou agencia central.

Artigo VI.

Os dois governos convêm em que, se mantiverem ou vierem a estabelecer uma regulamentação de cambio estrangeiro, concederão aos nacionaes e ao commercio de um e outro paiz a applicação mais geral e completa do principio incondicional da nação mais favorecida.

Este artigo poderá ser denunciado por qualquer dos governos mediante notificação de sessenta dias.

Article VII.

All articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the United States of Brazil, shall, after importation into the other country, be exempt from all internal taxes, fees, charges or exactions other or higher than those payable on like articles of national origin or any other foreign origin, except as required by laws of either country in effect on the day of the signature of this Agreement.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the United States of Brazil enumerated and described in Schedules I and II, respectively, after importation into the other country, shall be exempt from any national or federal internal taxes, fees, charges or exactions other or higher than those imposed or required to be imposed by laws of the United States of Brazil and the United States of America, respectively, in effect on the day of the signature of this Agreement, subject to constitutional requirements.

Article VIII.

Laws, regulations of administrative authorities and decisions of administrative or judicial authorities of the United States of America and the United States of Brazil, respectively, pertaining to the classification of articles for customs purposes or to rates of duty shall be published promptly so that traders may become acquainted with them.

Artigo VII.

Todos os artigos cultivados, produzidos ou fabricados nos Estados Unidos do Brasil ou nos Estados Unidos da America, ficarão, depois de importados no outro paiz, isentos de quaesquer taxas, custas, exacções ou encargos internos, que sejam differentes ou mais elevados do que os que forem cobrados sobre artigos semelhantes de origem nacional ou de qualquer outra origem estrangeira, com excepção do que estiver previsto nas leis de um e outro paiz em vigor no dia da assignatura deste tratado.

Os artigos cultivados, produzidos ou fabricados nos Estados Unidos do Brasil ou nos Estados Unidos da America, enumerados e descriptos nas tabellas I e II, respectivamente, ficarão, depois de importados no outro paiz, isentos de quaesquer taxas, custas, exacções ou encargos internos, nacionaes ou federaes, que sejam differentes ou mais elevados do que os estabelecidos ou previstos, respectivamente, nas leis dos Estados Unidos do Brasil e dos Estados Unidos da America, em vigor no dia da assignatura deste tratado, resalvadas as disposições constitucionaes.

Artigo VIII.

As leis, os regulamentos das autoridades administrativas e as decisões das autoridades administrativas ou judiciaes dos Estados Unidos do Brasil e dos Estados Unidos da America, respectivamente, referentes á classificação de artigos para fins aduaneiros ou aos direitos alfandegarios, serão publicados promptamente para que delles tomem conhecimento os commerciantes.

No administrative ruling by the United States of America or the United States of Brazil effecting advances in rates of duties or charges applicable under an established and uniform practice to imports originating in the territory of the other country, or imposing any new requirement with respect to such importations, shall be effective retroactively or with respect to articles either entered for or withdrawn for consumption prior to the expiration of thirty days after the date of official publication of notice of such ruling. The provisions of this paragraph do not apply to administrative orders imposing anti-dumping duties, or relating to sanitation or public safety, or giving effect to judicial decisions.

Nenhuma disposição administrativa dos Estados Unidos do Brasil ou dos Estados Unidos da America, que determine augmento de direitos ou encargos applicaveis de accôrdo com a pratica estabelecida e uniforme ás importações provenientes do outro paiz, ou que estabeleça nova exigencia em relação a taes importações, poderá ter effeito retroactivo, ou estender-se a artigos despachados ou retirados para consumo, antes da expiração do prazo de trinta dias, a contar da data da publicação official dessa disposição. O que neste paragrapho se estatue não é applicavel ás ordens administrativas que imponham direitos contra o „dumping", nem ás relativas á saúde ou segurança publica, nem ás destinadas a dar cumprimento a sentenças judiciaes.

Article IX.

The United States of America and the United States of Brazil retain the right to apply such measures as they respectively may see fit with respect to the control of the export or sale for export of arms, munitions, or implements of war, and, in exceptional circumstances, of other material needed in war.

Artigo IX.

Os Estados Unidos do Brasil e os Estados Unidos da America reservam-se o direito de applicar as medidas que respectivamente considerarem convenientes á regulamentação da exportação, ou venda para exportação, de armas, munições ou instrumentos de guerra, e, em circumstancias excepcionaes, de outros materiaes necessarios para a guerra.

Article X.

The Government of the United States of America or the Government of the United States of Brazil, as the case may be, will accord sympathetic consideration to such representations as the other Government may make regarding the operation of customs regulations, the observance of customs formalities, and the application of sanitary laws

Artigo X.

O governo dos Estados Unidos do Brasil ou o governo dos Estados Unidos da America, conforme o caso, acolherá com sympathia as representações feitas pelo outro governo relativamente á execução dos regulamentos aduaneiros, ao cumprimento das formalidades alfandegarias, e á applicação das leis e regulamentos sanitarios destinados á

and regulations for the protection of human, animal, or plant life.

In the event that the Government of either country makes representations to the Government of the other country in respect of the application of any sanitary law or regulation for the protection of human, animal, or plant life, and if there is disagreement with respect thereto, a committee of technical experts on which each Government shall be represented shall, on the request of either Government, be established to consider the matter and to submit recommendations to the two Governments.

Whenever practicable, each Government, before applying any new measure of a sanitary character, will consult with the Government of the other country with a view to insuring that there will be as little injury to the commerce of the latter country as may be consistent with the purpose of the proposed measure. The provisions of this paragraph do not apply to actions affecting individual shipments under sanitary measures already in effect or to actions based on pure food and drug laws.

Article XI.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America or the United States of Brazil to other adjacent countries in order to facilitate frontier traffic, and advantages resulting from a customs union to which either country may become a party shall be excepted from the operation of this Agreement; and this Agreement shall not, subject

protecção da vida humana, animal ou vegetal.

Se o governo de um dos paizes fizer representações ao do outro quanto á applicação de qualquer lei ou regulamento sanitario, destinado á protecção da vida humana, animal ou vegetal, e, se houver desaccôrdo a esse respeito, constituir-se-á, a pedido de qualquer delles, uma commissão technica, na qual ambos serão representados, e que terá por fim examinar a materia e submetter recommendações aos referidos governos.

Sempre que for isso realizavel, o governo de um ou outro paiz, antes de applicar uma medida nova de caracter sanitario, consultará, a esse respeito, o do outro paiz para que, tanto quanto for compativel com o objectivo da medida projectada, se reduza ao minimo possivel o prejuizo que da sua adopção possa advir ao commercio do outro paiz. As disposições deste paragrapho não se applicarão a acções relativas aos embarques que incidam em medidas sanitarias em vigor, ou a acções que se baseiem na legislação sobre productos alimenticios e pharmaceuticos.

Artigo XI.

As vantagens ora concedidas ou que vierem a ser concedidas pelos Estados Unidos do Brasil ou pelos Estados Unidos da America aos paizes limitrophes com o fim de se facilitar o trafego de fronteiras, assim como os favores resultantes de uma união aduaneira, da qual um ou outro paiz venha a fazer parte, ficam exceptuadas da applicação deste tratado, que tambem não se applicará

to the provisions of Article X, apply to police or sanitary regulations or to the commerce of the United States of America with the Republic of Cuba, or to commerce between the United States of America and the Panama Canal Zone, the Philippine Islands, or any territory or possession of the United States of America, or to the commerce of the territories and possessions of the United States of America with one another.

Except as otherwise provided in the third paragraph of this Article, the provisions of this Agreement relating to the treatment to be accorded by the United States of America and the United States of Brazil, respectively, to the commerce of the other country shall not apply to the Philippine Islands, the Virgin Islands, American Samoa, the Island of Guam, or to the Panama Canal Zone.

Subject to the reservations set forth in the first paragraph of this Article the provisions of Article I, and the provisions for most-favored-nation treatment in Articles II and VI shall apply to articles the growth, produce or manufacture of any area under the sovereignty or authority of either country imported from or exported to any area under the sovereignty or authority of the other country. It is understood, however, that the provisions of this paragraph do not apply to the Panama Canal Zone.

Article XII.

The present Agreement shall, from the date on which it comes into force, supplant the agreement

aos regulamentos policiaes ou sanitarios (salvo o disposto no artigo X), ao commercio dos Estados Unidos da America com a Republica de Cuba, ao commercio entre os Estados Unidos da America e a zona do Canal do Panamá, ilhas Philippinas ou qualquer territorio ou possessão dos Estados Unidos da America, nem ao commercio dos territorios ou possessões dos Estados Unidos da America entre si.

Com excepção do previsto no paragrapho no. 3 deste artigo, as disposições deste tratado relativas ao tratamento a ser concedido pelos Estados Unidos do Brasil e pelos Estados Unidos da America, respectivamente, ao commercio do outro paiz, não se applicarão ás ilhas Philippinas, ás ilhas Virgens, á Samôa americana, á ilha de Guam, nem á zona do Canal do Panamá.

As disposições do artigo I e as relativas ao tratamento da nação mais favorecida, contidas nos artigos II e VI, applicar-se-ão, sob as reservas constantes do paragrapho no. 1, deste artigo, aos artigos cultivados, produzidos ou fabricados em qualquer região sujeita á soberania ou autoridade de um ou outro paiz, e que sejam importados de qualquer região sujeita á soberania ou autoridade do outro paiz ou exportados para qualquer das referidas regiões. Fica subentendido, comtudo, que o disposto neste paragrapho não se applicará á zona do Canal do Panamá.

Artigo XII.

A partir da data de sua entrada em vigor, o presente tratado revogará o accôrdo por troca de notas

by exchange of notes signed by the United States of America and the United States of Brazil on October 18, 1923.

assignado pelos Estados Unidos do Brasil e pelos Estados Unidos da America em 18 de Outubro de 1923.

Article XIII.

The United States of America and the United States of Brazil, animated by their traditions of amity and by the spirit which impelled them to enter into this Agreement, declare their intention of studying the possibility of concluding other agreements designed to improve and strengthen their present relations, their trade interchange, their maritime, aerial and postal connections, with a view to bringing still closer together the peoples of the two nations. With this end in view, the competent branches of the two Governments will, on the first opportunity, exchange ideas on the most rapid and efficient ways of increasing trade interchange between the two countries through mutual and reciprocal concessions by each country to the products of the other or through transport, credit, or other facilities, with a view to developing the relations between them, and will endeavor to carry into effect to the greatest possible extent the recommendations and suggestions which will have been found suitable to this purpose.

Artigo XIII.

Os Estados Unidos do Brasil e os Estados Unidos da America, animados pela sua tradição de amizade e pelo espirito que dictou este tratado, declaram a sua intenção de estudar a possibilidade da conclusão de outros accôrdos que visem melhorar e intensificar as suas relações actuaes, a intercambio de ambos os paizes, as suas ligações maritimas, aereas e postaes, a fim de aproximar, ainda mais, os povos das duas nações. Tendo em vista esse objectivo, os orgãos competentes dos dois governos trocarão ideias, na primeira opportuidade, sobre os meios mais rapidos e efficientes de augmentar o intercambio de mercadorias entre os dois paizes, mediante concessões mutuas e reciprocas em favor dos productos de um e outro paiz, facilidades de transporte e de credito, no intuito de desenvolver as relações entre elles, e procurarão realizar da melhor forma possivel as recommendações e suggestões que forem achadas mais opportunas para o fim proposto.

Article XIV.

The present Agreement shall be approved and confirmed by the President of the United States of America by virtue of the Act of the Congress of the United States of America approved June 12, 1934, entitled „An Act to amend the Tariff Act of 1930“, and shall be ra-

Artigo XIV.

O presente tratado será ratificado pelo Presidente da Republica dos Estados Unidos do Brasil, de accôrdo com preceitos constitucionaes brasileiros, e será approvado e confirmado pelo Presidente dos Estados Unidos da America, por força da lei do Congresso dos Estados Unidos da

tified by the President of the Republic of the United States of Brazil in accordance with the constitutional requirements of that country. It shall enter into full force thirty days after the exchange of the instrument of approval and confirmation and the instrument of ratification, which shall take place in the city of Rio de Janeiro, as soon as possible, and shall continue in force for two years, unless terminated in accordance with the provisions of Article II.

America approvada a 12 de Junho de 1934 e intitulada „An Act to amend the Tariff Act of 1930". Entrará em vigor trinta dias após a troca do instrumento de ratificação e do instrumento de approvação e confirmação, a effectuarse na cidade do Rio de Janeiro, dentro do prazo mais breve possivel, e continuará vigente durante dois annos, salvo se for denunciado de conformidade com o disposto no artigo II.

Unless at least six months before the expiration of the above-mentioned term of two years the Government of either country shall denounce the Agreement, it shall continue in full force until denounced by either Government with six months' previous notice, or unless terminated in accordance with the provisions of Article II.

A não ser que, pelo menos seis mezes antes da expiração do supracitado prazo de dois annos, o governo de um dos dois paizes denuncie o tratado, continuará este em vigor até ser denunciado por um dos governos, com seis mezes de antecedencia ou de conformidade com o disposto no artigo II.

In witness thereof the respective Plenipotentiaries have signed this Agreement in duplicate, each in the English and Portuguese languages, and have affixed their seals hereto.

Em fé do que, os plenipotenciarios acima indicados assignaram este tratado, em dois exemplares, cada um dos quaes nas linguas ingleza e portugueza, e lhes appuzeram os seus respectivos sellos.

Done at the City of Washington, this second day of February, one thousand nine hundred and thirty-five.

Feito na cidade de Washington, em dois de Fevereiro de mil novecentos e trinta e cinco.

(seal) *Cordell Hull.*
(seal) *Oswaldo Aranha.*

[seal] *Cordell Hull.*
[seal] *Oswaldo Aranha.*

Ministerio das Relações Exteriores,

Rio de Janeiro.
Em 17 de Abril de 1935.

Senhor Encarregado de Negocios:

Tenho a honra de informar a Vossa Senhoria que, em additamento ás reducções aduaneiras estipuladas na Tabella I, annexa ao tratado de commércio assignado, em Washington, entre os Estados Unidos

da America e os Estados Unidos do Brasil, a 2 de Febereiro ultimo, o Governo Brasileiro, attendo ao compromisso formal que havia assumido por occasião das negociações do referido tratado, resolveu taxar nas suas alfandegas o producto denominado colophónia do mesmo modo que o é, na nova tarifa aduaneira, o breu ou resina de pinho negra e de qualquer outra qualidade, permanecendo unicamente a resina denominada „de bourgogne" com os direitos que a mesma tarifa cobra, tanto para a „de bourgogne" como para a colophónia.

2. Para clareza do assumpto, lembro a Vossa Senhoria que se trata do artigo 282 da nova tarifa Brasileira, descriminado nas duas alineas seguintes:

De bourgogne e colophónia KG.P.L. $530.

Negra (breu) e de qualquer outra qualidade, ton.P.B. 132$730.

3. De acôrdo com a alteração que o Governo Brasileiro estabelece por esta troca de notas, essas alineas ficarão assim modificadas na nossa lei aduaneira:

De bourgogne KG.P.L. $530.

Colophónia, negra (breu) e de qualquer outra qualidade, ton.P.B. 132$730.

4. Esta modificação começará a vigorar nas mesmas condições estabelecidas para a entrada em vigor do tratado de commércio acima referido, no seu artigo XIV e na nota que esclarece as disposições e taxas contidas na Tabella I do mesmo tratado do qual será parte integrante.

Aproveito a opportunidade para renovar a Vossa Senhoria os protestos da minha mui distincta consideração.

José Carlos de Macedo Soares.

Embassy of the United States of America,
Rio de Janeiro, April 17, 1935.

Excellency:

I have the honor to acknowledge the receipt of Your Excellency's note of April 17, 1935 setting forth that in accordance with the formal obligation which the Brazilian Government assumed at the time of the negotiation of the trade agreement signed in Washington between the United States of America and the United States of Brazil on February 2, 1935 the Brazilian Government has resolved to modify article 282 of the present Brazilian customs tariff, in that part thereof which reads:

„Burgundy and colophony (common resin or rosin) K. G. P. L. 530 reis.

Black (pitch) and any other kind ton P. B. 132,730 reis" so as to read as follows:

„Burgundy K. G. P. L. 530 reis.

Colophony, black (pitch) and any other kind ton P. B. 132,730 reis."

Your Excellency's note further sets forth that this modification will enter into force under the same conditions as established for the entry

into force of the trade agreement in Article XIV and in the note to schedule 1 of the said agreement, of which it will form an integral part.

I have the honor to inform Your Excellency that my Government is in agreement with the modification to the Brazilian customs tariff and the provisions as to the entry into force thereof above set forth.

I avail myself of this occasion to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration.

George A. Gordon,
Chargé d'Affaires ad interim.

Exchange of Notes between the Secretary of State of the United States of America and the Brazilian Ambassador.

The Brazilian Ambassador (Aranha) to the Secretary of State (Hull)

No. 11. Embaixada dos Estados Unidos do Brasil,
Washington, em 2 de Fevereiro de 1935.

Senhor Secretario de Estado,

Animado do proposito de esclarecer a perfeita intelligencia do artigo VI do tratado de commercio firmado hoje entre o Brasil e os Estados Unidos da America, o meu Governo autorizou-me a declarar a Vossa Excellencia que, emquanto tiver necessidade de manter o actual *contrôle* cambial, interpreta a promessa contida no referido artigo pela seguinte forma:

I) O Banco do Brasil dará cambio sufficiente para o pagamento, a medida que se tornar devido, de todas as futuras importações no Brasil de productos norte-americanos; alem disso, o Banco do Brasil fornecerá cambio bastante para liquidação gradual das dividas commerciaes norte-americanas actualmente em atraso, ficando entendido que o Banco do Brasil estabelecerá um systema de pagamento segundo o qual a importancia de cambio necessaria para os referidos fins não será inferior a uma percentagem calculada de accôrdo com a parte representada pelas mercadorias norte-americanas na importação total do Brasil durante os ultimos dez annos, mas ligeiramente augmentada para se alcançarem as finalidades visadas pelo novo tratado de commercio;

II) Quanto ás remessas de lucros e dividendos de companhias norte-americanas que funccionam no Brasil, não pode o meu Governo, até que se normalise a situação, senão prometter que taes companhias receberão tratamento nunca menos favoravel do que aquelle de que gozam ou vierem a gozar quaesquer companhias estrangeiras estabelecidas no paiz;

III) O meu Governo suggere a cooperação do Banco do Brasil com o „Federal Reserve Board" de Nova York (ou outra instituição que o Governo dos Estados Unidos da America vier a indicar), no sentido de ser inaugurado um serviço de informações em materia cambial, capaz de melhorar o conhecimento da situação de cada um dos dois paizes em

relação ao outro e, dessa forma, intensificar entre elles a troca de productos;

IV) Se, como espera, chegarem a uma feliz conclusão as negociações em curso para obtenção de creditos bancarios, reservará o Governo brasileiro de sua disponibilidade de cambio o necessario para attender ao pagamento aos portadores de titulos de emprestimos negociados nos Estados Unidos da America das quantias fixadas pelo plano de pagamento de dividas de 5 de Fevereiro de 1934.

Desejo accrescentar que o Banco do Brasil continuará, como até agora, a pagar as obrigações contrahidas em Junho de 1933 para a consolidação das dividas commerciaes em atrazo, existentes naquella data.

Aproveito a opportunidad para renovar a Vossa Excellencia os protestos da minha mais alta consideração.

Oswaldo Aranha.

A Sua Excellencia o Senhor Cordell Hull, Secretario de Estado dos Estados Unidos da America.

The Secretary of State (Hull) to the Brazilian Ambassador (Aranha).

Department of State,
Washington, February 2, 1935.

Excellency:

I have the honor to acknowledge the receipt of Your Excellency's note of this date.

My Government welcomes the declaration of the Government of Brazil contained in Your Excellency's note under acknowledgment in connection with the arrangements for the development of trade between the United States and Brazil embodied in the new Commercial Agreement between the two countries and has taken note of the determination of the Government of Brazil to resolve in so satisfactory and orderly a manner matters involving foreign exchange between the two countries.

The security in exchange matters these assurances will give to trade between the two countries should greatly assist in the development of that trade. They appear to this Government to be both reasonable and moderate and in no way to obstruct such plans or efforts as the Brazilian Government may wish to carry forward in furthering a liberal exchange policy.

Your Excellency will, of course, appreciate that the proffer by Your Excellency's Government of these assurances as contained in Your Excellency's note above referred to is not construed by this Government as modifying or affecting in any way the rights of American holders of Brazilian bonds issued in the United States.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration.

Cordell Hull.

His Excellency Mr. Oswaldo Aranha, Ambassador of Brazil.

84.

UNION DE L'AFRIQUE DU SUD, FRANCE.

Accord commercial; conclu par un Echange de Notes signées à Paris, le 11 février 1935.

Treaty Series (London) No. 59 (1938).

No. 1.

Mr. E. Louw to M. Laval.

Paris, le 11 février 1935.

M. le Président,

Votre Excellence a bien voulu, par lettre en date de ce jour, me faire part des avantages que le Gouvernement Français a décidé d'accorder aux importations sud-africaines de fruits et de crustacés et qui concernent:

(1) L'octroi du tarif minimum pour certains fruits frais (Ex No. 84) et pour les fruits secs à l'exclusion des pruneaux (Ex No. 85) originaires et en provenance de l'Union Sud-Africaine;

(2) La garantie que des pourcentages seront assurés à l'Union Sud-Africaine et au Sud-Ouest Africain sur les contingents globaux de langoustes fraîches et de langoustes conservées (Ex No. 49) ainsi que de pommes et poires et de fruits autres (Ex No. 84).

En considération des avantages dont le commerce sud-africain se trouvera de ce fait bénéficier sur le territoire français, j'ai l'honneur de faire connaître ci-après à Votre Excellence les concessions que mon Gouvernement s'engage à accorder au commerce français:

A.

I. Le Gouvernement de l'Union Sud-Africaine prendra les mesures nécessaires, le plus tôt possible après l'ouverture de la première session parlementaire de 1935, pour interdire l'exportation de tous les vins et eaux-de-vie portant des appellations géographiques d'origine française, à la condition que le Gouvernement Français ait dûment notifié lesdites appellations au Gouvernement de l'Union Sud-Africaine.

II. Le Gouvernement Sud-Africain prendra les mesures nécessaires le plus tôt possible après l'ouverture de la première session parlementaire de 1935, pour interdire l'emploi des appellations géographiques d'origine française des vins et eaux-de-vie importés en Union Sud-Africaine, et provenant de pays autres que la France.

III. Le Gouvernement de l'Union Sud-Africaine s'engage à prendre les mesures législatives et administratives nécessaires, dans un délai de 18 mois à compter de la signature de la présente lettre, pour prohiber l'usage, sur le territoire de l'Union, des appellations d'origine française qui seraient utilisées pour des vins et eaux-de-vie sud-africains. Cet engagement est subordonné à la notification prévue au paragraphe I.

Toutefois, le délai sera porté à trois ans à compter de la signature de la présente lettre en ce qui concerne l'appellation géographique „Champagne".

IV. Il est entendu que l'interdiction de l'emploi des appellations géographiques d'origine française, prévue aux paragraphes précédents, s'appliquera aux fûts, caisses ou emballages, bouteilles et contenants de toutes espèces. Cette interdiction vise également toutes indications qui pourraient figurer dans les documents publicitaires, connaissements, factures, lettres de voiture et tous papiers de commerce ou autres documents.

V. Il est également entendu (sous réserve des dispositions du paragraphe I relatives à la notification) que l'interdiction de l'emploi des appellations géographiques d'origine française sera absolue et que des modifications ou additions telles que les mots „type", „genre", „façon", etc. . . . figurant à côté d'une appellation géographique d'origine française, seront interdites.

VI. Il est entendu, en outre, que les interdictions susvisées seront accompagnées des sanctions appropriées et que le Gouvernement Sud-Africain prendra les mesures nécessaires pour réprimer toutes les infractions aux dispositions ci-dessus qui lui auront été signalées.

VII. L'engagement ci-dessus s'appliquera également au territoire sous mandat du Sud-Ouest Africain dans la mesure où le Gouvernement de l'Union est autorisé à légiférer en cette matière en ce qui concerne ce territoire.

VIII. Le Gouvernement de l'Union Sud-Africaine a pris bonne note des assurances qui lui ont été données par le Gouvernement Français et aux termes desquelles une protection identique sera accordée en France aux appellations géographiques d'origine désignant des produits sud-africains qui pourraient être notifiées au Gouvernement Français.

IX. Le Gouvernement de l'Union Sud-Africaine s'engage à faire figurer les dispositions qui précèdent dans l'Accord commercial envisagé entre la France et l'Union Sud-Africaine.

B.

Il a été indiqué au cours des négociations que les exportateurs français de fer-blanc mettront chaque année à la disposition des conserveurs de langoustes sud-africains un tonnage de fer-blanc à des conditions de prix et de qualité permettant d'en assurer la vente normale sur le marché sud-africain.

De son côté, le Gouvernement de l'Union Sud-Africaine s'efforcera d'encourager ces achats en prenant en considération la quantité de fer-blanc servant à la fabrication des boîtes utilisées pour l'exportation en France des crustacés en conserve.

Veuillez agréer, &c.

Eric H. Louw.

No. 2.

Mr. Louw to M. Laval.

Paris, le 11 février 1935.

M. le Président,

J'ai l'honneur de confirmer à Votre Excellence que mon Gouvernement ne fera pas d'objections, fondées sur le traité conclu par lui avec le Gouvernement Canadien, à ce que la France bénéficie au Canada, pour les vins ci-après dénommés, des mêmes droits que ceux qui sont appliqués sur le territoire canadien aux vins sud-africains:

(1) Vins de raisins frais de toute espèce, non mousseux, importés en cercles ou en bouteilles et contenant 23 pour cent ou moins d'esprit de preuve.

(2) Vins non mousseux destinés aux usages sacramentaux et contenant 26 pour cent ou moins d'esprit de preuve.

(3) Champagnes et vins mousseux importés en bouteilles.

Veuillez agréer, &c.

Eric H. Louw.

No. 3.

Mr. Louw to M. Laval.

Paris, le 11 février 1935.

M. le Président,

I. J'ai l'honneur de faire savoir à Votre Excellence que mon Gouvernement prend acte des indications données, au cours des négociations, par les représentants du Gouvernement Français, et suivant lesquelles le Gouvernement de la République serait prêt à rechercher le moyen d'accorder des compensations à l'Union Sud-Africaine au cas où la suppression des contingents actuellement appliqués aux importations sud-africaines aurait pour effet d'en modifier la situation actuelle sur le marché français.

II. D'autre part, j'ai l'honneur de vous confirmer que, dans l'esprit de mon Gouvernement, les lettres échangées en date de ce jour constituent un accord préliminaire qui doit être complété dès que faire se pourra, par la conclusion d'une Convention commerciale plus complète entre la France et l'Union Sud-Africaine.

A cet égard, j'ai l'honneur de vous faire savoir que, lors des négociations pour la conclusion de ladite Convention commerciale, mon Gouvernement examinera avec la plus grande bienveillance les demandes qui lui seront adressées par le Gouvernement Français en vue d'obtenir des avantages tarifaires ou autres pour les produits français importés sur le territoire de l'Union Sud-Africaine.

III. Par ailleurs, j'ai l'honneur de vous confirmer que les droits d'anti-dumping récemment mis en vigueur par proclamation du Gouvernement de l'Union No. 254, ne s'appliquent pas aux produits métallurgiques originaires du territoire français.

IV. Enfin, je tiens à préciser à Votre Excellence que mon Gouvernement est prêt, sur la demande qui en serait faite par le Gouvernement Français, à examiner la possibilité de conclure un accord relatif aux relations entre l'Union Sud-Africaine et Madagascar ou à insérer des dispositions particulières à cet effet dans la Convention commerciale ci-dessus visée.

Veuillez agréer, &c.

Eric H. Louw.

No. 4.

M. Laval to Mr. Louw.

Ministère des Affaires Etrangères,

Paris, 11 février 1935.

M. le Ministre,

Vous avez bien voulu, par lettre en date de ce jour, me faire part des mesures que le Gouvernement de l'Union Sud-Africaine se propose de prendre:

(1°) En vue d'assurer sur son territoire la protection des appellations géographiques d'origine des eaux-de-vie et des vins français;

(2°) En vue d'encourager les achats en France de fer-blanc destiné aux fabriques de conserves de l'Union Sud-Africaine.

Vous avez bien voulu, d'autre part, par lettre en date du même jour, me faire savoir que votre Gouvernement est prêt à modifier le traité actuellement en vigueur entre l'Union Sud-Africaine et le Canada de manière à permettre aux vins français, spécifiés dans ladite lettre, de bénéficier, sur le territoire canadien, des droits appliqués aux vins sud-africains.

II. En considération des avantages dont le commerce français se trouvera, de ce fait, bénéficier, j'ai l'honneur de vous faire savoir que le Gouvernement Français s'engage, pour sa part, à accorder aux produits sud-africains les avantages suivants à dater de ce jour:

(1) Le tarif minimum sera accordé à l'importation en France des produits sud-africains énumérés ci-après:—

Ex No. 84: pommes et poires, pêches et brugnons, abricots, prunes, raisins, cerises, fraises, groseilles, cassis, amandes et coings, ananas et pample-mousses: toute l'année.

Ex No. 84: oranges et citrons: du 1er juin au 31 octobre.

Ex No 85: fruits secs autres que pruneaux: toute l'année.

(2) Une réduction de 15 pour cent sur les droits du Tarif Général sera appliquée aux pruneaux (Ex No. 85) originaires de l'Union Sud-Africaine.

(3) Les pourcentages ci-dessous indiqués des contingents globaux sont garantis à l'Union Sud-Africaine et au Sud-Ouest Africain pour l'importation des produits suivants:

No. du tarif.	*Désignation des produits.*	*Contingents (pourcentages).*
Ex 49	Langoustes fraîches	1·56
	Langoustes conservées au naturel ou préparées	35·7
Ex 84	Pommes et poires:	
	(1° trimestre)	2·5
	(4° trimestre)	2·5
	Autres fruits:	
	Pêches, brugnons, abricots, prunes, coings, raisins, cerises, fraises, groseilles, cassis et amandes:	
	(1° trimestre)	50
	(2° trimestre)	4
	(4° trimestre)	2·5

Ces pourcentages ne seront pas réduits, que le contingent global soit augmenté ou diminué. Cet engagement ne fait pas obstacle à la suppression des mesures de contingentement.

III. Il est entendu, par ailleurs, que les autorisations d'importation pour les pommes, poires, et autres fruits énumérés au paragraphe précédent, auront une validité de 120 jours à compter de la date de leur délivrance.

IV. Les contingents de crustacés frais et de crustacés conservés au naturel ou préparés (Ex 49 du tarif douanier français) accordés à l'Union Sud-Africaine et au Sud-Ouest Africain pour le premier trimestre de 1935, seront gérés par le Gouvernement de l'Union Sud-Africaine.

Les marchandises accompagnées de certificats de contingentement délivrés à ce titre, par ledit Gouvernement, devront être mises à la consommation sur le marché français au plus tard le 30 avril 1935.

Les contingents de crustacés frais et conservés afférents aux trimestres suivants, seront, dans leur intégralité, gérés par le Gouvernement Français.

V. Les avantages ci-dessus prévus sont accordés en attendant la conclusion d'un accord commercial entre la France et l'Union Sud-Africaine. Si cet accord ne pouvait être conclu dans le délai d'un an, les présentes dispositions pourraient être prorogées par tacite reconduction. Dans ce cas, les pourcentages qui seraient accordés en 1936 et 1937 aux langoustes fraîches et conservées ainsi qu'aux pommes et poires et autres fruits originaires de l'Afrique du Sud, seraient fixés aux chiffres suivants:

		Pour cent.
Ex 49	Langoustes fraîches:	
	1936	1·56
	1937	1·95
	Langoustes conservées au naturel ou préparées:	
	1936	53·6
	1937	53·6

Ex 84	Pommes et poires:	
	1936 (1° trimestre)	2·5
	1937 (4° trimestre)	2·5
	Autres fruits:	
	Pêches, brugnons, abricots, prunes, coings, raisins, cerises, fraises, groseilles, cassis et amandes:	
	1936 (1° trimestre)	50
	1937 (2° trimestre)	4
	(4° trimestre)	2·5

Agréez, &c.

Pierre Laval.

No. 5.

M. Laval to Mr. Louw.

Ministère des Affaires Etrangères,

Paris, 11 février 1935.

M. le Ministre,

Par lettre en date de ce jour, vous avez bien voulu me confirmer que, dans l'esprit de votre Gouvernement, le présent échange de lettres constitue un accord préliminaire qui doit être complété, dès que faire se pourra, par la conclusion d'une Convention commerciale plus complète entre la France et l'Union Sud-Africaine. A cet égard, vous m'avez fait savoir que, lors des négociations pour la conclusion de ladite Convention commerciale votre Gouvernement examinera avec la plus grande bienveillance les demandes qui lui seront adressées par le Gouvernement Français en vue d'obtenir des avantages tarifaires ou autres pour les produits français importés sur le territoire de l'Union Sud-Africaine.

Par ailleurs, vous avez bien voulu me confirmer que les droits d'antidumping récemment mis en vigueur par proclamation du Gouvernement de l'Union No. 254, ne s'appliquent pas aux produits métallurgiques originaires du territoire français.

Enfin, vous avez bien voulu me préciser que votre Gouvernement est prêt, sur la demande qui en serait faite par le Gouvernement Français, à examiner la possibilité de conclure un accord relatif aux relations entre l'Union Sud-Africaine et Madagascar ou à insérer des dispositions particulières à cet effet dans la Convention commerciale ci-dessus visée.

J'ai l'honneur de vous accuser réception de cette communication et de vous faire savoir qu'elle a reçu l'adhésion du Gouvernement Français.

Agréez, &c.

Pierre Laval.

85.

BELGIQUE, IRLANDE.

Arrangement commercial; conclu par un Echange de Notes signées à Bruxelles, le 15 février 1935.

Treaty Series (London) No. 16 (1935).

No. 1.

The Belgian Minister of Foreign Affairs to the Irish Minister to Belgium.

Ministère des Affaires Étrangères
et du Commerce Extérieur,

Bruxelles, le 15 février 1935.

M. le Ministre,

Me référant aux pourparlers qui ont eu lieu à Bruxelles entre les délégations des Gouvernements Belge et Irlandais, au sujet des relations commerciales entre nos deux pays, j'ai l'honneur de soumettre à Votre Excellence le projet d'arrangement ci-après:—

Tant que le Gouvernement Irlandais n'établira pas sur les produits originaires ou en provenance de Belgique repris dans l'annexe I des droits de douane autres ou plus élevés que ceux qui existent actuellement, ni des mesures de restrictions d'importation autres ou plus graves que celles présentement en vigueur, le Gouvernement Belge s'engage à accorder des contingents pour l'importation des produits irlandais, ainsi qu'il est indiqué à l'annexe II.

Le présent Arrangement prendra cours le 1er mars 1935 et aura une durée de douze mois. Le Gouvernement Irlandais garde pendant cette période son entière liberté, tant en matière de droits de douane qu'en matière de restriction d'importation. S'il fait usage de cette liberté au détriment de la Belgique, le Gouvernement Belge aura le droit de reviser les contingents repris dans l'annexe II.

Les deux Gouvernements sont d'accord pour entrer en pourparlers avant la fin du présent Arrangement pour régler leurs échanges commerciaux ultérieurs.

Cette note et la réponse de Votre Excellence acceptant les propositions qu'elle formule constitueront un arrangement entre nos deux Gouvernements.

Je saisis, &c.

Hymans.

Annexe I.

No. de la Official Import List de l'État Libre d'Irlande, Janvier 1934.	Produits.
343	Verres à glaces.
344	Autres verres en feuilles.
375	Articles manufacturés en asbeste.
376	Ciment hydraulique (et clinkers).
396	Barres et verges en fer.
397	Barres et verges en acier.
398	Poutrelles en acier, non ouvrées.
404	Tôles de fer galvanisées, ondulées, non ouvrées.
420	Fil de fer pour clôtures, barbelé.
421	Fil de fer pour clôtures, autre.
423	Fil de fer autre que pour clôture.
476	Clous, pointes, rivets et rondelles.

Annexe II.

1. *Bétail.*

Des licences seront accordées au mandataire du Gouvernement Irlandais pour l'importation en Belgique de bétail à concurrence de 120,000 kilog. de poids vif par semaine.

2. *Beurre.*

Des licences seront accordées chaque mois pour l'importation en Belgique de beurre irlandais à concurrence de 25 pour cent du contingent global, étant entendu que la quantité totale accordée à l'Irlande pour la période allant du 1er juin au 31 août 1935 ne sera pas inférieure à 300,000 kilog.

3. *Chevaux.*

Des licences seront accordées sur demande pour l'importation en Belgique de chevaux irlandais. Le Gouvernement Belge achètera des chevaux en Irlande pour les besoins de sa remonte sur les mêmes bases qu'en 1934.

4. *Tissus de Laine.*

Des licences seront accordées pour l'importation en Belgique de tissus de laine originaires ou en provenance d'Irlande, à concurrence de 200 quintaux métriques annuellement.

No 2.

The Irish Minister to Belgium to the Belgian Minister of Foreign Affairs.

Brussels, February 15, 1935.

Your Excellency,

In your letter of to-day's date you have made the following communication to me:—

[Here follows translation, as above, of Note from Belgian Foreign Minister, with Annexes.]

I have the honour to state that my Government accepts the proposals set out above, and that your note and this reply constitue an agreement between our two Governments.

Accept, &c.

G. O'Kelly de Gallagh,
Minister Plenipotentiary.

86.

PAYS-BAS, UNION DE L'AFRIQUE DU SUD.

Arrangement commercial provisoire; conclu par un Echange de Notes signées à Kapstadt, le 20 février 1935.

Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden 1935, No. 332.

Gezantschap der Nederlanden.
N°. K. 44.

Kaapstad, den 20 Februari 1935.

Mijnheer de Minister van Buitenlandsche Zaken.

Ik heb de eer ter kennis van Uw Edele te brengen, dat Harer Majesteits Regeering mij heeft gemachtigd, met Zijner Majesteits Regeering in de Unie van Zuid-Afrika, in afwachting van de totstandkoming van een definitief handels- en scheepvaartverdrag tusschen het Koninkrijk der Nederlanden en de Unie van Zuid-Afrika, een overeenkomst te sluiten ter voorloopige regeling van de handels-

P. M. 55/61.
Department van Buitenlandse Sake, Kaapstad.

20 Februarie 1935.

Meneer die Minister,

Ek het die eer die ontvangs te erken van u nota gedateer hede en u mee te deel, dat Sy Majesteit se regering in die Unie van Suid-Afrika bewillig in die voorstel van die regering van Hare Majesteit die Koningin van die Nederlande om, in afwagting van die totstandkoming van 'n definitiewe handels- en skeepvaartverdrag tussen die Unie van Suid-Afrika en die Koninkryk van die Nederlande, 'n

en scheepvaartbetrekkingen tusschen onze beide landen.

Te dien einde breng ik te Uwer kennis, dat Harer Majesteits Regeering bereid is, ten aanzien van al wat betreft den handel en de scheepvaart, met inbegrip van alle rechten, belastingen en heffingen in verband daarmede, alsmede ten aanzien van het deviezenverkeer, ten opzichte van de Unie van Zuid-Afrika de behandeling op voet van onvoorwaardelijke meestbegunstiging toe te passen, met dien verstande, dat:

a. het Koninkrijk der Nederlanden geen aanspraak zal kunnen maken op de voorrechten of gunsten, die voortvloeien uit de voorkeursbehandeling, welke de Unie van Zuid-Afrika reeds heeft toegestaan of in de toekomst mocht toestaan aan een van de leden van het Britsche Gemeenebest van Natiën, zoolang als zoodanige voorkeursbehandeling beperkt blijft tot leden van bedoeld Gemeenebest;

b. op de, in deze overeenkomst vastgelegde, meestbegunstiging geen beroep zal kunnen worden gedaan ter verkrijging van:

I. gunsten, verleend aan grensgebieden en aan grenslanden wegens bijzondere politieke of economische verhoudingen;

II. voordeelen, voortvloeiende uit tweezijdige of meerzijdige vertragen of eenzijdige maatregelen, die ten doel hebben, dubbele belasting te vermijden;

c. de uitoefening van de kustvaart in Nederlandsch-Indië van deze overeenkomst wordt uitgezonderd en uitsluitend beheerscht blijft

ooreenkoms te sluit ter voorlopige reëling van die handels- en skeepvaartbetrekkings tussen ons twee lande. Te dien einde het ek die eer u mee te deel, dat Sy Majesteit se regering in die Unie bereid is ten aansien van alles wat handel en skeepvaart betref, met inbegrip van alle regte, belastings of heffings in verband daarmee, asmede ten aansien van die devieseverkeer, ten opsigte van die Koninkryk van die Nederlande die behandeling op voet van onvoorwaardelike meesbegunstiging toe te pas, met die verstande dat:

(*a*) die Koninkryk van die Nederlande geen aanspraak sal kan maak op die voorregte of gunste, wat voortvloei uit die voorkeursbehandeling, wat die Unie van Suid-Afrika reeds toegestaan het of in die toekoms mog toestaan aan een van die lede van die Britse Gemenebes van Nasies, solank as sodanige voorkeursbehandeling beperk bly tot lede van bedoelde Gemenebes;

(*b*) op die in hierdie ooreenkoms vasgelegde meesbegunstiging geen beroep gedoen zal kan word nie ter verkryging van:

(I) gunste verleen aan grensgebiede en grenslande weëns besondere politieke of ekonomiese verhoudings;

(II) voordele voortvloeiende uit tweesydige of meersydige verdrae of eensydige maatreëls wat ten doel het om dubbele belasting te vermy;

(*c*) die uitoefening van die kusvaart in Nederlands-Indië van hierdie ooreenkoms uitgesonder word en uitsluitend beheers bly

door de wetten en verordeningen in genoemd gebied;

d. de, in deze overeenkomst vastgelegde, meestbegunstiging geen beletsel zal vormen voor het verleenen van gunsten speciaal aan schepen, die onder contract zeepost vervoeren;

e. aan de, in deze overeenkomst vastgelegde, meestbegunstiging ten aanzien van de instelling van bijzondere in- en uitvoerverboden en -beperkingen voldaan zal zijn, wanneer zoodanige maatregelen tevens op die landen van toepassing zijn, ten opzichte van welke gelijke gronden voor de toepassing dier maatregelen gelden.

Deze overeenkomst, welke ook van toepassing is op het mandaatgebied Zuidwest-Afrika treedt in werking op den eersten April 1935 en zal in elk geval van kracht blijven gedurende één jaar na dien datum, na verloop van welken tijd zij opzegbaar zal zijn, door een der partijen met inachtneming van een opzeggingstermijn van drie maanden.

Gelief, Mijnheer de Minister van Buitenlandsche Zaken, de verzekering te aanvaarden van mijne bijzondere hoogachting.

H. A. Lorentz.

Zijne Edele den Minister van Buitenlandsche Zaken Generaal J. M. B. Hertzog, Kaapstad.

deur die wette en verordenings in genoemde gebied;

(*d*) die in hierdie ooreenkoms vasgestelde meesbegunstiging geen beletsel sal vorm teen die verlening van gunste spesiaal aan skepe wat onder kontrak seepos vervoer;

(*e*) aan die in hierdie ooreenkoms vasgestelde meesbegunstiging ten aansien van die instelling van spesiale in- en uitvoerverbode en beperkings voldaan sal wees, wanneer sodanige maatreëls ook op die lande van toepassing is ten opsigte van welke gelykegronde vir die toepasing van hierdie maatreëls geld.

Hierdie ooreenkoms, wat ook van toepassing is op die Mandaatgebied Suidwes-Afrika, tree in werking op die eerste dag van April, 1935, en sal in elke geval van krag bly gedurende een jaar na hierdie dag, na verloop van welke tyd dit opsegbaar sal wees deur een van die partye met inagneming van 'n opseggingstermyn van drie maande.

Geliewe, Meneer die Minister, die versekering te aanvaar van my besonderes hoogagting,

J. M. B. Hertzog.

Die Buitengewone Gesant en Gevolmagtigde Minister van die Nederlande, Kaapstad.

Gezantschap der Nederlanden.

Proces-verbaal.

In verband met de op heden tusschen het Koninkrijk der Nederlanden en de Unie van Zuid-Afrika

Departement van Buitenlandse Sake.

Proces-verbaal.

In verband met die op hede tussen die Unie van Suid-Afrika en die Koninkryk van die Nederlande ge-

gewisselde nota's omtrent de wederzijdsche verleening van meestbegunstiging op het gebied van handel en scheepvaart wordt hierbij vastgelegd, dat de partijen overeengekomen zijn als volgt:

Het is wel te verstaan, dat de oplossing van geschillen over de instelling en de toepassing van anti-dumpingsrechten voor wat betreft de beginsel-kwestie langs diplomatieken weg gezocht zal worden.

Geteekend in duplo, in Nederlandsche en Afrikaansche teksten, op heden den twintigsten dag van Februari, 1935, te Kaapstad.

H. A. Lorentz.
J. M. B. Hertzog.

wisselde notas omtrent die wedersydse verlenging van meesbegunstiging op die gebied van handel en skeepvaart word hierby vastgelê dat die partye verder ooreengekom het as volg:

„Dit is wel te verstaan dat die oplossing van geskille oor die instelling en die toepassing van anti-dumpingregte wat die beginselkwessie betref langs diplomatieke weg gesoek sal word."

Geteken in duplo, in Afrikaanse en Nederlandse tekste, op hede die 20ste dag van Februarie 1935 in Kaapstad.

J. M. B. Hertzog.
H. A. Lorentz.

87.

GRANDE-BRETAGNE, FINLANDE.

Accord concernant la reconnaissance réciproque des certificats de franc-bord; signé à Helsingfors, le 3 mai 1935.*)

Treaty Series No. 31 (1935).

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (hereinafter referred to as the Government of the United Kingdom) and the Government of the Republic of Finland, being desirous of concluding an agreement for the mutual recognition of the load line certificates which have been or may be issued to ships to which the International Load Line Convention, 1930, does not apply (hereinafter referred to as non-Convention ships), have agreed as follows;—

Article 1.

The Finnish Government, being satisfied that provision has been made by the Government of the United Kingdom for the application of the provisions of the International Load Line Convention to non-Convention ships, agree that the load line certificates issued by or under

*) En langues anglaise et finnoise. Nous ne reproduisons que le texte anglais.

the authority of the Government of the United Kingdom to British non-Convention ships certifying that the load lines shown on the certificates have been assigned in accordance with the provisions of the Merchant Shipping (Safety and Load Line Conventions) Act, 1932, shall have the same effect in Finnish ports as the load line certificates issued by or under the authority of the Finnish Government.

Article 2.

The Government of the United Kingdom being satisfied that provision has been made by the Finnish Government for the application of the provisions of the International Load Line Convention to non-Convention ships, similarly agree that the certificates issued by or under the authority of the Finnish Government to Finnish non-Convention ships certifying that the load lines shown on the certificates have been assigned in accordance with the provisions of the Convention shall, in the ports of the United Kingdom, or of any British colony or protectorate or of any mandated territory in respect of which the mandate is exercised by the Government of the United Kingdom, have the same effect as the load line certificates issued by or under the authority of the Government of the United Kingdom.

Article 3.

The present Agreement may be extended by the Government of the United Kingdom by means of a notification in writing given through the diplomatic channel—

(*a*) to any British colony or protectorate,

(*b*) to any mandated territory in respect of which the mandate is exercised by the Government of the United Kingdom,

in which provision is made for the application of the provisions of the International Load Line Convention to non-Convention ships and for the issue of certificates attesting such application, and upon such notification being given such load line certificates issued to British non-Convention ships by or under the authority of the Government of the territory to which the present Agreement has been extended shall have the same effect in Finnish ports as the load line certificates issued by or under the authority of the Finnish Government.

The present Agreement may also, by means of a notification in writing given through the diplomatic channel, be extended to Newfoundland if provision is made by the Government of Newfoundland for the application of the provisions of the International Load Line Convention to non-Convention ships and for the issue of certificates attesting such application and upon such notification being given such load line certificates issued by or under the authority of the Government of Newfoundland to British non-Convention ships shall have the same effect in Finnish ports as the load line certificates issued by or under the

authority of the Finnish Government, and the present Agreement shall extend to the ports of Newfoundland.

Either Contracting Government may, upon giving six months' notice to that effect, terminate the application of the Agreement separately in respect of any territory to which it has been extended under this article.

Article 4.

The present Agreement, which shall supersede the Arrangement embodied in the notes exchanged between the two Contracting Governments on the 16th January, 1933, and the 23rd February, 1933,*) shall come into force on the date of signature, and shall thereafter remain in force subject to the right of either of the Contracting Governments to terminate it on giving six months' notice to that effect.

In witness whereof the undersigned, duly authorised to that effect, have signed the present Agreement and have affixed thereto their seals.

Done at Helsinki (Helsingfors) in duplicate the 3rd day of May, 1935.

J. Thyne Henderson.
Rolf Witting.

88.

UNION DE L'AFRIQUE DU SUD, ITALIE.

Accord commercial; conclu par un Echange de Notes signées à Kapstadt et à Rome, le 21 mai 1935 et le 23 janvier 1936.

Treaty Series No. 20 (1938).

No. 1.

Dr. Bodenstein to Signor Labia.

Department of External Affairs,
Capetown, May 21, 1935.

Mr. Minister,

Duly instructed thereto by the Governor-General-in-Council, I beg to confirm and place on record that the following Agreement has been come to between the Union and Italy:—

1. The Union will accord to the following goods, the products of, and coming from, Italy, when imported into the Union or into the Mandated Territory of South-West Africa, the enjoyment of the intermediate tariff under the Customs Tariff Amendment Act, 1935, to wit:—

Cotton piece-goods containing 50 per cent. or more of cotton and specified under Tariff item No. 76 (*a*) (i) and (ii);

---

*) An informal Arrangement. Not published.

woollen piece-goods, woven or knitted, under Tariff item No. 76 (*b*);
mixed piece-goods (containing 50 per cent. or more of artificial silk) under Tariff item No. 76 (*c*) (i) and (*d*) (i);
new hats, caps and bonnets of wool, felt, hair, straw and other vegetable fibre, under Tariff item No. 69 (*d*) and (*e*);
glassware under Tariff item No. 172 (*b*);
citric and tartaric acids *ex* Tariff item No. 213 (*c*); and
beads under Tariff item No. 299.

2. The Union will, within two months from the date hereof, apply the maximum tariff to the goods of the nature described in the first paragraph hereof, provided that the maximum tariff shall not be applied to goods of the same nature coming from—

(1) a country forming part of the territory, or being, either as a protectorate or mandated territory, under the protection or the jurisdiction of one of the members of the British Commonwealth of Nations, or a country contiguous to the Union or the Mandated Territory of South-West Africa, if such goods enjoy, in virtue of a customs agreement between the Union and such country, special treatment; and

(2) countries entitled to most-favoured-nation treatment in the Union.

3. The products enumerated in paragraph 1 hereof shall not be deemed to be products of Italy unless at least 25 per cent. of the factory or works' cost of those goods is represented by material produced and labour performed in Italy.

4. This Agreement is subject to approval by both Houses of Parliament of the Union in its next Session.*)

I will greatly esteem your confirmation of the same.

Please accept, &c.

H. D. J. Bodenstein,
Secretary for External Affairs.

No. 2.

Signor Labia to Dr. Bodenstein.

R. Legazione d'Italia,
Capetown, May 21, 1935.

Mr. Secretary,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of even date and, duly authorised by my Government, I beg to confirm that the following contains the Agreement come to between Italy and the Union of South Africa:—

*) The Agreement was so approved.

1. The Union will accord to the following goods, the products of, and coming from, Italy, when imported into the Union or into the Mandated Territory of South-West Africa, the enjoyment of the intermediate tariff under the Customs Tariff Amendment Act, 1935, to wit:—

Cotton piece-goods containing 50 per cent. or more of cotton and specified under Tariff item No. 76 (*a*) (i) and (ii);
woollen piece-goods, woven or knitted, under Tariff item No. 76 (*b*);
mixed piece-goods (containing 50 per cent. or more of artificial silk) under Tariff item No. 76 (*c*) (i) and (*d*) (i);
new hats, caps and bonnets of wool, felt, hair, straw and other vegetable fibre, under Tariff item No. 69 (*d*) and (*e*);
glassware under Tariff item No. 172 (*b*);
citric and tartaric acids *ex* Tariff item No. 213 (*c*); and
beads under Tariff item No. 299.

2. The Union will, within two months from the date hereof, apply the maximum tariff to the goods of the nature described in the first paragraph hereof, provided that the maximum tariff shall not be applied to goods of the same nature coming from—

(1) a country forming part of the territory, or being, either as a protectorate or mandated territory, under the protection or the jurisdiction of one of the members of the British Commonwealth of Nations, or a country contiguous to the Union or the Mandated Territory of South-West Africa, if such goods enjoy, in virtue of a Customs Agreement between the Union and such country, special treatment; and

(2) countries entitled to most-facoured-nation treatment in the Union.

3. The products enumerated in paragraph 1 hereof shall not be deemed to be products of Italy unless at least twenty-five (25) per cent. of the factory or works' cost of those goods is represented by material produced and labour performed in Italy.

4. This Agreement is subject to approval by both Houses of Parliament of the Union in its next Session.

Please accept, &c.
N. Labia,
Royal Italian Minister Plenipotentiary.

No. 3.

Dr. Heymans to Signor Mussolini.

Rome, January 23, 1936.

Mr. Minister,

In regard to the Agreement which was concluded in Capetown on the 21st May, 1935, by means of an exchange of Notes between the

Secretary for External Affairs on behalf of the Union of South Africa and the Italian Minister in Capetown on behalf of Italy, I am instructed by my Government to beg your Excellency to take note that the concession to Italy of the Benefits of the Intermediate Tariff to goods, indicated in the annexure to the said Agreement, must be understood to have been made subject to the continuing in force of the grant of most-favoured-nation treatment by our respective countries to each other, under the Italian-British Treaty of 1883, in so far as it applies between the Union and Italy.

Please accept, &c.

A. Heymans,

Minister Plenipotentiary.

No. 4.

Signor Mussolini to Dr. Heymans.

Ministero Degli Affari Esteri,

Roma, 23 Gen. 1936 Anno XIV.

Signor Ministro,

Mi è pervenuta, redatta in inglese, la nota di V.E. in data odierna, che, in lingua italiana, è del seguente tenore:

„In relazione all'Accordo stipulato in Capetown il 21 maggio 1935, mediante scambio di note fra il Segretario per gli Affari Esteri per l'Unione del Sud-Africa ed il Ministro italiano in Capetown per l'Italia, ho l'incarico dal mio Governo di pregare l'E.V. di prender nota che la concessione all'Italia dei benefici della Tariffa intermedia delle merci, indicata nell'annesso all'Accordo anzidetto, deve intendersi fatta in dipendenza del mantenimento in vigore del trattamento della Nazione più favorita reciprocamente fra i nostri due Paesi, giusta il Trattato italo-britannico del 1883, per quanto esso è applicabile fra l'Unione del Sud-Africa e l'Italia."

Ho l'onore di portare a conoscenza dell'E.V. che il Governo italiano è d'accordo.

Voglia gradire, &c.

Mussolini.

89.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, SUÈDE.

Convention commerciale; signée à Washington, le 25 mai 1935.*)

Executive Agreement Series, No. 79.

The President of the United States of America and His Majesty the King of Sweden, being desirous of strengthening the traditional bonds of friendship between the two countries by maintaining and giving the fullest possible effect to the principle of equality of treatment in their commercial relations and by granting mutual and reciprocal concessions and advantages for the promotion of trade, have through their respective Plenipotentiaries arrived at the following Agreement:

Article I.

The United States of America and Sweden will grant each other unconditional and unrestricted most-favored-nation treatment in all matters concerning the customs duties and subsidiary charges of every kind and in the method of levying duties, and, further, in all matters concerning the rules, formalities and charges imposed in connection with the clearing of goods through the customs, and with respect to all laws or regulations affecting the sale or use of imported goods within the country.

Accordingly, natural or manufactured products having their origin in either of the countries shall in no case be subject, in regard to

Americas Förenta Staters President och Hans Majestät Konungen av Sverige, vilka önska stärka de vänskapsband, som av ålder bestå mellan de båda länderna, genom att upprätthålla och giva största möjliga verkan åt principen om likabehandling i de kommersiella förbindelserna samt genom att medgiva varandra ömsesidiga och reciproka koncessioner och förmåner till handelns främjande, hava genom sina respektive fullmäktige ombud träffat följande överenskommelse:

Artikel I.

Amerikas Förenta Stater och Sverige skola tillerkänna varandra ovillkorlig och obegränsad behandling såsom mest gynnad nation i allt vad angår tullar och alla slags tilläggsavgifter samt sättet för tullarnas och avgifternas uppbärande ävensom i allt vad angår de regler, formaliteter och pålagor, som må vara föreskrivna med avseende på förfarandet vid tullbehandlingen samt beträffande alla lagar och förordningar rörande försäljningen eller användandet av importerade varor inom landet.

Följaktligen skola natur- eller industrialster, härrörande från ettdera landet, i ovannämnda hänseenden icke i något fall vara under-

*) Les instruments d'approbation et de ratification ont été échangées à Stockholm, le 6 juillet 1935.

the matters referred to above, to any duties, taxes or charges other or higher, or to any rules or formalities other or more burdensome, than those to which the like products having their origin in any third country are or may hereafter be subject.

Similarly, natural or manufactured products exported from the territory of the United States of America or Sweden and consigned to the territory of the other country shall in no case be subject with respect to exportation and in regard to the above-mentioned matters, to any duties, taxes or charges other or higher, or to any rules or formalities other or more burdensome, than those to which the like products when consigned to the territory of any third country are or may hereafter be subject.

Any advantage, favor, privilege or immunity which has been or may hereafter be granted by the United States of America or Sweden in regard to the above-mentioned matters, to a natural or manufactured product originating in any third country or consigned to the territory of any third country shall be accorded immediately and without compensation to the like product originating in or consigned to the territory of Sweden or the United States of America, respectively, and irrespective of the nationality of the carrier.

Article II.

Neither the United States of America nor Sweden shall establish any prohibition or maintain any restriction on imports from the territory of the other country which is not applied to the importation of

kastade andra eller högre tullar, avgifter eller pålagor eller andra eller mera betungande regler eller formaliteter än de, vilka likartade varor, härrörande från vilket som helst tredje land, äro eller framdeles må bliva underkastade.

Likaledes skola natur- eller industrialster, som utföras från Amerikas Förenta Staters eller Sveriges område med destination till det andra landets område, i ovannämnda hänseenden med avseende å utförseln icke i något fall vara underkastade andra eller högre tullar, avgifter eller pålagor eller andra eller mera betungande regler eller formaliteter än de, vilka likartade varor destinerade till vilket som helst tredje land äro eller framdeles må bliva underkastade.

Varje företrädesrätt, förmån, privilegium eller befrielse, som Amerikas Förenta Stater eller Sverige i ovannämnda hänseenden medgivit eller framdeles må komma att tillerkänna natur- eller industrialster härrörande från eller destinerade till något tredje land, skall omedelbart och utan vederlag samt oberoende av transportfartygets nationalitet tillerkännas likartade varor, härrörande från eller destinerade till Sveriges respektive Amerikas Förenta Staters område.

Artikel II.

Varken Amerikas Förenta Stater eller Sverige må införa något förbud eller upprätthålla någon inskränkning med avseende å införseln från det andra landets område, som icke tillämpas beträffande in-

any like article originating in any third country. Any abolition of an import prohibition or restriction which may be granted even temporarily by either country in favor of an article of a third country shall be applied immediately and unconditionally to the like article originating in the territory of the other country. These provisions equally apply to exports.

förseln av likartade varor, härrörande från vilket som helst tredje land. Varje upphävande av förbud eller inskränkning med avseende å införseln, som må komma att, även temporärt, medgivas av endera landet till förmån för en vara från något tredje land, skall omedelbart och ovillkorligt tillämpas på likartad vara, härrörande från det andra landets område. Dessa bestämmelser skola jämväl tillämpas med avseende å utförseln.

In the event of rations or quotas being established by either the United States of America or Sweden for the importation of any article it is agreed that in the allocation of the quantity of restricted goods which may be authorized for importation, the other country will be granted a share equivalent to the proportion of the trade which it would normally enjoy.

Därest Amerikas Förenta Stater eller Sverige inför ransonering eller kontingentering av införseln av någon vara, är det överenskommet, att vid fördelning av de kvantiteter av importreglerade varor, som må tillåtas till införsel, det andra landet skall tillerkännas en andel, motsvarande den proportion, vari det normalt plägar deltaga i handeln.

In all matters concerning the rules, formalities or charges imposed in connection with any form of quantitative restriction on the importation of any article, the United States of America and Sweden agree to extend to each other every favor granted to a third country.

I allt vad angår de regler, formaliteter eller pålagor, som må tillämpas i samband med kvantitativ inskränkning i någon form beträffande införseln av viss vara, överenskomma Amerikas Förenta Stater och Sverige att låta varandra komma i åtnjutande av varje förmån, som beviljas ett tredje land.

Article III.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I annexed to this Agreement*) and made a part thereof, shall, on their importation into Sweden, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule.

Artikel III.

Varor, alstrade, frambringade eller tillverkade i Amerikas Förenta Stater samt upptagna i bilaga I, fogad till denna överenskommelse*) och utgörande integrerande del därav, skola vid införsel till Sverige vara befriade från ordinarie tullar utöver i nämnda bilaga angivna belopp. Sagda varor

*) Non reproduit.

The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of Sweden in force on the day of the signature of this Agreement.

skola även vara befriade från alla andra tullar, skatter, avgifter, umgälder eller pålagor, som uppbäras vid eller i samband med införsel, utöver dem, som å dagen för undertecknandet av denna överenskommelse äro åsatta eller vilkas åsättande påfordras enligt i Sverige å dagen för undertecknandet av denna överenskommelse i kraft varande lagar och förordningar.

Article IV.

Articles the growth, produce or manufacture of Sweden enumerated and described in Schedule II annexed to this Agreement*) and made a part thereof, shall, on their importation into the United States of America, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges, or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of the United States of America in force on the day of the signature of this Agreement.

Artikel IV.

Varor, alstrade, frambringade eller tillverkade i Sverige samt upptagna i bilaga II, fogad till denna överenskommelse*) och utgörande integrerande del därav, skola vid införsel till Amerikas Förenta Stater vara befriade från ordinarie tullar utöver i nämnda bilaga angivna belopp. Sagda varor skola även vara befriade från alla andra tulla, skatter, avgifter, umgälder eller pålagor, som uppbäras vid eller i samband med införsel, utöver dem, som å dagen för undertecknandet av denna överenskommelse äro åsatta eller vilkas åsättande påfordras enligt i Amerikas Förenta Stater å dagen för undertecknandet av denna överenskommelse i kraft varande lagar och förordningar.

Article V.

In respect of articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or Sweden, enumerated and described in Schedules I and II, respectively, imported into the other country, on which ad valorem rates of duty, or duties based upon or regulated in any manner by value, are or may be assessed, it is understood and

Artikel V.

Beträffande varor, alstrade, frambringade eller tillverkade i Amerikas Förenta Stater eller Sverige samt upptagna i bilagorna I respektive II, vilka införas till det andra landet och vilka äro eller må bliva underkastade värdetullar eller tullar, baserade å eller på något sätt bestämda genom varans värde, är förutsatt och överenskommet, att

*) Non reproduit.

agreed that the bases and methods of determining dutiable value and of converting currencies shall be no less favorable to importers than the bases and methods prescribed under presently existing laws and regulations of Sweden and the United States of America, respectively.

grunderna och metoderna för bestämmande av det tullpliktiga värdet samt för omräkning av valutor icke skola vara mindre gynnsamma för importörerna än de grunder och metoder, som äro föreskrivna i de för närvarande i Sverige respektive Amerikas Förenta Stater gällande lagar och förordningar.

Article VI.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or Sweden, shall, after importation into the other country, be exempt from all internal taxes, fees, charges or exactions other or higher than those payable on like articles of national origin or any other foreign origin.

The provisions of this Article in regard to the granting of national treatment shall not apply to taxes imposed in the United States of America on coconut oil or on any combination or mixture containing a substantial quantity of coconut oil; nor shall they affect the regulations which are now in force or which may in future come into force in Sweden whereby alcohol distilled from foreign raw materials, starch manufactured from foreign raw materials and tobacco imported from abroad are subject to special taxation. In these respects, however, most-favored-nation treatment shall apply.

Artikel VI.

Varor, alstrade, frambringade eller tillverkade i Amerikas Förenta Stater eller Sverige, skola efter iförsel till det andra landet vara befriade från alla andra eller högre inre skatter, avgifter, umgälder eller pålagor än de, som åvila likartade varor av inhemskt ursprung eller vilket som helst annat främmande ursprung.

Bestämmelserna i denna artikel angående tillerkännande av nationell behandling skola icke vara tillämpliga beträffande i Amerikas Förenta Stater pålagda avgifter å kokosnötolja eller å blandningar eller föreningar, innehållande en väsentlig kvantitet kokosnötolja; ej heller skola de beröra nu eller framdeles i Sverige gällande bestämmelser, enligt vilka särskild skatt erlägges för alkohol, framställd av utländska råämnen, stärkelse, tillverkad av utländska råämnen, samt från utlandet införda tobaksvaror. I dessa hänseenden skall likväl mest gynnad nationsbehandling tillämpas.

Article VII.

No prohibitions, import quotas, import licenses, or any other form of quantitative regulation, whether or not operated in connection with any agency of centralized control,

Artikel VII.

Inga förbud, införselkontingenteringar, licensförfaranden eller någon annan form av kvantitativ reglering, vare sig genomförandet därav sker i förbindelse med något

shall be imposed by Sweden on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the United States of America enumerated and described in Schedule I, nor by the United States of America on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of Sweden enumerated and described in Schedule II.

The foregoing provision shall not apply to quantitative restrictions in whatever form imposed by either country on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the other country in conjuncture with governmental measures operating to regulate or control the production, market supply, or prices of like domestic articles. Whenever the Government of either country proposes to establish or change any restriction authorized by this paragraph, it shall give notice thereof in writing to the other Government and shall afford such other Government an opportunity within thirty days after receipt of such notice to consult with it in respect of the proposed action; and if an agreement with respect thereto is not reached within thirty days following receipt of the aforesaid notice, the Government which proposes to take such action shall be free to do so at any time thereafter, and the other Government shall be free within fifteen days after such action is taken to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

organ för centraliserad kontroll eller icke, skola genomföras av Sverige med avseende å införsel eller försäljning av någon vara, alstrad, frambringad eller tillverkad i Amerikas Förenta Stater och upptagen i bilaga I, eller av Amerikas Förenta Stater med avseende å införsel eller försäljning av någon vara, alstrad, frambringad eller tillverkad i Sverige samt upptagen i bilaga II.

Föregående bestämmelse skall icke tillämpas beträffande kvantitativa restriktioner, i vilken form det vara må, genomförda av ettdera landet med avseende å införsel eller försäljning av någon vara, alstrad, frambringad eller tillverkad i det andra landet, i förening med administrativa åtgärder för reglering eller kontroll av produktion, distribution eller priser beträffande likartade inhemska varor. Närhelst regeringen i ettdera landet avser att vidtaga eller ändra någon enligt detta moment tillåten restriktiv åtgärd, skall den lämna skriftligt meddelande därom till den andra regeringen samt bereda denna tillfälle att inom trettio dagar efter mottagandet av dylikt meddelande rådgöra med den förra regeringen beträffande den ifrågas satta åtgärden. Därest enighet med avseende å denna icke nåinom trettio dagar efter mottagandet av nyssnämnda meddelande, skall den regering, som avser att vidtaga åtgärd av angivet slag, äga frihet att när som helst därefter genomföra densamma, varvid den andra regeringen skall äga frihet att inom femton dagar efter det att åtgärden blivit genomförd bringa denna överenskommelse i sin helhet att upphöra vid utgången av trettio

dagar från den dag, skriftgil uppsägning skett.

Article VIII.

In the event that the United States of America or Sweden establishes or maintains a monopoly for the importation, production or sale of a particular commodity or grants exclusive privileges, formally or in effect, to one or more agencies to import, produce or sell a particular commodity, the Government of the country establishing or maintaining such monopoly, or granting such monopoly privileges, agrees that in respect of the foreign purchases of such monopoly or agency the commerce of the other country shall receive fair and equitable treatment. To this end it is agreed that in making its foreign purchases of any product such monopoly or agency will be influenced solely by those considerations, such as price, quality, marketability, and terms of sale, which would ordinarily be taken into account by a private commercial enterprise interested solely in purchasing such product on the most favorable terms.

Artikel VIII.

I händelse Amerikas Förenta Stater eller Sverige inför eller upprätthåller monopol å införsel, produktion eller försäljning av viss vara eller, formellt eller reellt, upplåter uteslutande rättigheter åt ett eller flera organ att införa, frambringa eller försälja viss vara, medgiver den regering, som inför eller upprätthåller monopol eller som upplåter monopolrättigheter, att det andra landets handel skall komma i åtnjutante av lojal och rättvis behandling med avseende på dylika monopols eller organs inköp från utlandet. I detta syfte är det överenskommet, att ifrågavarande monopol eller organ vid verkställandet av sina inköp från utlandet av någon vara skola låta sig ledas uteslutande av hänsyn till sådana faktorer som pris, beskaffenhet, lämplighet för marknaden och försäljningsvillkor, vilka regelmässigt pläga tagas i betraktande av ett privat handelsföretag, som uteslutande är intresserat av att köpa varan på gynnsammaste villkor.

Article IX.

The tariff advantages and other benefits provided for in this Agreement are granted by the United States of America and Sweden to each other subject to the condition that if the Government of either country shall establish or maintain, directly or indirectly, any form of control of foreign exchange, it shall administer such control so as to insure that the nationals and commerce of the other country will

Artikel IX.

De tariffmedgivanden och andra förmåner, som stadgas i denna överenskommelse, lämnas ömsesidigt av Amerikas Förenta Stater och Sverige på det villkoret, att om regeringen i ettdera landet, direkt eller indirekt, inför eller upprätthåller någon form av kontroll beträffande handeln med utländska valutor, skall den handhava kontrollen på sådant sätt, att därigenom säkerställes, att det andra lan-

be granted a fair and equitable share in the allotment of exchange.

With respect to the exchange made available for commercial transactions, it is agreed that the Government of each country shall be guided in the administration of any form of control of foreign exchange by the principle that, as nearly as may be determined, the share of the total available exchange which is allotted to the other country shall not be less than the share employed in a previous representative period prior to the establishment of any exchange control for the settlement of commercial obligations to the nationals of such other country.

The Government of each country shall give sympathetic consideration to any representations which the other Government may make in respect of the application of the provisions of this Article.

Article X.

In the event that a wide variation occurs in the rate of exchange between the currencies of the United States of America and Sweden, the Government of either country, if it considers the variation so substantial as to prejudice the industries or commerce of the country, shall be free to propose negotiations for the modification of this Agreement; and if an agreement with respect thereto is not reached within thirty days following receipt of such proposal, the Government making such proposal shall be free to terminate this Agreement in its

dets medborgare och handel tillerkännas en skälig och rättvis anpart i valutatilldelningen.

Vad beträffar den valuta, som göres tillgänglig för kommersiella transaktioner, är det överenskommet, att regeringen i vartdera landet vid handhavandet av varje form för kontroll av handeln med utländska valutor skall låta sig ledas av den principen att, så nära det låter sig fastställa, den del av hela den tillgängliga valutamängden, som tillerkännes det andra landet, icke skall understiga den andel, som under en föregående representativ tidrymd, innan kontroll av valutahandeln infördes, använts för reglering av kommersiella fordringar, tillkommande medborgare i sistnämnda land.

Regeringen i vartdera landet skall till välvillig prövning upptaga alla framställningar med avseende å tillämpningen av bestämmelserna i denna artikel, som må göras av regeringen i det andra landet.

Artikel X.

I händelse en betydande förskutning skulle inträda i kursförhållandet mellan valutorna i Amerikas Förenta Stater och Sverige, skall regeringen i vartdera landet, om den anser förskjutningen så väsentlig, att landets industri eller handel därigenom tillfogas skada, äga frihet att föreslå upptagande av förhandlingar rörande ändring av denna överenskommelse. Därest enighet i detta hänseende icke nås inom trettio dagar efter mottagandet av dylikt förslag, skall den regering, som väckt sådant förslag, äga frihet att bringa förevarande

entirety on thirty days' written notice.

Article XI.

The Government of each country will accord sympathetic consideration to, and, when requested, will afford adequate opportunity for consultation regarding such representations as the other Government may make with respect to the operation of customs regulations, quantitative restrictions or the administration thereof, the observance of customs formalities, and the application of sanitary laws and regulations for the protection of human, animal, or plant life, or health.

In the event that the Government of either country adopts any measure which, even though it does not conflict with the terms of this Agreement, is considered by the Government of the other country to have the effect of nullifying or impairing any object of the Agreement, the Government which has adopted any such measure shall consider such representations and proposals as the other Government may make with a view to effecting a mutually satisfactory adjustment of the matter.

Article XII.

The provisions of this Agreement relating to the treatment to be accorded by the United States of America or Sweden to the commerce of the other country do not apply to advantages now accorded or which may hereafter be accorded to neighboring States in order to faci-

överenskommelse i sin helhet att upphöra vid utgången av trettio dagar från den dag, skriftlig uppsägning skett.

Artikel XI.

Regeringen i vartdera landet skall till välvillig prövning upptaga samt på anmodan bereda av omständigheterna påkallat tillfälle till samråd beträffande framställningar, som regeringen i det andra landet må göra beträffande tillämpningen av tullbestämmelser, kvantitativa restriktioner eller handhavandet därav, iakttagandet av tullformaliteter samt tillämpningen av hälsovårdsförfattningar och föreskrifter till skydd för människors, djurs eller växters liv eller hälsa.

Därest regeringen i ettdera landet vidtager någon åtgärd, som, även om den icke står i strid mot bestämmelserna i denna överenskommelse, av regeringen i det andra landet anses hava den verkan, att någon bestämmelse i överenskommelsen därigenom omintetgöres eller förringas i värde, skall den regering som vidtagit åtgärden i fråga, till välvillig prövning upptaga av regeringen i det andra landet gjorda framställningar och förslag åsyftande att åstadkomma en ömsesidigt tillfredsställande reglering av frågan.

Artikel XII.

Bestämmelserna i denna överenskommelse angående den behandling, som av Amerikas Förenta Stater eller Sverige skall tillerkännas det andra landets handel, skola icke äga tillämplighet å förmäner, vilka för närvarande äro medgivna eller framdeles må tiller-

litate frontier traffic, or to advantages resulting from a customs union to which either country may become a party.

Nothing in this Agreement shall be construed to prevent the adoption of measures prohibiting or restricting the exportation or importation of gold or silver, or to prevent the adoption of such measures as either Government may see fit with respect to the control of the export or sale for export of arms, munitions, or implements of war, and, in exceptional circumstances, all other military supplies.

Subject to the requirement that there shall be no arbitrary discrimination by either country against the other country in favor of any third country where similar conditions prevail, the provisions of this Agreement shall not extend to prohibitions or restrictions

1/ relating to public security;
2/ imposed on moral or humanitarian grounds;
3/ designed to protect human, animal or plant life or health;
4/ relating to prisonmade goods;
5/ relating to the enforcement of police or revenue laws.

Article XIII.

Except as otherwise provided in the second paragraph of this Article, the provisions of this Agreement relating to the treatment to

kännas angränsande stater för underlättande av gränstrafiken; eller å förmåner, härledande sig från en tullunion, som må komma att avslutas av ettdera landet.

Ingen bestämmelse i denna överenskommelse skall kunna tolkas på sådant sätt att den utgör hinder vare sig mot vidtagande av åtgärder avseende förbud eller inskränkning beträffande utförsel eller införsel av guld eller silver eller mot vidtagande av åtgärder, som någondera regeringen må finna lämpliga beträffande kontroll över utförsel eller försäljning i exportsyfte av vapen, ammunition eller krigsredskap samt, under exceptionella omständigheter, alla andra militära förnödenheter.

Under iakttagande av att intetdera landet må vidtaga godtyckligt diskriminerande åtgärder gentemot det andra landet i förhållande till ett tredje land, varest likartade förhållanden råda, skola bestämmelserna i denna överenskommelse icke gälla beträffande förbud eller inskränkningar

1/ avseende allmän säkerhet;
2/ införda av moraliska eller humanitära skäl;
3/ avsedda att skydda människors, djurs eller växters liv eller hälsa;
4/ beträffande varor framställda av fångar; samt
5/ avsedda att bringa politi- eller statsinkomstförfattningar i verkställighet.

Artikel XIII.

Med undantag för i andra stycket av denna artikel upptagna avvikande stadganden, skola bestämmelserna i denna överenskommelse an-

be accorded by the United States of America and Sweden, respectively, to the commerce of the other country, shall not apply to the Philippine Islands, the Virgin Islands, American Samoa, the Island of Guam or to the Panama Canal Zone.

The provisions of this Agreement regarding most-favored-nation treatment shall apply to articles the growth, produce or manufacture of any territory under toe sovereignty or authority of the United States of America or Sweden, imported from or exported to any territory under the sovereignty or authority of the other country. It is understood, however, that the provisions of this paragraph do not apply to the Panama Canal Zone.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America, its territories and possessions and the Panama Canal Zone to one another or to the Republic of Cuba shall be excepted from the operation of this Agreement. The provisions of this paragraph shall continue to apply in respect of any advantages now or hereafter accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panama Canal Zone to the Philippine Islands irrespective of any change that may take place in the political status of the Philippine Islands.

This Agreement shall not apply to the advantages which Sweden has granted or hereafter may grant to Denmark or Norway or both countries insofar as these advantages

gående den behandling, som av Amerikas Förenta Stater respektive Sverige skall tillerkännas det andra landets handel, icke vara tillämpliga beträffande Filippinerna, Virginska öarna, amerikanska Samoaörrna, ön Guam eller Panamakanalzonen.

Bestämmelserna i denna överenskommelse angående mest gynnad nationsbehandling skola äga tillämpning å varor, alstrade, frambringade eller tillverkade inom vilket som helst område under Amerikas Förenta Staters eller Sveriges suveränitet eller överhöghet, vilka införas från eller utföras till något område under det andra landets suveränitet eller överhöghet. Det är likväl överenskommet, att bestämmelserna i detta stycke icke äro tillämpliga beträffande Panamakanalzonen.

Från tillämpningen av denna överenskommelse undantagas de förmåner, vilka Amerikas Förenta Stater, dess territorier och besittningar samt Panamakanalzonen för närvarande medgivit eller framdeles må tillerkänna varandra inbördes eller republiken Cuba. Bestämmelserna i detta stycke skola fortfara att äga tillämpning beträffande alla förmåner, som Amerikas Förenta Stater, dess territorier eller besittningar eller Panamakanalzonen medgivit eller må tillerkänna Filippinerna , oberoende av varje ändring, som må komma att äga rum i Filippinernas politiska status.

Denna överenskommelse skall icke vara tillämplig å de förmåner, som Sverige medgivit eller framdeles må tillerkänna Danmark eller Norge eller båda dessa länder, så

are not extended to any other country.

Article XIV.

The Government of each country reserves the right to withdraw the concession granted on any article under this Agreement, or to impose quantitative restrictions on any such article if at any time there should be evidence that, as a result of the extension of such concession to any third country, such country will obtain the major benefit of such concession and in consequence thereof an unduly large increase in importations of such article will take place: Provided that before the Government of either country shall avail itself of the foregoing reservation, it shall give notice in writing to the other Government of its intention to do so, and shall afford such other Government an opportunity within thirty days after receipt of such notice to consult with it in respect of the proposed action; and if an agreement with respect thereto is not reached within thirty days following receipt of the aforesaid notice, the Government which proposes to take such action shall be free to do so at any time thereafter, and the other Government shall be free within fifteen days after such action is taken to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Article XV.

The present Agreement shall be approved by the President of the United States of America and ra-

länge samma förmåner icke utsträckts till något annat land.

Artikel XIV.

Vartdera landets regering förbehåller sig rätt att återtaga medgivande, som enligt denna överenskommelse gjorts beträffande någon vara, eller att införa kvantitativa importrestriktioner beträffande samma vara, om det vid någon tidpunkt skulle visa sig att till följd av utsträckande av samma medgivande att gälla i förhållande till tredje land detta drager största fördelen av medgivandet och därigenom införseln av varan ökas i otillbörlig grad. Innan regeringen i någotdera landet begagnar sig av nyssnämnda förbehåll skall den lämna skriftligt meddelande härom till den andra regeringen samt bereda denna tillfälle att inom trettio dagar efter mottagandet av dylikt meddelande rådgöra med den förra regeringen beträffande den ifrågasatta åtgärden. Därest enighet med avseende å denna icke nås inom trettio dagar efter mottagandet av nyssnämnda meddelande, skall den regering, som avser att vidtaga åtgärd av angivet slag, äga frihet att när som helst därefter genomföra densamma, varvid den andra regeringen skall äga frihet att inom femton dagar efter det att åtgärden blivit genomförd bringa denna överenskommelse i sin helhet att upphöra vid utgången av trettio dagar från den dag, skriftlig uppsägning skett.

Artikel XV.

Denna överenskommelse skall gillas av Amerikas Förenta Staters President samt ratificeras av Hans

tified by His Majesty the King of Sweden with the consent of the Riksdag.

Majestät Konungen av Sverige med Riksdagens godkännande.

The Agreement shall come into full force on the thirtieth day after the exchange at Stockholm of the instruments of approval and ratification, and shall remain in force for the term of three years thereafter, unless terminated pursuant to the provisions of Article VII, Article X, or Article XIV.

Överenskommelsen skall träda i kraft å trettionde dagen efter utväxlingen i Stockholm av stadfästelsehandlingarna och skall, såvida den icke bringas att upphöra jämlikt bestämmelserna i artiklarna 7, 10 eller 14, förbliva i kraft under en tid av tre år.

Unless at least six months before the expiration of the aforesaid term of three years the Government of either country shall have given to the other Government notice of intention to terminate the Agreement upon the expiration of the aforesaid term, the Agreement shall remain in force thereafter, subject to termination under the provisions of Article VII, Article X, or Article XIV, until six months from such time as the Government of either country shall have given notice to the other Government.

Såvida icke regeringen i ettdera landet minst sex månader före utgången av nämnda tid av tre år delgivit regeringen i det andra landet sin avsikt att bringa överenskommelsen att upphöra vid utgången av sagda tid, skall överenskommelsen, med förbehåll för dess upphörande jämlikt bestämmelserna i artiklarna 7, 10 eller 14, förbliva i kraft intill utgången av sex månader, räknat från den dag, då regeringen i ettdera landet uppsagt densamma.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Agreement and have affixed their seals hereto.

Till bekräftelse härav hava respektive befullmäktigade ombud undertecknat denna överenskommelse och försett densamma med sina sigill.

Done in duplicate, in the English and Swedish languages, both authentic, at the City of Washington, this 25th day of May, 1935.

Som skedde i två exemplar, på engelska och svenska språken, vilka båda äga lika vitsord, i Washington, den 25 maj 1935.

For the President of the United States of America:

[seal] *Cordel Hull.*

For His Majesty the King of Sweden:

[seal] *W. Boström.*

90.

DANEMARK, PORTUGAL.

Déclaration supplémentaire à la Déclaration commerciale provisoire du 14 décembre 1896;*) signé à Lisbonne, le 18 juin 1935.

Lovtidenden A, 1935, No. 36.

En attendant la conclusion d'un nouveau Traité de commerce et de navigation entre le Danemark et le Portugal et dans l'intention de porter supplément à la Déclaration Dano-Portugaise du 14 décembre 1896, les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements sont convenus de ce qui suit:

Article 1.

Le Gouvernement Danois s'engage à appliquer avant la fin de 1935 les mesures nécessaires pour la protection des désignations régionales des vins portugais dont a trait cet Article.

Le Gouvernement Danois reconnaît que les désignations „Porto" et „Madeira" et les combinaisons dérivées de l'emploi de ces noms, soit dans leurs formes originelles soit traduits (Port, Oporto, Portwine, Portwein, Portvin, etc., ou Madère, Madeira wine, Madeira wein, Madeira vin, etc.) ainsi que les désignations „Moscatel de Setubal" et „Carcavelos", constituent des marques régionales ou appellations d'origine, dûment protégées au Portugal et appartenant exclusivement aux vins liquoreux produits respectivement dans les régions portugaises du Douro, de l'île de Madère, de Setubal et de Carcavelos.

Le Gouvernement Danois s'engage à prendre les mesures nécessaires pour réprimer sur le territoire du Danemark l'importation, l'entreposage et la circulation dans un but de vente, ainsi que la mise en vente et la vente de vins portant ces désignations, dès qu'ils ne seraient pas originaires des régions portugaises du Douro, de l'île de Madère, de Setubal et de Carcavelos et qu'ils n'aient pas été exportés, respectivement, le Porto par la barre du Douro ou le port de Leixões, le Madeira par le port du Funchal, le Moscatel de Setubal par les ports de Lisbonne ou de Setubal et le Carcavelos par le port de Lisbonne.

L'authenticité de ces vins doit être établie par des certificats d'origine délivrés par les autorités compétentes portugaises et dont la présentation sera indispensable pour leur importation dans un but de vente au Danemark.

La répression des contraventions aux dispositions du présent Article s'exercera par voie de poursuite pénale contre les coupables, alors

---

*) V. N.R.G. 2. s. XXV, p. 474.

même que la véritable origine du produit serait mentionnée, ou que les appellations fausses seraient accompagnées de certains correctifs tels que „genre", „type", „façon", „rival", ou d'une autre indication régionale spécifique ou autre, toutes marques, étiquettes ou inscriptions devant être interdites qui seraient susceptibles d'induire en erreur l'acheteur ou de créer dans son esprit une confusion sur la véritable origine du vin qu'il achète.

Des sanctions de la même nature seront prises à l'égard de tous procédés tendant à mettre en vente des vins de liqueur ayant droit aux termes de cet Article à une appellation d'origine, dont l'état de pureté à l'importation aurait été altéré par addition d'eau ou de vins autres.

Les sanctions visées ci-dessus seront appliquées à la diligence de l'administration ou à la requête du Ministère Public, ou sur l'initiative d'une partie intéressée, personne privée, syndicat ou association ressortissant de l'une des Hautes Parties Contractantes.

Les dispositions ci-dessus seront applicables au vin liquoreux portant la marque „Extremadura" et expédié par le port de Lisbonne, dès que la région vinicole dont il est d'originaire aura été délimitée et que son exportation sera soumise aux mêmes règles et garanties que celles adoptées au Portugal pour les vins énumérés au premier alinéa du présent Article.

Article 2.

Les entreprises de navigation danoises, ainsi que les navires danois, leurs passagers et leurs cargaisons, ne seront pas assujettis au Portugal et dans les îles adjacentes à des droits ou impositions autres ou plus élevés ni à des conditions ou restrictions autres ou plus onéreuses que ceux auxquels sont ou seront assujettis les navires portugais ou de tout autre Etat, leurs passagers et leurs cargaisons. Le même traitement sera accordé en Danemark aux entreprises de navigations et aux navires portugais, ainsi qu'à leurs passagers et cargaisons.

Les entreprises de navigation danoises et les navires danois, ainsi que leurs passagers et cargaisons, jouiront dans les colonies portugaises du traitement de la nation la plus favorisée et à partir du 1er juillet 1936 du traitement national ou de tout autre Etat.

Il est entendu que les dispositions du présent Article ne s'appliquent pas:

a) aux lois spéciales, concernant la marine marchande nationale et ayant en vue de favoriser au moyen de primes et autres facilités spéciales les nouvelles constructions et l'exercice de la navigation;
b) aux faveurs accordées aux sociétés de sport nautique;
c) à l'exercice du service maritime dans les ports, les rades et les plages. Le service maritime comprend remorquage, pilotage, assistance et sauvetage maritimes;
d) à l'émigration et au transport d'émigrants;

e) au trafic entre les ports situés sur les territoires de chacune des Hautes Parties Contractantes, y compris les colonies. Ledit trafic continuera d'être réglementé par les lois en vigueur ou par celles qui dans l'avenir seront mises en vigueur respectivement dans chacun des deux pays;

f) à l'exercice de la pêche dans les eaux territoriales des Hautes Parties Contractantes.

Article 3.

Le Danemark et le Portugal s'engagent à s'accorder réciproquement le traitement inconditionnel et illimité de la nation la plus favorisée pour tout ce qui se rapporte aux droits, taxes et impôts intérieurs de quelque nature qu'ils soient, aux impôts de consommation, aux droits et taxes de monopole, d'octroi, d'accise, aux droits de timbre, ainsi que pour le mode de perception de ces droits, taxes ou impôts.

Article 4.

La présente Déclaration entrera en vigueur dès ce jour et restera valable jusqu'à la conclusion d'un nouveau Traité de commerce et de navigation.

Elle pourra, toutefois, être dénoncée auparavant par l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes avec un préavis d'un mois.

Faite à Lisbonne, en double exemplaire, le 18 Juin 1935.

(sign.) *M. A. Wassard.*
(sign.) *Armindo Rodrigues Monteiro.*

Lisbonne, le 18 juin 1935.

Monsieur,

Au nom du Gouvernement de la République Portugaise j'ai l'honneur de faire savoir à Votre Excellence ce qui suit:

Vu qu'une entreprise danoise d'assistance et de sauvetage maritime a été établie au Portugal depuis des années, le Gouvernement Portugais déclare que, nonobstant les dispositions de l'Article 2, alinéa c) de la Déclaration signée en date d'aujourd'hui par les Gouvernements Portugais et Danois, cette entreprise danoise, et le cas échéant son successeur, jouira, tant que la Déclaration sera en vigueur, du traitement national comme jusqu'à présent.

Veuillez agréer, Monsieur, les assurances de ma haute considération.

(sign.) *Armindo Rodrigues Monteiro.*

Monsieur M. A. Wassard, Plénipotentiaire du Gouvernement de Danemark, etc., etc.

Lisbonne, le 18 juin 1935.

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Excellence de Sa note en date d'aujourd'hui, ainsi conçue:

[suit le texte de la Note précédente.]

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma plus haute considération.

(sign.) *M. A. Wassard.*

Son Excellence Monsieur le Dr. Armindo Monteiro, Ministre des Affaires Etrangères, etc., etc., etc.

91.

UNION DE L'AFRIQUE DU SUD, FRANCE.

Arrangement commercial provisoire; conclu par un Echange de Notes signées à Prétoria, le 27 août 1935.

Treaty Series (London) No. 60 (1938).

No. 1.

Dr. Bodenstein to M. M. de Simonin.

Department of External Affairs,
Pretoria, August 27, 1935.

M. le Chargé d'Affaires,

I have the honour to place on record that the Union and the French Government have agreed provisionally and pending a more embracing agreement as follows:—

1. The following goods the produce or manufacture of France, to wit:—

Cotton piece-goods not being canvas, blanketing or kaffir-sheeting containing 50 per cent. or more of cotton and specified under Tariff item No. 76 (*a*) (i) and (ii);

Woollen piece-goods, woven or knitted, under Tariff item No. 76 (*b*);

Mixed piece-goods (containing 50 per cent. or more of artificial silk) under Tariff item No. 76 (*c*) (i) and (*d*) (i);

New hats, caps and bonnets of wool, felt, hair, straw and other vegetable fibre, under Tariff item No. 69 (*d*) and (*e*);

Beads under Tariff item No. 299;

shall enjoy, when imported into the Union from France, the benefit of the intermediate tariff.

2. The following goods originally coming from and produced in the Union shall, when imported into France, enjoy the tariff applicable to similar products of the most favoured nation, to wit:—

(1) Hides and skins, raw (item 21 of the French Customs Tariff);
(2) Pelts, raw (item 22 of the French Customs Tariff);
(3) Wool and woollen sheepskins (ex item 23 of the French Customs Tariff);
(4) Hairs combed or carded of Angora goats (ex item 25 of the French Customs Tariff);
(5) Asbestos (ex item 179 *ter* B of the French Customs Tariff);
(6) Manganese ore (item 231 of the French Customs Tariff).

3. No goods shall be regarded as having been manufactured or produced in France unless a least 25 per cent. of the factory or works cost of those goods is represented by material produced and labour performed in France.

4. The Union Government undertake not to extend, during the currency of this Agreement, to the detriment of French goods, the list of goods in respect of which the maximum tariff is to be applied.

5. This Agreement shall come into force from to-day and shall continue in force during the year 1935.*)

6. This Agreement shall be subject to ratification by both Houses of Parliament of the Union in its next Session and by the Parliament of France.

7. The Union shall, for the purposes of this Agreement, include the Mandated Territory of South West Africa.

I will greatly appreciate receiving from you the assurance that the above represents correctly the terms agreed upon.

Please accept, &c.
H. D. J. Bodenstein,
Secretary for External Affairs.

No. 2.

M. M. de Simonin to Dr. Bodenstein.

Pretoria, August 27, 1935.

Sir,

I beg to acknowledge receipt of your letter of even date and to give you the assurance that the following terms as set forth in your letter under reply correctly reflect the agreement arrived at between the French and the Union Governments:—

[As in No. 1.]

Please accept, &c.
M. de Simonin,
Chargé d'Affaires for France.

---

*) Extended to July 31, 1936, by Exchange of Notes of December 17, 1935.
Extended to July 31, 1937, by Exchange of Notes of May 6, 1936.
Extended to December 31, 1937, by Exchange of Notes of May 8, 1937.
Extended to March 31, 1938, by Exchange of Notes of December 22, 1937.
Extended to September 30, 1938, by Exchange of Notes of March 28, 1938.

92.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, CANADA.

Accord commercial; signé à Washington, le 15 novembre 1935.*)

Executive Agreement Series, No. 91.

The President of the United States of America and His Majesty the King of Great Britain, Ireland and the British dominions beyond the Seas, Emperor of India, in respect of the Dominion of Canada, being desirous of facilitating and extending the commercial relations existing between the United States of America and Canada by granting mutual and reciprocal concessions and advantages for the promotion of trade, have resolved to conclude a Trade Agreement as a step toward the lowering of the barriers impeding trade between their two countries, and for this purpose have through their respective Plenipotentiaries agreed upon the following Articles:

Article I.

The United States of America and Canada will grant each other unconditional and unrestricted most-favored-nation treatment in all matters concerning customs duties and subsidiary charges of every kind and in the method of levying duties, and, further, in all matters concerning the rules, formalities and charges imposed in connection with the clearing of goods through the customs, and with respect to all laws or regulations affecting the sale or use of imported goods within the country.

Accordingly, natural or manufactured products having their origin in either of the countries shall in no case be subject, in regard to the matters referred to above, to any duties, taxes or charges other or higher, or to any rules or formalities other or more burdensome, than those to which the like products having their origin in any third country are or may hereafter be subject.

Similarly, natural or manufactured products exported from the territory of the United States of America or Canada and consigned to the territory of the other country shall in no case be subject with respect to exportation and in regard to the above-mentioned matters, to any duties, taxes or charges other or higher, or to any rules or formalities other or more burdensome, than those to which the like products when consigned to the territory of any third country are or may hereafter be subject.

*) La proclamation du Président des Etats-Unis d'Amérique et la ratification du Roi de Grande-Bretagne pour le Canada ont été échangées à Ottawa, le 14 mai 1936.

Any advantage, favor, privilege or immunity which has been or may hereafter be granted by the United States of America or Canada in regard to the above-mentioned matters, to a natural or manufactured product originating in any third country or consigned to the territory of any third country shall be accorded immediately and without compensation to the like product originating in or consigned to the territory of Canada or the United States of America, respectively, and irrespective of the nationality of the carrier.

Article II.

Neither the United States of America nor Canada shall establish any prohibition or maintain any restriction on imports from the territory of the other country which is not applied to the importation of any like article originating in any third country. Any abolition of an import prohibition or restriction which may be granted even temporarily by either country in favor of an article of a third country shall be applied immediately and unconditionally to the like article originating in the territory of the other country. These provisions equally apply to exports.

In the event of quantitative restrictions being established by either the United States of America or Canada for the importation of any article it is agreed that in the allocation of the quantity of restricted goods which may be authorized for importation, the other country will be granted a share equivalent to the proportion of the trade which it enjoyed in a previous representative period prior to the establishment of such quantitative restrictions.

In all matters concerning the rules, formalities or charges imposed in connection with any form of quantitative restriction on the importation of any article, the United States of America and Canada agree to extend to each other every favor granted to a third country.

Article III.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I annexed to this Agreement,*) shall, on their importation into Canada, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges, or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of Canada in force on the day of the signature of this Agreement.

Schedule I and the notes included therein shall have full force and effect as integral parts of this Agreement.

---

*) Les Annexes ne seront pas reproduites.

Article IV.

Articles the growth, produce or manufacture of Canada, enumerated and described in Schedule II annexed to this Agreement, shall, on their importation into the United States of America, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth and provided for in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges, or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of the United States of America in force on the day of the signature of this Agreement.

Schedule II and the notes included therein shall have full force and effect as integral parts of this Agreement.

Article V.

The provisions of Articles III and IV of this Agreement shall not prevent the Government of either country from imposing on the importation of any product a charge equivalent to an internal tax imposed on a like domestic product or on a commodity from which the imported product has been manufactured or produced in whole or in part.

Article VI.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or Canada shall, after importation into the other country, be exempt from all internal taxes, fees, charges or exactions other or higher than those payable on like articles of national origin or any other foreign origin.

The provisions of this Article in regard to granting of national treatment shall not affect the laws now in force in Canada whereby leaf tobacco, spirits, beer, malt and malt syrup imported from abroad are subject to special taxes, nor shall they affect the applicability to goods produced or manufactured in the United States of America of special excise taxes imposed under existing provisions of the Special War Revenue Act. In these respects, however, most-favored-nation treatment shall apply.

Article VII.

No prohibitions, import or customs quotas, import licenses, or any other form of quantitative regulation, whether or not operated in connection with any agency of centralized control, shall be imposed by the United States of America on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of Canada enumerated and described in Schedule II, nor by Canada on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the United States of America enumerated and described in Schedule I, except as specifically provided for in the said Schedules.

The foregoing provision shall not apply to quantitative restrictions in whatever form imposed by either country on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the other country in conjunction with governmental measures operating to regulate or control the production, market supply, or prices of like domestic articles, or tending to increase the labor costs of production of such articles. Whenever the Government of either country proposes to establish or change any restriction authorized by this paragraph, it shall give notice thereof in writing to the other Government and shall afford such other Government an opportunity within thirty days after receipt of such notice to consult with it in respect of the proposed action; and if an agreement with respect thereto is not reached within thirty days following receipt of the aforesaid notice, the Government which proposes to take such action shall be free to do so at any time thereafter, and the other Government shall be free within fifteen days after such action is taken to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Article VIII.

In the event that the United States of America or Canada established or maintains a monopoly for the importation, production or sale of a particular commodity or grants exclusive privileges, formally or in effect, to one or more agencies to import, produce or sell a particular commodity, the Government of the country establishing or maintaining such monopoly, or granting such monopoly privileges, agrees that in respect of the foreign purchases of such monopoly or agency the commerce of the other country shall receive fair and equitable treatment. To this end it is agreed that in making its foreign purchases of any product such monopoly or agency will be influenced solely by those considerations, such as price, quality, marketability, and terms of sale, which would ordinarily be taken into account by a private commercial enterprise interested solely in purchasing such product on the most favorable terms.

Article IX.

The tariff advantages and other benefits provided for in this Agreement are granted by the United States of America and Canada to each other subject to the condition that if the Government of either country shall establish or maintain, directly or indirectly, any form of control of foreign exchange, it shall administer such control so as to insure that the nationals and commerce of the other country will be granted a fair and equitable share in the allotment of exchange.

With respect to the exchange made available for commercial transactions, it is agreed that the Government of each country shall be guided in the administration of any form of control of foreign exchange by the principle that, as nearly as may be determined, the share of the total available exchange which is allotted to the other country shall not be less

than the share employed in a previous representative period prior to the establishment of any exchange control for the settlement of commercial obligations to the nationals of such other country.

The Government of each country shall give sympathetic consideration to any representations which the other Government may make in respect of the application of the provisions of this Article.

Article X.

In the event that a wide variation occurs in the rate of exchange between the currencies of the United States of America and Canada, the Government of either country, if it considers the variation so substantial as to prejudice the industries or commerce of the country, shall be free to propose negotiations for the modification of this Agreement; and if an agreement with respect thereto is not reached within thirty days following receipt of such proposal, the Government making such proposal shall be free to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Article XI.

In the event that the Government of either country adopts any measure which, even though it does not conflict with the terms of this Agreement, is considered by the Government of the other country to have the effect of nullifying or impairing any object of the Agreement, the Government which has adopted any such measure shall consider such representations and proposals as the other Government may make with a view to effecting a mutually satisfactory adjustment of the matter.

The Government of each country will accord sympathetic consideration to, and when requested will afford adequate opportunity for consultation regarding, such representations as the other Government may make with respect to the operation of customs regulations, quantitative restrictions or the administration thereof, the observance of customs formalities, and the application of sanitary laws and regulations for the protection of human, animal, or plant life.

In the event that the Government of either country makes representations to the Government of the other country in respect of the application of any sanitary law or regulation for the protection of human, animal, or plant life, and if there is disagreement with respect thereto, a committee of technical experts on which each Government will be represented shall, on the request of either Government, be established to consider the matter and to submit recommendations to the two Governments.

Article XII.

Nothing in this Agreement shall be construed to prevent the adoption of measures prohibiting or restricting the exportation or importation of gold or silver, or to prevent the adoption of such measures as

either Government may see fit with respect to the control of the export or sale for export of arms, ammunition, or implements of war, and, in exceptional circumstances, all other military supplies.

Subject to the requirement that there shall be no arbitrary discrimination by either country against the other country in favor of any third country where similar conditions prevail, the provisions of this Agreement shall not extend to prohibitions or restrictions (1) imposed on moral or humanitarian grounds; (2) designed to protect human, animal or plant life; (3) relating to prison-made goods; (4) relating to the enforcement of police or revenue laws; (5) directed against misbranding, adulteration, and other fraudulent practices, such as are provided for in the pure food and drug laws of either country; and (6) directed against unfair practices in import trade.

Article XIII.

Except as otherwise provided in the second paragraph of this Article, the provisions of this Agreement relating to the treatment to be accorded by the United States of America and Canada, respectively, to the commerce of the other country, shall not apply to the Philippine Islands, the Virgin Islands, American Samoa, the Island of Guam or to the Panama Canal Zone.

The provisions of this Agreement regarding most-favored-nation treatment shall apply to articles the growth, produce or manufacture of any territory under the sovereignty or authority of the United States of America or Canada, imported from or exported to any territory under the sovereignty or authority of the other country. It is understood, however, that the provisions of this paragraph do not apply to the Panama Canal Zone.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America, its territories and possessions and the Panama Canal Zone exclusively to one another or the Republic of Cuba shall be excepted from the operation of this Agreement. The provisions of this paragraph shall continue to apply in respect of any advantages now or hereafter accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panama Canal Zone to the Philippine Islands irrespective of any change in the political status of the Philippine Islands.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by Canada exclusively to other territories under the sovereignty of His Majesty the King of Great Britain, Ireland, and the British dominions beyond the Seas, Emperor of India, or under His Majesty's suzerainty or protection, shall be excepted from the operation of this Agreement.

Article XIV.

The Government of each country reserves the right to withdraw or to modify the concession granted on any article under this Agreement, or to impose quantitative restrictions on any such article if, as a result of the extension of such concession to third countries, such countries obtain the major benefit of such concession and in consequence thereof an unduly large increase in importations of such article takes place: Provided, That before the Government of either country shall avail itself of the foregoing reservation, it shall give notice in writing to the other Government of its intention to do so, and shall afford such other Government an opportunity within thirty days after receipt of such notice to consult with it in respect of the proposed action and in respect of such compensatory modifications of the terms of the present Agreement as may be appropriate; and if an agreement with respect thereto is not reached within thirty days following the receipt of the aforesaid notice, the Government which proposes to take such action shall be free to do so at any time thereafter, and the other Government shall be free within fifteen days after such action is taken to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Article XV.

The present Agreement shall be proclaimed by the President of the United States of America and shall be ratified by His Majesty the King of Great Britain, Ireland and the British dominions beyond the Seas, Emperor of India, in respect of the Dominion of Canada.

The provisions of Article I and of Articles IV and III, respectively, shall, subject to the reservations and exceptions elsewhere provided for in this Agreement, be applied by the United States of America and Canada, on and after January 1, 1936, pending ratification of the Agreement in respect of Canada as provided in the first paragraph of this Article.

The entire Agreement shall come into force on the day of the exchange of the proclamation and ratification at Ottawa. The Agreement shall remain in force until December 31, 1938, subject to the provisions of Article VII, Article X and Article XIV.

Unless at least six months before December 31, 1938, the Government of either country shall have given to the other Government notice of intention to terminate the Agreement on that date, the Agreement shall remain in force thereafter, subject to the provisions of Article VII, Article X and Article XIV, until six months from such time as the Government of either country shall have given notice to the other Government.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Agreement and have affixed their seals hereto.

Done in duplicate, at the City of Washington, this fifteenth day of November, 1935.

For the President of the United States of America:

[seal] *Cordell Hull,*
Secretary of State
of the United States of America.

For His Majesty the King of Great Britain, Ireland and the British dominions beyond the Seas, Emperor of India, for the Dominion of Canada:

[seal] *W. L. Mackenzie King,*
Prime Minister,
President of the Privy Council and
Secretary of State for External Affairs
of the Dominion of Canada.

93.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, HONDURAS.

Convention commerciale; signée à Tégucigalpa, le 18 décembre 1935.*)

Executive Agreement Series, No. 86.

Preamble.

The President of the United States of America and the President of the Republic of Honduras, being desirous of strengthening the traditional bonds of friendship between the two countries by maintaining the principle of equality of treatment as the basis of commercial relations and by granting mutual and reciprocal concessions and advantages for the promotion of trade, have through their respective Plenipotentiaries arrived at the following Agreement:

Preambulo.

El Presidente de los Estados Unidos de América y el Presidente de la República de Honduras, deseando estrechar los vínculos tradicionales de amistad entre los dos países por el mantenimiento del principio de igualdad de tratamiento, como base de sus relaciones comerciales, y por concesiones y ventajas mutuas y reciprocas para la promoción del comercio, han llegado por medio de sus respectivos Plenipotenciarios al siguiente Convenio:

*) Entrée en vigueur le 2 mars 1936.

Article I.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I annexed to this Agreement and made a part thereof, shall, on their importation into the Republic of Honduras, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of the Republic of Honduras in force on the day of the signature of this Agreement.

With respect to soaps and butter, enumerated and described in Schedule I,*) the Republic of Honduras agrees to exempt them from the taxes to which they are now subject as a result of the provisions of Decree No. 84 of the National Congress of Honduras, published on March 3, 1934, on and after the date on which this Agreement comes into force, but, in accordance with the provisions of Article III of this Agreement, they may be subject, together with all other articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, whether or not enumerated in Schedule I, to the taxes which in accordance with law the municipalities may establish.

Artículo I.

Los artículos cosechados, producidos, manufacturados o fabricados en Estados Unidos de América, enumerados y descritos en la Lista número I anexa a este Convenio y que forma parte del mismo, estarán exentos, al ser importados a la República de Honduras, de los derechos ordinarios de Aduana en exceso de los especificados en dicha Lista. Dichos artículos estarán también exentos de todos los otros derechos, impuestos, contribuciones, cargas o exacciones establecidos sobre la importación o en relación con ella, en exceso de los que rijan en la fecha de la firma de este Convenio o cuya imposición se estableciere en lo sucesivo conforme las leyes de la República de Honduras vigentes el día en que se firma este Convenio.

Con respecto a jabones y mantequilla, enumerados y descritos en la lista número I,*) la República de Honduras conviene en eximirlos de los impuestos a que están actualmente sujetos como consecuencia de las disposiciones del Decreto No. 84 del Congreso Nacional de Honduras, promulgado el 3 de marzo de 1934, desde la fecha en que este Convenio entre en vigor y en lo sucesivo; pero pueden sujetarse, junto con todos los otros artículos de cosecha, producción, manufactura o fabricación de Estados Unidos de América, enumerados o no en la Lista número I, a los impuestos que de acuerdo con la ley fijen las Municipalidades y conforme a las disposiciones del Artículo III de este Convenio.

---

*) Les Annexes ne seront pas reproduites.

Article II.

Articles the growth, produce or manufacture of the Republic of Honduras, enumerated and described in Schedule II*) annexed to this Agreement and made a part thereof, shall, on their importation into the United States of America, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges, or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of the United States of America in force on the day of the signature of this Agreement.

Article III.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the Republic of Honduras, shall, after importation into the other country, be exempt from all internal taxes, fees, charges or exactions, other or higher than those payable on like articles of national origin or any other foreign origin.

Article IV.

In respect of articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the Republic of Honduras, enumerated an described in Schedules I and II, respectively, imported into the other country, on which ad valorem rates of duty, or duties based upon or regulated in any manner by va-

Artículo II.

Los artículos cosechados, producidos, manufacturados o fabricados en la República de Honduras, enumerados y descritos en la Lista número II*) anexa a este Convenio y que forma parte del mismo, estarán exentos, al ser importados a Estados Unidos de América, de los derechos ordinarios de Aduana en exceso de los especificados en dicha Lista. — Dichos artículos estarán también exentos de todos los otros derechos, impuestos, contribuciones, cargas o exacciones establecidos sobre la importación o en relación con ella, en exceso de los que rijan en la fecha de la firma de este Convenio o cuya imposición se estableciere en lo sucesivo conforme las leyes de Estados Unidos de América vigentes el día en que se firma este Convenio.

Artículo III.

Los artículos de cosecha, producción, manufactura o fabricación de los Estados Unidos de América o de la República de Honduras, estarán exentos, después de su entrada al territorio del otro país de impuestos, contribuciones, cargas o exacciones interiores, distintos o mayores de los pagaderos sobre artículos análogos de origen nacional o de cualquier otro país extranjero.

Artículo IV.

Con respecto a los artículos cosechados, producidos, manufacturados o fabricados en los Estados Unidos de América o en la República de Honduras, enumerados y descritos en las Listas I y II, respectivamente, importados al otro país, sobre los cuales se imponen o se impusieren derechos *ad-valorem* o de-

*) Les annexes ne seront pas reproduites.

lue, are or may be assessed, it is understood and agreed that the bases and methods of determining dutiable value and of converting currencies shall be no less favorable to importers than the bases and methods prescribed under laws and regulations of the Republic of Honduras and the United States of America, respectively, in force on the day of the signature of this Agreement.

rechos basados sobre el valor o determinados, de cualquier manera, por él, es entendido y convenido que las bases y métodos para determinar el valor adeudable y para convertir las monedas, no serán menos favorables a los importadores que las bases y métodos prescritos en las leyes y reglamentos de la República de Honduras y de los Estados Unidos de América, respectivamente, vigentes el día de la firma de este Convenio.

Article V.

1. No prohibitions, import or customs quotas, import licenses, or any other form of quantitative regulation, whether or not operated in connection with any agency of centralized control, shall be imposed by the Republic of Honduras on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I, nor by the United States of America on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the Republic of Honduras, enumerated and described in Schedule II.

2. The foregoing provision shall not apply to:

a) Prohibitions or restrictions (1) imposed on moral or humanitarian grounds; (2) designed to protect human, animal or plant life; (3) relating to prison-made goods; or (4) relating to the enforcement of police or revenue laws; or to

Artículo V.

1. Ninguna prohibición, cuota de importación o aduanera, permiso de importación, o cualquiera otra forma de reglamentación cuantitativa, ya sea que se efectúe o no en conexión con cualquier agencia de restricción centralizada, será impuesta por la República de Honduras sobre la importación o venta de artículo alguno de cosecha, producción, manufactura o fabricación de Estados Unidos de América, enumerado y descrito en la Lista anexa número I, ni por los Estados Unidos de América sobre la importación o venta de artículo alguno de cosecha, producción, manufactura o fabricación de la República de Honduras, enumerado y descrito en la Lista II.

2. La disposición precedente no se aplicará a:

a) Las prohibiciones o restricciones: (1) impuestas con fundamentos morales o humanitarios; (2) destinadas a la protección de la vida humana, animal o vegetal; (3) relacionadas con mercancías fabricadas en prisiones; (4) relativas a la ejecución de leyes de policía o de hacienda; o a

b) Quantitative restrictions in whatever form, imposed by the United States of America or the Republic of Honduras on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the other country, in conjunction with governmental measures operating to regulate or control the production, market supply, or prices of like domestic articles or tending to increase the labor costs of production of such articles. Whenever the Government of either country proposes to establish or change any restriction authorized by this subparagraph, it shall give notice thereof in writing to the other Government and shall afford such other Government an opportunity within thirty days after receipt of such notice to consult with it in respect of the proposed action; and if an agreement with respect thereto is not reached within thirty days following receipt of the aforesaid notice, the Government which proposes to take such action shall be free to do so at any time thereafter, and the other Government shall be free within fifteen days after such action is taken to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

3. It is understood that the provisions of this Article do not affect the application of measures directed against misbranding, adulteration and other fraudulent practices, or the application of measures directed against unfair practices in import trade, such as are provided for in laws of the United States of America or the Republic of Honduras.

b) Las restricciones cuantitativas, en cualquier forma, impuestas por los Estados Unidos de América o por la República de Honduras sobre la importación o venta de cualquier artículo cosechado, producido, manufacturado o fabricado en el otro país, en relación con las medidas gubernativas que regulen o restrinjan la producción, la oferta o los precios de artículos nacionales análogos, o que tiendan a aumentar los costos de trabajo en la producción de tales artículos. En caso de que el Gobierno de uno u otro país se proponga establecer o modificar cualquier restricción autorizada por este inciso, dará aviso de ello por escrito al otro Gobierno, y también le dará oportunidad, dentro de treinta días después del recibo de dicho aviso, para consultar con él respecto a la acción proyectada; y si no se llegare a un acuerdo con respecto a esa acción proyectada, dentro de treinta días después del recibo del susodicho aviso, el Gobierno que se proponga iniciar tal acción estará en libertad de emprenderla en cualquier momento, después de eso, y el otro Gobierno estará en libertad, dentro de quince días después de tal acción, para terminar este Convenio por completo, después de treinta días de haberlo notificado.

3. Es entendido que las disposiciones de este Artículo no afectan la aplicación de medidas dirigidas contra el uso indebido de marcas de fábrica (misbranding), adulteración y demás prácticas fraudulentas, ni la aplicación de medidas dirigidas contra las prácticas injustas en el comercio de importación, tales como las que prescriben las leyes de

los Estados Unidos de América o de la República de Honduras.

Article VI.

1. If the Government of the United States of America or of the Republic of Honduras establishes or maintains any form of quantitative restriction or control of the importation or sale of any article in which the other country has an interest, or imposes a lower import duty or charge on the importation or sale of a specified quantity of any such article than the duty or charge imposed on importations in excess of such quantity, the Government taking such action will:

(a) Give public notice of the total quantity, or any change therein, of any such article permitted to be imported or sold or permitted to be imported or sold at such lower duty or charge, during a specified period;

(b) Allot to the other country for such specified period a share of such total quantity as originally established or subsequently changed in any manner, equivalent to the proportion of the total importation of such article which such other country supplied during a previous representative period, unless it is mutually agreed to dispense with such allotment; and

(c) Give public notice of the allotments of such quantity among the several exporting countries, and at all times, upon request, advise the Government of the other country of the quantity of any such

Artículo VI

1. Si el Gobierno de los Estados Unidos de América o el Gobierno de la República de Honduras establece o mantiene cualquier clase de restricción cuantitativa o de control sobre la importación o venta de cualquier artículo en el cual el otro país esté interesado, o decreta una tarifa o impuestos sobre la importación o venta de determinada cantidad de tal artículo, menor que la tarifa o impuestos establecidos sobre la importación en exceso de dicha cantidad, el Gobierno que así actúe deberá:

a) Dar aviso público de la cantidad total, o de cualquier cambio introducido, de cualquiera de dichos artículos, cuya importación o venta sea permitida o los cuales puedan ser importados o vendidos al mencionado tipo reducido de tarifa o impuesto, durante un período determinado;

b) Asignar al otro país durante tal determinado período una porción de dicha cantidad total, como estaba establecida originalmente o como haya sido posteriormente alterada en cualquier sentido, equivalente a la proporción de la importación total de dicho artículo, suministrada por el otro país, durante un período representativo anterior, a menos que se acuerde mutuamente prescindir de tal asignación; y

c) Dar aviso público de las asignaciones de tal cantidad entre los diferentes países exportadores; y, en todo tiempo, mediante solicitud, informar al Gobierno del otro país acerca de la cantidad de cualquiera

article the growth, produce or manufacture of each exporting country, which has been imported or sold or for which licenses or permits for importation or sale have been granted.

2. Neither the United States of America nor the Republic of Honduras shall regulate the total quantity of importations into its territory or sales therein of any article in which the other country has an interest by import licenses or permits issued to individuals or organizations, unless the total quantity of such article permitted to be imported or sold during a quota period of not less than three months shall have been established, and unless the regulations covering the issuance of such licenses or permits shall have been made public before such regulations are put into force.

Article VII.

In the event that the Government of the United States of America or the Republic of Honduras establishes or maintains a monopoly for the importation, production or sale of a particular commodity, or grants exclusive privileges formally or in effect to one or more agencies to import, produce or sell a particular commodity, the Government of the country establishing or maintaining such monopoly, or granting such monopoly privileges, agrees that in respect of the foreign purchases of such monopoly or agency, the commerce of the other country shall receive fair and equitable treatment. To this end, it is agreed that in making its

de dichos artículos cosechados, producidos, manufacturados o fabricados por cada país exportador que haya sido importada o vendida o para cuya importación o venta se haya concedido permiso o autorización.

2. Ni los Estados Unidos de América ni la República de Honduras fijarán la cantidad total de importaciones a su territorio o las ventas en el mismo, de cualquier artículo en el cual el otro país esté interesado, por autorizaciones o permisos de importación emitidos a individuos u organizaciones, a menos que la cantidad total de dicho artículo cuya importación o venta esté permitida haya sido establecida o fijada durante un período de cuota no me nor de tres meses y a menos que los reglamentos que rijan la emisión de tales autorizaciones o permisos hayan sido publicados antes de que tales reglamentos entren en vigor.

Artículo VII.

En caso de que el Gobierno de los Estados Unidos de América o de la República de Honduras establezca o mantenga un monopolio (del Estado) para la importación, producción o venta de cierto artículo, u otorgue derechos o privilegios exclusivos, de hecho o de derecho, a una o más agencias para importar, producir o vender cierto artículo, el Gobierno del país que establezca o mantenga dicho monopolio o que otorgue tales privilegios de monopolio, conviene, respecto a las compras extranjeras de tal monopolio o agencia, en tratar al comercio del otro país imparcial y equitativamente. A este fin se conviene en que, al hacer sus com-

foreign purchases of any product such monopoly or agency will be influenced solely by those considerations, such as price, quality, marketability and terms of sale, which would ordinarily be taken into account by a private commercial enterprise interested solely in purchasing such product on the most favorable terms.

Article VIII.

The tariff advantages and other benefits provided for in this Agreement are granted by the United States of America and the Republic of Honduras to each other subject to the condition that if the Government of either country shall establish or maintain, directly or indirectly, any form of control of foreign exchange, it shall administer such control so as to insure that the nationals and commerce of the other country will be granted a fair and equitable share in the allotment of exchange.

With respect to the exchange made available for commercial transactions, it is agreed that the Government of each country shall be guided in the administration of any form of control of foreign exchange by the principle that, as nearly as may be determined, the share of the total available exchange which is allotted to the other country shall not be less than the share employed in a previous representative period prior to the establishment of any exchange control for the settlement of commercial obligations to the nationals of such other country.

The Government of each country will give sympathetic consideration

pras de cualquier producto en el extranjero, tal monopolio o agencia se regirá únicamente por aquellas consideraciones, tales como precio, calidad, vendibilidad y condiciones de venta, que tomaría en cuenta ordinariamente una empresa comercial privada, interesada sólamente en comprar tal producto en las condiciones más favorables.

Artículo VIII.

Los Estados Unidos de América y la República de Honduras se conceden mutuamente las ventajas aduaneras y los otros beneficios estipulados en este Convenio, sujetos a la condición de que si el Gobierno de uno u otro país estableciere o mantuviere, directa o indirectamente, cualquiera forma de control de cambio extranjero, administrará este control de manera que los nacionales y el comercio del otro país tengan la seguridad de recibir una porción justa y equitativa en la distribución del cambio.

Con respecto al cambio disponible para transacciones comerciales, se conviene en que el Gobierno de cada país se guiará en la administración de cualquiera forma de control de cambio, por el principio de que, lo más aproximadamente posible, la porción del total de cambio disponible que se haya asignado al otro país no sea menor que la porción empleada en un período representativo anterior al establecimiento de cualquier control de cambio para la liquidación de obligaciones comerciales, contraídas con los nacionales de tal otro país.

El Gobierno de cada país prestará consideración amistosa a cua-

to any representations which the other Government may make in respect of the application of the provisions of this Article, and if, within thirty days after the receipt of such representations, a satisfactory adjustment has not been made or an agreement has not been reached with respect to such representations, the Government making them may, within fifteen days after the expiration of the aforesaid period of thirty days, terminate this Article or this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Article IX.

With respect to customs duties or charges of any kind imposed on or in connection with importation or exportation, and with respect to the method of levying such duties or charges, and with respect to all rules and formalities in connection with importation or exportation, and with respect to all laws or regulations affecting the sale or use of imported goods within the country, any advantage, favor, privilege or immunity which has been or may hereafter be granted by the United States of America or the Republic of Honduras to any article originating in or destined for any third country, shall be accorded immediately and unconditionally to the like article originating in or destined for the Republic of Honduras or the United States of America, respectively.

Article X.

Laws, regulations of administrative authorities and decisions of

lesquiera gestiones que pueda hacer el otro Gobierno con respecto a la aplicación de las disposiciones de este artículo; y si, dentro de treinta días después del recibo de tales gestiones, no se hubiere llegado a una solución satisfactoria o no se hubiere llegado a un acuerdo con respecto a tales gestiones, el Gobierno que las hubiere iniciado podrá, dentro de los quince días siguientes a la expiración del susodicho período de treinta días, poner fin a este artículo o a este Convenio en su totalidad, previa notificación por escrito con treinta días de anticipación.

Artículo IX.

Con respecto a los derechos aduaneros o a las cargas de cualquier clase, impuestas sobre la importación o exportación o en relación con las mismas, y con respecto al método de imponer tales derechos o cargas, y con respecto a todas las reglas y formalidades en relación con la importación o la exportación, y con respecto a todas las leyes o disposiciones que afectaren la venta o el uso de las mercancías importadas al país, cualquier ventaja, favor, privilegio o inmunidad que se haya otorgado o que en lo sucesivo se otorgue por los Estados Unidos de América o por la República de Honduras a cualquier artículo que tenga su orígen en o se destine a cualquier tercer país, se otorgará inmediata e incondicionalmente al artículo análogo que tenga su origen en o se destine a la República de Honduras o los Estados Unidos de América, respectivamente.

Artículo X.

Las leyes, los reglamentos de autoridades administrativas y las de-

administrative or judicial authorities of the United States of America or the Republic of Honduras, respectively, pertaining to the classification of articles for customs purposes or to rates of duty shall be published promptly in such a manner as to enable traders to become acquainted with them. Such laws, regulations and decisions shall be applied uniformly at all ports of the respective country, except as otherwise specifically provided in statutes of the United States of America relating to articles imported into Puerto Rico.

No administrative ruling by the United States of America or by the Republic of Honduras effecting advances in rates of duties or in charges applicable under an established and uniform practice to imports originating in the territory of the other country, or imposing any new requirement with respect to such importations, shall be effective retroactively or with respect to articles either entered for or withdrawn for consumption prior to the expiration of thirty days after the date of publication of notice of such ruling in the usual official manner. The provisions of this paragraph do not apply to administrative orders imposing antidumping duties, or relating to regulations for the protection of human, animal, or plant life, or relating to public safety, or giving effect to judicial decisions.

cisiones de autoridades administrativas o judiciales de los Estados Unidos de América o de la República de Honduras, respectivamente, referentes a la clasificación de artículos para fines aduaneros o a los aforos o tipos de derechos, se publicarán sin demora en forma tal que facilite a los comerciantes enterarse de ellos. Se aplicarán estas leyes, reglamentos y decisiones uniformemente en todos los puertos del país respectivo, excepto lo dispuesto expresamente en forma distinta en leyes u ordenanzas de Estados Unidos de América relativas a artículos importados a Puerto Rico.

Ninguna ley o decreto emitido por los Estados Unidos de América o por la República de Honduras en que se aumenten los aforos o tipos de derechos, o las cargas aplicables conforme una práctica establecida y uniforme sobre importaciones que tengan su origen en el territorio del otro país, o que establezcan algún nuevo requisito con respecto a tales importaciones, tendrá efecto retroactivo, o con respecto a artículos, ya sean introducidos o retirados para el consumo con anterioridad a la expiración de un plazo de treinta días después de la fecha de publicación del aviso de tal ley o decreto en la forma oficial acostumbrada. Las disposiciones de este párrafo no son aplicables a leyes o decretos administrativos que impongan derechos contra el „dumping“, ni a las órdenes administrativas que se refieran a disposiciones para la protección de la vida humana, animal o vegetal, ni a las que se relacionen con la seguridad pública, ni a las que se dicten para ejecutar decisiones o sentencias judiciales.

Article XI.

In the event that a wide variation occurs in the rate of exchange between the currencies of the United States of America and the Republic of Honduras, the Government of either country, if it considers the variation so substantial as to prejudice the industries or commerce of the country, shall be free to propose negotiations for the modification of this Agreement or to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Artículo XI.

En caso de una fluctuación considerable en el tipo de cambio entre la moneda de Estados Unidos de América y de la República de Honduras, el Gobierno de cualquiera de las Altas Partes Contratantes, se estimare tan substancial dicha fluctuación que pudiera perjudica la industria o el comercio del mismo país, estará en libertad de iniciar gestiones o negociaciones para la modificación de este Convenio o para darlo por terminado en su totalidad, previo aviso por escrito, con treinta días de anticipación.

Article XII.

Greater than nominal penalties will not be imposed in the United States of America or in the Republic of Honduras upon importations of articles the growth, produce or manufacture of the other country because of errors in documentation obviously clerical in origin or where good faith can be established.

The Government of each country will accord sympathetic consideration to, and when requested, will afford adequate opportunity for consultation regarding such representations as the other Government may make with respect to the operation of customs regulations, quantitative restrictions or the administration thereof, the observance of customs formalities, or the application of sanitary laws and regulations for the protection of human, animal, or plant life.

Artículo XII.

No se impondrán en los Estados Unidos de América ni en la República de Honduras multas mayores que las nominalmente establecidas sobre la importación de artículos cosechados, producidos, manufacturados o fabricados en el otro país, con motivo de errores en la documentación que patentemente se deben a la simple escritura o sean *lapsus plumae* o *lapsus machinae* (clerical errors); o cuando pueda establecerse la buena fé.

El Gobierno de cada una de las Altas Partes Contratantes prestará consideración amistosa, y, cuando sea solicitado, brindará oportunidad adecuada para que se le consulte con respecto a las gestiones que pudiera hacer la otra Alta Parte en relación con el funcionamiento de las disposiciones aduaneras. restricciones cuantitativas o administración de las mismas, el cumplimiento de formalidades aduaneras, o aplicación de las leyes y disposiciones sanitarias para la protección de la vida humana, animal o vegetal.

In the event that the Government of either country makes representations to the Government of the other country in respect of the application of any sanitary law or regulation for the protection of human, animal, or plant life, and if there is disagreement with respect thereto, a committee of technical experts on which each Government shall be represented shall, on the request of either Government, be established to consider the matter and to submit recommendations to the two Governments.

Whenever practicable the Government of either country, before applying any new measure of sanitary character, will consult with the Government of the other country with a view to insuring that there will be as little injury to the commerce of the latter country as may be consistent with the purpose of the proposed measure. The provisions of this paragraph do not apply to actions affecting individual shipments under sanitary measures already in effect or to actions based on pure food and drug laws.

En caso de que el Gobierno de uno u otro país hiciere representaciones al otro Gobierno con respecto a la aplicación de cualquier ley o disposición sanitaria para la protección de la vida humana, animal o vegetal, y hubiere desacuerdo sobre el particular, se establecerá, a petición de cualquiera de los Gobiernos, una Comision de expertos técnicos en la cual estarán representadas ambas Altas Partes Contratantes, para considerar el asunto y someter recomendaciones a los dos Gobiernos.

Siempre que sea factible, el Gobierno de uno u otro pais, antes de aplicar cualquier nueva disposición de carácter sanitario, consultará con el Gobierno del otro país a fin de garantizar que hasta donde lo permita la finalidad de la medida propuesta, el Comercio del segundo país sufra el menor daño o perjuicio. Las disposiciones de este párrafo no se aplican a los actos que afectan embarques individuales bajo medidas sanitarias ya en vigor, o a los actos basados en las leyes sobre drogas y alimentos puros.

Article XIII.

Except as otherwise provided in the second paragraph of this Article, the provisions of this Agreement relating to the treatment to be accorded by the United States of America or by the Republic of Honduras, respectively, to the commerce of the other country, shall not apply to the Philippine Islands, the Virgin Islands, American Samoa, the Island of Guam, or to the Panamá Canal Zone.

Subject to the reservations set forth in the third and fourth para-

Artículo XIII.

Exceptuando lo estipulado en contrario en el segundo párrafo de este artículo, las disposiciones de este Convenio referentes al trato que los Estados Unidos de América o la República de Honduras, respectivamente, deberán dispensar al comercio de la otra alta parte contratante, no serán aplicables a las Islas Filipinas, Islas Vírgenes, Samoa Americana, Isla de Guam, ni a la Zona del Canal de Panamá.

Sujetas a las reservas establecidas en los párrafos tercero y cuarto de

graphs of this Article, the provisions of Article IX shall apply to articles the growth, produce or manufacture of any territory under the sovereignty or authority of the United States of America or of the Republic of Honduras, imported from or exported to any territory under the sovereignty or authority of the other country. It is understood, however, that the provisions of this paragraph do not apply to the Panamá Canal Zone.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America or the Republic of Honduras to adjacent countries in order to facilitate frontier traffic and advantages resulting from a customs union to which either the United States of America or the Republic of Honduras may become a party shall be excepted from the operation of this Agreement.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panamá Canal Zone to one another or to the Republic of Cuba shall be excepted from the operation of this Agreement. The provisions of this paragraph shall continue to apply in respect of any advantages now or hereafter accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panamá Canal Zone to the Philippine Islands irrespective of any change that may take place in the political status of the Philippine Islands.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded

este Artículo, las disposiciones del Artículo IX se aplicarán a los artículos cosechados, producidos, manufacturados o fabricados en cualquier territorio bajo la soberanía o jurisdicción de los Estados Unidos de América o de la República de Honduras, importados de o exportados a cualquier territorio bajo la soberanía o jurisdicción de la otra Alta Parte Contratante. Es entendido, sin embargo, que las disposiciones de este párrafo no son aplicables a la Zona del Canal de Panamá.

Las ventajas ya otorgadas o que en lo sucesivo se otorgaren por los Estados Unidos de América o la República de Honduras a países limítrofes para facilitar el tráfico fronterizo y las ventajas que resultaren de una unión aduanera, de la cual los Estados Unidos de América o la República de Honduras pudieran formar parte, se exceptuarán de los efectos de este Convenio.

Las ventajas ya otorgadas o que en lo sucesivo se otorgaren por Estados Unidos de América, sus territorios o posesiones o por la Zona del Canal de Panamá, entre sí, o a la República de Cuba, se exceptuarán de los efectos de este Convenio. Las disposiciones de este párrafo continuarán aplicándose con respecto a cualquiera ventaja ya otorgada o que en lo futuro se otorgare por Estados Unidos de América, sus territorios o posesiones, o por la Zona del Canal de Panamá a las Islas Filipinas, prescindiendo de cualquier cambio que pueda ocurrir en el *status* político de las Islas Filipinas.

Las ventajas ya otorgadas o que en lo sucesivo se otorgaren por la

by the Republic of Honduras to the commerce of Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Nicaragua or Panama, so long as any such advantage is not accorded to any other country, shall be excepted from the operation of this Agreement.

Unless otherwise specifically provided in this Agreement, the provisions thereof shall not be construed to apply to police or sanitary regulations; and nothing in this Agreement shall be construed to prevent the adoption of measures prohibiting or restricting the exportation of gold or silver, or to prevent the adoption of such measures as the United States of America or the Republic of Honduras, respectively, may see fit with respect to the control of the export or sale for export of arms, munitions, or implements of war, and, in exceptional circumstances, of all other military supplies.

República de Honduras al comercio de Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Nicaragua o Panamá se exceptuarán de los efectos de este Convenio, mientras tales ventajas no se otorguen a cualquier otro país.

A menos que en este Convenio se haya dispuesto expresamente lo contrario, las disposiciones del mismo no se interpretarán como aplicables a los reglamentos de policía o de sanidad; y nada de lo contenido en este Convenio se interpretará en un sentido que impida la adopción de medidas que prohiban o restrinjan la exportación de oro o plata, o que impida la adopción de las medidas que los Estados Unidos de América o la República de Honduras, respectivamente, estimen necesarias para el control de la exportación o venta para la exportación, de armas, municiones o implementos de guerra, y, en circunstancias excepcionales, de todo otro material de guerra.

Article XIV.

In the event that the United States of America or the Republic of Honduras adopts any measure which, even though it does not conflict with the terms of this Agreement, is considered by the Government of the other country to have the effect of nullifying or impairing any object of the Agreement, the Government of the country which has adopted any such measure shall consider such representations and proposals as the Government of the other country may make with a view to effecting a mutually satisfactory adjustment of the matter.

Artículo XIV.

En el caso de que los Estados Unidos de América o la República de Honduras adopten alguna medida que, aún cuando no se oponga a los términos de este Convenio, se estime por el Gobierno del otro país que tiene el efecto de invalidar o perjudicar cualquier finalidad del Convenio, el Gobierno del país que haya adoptado tal medida considerará las representaciones y proposiciones que le haga el Gobierno del otro país con el objeto de llegar a un arreglo mutuamente satisfactorio del asunto.

Article XV.

As long as the present Agreement remains in force, it shall replace any provisions of the Treaty of Friendship, Commerce and Consular Rights between the United States of America and the Republic of Honduras, signed at Tegucigalpa on December 7, 1927, which may be inconsistent with this Agreement. However, upon the expiration of this Agreement, the provisions of the aforesaid Treaty which have been temporarily suspended shall automatically resume operation and shall continue in full force and effect subject to termination as provided in that Treaty.

Artículo XV.

Mientras el presente Convenio esté en vigencia, reemplazará cualesquiera disposiciones del Tratado de Amistad, Comercio y Prerrogativas Consulares entre los Estados Unidos de América y la República de Honduras, firmado en Tegucigalpa el siete de diciembre de mil novecientos veintisiete, que pudieran estar en oposición con los términos de este Convenio. Sin embargo, a la expiración de este Convenio, las disposiciones del susodicho Tratado que se hubiesen suspendido temporalmente reanudarán automáticamente sus efectos y continuarán en pleno vigor y efecto, sujetas a la terminación prevista en aquél Tratado.

Article XVI.

The present Agreement shall come into force on the thirtieth day following proclamation thereof by the President of the United States of America, and the President of the Republic of Honduras, or should the proclamations be issued on different days, on the thirtieth day following the date of the later in time of such proclamations, and shall remain in force for the term of one year thereafter, unless terminated pursuant to the provisions of Article V, Article VIII or Article XI. The Government of each country shall notify the Government of the other country of the date of its proclamation.

Unless at least six months before the expiration of the aforesaid term of one year the Government of either country shall have given to the other Government notice of intention to terminate the Agree-

Artículo XVI.

El presente Convenio entrará en vigor treinta días después de su promulgación por el Presidente de los Estados Unidos de América y por el Presidente de la República de Honduras, o treinta días después de la última promulgación en caso de que éstas se efectuaren en fechas diferentes; y quedará en vigor por el término de un año, a menos que terminare de conformidad con las disposiciones de los artículos V, VIII o XI. El Gobierno de cada una de las Altas Partes Contratantes notificará al Gobierno de la otra Alta Parte la fecha de la promulgación.

Salvo que seis meses antes, por lo menos, de la expiración del antedicho plazo de un año el Gobierno de una u otra de las Altas Partes Contratantes haya notificado al otro Gobierno su intención de terminar

ment upon the expiration of the aforesaid term, the Agreement shall remain in force thereafter, subject to termination under the provisions of Article V, Article VIII or Article XI, until six months from such time as the Government of either country shall have given notice to the other Government.

el Convenio a la expiración del susodicho plazo, el presente Convenio quedará en vigor después de tal fecha, sujeto a la terminación prevista en las disposiciones de los artículos V, VIII o XI, hasta seis meses después de la fecha en que el Gobierno de una u otra de las Altas Partes Contratantes haya notificado al otro Gobierno.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Agreement and have affixed their seals hereto.

En testimonio de lo cual los respectivos Plenipotenciarios han firmado y sellado este Convenio.

Done in duplicate, in the English and Spanish languages, both authentic, at the City of Tegucigalpa this eighteenth day of December, nineteen hundred and thirty-five.

Hecho por duplicado, en los idiomas inglés e español, ambos textos auténticos, en la ciudad de Tegucigalpa, a los dieciocho días del mes de diciembre del año de mil novecientos treinta y cinco.

For the President of the United States of America:
[Seal] *Leo J. Keena.*

For the President of the Republic of Honduras:
[Seal] *Armando Flores Fiallos.*

94.

CANADA, JAPON.

Arrangement concernant le régime douanier des importations; conclu par un Echange de Notes signées à Ottawa, le 26 décembre 1935.

Treaty Series No. 41 (1937).

No. 1.

The Japanese Minister at Ottawa to the Secretary of State for External Affairs of Canada.

Japanese Legation,
Ottawa, December 26, 1935.

Sir,

I have the honour to inform you that the Japanese Government have decided to cancel, on the 1st January, 1936, the surtax of 50 per

cent. *ad valorem* levied on certain goods the produce or manufacture of Canada under the provisions of the Imperial Ordinance No. 208, 1935, and the Proclamation No. 162 of the Department of Finance of Japan of the 20th July, 1935.

I avail, &c.

S. Kato,
Japanese Minister.

No. 2.

The Secretary of State for External Affairs of Canada to the Japanese Minister at Ottawa.

Department of External Affairs, Canada,
Ottawa, December 26, 1935.

Sir,

I have the honour to inform you that the Canadian Government, in accordance with its general policy respecting trade and tariff matters, has decided to make the following modifications in its Customs regulations:—

1. The classification „goods of a class or kind made or produced in Canada," as it appears in the Customs Tariff, will be restricted to goods which are of a class or kind made or produced in Canada in quantities sufficient to supply at least 10 per cent. of the normal Canadian consumption. Adequate notice will be given of the transfer for Customs purposes of a product from the category „not of a class or kind made or produced in Canada" to the category „of a class or kind made or produced in Canada."

2. In computing the value for duty of goods of a class or kind not made or produced in Canada, the value of the yen will be the current exchange value in terms of the Canadian dollar at the time the goods were exported to Canada.

3. In computing the value for ordinary duty and for special duty under Section 6 of the Customs Tariff of goods of a class or kind made or produced in Canada, the value of the yen during the twelve months beginning the 1st January, 1936, will be at the rate of 39: 5 cents; being the average exchange value of the yen, in terms of the Canadian dollar, for the five-year period 1930-34, based on the exchange rates published in the Statistical Year Book of the League of Nations. For the succeeding twelve-month period the yen will be taken at the average exchange value for the five-year period 1931-35, computed on the same basis, and similarly for each succeeding year. It is understood, of course, that if the yen should reach a value in Canadian currency higher than the value set forth or provided for above, such value would thereupon cease to apply and would be replaced by the current exchange value.

4. The values established under authority of Section 43 of the Customs Act will be cancelled on the 1st January, 1936, on an extensive list of commodities.

5. Opportunity will be afforded for appeal to the Tariff Board of Canada respecting any value for duty which may in future be established under Section 43 of the Customs Act. In the event of such an appeal the value for duty in force will, upon the expiration of three months after the date of appeal, cease to have any force or effect unless the Tariff Board, following a public enquiry, finds that such value or some lower value is required to prevent the importation of the goods into Canada from prejudiciously or injuriously affecting the interests of Canadian producers or manufacturers. If a lower value is found by the Tariff Board to be appropriate, such lower value will promptly be made effective.

The Canadian Government has decided to cancel on the 1st January, 1936, the surtax of 33⅓ per cent. *ad valorem* levied on goods the produce or manufacture of Japan under the regulations made by Order-in-Council P.C. 2108 of the 22nd July, 1935, as modified by Order-in-Council P.C. 2317 of the 3rd August, 1935.

Accept, &c.
W. L. Mackenzie King,
Secretary of State for External Affairs.

95.

SUÈDE, FINLANDE.

Convention concernant l'assistance administrative en matière d'impôts; signée à Stockholm, le 10 mars 1943.*)**)

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1943, No. 3.

Avtal mellan Konungariket Sverige och Republiken Finland angående handräckning i skatteärenden.

Konungariket Sverige och Republiken Finland hava överenskommit att sluta avtal angående handräckning i skatteärenden.

För detta ändamål hava till fullmäktige utsett:

Hans Maj:t Konungen av Sverige:

Sin Minister för Utrikes Ärendena, Hans Excellens Christian Günther; och

Republiken Finlands President:

Republikens utomordentliga Sändebud och befullmäktigade Minister i Stockholm Jarl Wasastjerna,

vilka, efter att hava granskat varandras fullmakter och funnit dem i god och behörig form, överenskommit om följande bestämmelser:

---

*) Les ratifications ont été échangées à Helsingfors, le 15 mai 1943.

**) En langues suédoise et finnoise. Nous ne reproduisons que le texte suédois.

Allmänna bestämmelser.

Artikel I.

(1). Båda staterna förplikta sig ömsesidigt att lämna varandra handräckning i skatteärenden på sätt nedan närmare angives.

(2). Med handräckning förstås i detta avtal:

a) delgivning av handlingar,

b) utredning i skatteärenden, såsom infordrande av deklarationer eller av andra uppgifter eller upplysningar, samt

c) indrivning av skatt.

Artikel II.

(1). Med skatter avses i detta avtal:

a) de skatter, å vilka avtalet den 16 mars 1931 mellan Konungariket Sverige och Republiken Finland för undvikande av dubbelbeskattning beträffande direkta skatter äger tillämpning;*)

b) andra skatter och offentliga avgifter, vilka utgå för de avtalsslutande staternas räkning;

c) skatter och offentliga avgifter, vilka utgå för andra offentligrättsliga juridiska personers räkning efter samma grunder som under a) och b) omförmälda skatter och avgifter; samt

d) alla värdestegringsskatter.

(2). Detta avtal äger icke tillämpning å tullar och avgifter för tillverkning eller förbrukning: omsättnings- och lyxskatter anses icke såsom sådana avgifter.

Artikel III.

(1). Handräckning medgives blott såvitt angår skatteanspråk mot skattskyldiga, som tillhöra allenast den stat, från vilken framställningen gjorts, samt mot personer, som äro bosatta i denna stat, oavsett i vilken stat de äro medborgare.

(2). Är fråga om skatteanspråk, vilket hänför sig till förhållande, som förelåg vid tidpunkt, då i punkt (1) angiven förutsättning var för handen, skall den omständigheten, att förutsättningen sedermera bortfallit, ej utgöra hinder för handräckningens beviljande.

(3). För delgivning av handling samt för infordrande av upplysningar, som kunna inhämtas i offentliga handlingar eller avse allmänt kända förhållanden, medgives handräckning utan avseende å vilken stat de skattskyldiga tillhöra eller deras hemvist.

Artikel IV.

(1). Handräckningsärenden skola behandlas genom direkt samverkan mellan, för Sveriges del finansdepartementet och för Finlands del finansministeriet.

(2). Beslut rörande framställning om handräckning meddelas i Sverige av Kungl. Maj:t, i Finland av finansministeriet.

---

*) V. N.R.G. 3. s. XXXIV, p. 511.

Artikel V.

(1). Framställningar och andra handlingar i ärenden angående handräckning skola vara avfattade på det officiella språket i den stat, som begär handräckningen. Finskspråkiga framställningar och andra handlingar skola åtföljas av översättning till svenska.

(2). I framställningen skola angivas den myndighet, från vilken densamma utgått, namn och yrke eller titel för dem saken gäller ävensom, därest fråga är om delgivning av handling, mottagarens adress och handlingens beskaffenhet.

Artikel VI.

Framställning om handräckning kan avböjas, om den stat, hos vilken handräckningen begärts, anser densamma ägnad att äventyra dess höghetsrättigheter eller säkerhet.

Artikel VII.

(1). Efterkommes framställning om handräckning helt eller delvis, skall den stat, hos vilken handräckningen begärts, ofördröjligen underrätta den andra staten om utgången av ärendet.

(2). Efterkommes icke framställningen, skall den stat, hos vilken handräckningen begärts, ofördröjligen underrätta den andra staten därom med angivande av skälen för beslutet.

Delgivning av handlingar.

Artikel VIII.

(1). Delgivning skall ombesörjas av vederbörande myndighet i den stat, hos vilken åtgärden begärts. Denna myndighet kan utom i de fall, som avses i punkt (2), inskränka sig till att verkställa delgivningen genom handlingens överlämnande till mottagaren, såvitt denne är villig mottaga densamma.

(2). På önskan av den stat, som begärt delgivningen, skall handlingen delgivas i den form, som för liknande delgivning är föreskriven i lagstiftningen i den stat, hos vilken delgivning begärts.

Artikel IX.

Såsom bevis om delgivningen skall gälla antingen ett daterat och bestyrkt erkännande av den, som mottagit delgivningen, eller ett intyg av myndigheten i den stat, hos vilken delgivningen begärts, utvisande formen och tiden för delgivningen.

Utredning i skatteärenden.

Artikel X.

(1). Handräckning för vinnande av utredning i skatteärende skall verkställas i enlighet med lagstiftningen i den stat, till vilken framställningen riktas; dock skall på begäran av den stat, som gör framställnin-

gen, viss form iakttagas, såframt denna icke strider mot lagstiftningen i den stat, hos vilken framställningen göres.

(2). Tvångsmedel, som är tillåtet inom den stat, hos vilken handräckningen begärts, må ej användas med mindre den stat, som begärt handräckningen, beträffande en motsvarande framställning kan använda ett likartat tvångsmedel.

(3). Framställning om infordrande av sådana uppgifter eller upplysningar, som författningsenligt må meddelas i den stat, till vilken framställningen riktas, kan avböjas, därest den stat, som gör framställningen, enligt sin egen lagstiftning icke kan infordra motsvarande uppgifter eller upplysningar, eller om framställningens efterkommande skulle kränka affärs-, drifts- eller yrkeshemlighet.

Indrivning av skatt.

Artikel XI.

(1). Exigibelt beslut i skatteärende skall efter framställning från den ena staten uttryckligen erkännas såsom gällande i den andra staten och verkställas i enlighet med den statens lagstiftning.

(2). Vid framställning om indrivning skall fogas förklaring av vederbörande myndighet i den stat, som gör framställningen, att beslutet är exigibelt; denna myndighets behörighet shall bestyrkas av myndighet som i art. IV sägs.

(3). Handräckning för indrivning medgives icke, därest skatteanspråket, om det genomfördes, skulle föranleda dubbelbeskattning i förhållandet mellan de båda staterna.

Artikel XII.

Den stat, i vilken indrivning enligt detta avtal ägt rum, är gentemot den andra staten ansvarig för de indrivna beloppen.

Tystnadsplikt och handlingars hemlighållande.

Artikel XIII.

Beträffande förfrågningar, upplysningar, uppgifter och utlåtanden ävensom andra meddelanden, vilka i handräckningsväg ingå till någondera staten, tillämpas i denna stat gällande laga bestämmelser angående tystnadsplikt och handlingars hemlighållande.

Ersättning för kostnader.

Artikel XIV.

För handräckning enligt detta avtal må icke utkrävas någon avgift eller kostnadsersättning. Såframt ej annat överenskommes, utgår dock ersättning för gottgörelse till personer, som meddelat upplysningar, eller till sakkunniga, för kostnader, som föranletts genom förrättningsmäns medverkan uti de i art. VIII punkt (2) angivna fallen eller genom

användande av viss form enligt art. X punkt (1), ävensom för kostnader på grund av rättegång vid allmän domstol, som föranledes av handräckningens verkställande.

Legalisering av handlingar.

Artikel XV.

(1). Handling, som upprättats, utfärdats eller bestyrkts av domstol för beskattningsärenden eller högre beskattnings- eller finansförvaltningsmyndighet i den ena staten och som är försedd med domstolens eller myndighetens sigill eller stämpel, behöver ej legaliseras för att användas i skatteärende inom den andra statens område.

(2). Vad i punkt (1) sägs gäller jämväl beträffande handling, som underskrivits av tjänsteman hos domstolen eller myndigheten, såframt sådan underskrift är tillräcklig enligt lagstiftningen i den stat, domstolen eller myndigheten tillhör.

Särskilda bestämmelser.

Artikel XVI.

De i art. IV punkt (2) angivna myndigheterna kunna träffa ytterligare överenskommelser i enlighet med detta avtals syftemål. De kunna särskilt överenskomma angående minsta belopp, som framställning om indrivning må avse, angående behandling av indrivningsavgifter, debetsedelslösen, räntor, rättegångskostnader, viten och andra liknande, i samband med beskattning eller indrivning utgående belopp utan straffrättslig karaktär, angående fastställande av kurs för omräkning av belopp, som skola indrivas, samt angående redovisning av indrivna belopp.

Artikel XVII.

Detta avtal, som är avfattat i dubbla originalexemplar på svenska och finska språken, skall ratificeras, för Sveriges del av Hans Maj:t Konungen av Sverige med riksdagens samtycke och för Finlands del av Republikens President. Ratifikationshandlingarna skola snarast möjligt utväxlas i Helsingfors. Avtalet träder i kraft med ingången av den kalendermånad, som följer närmast efter utväxlingen av ratifikationshandlingarna, och skall vara gällande så länge det icke uppsagts av någon av de avtalsslutande staterna. I fall av uppsägning fyra månader före utgången av ett kalenderår upphör avtalet att gälla den 1 januari nästkommande år, i annat fall upphör avtalets giltighet den 1 januari under det därpå följande året.

Till bekräftelse härå hava de båda staternas fullmäktige undertecknat detta avtal och försett detsamma med sina sigill.

Som skedde i Stockholm, i två exemplar, den 10 mars 1943.

(L. S.) *Christian Günther.*
(L. S.) *Jarl A. Wasastjerna.*

Slutprotokoll.

Vid undertecknande av det denna dag mellan Konungariket Sverige och Republiken Finland slutna avtalet angående handräckning i skatteärenden hava undertecknade fullmäktige avgivit följande likalydande förklaringar, vilka skola utgöra en integrerande del av själva avtalet.

1. Såframt ej annat överenskommes, skola de i avtalet omförmälda översättningarna till riktigheten bestyrkas antingen av den myndighet, som har att översända framställningen, eller av en edsvuren eller av offentlig myndighet utsedd översättare i endera staten.

2. Översändande av akter kan principiellt icke begäras. För undantag härutinnan erfordras samförstand mellan vederbörande myndigheter i de båda staterna; framställning om översändande av akter bör emellertid göras endast om viktiga intressen för vederbörande stat fordra det.

3. Vid framställning om handräckning för utredning i skatteärende skall den myndighet, som gör framställningen, intyga, att den åtgärd, varom fråga är, kan vidtagas enligt lagstiftningen i den egna staten.

Därest omständigheterna därtill föranleda, skall efter framställning av endera staten utbyte ske av redogörelser rörande uppgifter och upplysningar m. m., som enligt vardera statens lagstiftning kunna avfordras skattskyldiga eller andra, samt rörande övriga åtgärder, som kunna vidtagas till vinnande av utredning i skatteärenden.

4. Framställning om handräckning för indrivning må ifrågakomma endast såvit tillräckliga möjligheter för indrivning icke föreligga i den egna staten.

5. Vardera staten skall, intill dess annat överenskommes, avstå från att påfordra avtalets tillämpning beträffande indrivning av skatt å arv och gåva.

6. Handräckning beviljas icke för indrivning av skatt såvitt angår arvingar eller andra, vilka förvärvat egendom på grund av dödsfall, i den mån skatteanspråket överskrider beloppet eller värdet vid tiden för förvärvet av vad som på grund av dödsfallet förvärvats.

7. Beträffande skatt, som skall indrivas enligt detta avtal, åtnjutes icke för skatter stadgad särskild förmånsrätt i den stat, hos vilken handräckning begärts.

8. Vid indrivning av skatt enligt detta avtal skall konkursförfarande icke inledas, med mindre vederbörande myndighet i den stat, hos vilken indrivningen sker, efter begäran av motsvarande myndighet i den stat, som gjort framställningen, uttryckligen därtill samtycker. Vad nu sagts gäller även anhängiggörande av talan vid allmän domstol.

9. När den ena staten tillställer den andra staten underrättelse enligt art. VII, skall den tillika översända sådana därifrån mottagna handlingar, som böra återgå, samt vederbörliga bevis och aktstycken i övrigt med angivande tillika av sådana omständigheter, som må vara av betydelse för skatteanspråkets fullföljande.

10. Rörande överföring av valuta för skattebetalning från den ena staten till den andra skall gälla vad därom särskilt överenskommits eller överenskommes. Det förutsättes, att, om ingen sådan överenskommelse finnes, vare sig fråga är om skatt som uttagits genom indrivning eller frivillig skattebetalning, medel för skattens erläggande skola få överföras från den ena staten till den andra i fri valuta, därest ej den skattskyldige i den senare staten har medel till skattens betalning.

11. Till högre beskattnings- eller finansförvaltningsmyndigheter enligt art. XV hänföras, bland andra, länsstyrelser och prövningsnämnder i båda staterna.

12. Skulle svårighet eller tvivelsmål uppkomma rörande avtalets tolkning eller tillämpning, skall avgörande träffas i samförstånd mellan de myndigheter som avses i art. IV punkt 2.

13. Vid avtalets ikraftträdande iakttages, att handräckning ej medgives,

beträffande indrivning av skatt å inkomst eller förmögenhet, om skatten utgår på grund av beskattning (taxering) före år 1942, och beträffande indrivning av annan skatt eller avgift, om den förfallit till betalning före avtalets ikraftträdande, samt

beträffande utredning i ärende rörande skatt å inkomst eller förmögenhet, om inkomsten eller förmögenheten beskattats (taxerats) eller bort beskattas (taxeras) före avtalets ikraftträdande, och såvitt angår utredning i annat skatteärende, om utredningen avser förhållande, vilket hänför sig till tiden före nämnda tidpunkt.

14. Framställning om handräckning, som inkommit till vederbörande myndighet i den stat, till vilken framställningen riktats, innan avtalet upphört att gälla, skall efterkommas i enlighet med avtalets bestämmelser, framställning om indrivning likväl endast i fall, då även erkännandet av det exigibla beslutet meddelats redan innan avtalet upphört att gälla.

Som skedde i Stockholm, i två exemplar, den 10 mars 1943.

(L. S.) *Christian Günther.*

(L. S.) *Jarl A. Wasastjerna.*

96.

SUEDE, FINLANDE.

Accord concernant la réintroduction du visa obligatoire des passeports; conclu par un Echange de Notes signées à Stockholm, le 13 juin 1941.

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1943, No. 1.

---

a.

Finlands minister i Stockholm till ministern för utrikes ärendena.

Stockholm den 13 juni 1941.

Herr Utrikesminister,

I enlighet med min regerings instruktioner hag jag äran föreslå Kungl. Svenska Regeringen, att den överenskommelse angående avskaffande av passvisum mellan Finland och Sverige, vilken träffades i Helsingfors den 9 mars 1928*) genom noteväxling mellan Finlands t. f. minister för utrikesärendena och svenske ministern i Helsingfors, skall upphöra att gälla från och med denna dag.

Därest Kungl. Svenska Regeringen lämnar sitt bifall till förevarande förslag tillåter jag mig föreslå, att denna note tillsammans med det svar, jag må kunna emotse, skall utgöra en mellan de båda regeringarna träffad överenskommelse.

Mottag, Herr Utrikesminister, försäkran om min mest utmärkta högaktning.

Jarl A. Wasastjerna.

---

b.

Ministern för utrikes ärendena till Finlands minister i Stockholm.

Stockholm den 13 juni 1941.

Herr Envoyé,

Med skrivelse denna dag och enligt Eder regerings instruktioner har Ni behagat föreslå svenska regeringen, att den överenskommelse angående avskaffande av inresevisum mellan Finland och Sverige, vilken träffades i Helsingfors den 9 mars 1928 genom noteväxling mellan Finlands t. f. minister för utrikesärendena och svenske ministern i Helsingfors, skall upphöra att gälla från och med denna dag.

I anledning härav har jag äran meddela, att svenska regeringen finner sig kunna antaga detta förslag och är ense med Eder om att Eder ovan omförmälda skrivelse och detta mitt svar härpå skola utgöra en överenskommelse mellan de båda regeringarna.

Mottag, Herr Envoyé, försäkran om min utmärkta högaktning.

Christian Günther.

---

*) V. N.R.G. 3. s. XXX, p. 613.

97.

ITALIE, SUÈDE.

Echange de Notes concernant l'Institut suédois à Rome; du 21 décembre 1937 au 30 septembre 1941.

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1943, No. 2.

---

a.

Italienske utrikesministern till svenska beskickningen i Rom.

Rome, le 21 Dic. 1937 Anno XVI.

Monsieur le Chargé d'Affaires,

J'ai l'honneur de Vous informer que le Gouvernement Italien, dans le but de favoriser les relations culturelles entre l'Italie et la Suède, et en attendant de pouvoir parvenir à un plus large et complet développement en ce domaine, a décidé de faire présent au Gouvernement Suédois d'un terrain (sis à Valle Giulia à Rome) pour la construction d'un immeuble où sera logé l'Institut Suédois à Rome.

J'ai aussi l'honneur de Vous informer que mon Gouvernement prendra les mesures nécessaires pour exempter l'immeuble à bâtir de toute sorte d'impôts et de taxes, y compris les impositions de la Province et du „Governatorato". Le Gouvernement Italien exemptera aussi tous les matériaux, meubles, livres, etc., — qui pourront être importés pour la construction, l'installation et l'aménagement de l'Institut, — de tout droit d'entrée et de douane, ainsi que de toutes les restrictions à l'importation actuellement en vigueur.

En portant ce qui précède à Votre connaissance, je suis persuadé que le Gouvernement Suédois voudra bien — pour ce qui concerne l'immunité des impôts et des taxes de toute sorte, y compris les impositions des Communes, de même que l'exemption des droits d'entrée et de douane — accorder un traitement analogue au Gouvernement Italien au cas où ce dernier décide d'établir un Institut de Culture Italien en Suède.

Les engagements visés dans la présente Note entreront en vigueur dès que les autorités compétentes italiennes et suédoises auront pris les mesures nécessaires pour leur donner application, suivant la législation intérieure italienne et la législation intérieure suédoise.

Veuillez agréer, Monsieur le Chargé d'Affaires, l'assurance de ma haute considération. *Ciano.*

---

b.

Svenska beskickningen i Rom till italienske utrikesministern.

Rome, le 21 décembre 1937.

Monsieur le Ministre,

Par une note en date de ce jour Votre Excellence a bien voulu me communiquer ce qui suit:

[suit le texte de la Note précédente.]

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que le Gouvernement Suédois partageant le désir du Gouvernement Italien de développer les relations culturelles entre les deux Pays se déclare accepter avec reconnaissance l'offre amicale et généreuse du Gouvernement Italien sous réserve de l'approbation de la part du Parlement (Riksdag) Suédois des conditions y afférentes.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma très haute considération.

Rolf Sohlman.

---

c.

Svenska beskickningen i Rom till italienska utrikesministeriet.

Note Verbale.

Se référant aux Notes échangées, en date du 21 décembre 1937, entre Son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères d'Italie et le Chargé d'Affaires a. i. de Suède à Rome, la Légation Royale de Suède a l'honneur de faire savoir au Ministère Royal des Affaires Etrangères que le Parlement Suédois ayant approuvé l'Accord qui faisait l'objet de cet échange de Notes, les mesures nécessaires selon le droit interne suédois visées aux Notes précitées ont été prises.

La Légation Royale de Suède saurait gré au Ministère Royal de bien vouloir lui faire connaître quand les autorités compétentes italiennes auront pris les mesures nécessaires pour donner application à l'Accord en question.

Rome, le 16 septembre 1938.

---

d.

Italienska utrikesministeriet till svenska beskickningen i Rom.

Note Verbale.

Con Nota Verbale del 16 settembre 1938 la Legazione Reale di Svezia ha voluto far conoscere al R. Ministero degli Affari Esteri che il Parlamento svedese avendo approvato l'accordo che ha fatto oggetto delle note scambiate in data 21 dicembre 1937 tra il Ministro degli Affari Esteri d'Italia e l'Incaricato d'affari a. i. di Svezia in Roma sono stati presi i provvedimenti necessari secondo il diritto interno svedese previsto dalle note ora dette.

Nel ringraziare la Legazione Reale di Svezia di tale comunicazione, il Regio Ministero degli Affari Esteri ha l'onore di comunicare che da parte delle Autorità italiane, tutti i provvedimenti necessari sono stati presi per dare applicazione all'accordo di cui si tratta che entra così in vigore.

Roma, il 30 Set. 1941 Anno XIX.

98.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, SUISSE.

Accord commercial; signé à Washington, le 9 janvier 1936.*)

Executive Agreement Series, No. 90.

The President of the United States of America and the Swiss Federal Council, being desirous of facilitating and extending the commercial relations existing between the United States of America and Switzerland by granting mutual and reciprocal concessions and advantages for the promotion of trade, have through their respective Plenipotentiaries arrived at the following Agreement:

Article I.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America enumerated and described in Section A of Schedule I**) annexed to this Agreement shall, on their importation into the customs territory of Switzerland, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Section. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of Switzerland in force on the day of the signature of this Agreement.

With respect to articles enumerated and described in Section B of

Le Président des Etats-Unis d'Amérique et le Conseil Fédéral Suisse, désireux de faciliter et d'étendre les relations commerciales existant entre les Etats-Unis d'Amérique et la Suisse, en s'accordant réciproquement des concessions et avantages mutuels en vue de développer leurs échanges commerciaux, ont conclu, par l'intermédiaire de leurs Plénipotentiaires respectifs, l'Accord suivant:

Article I.

Les articles, produits naturels ou manufacturés des Etats-Unis d'Amérique énumérés et désignés dans la liste I partie A annexée au présent Accord**) n'acquitteront pas, lors de leur importation dans le territoire douanier suisse, des droits de douane normaux plus élevés que ceux spécifiés dans ladite partie. Les articles en question seront également exemptés de tous autres droits, taxes, émoluments, frais ou contributions, perçus sur ou concernant les importations, plus élevés que ceux perçus le jour de la signature du présent Accord ou qui, à teneur des lois suisses en vigueur le jour de la signature de cet Accord, doivent être perçus après cette date.

En ce qui concerne les articles énumérés et désignés dans la par-

*) Les instruments d'approbation et de confirmation et les instruments de ratification ont été échangées à Berne, le 7 mai 1936.

**) Les Annexes ne sont pas reproduites.

Schedule I*) for which import quotas are specified in the said Section, the quantities of such articles originating in the United States of America which shall be permitted to be imported annually into the customs territory of Switzerland, beginning with the day on which this Agreement comes into force, shall not be less than those specified in the said Section.

Article II.

Articles the growth, produce or manufacture of Switzerland enumerated and described in Schedule II annexed to this Agreement shall, on their importation into the United States of America, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth and provided for in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of the United States of America in force on the day of the signature of this Agreement.

Article III.

The provisions of Articles I and II of this Agreement shall not prevent the Government of either country from imposing at any time on the importation of any article a charge equivalent to an internal tax imposed in respect of a like domestic article or in respect of a commodity from which the imported

tie B de la liste I*) pour lesquels des contingents d'importation sont spécifiés dans ladite partie, les quantités annuelles desdits articles originaires des Etats-Unis d'Amérique dont l'importation dans le territoire douanier suisse sera permise, à partir du jour de l'entrée en vigueur du présent Accord, ne seront pas inférieures à celles spécifiées dans ladite partie.

Article II.

Les articles, produits naturels ou manufacturés de Suisse énumérés et désignés dans la liste II annexée au présent Accord n'acquitteront pas, lors de leur importation aux Etats-Unis d'Amérique, des droits de douane normaux plus élevés que ceux spécifiés et prévus dans ladite liste. Les articles en question seront également exemptés de tous autres droits, taxes, émoluments, frais ou contributions, perçus sur ou concernant les importations, plus élevés que ceux perçus le jour de la signature du présent Accord ou qui, à teneur des lois américaines en vigueur le jour de la signature de cet Accord, doivent être perçus après cette date.

Article III.

Les dispositions des Articles I et II du présent Accord n'empêcheront pas le Gouvernement de l'un ou l'autre des deux pays d'établir, à un moment quelconque, à l'importation d'un article quelconque, un droit équivalent à une taxe interne frappant un produit national similaire ou une marchandise

*) Modification d'une clause de cette Liste par Echange de Notes du 19 septembre au 14 novembre 1940; Executive Agreement Series, No. 193.

article has been manufactured or produced in whole or in part.

Article IV.

Schedules I and II annexed to this Agreement, the notes included in them, and the Declaration annexed to this Agreement shall have force and effect as integral parts of this Agreement.

Article V.

In respect of articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or of Switzerland, enumerated and described in Schedules I and II, respectively, imported into the other country, on which ad valorem rates of duty, or duties based upon or regulated in any manner by value, are or may be assessed, it is understood and agreed that the bases and methods of determining dutiable value and of converting currencies shall be no less favorable to importers than the bases and methods prescribed under laws and regulations of Switzerland and the United States of America, respectively, in force on the day of the signature of this Agreement.

Article VI.

Except as otherwise provided in this Agreement, no prohibitions, import or customs quotas, import licenses, or any other form of quantitative regulation, whether or not operated in connection with any agency of centralized control, shall be imposed by Switzerland on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture

ayant servi à la production ou à la fabrication, en tout ou partie, de l'article importé.

Article IV.

Les listes I et II annexées au présent Accord, ainsi que les notes insérées dans lesdites listes et la déclaration annexée au présent Accord auront force et effet en tant que parties intégrantes du présent Accord.

Article V.

Au sujet des articles, produits naturels ou manufacturés des Etats-Unis d'Amérique ou de la Suisse énumérés et désignés dans les listes I et II respectivement, importés dans l'autre de ces pays, qui sont ou seraient frappés de droits ad valorem ou de droits basés sur la valeur ou déterminés de quelque manière que ce soit par cette valeur, il est entendu et convenu que les bases et les méthodes de détermination de la valeur imposable et de conversion des monnaies ne seront pas moins favorables pour les importateurs que les bases et les méthodes prescrites par les lois et règlements en vigueur en Suisse et aux Etats-Unis d'Amérique respectivement le jour de la signature du présent Accord.

Article VI.

A moins qu'il n'en soit stipulé autrement dans cet Accord, aucune prohibition, aucun contingentement douanier ou à l'importation, aucun permis d'importation ou autre forme quelconque de réglementation quantitative des échanges, qu'ils dépendent ou non d'un organisme central de contrôle, ne sera imposé par la Suisse sur l'importation ou la

of the United States of America enumerated and described in Section A of Schedule I, nor by the United States of America on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of Switzerland enumerated and described in Schedule II.

The foregoing provision shall not apply to quantitative restrictions in whatever form imposed by the United States of America or Switzerland on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the other country in conjunction with governmental measures operating to regulate or control the production, market supply, or prices of like domestic articles, or tending to increase the labor costs of production of such articles. The Government of the country imposing any such restriction will give sympathetic consideration to any representations which the Government of the other country may make in regard thereto and will consult promptly with the Government of such other country with respect to the subject matter of such representations; and if an agreement with respect thereto is not reached within thirty days following the receipt of written representations, the Government making them shall be free, within fifteen days after the expiration of the aforesaid period of thirty days, to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

vente d'un article quelconque, produit naturel ou manufacturé des Etats-Unis d'Amérique énuméré et désigné dans la liste I partie A, ou par les Etats-Unis d'Amérique sur l'importation ou la vente d'un article quelconque, produit naturel ou manufacturé de Suisse énuméré et désigné dans la liste II.

La disposition précitée ne s'appliquera pas aux restrictions quantitatives de tous genres imposées par les Etats-Unis d'Amérique ou par la Suisse sur l'importation ou la vente d'un article quelconque, produit naturel ou manufacturé de l'autre de ces pays, conjointement avec des mesures gouvernementales instituées en vue de réglementer ou de contrôler la production, l'approvisionnement des marchés, ou les prix des produits nationaux similaires, ou tendant à accroître le prix de la main d'œuvre utilisée pour la production de ces articles. Le Gouvernement du pays imposant une restriction quelconque de ce genre examinera avec bienveillance toutes les représentations que le Gouvernement de l'autre pays pourrait lui faire à ce sujet et conférera à bref délai avec ce Gouvernement au sujet de la question faisant l'objet de ces représentations; si un accord n'a pu être réalisé dans un délai de trente jours à partir de la date de réception de représentations écrites, le Gouvernement qui les aura faites sera libre de dénoncer le présent Accord, dans son entier, dans les quinze jours suivant l'expiration de la période de trente jours en question, moyennant un préavis écrit de trente jours.

Article VII.

1. If the Government of the United States of America or Switzerland establishes or maintains any form of quantitative restriction or control of the importation or sale of any article in which the other country has an interest, or imposes a lower import duty or charge on the importation or sale of a specified quantity of any such article than the duty or charge imposed on importations in excess of such quantity, the Government taking such action shall:

(a) upon request inform the Government of the other country as to the total quantity, or any change therein, of any such article permitted to be imported or sold or permitted to be imported or sold at such lower duty or charge, during a specified period; and

(b) allot to the other country for such specified period a share of such total quantity as originally established or subsequently changed in any manner equivalent to the proportion of the total importation of such article which such other country supplied during a previous representative period, unless it is mutually agreed to dispense with such allotment.

2. Neither the United States of America nor Switzerland shall regulate the total quantity of importations into its territory or sales therein of any article in which the other country has an interest, by import licenses or permits issued to individuals or organizations, unless the total quantity of such article permitted to be imported or

Article VII.

1. Si le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique ou le Gouvernement Suisse venait à établir ou maintenait une restriction quantitative ou un contrôle quelconque de l'importation ou de la vente d'un article intéressant l'autre de ces pays, ou frappait l'importation ou la vente d'une quantité déterminée de cet article d'un droit de douane ou d'une taxe inférieure au droit ou à la taxe perçus sur les importations dépassant cette quantité, le Gouvernement prenant ces mesures devra:

(a) faire connaître au Gouvernement de l'autre pays, sur sa demande, la quantité totale de l'article dont il s'agit ou toute modification affectant cette quantité, dont l'importation ou la vente est autorisée, ou est autorisée moyennant paiement du droit de douane ou de la taxe inférieure susmentionnés pendant une période déterminée; et

(b) allouer à l'autre pays, pour cette période déterminée, un contingent sur la quantité totale primitivement fixée ou modifiée par la suite d'une façon quelconque, égal à la quote-part de l'importation totale de l'article en question que cet autre pays a fournie au cours d'une période de base antérieure, sauf si les deux parties conviennent de renoncer à une telle répartition.

2. Ni les Etats-Unis d'Amérique ni la Suisse ne réglementeront la quantité totale des importations ou des ventes autorisées sur leur territoire respectif, en ce qui concerne un article quelconque intéressant l'autre de ces pays, par des licences ou des permis d'importation délivrés à des particuliers ou à des groupements, à moins que la quan-

sold, during a quota period of not less than three months, shall have been established. The Government of each country will, upon request, inform the Government of the other country of the total quantity of any such article permitted to be imported and of the regulations covering the issuance of such licenses or permits.

tité totale d'un tel article dont l'importation ou la vente est autorisée au cours d'une période de contingentement de trois mois au moins, ait été fixée. Le Gouvernement de chacun des deux pays fera connaître, sur demande, au Gouvernement de l'autre pays, la quantité totale d'un article de ce genre dont l'importation est autorisée et les règlements concernant l'octroi des licences ou des permis précités.

Article VIII.

In the event that the United States of America or Switzerland establishes or maintains a monopoly for the importation, production or sale of an article or grants exclusive privileges, formally or in effect, to one or more agencies to import, produce or sell an article, the Government of the country establishing or maintaining such monopoly, or granting such monopoly privileges, agrees that in respect of the foreign purchases of such monopoly or agency the commerce of the other country shall receive fair and equitable treatment. It is agreed that in making its foreign purchases of any article such monopoly or agency will be influenced solely by competitive considerations, such as price, quality, marketability, and terms of sale.

Article VIII.

Si les Etats-Unis d'Amérique ou la Suisse venaient à instituer ou maintenaient un monopole de l'importation, de la production ou de la vente d'un article ou accordaient formellement ou en fait, à un ou plusieurs offices le droit exclusif d'importer, de produire ou de vendre un article, le Gouvernement du pays établissant ou maintenant un tel monopole ou accordant des privilèges de ce genre, convient que le commerce de l'autre pays recevra un traitement loyal et équitable, en ce qui concerne les achats effectués à l'étranger par le monopole ou par l'office en question. Il est entendu qu'en ce qui concerne ses achats d'un article quelconque à l'étranger, ce monopole ou cet office ne tiendra compte que des considérations d'ordre commercial telles que le prix, la qualité, les possibilités d'écoulement et les conditions de vente de la marchandise.

Article IX.

Articles the growth, produce or maufacture of the United States of America or Switzerland, shall, after importation into the other country, be exempt from all internal

Article IX.

Les articles, produits naturels ou manufacturés des Etats-Unis d'Amérique ou de Suisse seront exempts, après leur importation dans l'autre de ces pays, de toutes

taxes, fees, charges or exactions other or higher than those payable on like articles of domestic origin or any other foreign origin.

Article X.

The United States of America and Switzerland agree to grant each other unconditional and unrestricted most-favored-nation treatment in all matters concerning customs duties and charges of every kind and in the method of levying duties and, further, in all matters concerning the rules, formalities and charges imposed in connection with the clearing of goods through the customs, and with respect to all laws or regulations affecting the sale or use of imported goods within the country.

Accordingly, natural or manufactured products having their origin in the United States of America or Switzerland shall in no case be subject in the other country in regard to the matters referred to above, to any duties, taxes or charges other or higher, or to any rules or formalities other or more burdensome, than those to which the like products having their origin in any third country are or may hereafter be subject.

Similarly, natural or manufactured products exported from the territory of the United States of America or Switzerland and consigned to the territory of the other country shall in no case be subject, with respect to exportation and in regard to the above-mentioned matters, to any duties, taxes or charges other or higher, or to any rules or formalities other or more burden-

taxes, droits, frais ou contributions internes, autres ou plus élevés que ceux qui sont acquittés par les articles similaires nationaux ou originaires de tout autre pays étranger.

Article X.

Les Etats-Unis d'Amérique et la Suisse conviennent de s'accorder réciproquement le traitement inconditionnel et illimité de la nation la plus favorisée pour tout ce qui concerne les droits et autres frais de douane et le mode de perception des droits, pour les règles, formalités et charges auxquelles les opérations de dédouanement des marchandises pourraient être soumises, ainsi que pour toutes les lois ou règlements concernant la vente ou l'utilisation dans le pays de marchandises importées.

Par conséquent, les produits naturels ou manufacturés originaires des Etats-Unis d'Amérique ou de Suisse ne seront en aucun cas assujettis sous les rapports susvisés, dans l'autre de ces pays, à des droits, taxes ou charges, autres ou plus élevés, ni à des règles et formalités autres ou plus onéreuses que ceux auxquels sont ou seront assujettis les produits de même nature originaires d'un pays tiers quelconque.

De même, les produits naturels ou manufacturés exportés du territoire des Etats-Unis d'Amérique ou de Suisse à destination du territoire de l'autre de ces pays ne seront en aucun cas assujettis, sous les mêmes rapports, à des droits, taxes ou charges autres ou plus élevés, ni à des règles et formalités autres ou plus onéreuses que ceux auxquels sont ou seront assujettis les mêmes

some, than those to which the like products when consigned to any third country are or may hereafter be subject.

Any advantages, favor, privilege or immunity which has been or may hereafter be granted by the United States of America or Switzerland, in regard to the above-mentioned matters, to a natural or manufactured product originating in any third country or consigned to the territory of any third country, shall be accorded immediately and without compensation to the like product originating in or consigned to the territory of Switzerland or the United States of America, respectively.

Article XI.

In the event that a wide variation occurs in the rate of exchange between the currencies of the United States of America and Switzerland, the Government of either country, if it considers the variation so substantial as to prejudice the industries or commerce of the country, shall be free to propose negotiations for the modification of this Agreement or to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Article XII.

The Government of the United States of America or the Government of Switzerland, as the case may be, will accord sympathetic consideration to, and when requested will afford adequate opportunity for consultation regarding such representations as the other Government may make with respect to the operation of customs regu-

produits destinés au territoire d'un autre pays quelconque.

Tous les avantages, faveurs, privilèges et immunités qui ont été ou seront accordés à l'avenir par les Etats-Unis d'Amérique ou la Suisse dans la matière susdite à un produit naturel ou manufacturé originaire d'un autre pays quelconque, ou destiné au territoire d'un autre pays quelconque, seront, immédiatement et sans compensation, appliqués au produit de même nature originaire de la Suisse ou des Etats-Unis d'Amérique respectivement ou destiné au territoire de l'un de ces pays.

Article XI.

Si le taux du change entre les monnaies américaine et suisse venait à varier considérablement, le Gouvernement de chacun des pays sera libre de proposer l'ouverture de négociations tendant à modifier le présent Accord ou de dénoncer celui-ci, dans son entier, moyennant un préavis écrit de trente jour, s'il estime que la variation en question est de telle ampleur qu'elle peut porter préjudice aux industries ou au commerce du pays.

Article XII.

Le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique ou le Gouvernement Suisse, suivant le cas, accordera une bienveillante attention et, sur requête, fournira toute facilité en vue d'une consultation, relativement à toutes les représentations que le Gouvernement de l'autre de ces pays pourrait lui faire au sujet de l'application des règlements doua-

lations, quantitative restrictions or the administration thereof, the observance of customs formalities, and the application of sanitary laws and regulations for the protection of human, animal, or plant life or health.

In the event that the Government of either country makes representations to the Government of the other country in respect of the application of any sanitary law or regulation for the protection of human, animal, or plant life or health, and if there is disagreement with respect thereto, a committee of technical experts on which each Government will be represented shall, on the request of either Government, be established to consider the matter and to submit recommendations to the two Governments.

niers, des restrictions quantitatives ou de l'administration de ces dernières, de l'observation des formalités douanières et de l'application des lois et règlements sanitaires pour la protection de la vie ou de la santé de l'homme, des animaux ou des plantes.

Lorsque le Gouvernement de l'un des pays fera des représentations au Gouvernement de l'autre pays relativement à l'application de lois ou règlements sanitaires quelconques pour la protection de la vie ou de la santé de l'homme, des animaux ou des plantes et qu'il y aura désaccord à ce sujet, un comité d'experts techniques, dans lequel chaque Gouvernement sera représenté, sera établi sur requête de l'un ou l'autre Gouvernement, pour examiner le cas et soumettre ses recommandations aux deux Gouvernements.

Article XIII.

Except as otherwise provided in the second paragraph of this Article, the provisions of this Agreement relating to the treatment to be accorded by the United States of America and Switzerland, respectively, to the commerce of the other country, shall not apply to the Philippine Islands, the Virgin Islands, American Samoa, the Island of Guam, or to the Panama Canal Zone.

The provisions of this Agreement regarding most-favored-nation treatment shall apply to articles the growth, produce or manufacture of any territory under the sovereignty or authority of the United States of America or Switzerland, imported from or exported to any territory under the sove-

Article XIII.

Les dispositions du présent Accord relatives au traitement que les Etats-Unis d'Amérique et la Suisse, respectivement, sont convenus d'accorder au commerce de l'autre de ces pays, ne s'appliqueront pas aux îles Philippines, aux îles Vierges, au Samoa américain, à l'île de Guam, ni à la Zone du Canal de Panama à moins qu'il n'en soit stipulé autrement au deuxième alinéa du présent Article.

Les dispositions du présent Accord relatives au traitement de la nation la plus favorisée s'appliqueront aux articles, produits naturels ou manufacturés de tout territoire placé sous la souveraineté ou l'autorité des Etats-Unis d'Amérique ou de la Suisse, importés de ou exportés dans tout territoire placé

reignty or authority of the other country. It is understood, however, that the provisions of this paragraph do not apply to the Panama Canal Zone.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America, its territories or possessions, the Philippine Islands, or the Panama Canal Zone to one another or to the Republic of Cuba shall be excepted from the operation of this Agreement. The provisions of this paragraph shall continue to apply in respect of any advantages now or hereafter accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panama Canal Zone to the Philippine Islands irrespective of any change in the political status of the Philippine Islands.

The provisions of this Agreement shall apply to the Principality of Liechtenstein as long as it is bound to Switzerland by a customs union treaty.

Article XIV.

The provisions of this Agreement relating to the treatment to be accorded by the United States of America and Switzerland to the commerce of the other country do not apply to advantages now accorded or which may hereafter be accorded to adjacent countries in order to facilitate frontier traffic, and advantages resulting from a customs union to which either the United States of America or Switzerland is now or may become a party, shall be excepted from the operation of this Agreement.

sous la souveraineté ou l'autorité de l'autre de ces pays. Il est entendu, cependant, que les dispositions du présent alinéa ne s'appliqueront pas à la Zone du Canal de Panama.

Les avantages que les Etats-Unis d'Amérique, leurs territoires ou possessions, les îles Philippines ou la Zone du Canal de Panama se concèdent ou se concéderaient désormais réciproquement, ou qui sont ou seraient accordés à la République de Cuba, ne seront pas soumis aux dispositions du présent Accord. Les stipulations du présent alinéa continueront à s'appliquer à tous les avantages accordés ou qui seraient désormais accordés par les Etats-Unis d'Amérique, leurs territoires ou possessions ou par la Zone du Canal de Panama aux îles Philippines, quelles que soient les modifications apportées au statut politique des îles Philippines.

Les dispositions du présent Accord s'appliqueront à la Principauté de Liechtenstein aussi longtemps qu'elle sera liée à la Suisse par un traité d'union douanière.

Article XIV.

Les dispositions du présent Accord concernant le traitement que les Etats-Unis d'Amérique et la Suisse sont convenus d'accorder au commerce de l'autre de ces pays ne s'appliquent pas aux avantages concédés ou qui seraient désormais concédés à des pays limitrophes en vue de faciliter le trafic frontalier. Les avantages résultant d'une union douanière à laquelle soit les Etats-Unis d'Amérique soit la Suisse sont parties ou dont ils peuvent devenir parties ne seront également pas soumis aux dispositions du présent Accord.

Nothing in this Agreement shall be construed to prevent the adoption of measures prohibiting or restricting the exportation or importation of gold or silver, or to prevent the adoption of such measures as either Government may see fit with respect to the control of the export or sale for export of arms, ammunition, or implements of war, and, in exceptional circumstances, all other military supplies.

Subject to the requirement that there shall be no arbitrary discrimination by either country against the other country in favor of any third country under like circumstances, the provisions of this Agreement shall not extend to prohibitions or restrictions (1) imposed on moral or humanitarian grounds; (2) designed to protect human, animal or plant life or health; (3) relating to prison-made goods; or (4) relating to the enforcement of police or revenue laws.

Article XV.

In the event that the Government of the United States of America or the Government of Switzerland adopts or changes any measure or practice which, even though it does not conflict with the terms of this Agreement, is considered by the Government of the other country to have the effect of nullifying or impairing any object of the Agreement, the Government which has adopted or changed any such measure or practice shall consider such written representations or propo-

Dans le présent Accord, rien ne sera interprété comme empêchant l'adoption de mesures prohibant ou restreignant l'exportation ou l'importation d'or ou d'argent ou s'opposant à l'adoption des mesures que l'un des Gouvernements pourrait juger opportun de prendre en vue de contrôler l'exportation, ou la vente en vue de l'exportation, d'armes, de munitions ou de matériel de guerre, et, dans certaines circonstances exceptionnelles, de toutes autres fournitures militaires.

A la condition que l'une des parties n'établisse pas arbitrairement de discrimination à l'égard de l'autre partie, dans des circonstances similaires, en faveur d'un pays tiers quelconque, les dispositions du présent Accord ne s'appliqueront pas aux prohibitions ou restrictions (1) imposées pour des raisons d'ordre moral ou humanitaire; (2) ayant pour objet la protection de la vie ou de la santé de l'homme, des animaux ou des plantes; (3) concernant les marchandises fabriquées dans les prisons; ou (4) l'application des lois de police ou des lois fiscales.

Article XV.

Au cas où le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique ou le Gouvernement Suisse adopterait ou modifierait une mesure ou procédure ou pratique quelconque qui, tout en ne constituant pas une dérogation aux termes du présent Accord, serait considérée par le Gouvernement de l'autre pays comme devant avoir pour effet de rendre nul ou de porter atteinte à l'un quelconque des buts poursuivis par l'Accord, le Gouvernement qui aura pris ou modifié une telle mesure ou procédure

sals as the other Government may make with a view to effecting a mutually satisfactory adjustment of the matter. If no agreement is reached with respect to such representations or proposals within thirty days after they are received, the Government making them shall be free, within fifteen days after the expiration of the aforesaid period of thirty days, to terminate this Agreement in its entirety on sixty days' written notice.

ou pratique devra prendre en considération les représentations ou propositions écrites que l'autre Gouvernement pourrait lui faire en vue d'arriver à un règlement satisfaisant pour les deux parties de la question. Si un Accord n'est pas intervenu en ce qui concerne ces représentations ou propositions dans un délai de trente jours à partir de la date de réception, le Gouvernement qui les aura faites sera libre de dénoncer le présent Accord dans son entier dans les quinze jours suivant l'expiration de la période de trente jours susmentionnée, moyennant un préavis écrit de soixante jours.

Article XVI.

The Government of the United States of America and the Government of Switzerland reserve the right to withdraw or to modify the concession granted on any article under this Agreement, or to impose quantitative restrictions on any such article is, as a result of the extension of such concession to third countries, such countries obtain the major benefit of such concession and in consequence thereof an unduly large increase in importations of such article takes place: *Provided*, That before the Government of either country shall avail itself of the foregoing reservation, it shall give notice in writing to the other Government of its intention to do so, and shall afford such other Government an opportunity within thirty days after receipt of such notice to consult with it in respect of the proposed action; and if an agreement with respect

Article XVI.

Le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique et le Gouvernement Suisse se réservent le droit de supprimer ou de modifier la concession accordée aux termes du présent Accord en ce qui concerne un article quelconque, ou le droit d'imposer des restrictions quantitatives sur un tel article si, du fait de l'extension de cette concession à des pays tiers, ces derniers en sont les principaux bénéficiaires et si, par conséquent, il se produit un accroissement anormal des importations de l'article en question. Il est cependant entendu que le Gouvernement de l'un des pays, avant de faire usage de la réserve précitée, devra signifier à l'autre Gouvernement, par écrit, son intention d'agir de cette manière et donner à cet autre Gouvernement, dans un délai de trente jours à partir de la date de réception de l'avis en question, la possibilité de conférer avec lui au

thereto is not reached within thirty days following receipt of the aforesaid notice, the Government which proposed to take such action shall be free to do so at any time thereafter, and the other Government shall be free within fifteen days after such action is taken to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

sujet de l'action qu'il se propose d'entreprendre. Si un accord à ce sujet ne peut être réalisé, dans un délai de trente jours à partir de la date de réception de l'avis précité, le Gouvernement qui avait l'intention d'agir sera libre de la faire désormais en tout temps, et l'autre Gouvernement sera libre de dénoncer le présent Accord, dans son entier, dans les quinze jours suivant la date à laquelle une telle action serait entreprise, moyennant un préavis écrit de trente jours.

Article XVII.

The purpose of this Agreement being to facilitate and increase trade, it is understood and agreed that if the United States of America should make effective any measure with respect to the prevention of smuggling which the Government of Switzerland should consider as restricting unduly or having the effect of restricting unduly the legitimate importation of or trade in Swiss watches or watch movements, the Government of the United States of America will give most sympathetic consideration to any written representations which the Government of Switzerland may make with respect thereto. If, within thirty days after the receipt of such representations, no satisfactory understanding or adjustment has been effected, the Government of Switzerland shall have the right, within fifteen days after the expiration of the aforesaid period of thirty days, to terminate the Declaration annexed to this Agreement, or this Agreement in its entirety, on sixty days' written notice.

Article XVII.

Le but du présent Accord étant de faciliter et d'accroître le commerce, il est entendu et convenu que si les Etats-Unis d'Amérique venaient à mettre en vigueur une mesure quelconque se rapportant à la lutte contre la contrebande que le Gouvernement Suisse considérerait comme restreignant indûment ou ayant comme effet de restreindre indûment l'importation ou le commerce légitime des montres ou des mouvements de montres suisses, le Gouvernement des Etats-Unis accordera l'attention la plus sympathique à toutes représentations que le Gouvernement Suisse pourrait lui faire par écrit à ce sujet. Si, dans les trente jours après réception de ces représentations, il n'a été conclu aucune entente ou aucun arrangement satisfaisant, le Gouvernement Suisse aura le droit, dans les quinze jours après l'expiration de la période de trente jours indiquée ci-dessus, de dénoncer la déclaration annexée au présent Accord ou cet Accord dans son entier dans les soixante jours, par notification écrite.

Article XVIII.

The present Agreement shall be approved and confirmed by the President of the United States of America by virtue of the Act of the Congress of the United States of America approved June 12, 1934, entitled „An Act To amend the Tariff Act of 1930", and shall be ratified by the Swiss Federal Council with the consent of the Federal Assembly of the Swiss Confederation.

Pending the exchange of the instrument of approval and confirmation and the instrument of ratification which shall take place at Bern as soon as possible, the provisions of Articles I to XVII, inclusive, shall be applied reciprocally by the United States of America and Switzerland on February 15, 1936, and thereafter until the day on which the entire Agreement shall come into force.

The entire Agreement shall come into force thirty days after the day of the exchange of the instrument of approval and confirmation and the instrument of ratification. The Agreement shall continue in force until February 14, 1939, subject to the provisions of Article VI, Article XI, Article XV, Article XVI and Article XVII.

Unless at least six months before February 14, 1939, the Government of either country shall have given to the other Government notice of intention to terminate this Agreement on that date, the Agreement shall remain in force thereafter, subject to the provisions of Article VI, Article XI, Article XV, Article XVI and Article XVII, un-

Article XVIII.

Le présent Accord sera approuvé et confirmé par le Président des Etats-Unis d'Amérique en vertu de la loi du Congrès des Etats-Unis d'Amérique, du 12 juin 1934, intitulé „An Act To amend the Tariff Act of 1930" et sera ratifié par le Conseil Fédéral Suisse avec l'approbation de l'Assemblée Fédérale de la Confédération Suisse.

En attendant l'échange de l'instrument d'approbation et de confirmation et de l'instrument de ratification, qui aura lieu à Berne aussitôt que possible, les dispositions des Articles I à XVII inclusivement seront appliquées réciproquement par les Etats-Unis d'Amérique et la Suisse, dès le 15 février 1936, jusqu'au jour où l'Accord dans son entier entrera en vigueur.

L'Accord dans son entier entrera en vigueur trente jours après la date de l'échange de l'instrument d'approbation et de confirmation et de l'instrument de ratification. L'Accord restera en vigueur jusqu'au 14 février 1939, sous réserve des dispositions des Articles VI, XI, XV, XVI et XVII.

Si, au moins six mois avant le 14 février 1939, le Gouvernement de l'un des pays n'a pas notifié à l'autre son intention de mettre fin au présent Accord à cette date, l'Accord restera en vigueur, sous réserve des dispositions des Articles VI, XI, XV, XVI et XVII, jusqu'à l'expiration d'une période de six mois à partir de la date à la-

till six months from the day on which the Government of either country shall have given such notice to the other Government.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Agreement and have affixed their seals hereto.

Done in duplicate, in the English and French languages, both authentic, at the City of Washington, this ninth day of January, nineteen hundred and thirty-six.

quelle le Gouvernement de l'un des deux pays aura notifié à l'autre un préavis de dénonciation.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des deux pays ont signé le présent Accord et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double exemplaire, en langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi, en la ville de Washington, le neuf janvier, mil neuf cent trente-six.

For the President of the United States of America:

[seal] *Cordell Hull.*

For the Swiss Federal Council:

[seal] *Marc Peter.*

Declaration.

With a view to cooperating with the Government of the United States of America in its efforts to suppress the smuggling of watches and watch movements, the Government of Switzerland will establish and maintain with the collaboration of the appropriate organizations of the Swiss Watch Industry, the following system of regulation of the exportation of watches and watch movements from Switzerland to the United States:

1. Watches and watch movements other than those purchased at retail may not be exported from Switzerland to the United States except under export permits issued by a Swiss watch organization to be designated by the Government of Switzerland. Such permits shall be viséed by the Swiss Customs Authorities when the shipments are exported from Switzerland and shall be delivered to the appropriate Ame-

Déclaration.

Dans le but de coopérer avec le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique dans ses efforts pour supprimer la contrebande des montres et des mouvements de montres, le Gouvernement Suisse établira et maintiendra, avec la collaboration des organisations appropriées de l'industrie horlogère suisse, se système suivant de réglementation de l'exportation des montres et des mouvements de montres de Suisse aux Etats-Unis:

1. Les montres et les mouvements de montres autres que ceux achetés dans le commerce de détail ne peuvent pas être exportés de Suisse aux Etats-Unis s'ils ne sont pas accompagnés de permis délivrés par une organisation de l'industrie horlogère suisse désignée par le Gouvernement Suisse. Ces permis doivent être visés par les Autorités douanières suisses au moment où les envois sont exportés de Suisse et doivent être

rican Consulate in Switzerland. The export permit shall be substantially in the form attached hereto.*)

2. Watches and watch movements destined for the United States shall be exported through the Swiss Custom House at the place or places to be designated by the Swiss Customs Authorities, for direct shipment to the United States.

3. Watches and watch movements exported from Switzerland to the United States shall be permanently marked with a distinguishing mark distinct for each importer in the United States. Current lists of such marks, and the names and addresses of the persons to whom allocated, shall be furnished by the Swiss Government to the American Legation at Bern. However, such mark shall not be required in the case of watches or watch movements which are or may hereafter be permitted to be legally imported into the United States without marking.

4. The appropriate organizations of the Swiss Watch Industry will take such measures as are necessary to insure:

(a) that their members keep regular accouts, periodically audited, and that they furnish complete information to a central organization in Switzerland regarding their exports of watches and watch movements to the

remis au Consulat américain compétent en Suisse. Le permis d'exportation doit être conforme en principe au formulaire ci-joint.*)

2. Les montres et les mouvements de montres destinés aux Etats-Unis doivent être exportés par le ou les Bureaux des Douanes suisses désignés par les Autorités douanières suisses, d'où ils seront acheminés directement sur les Etats-Unis.

3. Les montres et les mouvements de montres exportés de Suisse aux Etats-Unis seront marqués de façon permanente d'une marque distinctive, distincte pour chaque importateur aux Etats-Unis. Des listes tenues à jour de ces marques, ainsi que les noms et adresses des personnes auxquelles elles sont assignées, seront fournies à la Légation des Etats-Unis à Berne par le Gouvernement Suisse, Cependant, cette marque ne doit pas être exigée pour des montres et des mouvements de montres qui sont ou seraient subséquemment autorisés à être légalement importés aux Etats-Unis sans marquage.

4. Les organisations appropriées de l'industrie horlogère suisse prendront les mesures nécessaires pour assurer:

(a) que leurs membres tiennent une comptabilité régulière périodiquement revisée et qu'ils fournissent des informations complètes à une organisation centrale en Suisse, concernant leurs exportations de montres ou de

*) Non reproduit.

United States, in particular, the dates, quantities and values of their shipments, the style of their products, the names of the suppliers of the exported articles, and the names of the importers in the United States; and

(b) that infringements of this system of regulation of exports are punished in accordance with the conventions of the Swiss Watch Industry; it being understood that one of the penalties to be imposed shall be the temporary or permanent refusal of export permits for future shipments to the United States.

5. Upon request through the appropriate channels, the Swiss watch organization which is designated by the Government of Switzerland for the issuance of export permits will furnish information to the American Customs Authorities regarding the smuggling or suspected smuggling into the United States of watches and watch movements.

6. The Swiss watch organization which is designated by the Government of Switzerland for the issuance of export permits will, after due warning, refuse to issue export permits for the shipment of watches and watch movements for the account of any person in the United States if there is probable cause to believe that such person has smuggled or is engaged in the smuggling of watches or watch movements into the United States and if such person has refused to permit a duly accredited customs officer of the United States to

mouvements de montres aux Etats-Unis, en particulier les dates, quantités et valeurs de leurs envois, le genre de leurs produits, les noms des fournisseurs des articles exportés et les noms des importateurs aux Etats-Unis; et

(b) que les infractions à ce système de réglementation des exportations seront punies en conformité des conventions de l'industrie horlogère suisse; il est entendu que l'une des sanctions à prendre sera le refus temporaire ou permanent de permis d'exportation pour les envois futurs à destination des Etats-Unis.

5. Sur requête présentée par les voies appropriées, l'organisation de l'industrie horlogère suisse désignée par le Gouvernement Suisse pour l'émission des permis d'exportation fournira aux Autorités douanières américaines des informations concernant l'entrée aux Etats-Unis en contrebande effective ou supposée de montres et de mouvements de montres.

6. L'organisation de l'industrie horlogère suisse désignée par le Gouvernement Suisse pour l'émission des permis d'exportation refusera, après avertissement en due forme, d'établir des permis d'exportation visant des envois de montres ou de mouvements de montres pour le compte de toute personne aux Etats-Unis s'il y a raison d'admettre que cette personne a passé en contrebande ou est en train de passer en contrebande aux Etats-Unis des montres ou des mouvements de montres et si ladite personne a refusé de permettre à un fonctionnaire des

inspect his stock or records pertaining to such merchandise or the purchase or importation thereof.

The system of regulation of exports described above shall be put into operation on May 1, 1936, and shall continue to operate as long as the trade agreement remains in force, subject to the provisions of Article XVII of the said trade agreement.

[suit le modèle du permis d'exportation.]

douanes américaines, dûment autorisé, d'inspecter ses stocks ou documents relatifs à telle marchandise ou à son achat ou à son importation.

Le système de réglementation des exportations décrit ci-dessus devra être mis en application le premier mai 1936 et devra continuer à être appliqué aussi longtemps que l'Accord commercial restera en vigueur, sous réserve des dispositions de l'Article XVII dudit Accord commercial.

[suit le formulaire de permis d'exportation.]

99.

SUISSE, ALLEMAGNE.

Accord additionnel à la Convention pour le règlement des paiements conclue le 26 juillet 1934;*) signé à Berlin, le 8 décembre 1934.**)

Eidgenössische Gesetzsammlung 1934, No. 42. — Reichsgesetzblatt 1934. II, No. 62.

Zusatzvereinbarung zu dem Abkommen über den schweizerisch-deutschen Verrechnungsverkehr, vom 26. Juli 1934.

Mit Rücksicht auf die bisherigen Erfahrungen im Verrechnungsverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland haben der Schweizerische Bundesrat und die Deutsche Regierung vereinbart, das Abkommen über den deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehr, vom 26. Juli 1934, wie folgt zu ändern:

I.

Dem Artikel III und dem Artikel IV werden je als letzter Absatz hinzugefügt:

„Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, gegenüber den Bestimmungen dieses Artikels in Einzelfällen abweichende Vereinbarungen zu treffen."

---

*) V. N.R.G. 3. s. XXX, p. 443.

**) Entré en vigueur, à titre provisoire, le 1er janvier 1935.

II.

Artikel IV wird wie folgt geändert:

1. Lit. *f* wird gestrichen; die bisherigen lit. *g, h* und *i* erhalten die Bezeichnungen *f, g* und *h*.
2. Lit. *g* (neu) erhält folgende Fassung:

„Zahlungen für nichtdeutsche Waren, sowie Zahlungen für Seefrachten und Spesen im Seeverkehr."

III.

Artikel V erhält nachstehende Fassung:

„Die bei der Schweizerischen Nationalbank aus diesem Abkommen zur Verfügung stehenden Guthaben werden wie folgt aufgeteilt:

1. Die Einzahlungen für Kohleneinfuhren aus Deutschland der Tarifnummern 643 *a*, 644, 645, 646 *b* des schweizerischen Zolltarifs werden ausgeschieden und auf ein besonderes Konto, das sogenannte Reiseverkehrskonto, übertragen.
2. 12 Prozent aller übrigen Einzahlungen werden bis zu einem monatlichen Höchstbetrage von 5 Millionen Franken der Deutschen Verrechnungskasse auf freies Konto gutgeschrieben.
3. $24,_5$ Millionen Franken monatsdurchschnittlich stehen gemäss besonderer Vereinbarung zur Verfügung:
   a. Für die Bezahlung von Waren schweizerischer Erzeugung oder solcher Waren, die in der Schweiz eine wesentliche Bearbeitung erfahren haben, sowie für verwandte Zahlungen;
   b. für die Bezahlung von Zinsen auf lang- und mittelfristige schweizerische Forderungen.
4. Sofern die der Deutschen Verrechnungskasse auf dem freien Konto gemäss Ziffer 2 gutgeschriebenen 12 Prozent nicht den Betrag von 5 Millionen Franken monatsdurchschnittlich ergeben, wird der Fehlbetrag aus den Beträgen gedeckt, die verbleiben, nachdem ein Betrag von $24,_5$ Millionen Franken gemäss vorstehender Ziffer 3, sowie diejenigen Beträge ausgeschieden worden sind, die zwar zu Lasten des Reiseverkehrskontos ausbezahlt werden, aber nicht unter das Reiseabkommen fallen (vgl. Art. XIII des Reiseabkommens).
5. Ein weiterer Überschuss wird zur Befriedigung von unter das Abkommen fallenden Verbindlichkeiten aus dem Warenverkehr und dem Zinsendienst, welche durch die in Ziffer 3 ausgeschiedene Summe von $24,_5$ Millionen Franken nicht gedeckt sein sollten, sowie zur Deckung von Fehlbeträgen aus dem Reiseverkehr verwendet.
6. Vom alsdann noch vorhandenen Rest werden 6 Millionen Franken im Verhältnis von 1:2 verwendet zur Durchführung der vorgesehenen Amortisationen, sowie zur Bezahlung nichtschweizerischer

Waren, die in der Schweiz keine wesentliche Bearbeitung erfahren haben, insbesondere von solchen, die Gegenstand des Briefwechsels vom 26. Juli 1934 bilden.

7. Ein noch verbleibender Überschuss steht zur freien Verfügung der Deutschen Verrechnungskasse.

Die vorgesehene Staffelung ist in dem Sinne kumulativ, dass, wenn die in den vorstehenden Ziffern 3, 4, 5 und 6 ausgeschiedenen Beträge in einem Monat nicht erreicht werden, der Ausfall in den folgenden Monaten gedeckt werden soll, bevor ein nachgehender Anspruch berücksichtigt wird.

Die derart entstandenen und gegebenenfalls unbefriedigt gebliebenen kumulativen Ansprüche sollen in gewissen Zeitabständen im Verhandlungswege festgestellt und bereinigt werden."

IV.

Der letzte Satz des Artikels VI erhält folgende Fassung:

„Sofern binnen einem Monat vom Beginn der Verhandlungen ab keine Verständigung über eine Änderung des Abkommens erzielt wird, kann dieses mit einmonatiger Frist auf Ende eines Kalendervierteljahrs gekündigt werden."

V.

Diese Zusatzvereinbarung soll ratifiziert werden und tritt am zehnten Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Bern stattfinden soll, in Kraft. Die vertragschliessenden Regierungen werden die Zusatzvereinbarung jedoch vom 1. Januar 1935 ab vorläufig anwenden.

Berlin, den 8. Dezember 1934.

Für den schweiz. Bundesrat: gez. *Stucki.*
Für die deutsche Regierung: gez. *Hagemann.*

100.

ALLEMAGNE, SUISSE.

Accord concernant le règlement des paiements; signé à Berne, le 17 avril 1935.*)

Reichsgesetzblatt 1935. II, No. 22.

Abkommen über den deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehr vom 17. April 1935.

Die Deutsche Regierung und der Schweizerische Bundesrat haben zur Erleichterung der Zahlungen im Waren-, Reise- und Kapitalverkehr folgendes vereinbart:

*) Mise en application, à titre provisoire, le 1er mai 1935. — Les ratifications ont été échangées à Berlin, le 11 octobre 1935. V. Reichsgesetzblatt 1935. II, p. 744.

Artikel I.

Der gesamte Zahlungsverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz wird vorbehältlich der nachstehend vereinbarten Ausnahmen ausschliesslich durch Vermittlung der Deutschen Verrechnungskasse und der Schweizerischen Nationalbank abgewickelt. Zu diesem Zweck wird der Zahlungsverkehr auf Zahlungen in Reichsmark und in Schweizerfranken beschränkt. Zahlungen in dritter Währung sind nur in besonders zugelassenen Fällen statthaft.

Artikel II.

1. Zahlungen von Deutschland nach der Schweiz können nach Massgabe besonderer Vereinbarungen sowohl in Reichsmark auf ein bei der Deutschen Verrechnungskasse zugunsten der Schweizerischen Nationalbank geführtes Sammelkonto, als auch in Schweizerfranken aus den Beständen eines bei der Schweizerischen Nationalbank zugunsten der Deutschen Verrechnungskasse geführten Sammelkontos geleistet werden.

2. Zahlungen von der Schweiz nach Deutschland können vorbehaltlich der in Ziffer 3 getroffenen Regelung sowohl in Schweizerfranken auf das bei der Schweizerischen Nationalbank zugunsten der Deutschen Verrechnungskasse geführte Sammelkonto als auch in Reichsmark aus den Beständen des bei der Deutschen Verrechnungskasse zugunsten der Schweizerischen Nationalbank geführten Sammelkontos geleistet werden.

3. Die Einzahlungen bei der Schweizerischen Nationalbank für die aus Deutschland eingeführten Kohlen der Tarifnummern 643 a, 644, 645, 646 a und 646 b des Schweizerischen Zolltarifs werden auf dem bei der Schweizerischen Nationalbank zugunsten der Deutschen Verrechnungskasse geführten Reiseverkehrskonto gutgeschrieben.

Artikel III.

1. Gemäss den Bestimmungen des Artikels II sind sämtliche Verbindlichkeiten deutscher Schuldner gegenüber schweizerischen Gläubigern zu erfüllen, insbesondere also Verbindlichkeiten für Warenlieferungen, Nebenkosten im Warenverkehr und verwandte Leistungen nach Massgabe der Vereinbarungen über Verrechnung im deutsch-schweizerischen Warenverkehr.

2. Die für den Reiseverkehr aus Deutschland nach der Schweiz erforderlichen Beträge werden nach Massgabe der Vereinbarungen über den deutsch-schweizerischen Reiseverkehr dem in Artikel II Ziffer 3 genannten Reiseverkehrskonto entnommen.

3. Verbindlichkeiten aus dem Kapitalverkehr, die gemäss dem Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vom 9. Juni 1933 an die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden zu zahlen sind, werden nach Massgabe besonderer Vereinbarungen transferiert oder fundiert.

4. Deutsche Schuldner bedürfen zur Vornahme von Zahlungen gemäss den Bestimmungen des Artikels II Abs. 1 der Genehmigung einer

deutschen Devisenstelle, die gemäss diesem Abkommen und besonderen Vereinbarungen nach Massgabe der allgemeinen Bestimmungen der deutschen Devisengesetzgebung erteilt wird.

5. Ausgenommen von einer Überweisung nach Massgabe der Bestimmungen des Artikels II sind folgende Zahlungen:

a) Zahlungen im kleinen Grenzverkehr einschliesslich der Zahlungen für Löhne, Gehälter, Ruhegehälter, Honorare u. dgl.;

b) Zahlungen der deutschen Postverwaltung sowie der Deutschen Reichsbahngesellschaft, jedoch nur, soweit sie auf dem Wege der Verrechnung zwischen den Verwaltungen mit den in der Schweiz aus ihrem Geschäftsverkehr entstandenen Frankenguthaben beglichen werden.

Ein darüber hinaus zugunsten der Schweizerischen Postverwaltung oder der Schweizerischen Bundesbahnen entstehender Saldo ist nach Massgabe der Bestimmungen des Artikels II zu überweisen;

c) Zinsen aus Frankengrundschulden gemäss den Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, betreffend schweizerische Goldhypotheken vom 6. Dezember 1920 und dem Zusatzabkommen vom 5. März 1923. Die Devisenstellen werden die Genehmigungen zum freien Transfer dieser Zahlungen weiterhin erteilen;

d) Zahlungen im deutsch-schweizerischen Versicherungsverkehr gemäss besonderer Vereinbarungen;

e) Zahlungen, die unter den Bestimmungen des Deutschen Kreditabkommens von 1935 oder des Kreditabkommens für deutsche öffentliche Schuldner von 1935 oder unter deren mit Zustimmung der schweizerischen Gläubiger allenfalls beschlossenen Erneuerungen erfolgen;

f) Kapitalzahlungen einschliesslich der Erlöse aus dem Verkauf von Wertpapieren;

g) sonstige Zahlungen, für die von einer deutschen Devisenstelle oder Überwachungsstelle eine besondere Zahlungsart angeordnet ist.

6. Die Möglichkeit, Zahlungen durch Vermittlung einer Postanstalt zu leisten, wird durch dieses Abkommen nicht ausgeschlossen. Die Zahlungen unterliegen den allgemeinen deutschen devisenrechtlichen Vorschriften.

7. Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, gegenüber den Bestimmungen dieses Artikels in Einzelfällen abweichende Vereinbarungen zu treffen.

Artikel IV.

1. Gemäss den Bestimmungen des Artikels II sind sämtliche Verbindlichkeiten schweizerischer Schuldner gegenüber deutschen Gläubigern aus dem Waren-, Reise- und Kapitalverkehr, insbesondere sämtliche

Zahlungen für aus Deutschland in die Schweiz eingeführte Waren, zu erfüllen mit folgenden Ausnahmen:

a) Zahlungen für aus Deutschland eingeführte Waren oder Zahlungen für andere Verpflichtungen, insoweit als der schweizerische Schuldner nachweist, dass seine bezüglichen Verpflichtungen durch Zahlungen deutscher Schuldner für Lieferungen schweizerischer Waren auf ein Ausländersonderkonto für Inlandszahlungen oder auf dem Verrechnungswege beglichen werden;

b) Zahlungen im kleinen Grenzverkehr einschliesslich der Zahlungen für Löhne, Gehälter, Ruhegehälter, Honorare u. dgl.;

c) Zahlungen der Schweizerischen Postverwaltung sowie der Schweizerischen Bundesbahnen, jedoch nur, soweit sie auf dem Wege der Verrechnung zwischen den Verwaltungen mit dem in Deutschland aus ihrem Geschäftsverkehr entstandenen Reichsmarkguthaben beglichen werden.

Ein darüber hinaus zugunsten der Deutschen Postverwaltung oder der Deutschen Reichsbahngesellschaft entstehender Saldo ist nach Massgabe der Bestimmungen des Artikels II zu überweisen;

d) Kapitalzahlungen einschliesslich der Erlöse aus dem Verkauf von Wertpapieren;

e) Zahlungen für Rechnung von nicht in der Schweiz ansässigen Personen und Firmen, soweit es sich nicht mittelbar um Zahlungen für Warenexporte Deutschlands nach der Schweiz handelt;

f) Zahlungen im schweizerisch-deutschen Versicherungsverkehr gemäss besonderer Vereinbarungen;

g) Zahlungen für nichtdeutsche Waren sowie Zahlungen für Seefrachten und Spesen im Seeverkehr;

h) sonstige Zahlungen, welche von der Einzahlungspflicht befreit werden.

2. Die Möglichkeit, Zahlungen durch Vermittlung einer Postanstalt zu leisten, wird durch dieses Abkommen nicht ausgeschlossen.

3. Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, gegenüber den Bestimmungen dieses Artikels in Einzelfällen abweichende Vereinbarungen zu treffen.

Artikel V.

Die bei der Schweizerischen Nationalbank gemäss Artikel II, Ziffer 2, dieses Abkommens zur Verfügung stehenden Guthaben werden wie folgt aufgeteilt:

A. Zunächst wird ein Betrag von Frs. 19,6 Millionen monatlich ausgeschieden und wie folgt aufgeteilt:

a) Frs. 14,5 Millionen monatlich = rund 74 vom Hundert der Guthaben werden verwendet für die Bezahlung von Waren schweizerischer Erzeugung oder solcher Waren, die in der Schweiz eine wesentliche Bearbeitung erfahren haben, sowie für Nebenkosten im Warenverkehr und verwandte Zahlungen;

b) Frs. 4,1 Millionen monatlich = rund 20,90 vom Hundert der Guthaben werden der Deutschen Verrechnungskasse auf freies Konto gutgeschrieben;

c) Frs. 1 Million monatlich = rund 5,10 vom Hundert der Guthaben werden zur Begleichung der Kosten für die Ausgaben von 4prozentigen Schuldverschreibungen der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden und für die Auszahlung der gemäss besonderer Vereinbarung vorgesehenen Barausschüttungen sowie für Tilgungszwecke verwendet.

Nach Durchführung dieser Tilgungen werden die Frs. 1 Million = 5,10 vom Hundert der Guthaben, jeweils abzüglich der Kosten für die Ausgabe der obengenannten Schuldverschreibungen und für die Auszahlung der Barausschüttungen für Tilgung von Rückständen gemäss besonderer Vereinbarungen verwendet. Danach fallen die Frs. 1 Million = 5,10 vom Hundert jeweils abzüglich der vorstehend erwähnten Kosten in den Überschuss gemäss lit. B.

Die vorstehend aufgeführten Beträge werden von den bei der Schweizerischen Nationalbank zur Verfügung stehenden Guthaben jeweils täglich im festgesetzten Verhältnis abgezweigt.

B. Der Überschuss, der über den Betrag von Frs. 19,6 Millionen monatlich hinaus aus diesem Abkommen bei der Schweizerischen Nationalbank zur Verfügung steht, wird wie folgt verwendet:

a) 60 vom Hundert des Überschusses werden einem Konto gutgeschrieben, aus dem die unter das Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vom 9. Juni 1933 fallenden Vermögenserträgnisse schweizerischer Gläubiger beglichen werden sollen (Transferfonds);

b) 30 vom Hundert des Überschusses werden verwendet für die Abtragung von Rückständen aus der Lieferung von Waren schweizerischer Erzeugung oder solcher Waren, die in der Schweiz eine wesentliche Bearbeitung erfahren haben, sowie aus Verbindlichkeiten für Nebenkosten im Warenverkehr und verwandte Zahlungen, ferner für die Abtragung von Rückständen aus der Lieferung von Waren nichtschweizerischer Erzeugung, die in der Schweiz keine wesentliche Bearbeitung erfahren haben. Für die Abtragung der Rückstände aus Lieferung nichtschweizerischer Waren werden 10 vom Hundert, mindestens aber Frs. 0,5 Millionen monatlich verwendet;

c) 10 vom Hundert des Überschusses werden der Deutschen Verrechnungskasse auf freies Konto gutgeschrieben.

Artikel VI.

Gemäss dem Zollunionsvertrag vom 29. März 1923 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein findet das gegenwärtige Abkommen in gleicher Weise Anwendung auf das Gebiet des Fürstentums Liechtenstein.

Artikel VII.

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden und tritt am 15. Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin stattfinden soll, in Kraft. Die vertragschliessenden Teile werden es jedoch vor der Ratifikation mit Wirkung vom 1. Mai 1935 ab vorläufig anwenden. Mit Wirkung von diesem Tage ab treten das Abkommen über den deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehr vom 26. Juli 1934*) und die Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen vom 8. Dezember 1934**) ausser Kraft.

Artikel VIII.

Dieses Abkommen gilt bis zum 30. Juni 1939. Falls die Guthaben bei der Schweizerischen Nationalbank gemäss Artikel II, Ziffer 2, in einem Monat weniger als Frs. 19,6 Millionen betragen oder die bei Abschluss dieses Abkommens bestehenden Verhältnisse sich in anderer Weise wesentlich ändern sollten, steht beiden Parteien das Recht zu, sofortige Verhandlungen über eine neue Regelung des Zahlungsverkehrs zu beantragen. Sollten diese Verhandlungen nicht binnen 12 Tagen nach Stellung des Antrages zu einer Verständigung führen, so kann das Abkommen von jeder Partei mit einer Frist von 12 Tagen gekündigt werden.

Für die Deutsche Regierung: *Freiherr von Weizsäcker. Wohlthat.*
Für den Schweizerischen Bundesrat: *Minger. Stucki.*

101.

ALLEMAGNE, SUISSE.

Convention concernant les questions soulevées par l'incorporation de l'exclave douanière de Jestetten dans le territoire douanier allemand; signée à Heidelberg, le 15 janvier 1936.***)

Reichsgesetzblatt 1936. II, No. 4.

Deutsch-schweizerisches Abkommen über die mit der Einbeziehung des Zollausschlussgebiets um Jestetten in das deutsche Zollgebiet zusammenhängenden Fragen.

Der Deutsche Reichskanzler und der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft, von dem Wunsch beseelt, soweit als es ohne Gefähr-

*) V. N.R.G. 3. s. XXX p. 443.
**) V. ci-dessus, No. 99.
***) Entré en vigueur à titre provisoire, le 1er février 1936. — L'échange des ratifications a eu lieu à Berne, le 10 juillet 1936. V. Reichsgesetzblatt 1936. II, p. 284.

dung der staatlichen Interessen möglich ist, die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem früheren Ausschlussgebiet und den anstossenden Kantonen aufrechtzuerhalten und zu fördern sowie den Durchgangsverkehr zu erleichtern, sind übereingekommen, die mit der Einbeziehung des früheren Zollausschlussgebiets um Jestetten in das deutsche Zollgebiet zusammenhängenden Fragen zu regeln und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Deutsche Reichskanzler:

den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Herrn Ernst,

der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

den Oberzollinspektor bei der Eidgenössischen Oberzolldirektion Herrn Häusermann,

die nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Abschnitt I.

Eisenbahnverkehr.

Artikel 1.

Die Schweizerische Regierung wird dafür Sorge tragen, dass die Personen- und Güterzüge, die auf der Strecke zwischen Neuhausen und Rafz verkehren, auf den S.B.B.-Bahnhöfen Altenburg-Rheinau, Jestetten und Lottstetten Aufenthalt nehmen, soweit es die Bedürfnisse des Reisenden-, Post- und Güterverkehrs erfordern.

Artikel 2.

Personen- und Güterzüge, die das frühere Ausschlussgebiet ohne fahrplanmässigen Aufenthalt durchfahren (direkte Züge), bleiben von allen Kontrollförmlichkeiten befreit.

Artikel 3.

(1) Personenzüge müssen aus drei Zugteilen bestehen (Zugteil 1: für den Durchgangsverkehr, Zugteil 2: für den Wechselverkehr und Zugteil 3: für den Binnenverkehr); Züge, die fahrplanmässig nur auf einem Bahnhof halten, führen nur die Zugteile 1 und 2 mit sich.

(2) Güterzüge, die während der Durchfahrt durch das frühere Ausschlussgebiet fahrplanmässig auf mehreren S. B. B.-Bahnhöfen Aufenthalt nehmen, brauchen nur aus den Zugteilen 1 und 2 zu bestehen.

(3) Die deutsche Grenzabfertigung findet auf den S.B.B.-Bahnhöfen Altenburg-Rheinau, Jestetten und Lottstetten, die schweizerische Grenzabfertigung durch die Bahnzollämter Rafz und Neuhausen statt. Die schweizerische Abfertigung der aus dem früheren Ausschlussgebiet ausreisenden Personen und ihres Gepäcks kann schon während der Fahrt nach der Schweizergrenze vorgenommen werden; in diesem Falle beginnt die Abfertigung erst nach dem Verlassen des letzten S.B.B.-Bahnhofs im früheren Ausschlussgebiet.

Artikel 4.

(1) Im Zugteil 1 der Personenzüge werden die Reisenden befördert, die das deutsche Gebiet ohne Fahrtunterbrechung durchfahren; ihnen ist ein Ein- und Aussteigen auf deutschem Gebiet untersagt.

(2) Im Zugteil 2 der Personenzüge sind die Reisenden zu befördern, die von schweizerischem Gebiet nach einem der drei S.B.B.-Bahnhöfe des deutschen Gebiets oder von einem der drei S.B.B.-Bahnhöfe des deutschen Gebiets nach dem schweizerischen Gebiet reisen. In den Fällen, in denen sich die Bestimmung, dass Reisende, die von schweizerischem Gebiet nach einem der drei S.B.B.-Bahnhöfe des deutschen Gebiets reisen, im Zugteil 2 zu befördern sind, nicht durchführen lässt, hat ihre Beförderung im Zugteil 1 zu erfolgen.

(3) Im Zugteil 3 der Personenzüge sind die Reisenden zu befördern, die lediglich innerhalb des früheren Ausschlussgebiets reisen. Dieser Zugteil muss die Grenze bei der Ein- und Ausfahrt leer überschreiten. Das aufgegebene Gepäck der Reisenden dieses Zugteils ist getrennt von dem Gepäck der Reisenden der Zugteile 1 und 2 zu lagern.

(4) Das Personal beider Staaten wird dafür sorgen, dass die in einem der drei Zugteile untergebrachten Reisenden nicht mit den Reisenden anderer Zugteile verkehren können.

Artikel 5.

Reisende, die das deutsche Gebiet ohne Aufenthalt (Artikel 2) oder ohne Fahrtunterbrechung (Artikel 4 Abs. 1) durchfahren, dürfen mit ihrem Gepäck ungehindert durchreisen und bleiben von allen Kontrollförmlichkeiten befreit, es sei denn, dass sie während der Durchfahrt durch das deutsche Gebiet ein Verbrechen oder Vergehen begehen.

Artikel 6.

(1) Durchgangsgüter müssen im Zugteil 1 der Güterzüge oder in demjenigen Abteil des Gepäckwagens der Personenzüge, in dem das eingeschriebene Gepäck der Reisenden des Zugteils 1 untergebracht ist, befördert werden. Ein Aus- oder Umladen dieser Durchgangsgüter ist auf deutschem Gebiet untersagt. Sie sind auf deutschem Gebiet von Zöllen, sonstigen Abgaben und allen Kontrollförmlichkeiten befreit. Von einer Kontrolle auf dem Gebiet der polizeilichen Ein- und Ausfuhrverbote (Veterinärkontrolle oder dgl.) wird abgesehen, solange die Verhältnisse dies zulassen.

(2) Im Ausschlussgebiet ausgeladene Güter sind der deutschen Zollstelle des Bestimmungsbahnhofs, im Ausschlussgebiet eingeladene Güter der schweizerischen Zollkontrolle auf dem ersten Bahnhof auf schweizerischem Gebiet zuzuführen. Die schweizerische Ausfuhrabfertigung findet beim zuständigen schweizerischen Grenzzollamt statt. Güter, die auf S.B.B.-Bahnhöfen des früheren Ausschlussgebiets aufgegeben werden, sind in den Güterwagen gesondert zu lagern.

(3) Stückgüter im Binnenverkehr sind getrennt von den anderen Gütern zu verladen.

Artikel 7.

Ist es infolge einer Betriebsstörung unmöglich, die Bestimmungen dieses Abschnitts einzuhalten, so wird das schweizerische Bahnpersonal unverzüglich das zuständige Zollamt verständigen.

Artikel 8.

Die Schweizerische Bundesregierung wird dafür Sorge tragen, dass die Schweizerischen Bundesbahnen dem deutschen Zolldienst die Räume und sonstigen baulichen Einrichtungen für die zollamtliche Abfertigung und für die einstweilige Niederlegung der nicht sofort abgefertigten Waren unentgeltlich zur Verfügung stellen und dass sie den sonstigen auf Grund der deutschen Zollgesetzgebung erfolgenden Anordnungen, soweit sie den Eisenbahnbetrieb betreffen, nachkommen. Sie wird ferner dafür Sorge tragen, dass die Schweizerischen Bundesbahnen die im § 6 Abs. 1 der deutschen Eisenbahnzollordnung vorgesehene Haftung, solange die Zollböden nicht unter Mitverschluss der deutschen Zollbehörden gelegt werden können, übernehmen, sowie die in § 13 Abs. 3 der deutschen Eisenbahnzollordnung enthaltene Verpflichtung zu unentgeltlicher Beförderung der mit der Überwachung des Eisenbahnverkehrs und der Eisenbahnzollstellen betrauten Oberbeamten der Zollverwaltung.

Artikel 9.

Dienstgut der Schweizerischen Bundesbahnen, d. h. das Material zur Erstellung, Instandhaltung und zum Betrieb der Bahnanlagen und der Bahnlinie, sowie dienstliche Drucksachen bleiben, wenn die Zweckbestimmung der Dienstgüter und Dienstgegenstände keinem Zweifel unterliegt, bei der Verbringung nach dem früheren Ausschlussgebiet von Zöllen und sonstigen Abgaben befreit. Die erwähnten Dienstgüter und Dienstgegenstände dürfen frei von Zöllen und sonstigen Abgaben wieder nach der Schweiz ausgeführt werden.

Artikel 10.

Den nach den S. B. B.-Bahnhöfen Altenburg-Rheinau, Jestetten und Lottstetten versetzten Beamten der Schweizerischen Bundesbahnen wird für das Umzugsgut, soweit es sich um gebrauchte Gegenstände zur eigenen Benutzung handelt, Befreiung von Zöllen und sonstigen Abgaben gewährt.

Artikel 11.

Die Organe der Schweizerischen Bundesbahnen und die beiderseitigen Zollverwaltungen sind verpflichtet, jedem Missbrauch der vorstehend erwähnten Erleichterungen entgegenzutreten. Wenn dennoch durch das Verhalten der Reisenden oder aus sonstigen Gründen die deutschen Interessen gefährdet werden sollten, behält sich die Deutsche Regierung vor, Massnahmen zu treffen, die von den Bestimmungen des Abschnitts I abweichen. Sie wird in diesem Falle die Schweizerische Regierung unverzüglich von den getroffenen Massnahmen in Kenntnis setzen und sich mit ihr über die zu wählende Neuregelung verständigen.

Artikel 12.

Das zum Zweck der Zollüberwachung mitfahrende deutsche und schweizerische Personal wird durch die Schweizerischen Bundesbahnen auf der Strecke zwischen Neuhausen und Rafz unentgeltlich befördert.

Artikel 13.

(1) Im Zwischenauslandsverkehr zwischen dem früheren Ausschlussgebiet und dem übrigen Deutschland dürfen die deutschen Ausgangszollämter (Altenburg-Rheinau, Jestetten, Lottstetten, Singen, Gottmadingen, Erzingen, Schaffhausen und Bietingen) das Handgepäck der Reisenden, die aus dem früheren Ausschlussgebiet über schweizerisches Gebiet nach Deutschland oder aus Deutschland über schweizerisches Gebiet nach dem früheren Ausschlussgebiet reisen, unter deutschen Einzelzollverschluss oder Sammelzollverschluss legen.

(2) Über die Einzelheiten des Verfahrens werden sich die beiderseitigen Zollverwaltungen verständigen.

Artikel 14.

Bis zum 14. Mai 1936 gilt aus fahrplantechnischen Gründen das am 1. Oktober 1935 im gegenseitigen Einvernehmen eingeführte Verfahren.

Abschnitt II.

Bahnpostverkehr.

Artikel 15.

(1) Für den Postverkehr zwischen den deutschen Postanstalten im früheren Ausschlussgebiet und den schweizerischen Bahnposten der Strecke Schaffhausen-Eglisau, insbesondere für den Postaustausch an den Zügen, das Geschlossenhalten der Briefeinwürfe der Bahnpostwagen auf deutschem Gebiet, das Verbot des unmittelbaren Austausches von Privatsendungen zwischen Publikum und schweizerischem Postbegleitpersonal, die Verpflichtung desselben bei der Überführung der Posten über die Grenze, die zur Sicherung der Zollinteressen bestehenden Vorschriften zu beachten, gelten die jeweils zwischen den Postverwaltungen der vertragschliessenden Staaten geschlossenen Abkommen (zur Zeit das Übereinkommen von Bregenz vom 12. August 1900).

(2) Unbeschadet dieser jeweiligen Bestimmungen müssen die Eisenbahnbriefkästen der Züge mit Aufenthalt während der Durchfahrt durch das deutsche Gebiet im Zoll- und Deviseninteresse geschlossen gehalten werden.

(3) Die im früheren Ausschlussgebiet nach der Schweiz aufgegebenen Pakete werden nach dem schweizerischen Postzollamt in Schaffhausen über Singen am Hohentwiel befördert und dort zollamtlich behandelt.

Artikel 16.

(1) Die in den Bahnpostwagen mitfahrenden schweizerischen Postbeamten und die den Postbegleitungsdienst im Bahngepäckwagen besor-

genden Post- und Bahnbeamten dürfen nur mit den deutschen Postbeamten und mit den S. B. B.-Beamten und nur zur Erledigung des Post- und Bahnverkehrs in Verbindung treten; jeder unmittelbare Verkehr mit dem Publikum auf den Bahnhöfen des deutschen Gebiets ist dem schweizerischen Postbegleitungspersonal verboten.

(2) Unter diesen Voraussetzungen bleibt das in den Zügen dienstlich mitfahrende schweizerische Postpersonal von der Zoll- und Devisenkontrolle befreit. Die Bahnpostwagen und die in diesen oder im Bahngepäckwagen mitgeführten Postsachen des nichtdeutschen Verkehrs unterliegen keinerlei Kontrolle.

Artikel 17.

(1) Die Vorstände der S. B. B.-Bahnhöfe in Altenburg-Rheinau, Jestetten und Lottstetten sind berechtigt, ihre an schweizerische Amtsstellen der Bundesbahnen gerichteten dienstlichen Briefe und Sendungen ohne Vermittlung der deutschen Postverwaltung und ohne Kontrolle seitens der deutschen Behörde dem schweizerischen, im Zuge fahrenden Personal zur Beförderung zu übergeben und ebenso solche dienstlichen Briefe und Sendungen entgegenzunehmen.

(2) Solange die schweizerischen Zollämter im früheren Ausschlussgebiet bestehen werden, bleibt der Brief-, Paket- und Geldverkehr dieser Stellen mit anderen Zollstellen in der Schweiz von allen Kontrollförmlichkeiten befreit und kann durch Vermittlung der die Züge begleitenden Grenzwächter erfolgen.

Abschnitt III.

Strassenverkehr.

Artikel 18.

Für den Durchgangsverkehr werden von der Deutschen Regierung, soweit er auf den Landstrassen der Gemarkungen Jestetten, Altenburg und Lottstetten stattfindet, Erleichterungen nach Massgabe der Artikel 19 bis 21 gewährt werden, wobei die Durchführung der Devisenkontrolle in entgegenkommender Weise gehandhabt wird.

Artikel 19.

(1) Zur Vereinfachung der Warenabfertigung sollen die Abfertigungspapiere des einen Staates, soweit tunlich, auch von dem anderen Staat verwendet werden können.

(2) Die Hinterlegung einer Zollsicherheit wird von den als zuverlässig bekannten Warenführern nicht verlangt werden.

(3) Die von den Zollbehörden des einen Staates angelegten Zollverschlüsse werden von den Zollbehörden des anderen Staates anerkannt werden.

(4) Der Verkehr bleibt von der statistischen Anmeldung und der statistischen Gebühr befreit.

Artikel 20.

(1) Wenn Kraftfahrzeuge ohne Zollpassierschein (Triptyk oder Carnet) die Grenze überschreiten, so wird dem Antragsteller, falls Missbräuche nicht zu besorgen sind, gebührenfrei und ohne Sicherheitsleistung eine Durchfahrtsbewilligung von der deutschen Eingangszollstelle ausgestellt, sofern er sich verpflichtet, nur die Gemarkungen Jestetten, Altenburg und Lottstetten zu befahren und innerhalb von acht Stunden wieder auszureisen.

(2) Die Durchfahrtsbewilligung ist der deutschen Ausgangszollstelle abzugeben.

Artikel 21.

(1) Die Durchfuhr von lebenden Tieren und von tierischen Teilen einschliesslich Fleisch und Fleischwaren, über die Gemarkungen Jestetten, Lottstetten und Altenburg wird ohne grenztierärztliche Untersuchung gestattet, wenn sie unter Zollkontrolle auf Fahrzeugen erfolgt und der Warenführer sich verpflichtet, die Durchfuhr ohne Aufenthalt zu bewerkstelligen.

(2) Es bleibt ferner die Bespannung von Fuhrwerken im Durchgangsverkehr über die erwähnten Gemarkungen von einer grenztierärztlichen Untersuchung befreit, wenn es sich um Einhufer handelt.

(3) Die vorstehenden Vergünstigungen können jederzeit aufgehoben werden, wenn die Seuchenlage es erfordert.

Artikel 22.

Die Mannschaften von Feuerwehren dürfen zur Hilfeleistung bei Bränden die Grenze an jeder Stelle und zu jeder Zeit ohne Pass oder die für den Grenzübertritt an sich erforderlichen Passersatzpapiere überschreiten. Die mitgeführten Geräte, Fahrzeuge und Gespanne, einschliesslich des erforderlichen Futters für die Tiere sowie der erforderlichen Betriebsstoffe für die Fahrzeuge, sind vom Zoll und allen Zollförmlichkeiten unter der Bedingung befreit, dass die Geräte, Fahrzeuge und Gespanne, einschliesslich des nicht verbrauchten Futters und der nicht verbrauchten Betriebsstoffe, nach Beendigung der Hilfeleistung wieder ausgeführt werden.

Artikel 23.

Die beiderseitigen Zollbehörden werden zusammenarbeiten, um Missbräuche jeder Art während der Durchfuhr zu verhindern. Sie werden sich bei Nachforschungen nach dem Verbleib von Durchfuhrsendungen und Fahrzeugen gegenseitig unterstützen.

Abschnitt IV.

Passbestimmungen.

Artikel 24.

(1) Auf die passtechnische Behandlung des Verkehrs zwischen dem früheren Ausschlussgebiet und der Schweiz finden ausser den allgemeinen

Passvorschriften die für den kleinen Grenzverkehr jeweils geltenden deutschen und schweizerischen Bestimmungen Anwendung.

(2) Die Grenzübergangsstellen und die Grenzübertrittszeiten werden entsprechend den Verkehrsbedürfnissen durch die zuständigen deutschen und schweizerischen Polizei- und Zollbehörden im beiderseitigen Einvernehmen festgesetzt.

(3) Für die Bedürfnisse der Land- und Forstwirtschaft, für die Ausübung der Jagd und der Fischerei sowie in sonst berücksichtigungswerten Fällen kann der Grenzübertritt an anderen als den allgemein amtlich zugelassenen Grenzübergangsstellen und ausserhalb der allgemein amtlich zugelassenen Grenzübertrittszeiten gestattet werden. Diese besonderen Grenzübergangsstellen und Grenzübertrittszeiten werden von den zuständigen deutschen und schweizerischen Polizei- und Zollbehörden im beiderseitigen Einvernehmen unter Berücksichtigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Bedürfnisse im Einzelfall bestimmt. Die gewährte Vergünstigung ist entweder in dem Grenzausweis der begünstigten Person zu vermerken oder besonders zu bescheinigen.

Artikel 25.

Für die passtechnische Behandlung der im früheren Zollausschlussgebiet um Jestetten tätigen schweizerischen Beamten gelten die Bestimmungen des am 1. Oktober 1923 in Kraft getretenen deutsch-schweizerischen Abkommens über den Grenzübertritt der im Grenzdienst zwischen Deutschland und der Schweiz amtlich tätigen beiderseitigen Beamten und Angestellten des Bahn-, Post- und Zolldienstes.

Artikel 26.

(1) Kraftfahrzeugreisenden, die sich nicht im Besitz eines Passes oder eines für den Grenzübertritt an sich erforderlichen Passersatzpapiers befinden, kann unter Befreiung vom Passzwang die Durchfahrt durch die Gemarkungen Altenburg, Jestetten und Lottstetten und ein Aufenthalt von acht Stunden in diesen Gemarkungen gestattet werden, wenn im Einzelfall Bedenken nicht bestehen.

(2) Die Reisenden erhalten von der deutschen Grenzeingangsstelle gebührenfrei folgende Bescheinigung in doppelter Ausfertigung:

„Durchreiseschein Nr. .....

Herr
Frau .....
Fräulein

ist berechtigt, unter Befreiung vom Passzwang die Gemarkungen Altenburg, Jestetten und Lottstetten im Kraftfahrzeug zu durchfahren und sich in diesen Gemarkungen für die Dauer von höchstens acht Stunden, d. h. bis ..... Uhr aufzuhalten.

Die Ausfahrt hat während der zugelassenen Grenzübergangszeiten über eine der nachstehenden Grenzübergangsstellen zu erfolgen: Jestet-

ten-Wangental, Jestetten-Frankengraben, Jestetten-Hardt, Altenburg-Nol, Altenburg-Rheinbrücke, Nack, Lottstetten.

Der Missbrauch dieser Bescheinigung wird strafrechtlich verfolgt.

....., den ..... 19.....

Dienststelle

Stempel"

(3) Der Inhaber hat die eine Ausfertigung des Durchreisescheins an die deutsche Grenzausgangsstelle und die andere Ausfertigung an die schweizerische Grenzeingangsstelle abzugeben.

(4) Die Wiedereinreise derartiger Personen in die Schweiz ist in jedem Fall gestattet.

(5) Die Vorschriften des Artikels 23 finden sinngemäss Anwendung.

(6) Die Regierungen der vertragschliessenden Teile behalten sich vor, die vorstehende Regelung unverzüglich gemeinsam nachzuprüfen, wenn sich wesentliche Unzuträglichkeiten ergeben.

Abschnitt V.

Zahlungs- und Devisenverkehr.

Artikel 27.

a) Einfuhr von Handelswaren schweizerischen Ursprungs in das frühere Ausschlussgebiet.

(1) Die Bezahlung von Handelswaren schweizerischen Ursprungs, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens in das frühere Ausschlussgebiet eingeführt und dort verbraucht werden, wird bis zum Betrage von 20 000 Schweizer Franken monatlich im Wege des deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs zugelassen. Vorgriffe auf einen folgenden Monat können innerhalb eines Kalendervierteljahres zugelassen werden, wenn ein besonderes Bedürfnis hierfür vorliegt. Umgekehrt sind in einem Monat nicht ausgenützte Beträge bis zum Ende des Kalenderjahres auf den folgenden Monat übertragbar.

(2) Die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens aufgelaufenen Rückstände aus der Lieferung von Handelswaren schweizerischen Ursprungs in das frühere Ausschlussgebiet dürfen im Wege des deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs bezahlt werden.

(3) Die Überweisungen nach Abs. 1 und 2 erfolgen im Rahmen der in Artikel 2 der Vereinbarungen über Verrechnung im deutsch-schweizerischen Warenverkehr (Warenzahlungsabkommen) vom 17. April 1935*) zur Bezahlung schweizerischer Waren vorgesehenen Gesamtwertgrenze, jedoch ohne Anrechnung auf die in Artikel 4 daselbst für die einzelnen Waren vereinbarten Wertgrenzen.

b) Einfuhr von Handelswaren nichtschweizerischen Ursprungs in das frühere Ausschlussgebiet.

(4) Die bei der Klettgauer Bank in Jestetten anfallenden, frei verfügbaren Schweizerfrankenbeträge werden bis zur Höhe von monatlich

*) V. ci-dessus, No. 100.

4 500 Schweizer Franken zur Bezahlung von Handelswaren nichtschweizerischen Ursprungs freigegeben, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens in das frühere Ausschlussgebiet eingeführt und dort verbraucht werden.

(5) Die darüber hinaus in gleicher Weise anfallenden Schweizerfrankenbeträge werden zur Abtragung der Rückstände freigegeben, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens aus der Einfuhr von Handelswaren nichtschweizerischen Ursprungs in das frühere Ausschlussgebiet entstanden sind. Soweit die nach Abs. 4 erteilte Genehmigung zur Bezahlung neuer Wareneinfuhren nicht ausgenützt wird, werden die dadurch frei gewordenen Beträge ebenfalls zur Abdeckung der Rückstände verwendet.

c) Zollamtliche Abfertigug bei der Einfuhr von Handelswaren in das frühere Ausschlussgebiet.

(6) Die deutschen Grenzzollämter im früheren Ausschlussgebiet werden Handelswaren, die zum Verbleib (Ver- oder Gebrauch) im früheren Ausschlussgebiet bestimmt sind, zur Einfuhr nur zulassen, wenn bei der Abfertigung eine Bestätigung der Klettgauer Bank vorgelegt wird, dass die Bezahlung der Waren im Rahmen der vorstehenden Bestimmungen möglich ist. Diese Bestätigung ersetzt gegebenenfalls die nach den allgemeinen Bestimmungen vorgeschriebene Devisenbescheinigung. Für die Handelswaren, die nicht zum Verbleib im früheren Ausschlussgebiet bestimmt sind, gelten die allgemeinen Bestimmungen.

Artikel 28.

(1) Die Deutsche Regierung wird dafür Sorge tragen, dass die Beamten der schweizerischen Dienststellen auf den S. B. B.-Bahnhöfen Altenburg-Rheinau, Jestetten und Lottstetten die ihnen als Entgelt für ihre dienstliche Tätigkeit ausgezahlten Beträge zur Bestreitung ihrer persönlichen und sachlichen Unkosten verwenden dürfen und dass sie diese Beträge, soweit sie nicht zur Bestreitung solcher Unkosten erforderlich sind, unbehindert nach der Schweiz ausführen können. Die Ausfuhrerlaubnis gilt nicht für Reichsmarknoten.

(2) Die zuständigen deutschen Stellen werden auf Antrag die devisenrechtlichen Genehmigungen dazu erteilen, dass die schweizerischen Kreditinstitute ihre Forderungen aus Krediten an Bewohner des früheren Ausschlussgebiets und die bei ihnen unterhaltenen Guthaben solcher Bewohner auf eine deutsche Bankanstalt übertragen dürfen. Die Durchführung im einzelnen bleibt den dafür zuständigen Behörden und Stellen überlassen.

Abschnitt VI.

Einfuhr- und Zollerleichterungen im Warenverkehr.

Artikel 29.

(1) Zur Förderung des Warenaustausches zwischen dem früheren Ausschlussgebiet und der Schweiz werden die vertragschliessenden Teile folgende Erleichterungen zugestehen:

A. Von seiten der Schweiz.

Die Schweiz wird die Vergünstigungen weitergewähren, die vor der Einbeziehung des Ausschlussgebiets in das deutsche Zollgebiet für Waren des früheren Ausschlussgebiets gewährt worden sind.

B. Von seiten Deutschlands.

Deutschland wird folgende Zollvergünstigungen gewähren:

Warengattung	Jahresmenge (Kalenderjahr)	Zollsatz in RM für 1 dz
a) Mehl, Tarifnr. 162	400 dz	10
b) Teigwaren, Tarifnr. 200 . . .	150 dz	frei
c) Zement, Tarifnr. 230	4000 dz	frei
d) Mauersteine, Tarifnr. 713/714 .	1500 dz	frei
e) Dachziegel, Tarifnr. 717 . . .	20 dz	frei
f) Obstwein und in Gärung begriffener Obstmost, aus Tarifnr. 183, in Behältnissen bei einem Raumgehalt von 15 l oder mehr	200 dz	frei
g) Wein von Trauben mit natürlichem Weingeistgehalt und frischer Most von Trauben, aus Tarifnr. 180, in Behältnissen bei einem Raumgehalt von 50 l oder mehr	50 dz	frei
h) Käse, Tarifnr. 135	15 dz	12
i) Gemeine weiche Schmierseife, aus Tarifnr. 254, in Fässern oder anderen größeren Behältnissen	10 dz	2
k) Feste Seife in Riegeln, aus Tarifnr. 256	10 dz	7,50
l) Kleie, Tarifnr. 192	350 dz	frei
m) Weizen, Tarifnr. 2	1000 dz	frei

(2) Diese Zollvergünstigungen werden nur für Waren schweizerischen Ursprungs gewährt, die im früheren Ausschlussgebiet verbraucht werden. Die Zollvergünstigung zu m wird ferner nur gewährt für Futterweizen, sie hat aber nicht zur Voraussetzung, dass es sich um Weizen schweizerischen Ursprungs handelt; er muss jedoch schweizerischer Herkunft sein.

(3) Wer Waren der Gruppen a bis m zollbegünstigt einführen will, bedarf hierzu eines Kontingentsscheins des Hauptzollamts Waldshut nach näherer Bestimmung des Landesfinanzamts Karlsruhe. Bei den Waren zu l) und m) wird der Kontingentsschein durch die auf eine bestimmte Menge lautende, schriftliche Genehmigung der „Reichsstelle

für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse" ersetzt, die vor ihrer Ausnutzung mit einem Sichtvermerk des Hauptzollamts Waldshut versehen sein muss. Zur Ausnutzung des Kontingents zu h bedarf es der Vorlegung eines Übernahmescheins nicht.

Abschnitt VII.

Besondere und Schlussbestimmungen.

Artikel 30.

Sollten sich bei der Durchführung des Abkommens Schwierigkeiten ergeben, so werden zunächst die Beauftragten der beiderseitigen zuständigen örtlichen Behörden unmittelbar ins Benehmen treten. Fragen von nicht grundsätzlicher Bedeutung, die sich dabei ergeben, sollen durch diese Beauftragten unmittelbar erledigt werden können.

Artikel 31.

Falls es sich nach den Erfahrungen bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens als angezeigt erweisen sollte, werden sich die Regierungen der vertragschliessenden Teile über Änderungen oder Ergänzungen dieses Abkommens verständigen, und zwar auf dem Wege eines einfachen Schriftwechsels, soweit solche Änderungen oder Ergänzungen dem Gegenstand nach nicht der Zustimmung der gesetzlichen Stellen bedürfen.

Artikel 32.

(1) Die Schweizerische Regierung wird aus der im Vertrage zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz, betreffend die Einrichtung schweizerischer Nebenzollämter bei den auf badischem Gebiet belegenen Stationen Altenburg, Jestetten und Lottstetten der schweizerischen Eisenbahnlinie Eglisau-Schaffhausen und die schweizerische Zollabfertigung am Grenzacherhorn, vom 5. Dezember 1896*) enthaltenen Verpflichtung, im früheren Ausschlussgebiet drei Zollämter zu unterhalten, entlassen.

(2) Artikel IV des im Absatz 1 erwähnten Vertrags gilt sinngemäss für die im früheren Ausschlussgebiet tätigen Bediensteten der Schweizerischen Bundesbahnen.

Artikel 33.

(1) Dieses Abkommen nebst dem anliegenden Schlussprotokoll soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Bern ausgetauscht werden. Das Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Die vertragschliessenden Teile werden es jedoch vor der Ratifikation mit Wirkung vom 1. Februar 1936 ab vorläufig anwenden.

(2) Das Abkommen bleibt so lange in Kraft, bis es von einem der vertragschliessenden Teile mit dreimonatiger Frist gekündigt wird. In jedem Falle bleiben die Bestimmungen des Abschnitts I bis zur nächsten

*) V. N.R.G. 2. XXIII, p. 421; XXV, p. 71.

Fahrplanänderung (15. Mai oder 15. Oktober) in Geltung. Erfolgt die Kündigung aus Gründen, die mit der Regelung in Abschnitt I des Abkommens zusammenhängen, so wird der kündigende Teil die Kündigung so rechtzeitig vorher dem anderen Teil anmelden, dass es möglich ist, sich vor dem Ausserkrafttreten der Bestimmungen des Abschnitts I über die zu wählende Neuregelung zu verständigen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen und das Schlussprotokoll unterzeichnet.

Geschehen in doppelter Ausfertigung zu Heidelberg am 15. Januar 1936.

Ernst.
Häusermann.

Schlussprotokoll.

Zu Artikel 1 bis 32.

(1) Es besteht Einverständnis darüber, dass als früheres Zollausschlussgebiet um Jestetten das in die Schweiz hineinragende deutsche Gebiet anzusehen ist, das vom deutschen Zollinland durch folgende Linie abgeschlossen war:

(2) Von der Schweizergrenze bei Grenzstein Nr. 247 im Bachtobel (bei dem Orte Weissweil gelegen) in südlicher Richtung bis zur Strassengabelung der Strasse Dettighofen-Bühl und Bühl-Hüntwangen-Eglisau. Von diesem Gabelpunkt aus bildete der Nordostrand der Strasse Bühl und Hüntwangen-Eglisau die Zollausschlussgrenze bis zur schweizerischen Landesgrenze bei Punkt Nr. 495.

Zu Artikel 3 Abs. 2.

Es besteht Einverständnis darüber, dass auch die Güterzüge mit Personenbeförderung nur die Zugteile 1 und 2 zu führen haben, jedoch ist für diese Züge ein Personenbinnenverkehr nur zulässig unter den Bedingungen, die für den Personenwechselverkehr gelten.

Zu Artikel 8.

Es besteht Einverständnis darüber, dass die dem deutschen Zolldienst zur Verfügung gestellten Räume auch zur Vornahme der sonst bei der Grenzabfertigung erforderlichen Kontrollen benutzt werden dürfen.

Zu Artikel 13.

Es besteht Einverständnis darüber, dass eine entsprechende Verständigung zwischen den beiderseitigen Zollverwaltungen erforderlichenfalls über die Zollbehandlung des Zwischenauslandsverkehrs stattfinden soll, der sich auf den Landstrassen abspielt.

Zu Artikel 17.

Es besteht Einverständnis darüber, dass, unbeschadet der für die Briefe und Sendungen an schweizerische Amtsstellen vorgesehenen Be-

freiung von der Kontrolle seitens der deutschen Behörde, für solche Sendungen die allgemeinen deutschen Devisenbestimmungen gelten. Danach ist zur Zeit die Ein- und Ausfuhr von Reichsmarknoten ausgeschlossen.

Zu Artikel 19.

Es besteht Einverständnis darüber, dass von der Ausstellung besonderer deutscher Zollpapiere abgesehen werden soll, wenn den deutschen Zollbehörden der vereinbarte „Ausweis für Waren schweizerischer Herkunft zur unmittelbaren Durchfuhr durch Deutschland über die Gemarkungen Jestetten, Altenburg und Lottstetten und zur zollfreien Wiedereinfuhr nach der Schweiz" in doppelter Ausfertigung vorgelegt wird.

Zu Artikel 26.

Es besteht Einverständnis darüber, dass es nicht angängig ist, vor einer allgemeinen Regelung des kleinen Grenzverkehrs in passtechnischer Hinsicht das für Kraftfahrzeugreisende ausnahmsweise zugelassene Sonderverfahren auch auf Radfahrer anzuwenden, die durch die Gemarkungen Altenburg, Jestetten und Lottstetten durchfahren. Vielmehr soll in Erwägung gezogen werden, dass für diese Radfahrer seitens der Schweiz die Tagesscheine gebührenfrei ausgestellt werden.

Zu Artikel 27.

Es besteht Einverständnis darüber, dass unter Handelswaren solche Waren zu verstehen sind, die nicht im Rahmen des deutsch-schweizerischen Abkommens vom 19. Mai 1933*) im sogenannten kleinen Grenzverkehr ein- und ausgeführt und gemäss den Ausnahmsbestimmungen im Artikel III Ziffer 5 Lit. a und IV, Ziffer 1 Lit. b des Abkommens über den deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehr vom 17. April 1935 beiderseitig ausserhalb des Verrechnungsverkehrs bezahlt werden.

Zu Artikel 28.

Es besteht Einverständnis darüber, dass eine Regelung der Devisenanbietungs- und -ablieferungspflicht der schweizerischen Beamten, die aus dienstlichen Gründen ihren ständigen Wohnsitz im früheren Ausschlussgebiet haben müssen (Zoll- und Eisenbahnbeamte), vorbehalten bleibt, da eine solche Regelung nur für alle im deutschen Grenzgebiet wohnenden schweizerischen Beamten getroffen werden kann.

Zu Artikel 29.

(1) Die Deutsche Regierung ist bereit, über die im Artikel 29 gewährten Zollvergünstigungen hinaus Mais schweizerischen oder nichtschweizerischen Ursprungs, der im früheren Ausschlussgebiet verbraucht wird, zollfrei mit Genehmigung der „Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse" einzulassen, soweit

*) V. **N.R.G.** 3. s. XXXVI, p. 584.

für die Deutsche Regierung die Möglichkeit besteht, die Bezahlung dieser Ware ausserhalb der Vereinbarung im Artikel 27 zu genehmigen.

(2) Die Deutsche Regierung wird ferner vorsehen, dass im kleinen Grenzverkehr zwischen dem früheren Ausschlussgebiet und der benachbarten schweizerischen Grenzzone im Ausschlussgebiet anfallender natürlicher Dung ohne Entrichtung von Ausfuhrzöllen ausgeführt werden darf.

(3) Die Deutsche Regierung wird schliesslich vorsehen, dass, falls die jetzt zollfreien Fleischabfälle und Grieben der Tarifnr. 161 zollpflichtig werden sollten, die für die Fischzuchtanstalten im früheren Ausschlussgebiet erforderlichen Bedarfsmengen zollfrei eingeführt werden dürfen.

Zu Artikel 30.

Es besteht Einverständnis darüber, dass zur Zeit auf schweizerischer Seite zuständig ist der Direktor des II. Zollkreises in Schaffhaufen, auf deutscher Seite der Vorsteher des Hauptzollamts Waldshut, der sich erforderlichenfalls mit dem Leiter des Bezirksamts Waldshut ins Benehmen setzt.

Heidelberg, den 15. Januar 1936.

Ernst.
Häusermann.

102.

NORVÈGE, URUGUAY.

Convention de commerce et de navigation; signée à Montevidéo, le 4 avril 1936.*)

Overenskomster med fremmede Stater 1937, No. 1.

Sa Majesté le Roi de Norvège et Son Excellence le Président de la République Orientale de l'Uruguay, également animés du désir de resserrer les liens d'amitié qui unissent la Norvège et l'Uruguay et voulant affermir et étendre les relations commerciales et maritimes entre les deux pays, ont résolu de conclure une Convention de Commerce et Navigation et ont nommé à cet effet leurs Plénipotentiaires respectifs, à savoir:

Sa Majesté le Roi de Norvège:

Monsieur Rolf Andvord, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Montévidéo;

Son Excellence le Président de la République Orientale de l'Uruguay:

Monsieur José Espalter, Docteur en droit, Son Ministre des Relations Extérieures;

---

*) Les ratifications ont été échangées à Oslo, le 12 janvier 1937.

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:

Article 1.

Les Hautes Parties Contractantes consentent à s'accorder réciproquement le traitement inconditionnel et illimité de la nation la plus favorisée pour tout ce qui concerne les droits de douane et tous droits accessoires, le mode de perception des droits, ainsi que pour la classification et l'interprétation des tarifs et pour les règles, formalités et charges auxquelles les opérations de dédouanement pourraient être soumises.

Article 2.

En conséquence les produits naturels ou fabriqués, originaires de l'une des Parties Contractantes ne seront d'aucune manière assujettis, dans la matière susvisée, à leur importation dans l'autre pays, à des droits, taxes ou charges autres ou plus élevés ni à des règles et formalités autres ou plus onéreuses que ceux auxquels sont ou seront assujettis les produits de même nature ou similaires d'un pays tiers quelconque.

Article 3.

De même, les produits naturels ou fabriqués exportés du territoire de l'une des Parties Contractantes à destination du territoire de l'autre Partie ne seront pas assujettis, dans la matière susvisée, à des droits, taxes ou charges autres ou plus élevés ni à des règles ou formalités autres ou plus onéreuses que ceux auxquels sont ou seront assujettis les produits de même nature destinés au territoire d'un autre pays quelconque.

Article 4.

Tous les avantages, faveurs, privilèges et immunités qui ont été ou seront accordés à l'avenir par l'une des deux Parties Contractantes, dans la matière susdite, aux produits naturels ou fabriqués originaires d'un autre pays quelconque, seront immédiatement et sans compensation appliqués aux produits de même nature ou similaires originaires de l'autre Partie Contractante ou destinés au territoire de cette Partie.

Article 5.

Sont exceptées, toutefois, des engagements formulés dans les Articles précédents, les faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à des Etats limitrophes pour faciliter le trafic frontière n'excédant en général pas les 15 kilomètres des deux côtés de la frontière, ainsi que celles résultant d'une union douanière déjà conclue ou qui pourrait être conclue à l'avenir par l'une des Parties Contractantes.

Article 6.

Sont exceptées, également, les faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement par une des Parties Con-

tractantes à des Etats limitrophes pour les produits naturels ou fabriqués de ces pays.

Il est convenu que cette exception, pour ce qui concerne la Norvège, est applicable au Danemark, à la Finlande et à la Suède, et en ce qui concerne l'Uruguay, à l'Argentine, la Bolivie, le Brésil et le Paraguay.

Article 7.

Chacune des Hautes Parties Contractantes accordera à la navigation de l'autre, sous tous les rapports, un traitement aussi favorable que celui accordé à la navigation de la nation la plus favorisée.

Article 8.

La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés à Oslo le plus tôt possible. Elle entrera en vigueur quinze jours après l'échange des ratifications.

Article 9.

La Convention est conclue pour la durée d'un an à compter du jour de l'entrée en vigueur.

Cependant, si elle n'est pas dénoncée trois mois avant l'expiration de ce délai, elle sera considérée comme prolongée pour une période indéterminée. Dans ce cas, elle pourra être dénoncée à tout moment moyennant préavis de trois mois.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires sus-nommés ont signé la présente Convention en deux exemplaires, en langue française, et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Montévidéo, le quatre avril mil neuf cent trente-six.

Rolf Andvord.
José Espalter.

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature de la présente Convention entre le Royaume de Norvège et la République Orientale de l'Uruguay, les Plénipotentiaires sont convenus de la disposition suivante qui fera partie intégrante de la Convention elle-même:

Il est entendu que, pour tout ce qui concerne le fournissement de devises, le traitement inconditionnel et illimité de la nation la plus favorisée sera réciproquement accordé par le Royaume de Norvège et la République Orientale de l'Uruguay, exception faite pour le traitement de faveur que l'Uruguay a concédé ou concédera à l'avenir en la matière aux Etats de l'Amérique du Sud.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires dûment autorisés des pays respectifs ont signé le présent Protocole, à Montévidéo, le quatre avril mil neuf cent trente-six.

Rolf Andvord.
José Espalter.

Montévidéo, le 4 avril 1936.

Monsieur le Ministre,

A l'occasion de la signature du Traité de Commerce et de Navigation d'aujourd'hui entre la Norvège et la République Orientale de l'Uruguay, j'ai l'honneur de prier Votre Excellence de vouloir bien me confirmer que l'Uruguay appliquera aux conserves de poissons de l'espèce „clupea Sprattus" et „clupea Harengus" („brisling" ou „sild") venant de la Norvège le traitement douanier et les autres facilités d'importation, accordés aux conserves de sardines de n'importe quel tiers pays.

Je saisis cette occasion, Monsieur le Ministre, pour renouveler les assurances de ma plus haute considération.

Rolf Andvord.

Son Excellence Monsieur le Docteur José Espalter, Ministre des Affaires Etrangères.

Montevideo, 4 de abril de 1936.

Señor Ministro:

Tengo el honor de acusar recibo de la nota de fecha de hoy, por la que Vuestre Excelencia tiene a bien solicitar que, en ocasión de la firma de la Convención de Comercio y Navegación entre nuestros dos países, le confirme que el Uruguay aplicará a las conservas de pescado de la especie „clupea Sprattus" y „clupea Harengus" (brisling o sild), procedentes de Noruega, el tratamiento aduanero y las otras facilidades de importación, acordados a las conservas de sardinas de cualquier otro país.

En respuesta, cúmpleme significar a Vuestra Excelencia que, mientras se halle en vigor la Convención que hemos suscrito con esta misma fecha, el Uruguay dará a las especies indicadas el tratamiento y las facilidades en cuestión.

Reitero al Señor Ministro las seguridades de mi alta consideración.

José Espalter.

A Su Excelencia el señor Rolf Andvord, Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de Noruega.

103.

NORVÈGE, BRÉSIL.

Accord commercial provisoire; conclu par un Echange de Notes signées à Rio de Janeiro, le 27 juillet 1936.

Overenskomster med fremmede Stater 1937, No. 1.

Légation de Norvège.

Rio de Janeiro, le 27 juillet 1936.

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de communiquer à Votre Excellence que le Gouvernement Norvégien ayant, comme le Gouvernement Brésilien, reconnu l'intérêt réciproque de nos deux pays à continuer pendant quelque temps encore les négociations commerciales actuelles en vue d'un Accord commercial définitif entre la Norvège et les Etats-Unis du Brésil, et désireux de ne provoquer, après le 31 du mois courant, aucune rupture dans la continuité des relations commerciales entre nos deux pays, approuve que celles-ci, en attendant la signature du futur Accord sus-mentionné, soient maintenues sous le régime actuel et réglées par un Accord provisoire sur les bases suivantes:

Article 1.

Le Gouvernement Norvégien et le Gouvernement Brésilien s'accordent réciproquement le traitement douanier de la nation la plus favorisée, inconditionnel et illimité, à l'exception des faveurs accordées aux Etats limitrophes ou à un pays tiers en vertu d'une union douanière et des concessions spéciales accordées ou qui pourraient être accordées par la Norvège au Danemark ou à la Suède ou à ces deux pays.

Article 2.

Les deux Pays Contractants sont d'accord pour ne pas modifier le traitement réciproque de la nation la plus favorisée qu'ils s'accordent actuellement pour ce qui concerne leurs navires de commerce respectifs et le paiement réciproque des créances commerciales présentes et futures.

Article 3.

Le Gouvernement Norvégien déclare que l'importation des produits brésiliens en Norvège n'est assujettie à aucune restriction, soit quantitative, soit de paiement, exception faite, toutefois, pour les importations de café, lesquelles, jusqu'à nouvel ordre, resteront soumises au régime de contingentement institué pour faciliter l'importation de la quote-part additionnelle de café brésilien en vue de la liquidation de créances norvégiennes congelées au Brésil, étant bien entendu que le Gouvernement Norvégien pourra décider d'abroger ledit régime de contingentement lorsque cette liquidation sera terminée. En tout cas, tant que

le présent Accord sera maintenu en vigueur, le régime de contingentement des importations de café en Norvège ne sera pas pratiqué dans le but de réduire les importations normales de café du Brésil, telles que celles-ci ont été fixées au paragraphe 3 de l'échange de notes du 28 septembre 1935.

Le Gouvernement Brésilien déclare de son côté que l'importation des produits norvégiens au Brésil n'est assujettie à aucune restriction, soit quantitative, soit de paiement.

Article 4.

Le Gouvernement Brésilien continuera à appliquer aux conserves de poissons de l'espèce „clupea sprattus" et „clupea harengus" („brisling" ou „sild") le traitement douanier et les autres facilités d'importation au Brésil accordées aux conserves de sardines de n'importe quel tiers pays.

Article 5.

Le présent Accord provisoire restera en vigueur jusqu'à la conclusion de l'Accord commercial définitif actuellement en cours de négociation entre les deux pays, mais il pourra être dénoncé par l'une ou l'autre des deux Parties Contractantes moyennant préavis de quinze jours.

Je profite de cette occasion pour Vous renouveler, Monsieur le Ministre, les assurances de ma très haute considération.

C. F. Sandberg.

Son Excellence Monsieur le Dr. José Carlos de Macedo Soares,
Ministre des Relations Extérieures, etc., etc., etc.

Ministerio das Relações Exteriores,
Rio de Janeiro.

Em 27 de Julho de 1936.

Senhor Ministro,

Tenho a honra de communicar a Vossa Excellencia que o Governo brasileiro, tendo reconhecido, como o Governo norueguez, o interesse reciproco de continuarem durante mais algum tempo as actuaes negociações para um accordo commercial definitivo entre o Brasil e a Noruega, e não desejando provocar, depois do dia 31 do mez corrente, nenhuma solução de continuidade nas relações commerciales entre os dois paizes, concorda em que estas, até a assignatura do futuro accordo acima mencionado, sejam mantidas no regimen actual e reguladas por um accordo provisorio dentro das bases seguintes:

Art. 1º.

O Governo brasileiro e o Governo norueguez continuam a conceder um ao outro o tratamento aduaneiro incondicional e illimitado da nação mais favorecida, exceptuandose os favores concedidos aos Estados limi-

trophes ou em virtude de União aduaneira, e as concessões especiaes concedidas ou que possam ser concedidas pela Noruega á Dinamarca ou á Suecia ou a esses dois paizes.

Art. 2º.

Os dois paizes contractantes concordam em não alterar o tratamento reciproco da nação mais favorecida que se concedem actualmente no que diz respeito á sua marinha mercante e ao pagamento reciproco dos creditos commerciaes presentes e futuros.

Art. 3º.

O Governo norueguez declara que a importação no seu territorio de productos brasileiros não está submettida a nenhuma restricção, seja quantitativa, seja de pagamento, com excepção do café, que foi contingentado para facilitar a importaçãoda quota addicional do café brasileiro destinado á liquidação dos creditos commerciaes norueguezes atrazados no Brasil, medida essa que o Governo norueguez poderá revogar logo que termine a liquidação dos referidos congelados. Durante a duração do presente accordo, o regimen de regulamentação das importações de café na Noruega não será em nenhum caso posto em pratica com o fim de reduzir as importações normaes de café brasileiro, fixadas no paragrapho 3 da troca de notas de 28 de Setembro de 1935. O Governo brasileiro declara, por sua vez, que a importação no seu territorio de productos norueguezes, não está submettida a nenhuma restricção, seja quantitativa, seja de pagamento.

Art. 4º.

O Governo brasileiro continuará a applicar ás conservas de peixe do typo „clupea sprattus" e „clupea harengus" („brisling" ou „sild") o tratamento aduaneiro e as demais facilidades de importação no Brasil concedidas ás conservas de sardinha procedentes de qualquer outro paiz.

Art. 5º.

O presente accordo provisorio vigorará até a conclusão do accordo commercial definitivo actualmente em negociações entre os dois paizes, mas poderá ser denunciado por qualquer das duas Altas Partes Contractantes, mediante aviso prévio de quinze dias.

Aproveito a opportunidade para renovar a Vossa Excellencia os protestos da minha alta consideração.

José Carlos de Macedo Soares.

A Sua Excellencia o Senhor Carl Ferdinand Sandberg, Enviado Extraordinario e Ministro Plenipotenciario de Sua Majestade o Rei da Noruega.

104.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, GUATÉMALA.

Convention de commerce; signée à Guatémala, le 24 avril 1936.*)

Executive Agreement Series, No. 92.

The President of the United States of America and the President of the Republic of Guatemala, being desirous of strengthening the bonds of friendship between the two countries by maintaining the principle of equality of treatment as the basis of commercial relations and by granting mutual and reciprocal concessions for the promotion of trade, have, through their respective Plenipotentiaries, arrived at the following Agreement:

Article I.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I**) annexed to this Agreement and made a part thereof, shall, on their importation into the Republic of Guatemala, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of the Republic of Guatemala in force on the day of the signature of this Agreement.

El Presidente de la República de Guatemala y el Presidente de los Estados Unidos de América, deseosos de estrechar los vínculos de amistad entre ambos países por el mantenimiento del principio de igualdad de trato como base de relaciones comerciales y por la concesión de ventajas mutuas y recíprocas para la promoción del comercio, han llegado por medio de sus respectivos Plenipotenciarios al siguiente Convenio:

Artículo I.

Los artículos cultivados, producidos o manufacturados en los Estados Unidos de América, enumerados y descritos en la Lista I anexa a este Convenio,**) del cual forma parte, se eximirán, a su importación en la República de Guatemala, de derechos aduaneros ordinarios que excedan a los establecidos en dicha Lista. Esos artículos estarán también exentos de cualesquiera otros derechos, impuestos, contribuciones, cargas o exacciones superiores a los que pesen el día de la firma de este Convenio sobre o respecto la importación, o cuya imposición posterior requieran las leyes vigentes en la República de Guatemala el día de la firma de este Convenio.

*) Entré en vigueur le 15 juin 1936.
**) Les Annexes ne seront pas reproduites.

Article II.

Articles the growth, produce or manufacture of the Republic of Guatemala, enumerated and described in Schedule II annexed to this Agreement and made a part thereof, shall, on their importation into the United States of America, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of the United States of America in force on the day of the signature of this Agreement.

Artículo II.

Los artículos cultivados, producidos o manufacturados en la República de Guatemala, enumerados y descritos en la Lista II anexa a este Convenio, del cual forma parte, se eximirán, a su importación en los Estados Unidos de América, de derechos aduaneros ordinarios que excedan a los establecidos en dicha Lista. Esos artículos estarán también exentos de cualesquiera otros derechos, impuestos, contribuciones, cargas o exacciones superiores a los que pesen el día de la firma de este Convenio sobre o respecto la importación, o cuya imposición posterior requieran las leyes vigentes en los Estados Unidos de América el día de la firma de este Convenio.

Article III.

The United States of America and the Republic of Guatemala agree that the notes included in Schedules I and II, respectively, are hereby given force and effect as integral parts of this Agreement.

Artículo III.

La República de Guatemala y los Estados Unidos de América convienen en dar a las notas que forman parte de las Listas I y II, respectivamente, fuerza y efecto como partes integrantes de este Convenio.

Article IV.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the Republic of Guatemala, shall, after importation into the other country, be exempt from all internal taxes, fees, charges or exactions, other or higher than those payable on like articles of national origin or any other foreign origin.

Artículo IV.

Los artículos cultivados, producidos o manufacturados en la República de Guatemala o en los Estados Unidos de América, después de su importación en el otro país, estarán exentos de cualesquiera impuestos, contribuciones, cargas o exacciones internas, diferentes o mayores que los pagaderos sobre artículos análogos de origen nacional o cualquier otro origen extranjero.

Article V.

In respect of articles the growth, produce or manufacture of the

Artículo V.

En cuanto a los artículos cultivados, producidos o manufacturados

United States of America or the Republic of Guatemala, enumerated and described in Schedules I and II, respectively, imported into the other country, on which ad valorem rates of duty or duties based upon or regulated in any manner by value, are or may be assessed, it is understood and agreed that the bases and methods of determining dutiable value and of converting currencies shall be no less favorable to importers than the bases and methods prescribed under laws and regulations of the Republic of Guatemala and the United States of America, respectively, in force on the day of the signature of this Agreement.

Article VI.

1. The Republic of Guatemala will not impose any prohibition, import or customs quotas, import licenses or any other form of quantitative regulation, whether or not operated in connection with any agency of centralized control, on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I, nor will the United States of America impose any prohibition, import or customs quotas, import licenses or any other form of quantitative regulation, whether or not operated in connection with any agency of centralized control, on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the Republic of Guatemala, enumerated and described in Schedule II.

2. The foregoing provision shall not apply to:

en la República de Guatemala o en los Estados Unidos de América, enumerados y descritos en las Listas II y I, respectivamente, sobre los cuales, al importarse de uno al otro país, se imponen o se impusieren derechos ad valórem o derechos basados sobre o regidos de algún modo por el valor, se entiende y conviene que las bases y métodos para determinar el valor adeudable y convertir las monedas, no serán menos favorables a los importadores que las bases y métodos establecidos por las leyes y reglamentos de los Estados Unidos de América y de la República de Guatemala, respectivamente, vigentes el día de la firma de este Convenio.

Artículo VI.

1. La República de Guatemala no impondrá prohibición alguna, ni cuotas de importación o aduaneras, licencias de importación ni otra forma de reglamento cuantitativo, obren o no en conexión con agencias de control centralizado, sobre la importación o venta de ninguno de los artículos cultivados, producidos o manufacturados en los Estados Unidos de América, que se enumeran y describen en la Lista I; ni los Estados Unidos de América impondrá prohibición alguna, ni cuotas de importación o aduaneras, licencias de importación ni otra forma de reglamento cuantitativo, obren o no en conexión con agencias de control centralizado sobre la importación o venta de ninguno de los artículos cultivados, producidos o manufacturados en la República de Guatemala, enumerados y descritos en la Lista II.

2. No se aplicará la estipulación anterior a:

(a) Prohibitions or restrictions (1) imposed on moral or humanitarian grounds; (2) designed to protect human, animal or plant life; (3) relating to prison made goods; or (4) relating to the enforcement of police or revenue laws; or to

a) prohibiciones o restricciones impuestas: 1) con fundamentos morales o humanitarios; 2) encaminadas a proteger la vida humana, animal o vegetal; 3) relativas a efectos fabricados en prisiones; o, 4) relativas al cumplimiento de leyes policiacas o fiscales; ni a

(b) Quantitative restrictions in whatever form, imposed by the United States of America or the Republic of Guatemala on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the other country, in conjunction with governmental measures operating to regulate or control the production, market supply or prices of like domestic articles, or tending to increase the labor costs of production of such articles. Whenever the Government of either country proposes to establish or change any restriction authorized by this subparagraph, it shall give notice thereof in writing to the other Government and shall afford such other Government an opportunity within thirty days after receipt of such notice to consult with it in respect of the proposed action; and if an agreement with respect thereto is not reached within thirty days following receipt of the aforesaid notice, the Government which proposes to take such action shall be free to do so at any time thereafter, and the other Government shall be free within fifteen days after such action is taken to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

b) restricciones cuantitativas de cualquier forma sobre importación o venta de artículo alguno cultivado, producido o manufacturado en uno u otro país, impuestas por la República de Guatemala o por los Estados Unidos de América en conexión con medidas gubernativas encaminadas a regir o controlar la producción, el abastecimiento del mercado, o los precios de artículos nacionales análogos, o tendientes a aumentar el costo del trabajo de producción de tales artículos. En caso de que el Gobierno de uno u otro país se proponga establecer o cambiar cualquier restricción autorizada en este inciso, lo notificará por escrito al otro Gobierno y le dará oportunidad para que dentro de treinta días del recibo de la noticfiación trate con él acerca de la acción propuesta; y si, dentro de los treinta días siguientes al recibo de aquella notificación, no se llegare a acuerdo respecto del asunto, el Gobierno que re proponga iniciar tal acción quedará en libertad de obrar en cualquier tiempo, y el otro Gobierno, dentro de los quince días de consumada la acción, queda también en libertad de dar por terminado todo este Convenio, a los treinta días de notificarlo por escrito.

3. It is understood that the provisions of this Article do not affect the application of measures directed against misbranding, adulteration

3. Queda entendido que las estipulaciones de este artículo no afectan la aplicación de medidas dirigidas contra falsos marbetes, adul-

and other fraudulent practices, such as are provided for in the pure food and drug laws of the United States of America, or the application of measures directed against unfair practices in import trade, such as are provided for in Section 337 of the United States Tariff Act of 1930.

teración y otras prácticas fraudulentas, como las establecidas en las leyes de alimentos y drogas de los Estados Unidos de América; ni la aplicación de medidas encaminadas contra prácticas desleales en el comercio de importación, como las previstas en la Sección 337 de la Ley de Tarifas de 1930 de los Estados Unidos.

Article VII.

1. If the Government of the United States of America or the Government of the Republic of Guatemala establishes or maintains any form of quantitative restriction or control of the importation or sale of any article in which the other country has an interest, or imposes a lower import duty or charge on the importation of sale of a specified quantity of any such article than the duty or charge imposed on importations in excess of such quantity, the Government taking such action will:

(a) Give public notice of the total quantity, or any change therein, of any such article permitted to be imported or sold or permitted to be imported or sold at such lower duty or charge, during a specified period;

(b) Allot to the other country for such specified period a share of such total quantity as originally established or subsequently changed in any manner, equivalent to the proportion of the total importation of such article which such other country supplied during a previous representative period, unless it is mutually agreed to dispense with such allotment; and

Artículo VII.

1. Si el Gobierno de la República de Guatemala, o el Gobierno de los Estados Unidos de América, establece o mantiene alguna forma de restricción cuantitativa, o control de importación o venta de cualquier artículo en que esté interesado el otro país, o, sobre importación o venta de determinada cantidad de cualquier artículo, impone derecho o carga menor que el derecho o carga impuesta a las importaciones en exceso de esa cantidad, el Gobierno que así actúe, deberá:

a) Dar aviso público de la cantidad total, o cualquier cambio de ésta, que de alguno de esos artículos se permita importar o vender o que se permita importar o vender con derecho o carga reducidos, durante determinado período.

b) Asignar al otro país, durante tal determinado período, parte de la cantidad total que originalmente se hubiere establecido, o posteriormente cambiado en modo alguno, en equivalencia a la proporción de la importación total del artículo que el otro país haya enviado durante un período representativo anterior, a menos que mútuamente se convenga en prescindir de tal asignación; y

(c) Give public notice of the allotments of such quantity among the several exporting countries, and at all times, upon request, advise the Government of the other country of the quantity of any such article the growth, produce or manufacture of each exporting country, which has been imported or sold or for which licenses or permits for importation or sale have been granted.

2. Neither the United States of America nor the Republic of Guatemala shall regulate the total quantity of importations into its territory or sales therein of any article in which the other country has an interest by import licenses or permits issued to individuals or organizations, unless the total quantity of such article permitted to be imported or sold during a quota period of not less than three months shall have been established, and unless the regulations covering the issuance of such licenses or permits shall have been made public before such regulations are put into force.

Article VIII.

In the event that the Government of the United States of America or the Government of the Republic of Guatemala establishes or maintains an official monopoly or centralized agency for the importation of or trade in a particular commodity the Government establishing or maintaining such monopoly or centralized agency will give sympathetic consideration to all representations that the other Government may make with respect to alleged discriminations against its commerce in connection with purchases by such monopoly or centralized agency.

c) Dar aviso público de las asignaciones de tal cantidad entre los diferentes países exportadores y en todo tiempo, mediante solicitud, informar al Gobierno del otro país sobre la cantidad de cualquier artículo cultivado, producido o manufacturado de cada país exportador que se haya importado o vendido, o para cuya importación o venta se hayan concedido licencias o permisos.

2. Ni la República de Guatemala ni los Estados Unidos de América regularán por licencias o permisos de importación a favor de individuos u organizaciones, la cantidad total de importaciones a su territorio o ventas en él de ningún artículo que interese al otro país, a menos que se haya sido establecida la cantidad total del artículo objeto del permiso de importación o venta durante un período de cuota no menor de tres meses, y a menos que los reglamentos sobre expedición de tales licencias o permisos se hubieren publicado antes de su entrada en vigor.

Artículo VIII.

En caso de que el Gobierno de la República de Guatemala, o el Gobierno de los Estados Unidos de América, establezca o mantenga monopolio oficial o agencia centralizada para la importación o venta de determinado artículo el Gobierno que establezca o mantenga tal monopolio o agencia centralizada considerará amistosamente las representaciones que hará el otro Gobierno con respecto a las parcialidades alegadas contra su comercio en conexión con compras por tal monopolio o agencia centralizada.

Article IX.

The tariff advantages and other benefits provided for in this Agreement are granted by the United States of America and the Republic of Guatemala to each other subject to the condition that if the Government of either country shall establish or maintain, directly or indirectly, any form of control of foreign exchange, it shall administer such control so as to insure that the nationals and commerce of the other country will be granted a fair and equitable share in the allotment of exchange.

With respect to the exchange made available for commercial transactions, it is agreed that the Government of each country shall be guided in the administration of any form of control of foreign exchange by the principle that, as nearly as may be determined, the share of the total available exchange which is allotted to the other country shall not be less than the share employed in a previous representative period prior to the establishment of any exchange control for the settlement of commercial obligations to the nationals of such other country.

With respect to non-commercial transactions it is agreed that the Government of each country shall apply any form of control of foreign exchange in a non-discriminatory manner as between the nationals of the other country and the nationals of any third country.

The Government of each country will give sympathetic consideration to any representations which the other Government may make in respect of the application of the

Artículo IX.

La República de Guatemala y los Estados Unidos de América se conceden mútuamente las ventajas de tarifa y demás beneficios estipulados en este Convenio, sujetos a la condición de que si el Gobierno de uno u otro país, directa a indirectamente, estableciere o mantuviere alguna forma de control sobre el cambio extranjero, administrará tal control en forma que asegure a nacionales y comercio del otro país garantía de justa y equitativa parte en las asignaciones del cambio.

Respecto al cambio aprovechable para transacciones comerciales, se acuerda que, en la administración de cualquier forma de control de cambio extranjero, se regirá el Gobierno de cada país por el principio de que, hasta donde se pueda establecer aproximadamente, la parte del total de cambio disponible que se asigne al otro país no será menor que la parte empleada en período representativo anterior al establecimiento de cualquier control de cambio, para la liquidación de obligaciones comerciales a favor de nacionales de tal otro país.

Con respecto a transacciones no comerciales se acuerda que el Gobierno de cada país administrará cualquiera forma de control de cambio extranjero de manera que no habrá discriminación entre los nacionales del otro país y los de cualquier tercer país.

El Gobierno de cada país considerará amistosamente cualesquiera representaciones que el otro Gobierno pueda hacer respecto la aplicación de las estipulaciones de este

provisions of this Article. If, within thirty days after the receipt of such representations, a satisfactory adjustment has not been made or an agreement has not been reached with respect to such representations, the Government making them may, within fifteen days after the expiration of the aforesaid period of thirty days, terminate this Article or this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Artículo. Si, dentro los treinta días de recibidas tales representaciones, no se llega a arreglo satisfactorio ni se ajusta acuerdo respecto de ellas, el Gobierno que las hace puede, dentro de los quince días, posteriores a la expiración del mencionado plazo de treinta días, terminar este Artículo o este Convenio en su totalidad a los treinta días de notificación escrita.

Article X.

Any advantage, favor, privilege or immunity which has been or may hereafter be granted by the United States of America or the Republic of Guatemala to any article originating in or destined for any third country, shall be accorded immediately and unconditionally to the like article originating in or destined for the Republic of Guatemala or the United States of America, respectively. This provision refers to: customs duties or charges of any kind imposed on or in connection with importation or exportation; the method of levying such duties or charges; all rules and formalities in connection with importation or exportation; and all laws or regulations affecting the sale or use of imported goods within the country.

Artículo X.

Cualquier ventaja, favor, privilegio o inmunidad que haya otorgado u otorgue después la República de Guatemala, o los Estados Unidos de América, sobre artículos originarios de o destinados a un tercer país, se acordarán inmediata e incondicionalmente a los correspondientes artículos originarios de o destinados a, respectivamente, los Estados Unidos de América o la República de Guatemala. Esta estipulación se refiere a: derechos aduaneros o cargas de cualquier género sobre o en conexión con importación o exportación; método de imponer tales derechos o cargas; todas las reglas y formalidades relativas a importación o exportación; y todas las leyes y reglamentos que afecten en el país la venta o uso de artículos importados.

Article XI.

Laws, regulations of administrative authorities and decisions of administrative or judicial authorities of the United States of America or the Republic of Guatemala, respectively, pertaining to the classification of articles for customs purposes or to rates of duty shall be

Artículo XI.

Las leyes, los reglamentos de autoridades administrativas y las decisiones de autoridades administrativas o judiciales de la República de Guatemala o de los Estados Unidos de América, respectivamente, en cuanto a clasificación de artículos para fines aduaneros o tasa de de-

published promptly in such a manner as to enable traders to become acquainted with them. Such laws, regulations and decisions shall be applied uniformly at all ports of the respective country, except as otherwise specifically provided in statutes of the United States of America relating to articles imported into Puerto Rico.

No administrative ruling by the United States of America or the Republic of Guatemala effecting advances in rates of duties or in charges applicable under an established and uniform practice to imports originating in the territory of the other country, or imposing any new requirement with respect to such importations, shall be effective retroactively or with respect to articles either entered for of withdrawn for consumption prior to the expiration of thirty days after the date of publication of notice of such ruling in the usual official manner. The provisions of this paragraph do not apply to administrative orders imposing anti-dumping duties, or relating to regulations for the protection of human, animal, or plant life, or relating to public safety, or giving effect to judicial decisions.

Article XII.

In the event that a wide variation occurs in the rate of exchange between the currencies of the United States of America and the Republic of Guatemala, the Government of either country, if it considers the variation so substantial as to prejudice the industries or

rechos, se publicarán oportunamente en forma tal que facilite a los comerciantes enterarse de ellos. Tales leyes, reglamentos y decisiones se aplicarán con uniformidad en todos los puertos del país respectivo, a excepción de lo de otro modo dispuesto específicamente en estatutos de los Estados Unidos de América en relación con artículos importados a Puerto Rico.

No tendrá efecto retroactivo disposición administrativa alguna de la República de Guatemala o de los Estados Unidos de América, que aumente la tasa de los derechos o cargas aplicables por práctica estable y uniforme a las importaciones originarias del territorio del otro país, o que imponga cualquier nuevo requisito para tales importaciones, ni deberá aplicarse tal disposición a artículos introducidos al país o retirados de la aduana para el consumo con anterioridad a la expiración de los treinta días a contar de la fecha de publicación del reglamento, en la forma oficial de costumbre. Las estipulaciones de este párrafo no son aplicables a órdenes administrativas que establezcan derechos contra el „dumping", o se refieran a reglamentos para la protección de la vida humana, animal o vegetal, o a la seguridad pública, o que hagan cumplir resoluciones judiciales.

Artículo XII.

En caso de que varíe sensiblemente el tipo de cambio entre las monedas de la República de Guatemala y de los Estados Unidos de América, cada uno de los Gobiernos, si considera la variación tan sustancial como para perjudicar las industrias o el comercio de su país,

commerce of the country, shall be free to propose negotiations for the modification of this Agreement or to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Article XIII.

There will not be imposed in the United States of America or in the Republic of Guatemala, on importations of articles the growth, produce or manufacture of the other country, greater than nominal penalties because of errors in documentation, made in the country of export, provided it can be established by the importer or other party in interest to the satisfaction of the customs authorities that the errors were clerical in origin or were made in good faith.

The Government of each country will accord sympathetic consideration to such representations as the other Government may make with respect to the operation of customs regulations, quantitative restrictions or the administration thereof, the observance of customs formalities, or the application of sanitary laws and regulations for the protection of human, animal, or plant life; and upon request it will afford adequate opportunity for consultation regarding such representations.

Article XIV.

Except as otherwise provided in the second paragraph of this Article, the provisions of this Agreement relating to the treatment to be accorded by the United States of America or the Republic of Guatemala, respectively, to the commerce of the other country, shall not apply

estará en libertad de proponer negociaciones para modificar este Convenio, o para darlo por completamente terminado a los treinta días de notificación escrita.

Artículo XIII.

No se impondrán en la República de Guatemala ni en los Estados Unidos de América sobre la importación de artículos cultivados, producidos o manufacturados en el otro país, sanciones mayores que las nominalmente establecidas por causa de errores en la documentación, hechas en el país exportador, siempre que pueda establecerse por el importador u otra persona interesada a satisfacción de las autoridades de la Aduana que esos errores fueron de copia o que fueron hechos de buena fé.

El Gobierno de cada país considerará amistosamente las representaciones que el otro Gobierno pueda hacerle respecto al funcionamiento de las reglamentaciones de aduana, restricciones cuantitativas o su administración, observancia de formalidades aduaneras y aplicación de leyes sanitarias y disposiciones para protección de la vida humana, animal o vegetal; y a solicitud dará amplia oportunidad de consulta en relación con tales representaciones.

Artículo XIV.

A excepción de lo estipulado en contrario en el párrafo segundo de este Artículo, las disposiciones del presente Convenio relativas al tratamiento acordado, respectivamente, por la República de Guatemala o por los Estados Unidos de América al comercio del otro país, no se apli-

to the Philippine Islands, the Virgin Islands, American Samoa, the Island of Guam, or to the Panama Canal Zone.

Subject to the reservations set forth in the third, fourth, and fifth paragraphs, of this Article, the provisions of Article X shall apply to articles the growth, produce or manufacture of any territory under the sovereignty or authority of the United States of America or the Republic of Guatemala, imported from or exported to any territory under the sovereignty or authority of the other country. It is understood, however, that the provisions of this paragraph do not apply to the Panama Canal Zone.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America or the Republic of Guatemala to adjacent countries in order to facilitate frontier traffic and advantages resulting from a customs union to which either the United States of America or the Republic of Guatemala may become a party shall be excepted from the operation of this Agreement.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the Republic of Guatemala to the commerce of Costa Rica, El Salvador, Honduras, Nicaragua or Panama, so long as any such advantage is not accorded to any other country, shall be excepted from the operation of this Agreement.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panama Canal Zone to one another or to the Republic of Cuba shall be

carán a las Islas Filipinas, las Islas Vírgenes, la Samoa Estadunidense, la Isla de Guam, ni a la Zona del Canal de Panamá.

Con las reservas establecidas en los párrafos tercero, cuarto y quinto de este Artículo, las estipulaciones del Artículo X se aplicarán a artículos cultivados, producidos o manufacturados en cualquier territorio bajo la soberanía o autoridad de la República de Guatemala o de los Estados Unidos de América, y que se importen de o se exporten a cualquier territorio bajo la soberanía o autoridad del otro país. Se entiende, sin embargo, que las disposiciones de este párrafo no se aplican a la Zona del Canal de Panamá.

Se exceptuarán de los efectos de este Convenio las ventajas ya acordadas o que en lo sucesivo se acordaren por la República de Guatemala o los Estados Unidos de América a países adyacentes para facilitar el tráfico fronterizo, y las ventajas resultantes de una unión aduanera de que la República de Guatemala o los Estados Unidos de América puedan formar parte.

Se exceptuarán de los efectos de este Convenio las ventajas acordadas o que después acuerde la República de Guatemala al comercio de Costa Rica, Es Salvador, Honduras, Nicaragua o Panamá, mientras tales ventajas no se concedan a cualquier otro país.

Se exceptuarán de los efectos de este Convenio las ventajas ya acordadas o que en lo sucesivo se acordaren por los Estados Unidos de América, sus territorios o posesiones o por la Zona del Canal de Pa-

excepted from the operation of this Agreement. The provisions of this paragraph shall continue to apply in respect to any advantages now or hereafter accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panama Canal Zone to the Philippine Islands irrespective of any change in the political status of the Philippine Islands.

Unless otherwise specifically provided in this Agreement, the provisions thereof shall not be construed to apply to police or sanitary regulations; and nothing in this Agreement shall be construed to prevent the adoption of measures prohibiting or restricting the exportation of gold or silver, or to prevent the adoption of such measures as the United States of America or the Republic of Guatemala, respectively, may see fit with respect to the control of the export or sale for export of arms, munitions, or implements of war, and, in exceptional circumstances, of all other military supplies.

Article XV.

In the event that the United States of America or the Republic of Guatemala adopts any measure which, even though it does not conflict with the terms of this Agreement, is considered by the Government of the other country to have the effect of nullifying or impairing any object of the Agreement, the Government of the country which has adopted any such measure shall consider such representations and proposals as the Government of the other country may make with a view to effecting a mutually satisfactory adjustment of the matter.

namá entre sí o a la República de Cuba. Las disposiciones de este párrafo continuarán aplicándose respecto de cualesquiera ventajas que ahora o después acuerden los Estados Unidos de América, sus territorios o posesiones o la Zona del Canal de Panamá a las Islas Filipinas, con prescindencia de cualquier cambio en el estado político de las Islas Filipinas.

Salvo expresas disposiciones en contrario de este Convenio, sus estipulaciones no se tendrán como aplicables a los reglamentos de policía o sanidad; y nada de este Convenio se considerará como contrario a la adopción de medidas sobre prohibir o restringir la exportación de oro o plata, o para impedir la adopción de las medidas que la República de Guatemala o los Estados Unidos de América respectivamente hallen oportunas para controlar la exportación o la venta para exportación de armas, municiones o implementos de guerra, y, en circunstancias excepcionales, de todo otro material de guerra.

Artículo XV.

En caso de que la República de Guatemala o los Estados Unidos de América adopten cualquier medida que, aunque sin contradecir los términos de este Convenio, se considere por el Gobierno del otro país como nulificando a perjudicando cualquiera de los objetos del Convenio, el Gobierno del país que la haya adoptado considerará las representaciones y propuestas que el Gobierno del otro país pueda hacer con la mira de efectuar un arreglo mutuamente satisfactorio del asunto.

Article XVI.

The present Agreement shall, from the date on which it comes into force, supplant the Agreement between the United States of America and the Republic of Guatemala, effected by exchange of notes signed on August 14, 1924.

Artículo XVI.

El presente Convenio, desde la fecha de su entrada en vigor, sustituirá el que mediante cambio de notas efectuaron la República de Guatemala y los Estados Unidos de América el 14 de agosto de 1924.

Article XVII.

The present Agreemet shall come into force on the thirtieth day following proclamation thereof by the President of the United States of America and the President of the Republic of Guatemala, or should the proclamations be issued on different days, on the thirtieth day following the date of the later in time of such proclamations, and shall remain in force for the term of three years thereafter, unless terminated pursuant to the provisions of Article VI, Article IX or Article XII. The Government of each country shall notify the Government of the other country of the date of its proclamation.

Unless at least six months before the expiration of the aforesaid term of three years the Government of either country shall have given to the other Government notice of intention to terminate this Agreement upon the expiration of the aforesaid term, the Agreement shall remain in force thereafter, subject to termination under the provisions of Article VI, Article IX or Article XII, until six months from such time as the Government of either country shall have given notice to the other Government.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Agreement and have affixed their seals hereto.

Artículo XVII.

El presente Convenio entrará en vigor a los treinta días de su promulgación por los Presidentes de la República de Guatemala y de los Estados Unidos de América, o, si las promulgaciones se hicieren en días diferentes, a los treinta días de la fecha de la última promulgación; y estará vigente durante el término de tres años, a menos que antes se hubiere terminado en virtud de las estipulaciones de los Artículos VI, IX o XII. Cada uno de los Gobiernos notificará al otro la fecha de promulgación.

A no ser que el Gobierno de uno de los países, por lo menos seis meses antes de la expiración del indicado plazo de tres años, notifique al otro su intención de terminar este Convenio al cumplirse dicho lapso, el Convenio continuará en vigencia, sujeto a terminación, conforme las cláusulas de los Artículos VI, IX o XII, a los seis meses de la fecha en que uno de los Gobiernos haga la notificación al otro Gobierno.

En testimonio de lo cual, los respectivos Plenipotenciarios firman y sellan este Convenio.

Done in duplicate, in the English and Spanish languages, both authentic, at the city of Guatemala, this 24th day of April nineteen hundred and thirty-six.

Hecho en duplicado, en los idiomas español e inglés, ambos textos auténticos, en la ciudad de Guatemala a los 24 días del mes de abril de mil novecientos treintiséis.

For the President of the United States of America:
[seal] *Sidney E. O'Donoghue.*

For the President of the Republic of Guatemala:
[seal] *J. Gonzáles Campo.*

105.

SUÈDE, URUGUAY.

Convention de commerce et de navigation; signée à Montévidéo, le 13 août 1936.*)

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1937, No. 51.

Sa Majesté le Roi de Suède et Son Excellence Monsieur le Président de la République Orientale de l'Uruguay, également animés du désir de resserrer les liens d'amitié qui unissent la Suède et l'Uruguay et voulant affermir et étendre les relations commerciales et maritimes entre les deux pays, ont résolu de conclure une Convention de Commerce et de Navigation et ont nommé à cet effet pour Leurs Plénipotentiaires, à savoir:

Sa Majesté le Roi de Suède:

Monsieur Einar Modig, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Montévidéo;

Son Excellence Monsieur le Président de la République Orientale de l'Uruguay:

Monsieur José Espalter, Docteur en Droit, Son Ministre des Relations Extérieures;

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:

Article 1.

Les Parties Contractantes consentent à s'accorder mutuellement le traitement inconditionnel et illimité de la nation la plus favorisée pour tout ce qui concerne les droits de douane et tous droits accessoires, le mode de perception des droits, ainsi que pour la classification et l'interprétation des tarifs et pour les règles, formalités et charges auxquelles les opérations de dédouanement pourraient être soumises.

---

*) Les ratifications ont été échangées à Stockholm, le 26 novembre 1937.

Article 2.

En conséquence, les produits naturels ou fabriqués originaires de l'une des Parties Contractantes ne seront d'aucune manière assujettis, dans la matière susvisée, à leur importation dans le territoire de l'autre Partie, à des droits, taxes ou charges autres ou plus élevés ni à des règles ou formalités autres ou plus onéreuses que ceux auxquels sont ou seront assujettis les produits de même nature ou similaires d'un pays tiers quelconque.

Article 3.

De même, les produits naturels ou fabriqués exportés du territoire de l'une des Parties Contractantes à destination du territoire de l'autre Partie ne seront d'aucune manière assujettis, dans la matière susvisée, à des droits, taxes ou charges autres ou plus élevés ni à des règles ou formalités autres ou plus onéreuses que ceux auxquels sont ou seront assujettis les produits de même nature ou similaires destinés au territoire d'un autre pays quelconque.

Article 4.

Tous les avantages, faveurs, privilèges et immunités qui ont été ou seront accordés à l'avenir par l'une des deux Parties Contractantes, dans la matière susdite, aux produits naturels ou fabriqués originaires d'un autre pays quelconque ou destinés au territoire d'un autre pays quelconque, seront, immédiatement et sans compensation, appliqués aux produits de même nature ou similaires originaires de l'autre Partie Contractante ou destinés au territoire de cette Partie.

Article 5.

Sont exceptés, toutefois, des engagements formulés dans les Articles précédents, les faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à des Etats limitrophes pour faciliter le trafic frontalier, ainsi que celles résultant d'une union douanière déjà conclue ou qui pourrait être conclue à l'avenir par l'une des Parties Contractantes.

Article 6.

Sont exceptées, également, les faveurs accordées ou qui pourraient être accordées par l'Uruguay aux produits naturels ou fabriqués de l'un ou de plusieurs des pays suivants, à savoir l'Argentine, la Bolivie, le Brésil et le Paraguay, tant que ces faveurs n'auront été accordées à aucun autre Etat.

Sont exceptées, en outre, des stipulations de la présente Convention les faveurs accordées ou qui pourraient être accordées par la Suède au Danemark ou à la Norvège ou à ces deux pays, tant que ces faveurs n'auront été accordées à aucun autre Etat.

Article 7.

Chacune des Parties Contractantes accordera à la navigation de l'autre, sous tous les rapports, un traitement aussi favorable que celui

actuellement accordé ou qui pourrait être accordé ultérieurement à la navigation de la nation la plus favorisée.

Il est fait exception toutefois aux stipulations du présent Article pour le droit de se livrer au cabotage.

Article 8.

La présente Convention sera ratifiée, par S. M. le Roi de Suède et par S. E. M. le Président de la République Orientale de l'Uruguay, et les instruments de ratification seront échangés à Stockholm le plus tôt possible. Elle entrera en vigueur quinze jours après l'échange des ratifications.

Article 9.

La Convention est conclue pour la durée d'un an à compter du jour qu'elle entrera en vigueur.

Cependant, si elle n'est pas dénoncée trois mois avant l'expiration de ce délai, elle sera considérée comme prolongée pour une période indéterminée. Dans ce cas elle pourra être dénoncée à tout moment moyennant préavis de trois mois.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Montévidéo, en double exemplaire, le treize août mil neuf cent trente-six.

Einar Modig.
José Espalter.

Protocole Additionnel.

Au moment de signer la Convention de Commerce et de Navigation conclue en date de ce jour entre le Royaume de Suède et la République Orientale de l'Uruguay, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus des dispositions suivantes, qui formeront partie intégrante de la Convention:

Dans le cas où une mesure restrictive des importations prise ou qui pourrait être prise dans l'un des deux pays entraverait considérablement les exportations de l'autre pays, le Gouvernement de ce dernier pays aura le droit de demander l'ouverture immédiate de négociations. Si dans les six semaines à dater du jour de ladite demande, ces négociations n'aboutissent pas à un résultat positif, le Gouvernement qui avait demandé l'ouverture de négociations pourra dénoncer la présente Convention de Commerce et de Navigation, qui cessera de porter effet six semaines après sa dénonciation.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé le présent Protocole.

Fait à Montévidéo, en double exemplaire, le treize août mil neuf cent trente-six.

Einar Modig.
José Espalter.

106.

SUÈDE, CHILI.

Accord concernant la protection réciproque des marques de fabrique et de commerce; conclu par un Echange de Notes signées à Santiago, les 2 et 21 octobre 1936.

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1937, No. 8.

---

a.

Svenska beskickningen i Santiago de Chile till chilenske utrikesministern.

Santiago de Chile, le 2 octobre 1936.

Monsieur le Ministre,

D'ordre de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de Vous faire connaître que les marques de fabrique ou de commerce appartenant à des ressortissants chiliens jouiront en Suède, sous réserve de réciprocité, du même droit d'enregistrement et de la même protection que ceux dont jouissent les marques de commerce appartenant aux ressortissants suédois, sous réserve toutefois de l'observation des lois suédoises sur l'enregistrement des marques de fabrique ou de commerce.

Les ressortissants chiliens qui n'exercent pas en Suède le commerce ou l'industrie ne bénéficieront toutefois de la protection de leurs marques de fabrique ou de commerce que dans la mesure et pour le temps où ils jouissent de cette protection au Chili.

Il est convenu que les susdites dispositions s'appliquent également aux particuliers, ressortissants chiliens, et aux sociétés ou autres associations chiliennes.

Si le Gouvernement Chilien accepte les dispositions susmentionnées, il sera convenu que le présent Arrangement entrera en vigueur trois mois après la réception de la réponse que Votre Excellence voudra bien me faire parvenir et restera exécutoire jusqu'à l'expiration d'un délai de six mois à compter du jour où il aura été dénoncé par l'une ou l'autre des Parties Contractantes.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma très haute considération.

Axel Paulin.

---

b.

Chilenske utrikesministern till svenska beskickningen i Santiago de Chile.

Santiago, 21 de Octubre de 1936.

Señor Encargado de Negocios:

Tengo el agrado de acusar recibo de la atenta nota fechada el 2 de Octubre en curso, por la cual V. S. manifiesta, según instrucciones de su

Gobierno, que las marcas de fábrica o de comercio pertenecientes a nacionales chilenos gozarán en Suecia, bajo la reserva de la reciprocidad, del mismo derecho de registro y de la misma protección de que gozan las marcas de comercio pertenecientes a nacionales suecos, bajo reserva, sin embargo, de observar las leyes suecas sobre registro de marcas de fábrica o de comercio.

Agrega V. S. que los nacionales chilenos que no ejerzan en Suecia el comercio o la industria no gozarán de la protección de sus marcas de fábrica o de comercio, sino en la medida y por el tiempo que ellos gocen de esta protección en Chile. Queda entendido, asimismo, que las susodichas disposiciones se aplicarán igualmente a los particulares, nacionales chilenos, y a las sociedades u otras asociaciones chilenas.

En respuesta, me es grato manifestar a V. S. que las marcas de fábrica o de comercio pertenecientes a nacionales suecos gozarán en Chile, bajo la reserva de reciprocidad, del mismo derecho de registro y de la misma protección de que gozan las marcas de comercio pertenecientes a nacionales chilenos, bajo reserva de observar las leyes chilenas sobre registro de marcas de fábrica o de comercio.

Los nacionales suecos que no ejerzan en Chile el comercio o la industria no gozarán, sin embargo, de la protección de sus marcas de fábrica o de comercio sino en la medida y por el tiempo que ellos gocen de esta protección en Suecia.

Queda entendido, asimismo, que las susodichas disposiciones se aplicarán igualmente a los particulares, nacionales suecos, y a las sociedades u otras asociaciones suecas.

Queda entendido que el presente Convenio entrará en vigor tres meses después de la récepción por V. S. de la presente nota, y permanecerá en vigencia hasta la expiración de un plazo de seis meses a contar desde el día en que haya sido denunciado por una u otra de las Partes Contratantes.

Aprovecho esta oportunidad para reiterar a Vuestra Señoría las seguridades de mi distinguida consideración.

Miguel Cruchaga T.

107.

PÉROU, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Accord relatif à l'échange des publications officielles; conclu par un Echange de Notes signées à Lima, les 16 et 20 octobre 1936.

Executive Agreement Series, No. 103.

The Peruvian Minister of Foreign Affairs (Ulloa) to the American Chargé d'Affaires (Dreyfus).

Número 6-3/103.

Ministerio de Relaciones Exteriores,
Lima, 16 de octubre de 1936.

Señor Encargado de Negocios:

Con referencia a nuestras conversaciones y al Memorandum de Vuestra Señoría, de 28 de agosto último, me es grato dejar constancia de que hemos convenido en lo siguiente:

Habrá un intercambio completo de publicaciones oficiales entre el Perú y los Estados Unidos de América, que será regido en la siguiente forma:

1. — La oficina oficial de intercambio por parte del Perú es la Sección de Propaganda y Publicaciones del Ministerio de Relaciones Exteriores. La oficina oficial de intercambio para el envío de publicaciones por parte de los Estados Unidos es la „Smithsonian Institution".

2. — Los envíos de intercambio serán recibidos en nombre del Perú por el Ministerio de Relaciones Exteriores y en nombre de los Estados Unidos por la Biblioteca del Congreso.

3. — El Perú proporcionará regularmente en un ejemplar las publicaciones oficiales de los departamentos, oficinas e instituciones que aparecen de la lista anexa. Sin necesidad de negociaciones posteriores se extenderá el envío a las publicaciones de las Oficinas del Estado que se créen en el futuro.

4. — Los Estados Unidos proporcionarán regularmente en un ejemplar un lote completo de las publicaciones oficiales de los departamentos, oficinas e instituciones que aparecen en la lista anexa número dos. Sin necesidad de negociaciones posteriores se extenderá el envío a las publicaciones de las Oficinas del Estado que se créen en el futuro.

5. — No están comprendidas en este intercambio las publicaciones confidenciales, formularios en blanco y notas circulares de carácter reservado.

6. — En cuanto a las oficinas que en la actualidad no editan publicaciones y que no se mencionan en las listas adjuntas, es entendido que llegado el caso de que las editaran quedarían comprendidas en la obligación de intercambio.

7. — Cada uno de los Gobiernos sufragará los gastos postales, de ferrocarriles, marítimos y todos los que existan en el país.

8. — Ambos Gobiernos expresan su buena voluntad para enviar los embarques, en cuanto esté a su alcance.

9. — Este acuerdo es independiente de los ya existentes sobre intercambio de publicaciones celebrados entre los diversos departamentos de ambos Gobiernos y no los afecta.

Con la recepción de la nota de Vuestra Señoría, idéntica a la presente, mi Gobierno considerará concluído el acuerdo anterior.

Aprovecho la oportunidad para reiterarle, señor Encargado de Negocios, las seguridades de mi distinguida consideración.

Alberto Ulloa.

Al Honorable señor Louis G. Dreyfus, Encargado de Negocios de los Estados Unidos, Lima.

[suit la Liste des publications officielles.]

The American Chargé d'Affaires ad interim (Dreyfus) to the Peruvian Minister of Foreign Affairs (Ulloa).

No. 1177.

Embassy of the United States of America,
Lima, October 20, 1936.

Excellency:

With reference to our conversations, to my memorandum on August 28 last, and to Your Excellency's note No. 6-3/103 of October 16, 1936, I have the honor to express our agreement for the exchange of official publications between the Governments of the United States of America and of Peru, as follows:

There shall be a complete exchange of official publications between Peru and the United States of America, which shall be conducted under the following terms:

1. The official exchange office on the part of Peru is Section of Propaganda and Publications of the Ministry of Foreign Affairs. The official exchange office for the transmission of publications of the United States is the Smithsonian Institution.

2. The exchange sendings shall be received on behalf of Peru by the Ministry of Foreign Affairs; on behalf of the United States by the Library of Congress.

3. Peru will furnish regularly in one copy the official publications of the departments, offices and institutions which appear in the attached list. The list shall be extended to include, without the necessity of subsequent negotiations, the publications of any new offices that the State may create in the future.

4. The United States will furnish regularly in one copy a full set of the official publications of the departments, bureaus, offices, and

institutions which appear in the attached list number two. The list shall be extended to include, without the need of subsequent negotiations, the publications of any new offices that the State may create in the future.

5. Confidential publications, blank forms, and circular letters not of a public nature are not to be included in this exchange.

6. So far as offices which at this time do not issue publications and which are not mentioned in the attached lists, there is the understanding that publications issued in the future by the offices shall be furnished in one copy.

7. Each party to the agreement shall bear the postal, railroad, steamship and other charges arising in its own country.

8. Both parties express their willingness so far as possible, to expedite shipments.

9. This Agreement is not concerned with the already existing exchange agreements between the various government departments, etc. of the two countries.

I avail myself of this opportunity to extend to Your Excellency the renewed assurance of my highest consideration.

Louis G. Dreyfus, jr.
Chargé d'Affaires, a. i.

His Excellency Doctor Alberto Ulloa, Minister of Foreign Affairs, Lima.

[suit la Liste des publications officielles.]

108.

SUÈDE, CHILI.

Traité de commerce et de navigation; signé à Santiago, le 30 octobre 1936.*)

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1938, No. 19.

Sa Majesté le Roi de Suède et Son Excellence le Président de la République du Chili, également animés du désir de favoriser le développement des relations commerciales entre les deux Pays, ont décidé de conclure à cet effet un Traité de commerce et de navigation et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi de Suède:

Monsieur Axel Paulin, Chargé d'Affaires a. i. de Suède au Chili;

Son Excellence le Président de la République du Chili:

Son Excellence Monsieur Miguel Cruchaga Tocornal, Ministre des Affaires Etrangères du Chili;

*) Les ratifications ont été échangées à Stockholm, le 30 avril 1938.

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1er.

Chacune des Parties Contractantes s'engage à appliquer à l'égard de l'autre Partie, pour tout ce qui concerne les droits des citoyens, le traitement des marchandises à l'importation, à l'exportation et au transit, ainsi que relativement à la navigation, le traitement de la nation la plus favorisée.

Article 2.

Les ressortissants de l'un des deux Pays seront inconditionnellement traités dans l'autre, en ce qui concerne la protection de leurs personnes et de leurs biens, l'exercice du commerce, de la navigation et de l'industrie, le droit d'acquérir et de posséder des biens mobiliers et immobiliers et d'en disposer, ainsi que relativement à l'obligation d'acquitter des impôts, taxes et contributions, quelle qu'en soit la nature, sur le même pied que les ressortissants de la nation la plus favorisée.

Article 3.

Les Parties Contractantes s'accordent réciproquement le traitement inconditionnel et illimité de la nation la plus favorisée pour tout ce qui concerne les droits de douane et tous droits accessoires, le mode de perception des droits, ainsi que pour tout ce qui a trait aux règles, formalités et charges auxquelles pourraient être soumises les opérations de dédouanement.

En conséquence, les produits naturels ou fabriqués originaires de l'un des deux Pays, ne seront en aucun cas assujettis dans l'autre, sous les rapports susvisés, à des droits, taxes ou charges autres ou plus élevés ni à des règles et formalités autres ou plus onéreuses que ceux auxquels sont ou seront assujettis les produits similaires originaires d'un pays tiers quelconque.

De même, les produits naturels ou fabriqués exportés du territoire de l'une des Parties Contractantes à destination du territoire de l'autre Partie ne seront en aucun cas assujettis, sous les rapports susdits, concernant l'exportation, à des droits, taxes ou charges autres ou plus élevés ni à des règles ou formalités autres ou plus onéreuses que ceux auxquels sont ou seront assujettis les produits similaires destinés à un pays tiers quelconque.

Tout avantage, faveur, privilège ou immunité accordé ou qui sera accordé par l'une des Parties Contractantes, sous les rapports susvisés, aux produits naturels ou fabriqués, originaires d'un pays tiers quelconque, sera immédiatement et sans compensation accordé aux produits similaires originaires de l'autre Partie Contractante ou destinés au territoire de cette Partie.

Article 4.

Les Parties Contractantes s'engagent à n'établir ni maintenir aucune prohibition ou restriction à leurs importations du territoire de l'autre Partie qui ne s'appliquerait pas aux produits similaires originaires d'un pays tiers quelconque. Toute abrogation d'une prohibition ou restriction aux importations qui pourrait, même temporairement, être accordée par l'une des Parties en faveur d'un produit originaire d'un pays tiers quelconque, sera immédiatement et inconditionnellement appliquée au produit similaire originaire du territoire de l'autre Partie. Ces dispositions seront également appliquées en ce qui concerne les exportations.

Si l'une des Parties Contractantes établit le contingentement de l'importation d'un produit, il est entendu que, en ce qui concerne la répartition des quantités des produits contingentés admises à l'importation, il sera accordé à l'autre Partie une quote-part correspondant à la proportion dans laquelle Elle participe normalement au commerce.

En tout ce qui concerne les règles, formalités et charges relatives à l'application de toute espèce de restrictions quantitatives à l'importation d'un produit, les Parties Contractantes conviennent de s'accorder réciproquement chaque faveur accordée à un pays tiers quelconque.

De même, les deux Parties Contractantes se garantissent réciproquement le traitement de la nation la plus favorisée en ce qui concerne les prescriptions appliquées sous tout autre rapport par chacune d'Elles relativement à l'importation de marchandises, y compris la production particulière des certificats d'origine, factures consulaires ou autres documents de même nature, les droits à acquitter pour la légalisation de ces documents et toutes les dispositions et formalités y relatives.

Si l'une des Parties Contractantes introduit ou maintient, sous une forme quelconque, directement ou indirectement, le contrôle du commerce des devises, Elle devra exercer ce contrôle de manière à garantir aux ressortissants et au commerce de l'autre Partie une équitable et juste quote-part dans la répartition des devises.

Le Gouvernement de chacun des deux Pays examinera avec bienveillance toute demande concernant l'application des dispositions du présent Article qui pourra être faite par le Gouvernement de l'autre Pays.

Article 5.

Les navires et bateaux de l'un des deux Pays et leurs cargaisons jouiront inconditionnellement dans l'autre, pour tout ce qui concerne les droits de navigation et de douane, le chargement et le déchargement, et en général pour toutes les formalités, dispositions et charges, de quelque nature qu'elles soient, auxquelles les navires et bateaux et leurs cargaisons sont ou pourront être soumis, du même traitement que les navires et bateaux de la nation la plus favorisée et leurs cargaisons.

La nationalité des navires et bateaux sera admise de part et d'autre d'après les documents et certificats délivrés à cet effet par les autorités compétentes des Pays respectifs.

Les lettres de jauge et autres documents relatifs à la jauge, délivrés par des autorités de l'un des deux Pays, seront reconnus par l'autre conformément aux arrangements spéciaux qui pourront intervenir entre les deux Gouvernements.

Article 6.

Le Gouvernement de chacun des deux Pays pourra nommer des Consuls Généraux, Consuls, Vice-Consuls et autres fonctionnaires ou agents consulaires dans tous les ports, villes et places de l'autre Pays où le droit de nommer des représentants consulaires a été accordé à un Etat tiers quelconque.

Lesdits fonctionnaires et agents consulaires jouiront, après avoir reçu l'exequatur ou toute autre autorisation requise, de tous les droits, privilèges et immunités qui appartiennent ou pourraient être reconnus aux représentants consulaires de la nation la plus favorisée à cet égard.

Article 7.

Pour autant qu'elles visent le traitement de la nation la plus favorisée, les stipulations du présent Traité ne seront pas applicables

a) aux faveurs accordées ou qui pourront être accordées à des Etats limitrophes en vue de faciliter le trafic frontalier local;

b) aux faveurs accordées ou qui pourront être accordées par la Suède au Danemark ou à la Norvège, ou à ces deux Pays, et par le Chili à l'un ou plusieurs des autres pays de l'Amérique Latine, tant que les mêmes faveurs n'auront été accordées à aucun autre Etat;

c) aux faveurs résultant de la conclusion d'une union douanière;

d) au droit d'exercer le cabotage.

Article 8.

Le présent Traité sera ratifié, et les ratifications seront échangées à Stockholm ou à Santiago aussitôt que possible. Il entrera en vigueur trente jours après l'échange des ratifications et pourra être dénoncé par chacune des Parties Contractantes avec un préavis de trois mois.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ont signé le présent Traité et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Santiago, en double exemplaire, le 30 octobre 1396.

(L. S.) *Axel Paulin.*

(L. S.) *Miguel Cruchaga.*

Vid undertecknandet växlades följande noter:

a. Svenska beskickningen i Santiago de Chile till chilenske utrikesministern.

Santiago de Chile, le 30 octobre 1936.

Monsieur le Ministre,

A l'occasion de la signature du Traité de commerce et de navigation entre la Suède et le Chili, en date de ce jour, j'ai l'honneur de faire connaître à Votre Excellence, conformément aux instructions reçues de mon Gouvernement, qu'en ce qui concerne les conditions d'importation en Suède, il sera accordé au nitrate de soude originaire du Chili, pendant la validité du Traité, un traitement au moins aussi favorable que celui accordé aux autres engrais azotés comparables, tels que le nitrate de soude non originaire du Chili, le nitrate de chaux, le sulfate d'ammoniaque et le cyanamide de chaux.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma très haute considération.

Axel Paulin.

---

b. Chilenske utrikesministern till svenska beskickningen i Santiago de Chile.

Santiago, 30 de Octubre de 1936.

Señor Encargado de Negocios:

Me es grato acusar recibo a V. S. de la Nota de esta fecha en la que el Gobierno de V. S. deja constancia de la forma como entiende que seran aplicadas las disposiciones del Tratado de Comercio y Navegación, firmado con esta misma fecha, sobre tratamiento de la nación más favorecida a las importaciones de salitre chileno en Suecia, a fin de resguardar su situación frente a la de los demás abonos azoados que se importen en este país, nota cuyo texto dice:

„Con ocasión de la firma del Tratado de Comercio y Navegación entre Suecia y Chile, de fecha de hoy, tengo el honor de hacer saber a V. E. en conformidad a instrucciones recibidas de mi Gobierno, que durante la vigencia del presente Convenio se acordará en Suecia al nitrato de sodio originario de Chile un tratamiento no menos favorable que el que se acuerde a los demás abonos azoados similares, tales como el nitrato de sodio no originario de Chile, el nitrato de calcio, el sulfato de amonio y la cianámida de calcio".

Cúmpleme comunicar a V. S. que mit Gobierno está en todo conforme con lo que se manifiesta en la comunicación que tengo el honor de contestar.

Me valgo de la presente oportunidad para reiterar a V. S. mi más distinguida consideración.

Miguel Cruchaga T.

109.

SUISSE, ALLEMAGNE.

Accord libérant les chemins de fer de chacun des deux pays de l'assujettissement à l'assurance-accidents de l'autre pays; conclu par un Echange de Notes signées à Berlin, le 12 novembre 1936.

Eidgenössische Gesetzsammlung 1937, No. 3.

Die schweizerische Gesandtschaft in Berlin und das deutsche Auswärtige Amt in Berlin haben am 12. November 1936 Noten ausgetauscht über die Befreiung der schweizerisch-deutschen Landesbahnen von der Unfallversicherung des andern Landes. Der Wortlaut der schweizerischen Note, die inhaltlich genau mit der deutschen übereinstimmt, folgt hiernach.

Mit Beziehung auf die gleichzeitig abgegebene Erklärung der Deutschen Reichsregierung, betreffend die Befreiung des Schweizerischen Bundesbahnen von der deutschen sozialen Unfallversicherung und der Deutschen Reichsbahn von der schweizerischen sozialen Unfallversicherung, beehrt sich die Schweizerische Gesandtschaft, dem Auswärtigen Amte das Einverständnis der Schweizerischen Regierung mit nachstehender Vereinbarung zu erklären:

Bei Betrieben der Deutschen Reichsbahn auf schweizerischem Gebiet und bei Betrieben der Schweizerischen Bundesbahnen auf deutschem Gebiet ist für die Unfallversicherung ausschliesslich das Recht des Heimatstaates des Unternehmens massgebend.

Über die Durchführung können die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn und die Direktion der Schweizerischen Bundesbahnen Näheres vereinbaren.

Diese Vereinbarung tritt mit Wirkung vom 31. Dezember 1934 in Kraft. Jedoch bleibt es auch für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung bei der Befreiung der in der Schweiz gelegenen Betriebsteile der Deutschen Reichsbahn von der schweizerischen Unfallversicherung. Der Bescheid der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern an die ehemals Grossherzogliche Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen vom 18. April 1918, betreffend die Unterstellung der in der Schweiz gelegenen Betriebsteile dieser Bahnen unter die schweizerische Unfallversicherung, wird mit Wirkung auf den 1. April 1918 aufgehoben. Für die in der Schweiz gelegenen Betriebsteile der Badischen Staatseisenbahnen bzw. der Deutschen Reichsbahn gilt daher, im Verhältnis zwischen diesen Bahnunternehmungen und ihrem Personal, bereits für die Zeit vom 1. April 1918 ab, ausschliesslich deutsches Recht.

Die Schweizerischen Bundesbahnen scheiden am 31. Dezember 1934 mit den auf dem Gebiete des Deutschen Reichs betriebenen Strecken

Eglisau—Schaffhausen,
Singen—Reichsgrenze und
Konstanz—Reichsgrenze

aus der Deutschen Privatbahn-Berufsgenossenschaft aus. Vom 1. Januar 1935 an übernehmen die Schweizerischen Bundesbahnen die Entschädigung der laufenden Unfälle. Eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Versicherungsträgern findet, auch für die rückliegende Zeit seit dem 1. April 1918, nicht statt. Die Deutsche Privatbahn-Berufsgenossenschaft hat den von der Direktion der Schweizerischen Bundesbahnen für das Jahr 1935 entrichteten Beitragsvorschuss zu erstatten.

Berlin, den 12. November 1936.

An das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches, Berlin.

110.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, COSTA-RICA.

Accord commercial; signé à San José, le 28 novembre 1936.

Executive Agreement Series, No. 102.

Trade Agreement between the United States of America and the Republic of Costa Rica.

The President of the United States of America and the President of the Republic of Costa Rica, desiring to strengthen the traditional bonds of friendship between the two countries by maintaining the principle of equality of treatment as the basis of commercial relations and by granting mutual and reciprocal advantages for the promotion of trade, have decided to conclude a trade agreement and for that purpose have appointed their Plenipotentiaries as follows:

The President of the United States of America:

Convenio comercial entre los Estados Unidos de América y la República de Costa Rica.

El Presidente de los Estados Unidos de América y el Presidente de la República de Costa Rica, deseosos de estrechar los vínculos de amistad entre ambos países por el mantenimiento del principio de igualdad de trato como base de relaciones comerciales y por la concesión de ventajas mutuas y recíprocas para la promoción del comercio, han decidido concluir un Convenio Comercial y para ese fin han designado sus Plenipotenciarios, así:

El Presidente de los Estados Unidos de América,

Leo R. Sack, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to Costa Rica.

The President of the Republic of Costa Rica:

His Secretary of the Interior, Acting Secretary of Foreign Relations, Licentiate Luis Fernández Rodríguez.

Who, after having exchanged their full powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following Articles:

Article I.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I*) annexed to this Agreement and made a part thereof, shall, on their importation into the Republic of Costa Rica, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of the Republic of Costa Rica in force on the day of the signature of this Agreement.

Article II.

Articles the growth, produce or manufacture of the Republic of Costa Rica, enumerated and described in Schedule II annexed to this Agreement and made a part thereof, shall, on their importation into the United States of America,

a su Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario en San José, Leo R. Sack,

El Presidente de la República de Costa Rica,

a su Secretario de Estado en el Despacho de Gobernación encargado del de Relaciones Exteriores, Licenciado Luis Fernández Rodríguez;

Quienes, después de haber canjeado sus plenos poderes, y de encontrarlos en buena y debida forma, han convenido en los siguientes artículos:

Artículo I.

Los artículos cultivados, producidos o manufacturados en los Estados Unidos de América, enumerados y descritos en la Lista I,*) anexa a este Convenio, del cual forma parte, se eximirán, al ser importados en la República de Costa Rica, de derechos aduaneros ordinarios que excedan a los establecidos en dicha Lista. Esos artículos estarán también exentos de cualesquiera otros derechos, impuestos, contribuciones, cargas o exacciones mayores a los que rijan al día de la firma de este Convenio con respecto a la importación posterior requieran leyes vigentes en la República de Costa Rica el día de la firma de este Convenio.

Artículo II.

Los artículos cultivados, producidos o manufacturados en la República de Costa Rica, enumerados y descritos en la Lista II anexa a este Convenio del cual forma parte, se eximirán al ser importados en los Estados Unidos de América, de

*) Les Annexes ne seront pas reproduites.

be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of the United States of America in force on the day of the signature of this Agreement.

Article III.

The United States of America and the Republic of Costa Rica agree that the notes included in Schedules I and II, respectively, are hereby given force and effect as integral parts of this Agreement.

Article IV.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, or the Republic of Costa Rica, shall, after importation into the other country, be exempt from all internal taxes, fees, charges or exactions, other or higher than those payable on like articles of national origin or any other foreign origin.

Article V.

In respect of articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the Republic of Costa Rica, enumerated and described in Schedules I and II, respectively, imported into the other country, on which ad valorem rates of duty or duties based upon or regulated in any manner by value, are or may be assessed, it is

derechos aduaneros ordinarios que excedan a los establecidos en dicha Lista. Esos artículos estarán también exentos de cualesquiera otros derechos, impuestos, contribuciones, cargas o exacciones mayores a los que rijan al día de la firma de este Convenio con respecto a la importación o cuya imposición posterior requieran leyes vigentes en los Estados Unidos de América el día de la firma de este Convenio.

Artículo III.

Los Estados Unidos de América y la República de Costa Rica convienen en dar a las notas que forman parte de las Listas I y II, respectivamente, fuerza y efecto como partes integrantes de este Convenio.

Artículo IV.

Los artículos cultivados, producidos o manufacturados en los Estados Unidos de América o en la República de Costa Rica, después de su importación en el otro país, estarán exentos de cualesquiera impuestos, contribuciones, cargas o exacciones internas, diferentes o mayores que los pagaderos sobre artículos análogos de origen nacional o de cualquier otro origen extranjero.

Artículo V.

En cuanto a los artículos cultivados, producidos o manufacturados en los Estados Unidos de América o en la República de Costa Rica, enumerados y descritos en las Listas I y II, respectivamente, sobre los cuales, al importarse del uno al otro país, se imponen o se impusieren derechos ad valorem o derechos basados sobre o regidos de al-

understood and agreed that the bases and methods of determining dutiable value and of converting currencies shall be no less favorable to importers than the bases and methods prescribed under laws and regulations of the Republic of Costa Rica and the United States of America, respectively, in force on the day of the signature of this Agreement.

Article VI.

1. The Republic of Costa Rica will not impose any prohibition, import or customs quotas, import licenses or any other form of quantitative regulation, whether or not operated in connection with any agency of centralized control, on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I, nor will the United States of America impose any prohibition, import or customs quotas, import licenses or any other form of quantitative regulation, whether or not operated in connection with any agency of centralized control, on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the Republic of Costa Rica, enumerated and described in Schedule II.

2. The foregoing provision shall not apply to:

(a) Prohibitions or restrictions (1) imposed on moral or humanitarian grounds; (2) designed to protect human, animal or plant life; (3) relating to prison-made goods; or (4) relating to the enforcement of police or revenue laws; or to

gún modo por el valor, se entiende y conviene que las bases y métodos para determinar el valor imponible y la conversión de monedas, no serán menos favorables a los importadores que las bases y métodos establecidos por las leyes y reglamentos de la República de Costa Rica y de los Estados Unidos de América, respectivamente, vigentes el día de la firma de este Convenio.

Artículo VI.

1. La República de Costa Rica no impondrá prohibición alguna, ni cuotas de importación o aduaneras, licencias de importación ni otra forma de reglamento cuantitativo, obren o no en conexión con agencias de control centralizado, sobre la importación o venta de ninguno de los artículos cultivados, producidos o manufacturados en los Estados Unidos de América, que se enumeran y describen en la Lista I; ni los Estados Unidos de América impondrán prohibición alguna, ni cuotas de importación o aduaneras, licencias de importación ni otra forma de reglamento cuantitativo, obren o no en conexión con agencias de control centralizado sobre la importación o venta de ninguno de los artículos cultivados, producidos o manufacturados en la República de Costa Rica, enumerados y descritos en la Lista II.

2. No se aplicará la estipulación anterior a:

a) Prohibiciones o restricciones impuestas: 1) Con fundamentos morales o humanitarios; 2) Encaminados a proteger la vida humana, animal o vegetal; 3) Relativas a efectos fabricados en prisiones; o 4) Relativas al cumplimiento de leyes policíacas o fiscales; ni a

(b) Quantitative restrictions in whatever form, imposed by the United States of America or the Republic of Costa Rica, on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the other country, in conjunction with governmental measures operating to regulate or control the production, market supply or prices of like domestic articles, or tending to increase the labor costs of production of such articles. Whenever the Government of either country proposes to establish or change any restriction authorized by this subparagraph, it shall give notice thereof in writing to the other Government and shall afford such other Government an opportunity within thirty days after receipt of such notice to consult with it in respect of the proposed action; and if an agreement with respect thereto is not reached within thirty days following receipt of the aforesaid notice, the Government which proposes to take such action shall be free to do so at any time thereafter, and the other Government shall be free within fifteen days after such action is taken to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

3. It is understood that the provisions of this Article do not affect the application of measures directed against misbranding, adulteration and other fraudulent practices, such as are provided for in the pure food and drug laws of the United States of America, or the application of measures directed against unfair practices in import trade, such as are provided for in Section 337 of

b) Restricciones cuantitativas de cualquier forma sobre importación o venta de artículo alguno cultivado, producido o manufacturado en uno u otro país, impuestas, por los Estados Unidos de América o por la República de Costa Rica en conexión con medidas gubernativas encaminadas a regir o controlar la producción, el abastecimiento del mercado, o los precios de artículos nacionales análogos, o tendientes a aumentar el costo del trabajo de producción de tales artículos. En caso de que el Gobierno de uno u otro país se proponga establecer o cambiar cualquier restricción autorizada en este inciso, lo notificará por escrito al otro Gobierno y le dará oportunidad para que dentro de treinta días del recibo de la notificación trate con él acerca de la acción propuesta; y si dentro de los treinta días siguientes al recibo de aquella notificación, no se llegare a un acuerdo respecto del asunto, el Gobierno que se proponga iniciar tal acción quedará en libertad de obrar en cualquier tiempo, y el otro Gobierno, dentro de los quince días de consumada la acción, queda también en libertad de dar por terminado todo este Convenio, a los treinta días de notificarlo por escrito.

3. Queda entendido que las estipulaciones de este artículo no afectan la aplicación de medidas dirigidas contra falsos marbetes, adulteración y otras prácticas fraudulentas, como las establecidas en las leyes de alimentos y drogas de los Estados Unidos de América; ni la aplicación de medidas encaminadas contra prácticas desleales en el comercio de importación, como las pre-

the United States Tariff Act of 1930.

Article VII.

1. If the Government of the United States of America or the Government of the Republic of Costa Rica establishes or maintains any form of quantitative restriction or control of the importation or sale of any article in which the other country has an interest, or imposes a lower import duty or charge on the importation or sale of a specified quantity of any such article than the duty or charge imposed on importations in excess of such quantity, the Government taking such action will:

(a) Give public notice of the total quantity, or any change therein, of any such article permitted to be imported or sold or permitted to be imported or sold at such lower duty or charge, during a specified period;

(b) Allot to the other country for such specified period a share of such total quantity as originally established or subsequently changed in any manner, equivalent to the proportion of the total importation of such article which such other country supplied during a previous representative period, unless it is mutually agreed to dispense with such allotment; and

(c) Give public notice of the allotments of such quantity among the several exporting countries, and at all times, upon request, advise the Government of the other country of the quantity of any such article the growth, produce or manufacture of each exporting country,

vistas en la Sección 337 de la Ley de Tarifas de 1930 de los Estados Unidos.

Artículo VII.

1. Si el Gobierno de los Estados Unidos de América o el Gobierno de la República de Costa Rica, establece o mantiene alguna forma de restricción cuantitativa, o control de importación o venta de cualquier artículo en que esté interesado el otro país, o sobre importación o venta de determinada cantidad de cualquier artículo, impone derecho o carga menor que el derecho o carga impuesta a las importaciones en exceso de esa cantidad, el Gobierno que así actúe deberá:

a) Dar aviso público de la cantidad total, o cualquier cambio de ésta, que de alguno de esos artículos se permita importar o vender o que se permita importar o vender con derecho o carga reducidos, durante determinado período;

b) Asignar al otro país durante tal determinado período, parte de la cantidad total que originalmente se hubiere establecido, o posteriormente cambiado en modo alguno, en equivalencia a la proporción de la importación total del artículo que el otro país haya enviado durante un período representativo anterior, a menos que mutuamente se convenga en prescindir de tal asignación; y,

c) Dar aviso público de las asignaciones de tal cantidad entre los diferentes países exportadores y en todo tiempo, mediante solicitud, informar al Gobierno del otro país sobre la cantidad de cualquier artículo cultivado, producido o manufacturado de cada país exportador

which has been imported or sold or for which licenses or permits for importation or sale have been granted.

2. Neither the United States of America nor the Republic of Costa Rica shall regulate the total quantity of importations into its territory or sales therein of any article in which the other country has an interest by import licenses or permits issued to individuals or organizations, unless the total quantity of such article permitted to be imported or sold during a quota period of not less than three months shall have been established, and unless the regulations covering the issuance of such licenses or permits shall have been made public before such regulations are put into force.

Article VIII.

In the event that the Government of the United States of America or the Government of the Republic of Costa Rica establishes or maintains an official monopoly or centralized agency for the importation of or trade in a particular commodity, the Government establishing or maintaining such monopoly or centralized agency will give sympathetic consideration to all representations that the other Government may make with respect to alleged discriminations against its commerce in connection with purchases by such monopoly or centralized agency.

Article IX.

The tariff advantages and other benefits provided for in this Agreement are granted by the United States of America and the Republic

que se haya importado o vendido, o para cuya importación o venta se hayan concedido licencias o permisos.

2. Ni los Estados Unidos de América ni la República de Costa Rica regularán por licencias o permisos de importación a favor de individuos u organizaciones, la cantidad total de importaciones a su territorio o ventas en él de ningún artículo que interese al otro país, a menos que haya sido establecida la cantidad total del artículo objeto del permiso de importación o venta durante un período de cuota no menor de tres meses, y a menos que los reglamentos sobre expedición de tales licencias o permisos se hubieren publicado antes de su entrada en vigor.

Artículo VIII.

En caso de que el Gobierno de los Estados Unidos de América o el Gobierno de la República de Costa Rica, establezca o mantenga monopolio oficial o agencia centralizada para la importación o venta de determinado artículo, el Gobierno que establezca o mantenga tal monopolio o agencia centralizada, considerará amistosamente las representaciones que hará el otro Gobierno con respecto a las parcialidades alegadas contra su comercio en conexión con compras por tal monopolio o agencia centralizada.

Artículo IX.

Los Estados Unidos de América y la República de Costa Rica se conceden mutuamente las ventajas de tarifa y demás beneficios estipu-

of Costa Rica to each other subject to the condition that if the Government of either country shall establish or maintain, directly or indirectly, any form of control of foreign exchange, it shall administer such control so as to insure that the nationals and commerce of the other country will be granted a fair and equitable share in the allotment of exchange.

With respect to the exchange made available for commercial transactions, it is agreed that the Government of each country shall be guided in the administration of any form of control of foreign exchange by the principle that, as nearly as may be determined, the share of the total available exchange which is alloted to the other country shall not be less than the share employed in a previous representative period prior to the establishment of any exchange control for the settlement of commercial obligations to the nationals of such other country.

With respect to non-commercial transactions it is agreed that the Government of each country shall apply any form of control of foreign exchange in a non-discriminatory manner as between the nationals of the other country and the nationals of any third country.

The Government of each country will give sympathetic consideration to any representations which the other Government may make in respect of the application of the provisions of this Article. If, within thirty days after the receipt of such representations, a satisfactory adjustment has not been made or an agreement has not

lados en este Convenio sujetos a la condición de que si el Gobierno de uno u otro país, directa o indirectamente, estableciere o mantuviere alguna forma de control, sobre el cambio extranjero, administrará tal control en forma que asegure a nacionales y comercio del otro país garantía de justa y equitativa parte en las asignaciones del cambio.

Respecto al cambio aprovechable para transacciones comerciales, se acuerda que, en la administración de cualquier forma de control de cambio extranjero, se regirá el Gobierno de cada país por el principio de que, hasta donde se pueda establecer aproximadamente, la parte del total de cambio disponible que se asigne al otro país no será menor que la parte empleada en período representativo anterior al establecimiento de cualquier control de cambio, para la liquidación de obligaciones comerciales a favor de nacionales de tal otro país.

Con respecto a transacciones no comerciales, se acuerda que el Gobierno de cada país administrará cualquiera forma de control de cambio extranjero, de manera que no habrá distinción entre los nacionales del otro país y los de cualquier tercer país.

El Gobierno de cada país considerará amistosamente cualesquiera representaciones que el otro Gobierno pueda hacer respecto la aplicación de las estipulaciones de este artículo. Si, dentro de los treinta días de recibidas tales representaciones, no se llega a arreglo satisfactorio ni se ajusta acuerdo respecto de ellas, el Gobierno que las hace puede, den-

been reached with respect to such representations, the Government making them may, within fifteen days after the expiration of the aforesaid period of thirty days, terminate this Article or this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Article X.

Any advantage, favor, privilege or immunity which has been or may hereafter be granted by the United States of America or the Republic of Costa Rica to any article originating in or destined for any third country, shall be accorded immediately and unconditionally to the like article originating in or destined for the Republic of Costa Rica or the United States of America, respectively. This provision refers to: customs duties or charges of any kind imposed on or in connection with importation or exportation; the method of levying such duties or charges; all rules and formalities in connection with importation or exportation; and all laws or regulations affecting the sale or use of imported goods within the country.

Article XI.

Laws, regulations of administrative authorities and decisions of administrative or judicial authorities of the United States of America, or the Republic of Costa Rica, respectively, pertaining to the classification of articles for customs purposes or to rates of duty shall be published promptly in such a manner as to enable traders to become acquainted with them. Such laws, regulations and decisions shall be applied uniformly at all ports of

tro de los quince días posteriores a la expiración del mencionado plazo de treinta días, terminar este artículo o el Convenio en su totalidad a los treinta días de notificación escrita.

Artículo X.

Cualquier ventaja, favor, privilegio o inmunidad que haya otorgado u otorgue después los Estados Unidos de América o la República de Costa Rica sobre artículos originarios de o destinados a un tercer país, se acordarán inmediata e incondicionalmente a los correspondientes artículos originarios de o destinados a, respectivamente, la República de Costa Rica o los Estados Unidos de América. Esta estipulación se refiere a: derechos aduaneros o cargas de cualquier género sobre o en conexión con importación o exportación; método de imponer tales derechos o cargas; todas las reglas y formalidades relativas a importación o exportación; y todas las leyes y reglamentos que afecten en el país la venta o uso de artículos importados.

Artículo XI.

Las leyes, los reglamentos de autoridades administrativas y las decisiones de autoridades administrativas o judiciales de los Estados Unidos de América, o de la República de Costa Rica, respectivamente, en cuanto a clasificación de artículos para fines aduaneros o tasa de derechos, se publicáran oportunamente en forma tal que facilite a los comerciantes enterarse de ellos. Tales leyes, reglamentos y decisiones, se aplicarán con uniformidad en

the respective country, except as otherwise specifically provided in statutes of the United States of America relating to articles imported into Puerto Rico.

No administrative ruling by the United States of America or the Republic of Costa Rica effecting advances in rates of duties or in charges applicable under an established and uniform practice to imports originating in the territory of the other country, or imposing any new requirement with respect to such importations, shall be effective retroactively or with respect to articles either entered for or withdrawn for consumption prior to the expiration of thirty days after the date of publication of notice of such ruling in the usual official manner. The provisions of this paragraph do not apply to administrative orders imposing anti-dumping duties, or relating to regulations for the protection of human, animal, or plant life, or relating to public safety, or giving effect to judicial decisions.

Article XII.

In the event that a wide variation occurs in the rate of exchange between the currencies of the United States of America and the Republic of Costa Rica, the Government of either country, if it considers the variation so substantial as to prejudice the industries or commerce of the country, shall be free to propose negotiations for the modification of this Agreement or

todos los puertos del país respectivo, a excepción de lo que de otro modo se haya dispuesto específicamente en estatutos de los Estados Unidos de América en relación con artículos importados en Puerto Rico.

No tendrá efecto retroactivo disposición administrativa alguna de los Estados Unidos de América o de la República de Costa Rica que aumente la tasa de los derechos o cargas aplicables por práctica estable y uniforme a las importaciones originarias del territorio del otro país, o que imponga cualquier nuevo requisito para tales importaciones, ni deberá aplicarse tal disposición a artículos introducidos al país o retirados de la Aduana para el consumo con anterioridad a la expiración de los treinta días a contar de la fecha de publicación del Reglamento, en la forma oficial de costumbre. Las estipulaciones de este párrafo no son aplicables a órdenes administrativas que establezcan derechos contra el „dumping“ o se refieran a reglamentos para la protección de la vida humana, animal o vegetal, o a la seguridad pública, o que hagan cumplir resoluciones judiciales.

Artículo XII.

En caso de que varíe sensiblemente el tipo de cambio entre las monedas de los Estados Unidos de América y la República de Costa Rica, cada uno de los Gobiernos, si considera la variación tan sustancial como para perjudicar las industrias o el comercio de su país, estará en libertad de proponer negociaciones para modificar este Convenio, o para darlo por completa-

to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Article XIII.

There will not be imposed in the United States of America or in the Republic of Costa Rica, on importations of articles the growth, produce or manufacture of the other country, greater than nominal penalties because of errors in documentation, made in the country of export, provided it can be established by the importer or other party in interest to the satisfaction of the customs authorities that the errors were clerical in origin or were made in good faith.

The Government of each country will accord sympathetic consideration to such representations as the other Government may make with respect to the operation of customs regulations, quantitative restrictions or the administration thereof, the observance of customs formalities, or the application of sanitary laws and regulations for the protection of human, animal, or plant life; and upon request it will afford adequate opportunity for consultation regarding such representations.

Article XIV.

1. Except as otherwise provided in the second paragraph of this Article, the provisions of this Agreement relating to the treatment to be accorded by the United States of America or the Republic of Costa Rica, respectively, to the commerce of the other country, shall not apply to the Philippine Islands, the Virgin Islands, American Samoa, the Island of Guam, or to the Panama Canal Zone.

mente terminado a los treinta días de notificación escrita.

Artículo XIII.

No se impondrán en los Estados Unidos de América ni en la República de Costa Rica sobre la importación de artículos cultivados, producidos o manufacturados en el otro país, sanciones mayores que nominales por causa de errores en la documentación, hechas en el país exportador, siempre que pueda establecerse por el importador u otra persona interesada a satisfacción de las autoridades de la Aduana, que esos errores fueron de copia o que fueron hechos de buena fe.

El Gobierno de cada país considerara amistosamente las representaciones que el otro Gobierno pueda hacerle respecto al funcionamiento de las reglamentaciones de Aduana, restricciones cuantitativas o su administración, observancia de formalidades aduaneras y aplicación de leyes sanitarias y disposiciones para la protección de la vida humana, animal o vegetal; y a solicitud dará amplia oportunidad de consulta en relación con tales representaciones.

Artículo XIV.

1. A excepción de lo estipulado en contrario en el párrafo segundo de este artículo, las disposiciones del presente Convenio relativas al tratamiento acordado, respectivamente, por los Estados Unidos de América o por la República de Costa Rica al comercio del otro país, no se aplicarán a las Islas Filipinas, las Islas Vírgenes, la Samoa Estadunidense, la Isla de Guam, ni a la Zona del Canal de Panamá.

2. Subject to the reservations set forth in the third, fourth, and fifth paragraphs of this Article, the provisions of Article X shall apply to articles the growth, produce or manufacture of any territory under the sovereignty or authority of the United States of America or the Republic of Costa Rica, imported from or exported to any territory under the sovereignty or authority of the other country. It is understood, however, that the provisions of this paragraph do not apply to the Panama Canal Zone.

3. The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America or the Republic of Costa Rica to adjacent countries in order to facilitate frontier traffic and advantages resulting from a customs union to which either the United States of America or the Republic of Costa Rica may become a party shall be excepted from the operation of this Agreement.

4. The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the Republic of Costa Rica to the commerce of Guatemala, Es Salvador, Honduras, Nicaragua or Panama, so long as any such advantage is not accorded to any other country, shall be excepted from the operation of this Agreement.

5. The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panama Canal Zone to one another or to the Republic of Cuba shall be excepted from the operation of this Agreement. The provisions of this paragraph shall continue to apply in respect to any advantages now

2. Con las reservas establecidas en los párrafos tercero, cuarto y quinto de este artículo, las estipulaciones del artículo X se aplicarán a artículos cultivados, producidos o manufacturados en cualquier territorio bajo la soberanía o autoridad de los Estados Unidos de América o de la República de Costa Rica, y que se importen de o que se exporten a cualquier territorio bajo la soberanía o autoridad del otro país. Se entiende, sin embargo, que las disposiciones de este párrafo no se aplican a la Zona del Canal de Panamá.

3. Se exceptuarán de los efectos de este Convenio las ventajas ya acordadas o que en lo sucesivo se acordaren por los Estados Unidos de América o la República de Costa Rica a países adyacentes para facilitar el tráfico fronterizo, y las ventajas resultantes de una unión aduanera de que los Estados Unidos de América o la República de Costa Rica puedan formar parte.

4. Se exceptuarán de los efectos de este Convenio las ventajas ya acordadas o que en lo futuro acuerde la República de Costa Rica al Comercio de Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, o Panamá, mientras tales ventajas no se concedan a cualquier otro país.

5. Se exceptuarán de este Convenio las ventajas va acordadas o que en lo sucesivo se acordaren por los Estados Unidos de América, sus territorios o posesiones o por la Zona del Canal de Panamá entre sí o a la República de Cuba. Las disposiciones de este párrafo continuarán aplicándose respecto de cualesquiera ventajas que ahora o después acuer-

or hereafter accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panama Canal Zone to the Philippine Islands irrespective of any change in the political status of the Philippine Islands.

6. Unless otherwise specifically provided in this Agreement, the provisions thereof shall not be construed to apply to police or sanitary regulations; and nothing in this Agreement shall be construed to prevent the adoption of measures prohibiting or restricting the exportation of gold or silver, or to prevent the adoption of such measures as the United States of America or the Republic of Costa Rica, respectively, may see fit with respect to the control of the export or sale for export of arms, munitions, or implements of war, and, in exceptional circumstances, of all other military supplies.

Article XV.

In the event that the United States of America or the Republic of Costa Rica adopts any measure which, even though it does not conflict with the terms of this Agreement, is considered by the Government of the other country to have the effect of nullifying or impairing any object of the Agreement, the Government of the country which has adopted any such measure shall consider such representations and proposals as the Government of the other country may make with a view to effecting a mutually satisfactory adjustment of the matter.

Article XVI.

The present Agreement shall come into force on the thirtieth day

den los Estados Unidos de América, sus territorios o posesiones o la Zona del Canal de Panamá, a Islas Filipinas, con prescindencia de cualquier cambio en el estado político de las Islas Filipinas.

6. Salvo expresas disposiciones en contrario de este Convenio, sus estipulaciones no se tendrán como aplicables a los reglamentos de policía o sanidad; y nada de este Convenio se considerará como contrario a la adopción de medidas sobre prohibir o restringir la exportación de oro o plata o para impedir la adopción de las medidas que los Estados Unidos de América o la República de Costa Rica, respectivamente hallen oportunas para controlar la exportación o la venta para exportación de armas, municiones o implementos de guerra, y, en circunstancias excepcionales, de todo otro material de guerra.

Artículo XV.

En caso de que los Estados Unidos de América o la República de Costa Rica adopten cualquier medida que, aunque sin contradecir los términos de este Convenio, se considere por el Gobierno del otro país como nulificando o perjudicando cualquiera de los objetos del Convenio, el Gobierno del país que la haya adoptado considerará las representaciones y propuestas que el Gobierno del otro país pueda hacer con la mira de efectuar un arreglo mutuamente satisfactorio del asunto.

Artículo XVI.

El presente Convenio entrará en vigor a los treinta días de su pro-

following proclamation thereof by the President of the United States of America and the President of the Republic of Costa Rica, or should the proclamations be issued on different days, on the thirtieth day following the date of the later in time of such proclamations, and shall remain in force for the term of three years thereafter, unless terminated pursuant to the provisions of Articles VI, IX, or XII. The Government of each country shall notify the Government of the other country of the date of its proclamation.

mulgación por los Presidentes de los Estados Unidos de América y de la República de Costa Rica, o, si las promulgaciones se hicieren, en días diferentes, a los treinta días de la fecha de la última promulgación; y estara vigente durante el término de tres años, a menos que antes se hubiere terminado en virtud de las estipulaciones de los artículos VI, IX o XII. El Gobierno de cada uno de los países notificará al otro la fecha de la promulgación del Convenio.

Unless at least six months before the expiration of the aforesaid term of three years the Government of either country shall have given to the other Government notice of intention to terminate this Agreement upon the expiration of the aforesaid term, the Agreement shall remain in force thereafter, subject to termination under the provisions of Articles VI, IX or XII, until six months from such time as the Government of either country shall have given notice to the other Government.

A no ser que el Gobierno de uno de los países, por lo menos seis meses antes de la expiración del indicado plazo de tres años, notifique al otro su intención de terminar este Convenio al cumplirse dicho lapso, el Convenio continuará en vigencia, sujeto a terminación, conforme las cláusulas de los artículos VI, IX o XII, a los seis meses de la fecha en que uno de los Gobiernos haga la notificación al otro Gobierno.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Agreement and have affixed their seals hereto.

Done in duplicate, in the English and Spanish languages, both authentic, at the city of San Jose, this twenty-eighth day of November, nineteen hundred and thirty-six.

En fe de lo expuesto los respectivos Plenipotenciarios firman este Convenio y ponen sus sellos en él, por duplicado, en los idiomas inglés y español, ambos textos auténticos, en la ciudad de San José, a los veintiocho días del mes de noviembre de mil novecientos treinta y seis.

[seal] *Leo R. Sack.*
[seal] *Luis Fernández.*

111.

SUISSE, FRANCE.

Accord sur le régime de la route internationale de Grand Lucelle à Klösterli; signé à Paris, le 29 janvier 1937.*)

Recueil des lois fédérales 1938, No. 8.

Le Conseil Fédéral Suisse et le Président de la République Française, vu, d'une part, la Convention conclue à Versailles le 20 juin 1780 entre le Roi de France et le Prince-Evêque de Bâle**) et le supplément à cette Convention signé à Porrentruy le 15 août 1782, d'autre part, le Procès-Verbal de délimitation entre le Canton de Berne et la France du 12 juillet 1826, enfin, le Procès-Verbal de reconnaissance de travaux dressé à Colmar le 9 avril 1930 par la Commission technique franco-suisse,

désireux de conclure une Convention additionnelle tenant compte des travaux effectués sur la route internationale de Grand Lucelle à Klösterli,

ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Le Conseil Fédéral Suisse:

Monsieur A. Dunant, Ministre de Suisse à Paris,

Le Président de la République Française:

Monsieur Yvon Delbos, Député, Ministre des Affaires Etrangères,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:

Article premier.

Le libre passage avec exemption de tous droits sera accordé sur la déviation exécutée dans le courant des années 1928 et 1929, connue depuis sous le nom de déviation de Saint-Pierre et située entre les points kilométriques 4.425 et 5.565 du chemin vicinal d'intérêt commun N° 21 *bis* (route de Lucelle à Klösterli).

Article 2.

La portion de la même route située plus à l'ouest entre les points kilométriques 0 et 1.100 sera soumise au même régime.

Article 3.

La portion de la route suisse de Scholis à Bourrignon située entre la frontière franco-suisse à Scholis (borne 35 *a*) et le bureau de douane suisse existant sur cette route sera également soumise au même régime.

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu le 5 février 1938.

) V. **R. II, p. 85; **R.** 2, III, p. 319.

Article 4.

Les portions de route internationalisées aux termes des Articles précédents se trouvent indiquées en couleur bleue (tronçons français) et en couleur verte (tronçons suisses) sur la carte ci-annexée.

Article 5.

Sur l'itinéraire comprenant les portions de route internationalisées aux termes, tant du supplément de Convention du 15 août 1782 que des dispositions qui précèdent et conduisant de Scholis à Klösterli par Lucelle et Moulin Neuf, les agents français chargés de l'exercice de la police et de la surveillance douanière sur les tronçons de cet itinéraire situés en territoire français pourront emprunter, en uniforme et en armes, les tronçons suisses pour rejoindre le territoire français. Réciproquement, les agents suisses chargés de l'exercice de la police et de la surveillance douanière sur les tronçons du même itinéraire situés en territoire suisse pourront emprunter, en uniforme et en armes, les tronçons français pour rejoindre le territoire suisse. Les agents assermentés des services vicinaux de l'un et l'autre pays jouiront, pour l'accomplissement de leur mission, des mêmes facilités, le port d'armes excepté. Ces facilités entreront en vigueur simultanément avec les dispositions qui précèdent et seront maintenues aussi longtemps que ces dispositions garderont leur effet.

Article 6.

Les questions se rapportant tant à l'entretien courant de la route dont il s'agit qu'aux travaux accidentels qui pourraient être rendus nécessaires sur cette route seront réglées directement entre les collectivités intéressées, savoir le Département du Haut-Rhin, du côté français, les Cantons de Berne et de Soleure, du côté suisse.

Article 7.

Les deux Gouvernements conviennent de porter devant la Cour permanente de Justice internationale de La Haye tout différend qui pourrait surgir entre eux au sujet de l'interprétation ou de l'exécution du présent Accord.

Article 8.

Le présent Accord entrera en vigueur dès l'échange des ratifications. Il est conclu pour la durée de dix ans, à compter de son entrée en vigueur. S'il n'est pas dénoncé six mois avant l'expiration de ce délai, il sera censé être renouvelé pour une nouvelle période de dix ans, et ainsi de suite.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires susnommés ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

Fait, en double exemplaire, à Paris, le 29 janvier 1937.

(signé) *Dunant.*
(signé) *Yvon Delbos.*

Protocole final.

Au moment de signer la présente Convention, les Plénipotentiaires soussignés constatent qu'il est bien entendu que l'Article 5 de ladite Convention ne donne aux agents de chacun des deux pays qu'un droit de libre passage sur les portions de la route situées sur le territoire de l'autre Etat et qu'ils n'auront compétence d'accomplir des actes officiels que sur le territoire de l'Etat dont ils relèvent.

Il est également entendu que les agents assermentés des services vicinaux de l'un et de l'autre pays visés audit Article 5 sont les agents des deux pays qui sont chargés par les Autorités locales ou cantonales de la police de la route, soit du maintien de la sécurité de la circulation, tels que les conducteurs de travaux, les cantonniers, les commissaires de police, gendarmes, gardes-champêtres et gardes-forestiers.

Fait, en double exemplaire, à Paris, le 29 janvier 1937.

(signé) *Dunant.*
(signé) *Yvon Delbos.*

112.

GRANDE-BRETAGNE, CUBA.

Accord commercial; signé à La Havane, le 19 février 1937.*)

Treaty Series No. 67 (1938).

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the Republic of Cuba:

Desiring to maintain and place upon a firmer basis trade and commerce between the United Kingdom and Cuba to the mutual advantage of and in the mutual interest of both countries;

Have resolved to conclude an agreement for these purposes, and have accordingly appointed as their Plenipotentiaries:

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,

His Excellency Mr. Thomas Maitland Snow, His Bri-

El Gobierno de la República de Cuba y el Gobierno del Reino Unido de la Gran Bretaña e Irlanda del Norte deseosos de mantener y colocar sobre bases más firmes el tráfico y comercio entre Cuba y el Reino Unido para ventaja mutua y e el mutuo interés de ambos países, han resuelto celebrar un Convenio para estos fines y consiguientemente han nombrado sus Plenipotenciarios:

El Gobierno de la República de Cuba

al Señor General Rafael Montalvo y Morales, Secretario de Estado de la República de Cuba,

*) L'échange des ratifications a eu lieu à La Havane, le 10 septembre 1938.

tannic Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Cuba; and

The Government of the Republic of Cuba,

Señor General Rafael Montalvo y Morales, Secretary of State of the Republic of Cuba;

Who, having exhibited their respective full powers, found in good and due form, have agreed as follows:—

Article 1.

The Government of Cuba undertake that all goods, the produce or manufacture of the United Kingdom, shall be granted in Cuba treatment in every respect not less favourable than that granted to similar goods, the produce or manufacture of any other country, subject, however, to the exception that this undertaking will not apply in respect of special rates of duty applicable to goods produced or manufactured in the United States of America and imported into Cuba.

Article 2.

The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland undertake that all goods, the produce or manufacture of Cuba, shall be granted in the United Kingdom treatment in every respect not less favourable than that granted to similar goods the produce or manufacture of any other foreign country. The expression „foreign country" in relation to the United Kingdom means a country not being a territory under the sovereignty, suzerainty, protection or mandate

y el Gobierno del Reino Unido de la Gran Bretaña e Irlanda del Norte

al Excelentísimo Señor Thomas Maitland Snow, C.M.G., Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario de Su Majestad Británica en Cuba.

Quienes habiendo exhibido sus respectivos Plenos Poderes, que fueron encontrados buenos y en debida forma, han convenido lo siguiente:

Artículo 1.

El Gobierno de Cuba se obliga a que a todas las mercancías producidas o manufacturadas en el Reino Unido les será concedido en Cuba un trato en todos respectos no menos favorable que el concedido a mercancías similares producidas o manufacturadas en cualquier otro país, con sujeción, no obstante, a la excepción de que esta obligación no será aplicable a los tipos especiales de derechos aplicables a las mercancías producidas o manufacturadas en los Estados Unidos de América e importadas en Cuba.

Artículo 2.

El Gobierno del Reino Unido de la Gran Bretaña e Irlanda del Norte se obliga a que a todas las mercancías producidas o manufacturadas en Cuba les será concedido en el Reino Unido trato en todos respectos no menos favorable que el concedido a mercancías similares producidas o manufacturadas en cualquier país extranjero. La frase „país extranjero" en relación con en Reino Unido significa un país que no sea un territorio bajo la soberanía, suzeranía, protección o mandato de Su

of His Majesty the King of Great Britain, Ireland and the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India.

Article 3.

1. Goods of the kinds mentioned in Schedule A of this Agreement*) produced or manufactured in the United Kingdom will, on importation into Cuba, be accorded the tariff treatment there specified as from the date of coming into force of the present Agreement.

2. The Government of Cuba will consider sympathetically such other reasonable rearrangements of the Cuban customs tariff in favour of goods produced or manufactured in the United Kingdom, as the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland may from time to time suggest can be harmonised with the existing international obligations of Cuba in the matter of customs tariffs.

Article 4.

The Government of Cuba agree not to subject British insurance enterprises to legislation imposing conditions which are in any respect more onerous than those already applying to the conduct of their Cuban business.

Article 5.

1. The Government of Cuba, recognising the great importance of railways in the national economy of Cuba, desire to facilitate their better working. They recognise the special necessity of alleviating the

Majestad el Rey del Reino Unido de la Gran Bretaña e Irlanda y de los Dominios Británicos allende los Mares, Emperador de la India.

Artículo 3.

1. A las mercancías de las clases mencionadas en el Anexo A*) de este Convenio, producidas o manufacturadas en el Reino Unido, les será concedido, a su importación en Cuba, el trato arancelario allí especificado, a contar de la fecha en que sea puesto en vigor el presente Convenio.

2. El Gobierno de Cuba considerará con simpatía los otros nuevos arreglos razonables del Arancel de Aduanas cubano en favor de las mercancías producidas o manufacturadas en el Reino Unido, que el Gobierno del Reino Unido de la Gran Bretaña e Irlande del Norte de tiempo en tiempo sugiera puedan ser armonizados con las obligaciones internacionales de Cuba en materia de Aranceles de Aduanas.

Artícula 4.

El Gobierno de Cuba conviene en no someter a las empresas de seguros británicas a legislación que imponga condiciones que en cualquier respecto sean más onerosas que las que ya se apliquen a la realización de sus negocios cubanos.

Artículo 5.

1. El Gobierno de Cuba, reconociendo la gran importancia de los ferrocarriles en la economía nacional de Cuba, desea facilitar su mejor funcionamiento. Reconoce la especial necesidad de aliviar la si-

*) Non reproduit.

position of the United Railways of Havana, and have initiated with the United Railways of the Havana and Regla Warehouses, Limited, the discussion of an Agreement to that end, of which the Government of the United Kingdom have taken note.

2. The Government of Cuba undertake to consider sympathetically the requests put forward to the same end in a memorandum handed to the President of the Republic of Cuba by the General Manager of the company on the 5th February, 1936.

Article 6.

The Cuban Government will permit British interests rendering services in Cuba to have in their employment a reasonable number of foreigners in technical or supervisory positions.

Article 7.

1. The present Agreement shall be ratified and ratifications shall be exchanged as soon as possible.

2. It shall come into force on the date of the exchange of ratifications and shall remain in force until the 31st December 1937.

3. In case neither of the Contracting Governments shall have given notice to the other three months before the said date of their intention to terminate the Agreement, it shall remain in force until the expiration of three months from the date on whith either Contracting Government shall have given to the other notice of termination through the diplomatic channel.

tuación de los Ferrocarriles Unidos de la Habana, y a ese fin ha iniciado con los Ferrocarriles Unidos de la Habana y Almacenes de Regla, Limitada, la discusión de un convenio, de lo que ha tomado nota el Gobierno del Reino Unido.

2. El Gobierno de Cuba se obliga a considerar con simpatía las solicitudes que le fueron presentadas al mismo fin en un memorandum entregado al Presidente de la República de Cuba por el Administrador General de la Compañia el día 5 de Febrero de 1936.

Artículo 6.

El Gobierno de Cuba permitirá a los intereses británicos que prestan servicios en Cuba emplear en sus negocios un número razonable de extranjeros en trabajos técnicos o de supervisión.

Artículo 7.

1. El presente Convenio será ratificado y las ratificaciones serán canjeadas en Londres tan pronto como sea posible.

2. Será puesto en vigor en la fecha del canje de las ratificaciones y permanecerá en vigor hasta el día treinta y uno de Diciembre de Mil novecientos treinta y siete.

3. En caso de que ninguno de los Gobiernos contratantes haya dado aviso al otro tres meses antes de dicha fecha de su intención de terminar el Convenio, permanecerá en vigor hasta el vencimiento de tres meses a contar de la fecha en que cualquiera de los Gobiernos contratantes haya dado al otro, por conducto diplomático, aviso de su terminación.

4. The Government of Cuba reserve the right, notwithstanding anything in paragraph 3 above, to terminate the present Agreement on three months' notice at any time, should the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland increase the differences which existed on the 1st May, 1936, between the tariff rates applicable in the United Kingdom to sugar and tobacco, the produce of Cuba, on the one hand, and to sugar and tobacco, the produce of any territory under the sovereignty, suzerainty, protection or mandate of His Majesty the King of Great Britain, Ireland and the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, on the other hand.

5. The Government of the United Kingdom reserve the right, notwithstanding anything in paragraph 3 above, to terminate the present Agreement on three months' notice at any time, should the Government of Cuba increase the differences which existed on the 1st May, 1936, between the treatment (including consular invoice fees) accorded to goods, the produce or manufacture of the United Kingdom, on the one hand, and the treatment (including consular invoice fees) accorded to similar goods, produced or manufactured in the United States of America, on the other hand.

In witness whereof the abovementioned Plenipotentiaries have signed the present Agreement and have affixed thereto their seals.

Done at Havana, Republic of Cuba, on the 19th day of February,

4. El Gobierno de Cuba se reserva el derecho, no obstante cuanto se disponga en el precedente párrafo 3, de terminar el presente Convenio previo aviso dado en cualquier tiempo con tres meses de anticipación, si el Gobierno del Reino Unido de la Gran Bretaña e Irlanda del Norte aumentase las diferencias que existían en primero de Mayo de 1936, entre los tipos del Arancel aplicable en el Reino Unido al azúcar y el tabaco producidos en Cuba, por una parte, y al azúcar y el tabaco producidos en cualquier territorio bajo la soberanía, suzeranía, protección o mandato de Su Majestad el Rey de la Gran Bretaña, Irlanda y los Dominios Británicos allende los Mares, Emperador de la India, por la otra parte.

5. El Gobierno del Reino Unido se reserva el derecho, no obstante cuanto se disponga en el precedente párrafo 3, de terminar el presente Convenio, previo aviso dado en cualquier tiempo con tres meses de anticipación, si el Gobierno de Cuba aumentase las diferencias que existían en primero de Mayo de 1936, entre el trato (incluyendo los derechos sobre facturas consulares) concedido a mercancías producidas o manufacturadas en el Reino Unido, por una parte, y el trato (incluyendo derechos sobre facturas consulares) concedido a mercancías similares producidas o manufacturadas en los Estados Unidos de América, por la otra parte.

En testimonio de lo cual los antes mencionados Plenipotenciarios han firmado el presente Convenio y han fijado al mismo sus sellos.

Hecho en la Habana, República de Cuba, el día diez y nueve de Fe-

nineteen hundred and thirty-seven, in duplicate, in English and Spanish, both texts being equally authentic.

(L. S.) *Thomas Maitland Snow.*
(L. S.) *Raf. Montalvo.*

brero de Mil novecientos treinta y siete, por duplicado en español e inglés, siendo ambos textos igualmente auténticos.

(L. S.) *Raf. Montalvo.*
(L. S.) *Thomas Maitland Snow.*

Protocol of Signature.

At the moment of signing the Agreement of this day's date, the undersigned Plenipotentiaries have agreed as follows:—

This Agreement shall enter into force provisionally from the date of signature, provided, however, that at any time before the exchange of ratifications of the Agreement either Contracting Government may terminate the provisional application of the Agreement by giving three months' notice to that effect to the other Contracting Government.

Thomas Maitland Snow.
Raf. Montalvo.

Protocolo de Firma.

En el momento de firmar el Convenio del día de la fecha, los Plenipotenciarios que suscriben han convenido lo siguiente:

Este Convenio se pondrá en vigor provisionalmente desde la fecha de su firma, disponiendo, no obstante, que en cualquier momento antes del canje de las ratificaciones del Convenio, cualquiera de los Gobiernos Contratantes podrá terminar la aplicación provisional del Convenio, previo aviso dado con tres meses de anticipación, a ese efecto, al otro Gobierno Contratante.

Raf. Montalvo.
Thomas Maitland Snow.

Exchange of Notes.

No. 1.

The Cuban Secretary of State to His Majesty's Minister at Havana.

La Habana, febrero 19 de 1937.

Señor Ministro:

En el curso de las negociaciones del Convenio Comercial que en el día de hoy ha sido firmado en representación de nuestros respectivos Gobiernos, Vuestra Excelencia expresó el deseo de que al Gobierno de Su Majestad en el Reino Unido le fuera dada una garantía respecto al trato en Cuba a los buques británicos, sus cargamentos y pasajeros. En contestación a esta solicitud, mi Gobierno me ha autorizado para que informe a Vuestra Excelencia que, durante la vigencia del Convenio Comercial de referencia, no tomará resolución alguna que perjudique la presente situación de los buques británicos, sus cargamentos o pasajeros, en comparación con la de los buques nacionales o la de los buques de cualquier otro país junto con sus cargamentos o pasajeros.

Aprovecho, &c.
Raf. Montalvo.

No. 2.

His Majesty's Minister at Havana to the Cuban Secretary of State.

British Legation,
Havana, February 19, 1937.

Sir,

I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of to-day's date, from which I note that during the currency of the Commercial Agreement which has this day been signed on behalf of our respective Governments, the Cuban Government will take no action which would prejudice the present position of British ships, their cargoes or passengers as compared with that of national ships or the ships of any other country, together with their cargoes or passengers.

I avail, &c.
Thomas Maitland Snow.

113.

CUBA, GRANDE-BRETAGNE.

Accord afin de modifier l'Accord commercial du 19 février 1937;*) conclu par un Echange de Notes signées à La Havane, les 7 et 17 octobre 1939.

Treaty Series No. 2 (1940).

No. 1.

Señor Doctor Miguel Angel Campa to Mr. Grant Watson.

La Habana, 7 de Octubre de 1939.

Señor Ministro:

Tengo la honra de referirme al atento „memorandum" de esa Legación de fecha 4 de febrero del año en curso, por el cual se hace mención de la redacción del „anexo A" del vigente Tratado de Comercio anglo-cubano, para reclamar en favor de los tejidos ingleses de lino y mezclas de lino, blanqueados y semi-blanqueados, la exención en el pago de los recargos que establece el Arancel cubano, por entender que constituyen un gravamen sobre los derechos especificados en dicho Arancel, del que aparecen expresamente liberados los tejidos ingleses en virtud de la estipulación contenida en el mencionado „anexo A".

De acuerdo con el „memorandum" de esa Legación el Gobierno de vuestra Excelencia se limita a solicitar la exención en el pago de los recargos establecidos en la Partida 132 del Arancel de Aduanas cubano destinados a gravar los tejidos aforados por dicha Partida, cuando los

*) V. ci-dessus, No. 112.

mismos han sido blanqueados, medio blanqueados, estampados y teñidos a un solo color o formando listas, cuadras u otros dibujos.

El hecho de tratarse de un asunto de tanta importancia como es la recta interpretación de tratado internacional, una de cuyas cláusulas no aparece lo suficientemente clara como para proceder a su inmediata aplicación en el sentido solicitado, me ha movido a dirigirme personalmente a vuestra Excelencia a fín de procurar un acuerdo entre los dos Gobiernos que aclare la cláusula que hoy ofrece serias dudas a la Administración cubana.

Inmediatamente de entrar en vigor el tratado que nos ocupa, las autoridades de Aduana cubanas, de conformidad con lo dispuesto en el „Anexo A", eximieron a los tejidos ingleses clasificados por la Partida 132 del Arancel del recargo arancelario adicional del 30 por ciento sobre los derechos liquidados, establecidos por la Ley de 9 de agosto de 1932, no procediendo en igual forma con los otros recargos mencionados por vuestra Excelencia en el relacionado „memorandum" de esa Legación, por entender que de acuerdo con la actual redacción del „anexo A" no es posible hacerlo extensivo a dichos recargos.

No obstante, mi Gobierno, deseando propiciar el intercambio comercial anglo-cubano, estará, en principio, de acuerdo con favorecer la importación de tejidos de linos y mezclas de lino fabricados en la Gran Bretaña, eximiendo a los mismos de los recargos por blanqueo, semi-blanqueo, teñido y estampado, recargos que siempre han existido en el Arancel de Aduanas cubano, y que por lo tanto forman parte integrante del mismo, siempre que la redacción del „anexo A" permita a las autoridades de Aduana cubanas eximir a dichos tejidos ingleses de los mencionados recargos.

Con tal fín, me permito sugerir a vuestra Excelencia consulte a su Gobierno si estaría conforme en sustituír la actual redacción del párrafo (1) del „anexo A" del vigente Tratado de Comercio anglo-cubano, por la siguiente:—

Anexo ‚A'.

1. Los tejidos de lino y mezclas de lino fabricados en el Reino Unido, clasificados bajo la Partida 132 del Arancel de Aduanas cubano, estarán exentos del pago de los recargos del 30 por ciento sobre los derechos liquidados, establecido por la Ley de 9 de agosto de 1932; del 15 por ciento por blanqueo o medio blanqueo, establecido en el propio arancel; y del 25 por ciento por estampado, teñidos a un solo color, o formando listas, cuadros u otros dibujos, también establecido en el Arancel de Aduanas cubano, y no estarán sujetos, durante la vigencia de este Tratado, a otros o mayores derechos, cargas o recargos que los actualmente en vigor.

2. A los géneros de lana y mezcla de lana . . . . , &c.

Schedule ‚A'.

1. Linens and linen mixtures of United Kingdom manufacture, classified under Item 132 of the Cuban Customs Tariff, will be

exempted from payment of the 30 per cent. surcharge, over the customs duties imposed, established under Act of the 9th August, 1932; from the 15 per cent. for bleaching or semibleaching established by said Tariff, and form the 25 per cent. for printing, dyeing in one colour only, or forming stripes, squares or other designs, likewise established by the Cuban Customs Tariff, and they will not, during the life of this Agreement, be subject to other or higher duties, charges or surcharges than those now in force.

Con este cambio en la redacción del „anexo A" que pudiera ser virtualizado al comunicarme vuestra Excelencia la conformidad de su Gobierno, las autoridades de Aduanas cubanas quedarían en condiciones de eximir a los tejidos de lino y mezclas de lino fabricados en la Gran Bretaña, de los recargos a que se refiere vuestra Excelencia en el „memorandum" de esa Legación de fecha 4 de febrero del año en curso.

Aprovecho, &c.

Miguel Angel Campa.

No. 2.

Mr. Grant Watson to Señor Doctor Miguel Angel Campa.

Your Excellency, Havana, October 17, 1939.

I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of the 7th instant dealing with the interpretation to be given to paragraph 1 of „Schedule A" of the Anglo-Cuban Commercial Agreement of the 19th February, 1937.

I take note of the proposal of your Excellency that a new text in Spanish and in English of paragraph 1 of „Schedule A" be substituted for the present text of that paragraph. The new text reads as follows:—

Schedule ‚A'.

1. Linens and linen mixtures of United Kingdom manufacture, classified under Item 132 of the Cuban Customs Tariff, will be exempted from payment of the 30 per cent. surcharge, over the customs duties imposed, established under Act of the 9th August, 1932; from the 15 per cent. for bleaching or semibleaching established by said Tariff, and from the 25 per cent. for printing, dyeing in one colour only, or forming stripes, squares or other designs, likewise established by the Cuban Customs Tariff, and they will not, during the life of this Agreement, be subject to other or higher duties, charges or surcharges than those now in force.

Anexo ‚A' [v. supra].

Under instructions from His Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs, I have the honour to inform your Excellency that His Majesty's Government agree to the modification of the Convention in these terms.

I avail, &c.

H. A. Grant Watson.

114.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, SALVADOR.

Accord commercial; signé à San Salvador, le 19 février 1937.

Executive Agreement Series, No. 101.

Commercial Agreement celebrated between the United States of America and El Salvador 1937.

The President of the United States of America and the President of the Republic of El Salvador, desiring to strengthen the traditional bonds of friendship between the two countries by maintaining the principle of equality of treatment as the basis of commercial relations and by granting mutual and reciprocal advantages for the promotion of trade, have decided to conclude a trade agreement and for that purpose have appointed their Plenipotentiaries as follows:—

The President of the United States of America,

Dr. Frank P. Corrigan, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the Republic of El Salvador;

The President of the Republic of El Salvador,

Dr. Miguel Angel Araujo, Secretary of State for Foreign Affairs.

Who, after having exchanged their full powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following Articles:

Article I.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I annexed to this Agreement*) and made a part thereof, shall, on their importation into the Republic of El Salvador, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under laws of the Republic of El Salvador in force on the day of the signature of this Agreement.

Article II.

Articles the growth, produce or manufacture of the Republic of El Salvador, enumerated and described in Schedule II annexed to this Agreement and made a part thereof, shall, on their importation into the United States of America, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth in the said Schedule. The said articles shall also be exempt from all other duties, taxes, fees, charges or exactions, imposed

---

*) Les Annexes ne sont pas reproduites.

on or in connection with importation, in excess of those imposed on the day of the signature of this Agreement or required to be imposed thereafter under the laws of the United States of America in force on the day of the signature of this Agreement.

As long as there remain operative the quota provisions of the Act entitled „An Act To include sugar beets and sugarcane as basic agricultural commodities under the Agricultural Adjustment Act, and for other purposes", approved by the President of the United States of America on May 9, 1934, as modified and extended by Public Resolution No. 109, approved June 19, 1936, or the quota provisions of any similar Act which also provides for not charging to the quota of any country sugar with respect to which a drawback of duty is allowed for such country, any sugar imported into the United States of America from the Republic of El Salvador with respect to which a drawback of duty is allowed, under the provisions of Section 313 of the Tariff Act of 1930, shall not be charged against the quota established by the Secretary of Agriculture of the United States of America for the Republic of El Salvador.

Article III.

The United States of America and the Republic of El Salvador agree that the notes included in Schedule I and II are hereby given force and effect as integral parts of this Agreement.

Article IV.

Articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the Republic of El Salvador, shall, after importation into the other country, be exempt from all internal taxes, fees, charges or exactions other or higher than those payable on like articles of national origin or any other foreign origin.

Article V.

In respect of articles the growth, produce or manufacture of the United States of America or the Republic of El Salvador, enumerated and described in Schedules I and II, respectively, imported into the other country, on which ad valorem rates of duty, or duties based upon or regulated in any manner by value, are or may be assessed, it is understood and agreed that the bases and methods of determining dutiable value and of converting currencies shall be no less favorable to importers than the bases and methods prescribed under laws and regulations of the Republic of El Salvador and the United States of America, respectively, in force on the day of the signature of this Agreement.

Article VI.

1. The United States of America will not impose any prohibition, import or customs quotas, import licenses or any other form of quantitative regulation, whether or not operated in connection with any

agency of centralized control, on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the Republic of El Salvador, enumerated and described in Schedule II; nor will the Republic of El Salvador impose any prohibition, import or customs quotas, import licenses or any other form of quantitative regulation, whether or not operated in connection with any agency of centralized control, on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the United States of America, enumerated and described in Schedule I.

2. The foregoing provision shall not apply to:

(a) Prohibitions or restrictions (1) imposed on moral or humanitarian grounds; (2) designed to protect human, animal or plant life; (3) relating to prison-made goods; or (4) relating to the enforcement of police or revenue laws; or to

(b) Quantitative restrictions in whatever form, imposed by the United States of America or the Republic of El Salvador on the importation or sale of any article the growth, produce or manufacture of the other country, in conjunction with governmental measures operating to regulate or control the production, market supply or prices of like domestic articles, or tending to increase the labor costs of production of such articles. Whenever the Government of either country proposes to establish or change any restriction authorized by this subparagraph, it shall give notice thereof in writing to the other Government and shall afford such other Government an opportunity within thirty days after receipt of such notice to consult with it in respect of the proposed action; and if an agreement with respect thereto is not reached within thirty days following receipt of the aforesaid notice, the Government which proposes to take such action shall be free to do so at any time thereafter, and the other Government shall be free within fifteen days after such action is taken to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

3. It is understood that the provisions of this Article do not affect the application of measures directed against misbranding, adulteration and other fraudulent practices, such as are provided for in the pure food and drug laws of the United States of America, or the application of measures directed against unfair practices in import trade, such as are provided for in Section 337 of the United States Tariff Act of 1930.

Article VII.

1. If the Government of the United States of America or the Republic of El Salvador establishes or maintains any form of quantitative restriction or control of the importation or sale of any article in which the other country has an interest, or imposes a lower import duty or charge on the importation or sale of a specified quantity of any such article than the duty or charge imposed on importations in excess of such quantity, the Government taking such action will:

(a) Give public notice of the total quantity, or any change therein, of any such article permitted to be imported or sold or permitted to be imported or sold at such lower duty or charge, during a specified period:

(b) Allot to the other country for such specified period a share of such total quantity as originally established or subsequently changed in any manner equivalent to the proportion of the total importation of such article which such other country supplied during a previous representative period, unless it is mutually agreed to dispense with such allotment; and

(c) Give public notice of the allotments of such quantity among the several exporting countries, and at all times upon request advise the Government of the other country of the quantity of any such article the growth, produce or manufacture of each exporting country which has been imported or sold or for which licenses or permits for importation or sale have been granted.

2. Neither the United States of America nor the Republic of El Salvador shall regulate the total quantity of importations into its territory or sales therein of any article in which the other country has an interest, by import licenses or permits issued to individuals or organizations, unless the total quantity of such article permitted to be imported or sold, during a quota period of not less than three months, shall have been established, and unless the regulations covering the issuance of such licenses or permits shall have been made public before such regulations are put into force.

Article VIII.

In the event that the Government of the United States of America or the Government of the Republic of El Salvador establishes or maintains a monopoly for the importation, production or sale of a particular commodity or grants exclusive privileges, formally or in effect, to one or more agencies to import, produce or sell a particular commodity, the Government of the country establishing or maintaining such monopoly, or granting such monopoly privileges, agrees that in respect of the foreign purchases of such monopoly or agency the commerce of the other country shall receive fair and equitable treatment. To this end it is agreed that in making its foreign purchases of any product such monopoly or agency will be influenced solely by those considerations, such as price, quality, marketability, and terms of sale, which would ordinarily be taken into account by a private commercial enterprise interested solely in purchasing such product on the most favorable terms.

Article IX.

The tariff advantages and other benefits provided for in this Agreement are granted by the United States of America and the Republic of El Salvador to each other subject to the condition that if the Government of either country shall establish or maintain, directly or indi-

rectly, any form of control of foreign exchange, it shall administer such control so as to insure that the nationals and commerce of the other country will be granted a fair and equitable share in the allotment of exchange.

With respect to the exchange made available for commercial transactions, it is agreed that the Government of each country shall be guided in the administration of any form of control of foreign exchange by the principle that, as nearly as may be determined, the share of the total available exchange which is allotted to the other country shall not be less than the share employed in a previous representative period prior to the establishment of any exchange control for the settlement of commercial obligations to the nation als of such other country.

The Government of each country shall give sympathetic consideration to any representations which the other Government may make in respect of the application of the provisions of this Article, and if, within thirty days after the receipt of such representations, a satisfactory adjustment hat not been made or an agreement has not been reached with respect to such representations, the Government making them may, within fifteen days after the expiration of the aforesaid period of thirty days, terminate this Article or this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Article X.

With respect to customs duties or charges of any kind imposed on or in connection with importation or exportation, and with respect to the method of levying such duties or charges, and with respect to all rules and formalities in connection with importation or exportation, and with respect to all laws or regulations affecting the sale or use of imported goods within the country, any advantage, favor, privilege or immunity which has been or may hereafter be granted by the United States of America or by the Republic of El Salvador to any article originating in or destined for any third country, shall be accorded immediately and unconditionally to the like article originating in or destined for the Republic of El Salvador or the United States of America, respectively.

Article XI.

Laws, regulations of administrative authorities and decisions of administrative or judicial authorities of the United States of America or the Republic of El Salvador, respectively, pertaining to the classification of articles for customs purposes or to rates of duty shall be published promptly in such a manner as to enable traders to become acquainted with them. Such laws, regulations and decisions shall be applied uniformly at all ports of the respective country, expect as otherwise specifically provided in statutes of the United States of America relating to articles imported into Puerto Rico.

No administrative ruling by the United States of America or the Republic of El Salvador effecting advances in rates of duties or in charges applicable under an established and uniform practice to imports originating in the territory of the other country, or imposing any new requirement with respect to such importations, shall be effective retroactively or with respect to articles either entered for or withdrawn for consumption prior to the expiration of thirty days after the date of publication of notice of such ruling in the usual official manner. The provisions of this paragraph do not apply to administrative orders imposing anti-dumping duties, or relating to regulations for the protection of human, animal, or plant life, or relating to public safety, or giving effect to judicial decisions.

Article XII.

In the event that a wide variation occurs in the rate of exchange between the currencies of the United States of America and the Republic of El Salvador, the Government of either country, if it considers the variation so substantial as to prejudice the industries or commerce of the country, shall be free to propose negotiations for the modification of this Agreement or to terminate this Agreement in its entirety on thirty days' written notice.

Article XIII.

Greater than nominal penalties will not be imposed in the United States of America or in the Republic of El Salvador upon importations of articles the growth, produce or manufacture of the other country because of errors in documentation obviously clerical in origin.

The Government of each country will accord sympathetic consideration to, and when requested will afford adequate opportunity for consultation regarding such representations as the other Government may make with respect to the operation of customs regulations, quantitative restrictions or the administration thereof, the observance of customs formalities, and the application of sanitary laws and regulations for the protection of human, animal, or plant life.

Article XIV.

Except as otherwise provided in the second paragraph of this Article, the provisions of this Agreement relating to the treatment to be accorded by the United States of America or by the Republic of El Salvador, respectively, to the commerce of the other country, shall not apply to the Philippine Islands, the Virgin Islands, American Samoa, the Island of Guam, or to the Panama Canal Zone.

Subject to the reservations set forth in the third, fourth, and fifth paragraphs of this Article, the provisions of Article X shall apply to articles the growth, produce or manufacture of any territory under the sovereignty or authority of the United States of America or of the Republic of El Salvador, imported from or exported to any terri-

tory under the sovereignty or authority of the other country. It is understood, however, that the provisions of this paragraph do not apply to the Panama Canal Zone.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America or by the Republic of El Salvador to adjacent countries in order to facilitate frontier traffic, and advantages resulting from a customs union to which either the United States of America or the Republic of El Salvador may become a party, shall be excepted from the operation of this Agreement.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panama Canal Zone to one another or to the Republic of Cuba shall be excepted from the operation of this Agreement. The provisions of this paragraph shall continue to apply in respect of any advantages now or hereafter accorded by the United States of America, its territories or possessions or the Panama Canal Zone to the Philippine Islands irrespective of any change in the political status of the Philippine Islands.

The advantages now accorded or which may hereafter be accorded by the Republic of El Salvador to the commerce of Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua or Panama, so long as any special treatment accorded to the commerce of those countries or any of them by the Republic of El Salvador is not accorded to any other country, shall be excepted from the operation of this Agreement.

Unless otherwise specifically provided in this Agreement, the provisions thereof shall not be construed to apply to police or sanitary regulations; and nothing in this Agreement shall be construed to prevent the adoption of measures prohibiting or restricting the exportation of gold or silver, or to prevent the adoption of such measures as either Government may see fit with respect to the control of the export or sale for export of arms, munitions, or implements of war, and, in exceptional circumstances, all other military supplies.

Article XV.

In the event that the Government of the United States of America or the Government of El Salvador adopts any measure which, even though it does not conflict with the terms of this Agreement, is considered by the Government of the other country to have the effect of nullifying or impairing any object of the Agreement, the Government which has adopted any such measure shall consider such representations and proposals as the other Government may make with a view to effecting a mutually satisfactory adjustment of the matter.

Article XVI.

Nothing in this Agreement shall be deemed to affect the rights and obligations arising out of the Treaty of Friendship, Commerce and Consular Rights signed at San Salvador on February 22, 1926.

Article XVII.

The present Agreement shall come into full force on the thirtieth day following proclamation thereof by the President of the United States of America and the President of the Republic of El Salvador, or should the proclamations be issued on different days, on the thirthieth day following the date of the later in time of such proclamations, and shall remain in force for the term of three years thereafter, unless terminated pursuant to the provisions of Article VI, Article IX, or Article XII. The Government of each country shall notify the Government of the other country of the date of its proclamation.

Unless at least six months before the expiration of the aforesaid term of three years the Government of either country shall have given to the other Government notice of intention to terminate this Agreement upon the expiration of the aforesaid term, the Agreement shall remain in force thereafter, subject to termination under the provisions of Article VI, Article IX, or Article XII, until six months from such time as the Government of either country shall have given notice to the other Government.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Agreement and have affixed their seals hereto.

Done in quadruplicate: two copies in English and two in Spanish, all four authentic, at the City of San Salvador this nineteenth day of February, nineteen hundred and thirty-seven.

For the President of the United States of America:
[seal] *Frank P. Corrigan.*

For the President of the Republic of El Salvador:
[seal] *Miguel Angel Araujo.*

Convenio comercial celebrado entre los Estados Unidos de America y el Salvador 1937.

El Presidente de los Estados Unidos de América y el Presidente de la República de El Salvador, deseosos de estrechar los vínculos de amistad entre ambos países por medio del mantenimiento del principio de igualdad de trato como base de relaciones comerciales y por la concesión de ventajas mutuas y recíprocas para la promoción del comercio, han decidido concluir un Convenio Comercial y para ese fin han designado sus Plenipotenciarios, así:

El Presidente de los Estados Unidos de América,
al Señor Doctor Don Frank Patrick Corrigan, su Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario cerca de la República de El Salvador;

El Presidente de la República de El Salvador,
al Señor Doctor Don Miguel Angel Araujo, Secretario de Estado en el Despacho de Relaciones Exteriores,

Quienes, después de haber canjeado sus plenos poderes, y de encontrarlos en buena y debida forma, han convenido en los siguientes artículos:

Artículo I.

Los artículos cosechados, producidos o fabricados en los Estados Unidos de América, enumerados y descritos en la Lista I, anexa a este Convenio, y del cual es parte integrante, serán eximidos, a su importación en la República de El Salvador, de los derechos aduaneros ordinarios que excedan a los especificados en dicha Lista. También a dichos artículos se les concederá exención de cualesquiera otros derechos, impuestos, contribuciones, cargas o exacciones sobre o relacionados con las importaciones, que sean en exceso de los que rigen en el día de la firma de este Convenio o de los que han de regir en lo sucesivo conforme a las leyes de la República de El Salvator vigentes en el día de la firma de este Convenio.

Artículo II.

Los artículos cosechados, producidos o fabricados en la República de El Salvador, enumerados y descritos en la Lista II, anexa a este Convenio, y del cual es parte integrante, serán eximidos, a su importación en los Estados Unidos de América, de los derechos aduaneros ordinarios que excedan a los especificados en dicha Lista. También a dichos artículos se les concederá exención de cualesquiera otros derechos, impuestos, contribuciones, cargas o exacciones, sobre o relacionados con las importaciones, que sean en exceso de los que rigen en el día de la firma de este Convenio o de los que han de regir en lo sucesivo conforme a las leyes de los Estados Unidos de América, vigentes en el día de la firma de este Convenio.

Mientras estén vigentes las disposiciones sobre cuotas de la llamada „Ley para incluir remolachas y caña de azúcar como artículos agrículas básicos, conforme la Ley sobre Arreglo Agrónomo, y para otros propósitos", aprobada por el Presidente de los Estados Unidos el 9 de mayo de 1934, modificada y prorrogada por la Resolución Pública No. 109, aprobada el 19 de junio de 1936, o las disposiciones sobre cuotas de cualquiera ley parecida que también establezcan que no se cargue a la cuota de cualquier país el azúcar que tenga descuento o devolución (drawback) en los derechos de dicho país, cualquier azúcar importado a los Estados Unidos de América de la República de El Salvador, con respecto al cual esté permitido un descuento o devolución (drawback) de derechos de aduana, bajo las disposiciones de la Sección 313 del Tariff Act of 1930, no será cargado en la cuota establecida por el Secretario de Agricultura de los Estados Unidos de América para la República de El Salvador.

Artículo III.

Los Estados Unidos de América y la República de El Salvador convienen en dar a las notas incluidas en las Listas I y II, fuerza y efecto como partes integrantes de este Convenio.

Artículo IV.

Los artículos cosechados, producidos o fabricados en los Estados Unidos de América o en la República de El Salvador estarán exentos, después de su importación en el otro país, de impuestos, contribuciones, cargas o exacciones internas, distintos o mayores que los pagaderos sobre análogos artículos de origen nacional o de cualquier otro origen extranjero.

Artículo V.

Con respecto a los artículos cosechados, producidos o fabricados en los Estados Unidos de América o en la República de El Salvador enumerados y descritos en las Listas I y II, respectivamente, que se importen en el otro país, sobre los cuales se imponen o se impusieren derechos ad valorem, o derechos basados sobre el valor o determinados de cualquier manera por él, se entiende y se conviene que las bases y los métodos para determinar el monto imponible y para hacer la conversión de la moneda, no serán, de ninguna manera, menos favorables a los importadores que las bases y los métodos prescritos por las leyes y reglamentos de la República de El Salvador y de los Estados Unidos de América, respectivamente, vigentes en el día de la firma de este Convenio.

Artículo VI.

1. Los Estados Unidos de América no impondrá prohibición alguna, ni cuotas de importación o aduaneras, permisos de importación o cualquiera otra forma de régimen cuantitativo, sea que éste opere o no en conexión con agencias de control centralizado, sobre la importación o venta de ningún artículo cosechado, producido o fabricado en la República de El Salvador, enumerado y descrito en la Lista II; ni la República de El Salvador impondrá clase alguna de prohibiciones, cuotas de importación o aduaneras, permisos de importación o cualquiera otra forma de régimen cuantitativo, sea que éste opere o no en conexión con agencias de control centralizado, sobre la importación o venta de ningún artículo cosechado, producido o fabricado en los Estados Unidos de América, enumerado y descrito en la Lista I.

2. La disposición precedente no se aplicará a:

a) Las prohibiciones o restricciones: 1) con finalidades morales o humanitarias; 2) destinadas a la protección de la vida humana, animal o vegetal; 3) relativas a efectos fabricados en prisiones; 4) relativas al cumplimiento de leyes policiacas o fiscales; ni a

b) Las restricciones cuantitativas en cualquier forma impuestas por los Estados Unidos de América o por la República de El Salvador sobre importación o venta de cualquier artículo cosechado, producido o fabricado en el otro país, en conexión con medidas gubernativas destinadas a regularizar o controlar la producción, el abastecimiento del mercado, o los precios de artículos nacionales análogos, o tendientes a aumentar el costo del trabajo de producción de dichos artículos. En caso de que el Gobierno de uno u otro de los dos países se proponga establecer o modi-

ficar cualquiera restricción autorizada por este inciso, dará aviso de ello al otro Gobierno, por escrito, y comunicará también, a éste, la oportunidad, dentro de treinta días después del recibo de dicho aviso, para consultar con él respecto a la acción propuesta; y si no se llega a un acuerdo con respecto a esa acción dentro de treinta días después del recibo del aviso mencionado, el Gobierno que se proponga iniciar tal acción, tendrá la libertad de realizarla en cualquier momento, y el otro Gobierno podrá, dentro de los quince días de consumada la acción, quedar también en libertad de dar por terminado este Convenio, por completo, previo aviso, por escrito, con treinta días de anticipación.

3. Queda convenido que las disposiciones de este Artículo no afectan la aplicación de medidas dirigidas contra la falsificación de marcas, adulteración y otras prácticas fraudulentas, tales como las que se prescriben en las leyes de alimentos y drogas de los Estados Unidos de América, ni la aplicación de medidas dirigidas contra prácticas injustas en el comercio de importación, como las prescritas en la Sección 337 de la Ley Arancelaria de 1930 de los Estados Unidos de América.

Artículo VII.

1. Si el Gobierno de los Estados Unidos de América o el de la República de El Salvador establece o mantiene cualquiera clase de restricción cuantitativa o de control sobre la importación o venta de cualquier artículo en el cual el otro país esté interesado, o impone una tasa o contribución más baja sobre la importación o venta de una cantidad determinada de ese artículo que la tarifa o contribución que esté establecida sobre importaciones que sean en exceso de tal cantidad, el Gobierno que así actúe deberá:

a) Dar aviso público de la cantidad total o de cualquier cambio en ella en cuanto a cualquiera de dichos artículos cuya venta o importación sea permitida o los cuales puedan ser importados o vendidos con tal rebaja de tarifa durante un determinado período;

b) Asignar al otro país durante ese determinado período una porción de aquella cantidad total, tal como ésta hubiera sido originalmente establecida o como se hubiera modificado posteriormente en algún modo, equivalente a la proporción de la importación total de ese artículo que ese otro país haya estado proveyendo durante un período representativo anterior, a menos que se convenga mutuamente dispensar tal asignación; y

c) Dar aviso público de la asignación hecha entre los diversos países exportadores, y en todo momento, informar al Gobierno del otro país, al requerirlo, acerca de la cantidad de cualquier artículo de los cosechados, producidos o fabricados que haya sido importada o vendida, correspondiente a cada país exportador, o por la cual se hubiera otorgado a éstos autorización o permiso de importar o vender.

2. Ni los Estados Unidos de América ni la República de El Salvador regulará la cantidad total de importaciones a su territorio o de ventas en el mismo por medio de autorizaciones o permisos de importación emi-

tidos a favor de individuos u organizaciones, de ningún artículo en que el otro país esté interesado, a menos que la cantidad total de dicho artículo cuya importación o venta se permita durante un período de cuota no menor de tres meses, haya sido establecida y a menos que los reglamentos a que esté sujeta la emisión de tales autorizaciones o permisos hayan sido hechos públicos antes de entrar en vigencia.

Artículo VIII.

En caso que el Gobierno de los Estados Unidos de América o el Gobierno de la República de El Salvador establezca o mantenga monopolio oficial para la importación, producción o venta de determinado artículo u otorgue derechos exclusivos, de hecho o de derecho, a una o más agencias para la importación, producción y venta de determinado artículo, el Gobierno del país que establezca o mantenga dicho monopolio o que otorgue tales privilegios de monopolio, se compromete, con respecto a las compras extranjeras de tal monopolio o agencias, a tratar al comercio del otro país imparcial y equitativamente. A este fin se conviene en que, al efectuar en el extranjero sus compras de cualquier producto, tal monopolio o agencias se regirán solamente por tales consideraciones de precio, calidad, posibilidades y condiciones de venta, que tomaría en cuenta ordinariamente una empresa privada comercial interesada solamente en comprar tal producto bajo las condiciones más favorables.

Artículo IX.

Los Estados Unidos de América y la República de El Salvador se conceden mutuamente las ventajas aduaneras y demás beneficios estipulados en este Convenio, sujetos a la condición de que si el Gobierno de uno u otro país estableciere o mantuviere directa o indirectamente cualquiera forma de control sobre el cambio extranjero, administrará tal control de manera que los nacionales y el comercio del otro país tengan la seguridad de que les corresponda una porción justa y equitativa en la asignación del cambio.

Respecto al cambio aprovechable para las transacciones comerciales, se acuerda que el Gobierno de uno u otro país se regirá en la administración de cualquier forma de control sobre el cambio por el principio de que, lo más aproximadamente posible, la porción del total de cambio disponible que se asigne al otro país no será menor que la porción empleada en un período representativo anterior al establecimiento de cualquier control de cambio, para la liquidación de obligaciones comerciales a favor de nacionales de tal otro país.

El Gobierno de cada país prestará consideración amistosa a cualesquiera representaciones que pueda hacer el otro Gobierno respecto a la aplicación de las disposiciones de este artículo; y si, dentro de treinta días a partir del recibo de tales representaciones, no se hubiere llegado a una solución satisfactoria ni a un acuerdo con respecto a ellas, el Gobierno que haya iniciado las mismas, puede, dentro de los quince días

siguientes a la expiración del citado período de treinta días, poner fin a este Artículo o a este Convenio en su totalidad previo aviso por escrito con treinta días de anticipación.

Artículo X.

En lo concerniente a derechos aduaneros o gravámenes de cualquier clase, impuestos sobre o en relación con importaciones o exportaciones, y con respecto al método de aplicación de tales derechos o gravámenes, lo mismo que en lo referente a todos los reglamentos y formalidades relacionados con la importación o exportación, y con respecto a todas las leyes o reglamentos que afecten la venta o uso dentro del país, de las mercaderías importadas, cualquier ventaja, favor, privilegio o inmunidad que haya sido o que en lo adelante pueda ser concedido por los Estados Unidos de América o por la República de El Salvador a cualquier artículo originario de, o destinado a un tercer país, deberá ser acordado inmediata e incondicionalmente al artículo análogo originario de o destinado a la República de El Salvador o a los Estados Unidos de América, respectivamente.

Artículo XI.

Las leyes, los reglamentos de las autoridades administrativas y las decisiones de las autoridades administrativas o judiciales de los Estados Unidos de América o de la República de El Salvador, respectivamente, relativos a la clasificación de artículos para fines aduaneros o tasa de derechos, se publicarán en forma tal que los comerciantes puedan oportunamente enterarse de ellos. Tales leyes, reglamentos y decisiones se aplicarán con uniformidad en todos los puertos del país respectivo, excepto las disposiciones específicas contenidas en estatutos de los Estados Unidos de América en cuanto se refieren a artículos importados a Puerto Rico.

Ningún decreto administrativo promulgado por los Estados Unidos de América o por la República de El Salvador que aumente la tasa de derechos o las cargas aplicables en conformidad con una práctica uniforme establecida sobre importaciones originarias del territorio del otro país, o que exija algún nuevo requisito para tales importaciones, tendrá efecto retroactive; asimismo no deberá aplicarse tal disposición a artículos introducidos al país o retirados de la Aduana para el consumo con anterioridad a la expiración de un plazo de treinta días a contar de la fecha de publicación del aviso de tal decreto en la forma oficial acostumbrada. Las disposiciones de este párrafo no son aplicables a órdenes administrativas que establezcan derechos contra el „dumping", ni a las que se refieran a disposiciones para la protección de la vida humana, animal o vegetal, a la seguridad pública, o que den efecto a sentencias judiciales.

Artículo XII.

En caso de gran fluctuación en el tipo de cambio entre la moneda de los Estados Unidos de América y la de la República de El Salvador,

el Gobierno de cualquiera de las Partes Contratantes, si estimare dicha fluctuación de tal grado que perjudicare las industrias o el comercio de su país, estará en libertad para iniciar gestiones tendientes a modificar este Convenio, o para poner fin al mismo en su totalidad, previo aviso por escrito con treinta días de anticipación.

Artículo XIII.

No se impondrán en los Estados Unidos de América ni en la República de El Salvador, sobre la importación de artículos cosechados, producidos, manufacturados o fabricados en el otro país, más que multas nominales con motivo de errores de documentación que patentemente se deban a la simple escritura, o sean lapsus plumae o lapsus machinae.

El Gobierno de cada una de las Partes Contratantes prestará oportuna consideración amistosa a las representaciones que el otro Gobierno pueda hacerle respecto al funcionamiento de las disposiciones aduaneras, restricciones cuantitativas o la administración de las mismas, cumplimiento de formalidades aduaneras y aplicación de leyes sanitarias y reglamentaciones para la protección de la vida humana, animal o vegetal.

Artículo XIV.

Con excepción de lo estipulado en contrario en el segundo párrafo de este artículo, las disposiciones del presente Convenio referentes al tratamiento otorgado por los Estados Unidos de América o por la República de El Salvador, respectivamente, al comercio del otro país, no serán aplicables a las Islas Filipinas, las Islas Vírgenes, la Samoa americana, la Isla Guam ni a la Zona del Canal de Panamá.

Con sujeción a las reservas expresadas en los párrafos tercero, cuarto, y quinto de este Artículo, las estipulaciones del Artículo X serán aplicables a artículos cosechados, producidos o fabricados en cualquier territorio bajo la soberanía o jurisdicción de los Estados Unidos de América o de la República de El Salvador, importados de o exportados a cualquier territorio bajo la soberanía o jurisdicción del otro país. Es entendido, sin embargo, que las disposiciones de este párrafo no son aplicables a la Zona del Canal de Panamá.

Las ventajas que se extienden o que puedan ser extendidas por los Estados Unidos de América o por la República de El Salvador a países contiguos para facilitar el tráfico fronterizo, y las ventajas obtenidas de una unión aduanera de la cual los Estados Unidos de América o la República de El Salvador puedan formar partes, serán exceptuadas de este Convenio.

Las ventajas ahora extendidas o que puedan extenderse en lo sucesivo por los Estados Unidos de América, sus territorios y posesiones o la Zona del Canal de Panamá entre sí, o a la República de Cuba, se exceptuarán de este Convenio. Las disposiciones de este párrafo continuarán en vigor con respecto a cualquiera ventaja extendida o que pueda extenderse en lo sucesivo por los Estados Unidos de América, sus terri-

torios o posesiones o la Zona del Canal de Panamá, a las Islas Filipinas, prescindiendo de cualquier cambio en el status político de las Islas Filipinas.

Se exceptuarán de los efectos de este Convenio las ventajas acordadas o que después acuerde la República de El Salvador al comercio de Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua y Panamá mientras tales ventajas no se concedan a cualquier otro país.

Salvo expecíficas disposiciones en contrario de este Convenio, las estipulaciones del mismo no se interpretarán como aplicables a los reglamentos sanitarios y policiacos y nada de este Convenio se interpretará como contrario a la adopción de medidas que prohiban o restrinjan la exportación de oro o plata, o a la adopción de las medidas que cualquiera de los Gobiernos contratantes crea necesarias para controlar la exportación o venta de armas, municiones o implementos de guerra, y, en circunstancias excepcionales, de todo otro material necesario para la guerra.

Artículo XV.

En caso de que el Gobierno de los Estados Unidos de América o el Gobierno de la República de El Salvador adopte medida alguna que, aun cuando no esté en conflicto con los términos de este Convenio, según la opinión del Gobierno del otro país, tenga el efecto de invalidar o perjudicar cualquiera finalidad de este Convenio, el Gobierno que haya adoptado tal medida considerará las representaciones y proposiciones que el otro Gobierno pueda hacer con el objeto de efectuar un arreglo mutuamente satisfactorio de ese asunto.

Artículo XVI.

Nada de lo expresado en este Convenio se interpretará de tal manera que afecte los derechos y las obligaciones provenientes del Tratado de Amistad, Comercio y Prerrogativas Consulares entre los Estados Unidos de América y la República de El Salvador firmado en la ciudad de San Salvador a los veintidós días del mes de febrero de mil novecientos veintiséis.

Artículo XVII.

El presente Convenio entrará en pleno vigor el trigésimo día después de la proclamación del mismo por el Presidente de los Estados Unidos de América y por el Presidente de la República de El Salvador o en el caso de que las proclamaciones fueran promulgadas en diferentes fechas, el trigésimo día después de la fecha de la última proclamación; y quedará en vigor durante los tres años subsiguientes, a menos que sea terminado antes de acuerdo con las disposiciones de los Artículos VI, IX o XII. El Gobierno de cada una de las Partes Contratantes notificará al Gobierno de la otra Parte la fecha de su proclamación.

A no ser que por lo menos seis meses antes de la terminación del precitado plazo de tres años el Gobierno de uno u otro de los dos países le haya notificado al otro su intención de terminar el Convenio al cum-

plirse el antedicho plazo, el Convenio quedará en vigor después de tal fecha, sujeto a ser terminado de acuerdo con las disposiciones de los Artículos VI, IX o XII hasta seis meses a partir de la fecha en que el Gobierno de uno u otro país haya notificado esa determinación al otro Gobierno.

En testimonio de lo cual los respectivos Plenipotenciarios firman y sellan este Convenio.

Hecho en cuadruplicado: dos ejemplares en español y dos en inglés, los cuatro auténticos, en la ciudad de San Salvador, a los diez y nueve días del mes de febrero de mil novecientos treinta y siete.

Por el Presidente de la República de los Estados Unidos de América:
[seal] *Frank P. Corrigan.*

Por el Presidente de la República de El Salvador:
[seal] *Miguel Angel Araujo.*

115.

CANADA, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Arrangement sur l'échange d'informations concernant l'octroi de licenses radiophoniques; conclu par un Echange de Notes signées à Washington du 2 mars au 9 octobre 1937.

Executive Agreement Series, No. 109.

The Minister of Canada (Marler) to the Secretary of State (Hull).

No. 46. Canadian Legation,
Washington, March 2, 1937.

Sir:

I have the honour to refer to the Canadian Legation's Aide Memoire of January 7th, 1937, and the Department of State's reply of January 19th concerning the application of the Power City Broadcasting Corporation and the Niagara Falls Gazette Publishing Company of Niagara Falls, New York, for permission to establish a broadcasting station on a frequency of 630 kilocycles. This exchange of correspondence dealt with the possible interference which might be caused by the proposed station at Niagara Falls to Station CFCO operating on a frequency of 630 kilocycles at Chatham, Ontario.

It may be expected that from time to time the competent authorities of the Government of the United States will receive applications for permission to establish new broadcasting stations on frequency channels shared between Canada and the United States and for alteration in the assignment of such channels. In certain cases the granting of such applications might give rise to interference with Canadian stations operating on the same channel.

I have been instructed to enquire whether the Government of the United States would be agreable to communicating with the Canadian Government in future before issuing licenses for new stations or altering the assignment of frequencies of existing stations on channels now shared between the United States and Canada, in cases where interference might be caused to the free and unrestricted use of such channels in Canada. The purpose of such a notification would be to give an opportunity to the Canadian Government of expressing their views in connection therewith.

I have the honour to be, with the highest consideration, Sir,
Your most obedient, humble servant,

Herbert M. Marler.

The Hon. Cordell Hull, Secretary of State of the United States, Washington, D. C.

The Secretary of State (Hull) to the Minister of Canada (Marler).

Department of State,
Washington, March 10, 1937.

Sir:

I have received your note of March 2, 1937, inquiring whether the Government of the United States would be agreeable to communicating with the Canadian Government in the future before issuing licenses for new stations or altering the assignment of frequencies of existing stations on channels now shared between the United States and Canada, in cases where interference might be caused to the free and unrestricted use of such channels in Canada.

In reply I take pleasure in informing you that a copy of the note under acknowledgment is being transmitted to the Chairman of the Federal Communications Commission. As soon as a reply shall have been received from Mr. Prall, I shall not fail to communicate with you again concerning this matter.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

For the Secretary of State:
R. Walton Moore.

The Honorable Sir Herbert Marler, P. C., K. C. M. G., Minister of Canada.

The Secretary of State (Hull) to the Minister of Canada (Marler).

Department of State,
Washington, August 17, 1937.

Sir:

Reference is made to your note of March 2, 1937, and my reply of March 10, 1937, in regard to the communication by the United States to the Canadian Government of information concerning the prospec-

tive issuance of new radio licenses or the possible alteration of frequencies which may affect the use in Canada of the radio channels involved.

The Government of the United States is prepared to communicate with the Canadian Government regarding proposed action on all applications for new or additional broadcast facilities which may involve interference with existing Canadian stations, provided the Canadian Government will likewise inform the Government of the United States of any new or additional facilities for broadcast stations for which application has been made to it and which may involve interference with existing stations in the United States.

It should be understood in this connection that the determination of interference would be made by means of the current mileage separation tables published by the Federal Communications Commission of this Government or from field intensity measurements combined with mutually agreeable standards of allocation.

I shall appreciate a statement of your Government's acquiescence in the proposed arrangement and an indication of the date upon which it is to be made effective.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

For the Secretary of State:
R. Walton Moore.

The Honorable Sir Herbert Marler, P. C., K. C. M. G., E. E. and M. P., Minister of Canada.

The Chargé d'Affaires ad interim of Canada (Wrong) to the Secretary of State (Hull).

No. 185: Canadian Legation,
Washington, September 8, 1937.

Sir:

I have the honour to refer to your note of August 17, 1937 in which you replied to the suggestion made in this Legation's note No. 46 of March 2, 1937, with regard to informing the Government of Canada concerning the prospective issuance of new radio licenses or the possible alteration of frequencies which might affect the use in Canada of the radio channels involved.

I am now instructed to inform you that the Government of Canada agree in principle with the views expressed in your note of August 17 and are prepared to exchange information with the Government of the United States, commencing immediately, in the matter of any new or additional broadcast facilities which may involve interference with existing stations.

With reference to the third paragraph of your note, it is assumed that it will be understood that, in the event of an agreement being signed

as a result of the forthcoming Conference in Havana, the use of shared waves and the methods of determining interference shall be governed by such agreement.

I have the honour to be, with the highest consideration, Sir,
Your most obedient, humble servant,

H. H. Wrong,
Chargé d'Affaires.

The Hon. Cordell Hull, Secretary of State of the United States,
Washington, D. C.

The Acting Secretary of State (Moore) to the Chargé d'Affaires ad interim of Canada (Wrong).

Department of State,
Washington, September 20, 1937.

Sir:

I have received your note of September 8, 1937 in further relation to the communication by the United States to the Canadian Government of any information concerning the prospective issuance of new radio licenses or the possible alteration of frequencies which may affect the use in Canada of the radio channels involved. I have duly noted that the Government of Canada agrees in principle with the views expressed in my note of August 17, 1937, and that it is prepared to exchange information with the Government of the United States, commencing immediately, in the matter of any new or additional broadcast facilities which may involve interference with existing stations.

I am sending a copy of your note under acknowledgment to the Federal Communications Commission with a request that I be advised concerning the inquiry contained in the third paragraph of your note with regard to the use of shared waves and the methods of determining interference. A soon as I receive a reply from the Commission, I shall communicate with you again.

Accept, Sir, the renewed assurances of my high consideration.

R. Walton Moore,
Acting Secretary of State.

Mr. Hume Wrong, Chargé d'Affaires ad interim of Canada.

The Secretary of State (Hull) to the Minister of Canada (Marler).

Department of State,
Washington, October 9, 1937.

Sir:

I refer to a note of September 8, 1937, from your Legation, and my reply of September 20, 1937, in further relation to the communi-

cation by the United States to the Canadian Government, on a reciprocal basis, of information concerning the prospective issuance of new radio licenses or the possible alteration of frequencies which may affect the use in Canada of the radio channels involved, and now advise you that the Department has received a letter from the Federal Communications Commission concerning the inquiry contained in the third paragraph of the note of September 8, in regard to the use of shared waves and the methods of determining interference.

The Commission states that it is in accord with the understanding of your Government that, in the event of an agreement being signed as a result of the forthcoming conference in Habana, the use of shared waves and the methods of determining interference shall be governed by such agreement. The Commission adds that in the meantime it is felt that the determination of the interference should be made by the current mileage separation tables published by the Commission or from field intensity measurements combined with mutually agreeable standards of allocation.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

For the Secretary of State:
R. Walton Moore.

The Honorable Sir Herbert Marler, P. C., K. C. M. G., Minister of Canada.

116.

SUISSE.

Concordat concernant l'assistance au domicile; approuvé par le Consul fédéral le 16 juin 1937.*)**)

Eidgenössische Gesetzsammlung 1937, No. 25.

Konkordat über die wohnörtliche Unterstützung.

Artikel 1.

1. Das Konkordat setzt bei einer bestimmten Dauer des Wohnsitzes die wohnörtliche Unterstützung an die Stelle der auf dem Grundsatz der heimatlichen Fürsorge beruhenden bundesrechtlichen Regelung. Der Wohnkanton verzichtet in den dem Konkordat unterstellten Fällen darauf, dem Unterstützungsberechtigten wegen Inanspruchnahme der öffentlichen Wohltätigkeit die Wohnberechtigung zu entziehen; er unter-

*) Sont Parties au Concordat (état au 30 juin 1937) les Cantons suivants: Zurich, Berne, Lucerne, Uri, Schwyz, Soleure, Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Schaffhouse, Appenzell-Rh. Int., Grisons, Argovie et Tessin.

**) Entré en vigueur le 1er juillet 1937.

stützt ihn vielmehr gleich einem eigenen Bürger und teilt sich in bestimmter Weise mit dem Heimatkanton in die Fürsorgekosten.

2. Die Fälle, in denen die Voraussetzungen dieser konkordatlichen Behandlung nicht zutreffen, bleiben der bundesrechtlichen Regelung unterstellt (Art. 45 und 48 der Bundesverfassung; Bundesgesetz über die Kosten der Verpflegung erkrankter und die Beerdigung verstorbener armer Angehöriger anderer Kantone, vom 22. Juni 1875), unter Vorbehalt von Art. 21 dieses Konkordates.

Artikel 2.

1. Der Konkordatsfall setzt Konkordatswohnsitz voraus. Dieser wird begründet durch tatsächlichen, nicht bloss als vorübergehend gedachten Aufenthalt. Als Wohnsitzbeginn gilt der Zeitpunkt der polizeilichen Anmeldung, sofern der Aufenthalt nicht nachweislich früher oder später begonnen hat.

2. Versorgung in einer Anstalt begründet keinen Konkordatswohnsitz. Der einmal begründete Wohnsitz wird jedoch durch Anstaltsversorgung nicht aufgehoben.

3. Der Konkordatsfall kann erst eintreten nach Ablauf einer Wartefrist von 4 Jahren Konkordatswohnsitz. Diese Wartefrist ist unterbrochen, sobald während insgesamt eines Jahres Armenunterstützung bezogen wurde. Nach jeder Unterbrechung beginnt mit dem Aufhören der Armenunterstützung eine neue Wartefrist.

4. Die Wartefrist wird auch unterbrochen durch Armenunterstützung, die für ein ausserhalb der Unterstützungseinheit (Art. 3, Abs. 1) stehendes Familienglied (Ehefrau oder Kind) geleistet werden muss, weil der unter Wartefrist Stehende seiner Unterstützungspflicht nicht nachkommt.

5. Kein Konkordatsfall entsteht, wenn schon beim Beginn des Wohnsitzes die Erwerbsfähigkeit des Zugezogenen durch körperliche oder geistige Gebrechen derart herabgesetzt war, dass er sich dauernd nicht ohne wesentliche Beihilfe durchzubringen vermag, und ebenso, wenn er das sechzigste Altersjahr überschritten hatte.

6. Das Erfordernis des Ablaufes der Wartefrist fällt dahin, wenn eine Person, die während mindestens 20 Jahren ununterbrochen selbständigen oder unselbständigen Konkordatswohnsitz hatte, aus dem Kanton weggezogen, aber vor Ablauf von zwei Jahren im Alter von über 40 Jahren zurückgekehrt ist und selbständigen Konkordatswohnsitz begründet hat. Das gilt auch dann, wenn der Zurückgekehrte inzwischen das sechzigste Altersjahr überschritten hat oder gebrechlich im Sinne von Abs. 5 dieses Artikels geworden ist.

Artikel 3.

1. In der Regel gehören die Ehefrau und das minderjährige Kind zur Unterstützungseinheit des Familienhauptes (Ehemann, Vater, allenfalls die Mutter), sofern sie auch dessen Kantonsbürgerrecht besitzen.

Sie haben, auch wenn sie sich in einem andern Kanton aufhalten, unselbständigen Konkordatswohnsitz. Die Unterstützungseinheit bildet einen Konkordatsfall, für den der selbständige Konkordatswohnsitz des Familienhauptes massgebend ist. Art. 2, Abs. 5, gilt nur für das Familienhaupt.

2. Die Ehefrau erhält selbständigen Konkordatswohnsitz, wenn die Ehegatten durch rechtskräftiges Urteil geschieden oder getrennt sind oder bei nicht als bloss vorübergehend anzusehendem Getrenntleben. Das letztere führt jedoch nicht zur Aufhebung der Unterstützungseinheit, wenn damit keine wesentliche Lockerung des Ehebandes verbunden ist und die Trennung mehr nur auf dem Zwang äusserer Verhältnisse beruht.

3. Wenn sich der Vater seines ehelichen oder seines mit Standesfolge anerkannten oder zugesprochenen ausserehelichen Kindes in elterlicher Weise annimmt, fällt es unter seine Unterstützungseinheit. Hat jedoch die Mutter selbständigen Konkordatswohnsitz, dann fällt das Kind unter ihre Unterstützungseinheit, wenn sie sich seiner vorwiegend annimmt.

4. Wenn sich eines Kindes weder der Vater noch die Mutter annimmt, hat es selbständigen Konkordatswohnsitz am Orte der Zuständigkeit zur Bevormundung. Selbständigen Konkordatswohnsitz hat auch das selbständig erwerbsfähige Kind.

Artikel 4.

Wenn eine Ehefrau oder ein Kind aus der Unterstützungseinheit ausscheidet und, ohne Wechsel des Wohnkantons, selbständigen Konkordatswohnsitz erhält, gilt folgendes:

a. Bei der Bestimmung der Wohndauer (Art. 5) wird auch der unselbständige Konkordatswohnsitz während der Zugehörigkeit zur Unterstützungseinheit zugerechnet, und ebenso jeder frühere selbständige oder unselbständige Konkordatswohnsitz, sofern der Wohnsitz im gleichen Kanton nicht unterbrochen wurde. Weiter zurück als bis zur Geburt kann die Zurechnung nicht gehen. Bei der Ehefrau geht sie nicht weiter zurück als bis zum Eheschluss, ausser wenn die Frau das Bürgerrecht des Wohnkantons oder das Kantonsbürgerrecht des Ehemannes hatte. Hat ein Kind während des zuzurechnenden Zeitraumes das Kantonsbürgerrecht gewechselt, so wird die Zeit vor dem Wechsel nur dann mitgezählt, wenn es Bürger des Wohnkantons war.

b. Wenn zur Zeit des Überganges die Wartefrist für das Familienhaupt abgelaufen war, so gilt sie auch für die Ehefrau und das Kind als abgelaufen. Andernfalls wird sie vom Beginn der zurechenbaren Wohndauer an berechnet, wobei auch vom Familienhaupt bezogene Armenunterstützung unterbrechend wirkt.

c. Art. 2, Abs. 5, ist auf die Ehefrau und auf Kinder nur dann anwendbar, wenn seine Voraussetzungen schon beim Beginn der zuzurechnenden Wohndauer bestanden haben. Bei Kindern kann sich jedoch

der Wohnkanton erst nach vollendetem zwanzigstem Altersjahr auf Art. 2, Abs. 5, berufen.

Artikel 5.

1. In den Konkordatsfällen vergütet der Heimatkanton dem Wohnkanton einen Teil der Unterstützungskosten, und zwar:

drei Viertel bis zu einer Wohndauer von 10 Jahren,
die Hälfte bei einer Wohndauer von 10 bis 20 Jahren,
einen Viertel bei einer Wohndauer von mehr als 20 Jahren.

2. Für die Berechnung der Wohndauer ist die Dauer des Konkordatswohnsitzes seit dem Beginn der erfüllten Wartefrist, und im Falle von Art. 2, Abs. 6, seit der Rückkehr, massgebend. War jedoch der Unterstützte, unmittelbar bevor er selbständigen Konkordatswohnsitz erlangte, Glied einer Unterstützungeinheit, dann wird die Wohndauer nach Art. 4, lit. *a*, berechnet. Die Dauer einer Anstaltsversorgung ist nicht mitzurechnen, ausgenommen im Fall von Art. 6, Abs. 4.

3. Der Bezug von Unterstützung hindert den Übergang von einer Stufe zu andern (¾, ½, ¼) nicht.

4. Ist der Unterstützte Bürger mehrerer Konkordatskantone, so fällt der Kostenanteil des Heimatkantons auf denjenigen Kanton, der gemäss Art. 22, Abs. 3, des Zivilgesetzbuches für die Heimatangehörigkeit des Unterstützten massgebend ist.

Artikel 6.

1. Während Anstaltsversorgung bleibt die geltende Kostenverteilung nach Art. 5, Abs. 1, 2 und 4, massgebend, auch wenn die Stufe von 10 oder 20 Jahren überschritten wird.

2. Der Heimfall tritt jedoch ein, d. h. der Konkordatsfall hört auf, die Kosten der Antaltsversorgung gehen auf den Heimatkanton über und Art. 15, Abs. 3, wird anwendbar,

nach Ablauf von 2 Jahren konkordatsgemässer Anstaltsversorgung, wenn der Heimatkanton ¾ der Kosten trägt,

nach Ablauf von 5 Jahren, wenn der Heimatkanton die Hälfte der Kosten trägt,

nach Ablauf von 10 Jahren, wenn der Heimatkanton ¼ der Kosten trägt und die Wohndauer beim Beginn der Anstaltsversorgung 30 Jahre nicht überstiegen hat. Hat sie 30 Jahre überstiegen, so bleibt dauernd die bestehende Kostenverteilung massgebend.

3. Anstaltsversorgung einer Person mit unselbständigem Konkordatswohnsitz hebt deren Zugehörigkeit zur Unterstützungseinheit nicht auf; die Kosten der Antaltsversorgung sind aber nach Abs. 1 dieses Artikels zu verteilen, auch wenn das Familienhaupt ausserdem nach Art. 5 zu verteilende Unterstützung erhält. Wenn der Konkordatswohnsitz des Familienhauptes aufhört, endet der Konkordatsfall auch für das versorgte Familienglied; vorbehalten bleibt dessen Übergang in selbständigen Konkordatswohnsitz gemäss Art. 4.

4. Für bildungsfähige Kinder, die infolge besonderer Eigenschaften der Erziehung und Ausbildung in einer Anstalt bedürfen, gilt Abs. 2 dieses Artikels nicht. Für andere bildungsfähige Kinder gilt auch bei Anstaltsversorgung die Kostenverteilung von Art. 5.

5. Verfügt der Wohnkanton für eine Anstaltsversorgung nicht über genügenden Platz oder eine passende Anstalt, so soll er Versorgung im Heimatkanton verlangen. Ist auch dieser im gleichen Fall, so kann eine Anstalt in einem Drittkanton gewählt werden. Wohnsitz und Kostenverteilung werden hievon nicht berührt.

Artikel 7.

1. In jedem Vertragskanton übt der Regierungsrat die Oberaufsicht über die Handhabung des Konkordates aus.

2. Jeder Kanton bezeichnet die Behörden, denen die Handhabung des Konkordates und insbesondere die Unterstützung in den Konkordatsfällen obliegt.

3. Der Verkehr zwischen den Kantonen geht über die Armendepartemente. Den Kantonen ist jedoch gestattet, allgemein oder für einzelne besonders bezeichnete lokale Unterstützungsbehörden den direkten Verkehr in Konkordatsfällen zuzulassen. Vorbehalten bleibt Art. 17, Abs. 3.

4. Das kantonale Recht bestimmt, welche Stelle (Kanton, Gemeinde, allenfalls Unterstützungsverbände) die dem Kanton obliegende Unterstützung in Konkordatsfällen zu leisten hat und wem der Kostenanteil eines andern Kantons zufliessen soll.

Artikel 8.

1. Die mit der Besorgung der Konkordatsfälle betraute Behörde des Wohnkantons bestimmt die Art und das Mass der Unterstützung nach den örtlichen Verhältnissen und in gleicher Weise wie für Kantonsbürger. Die unterstützten Angehörigen der Vertragskantone sind den armengesetzlichen und armenpolizeilichen Bestimmungen des Wohnkantons unterworfen.

2. Die religiöse Erziehung eines bevormundeten Minderjährigen bestimmt sich nach Art. 378, Abs. 3, des Zivilgesetzbuches. Stösst sie in einer Anstalt des Wohnkantons auf Schwierigkeiten, so können der Wohn- und der Heimatkanton die Versorgung im letztern verlangen. Wohnsitz und Kostenverteilung bleiben hievon unberührt.

3. Als Unterstützungskosten fallen namentlich nicht in Betracht:

Arbeitslosenunterstützung, militärische Unterstützung von Wehrmannsfamilien, Bundesunterstützung für bedürftige Greise, Witwen und Waisen, Bundesunterstützung für heimgekehrte kriegsgeschädigte Auslandschweizer, Auswanderungshilfe, Hilfe bei Naturkatastrophen, Beiträge des Wohnkantons an Krankenversicherungsprämien im Sinne von Art. 38 des Bundesgesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung, Krisenhilfe in jeder Form sowie sonstige bei einem allgemeinen Notstand geleistete ausserordentliche Hilfe; Beerdigungskosten.

Artikel 9.

1. Der Wohnkanton hat den Heimatkanton von jedem eintretenden Unterstützungsfall und den dafür erforderlichen Anordnungen und Aufwendungen binnen spätestens 30 Tagen zu benachrichtigen und ihn unter Einhaltung derselben Frist auch von jeder notwendig werdenden Erhöhung der Unterstützung in Kenntnis zu setzen, sowie ihn überhaupt über die weitere Behandlung des Falles auf dem laufenden zu halten.

2. Unterlassung der Anzeige hat Verwirkung des Rückforderungsrechtes zur Folge. Erstattet der Wohnkanton die Anzeige später als binnen 30 Tagen, so verwirkt er das Rückforderungsrecht für die vom Ablauf der Frist bis zur Erstattung der Meldung erwachsenen Unterstützungskosten.

3. Die Heimatbehörde hat, wenn sie mit Art oder Mass der Unterstützung nicht einverstanden ist, binnen 30 Tagen unter Angabe der Gründe Einsprache zu erheben. Anerkannt der Wohnkanton die Einsprache nicht, so hat er nach Art. 17 zu beschliessen.

Artikel 10.

1. Die Konkordatskantone stellen sich gegenseitig vierteljährlich Rechnung über die geschuldeten Unterstützungsanteile. Die Rechnungen sind binnen 6 Wochen nach Ablauf des Quartals dem Heimatkanton einzureichen und binnen Monatsfrist nach erfolgter Rechnungsstellung zu begleichen.

2. Die Kantone haften sich gegenseitig für diese Verpflichtungen; sie haben sich mit den nach der kantonalen Gesetzgebung kostenpflichtigen Armenverbänden selbst auseinanderzusetzen.

3. Wenn der Wohn- oder der Heimatkanton Beiträge unterstützungspflichtiger Verwandter oder von anderer Seite erhält, sind diese den beiden Kantonen im Verhältnis der konkordatlichen Kostenverteilung anzurechnen. Wenn dem Wohn- oder dem Heimatkanton Unterstützungskosten zurückerstattet werden oder wenn er in anderer Weise, z. B. aus dem Nachlass des Unterstützten, hiefür gedeckt wird, werden diese Beträge zwischen den beiden Kantonen im Verhältnis ihrer gesamten bisherigen Armenauslagen verteilt.

Artikel 11.

Dem Heimatkanton steht das Recht zu, gegenüber Angehörigen, die wegen Übertretung seiner Armengesetze gerichtlich verurteilt worden sind oder verfolgt werden, vom Wohnkanton die Auslieferung oder Übernahme der Strafverfolgung zu verlangen, es sei denn, dass die ihnen zur Last gelegten Handlungen nach der Gesetzgebung des Wohnkantons nicht strafbar wären. Ebenso hat der Heimatkanton Anspruch auf Rechtshilfe zur Durchführung von Administrativmassnahmen gegen seine Angehörigen in den Fällen des Art. 14. Ferner gewährleisten sich die Kantone Rechtshilfe für die Geltendmachung von Ansprüchen gegen unterstützungspflichtige Verwandte. In Kantonen, in denen die

Feststellung der Verwandtenbeiträge durch eine gerichtliche Instanz zu erfolgen hat, ist bei Geltendmachung solcher Ansprüche den Armenbehörden das Armenrecht zu gewähren.

Artikel 12.

1. Durch freiwilligen Wegzug ohne Absicht auf Rückkehr innert absehbarer Zeit endet der selbständige Konkordatswohnsitz. Wenn der Zeitpunkt des Wegzugs zweifelhaft ist, gilt derjenige der polizeilichen Abmeldung.

2. Der Wohnkanton darf den Wegzug nicht veranlassen oder begünstigen, es sei denn, dieser erscheine als im wohlverstandenen Interesse des Unterstützten geboten; der Nachweis hiefür liegt dem Wohnkanton ob. Als Begünstigung gilt auch die Leistung von Umzugsunterstützung ohne Zustimmung des Heimatkantons oder trotzdem dieser sie aus stichhaltigen Gründen verweigert hat.

3. Bei Zuwiderhandlung gegen Abs. 2 bleibt der Fall ein Konkordatsfall des Wohnkantons; wie lange dies gelten soll, wird nötigenfalls durch Rekursentscheid bestimmt. Die Umzugsunterstützung geht in diesen Fällen zu alleinigen Lasten des Wohnkantons.

4. Wenn eine Person zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurde ohne bedingten Straferlass, gilt ihr selbständiger Konkordatswohnsitz als mit der Entlassung aus der Strafanstalt beendet; Art. 15, Abs. 3, ist anwendbar.

Artikel 13.

1. Die Heimschaffung ist zulässig, wenn die Unterstützungsbedürftigkeit vorwiegend die Folge fortgesetzter schuldhafter Misswirtschaft, Verwahrlosung, Liederlichkeit oder Arbeitsscheu ist, sowie wenn Armenunterstützung durch bewusste grobe Täuschung erschlichen oder trotz richtigen Verhaltens der Behörden wiederholt zweckwidrig verwendet worden ist.

2. Die Heimschaffung einer Familie ist ausserdem nach sechsmonatiger Dauer der Unterstützung zulässig, wenn ihre Unterstützungsbedürftigkeit ganz oder teilweise davon herrührt, dass das Familienhaupt zu einer Freiheitsstrafe verurteilt oder aus dem Wohnkanton ausgewiesen wurde.

Artikel 14.

1. Der Heimatkanton ist befugt, den Heimruf zu erklären, wenn der Unterstützte der dauernden Versorgung in einer Anstalt oder in einer Familie bedarf, sowie wenn er dauernd unterstützungsbedürftig ist und dargetan werden kann, dass die Unterstützung in der Heimat in seinem Interesse vorzuziehen ist.

2. Wenn der Heimatkanton in einem Fall des Artikels 5 drei Viertel der Kosten zu tragen hat, kann er bei Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit heimrufen, sofern er dartut, dass für den Arbeitslosen ausreichender Verdienst von angemessener Dauer und für den Erwerbs-

unfähigen angemessene Versorgung in der Heimat vorhanden ist und nachdem während insgesamt sechs Monaten innert Jahresfrist unterstützt worden ist.

3. Wenn der Heimatkanton drei Viertel der Kosten zu tragen hat, kann er beim Vorliegen der Voraussetzungen von Art. 13, Abs. 1, den Heimruf erklären.

4. Einzelne Glieder einer Unterstützungseinheit können nur mit Zustimmung des Wohnkantons heimgerufen werden.

Artikel 15.

1. Wenn der Wohnkanton eine Heimschaffung oder der Heimatkanton einen Heimruf beschliesst und in der in Art. 17 vorgesehenen Form mitteilt, hört mit dem Ablauf der Rekursfrist der Konkordatsfall auf und die ganze Unterstützungslast geht auf den Heimatkanton über. Die Heimschaffung oder der Heimruf darf jedoch nicht vollzogen werden, bevor feststeht, dass die Rekursfrist unbenützt abgelaufen ist, und wenn rekurriert wurde, bevor ein Vorentscheid oder der Hauptentscheid dazu ermächtigt.

2. Stehen dem Vollzug Hindernisse im Weg, die ihn vorübergehend als unmöglich erscheinen lassen (z. B. Transportunfähigkeit) oder als übermässig hart, dann hört der Konkordatsfall erst mit dem Wegfallen des Hindernisses auf.

3. Wenn nach Beendigung des Konkordatsfalles der Aufenthalt im Wohnkanton fortdauert, ist es zu halten, wie wenn die Person im Zeitpunkt der Beendigung neu zugezogen wäre; die neue Wartefrist beginnt mit dem Aufhören der Armenunterstützung.

Artikel 16.

Bei der Heimschaffung trägt der Wohnkanton und beim Heimruf der Heimatkanton sämtliche Kosten für die Beförderung der Personen und der ihnen gehörenden Gegenstände, die zum persönlichen Gebrauch dienen. Die Kosten der Beförderung des Hausrates trägt stets der Heimatkanton.

Artikel 17.

1. Wenn unter ausdrücklicher Anrufung dieses Artikels:

a) der Wohnkanton über Art und Mass der Unterstützung beschliesst;
b) der Wohnkanton Heimschaffung beschliesst;
c) der Heimatkanton den Heimruf erklärt;
d) ein Konkordatskanton einen nicht unter a—c fallenden Beschluss fasst, of ein Fall als Konkordatsfall oder wie er behandelt werden soll, oder sonst einen Beschluss über die Anwendung des Konkordates;

so gilt dieser Beschluss als vom andern Kanton anerkannt, sofern dieser nicht binnen 30 Tagen nach Empfang den Entscheid des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements anruft.

2. Die Beschlüsse gemäss Abs. 1 dieses Artikels müssen so begründet werden, dass der andere Kanton ein zur Beurteilung des Falles genügendes Bild erhält.

3. Bei Heimschaffung und Heimruf muss der Beschluss vom Regierunsrat ausgehen. Für den Rekurs und die übrigen Beschlüsse nach Abs. 1 ist auch das Armendepartement zuständig.

Artikel 18.

1. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement kann in einem Vorentscheid auf Antrag verfügen, was einstweilen zu geschehen oder zu unterbleiben habe.

2. Es ist an die Parteianbringen nicht gebunden und kann von den Parteien weitere Auskünfte, Feststellungen oder die Beibringung weiterer Belege verlangen, ohne Rücksicht auf die Beweislast.

3. Es entscheidet endgültig (unter Vorbehalt von Art. 19) und kostenfrei.

Artikel 19.

Ein rechtkräftig erledigter Fall kann von neuem anhängig gemacht werden, wenn auf Grund von neu entdeckten Tatsachen oder von Beweismitteln, die vorher nicht geltend gemacht werden konnten, seine Erledigung als offensichtlich unrichtig erscheint.

Artikel 20.

Vorbehalten bleibt die staatsrechtliche Beschwerde von Angehörigen der Konkordatskantone gemäss Art. 175, Ziff. 3, des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege.

Artikel 21.

In Auslegung von Art. 45, Abs. 3, der Bundesverfassung wird vereinbart, dass in Nichtkonkordatsfällen die Unterstützungsbedürftigkeit eines Angehörigen der Konkordatskantone erst dann als dauernd zu betrachten ist, wenn die Unterstützung durch den Wohnkanton mindestens einen Monat angedauert hat. Dies gilt jedoch nicht für Personen, die vor dem Zuzug keinen festen Wohnsitz hatten oder die schon vom Zuzug an unterstützungsbedürftig waren.

Artikel 22.

Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement wird jedes Jahr eine Konferenz der Armendepartemente der Konkordatskantone einberufen.

Artikel 23.

1. Mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser revidierten Fassung des Konkordates, der vom Bundesrat festgesetzt wird, endigt die Wirkung der bisherigen Konkordatsvorschriften. Die in diesem Zeitpunkt anhängigen Konkordatsfälle bleiben als solche bestehen. Für Konkordatsfälle, die vor diesem Zeitpunkt anhängig waren, durch Aufhören der

Unterstützungsbedürftigkeit geendet haben und nachher wieder anhängig werden, bleibt die erfüllte zweijährige Wartefrist weiterhin gültig. Für neue Fälle gilt die vierjährige Wartefrist gemäss Art. 2 Abs. 3, des revidierten Konkordates. Das Alter von 60 Jahren kann nur nach dem Inkrafttreten Zugezogenen entgegengehalten werden. Ergibt sich aus der Berechnung der Wohndauer nach der revidierten Fassung eine Änderung des Kostenanteils des Heimatkantons, so gilt diese erst von dem Zeitpunkt an, wo sie im Einzelfall geltend gemacht wird.

2. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Wirkungsbeginns des Konkordates für diesem neu beitretende Kantone. Der Konkordatsfall tritt nicht ein, wenn vor dem Wirkungsbeginn des Beitrittes eines Kantons Heimschaffung beschlossen war.

3. Jeder Vertragskanton kann unter Beobachtung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist auf das Ende eines Kalenderjahres von dem Konkordat zurücktreten.

4. Mitteilungen über Beitritt und Kündigung sind an den Bundesrat zu richten, der sie den Konkordatskantonen zur Kenntnis bringt.

117.

PANAMA, ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE.

Accord relatif à la reconnaissance des lettres de jauge; conclu par un Echange de Notes signées à Washington, le 17 août 1937.

Executive Agreement Series, No. 106.

The Panamanian Minister (Boyd) to the Secretary of State (Hull).

Legación de Panamá,
Washington, Agosto 17 de 1937.

Señor Secretario:

Tengo el honor de referirme a la nota de ese Departamento fechada el 17 de Marzo de 1937 y a la cocorrespondencia anterior referente a la recíproca exención de los barcos de la República de Panamá y de los Estados Unidos de América en cuanto al aforo de su tonelaje en los puertos de los respectivos países.

El Gobierno de Panamá adoptó las leyes y reglamentos de los Estados Unidos para el aforo de los barcos al ser matriculados, por medio de su Resolución N° 1, de 5 de Enero de 1937, que establece la reglamentación del tonelaje (Véase la Gaceta Oficial de Panamá, de 8 de Enero de 1937). Esto le fué debidamente comunicado a Vuestra Excelencia, para su información, en mi nota N° D—21, de 22 de Enero de 1937 y en respuesta Vuestra Excelencia solicitó que se le informara

acerca de las opiniones de mi Gobierno respecto a la propuesta de un arreglo recíproco para la aceptación de los certificados de matrícula y del apéndice de tonelaje especial en los puertos de ambos países.

Conforme a instrucciones de mi Gobierno, tengo ahora el honor de avisar a Vuestra Excelencia que los barcos de los Estados Unidos que lleven certificado de matrícula u otros documentos nacionales que prueben su tonelaje neto según aforo y que se les hayan expedido conforme a las leyes y reglamentos de los Estados Unidos, quedarán exentos de reaforo en todos los puertos de la República de Panamá, con tal que los barcos de matrícula panameña que hayan sido aforados o medidos de conformidad con la antedicha resolución y que porten certificado de matrícula u otros documentos nacionales que demuestren su tonelaje neto según aforo verificado así, quedarán recíprocamente exentos de reaforo en todos los puertos de los Estados Unidos.

Se tiene entendido además, que los barcos para pasajeros, de Panamá y de los Estados Unidos, portarán un Apéndice de Tonelaje especial con cada una de sus matrículas, para probar todos los espacios destinados a pasajeros y que las leyes de los Estados Unidos no requieren actualmente que se les mida para su matriculación, anexos que se usarán para determinar los derechos de puerto y otros impuestos que se basan en el tonelaje neto de los barcos.

Ruego a Vuestra Excelencia que tenga la bondad de confirmar el acuerdo que se expresa en la presente.

Sírvase aceptar Vuestra Excelencia, las seguridades de mi más alta consideración.

Augusto S. Boyd, Ministro.

A Su Excelencia Cordell Hull, Secretario de Estado de los Estados Unidos de América, Washington, D. C.

The Secretary of State (Hull) to the Panamanian Minister (Boyd).

Department of State,
Washington, August 17, 1937.

Sir:

I have the honor to acknowledge the receipt of your note of today's date reading as follows:

I have the honor to refer to the Department's note of March 17, 1937, and to previous correspondence concerning the reciprocal exemption of vessels of the Republic of Panama and of the United States of America from readmeasurement for tonnage in the ports of the respective countries.

The Government of Panama adopted the laws and regulations of the United States for the admeasurement of vessels for registry by its Resolution No. 1 of January 5, 1937, establishing tonnage regulations (see Gaceta Oficial of Panama of January 8, 1937). This information was

duly communicated to Your Excellency in my note No. D—21 of January 22, 1937, and in reply Your Excellency requested to be informed of the views of my Government with regard to a proposed reciprocal arrangement for the acceptance of certificates of registry and the special tonnage appendix in the ports of the two countries.

On instructions from my Government, I now have the honor to advise you that vessels of the United States carrying certificates of registry or other national papers showing their net tonnage measurements and issued in accordance with the laws and regulations of the United States shall be exempted from readmeasurement in all ports of the Republic of Panama, provided that vessels of Panamanian registry which have been measured in accordance with the aforesaid resolution and which carry certificates of registry or other national papers showing their net tonnage measurements as thus ascertained shall be reciprocally exempted from readmeasurement in all ports of the United States.

It is further understood that passenger vessels of Panama and of the United States shall carry a Special Tonnage Appendix to each of their registers showing all passenger spaces not now required by the laws of the United States to be measured for registry, for use in determining port dues and other charges based on the net tonnage of vessels.

I have the honor to request that Your Excellency be good enough to confirm the understanding set forth herein.

In reply I have the honor on behalf of the Government of the United States to confirm the understanding set forth in your note.

Accept, Sir, the renewed assurances of my highest consideration.

For the Secretary of State:
Sumner Welles.

The Honorable Señor Dr. Don Augusto S. Boyd, Minister of Panama.

118.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, MEXIQUE.

Accord sur l'échange des journaux officiels et documents parlementaires; conclu par un Echange de Notes signées à Mexico, les 9 et 24 septembre 1937.

Executive Agreement Series, No. 108.

The American Ambassador (Daniels) to the Mexican Minister for Foreign Affairs (Hay).

No. 2408. Embassy of the United States of America,

Excellency: Mexico, September 9, 1937.

I have the honor to refer to Your Excellency's note No. 39838 of August 31, 1937, informing me that the Mexican Government is pre-

pared to enter into an agreement with the American Government providing for an exchange of official journals and parliamentary documents. It appears that a draft of this proposed agreement has already been approved by our respective Governments which have agreed that it shall take the form of an exchange of notes incorporating the text.

My Government is, therefore, prepared to give immediate effect to the following agreement as soon as a corresponding note may be received from Your Excellency:

There shall be an immediate exchange of official journals and parliamentary documents between the United States of America and the United Mexican States, which shall be conducted in accordance with the following provisions:

1. The Government of the United States of America shall furnish regularly, immediately upon publication, one copy of each of the following publications: (a) the Federal Register, or any other general official gazette that may be published; (b) the Congressional Record, containing the debates of the Senate and of the House of Representatives; (c) Bills printed for the use of either the Senate or the House of Representatives; and (d) Hearings before Congressional committees.

2. The Government of the United Mexican States shall furnish regularly, immediately upon publication, one copy of each of the following publications: (a) the Diario Oficial, or any other general oficial gazette that may be published; (b) the Diario de los Debates of the Senate and of the Chamber of Deputies; (c) Bills printed for the use of either Chamber; and (d) Other documents printed for the use of either Chamber or of the committees of either Chamber.

3. The sendings shall be received on behalf of the United States of America by the Library of Congress; on behalf of the United Mexican States by the Departamento Autónomo de Publicidad y Propaganda.

Please accept, Excellency, the renewed assurances of my highest and most distinguished consideration.

Josephus Daniels.

His Excellency Señor General Eduardo Hay, Minister for Foreign Affairs, Mexico.

The Mexican Minister for Foreign Affairs (Hay) to the American Ambassador (Daniels).

Secretariade Relaciones Exteriores
Estados Unidos Mexicanos, Mexico.
310990. Señor Embajador: México, 24 de septiembre de 1937.

Tengo la honra de acusar recibo a Vuestra Excelencia de su atenta nota número 2408, fechada el 9 del presente, en la cual se sirve comunicarme que el Gobierno de los Estados Unidos de América está dispuesto a poner en vigor el Convenio con el de los Estados Unidos Mexicanos para el canje de periódicos oficiales y documentos parlamentarios, cuyas negociaciones se han venido llevando a cabo, y de acuerdo con el texto

inserto en la misma nota, tan pronto como el Gobierno mexicano manifieste su aquiescencia por medio de la nota correspondiente.

En debida respuesta me es grato comunicar a Vuestra Excelencia que el Gobierno de los Estados Unidos Mexicanos está también dispuesto a poner en vigor desde luego el siguiente Convenio:

Habrá intercambio inmediato de periódicos oficiales y documentos parlamentarios entre los Estados Unidos Mexicanos y los Estados Unidos de América, y se efectuará de acuerdo con las disposiciones siguientes:

1. — El Gobierno de los Estados Unidos Mexicanos suministrará regularmente, inmediatamente después de su publicación, un ejemplar de las siguientes publicaciones: (a) el „Diario Oficial" o cualquiera otra gaceta oficial general que se publique; (b) el „Diario de los Debates" del Senado y de la Cámara de Diputados; (c) los proyectos de ley que se impriman para uso de cualquiera de las Cámaras; y (d) cualquier otro documento impreso para el uso de cualquiera de las dos Cámaras o de sus respectivas Comisiones.

2. — El Gobierno de los Estados Unidos de América suministrará regularmente, inmediatamente después de su publicación, un ejemplar de cada una de las siguientes publicaciones: (a) El „Federal Register" o cualquiera otra gaceta oficial general que se publique; (b) El „Congressional Record", que contiene los debates del Senado y de la Cámara de Representantes; (c) los proyectos de ley impresos para el uso del Senado o de la Cámara de Representantes; y (d) discusiones efectuadas ante las Comisiones del Congreso.

3. — Los envíos, se recibirán, por parte de los Estados Unidos Mexicanos, por el Departamento Autónomo de Publicidad y Propaganda; por parte de los Estados Unidos de América, por la Biblioteca del Congreso.

Aprovecho la oportunidad para renovar a Vuestra Excelencia el testimonio de mi más alta y distinguida consideración. *Eduardo Hay.*

Excelentísimo señor Josephus Daniels, Embajador Extraordinario y Plenipotenciario de los Estados Unidos de América. Presente.

119.

ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, CHILI.

Arrangement relatif à l'échange des publications officielles; conclu par un Echange de Notes signées à Santiago, les 22 et 27 octobre 1937.

Executive Agreement Series, No. 112.

The American Ambassador (Philip) to the Chilean Minister for Foreign Affairs (Gutiérrez).

No. 565. Embassy of the United States of America,

Excellency: Santiago, October 22, 1937.

With reference to my memorandum No. 473 of June 8 ultimo and to Your Excellency's Notes No. 6777 of August 2 and No. 7659 of

August 24, 1937,*) I have the honor to express our agreement for the exchange of official publications between the Governments of the United States of America and of Chile as follows:

There shall be a complete exchange of official publications between the Government of the United States of America and the Government of Chile, which shall be conducted in accordance with the following provisions:

1. The official exchange office for the transmission of publications of the United States is the Smithsonian Institution. The official exchange office on the part of Chile is the National Library in Santiago.

2. The exchange sendings shall be received on behalf of the United States by the Library of Congress; on behalf of Chile by the National Library in Santiago.

3. The Government of Chile shall furnish regularly in one copy a full set of the official publications of its several departments, bureaus, offices, and institutions. A list of such departments and instrumentalities is attached (List No. 1.).**) This list shall be extended to include, without the necessity of subsequent negotiation, any new offices that the Government may create in the future.

4. The Government of the United States shall furnish regularly in one copy a full set of the official publications of its several departments, bureaus, offices, and institutions. A list of such departments and instrumentalities is attached (List No. 2). This list shall be extended to include, without the necessity of subsequent negotiation, any new offices that the Government may create in the future.

5. With respect to departments and instrumentalities which at this time do not issue publications and which are not mentioned in the attached lists, it is understood that publications issued in the future by these offices shall be furnished in one copy.

6. Neither government shall be obligated by this agreement to furnish confidential publications, blank forms, or circular letters not of a public nature.

7. Each party to the agreement shall bear the postal, railroad, steamship, and other charges arising in its own country.

8. Both parties express their willingness as far as possible to expedite shipments.

9. This agreement shall not be understood to modify the already existing exchange agreements between the various government departments and instrumentalities of the two countries.

---

*) None printed.

**) Les Listes ne sont pas reproduites.

Upon the receipt of an identic note from Your Excellency my Government will consider that the foregoing agreement enters into effect.

I avail myself of this opportunity to reiterate to Your Excellency the assurances of my highest and most distinguished consideration.

Hoffman Philip.

His Excellency Señor Don José Ramon Gutiérrez Alliende, Minister for Foreign Affairs, Santiago.

The Chilean Minister for Foreign Affairs (Gutiérrez) to the American Ambassador (Philip).

República de Chile Ministerio
de Relaciones Esteriores. EBC.

Nº E 8/1/23/21 9902.

Santiago, 27 de Octubre de 1937.

Señor Embajador:

En respuesta a su atenta nota Nº 565, fecha 22 de Octubre en curso, tengo el honor de manifestar a Vuestra Excelencia el acuerdo del Gobierno de Chile para celebrar con el de los Estados Unidos de América el siguiente Convenio sobre intercambio de publicaciones oficiales:

Habrá un completo intercambio de publicaciones oficiales entre el Gobierno de Chile y el Gobierno de los Estados Unidos, que se rejirá por las siguientes normas:

1º. — La oficina oficial de intercambio para la transmisión de publicaciones de los Estados Unidos será el Instituto Smithsoniano. La oficina oficial de intercambio será, en Chile, la Biblioteca Nacional de Santiago.

2º. — Las publicaciones serán recibidas en los Estados Unidos por la Biblioteca del Congreso y en Chile por la Biblioteca Nacional de Santiago.

3º. — El Gobierno de Chile remitirá regularmente un ejemplar de cada una de las publicaciones editadas por sus diversos departamentos, reparticiones e instituciones. Se acompaña una lista de estos departamentos y de las publicaciones (Lista 1º). En esta lista se incluirá, sin necesidad de posteriores negociaciones, cualesquiera nueva oficina que pudiera crear posteriormente el Gobierno.

4º. — El Gobierno de los Estados Unidos remitirá regularmente un ejemplar de cada una de las publicaciones editadas por sus diversos departamentos, reparticiones e instituciones. Se acompaña una lista de estos departementos y de las publicaciones (Lista Nº 2). En esta lista se incluirá, sin necesidad de posteriores negociaciones, cualesquiera nueva repartición que pudiera crear posteriormente el Gobierno.

5º. — Queda entendido que las publicaciones editadas en el futuro por los departamentos e instituciones que actualmente no editan publicaciones y que no están citadas en las listas anexas serán remitidas en un ejemplar.

6º. — El presente Convenio no obliga a ninguno de los dos Gobiernos a proceder al intercambio de publicaciones confidenciales, formularios en blanco o cartas circulares que no tengan carácter público.

7º. — Cada Parte sufragará los gastos postales, de ferrocarriles o marítimos y otras cargas relativos al envío de las publicaciones originados en su propio país.

8º. — Ambas Partes manifiestan su deseo de facilitar en cuanto sea posible los envíos de publicaciones.

9º. — Queda entendido que el presente Convenio no modifica los convenios ya existentes en materia de intercambio de publicaciones entre las diversas reparticiones públicas e instituciones de ambos países.

El presente acuerdo comenzará a regir desde la recepción de la presente nota por Vuestra Excelencia.

Sírvase aceptar, señor Embajador, las seguridades de mi más alta y distinguida consideración.

José Ramon Gutiérrez Alliende.

Al Excmo. Señor Hoffman Philip, Embajador Extraordinario y Plenipotenciari de los Estados Unidos.

120.

SUISSE, SIAM.

Traité d'amitié et de commerce; signé à Berne, le 4 novembre 1937.*)

Recueil des lois fédérales 1938, No. 24.

Le Conseil Fédéral Suisse et Sa Majesté le Roi de Siam, animés d'un égal désir de resserrer les relations d'amitié et de bonne entente qui unissent si heureusement les deux Etats, et convaincus que la revision des traités précédemment conclus entre les deux pays est de nature à contribuer à la réalisation de cette fin,

ont résolu de procéder à cette revision, en s'inspirant des principes de la réciprocité et de l'équité,

et ont nommé, à cet effet, pour leurs Plénipotentiaires:

Le Conseil Fédéral Suisse:

Monsieur Giuseppe Motta, Président de la Confédération, Chef du Département Politique Fédéral,

Sa Majesté le Roi de Siam:

Phra Bahiddha Nukara, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Siam en Suisse,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:

---

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Berne, le 24 juin 1938.

Article Ier.

Il y aura paix constante et amitié perpétuelle entre la Confédération Suisse et le Royaume de Siam. Les ressortissants de chacune des Hautes Parties Contractantes pourront entrer, voyager et résider dans le territoire de l'autre Partie, s'y livrer au commerce et à l'industrie, poursuivre toute étude ou recherche scientifiques, y faire le trafic de tous produits et articles du commerce licite, s'y adonner à des œuvres religieuses, d'éducation et de bienfaisance, y posséder à titre de propriétaire ou prendre en location et occuper des maisons, des manufactures, des entrepôts et des magasins, y employer tous agents de leur choix, y louer des terrains aux fins de résidence, commerce, industrie, religion, bienfaisance et autres objets licites, ainsi que pour l'établissement de cimetières, et, d'une façon générale, y accomplir tous actes relatifs ou nécessaires au commerce dans les mêmes conditions que les nationaux de l'Etat de résidence, pour autant que la loi locale l'autorise et dans les mêmes conditions que les ressortissants de la nation la plus favorisée.

Ils ne seront pas astreints, sur le territoire de l'autre Partie, à des contributions, impôts ou charges autres ou plus élevés que ceux imposés aux nationaux de l'Etat de résidence.

Les ressortissants de chacune des Hautes Parties Contractantes jouiront, dans le territoire de l'autre, de la protection et de la sécurité les plus constantes pour leurs personnes et leurs biens, et bénéficieront, à cet égard, des mêmes droits et privilèges que ceux qui sont ou seront accordés aux nationaux de l'Etat de résidence, à condition de se conformer aux prescriptions auxquelles sont soumis ces derniers.

Ils seront, cependant, exempts, sur le territoire de l'autre Partie, du service militaire obligatoire sur terre, sur mer ou dans les airs, dans les armées régulières, la garde nationale ou la milice, et de toute contribution en argent ou en nature imposée en lieu et place du service militaire personnel, ainsi que de tout emprunt forcé et de toute contribution militaire. Ils ne seront astreints, en temps de paix et en temps de guerre, qu'aux réquisitions militaires imposées aux nationaux, et ils auront réciproquement droit aux indemnités accordées aux nationaux par les lois en vigueur dans les pays respectifs. Pour ce qui précède, les ressortissants de chacune des Hautes Parties Contractantes ne seront, par ailleurs, pas traités, sur le territoire de l'autre, moins bien que ne le sont ou ne le seront les ressortissants de la nation la plus favorisée.

Les ressortissants de chacune des Hautes Parties Contractantes jouiront, dans le territoire de l'autre, d'une entière liberté de conscience et, à condition de se conformer aux lois, ordonnances et règlements du pays, du droit de se livrer à l'exercice privé ou public de leur culte.

En tout ce qui concerne les activités industrielles, les métiers et professions, les ressortissants de chacune des Hautes Parties Contractantes seront placés, sur toute l'étendue du territoire de l'autre Partie et à titre de réciprocité, sur le même pied que les ressortissants de la nation la plus favorisée. Ils auront, en outre, le droit d'acquérir et de posséder toute

espèce de propriété mobilière et d'en disposer conformément aux dispositions légales en vigueur dans le pays de leur résidence. En ce qui concerne l'acquisition, la possession et la disposition des biens immobiliers, les ressortissants de chacune des Hautes Parties Contractantes jouiront dans le territoire de l'autre, sous condition de réciprocité, du traitement de la nation la plus favorisée.

Ils ont, enfin, toute liberté d'exporter le prix de la vente de leurs biens ou, d'une façon générale, ce qui leur appartient, sans être soumis à des conditions autres ou à des charges plus onéreuses que celles imposées, dans les mêmes circonstances, aux ressortissants de la nation la plus favorisée.

Article II.

Les habitations, entrepôts, manufactures et magasins et tous autres locaux appartenant aux ressortissants de l'une des Parties Contractantes sur le territoire de l'autre Partie et tous les biens dépendant de leur domicile ou du commerce seront respectés. Il ne sera pas permis de procéder à des visites domiciliaires ou à des perquisitions dans lesdits locaux, ni d'examiner ou d'inspecter les livres, papiers ou comptes, sauf dans les conditions et formes prescrites par les lois, ordonnances et règlements applicables aux nationaux de l'Etat de résidence.

Article III.

Aucune des Hautes Parties Contractantes ne décrétera ni ne maintiendra des prohibitions ou restrictions sur les importations originaires du territoire de l'autre Partie ou sur les exportations à destination de ce territoire, qui ne soient pas appliquées, dans des circonstances similaires, à l'importation ou à l'exportation de tous articles similaires originaires d'un pays tiers ou destinés à celui-ci. Lorsqu'une prohibition ou restriction concernant l'importation ou l'exportation est rapportée, ne fût-ce que temporairement, par l'une des Hautes Parties Contractantes au profit des articles d'un pays tiers, les articles similaires originaires de l'autre Partie ou qui lui sont destinés en bénéficieront, dans des circonstances similaires, immédiatement et sans condition. En cas de contingentement ou de quotas ou de toute forme de limitation quantitative de l'importation ou de l'exportation d'articles soumis à restrictions, chacune des Hautes Parties Contractantes s'engage à accorder, pour les importations originaires du territoire de l'autre Partie ou pour les exportations à destination de celui-ci, une part équitable dans l'allocation de la quantité des marchandises soumises à restrictions qui est admise à l'importation ou l'exportation.

Aucune stipulation de ce traité ne sera interprétée de façon à restreindre le droit de chacune des Hautes Parties Contractantes de décréter, dans les conditions qu'elle jugera convenables et sous réserve du principe du traitement non discriminatoire:

(1) des prohibitions, des restrictions ou des règlements pour la mise en vigueur des lois de police ou fiscales, y compris les lois prohibant ou

restreignant l'importation, l'exportation ou la vente de l'alcool ou des boissons alcooliques, ou de l'opium, de la feuille de coca, de leurs dérivés et de toutes autres substances narcotiques, ainsi que toutes autres lois visant des articles dont la production, la consommation, la vente ou le transport intérieurs sont ou seront défendus ou restreints par la loi nationale;

(2) des prohibitions ou restrictions concernant le commerce ou le trafic des armes et munitions de guerre, et, dans des circonstances exceptionnelles, de tout autre matériel exigé par la guerre, étant bien entendu à cet égard que chacune des Hautes Parties Contractantes peut, dans le cas où elle est engagée dans une guerre, mettre en vigueur toute restriction à l'importation ou à l'exportation qui peut être exigée par l'intérêt national;

(3) les prohibitions ou restrictions nécessaires à la sécurité ou la santé nationales ou publiques, ou pour protéger la vie animale ou végétale contre les maladies et les fléaux ou pour prévenir sa disparition;

(4) des prohibitions ou restrictions concernant les articles qui, en ce qui concerne la production ou le commerce, sont ou pourront être, par la suite, l'objet d'un monopole exercé par l'Etat ou sous son contrôle.

En ce qui concerne le transit de marchandises, provenant du territoire d'une des Hautes Parties Contractantes ou destinées à celui-ci, à travers le territoire de l'autre Partie, les Parties Contractantes appliqueront les dispositions de la Convention et du Statut sur la liberté des communications, signés à Barcelone, le 20 avril 1921.*)

Article IV.

Les ressortissants de chacune des Hautes Parties Contractantes auront libre accès aux Cours de Justice de l'autre Partie pour la poursuite et la défense de leurs droits; ils seront libres, au même titre que les nationaux de l'Etat de résidence et les ressortissants de la nation la plus favorisée, dans le choix et l'emploi d'hommes de loi, avocats et mandataires chargés de poursuivre et défendre leurs droits devant ces Cours.

Aucune condition ni obligation ne seront imposées aux ressortissants de l'une des Hautes Parties Contractantes en ce qui concerne cet accès aux Cours de Justice de l'autre, qui ne s'appliqueraient pas aux nationaux de l'Etat de résidence ou aux ressortissants de la nation la plus favorisée.

Article V.

Les sociétés par actions ou autres, ainsi que les associations déjà organisées ou qui seraient organisées ultérieurement en conformité des lois de chacune des Hautes Parties Contractantes sont autorisées, dans le territoire de l'autre Partie, à exercer leurs droits et à ester en justice soit en qualité de demandeur ou défendeur, sous la condition de se conformer aux lois de cette autre Partie.

---

*) V. N.R.G. 3. s. XVIII, p. 690.

Sous réserve de réciprocité, ni condition ni obligation ne seront imposées aux sociétés par actions ou autres ainsi qu'aux associations organisées conformément aux lois de chaque Haute Partie Contractante en ce qui concerne l'accès aux Cours de Justice de l'autre, qui ne s'appliqueraient pas aux sociétés par actions ou autres ainsi qu'aux associations nationales ou à celles de la nation la plus favorisée.

Lesdites sociétés et associations jouiront en ce qui concerne leur activité, le droit d'établir des succursales, de même qu'en matière fiscale d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui octroyé aux sociétés et associations de la nation la plus favorisée.

En outre, les sociétés et associations ci-dessus mentionnées auront, conformément aux dispositions et lois en vigueur dans le pays, le droit d'acquérir et de posséder toute espèce de propriété mobilière et d'en disposer. En ce qui concerne l'acquisition, la possession et la disposition des biens immobiliers, ainsi que le droit de se livrer aux différents genres de commerce et d'industrie, les sociétés et associations ci-dessus mentionnées ayant la nationalité d'une des Hautes Parties Contractantes bénéficieront sur le territoire de l'autre, sous condition de réciprocité, du traitement de la nation la plus favorisée.

Article VI.

Les ressortissants de chacune des Hautes Parties Contractantes jouiront, dans le territoire de l'autre, d'une parfaite égalité de traitement avec les ressortissants de la nation la plus favorisée, en tout ce qui concerne les taxes de transit, le magasinage, les facilités, l'examen et l'évaluation des marchandises et les drawbacks.

Article VII.

Il est convenu que les tarifs douaniers applicables aux produits naturels ou fabriqués de chacune des Hautes Parties Contractantes importés sur le territoire de l'autre seront réglementés par les lois intérieures du pays d'importation.

Chacune des Hautes Parties Contractantes s'oblige, en tout ce qui concerne le montant et la perception des tarifs douaniers et des taxes sur les importations et les exportations de tout genre, à accorder aux ressortissants ou marchandises de l'autre, le bénéfice de toute faveur, privilège ou immunité qu'elle accorde ou pourra accorder par la suite aux ressortissants ou marchandises de tout autre Etat, sans considérer si cet autre Etat aura bénéficié de ce traitement à titre gratuit ou en retour de compensations réciproques.

Article VIII.

Les ressortissants de chacune des Hautes Parties Contractantes auront, dans le territoire de l'autre Partie, les mêmes droits que les nationaux en ce qui concerne les brevets d'invention, les marques de fabrique ou de commerce, les noms commerciaux, les dessins et modèles et les droits d'auteur pour les œuvres littéraires et artistiques, sous réserve

d'accomplir les formalités prescrites par la loi, de même en tout ce qui a trait à l'interdiction des actes de concurrence déloyale.

Article IX.

Les charges grevant, sur le territoire de l'une des Parties Contractantes, la production, la fabrication ou l'usage de certains produits, au profit de l'Etat, des provinces, des communes ou des organisations corporatives, ne seront pas plus élevées ou plus onéreuses pour les produits de l'autre Partie que pour les produits de la nation la plus favorisée.

Article X.

Chacune des Hautes Parties Contractantes aura la faculté de nommer des Consuls généraux, Consuls, Vice-consuls et autres Officiers ou Agents consulaires qui résideront dans les villes et ports du territoire de l'autre, là où des Officiers similaires d'autres puissances seront autorisés à résider.

Ces Officiers et Agents consulaires, cependant, n'entreront en fonctions qu'avec l'approbation et le consentement du Gouvernement auprès duquel ils sont envoyés.

Ils seront autorisés, sous condition de réciprocité, à exercer tous les pouvoirs et à jouir de tous les honneurs, privilèges, exemptions et immunités de toutes sortes qui sont ou seront accordés aux Officiers consulaires de la nation la plus favorisée.

Article XI.

Lorsqu'un ressortissant de l'une des Hautes Parties Contractantes est décédé sur le territoire de l'autre, sans y avoir laissé un héritier connu ou un exécuteur testamentaire désigné par lui, l'Autorité locale compétente devra aussitôt en faire part au plus proche Officier consulaire de la nation à laquelle appartenait le défunt, afin que les Parties intéressées puissent immédiatement en être informées.

Lorsqu'un ressortissant de l'une des Hautes Parties Contractantes est décédé sur le territoire de l'autre sans avoir laissé au lieu de son décès une personne autorisée par les lois de son pays à prendre charge de sa succession et à l'administrer, la garde et l'administration de celle-ci pourront être confiées à l'Officier consulaire compétent de l'Etat auquel appartenait le défunt s'il remplit les formalités nécessaires et se conforme à la procédure et aux limites prescrites par les lois du pays où les biens du défunt sont situés.

La disposition précédente s'appliquera également dans le cas où un ressortissant de l'une des Hautes Parties Contractantes meurt en dehors du territoire de l'autre mais y possède des biens sans y laisser une personne autorisée à prendre charge de la succession et à l'administrer.

Article XII.

Les dispositions du présent Traité relatives au traitement de la nation la plus favorisée ne s'appliqueront pas:

1) aux avantages accordés ou qui pourraient être accordés à un Etat limitrophe pour faciliter le trafic frontalier;

2) aux avantages accordés ou qui pourraient être accordés à un Etat tiers, en vertu d'une union douanière;

3) aux avantages accordés ou qui pourraient être accordés en raison d'accords particuliers, à un Etat tiers en vue d'éviter les cas de double imposition ou d'assurer une protection réciproque en matière fiscale;

4) aux avantages accordés ou qui pourraient être accordés à un Etat limitrophe en ce qui concerne la navigation sur des voies d'eau frontières sans communication avec la mer, ou à leur utilisation.

Article XIII.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent que tous différends qui pourraient s'élever entre elles en ce qui concerne l'interprétation ou l'application d'une des dispositions quelconques du présent Traité seront, à la requête de l'une ou l'autre des Parties, soumis à l'arbitrage, et elles s'engagent à reconnaître comme obligatoire la sentence arbitrale.

Le tribunal arbitral, auquel les différends seront soumis, sera la Cour permanente de Justice internationale de La Haye, à moins que, dans un cas particulier, les Hautes Parties Contractantes n'en décident autrement.

Article XIV.

Le présent Traité restera en vigueur pendant cinq ans, à partir de la date à laquelle il entrera en vigueur.

Pour le cas où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié douze mois avant l'expiration desdites cinq années son intention d'y mettre fin, le présent Traité continuera à être obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des deux Parties l'aura dénoncé.

Article XV.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Berne, le plus tôt possible. Il entrera en vigueur à la date de l'échange des ratifications.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires désignés à cet effet ont signé le présent Traité et y ont apposé leurs sceaux.

Fait en double à Berne, le quatrième jour du mois de Novembre de l'année mil neuf cent trente-sept de l'ère chrétienne, correspondant au quatrième jour du huitième mois de l'année deux mille quatre cent quatre-vingts de l'ère bouddhique.

L. S. (signé) *Motta.*
L. S. (—) *Phra Bahiddha Nukara.*

Protocole final.

Au moment de signer le Traité d'amitié et de commerce à la date de ce jour entre la Confédération Suisse et le Royaume de Siam, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, sont convenus des stipulations suivantes:

1° Les dispositions du présent Traité ne s'appliqueront pas aux professions ambulantes, au colportage et à la recherche de commandes chez les personnes exerçant ni industrie, ni commerce, au droit de pêche et au droit reconnu à chacune des Hautes Parties Contractantes d'édicter les lois sur la naturalisation, l'immigration et l'ordre public sur son territoire. En ce qui concerne les taxes ou charges à supporter du chef de l'immigration ou du séjour, les ressortissants des Hautes Parties Contractantes bénéficieront d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui qui est ou pourra être octroyé aux ressortissants de la nation la plus favorisée.

2° En raison de l'Article 8 du Traité d'union douanière, conclu le 29 mars 1923 entre la Confédération Suisse et la Principauté de Liechtenstein,*) les stipulations du Traité susmentionné, de même que la stipulation précédente de ce Protocole final seront, à partir de leur entrée en vigueur, appliquées à la Principauté de Liechtenstein aussi longtemps que cette dernière sera liée à la Confédération par un Traité d'union douanière.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Protocole et y ont apposé leurs sceaux.

Fait, en double exemplaire, à Berne, le quatrième jour du mois de Novembre de l'année mil neuf cent trente-sept de l'ère chrétienne, correspondant au quatrième jour du huitième mois de l'année deux mille quatre cent quatre-vingts de l'ère bouddhique.

L. S. (signé) *Motta.*
L. S. (—) *Phra Bahiddha Nukara.*

121.

SUEDE, SIAM.

Traité d'amitié, de commerce et de navigation; signé à Stockholm, le 5 novembre 1937.**)

Sveriges Överenskommelser med främmande Makter 1938, No. 4.

Treaty of Friendship, Commerce and Navigation between Sweden and Siam.

His Majesty the King of Sweden and His Majesty the King of Siam, being desirous of strengthening the relations of amity and good

*) V. N.R.G. 3. s. XVI, p. 218.
**) L'échange des ratifications a eu lieu à Stockholm, le 1er mars 1938.

understanding which happily exist between the two States, and being convinced that this cannot be better accomplished than by revising the treaties hitherto existing between the two countries, have resolved to complete such revision, based upon the principles of reciprocity, equity and mutual benefit, and for that purpose have named as their Plenipotentiaries, that is to say:

His Majesty the King of Sweden:

His Excellency Richard Sandler, His Minister for Foreign Affairs;

and His Majesty the King of Siam:

Phya Rajawangsan, His Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at Stockholm;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following articles:

Article I.

1. There shall be constant peace and perpetual friendship between the Kingdom of Sweden and the Kingdom of Siam.

2. The nationals of each of the High Contracting Parties, upon submitting themselves to the laws and regulations in force in the territory of the other, shall have liberty to enter, travel and reside in the territory of the latter State, and in this territory to carry on trade, commerce, manufacture, agriculture and navigation, to engage in religious, educational and charitable work, to employ agents of their own choice and to lease land for the purposes of residence or any commercial, industrial, religious, charitable or other lawful activity as well as for interment and, on the whole, to take all dispositions dependent upon or required for the exercise of any of the aforementioned rights, upon the same terms as the nationals of the most favoured nation.

3. The nationals of each of the High Contracting Parties shall throughout the whole extent of the territory of the other have the right to acquire, possess and dispose of any kind of movable and immovable property, the acquisition, possession and disposal of which is or may hereafter be allowed by the laws in force in the country to nationals of the most favoured nation.

4. The nationals of each of the High Contracting Parties shall not in the territory of the other be compelled to pay any internal charges or taxes other or higher than those which now are or hereafter may be exacted from the nationals of the most favoured nation.

5. The nationals of each of the High Contracting Parties shall receive in the territory of the other the most constant protection and security for their persons and property, and shall enjoy in this respect the same rights and privileges as now are or hereafter may be granted to the nationals of the country.

6. The nationals of each of the High Contracting Parties shall be exempt in the territory of the other from every personal compulsory

military service in the regular forces, in the national guard, or in the militia, as well as from all contributions in money and kind imposed in lieu of personal military service, and from all forced loans and military contributions. They shall not be subjected, in time of peace or in time of war, to military requisitions except as imposed on nationals and they shall reciprocally be entitled to compensation payable to nationals by the laws in force in their respective countries. With regard to the foregoing provisions, the nationals of each of the High Contracting Parties shall not be treated in the territories of the other less favourably than the nationals of the most favoured nation.

7. The nationals of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the territory of the other, entire liberty of conscience, and, subject to the local laws and regulations, shall enjoy the right of private or public exercise of their worship.

Article II.

1. The nationals of each of the High Contracting Parties shall have free access to the Courts of Justice of the other in pursuit and defence of their rights; they shall be at liberty equally with the nationals of the country and of the most favoured nation, to choose and employ lawyers, advocates and representatives.

2. No conditions or requirements shall be imposed upon the nationals of either of the High Contracting Parties in connection with such access to the Courts of Justice of the other, which do not apply to the nationals of the country or of the most favoured nation.

3. These dispositions, however, do not affect the existing or future regulations in each country with regard to „cautio judicatum solvi" and gratuitous assistance.

Article III.

The dwellings, warehouses, manufactories, shops, and all other buildings of the nationals of each of the High Contracting Parties in the territory of the other, together with all premises used in connection therewith for purposes of residence or commerce, shall be exempt from visits and searches, and from examinations or inspections of books, papers or accounts therein located, except under the conditions and with the forms prescribed by the laws and regulations applying to the nationals of the country.

Article IV.

There shall be reciprocally full and entire freedom of commerce and navigation between the territories of the two High Contracting Parties.

The nationals of either of the High Contracting Parties shall have liberty, upon submitting themselves to the local laws and regulations in force, securely to come with their ships and cargoes to all places, ports and rivers in the territory of the other, which are or may hereafter be opened to commerce and navigation with foreign countries.

Article V.

1. Neither High Contracting Party shall establish or maintain any prohibition or restriction on imports from or exports to the territories of the other Party which are not applied to the import and export of any like article originating in or destined to any other country. Any withdrawal of or immunity from an import or export prohibition or restriction which is granted even temporarily by one of the High Contracting Parties in favour of the articles of a third country shall be applied immediately and unconditionally to like articles originating in or destined to the territories of the other Party.

2. In the event of rations or quotas or any other form of quantitative limitation being established for the importation or exportation of articles restricted, each of the High Contracting Parties agrees to grant for the importation from or exportation to the territories of the other Party a treatment not less favourable than that applied to like products from a third country. If quantitative allocations are granted by either of the High Contracting Parties in favour of individual countries, the other Party shall receive an equitable share in the quantities authorised for importation or exportation. The High Contracting Parties undertake to grant each other in all matters concerning formalities and charges imposed in connection with any form of quantitative regulation of imports or exports every privilege, advantage or immunity granted to a third country.

3. If either of the High Contracting Parties establishes or maintains, directly or indirectly, any form of control of foreign exchange, it shall administer such control so that the nationals and commerce of the other Party will be granted a fair and equitable share in the allocation of exchange.

Article VI.

Nothing in this Treaty shall be construed to restrict the right of either High Contracting Party to establish or maintain the following kinds of prohibitions or restrictions, subject to the principle of non-discriminatory treatment:

1) Prohibitions or restrictions upon arms and ammunition, and, in exceptional circumstances, upon other kinds of war supplies;

2) Prohibitions or restrictions for reasons of national or public safety or public health;

3) Prohibitions or restrictions upon articles which, as regards production or trade, are or may hereafter be made subject, within the country, to a monopoly exercised by or under the control of the State;

4) Prohibitions or restrictions for the protection of animals or useful plants against disease, noxious insects or parasites or, as regards useful plants against degeneration or extinction;

5) Prohibitions, restrictions or regulations for the enforcement of laws prohibiting or restricting the importation, exportation or sale of alcohol or alcoholic beverages or of opium, the coca leaf, their derivatives

and other narcotic drugs, as well as laws imposed upon articles the internal production, consumption, sale or transport of which is or may be restricted by the internal law.

Article VII.

1. Natural and manufactured products having their origin in the territory of one of the High Contracting Parties shall in the territory of the other Party in all respects, and especially as regards import duties and all other charges and taxes of whatever kind imposed in connection with the importation of goods, be accorded every privilege, favour, rebate or immunity which has been accorded or may be accorded to like products originating in a third country. This treatment shall be accorded irrespective of the nationality of the owner or of the carrier, and irrespective of the place from which the goods are imported.

2. Natural and manufactured products exported from the territory of one of the High Contracting Parties to the territory of the other Party shall as regards export duties and all other charges and taxes of whatever kind imposed in connection with the exportation of goods, be accorded the same treatment as has been accorded to or may be accorded to like products destined to any third country.

3. By the provisions of this Article most favoured nation treatment is also mutually accorded in all matters concerning the clearing of goods through the customs, including the examination and valuation of goods, customs formalities, drawbacks, transit duties, the storage and treatment of goods in bonded ware-houses and the duties levied in connection therewith.

4. It is understood that the customs tariffs applicable to articles the produce or manufacture of either of the High Contracting Parties imported into the territory of the other shall be regulated by the laws and regulations of the country of importation.

Article VIII.

1. Siam Swedish vessels and their cargoes and in Sweden Siamese vessels and their cargoes shall enjoy the same treatment as is accorded to national vessels and their cargoes, irrespective of the ports of departure or destination of the vessels or where the cargoes originate or are destined to.

2. In regard to duties of tonnage, harbour, pilotage, light house, quarantine or other similar or corresponding duties of whatever nature or under whatever denomination, levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, corporations or establishments of any kind, the High Contracting Parties shall reciprocally apply the provisions of the Convention and Statute on the International Regime of Maritime Ports, signed at Geneva on the 9th December, 1923.*)

*) V. N.R.G. 3. s. XIX, p. 250.

3. In all that concerns the entering, clearing, stationing, loading and unloading of vessels in the ports, basins, docks, roadsteads, harbours, or rivers of the two countries, no privilege shall be granted by one High Contracting Party to national vessels, which shall not equally be granted to vessels of the other High Contracting Party.

4. The coasting trade and the national fisheries of each of the High Contracting Parties are excepted from the provisions of the present Treaty, and shall be regulated according to the laws and regulations of Sweden and Siam respectively.

Article IX.

If a ship of war or merchant vessel of either of the High Contracting Parties has stranded or been wrecked in the waters or harbours of the other State, the ship or vessel, her passengers and cargo shall enjoy the same favours and immunities as those which the laws and regulations of the latter State grant or may grant in analogous cases to national ships. Aid and assistance shall be rendered to the captain and crew in the same measure as to the nationals of the most favoured nation. The merchandise which has been saved from a merchant ship or vessel of one of the High Contracting Parties which has been stranded or wrecked shall not be subject to any customs duty in the territory of the other High Contracting Party, unless it is cleared for consumption in the latter State.

Article X.

The vessels of war of each of the High Contracting Parties may enter, remain and make repairs in those ports and places of the other to which the vessels of war of other nations are accorded access; they shall there submit to the same regulations and enjoy the same honours, advantages, privileges and exemptions as are now, or may hereafter be conceded to the vessels of war of any other nation.

Article XI.

If sailors or other persons belonging to the crew desert in the territory of one of the High Contracting Parties from a vessel of the other Party, the local authorities shall give the Consular Officers of the latter Party such assistance as can by law be given to them for the recovery of the deserters. This provision shall, however, not be applicable to sailors or other persons, who are nationals of the country where the desertion took place.

Article XII.

The nationals of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the territory of the other upon fulfilment of the formalities prescribed by law the same protection as the national of the country in regard to patents, trademarks, tradenames, and designs.

Article XIII.

1. Each of the High Contracting Parties may appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, and other Consular Officers or Agents, to reside in the towns and ports of the territory of the other where similar officers of the other nations are permitted to reside.

2. Such Consular Officers and Agents shall however not enter upon their functions until they shall have been approved and admitted by the Government to which they are sent.

3. They shall, on condition of reciprocity, enjoy all privileges, exemptions and immunities of every kind which are or may be accorded to Consular Officers of the most favoured nation.

Article XIV.

1. In case of the death of a national of one of the High Contracting Parties in the territory of the other without having in the country of his decease any known heirs or testamentary executors by him appointed, the competent local authorities shall at once inform the Consular Officer of the nation to which the deceased belonged.

2. If a national of one of the High Contracting Parties leaves property in the territory of the other Party, the Consular Officer of the country to which the deceased belonged shall be empowered to take charge of the property upon the terms laid down in the law of the country where the property of the deceased is situated.

Article XV.

The stipulations of the present Treaty with regard to nationals of either of the High Contracting Parties shall also be applicable, within the limits of their legal capacity, to limited-liability and other companies, corporations and associations, organized according to the laws of that Party and having in the territory of the latter their „siège social".

Article XVI.

The stipulations contained in the present Treaty do not affect, supersede or modify any of the laws and regulations of the High Contracting Parties, now in force or hereafter enacted, with regard to naturalization, immigration, police or public security.

Article XVII.

In as far as the provisions of the present Treaty refer to the granting of treatment as most favoured nation, they shall not apply to:

1) favours which one of the High Contracting Parties has accorded to or may accord to neighbouring countries in order to facilitate the frontier traffic;

2) favours which Sweden has accorded to or may accord to Denmark or Norway, or both these countries, as long as these favours have not been extended to any other country;

3) favours derived from the conclusion of a Customs union;

4) favours in regard to taxation, which are mutually applied between one of the High Contracting Parties and a third country by virtue of an agreement for the avoidance of double taxation;

5) favours granted or to be granted hereafter to an adjoining State with regard to the navigation on or the use of boundary waterways not navigable from the sea.

Article XVIII.

The High Contracting Parties agree that any dispute which may arise between them with respect to the interpretation or application of any provision of the present Treaty, which cannot be settled by diplomatic means, shall at the request of either Party be submitted, in the absence of contrary agreement, to the Permanent Court of International Justice at The Hague. Both Parties hereby undertake to accept as binding the decision of the said Court.

Article XIX.

The present Treaty shall, from the date of its coming into force, be substituted for the Treaty of Friendship, Commerce and Navigation between Sweden and Siam signed at Stockholm on the 19th December 1925,*) and from this date the said Treaty of 1925 and all Arrangements and Agreements subsidiary thereto concluded or existing between the High Contracting Parties shall cease to be binding.

Article XX.

The present Treaty shall be ratified by His Majesty the King of Sweden subject to the approval of the Riksdag, and by His Majesty the King of Siam subject to the approval of the Assembly of the People's Representatives.

The Treaty shall come into effect on the date of the exchange of ratifications, which shall take place at Stockholm as soon as possible, and it shall remain in force for five years from that date.

In case neither of the High Contracting Parties should have notified one year before the expiration of the said five years the intention of terminating it, it shall remain binding until the expiration of one year from the day on which either of the High Contracting Parties shall have denounced it.

It is, however, understood, that such denunciation shall not have the effect of reviving any of the agreements abrogated by the present Treaty.

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries have hereto signed their names and affixed their seals.

Done at Stockholm, in duplicate, this fifth day of November in the year one thousand nine hundred and thirty-seven of the Christian Era, corresponding to the fifth day of the eighth month in the year two thousand four hundred and eighty of the Buddhist Era.

(L. S.) *Rickard Sandler.*
(L. S.) *Phya Rajawangsan.*

*) **V. N.R.G.** 3. s. XXV, p. 899.

Final Protocol.

At the moment of proceeding this day to the signature of the new Treaty of Friendship, Commerce and Navigation between the Kingdom of Sweden and the Kingdom of Siam, the Plenipotentiaries of the two High Contracting Parties have agreed as follows:

1. It is understood that the most favoured nation treatment in regard to immovable property provided for in this Treaty is accorded on condition of reciprocity.

2. It is understood that the most favoured nation treatment provided for in this Treaty shall be accorded immediately and unconditionally.

3. It is understood that in all matters for which national treatment is provided in this Treaty the nationals and vessels of either High Contracting Party shall not be treated by the other less favourably than the nationals and vessels of any other country.

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries have hereto signed their names and affixed their seals.

Done at Stockholm, in duplicate, this fifth day of November in the year one thousand nine hundred and thirty-seven of the Christian Era, corresponding to the fifth day of the eighth month in the year two thousand four hundred and eighty of the Buddhist Era.

(L. S.) *Rickard Sandler.*
(L. S.) *Phya Rajawangsan.*

122.

JAPON, SIAM.

Traité d'amitié, de commerce et de navigation; signé à Bangkok, le 8 décembre 1937.*)

The Journal of International Law and Diplomacy 1938, No. 6.

Treaty of Friendship, Commerce and Navigation between Japan and Siam.

His Majesty the Emperor of Japan and His Majesty the King of Siam, being desirous of strengthening the relations of amity and good understanding which happily exist between the two States, and being convinced that this can best be accomplished by revising the treaties hitherto existing between the two countries, have resolved to complete such revision, based upon the principles of reciprocity, equity and mutual benefit, and for that purpose have named as their Plenipotentiaries, that is to say:

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following articles:

*) L'échange des ratifications a eu lieu à Bangkok, le 7 mars 1938.

Article 1.

There shall be constant peace and perpetual friendship between Japan and Siam.

Article 2.

The subject of each of the High Contracting Parties shall have full liberty to enter, travel, and reside in the territories of the other, and conforming themselves to the country—

1. Shall in all that relates to travel and residence, be placed in all respects on the same footing as native subjects.

2. They shall have the right, equally with native subjects, to carry on their commerce and manufacture, and to trade in all kinds of merchandise of lawful commerce, either in person or by agents, singly or in partnership with foreigners or native subjects.

3. They shall be permitted, on the same footing as native subjects, to engage in religious, educational and charitable work.

4. They shall be permitted to own or lease and occupy houses, manufactories, warehouses and shops which may be necessary for them, and to lease land for residential, commercial, industrial, religious, charitable and other lawful purposes and for use as cemeteries in the same manner as native subjects.

5. They shall not be compelled, under any pretext whatsoever, to pay any internal charges or taxes other or higher than those that are or may be paid by native subjects.

6. They shall receive, in the territories of the other, the most constant protection and security for their persons and property and shall enjoy in this respect the same rights and privileges as are or may be granted to native subjects.

7. In all that relates to industrial pursuits, and to callings and professions as well as to educational studies, they shall, throughout the whole extent of the territories of the other, be placed in all respects on the same footing as the subjects or citizens of the most favoured nation.

8. As regards the acquisition and possession of movable property, as well as the disposition of porperty rights of every description, they shall, in conformity with the laws and regulations in force in the country, enjoy the same treatment as accorded to native subjects.

9. And as regards the acquisition and possession of immovable property, they shall, in the whole extent of the territories of the other, enjoy, on condition of reciprocity, the most-favoured-nation treatment.

Article 3.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall be exempt in the territories of the other from compulsory military service on land, on sea, or in the air, in the regular forces, or in the national guard, or in the militia; from all contributions in money or in kind, imposed in lieu of personal military service, and from all forced loans or military contributions. They shall not be subjected, in time of peace or in time of war,

to military requisitions except as imposed upon native subjects, and they shall reciprocally be entitled to compensation payable to native subjects by the laws and regulation in force in the respective countries. With regard to the foregoing provision, the subjects of each of the High Contracting Parties shall not be treated in the territories of the other less favourably than the subjects or citizens of the most favoured nation.

Article 4.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the territories of the other entire liberty of conscience, and, subject to the laws and regulations in force in the country, shall enjoy the right of private or public exercise of their worship.

Article 5.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall have free access to the Courts of Justice of the other in pursuit and defence of their rights; they shall be at liberty, equally with native subjects, and with the subjects or citizens of the most favoured nation, to choose and employ lawers, advocates and representatives to pursue and defend their rights before such Courts.

There shall be no conditions or requirements imposed upon the subjects of either of the High Contracting Parties in connection with such access to the Courts of the Justice of the other, which do not apply to native subjects or to the subjects or citizens of the most favoured nation.

Article 6.

The dwellings, warehouses, manufactories and shops and all other property of the subjects of each of the High Contracting Parties in the territories of the other, and all premises appertaining thereto used for lawful purposes, shall be respected. It shall not be allowable to proceed to make a domiciliary visit to, or a search of, any such buildings and premises, or to examine or inspect books, papers, or accounts, except under the conditions and with the forms prescribed by the laws and regulations for native subjects.

Article 7.

There shall be reciprocally full and entire freedom of commerce and navigation between the territories of the two High Contracting Parties.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall have liberty freely to come with their ships and cargoes to all places, ports and rivers in the territories of the other which are or may be opened to foreign commerce and navigation, and, conforming themselves to the laws and regulations of the country to which they thus come, shall enjoy the same rights, privileges, liberties, favours, immunities and exemptions in matters of commerce and navigation as are or may be enjoyed by the subjects or citizens of the most favoured nation.

Article 8.

Neither High Contracting Party shall establish or maintain prohibitions or restrictions on imports from or exports to the territories of the other Party which are not applied to the import and export of any like article originating in or destined for any other country.

The preceeding provisions are not, however, applicable to such prohibitions or restrictions as follows, provided that they are applicable to all countries where similar conditions prevail:

(1) Prohibitions, restrictions or regulations for the enforcement of laws and regulations for the protection of public security or public health, including laws and regulations prohibiting or restricting the importation, exportation, or sale of alcohol or alcoholic beverages or of opium, the coca leaf, their derivatives, and other narcotic drugs;

(2) Prohibitions or restrictions on the trade or traffic in arms and munitions of war, and in exceptional circumstances other materials needed in war, it being agreed in this regard that either High Contracting Party may, in the event of its being engaged in war, enforce such import or export restrictions as may be required by the national interest;

(3) Prohibitions or restrictions necessary for the protection of animal or plant life against disease, harmful pests or extinction;

(4) Prohibitions or restrictions upon articles which, as regards production or trade, are or may hereafter be subject within the country to a monopoly exercised by or under the control of the State;

(5) Prohibitions or restrictions with regard to articles similar to those domestic articles whose internal production, sale, or transport is forbidden or similarly restricted by the national law.

Article 9.

The High Contracting Parties agree not to obstruct mutual commerce between the two countries by any prohibition or restriction placed upon the transit of any article, subject to the following exceptions which, however, shall be applicable to all countries alike or to those countries where similar conditions prevail:

(1) Prohibitions or restrictions for reasons of public security or public health;

(2) Prohibitions or restrictions on the trade or trafic in arms and munitions of war under extraordinary circumstances;

(3) Prohibitions or restrictions necessary for the protection of animal or plant life against disease, harmful pests or extinction.

Article 10.

It is agreed that the Customs tariffs applicable to articles, the produce or manufacture of either of the High Contracting Parties imported into the territories of the other shall be regulated by the laws and regulations of the country of importation.

No other or higher duties shall be imposed on the importation into the territories of either of the High Contracting Parties of any article, the produce or manufacture of the territories of the other, from whatever place arriving, than on the like article produced or manufactured in any other foreign country, from whatever place arriving.

No other or higher duties, taxes or charges of any kind shall be imposed in the territories of either of the High Contracting Parties in respect of any article exported to the territories of the other, than such as are or may be payable in respect of the like article exported to any other foreign country.

Article 11.

No internal duties levied for the benefit of the State, local authorities or corporations which affect, or may affect, the production, manufacture, or consumption of any article in the territories of either of the High Contracting Parties shall for any reason be a higher or more burdensome charge on articles, the produce or manufacture of the territories of the other, than on similar articles of native origin.

Article 12.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the territories of the other a perfect equality of treatment with native subjects in all that relates to transit duties, warehousing, facilities, the examination and appraisement of merchandise and drawbacks.

Article 13.

Merchants and manufacturers, subjects of one of the High Contracting Parties, may, in the territories of the other, either personally or by means of commercial travellers, make purchases or collect orders, with or without samples, and such merchants, manufacturers, and their commercial travellers, while so making purchases and collecting orders, shall, in the matter of taxation and facilities, enjoy the most-favoured-nation treatment.

Articles imported as samples for the purchases above mentioned shall, in each country, be temporarily admitted free of duty on compliance with the Customs regulations and formalities established in order to assure their re-exportation or the payment of the prescribed charges if not re-exported within the period allowed by law. But the foregoing privilege shall not extend to articles which, owing to their quantity or value, cannot be considered as samples, or which, owing to their nature, could not be identified upon re-exportation. The determination of the question of qualification of samples for duty-free admission rests in all cases exclusively with the competent authorities of the place where the importation is effected.

Article 14.

Marks, stamps, or seals placed upon the samples mentioned in the preceding Article by the Customs authorities of either High Contracting

Party at the time of exportation, and any officially attested list of such samples containing a full description thereof issued by them, shall be reciprocally accepted by the Customs officials of the other as establishing their character as samples add exempting them from inspection, except so far as may be necessary to establish that the samples produced are those enumerated in the list. The Customs authorities of either High Contracting Party may, however, affix a supplementary mark to such samples in special cases where they may think this preculation necessary.

Article 15.

Any authorities recognised in the territories of one of the High Contracting Parties as competent for the issue of such identity certificates as may be required for merchants, manufactures add commercial travellers shall be accepted by the other as competent authorities in that regard.

Each of the High Contracting Parties will inform the other what are the competent authorities for the issue of these certificates as well as of the forms which are required.

Article 16.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall have in the territories of the other the same rights as native subjects in regard to patents for inventions, trade-marks, trade-names, designs and copyright in literary and artistic works, upon fulfilment of the formalities prescribed by the laws and regulations in force in the country.

Article 17.

Limited-liability and other companies and associations, already or hereafter to be organized in accordance with the laws and regulations of either High Contracting Party, are authorized in the territories of the other, to exercise their rights and appear in the Court either as plantiffs or defendants, subject to the laws and regulations of such other Party.

There shall be no conditions or requirements imposed upon companies and associations organized in accordance with the laws and regulations of either High Contracting Party in connection with such access to the Courts of Justice of the other which do not apply to such native companies and associations or those of the most favoured nation.

As regards the acquisition and possession of movable property, as well as the disposition of property rights of every description, companies and associations above mentioned shall, in conformity with the laws and regulations in force in the country, enjoy the same treatment as accorded to native companies and associations. Furthermore as regards the acquisition and possession of immovable property, they shall, on condition of reciprocity, enjoy the most-favoured-nation treatment. It is also understood that, as regards the right to engage in various kinds of commerce and industry, the companies and associations in question shall, subject

to the observance of the laws and regulations of public order, enjoy the same rights and privileges as are or may be granted to the like companies and associations of the most favoured nation.

Article 18.

Each of the High Contracting Parties shall permit the importation or exportation of all merchandise which may be legally imported or exported, and also the carriage of passengers from or to their respective territories, upon the vessels of the other, and such vessels, their cargoes and passengers shall enjoy the same privileges as, and shall not be subjected to any other or higher duties, charges or restrictions than national vessels and their cargoes and passengers, or the vessels, cargoes and passengers of the most favoured nation.

Article 19.

In all that concerns the entering, clearing, stationing, loading and unloading of vessels in the ports, basins, docks, roadsteads, harbours, or rivers of the two countries, no privilege shall be granted to vessels of a third country which shall not equally be granted to vessels of the other country; the intention of the High Contracting Parties being that in these respects the vessels of each shall receive the treatment accorded to vessels of the most favoured nation.

Article 20.

No duties of tonnage, harbour, pilotage, lighthouse, quarantine or other similar or corresponding duties of whatever nature, or under whatever denomination levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, corporations or establishments of any kind shall be imposed in the ports of the territories of either country upon the vessels of the other country, which shall not equally and under the same conditions be imposed in the like cases on the vessels of the most favoured nation. Such equally of treatment shall apply reciprocally to the vessels of the respective countries, from whatever port or place they may arrive, and whatever may be their place of destination.

Article 21.

Any ship of war or merchant vessel of either of the High Contracting Parties which may be compelled by stress of weather, or by reason of any other distress, to take shelter in a port of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary supplies, and put to sea again, without paying any dues other than such as would be payable by national vessels. In case, however, the master of a merchant vessel should be under the necessity of disposing of a part of his cargo in order to defray the expences, he shall be bound to conform to the regulations and tariffs of the place to which he may have come.

If any ship of war or merchant vessel of one of the High Contracting Parties should run aground or be wrecked upon the coasts of the other, the local authorities shall give prompt notice of the occurrence to the Consular Officer residing in the direct or to the nearest Consular Officer of the other country.

Such stranded or wrecked ship or vessel and all parts thereof, and all furniture and appurtenance belonging thereto, and all goods and merchandise saved therefrom, including those which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof, if sold, as well as all papers found on board such stranded or wrecked ship or vessel, shall be given up to the owners or their agents, when claimed by them.

If such owners or agents are not on the spot, the aforesaid property or proceeds from the sale thereof and the papers found on board the vessel shall be delivered to the proper Consular Officer of the High Contracting Party whose vessel is wrecked or stranded, that such Consular Officer shall make claim within the period fixed by the laws and regulations of the country in which the wreck or stranding occurred, and such Consular Officers, owners or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses which would have been payable in the case of the wreck or standing of a national vessel.

The goods and merchandise saved from the wreck or stranding shall be exempt from all duties of the Customs unless cleared for consumption, in which case they shall pay ordinary duties.

In the case of a ship or vessel belonging to the subjects of one of the High Contracting Parties being driven in by stress of weather, run aground or wrecked in the territories of the other, the proper Consular Officer of the High Contracting Party to which the vessel belongs, shall, if the owners or their agents are not present, or are present but require it, be authorized to interpose in order to afford the necessary assistance to the subjects of his State.

Article 22.

The vessels of war of each of the High Contracting Parties may enter, remain and make repairs in those ports and places of the other to which the vessels of war of other nations are accorded access; they shall submitt to the same regulations and enjoy the same honours, advantages, privileges and exemptions as are now, or may hereafter be conceded to the vessels of war of any other nation.

Article 23.

Vessels charged with performance of regular scheduled postal service of one of the High Contracting Parties shall enjoy in the territorial waters of the other the same special facilities, privileges, and immunities as are granted to like vessels of the most favoured nation.

Article 24.

The Consular Officers of each of the High Contracting Parties residing in the territories of the other shall receive from the local authorities such assistance as can by law be given to them for the recovery of deserters from the vessels of the former Party.

It is understood that this stipulation shall not apply to the subjects of the country where the desertion takes place.

Article 25.

Each of the High Contracting Parties may appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and other Consular Officers or Agents to reside in the towns and ports of the territories of the other where similar officers of other countries are permitted to reside.

Such Consular Officers and Agents, however, shall not enter upon their functions until they shall have been approved and admitted by the Government to which they are sent.

They shall be entitled, on condition of reciprocity, to exercise all the powers and enjoy all the honours, privileges, exemptions and immunities of every kind which are, or may be, accorded to Consular Officers of the most favoured nation.

Article 26.

In case of the death of a subject of one of the High Contracting Parties in the teritories of the other without having in the country of his decease any known heirs or testamentary executors by him apointed, the competent local authorities shall at once inform the nearest Consular Officer of the nation to which the deceased belonged, in order that necessary information may be immediately forwarded to parties interested.

In case of the death of a subject of one of the High Contracting Parties in the territories of the other, without leaving at the place of his decease any person entitled by the laws and regulations of his country to take charge of and administer the estate, the competent Consular Officer of the State to which the deceased belonged shall upon fulfilment of the necessary formalities, be empowered to take custody of and administer the estate in the manner and under the limitations prescribed by the laws and regulations of the country in which the property of the deceased is situated.

The foregoing provision shall also apply in case of a subject of one of the High Contracting Parties dying outside the territories of the other, but possessing property therein, without leaving any person there entitled to take charge of and administer the estate.

Article 27.

The coasting trade of both the High Contracting Parties is excepted from the provisions of the present Treaty, and shall be regulated according to the laws and regulations of Japan and Siam respectively. It is,

however, understood that the subjects and vessels of either High Contracting Party shall enjoy in this respect most-favoured-nation treatment in the territories of the other.

Japanese and Siamese vessels may, nevertheless, proceed from one port to another, either for the purpose of landing the whole or part of their passengers or cargoes brought from abroad, or of taking on board the whole or part of their passengers or cargoes for a foreign destination.

It is also understood that, in the event of the coasting trade of either Party being exclusively reserved to national vessels, the vessels of the other Party, if engaged in trade to or from places not within the limits of the coasting trade so reserved, shall not be prohibited from the carriage between two ports of the territories of the former Party of passengers holding through tickets, or merchandise consigned on through bills of lading to or from places not within the above-mentioned limits, and while engaged in such carriage these vessels and their cargoes shall enjoy the full privileges of this Treaty.

Article 28.

The provision of the present Treaty as regards the most-favoured-nation treatment do not apply to:

(1) Favours, advantages and privileges which are or may be granted by either of the High Contracting Parties to an adjoining State with the object of facilitating frontier traffic within a limited zone on each side of the frontier;

(2) Favours, advantages and privileges granted or to be granted hereafter to a third State in virtue of a Customs Union;

(3) Favours, advantages and privileges contractually granted or to be granted to a third State for the avoidance of double taxation;

(4) Favours, advantages and privileges granted or to be granted hereafter to an adjoining State with regard to the navigation on or use of boundary waterways not navigable from the sea;

(5) The treatment which is or may be accorded to the produce of the national fisheries of the High Contracting Parties or the special tariff favours granted by either of the High Contracting Parties in regard to fish and other aquatic products taken in the foreign waters in the vicinity of that Party.

Article 29.

The stipulations of the present Treaty shall be applicable to all the territories and possessions belonging to or administered by either of the High Contracting Parties.

Article 30.

The present Treaty shall remain in force for five years from the date on which it comes into effect.

In case neither of the High Contracting Parties shall have noticed twelve months before the expiration of the said period the intention of

terminating it, it shall remain binding until the expiration of one year from the day on which either of the High Contracting Parties shall have denounced it.

Article 31.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications thereof shall be exchanged at Bangkok as soon as possible, the said Treaty shall come into force on the date of the exchange of ratifications.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Treaty and have hereunto affixed their seals.

Done in duplicate, in the English language, at Bangkok, this eighth day of the twelfth month in the twelfth year of Shōwa, corresponding to the eighth day of the ninth month in te two thousand four hundred and eightieth year of the Buddhist Era, and the eighth day of December in the nineteen hundred and thirty-seventh year of the Christian Era.

(L. S.) *K. Murai.*
(L. S.) *Luang Pradist Manudharm.*

Final Protocol.

At the moment of proceeding this day to the signature of the Treaty of Friendship, Commerce and Navigation between Japan and Siam, the Plenipotentiaries of the two High Contracting Parties have agreed as follows:

1. The stipulations contained in this Treaty do not in any way affect, supersede or modify any of the laws and regulations with regard to naturalization, immigration and public order, which are in force or which may be enacted in either of the two countries, provided that they do not constitute measure of discrimination particularly directed against the subjects of the other.

2. The terms of the treatment of the most favoured nation in this Treaty are to be interpreted as immediate and unconditional unless otherwise expressly provided.

3. The national fisheries of each of the High Contracting Parties shall be regulated according to the laws and regulations of that Party. It is understood, however, that the subjects of either of the High Contracting Parties in the territories of the other shall enjoy in this respect the same rights and privileges as may be granted to the subjects or citizens of any other country.

4. In all that concerns the provisions of Article 2 of the Treaty, the subject of either of the High Contracting Parties shall not be treated by the other less favourably than the subjects or citizens of any other country.

5. In the event of any form of quantitative limitation being established for the importation or exportation of articles, each of the High Contracting Parties agrees to grant for the importation from or

exportation to the territories of the other Party an equitable apportionment of the quantity of restricted articles which may be authorized for importation or exportation.

6. Articles, the produce or manufacture of the territories of either of the High Contracting Parties, passing in transit through the territories of the other, shall be free from transit duties as provided for in the Convention and Statute on Freedom of Transit concluded at Barcelona, April 20, 1921.*)

7. The provisions of Article 11 of the Treaty shall not be deemed to prevent either of the High Contracting Parties from charging differing rates in the collecting of sale licence fees between imported spirituous liquors and those manufactured by or under licence from the State.

8. It is understood that the provisions prescribing most-favoured nation treatment in this Treaty do not apply to favours, advantages and privileges in regard to Customs tariffs which may be granted by Japan to articles produced or manufactured in Manchoukuo.

The present Protocol is to be deemed ratified by the ratification of the Treaty of Friendship, Commerce and Navigation signed this day and shall have the same duration as that Treaty.

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries have hereunto signed their names and affixed their seals.

Done at Bangkok, in duplicate, this eighth day of the twelfth month in the twelfth year of Shōwa, corresponding to the eighth day of the ninth month in the two thousand four hundred and eightieth year of the Buddhist Era, and the eighth day of December in the nineteen hundred and thirty-seventh year of the Christian Era.

(L. S.) *K. Murai.*
(L. S.) *Luang Pradist Manudharm.*

---

*) V. N.R.G. 3. s. XVIII, p. 690.

La Bibliothèque
Université d'Ottawa
Echéance

The Library
University of Ottawa
Date Due

U D' / OF OTTAWA
COLL ROW MODULE SHELF BOX POS C
333 06 08 12 18 04 4